FOR1-2-001

Tagesordnung neu

LDK in Ludwigsburg vom 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	OV-Vorstand
Beschlussdatum:	11.11.2025

Titel

Ändern in:
Die Anträge zu Palantir - jetzt unter dem Punkt Sonstiges - sollen als eigener Top 2a "Einsatz von Gotham" nach der aktuellen Aussprache abgestimmt werden.

Begründung

Die Entscheidung Landesregierung und der Landtagsfraktion zu Palantir beschäftigt die Landespartei wie kein anderes Thema in der letzten Zeit und kann Bündnis90/Die Grünen im Landtagswahlkampf erheblich lähmen. Uns drohen zudem erhebliche Wählerverluste in der demokratisch-liberalen Öffentlichkeit. Für den weiteren Umgang mit dieser Entscheidung und der Diskussion um das Landeswahlprogramm muss dieser Punkt vor der Programmdiskussion behandelt werden. Es macht inhaltlich keinen Sinn, diesen Punkt unter "Sonstiges" nach der Programmdiskussion Sonntagabend um 17 Uhr zu behandeln.

Unterstützer*innen

Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Alexander Kohn (KV Mannheim); Beate Noll (KV Mannheim); Jasmin Kindt (KV Ulm); Iris Förster (KV Rems/Murr); Frank Bergler (KV Rems/Murr); Sebastian Müller (KV Freiburg); Tobias Schmid (KV Rems/Murr); Silke Kilius (KV Freiburg); Marcus Brenken (KV Esslingen); Alexandra Charlotte Kern (KV Esslingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Tobias Kraft (KV Rems/Murr); Katja Seiter (KV Karlsruhe-Land); Lisa Obergföll (KV Rems/Murr); Jonathan Schneider (KV Esslingen); Klaus-Dieter Przybyl (KV Rems/Murr); Heidi Apel (KV Rems/Murr); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Christoph Balmert (KV Mannheim); Angelika Sauer (KV Esslingen); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Sybilla Hemsing-Lutzeier (KV Pforzheim und Enzkreis); Sophia Kilian (KV Freiburg)

FOR3-010

Verfahrensvorschlag zur Behandlung der TOPs auf der LDK

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg vom 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	OV Vorstand Waiblingen-Korb
Beschlussdatum:	13.11.2025

Änderungsantrag zu FOR3

Von Zeile 9 bis 10 einfügen:
aus dem Lostopf für Frauen und fünf geloste Redebeiträge aus dem offenen Lostopf mit einer Redezeit von je 3 Minuten vorgesehen.

TOP Einsatz von Gotham bzw. Sonstiges

Die Anträge zu diesen Tagesordnungspunkten sollen nach Themen sortiert und in der Reihenfolge ihres Eingangs behandelt werden. Die Antragsteller:innen oder eine von ihnen beauftragte Person haben drei Minuten Zeit, um den Antrag vorzustellen. Danach gibt es bei Bedarf vier Minuten für eine Gegenrede pro Antrag. Bei Änderungsanträgen sollen Vorstellung und Gegenrede auf drei Minuten begrenzt werden. Zusätzlich sind pro Antrag drei geloste Redebeiträge aus dem Lostopf für Frauen und drei geloste Redebeiträge aus dem offenen Lostopf mit einer Redezeit von je zwei Minuten vorgesehen.

Begründung

Im Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ gibt es vier Anträge. Unter anderem einen Antrag des Landesvorstandes. Zusätzlich gibt es einen Änderungsantrag zur Tagesordnung, der die Anträge zu Palantir als Tagesordnungspunkt 2a vorziehen möchte. Um gegenüber den Delegierten und den Parteimitgliedern Transparenz und Klarheit zu schaffen, müssen auch dieser Tagesordnungspunkt bzw. diese Anträge im Verfahrensvorschlag abgebildet sein.

Unterstützer*innen

Damian Haller (KV Stuttgart); Jonathan Schneider (KV Esslingen); Monika Fenzau (KV Neckar-Bergstraße); Lukas Goy (KV Stuttgart); Angelika Sauer (KV Esslingen); Barbara König (KV Odenwald-Kraichgau); Tobias Schmid (KV Rems/Murr); Frank Bergler (KV Rems/Murr); Beate Noll (KV Mannheim); Katja Seiter (KV Karlsruhe-Land)

PRO-1-002

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 1 bis 4:
Baden-Württemberg ist das Land der Möglichkeiten. Wer etwas bewegen will, findet bei uns den richtigen Platz: an der Werkbank, am Laptop in der Dienstleistung oder im Ehrenamt an der Seite ~~der~~von Menschen. Dabei werden auch die Menschen nicht vergessen, die auf Unterstützung und Hilfe angewiesen sind.. Doch aufgrund der gegenwärtigen und vergangenen Krisen zweifeln viele Bürger*innen, ob die Versprechen von Sicherheit und Stabilität noch gelten. Wir

PRO-1-005

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 4 bis 8:
Bürger*innen, ob die Versprechen von Sicherheit und Stabilität noch gelten. Wir wollen diese Perspektiven sichern und bewahren. ~~Leistung soll sich auch in Zukunft lohnen. Wir wollen ein Land, das Chancen bietet: für alle, die bereit sind, anzupacken und Verantwortung zu übernehmen.~~Die Menschen im Land haben gezeigt und zeigen täglich, dass sie anpacken wollen und Verantwortung übernehmen. Ganz gleich, ob sie hier geboren sind oder mit großen Hoffnungen zu uns kommen. Für uns kommt es nicht

Begründung

Sätze wie „Leistung muss sich lohnen“ grenzen Menschen aus, die nicht in die klassischen Leistungsbegriffe (Hart Arbeiten, Überstunden machen bis zum umfallen usw.) passen. Außerdem sagt dieser Satz mehr über die mit ihm nicht gemeinten Menschen aus (Alleinerziehende, Pflegende, strukturell überforderte). Der naheliegende Gedanke, dass die Bosch-, Male- und Porschemitarbeiter, die jetzt entlassen werden einfach selbst schuld sind, weil sie nicht genug „Leistung“ erbracht haben, sollte nicht einmal indirekt im Programm durchscheinen. Grüne Politik grenzt niemanden aus, der oder die sich nicht in das „Leistungsschema“ von AfD, FDP, CDU und CSU pressen lassen. In Baden-Württemberg wird jede und jeder unterstützt, die oder der einen eigenen Beitrag zur Gesellschaft leisten kann und das tut. Deshalb dürfen wir nicht in das Wording der „Leistungsträger“ verfallen. Verzweifelten Menschen, die um ihre Arbeitsplätze bangen den Leistungsbegriff vorzuhalten ist zusätzlich demotivierend und stärkt den Demokratieverdruss. Deshalb müssen wir an dieser Stelle verbal abrüsten.

PRO-1-005-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Peter Seimer (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:
Bürger*innen, ob die Versprechen von Sicherheit und Stabilität noch gelten. Wir wollen diese Perspektiven sichern und bewahren. Für uns gilt: Der Staat sorgt für Tempo - die Unternehmen für Ideen. Daher bauen wir Infrastruktur aus, keine Bürokratie. Tempo entsteht durch klare Ziele statt starrer Vorgaben, getreu unserem Motto: Klar im Ziel - offen in den Wegen. Ideen und Erfolg messen wir künftig stärker an Gründungen, Start-Ups und Scale-Ups - nicht mehr nur an wissenschaftlichen Publikationen. Leistung soll sich auch in Zukunft lohnen. Wir wollen ein Land, das Chancen bietet: für alle, die bereit

Begründung

Der Staat setzt die Zielen, den Rahmen und stellt die Infrastruktur zur Verfügung. Ideen kommen von Bürger*innen und Unternehmen.

Unterstützer*innen

Marilena Geugjes (KV Heidelberg); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Lea Rocca (KV Böblingen); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Michael Joukov (KV Ulm); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Colin Christ (KV Heilbronn); Tobias Friedlein (KV Heidelberg); Felix Poloczek (KV Ravensburg); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Saskia Frank (KV Konstanz); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Domenic Markus Preukschas (KV Ortenau); Bianca Aschauer (KV Reutlingen)

PRO-1-008

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 7 bis 9:
sind, anzupacken und Verantwortung zu übernehmen. Ganz gleich, ob sie hier geboren sind oder mit großen Hoffnungen zu uns kommen. ~~Für uns kommt es nicht darauf an, woher man herkommt, sondern wohin man will~~Wir stehen an der Seite dieser Menschen.

Begründung

Sätze wie „Leistung muss sich lohnen“ grenzen Menschen aus, die nicht in die klassischen Leistungsbegriffe (Hart Arbeiten, Überstunden machen bis zum umfallen usw.) passen. Außerdem sagt dieser Satz mehr über die mit ihm nicht gemeinten Menschen aus (Alleinerziehende, Pflegende, strukturell überforderte). Der naheliegende Gedanke, dass die Bosch-, Male- und Porschemitarbeiter, die jetzt entlassen werden einfach selbst schuld sind, weil sie nicht genug „Leistung“ erbracht haben, sollte nicht einmal indirekt im Programm durchscheinen. Grüne Politik grenzt niemanden aus, der oder die sich nicht in das „Leistungsschema“ von AfD, FDP, CDU und CSU pressen lassen. In Baden-Württemberg wird jede und jeder unterstützt, die oder der einen eigenen Beitrag zur Gesellschaft leisten kann und das tut. Deshalb dürfen wir nicht in das Wording der „Leistungsträger“ verfallen. Verzweifelten Menschen, die um ihre Arbeitsplätze bangen den Leistungsbegriff vorzuhalten ist zusätzlich demotivierend und stärkt den Demokratieverdruss. Deshalb müssen wir an dieser Stelle verbal abrüsten.

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:
geboren sind oder mit großen Hoffnungen zu uns kommen. Für uns kommt es nicht darauf an, woher man herkommt, sondern wohin man will.

Deswegen gilt für uns: Gutes Wirtschaften dient dem Menschen und dem Gemeinwohl – nicht umgekehrt (Anmerkung: Art. 14 Grundgesetz).
Wohlstand ist deutlich mehr als der in Euro beschreibbare Zustand einer Gesellschaft. Wohlstand umfasst gleichberechtigten gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie eine gute Infrastruktur für Erziehung, Bildung, Pflege, Integration, Digitalisierung und Mobilität. Nicht zuletzt umfasst Wohlstand auch Sicherheit im Inneren und Äußeren, in der Gegenwart und Zukunft. Damit sind nicht nur militärische und polizeiliche Sicherheit gemeint, sondern auch Sicherheit vor Klima- und Umweltschäden.

Wohlstandsentwicklung und Wohlstandssicherung sind daher zentrale Gegenstände unserer Grünen Politik. Gutes Wirtschaften sichert somit Wohlstand und Arbeitsplätze – nachhaltig, klima- und umweltverträglich. Innovationen sind dabei der Schlüssel für erfolgreiches, wettbewerbsfähiges Wirtschaften in allen Bereichen: im Handwerk sowie in kleinen, mittleren und großen Unternehmen.

Wir wollen aber auch die Fähigkeiten und Talente aller Menschen nutzen. Wir wissen, dass nicht alle Menschen hochproduktiv und innovativ sind. Viele brauchen Hilfe, Unterstützung und Betreuung – in der Gesundheit, in der Pflege oder in der Erziehung und Bildung. Der Dienstleistungssektor wächst und kann Arbeitsplatzverluste in anderen Branchen kompensieren. Mit der digitalen Transformation und der Nutzung moderner Technologien wächst zudem der Bedarf an entsprechenden Dienstleistungen. Auch das sind Arbeitsplätze der Zukunft.

Begründung

Begründung zu den Korrekturen: Diess Kap. Hat Wohlstand als Titel. Der sollte dann hier auch explizit definiert werden, da er bislang in der öffentlichen und politischen Diskussion nicht definiert und damit unpräzises ist.

Unterstützer*innen

Peter F. Thriemer (KV Zollernalb); Annette Thriemer (KV Zollernalb); Leni Reiland (KV Mannheim); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV

Tübingen); Tobias Kraft (KV Rems/Murr); Ulrike Rosina (KV Rems/Murr); Niklas Becker (KV Konstanz); Angelika Sauer (KV Esslingen); Frank Bergler (KV Rems/Murr)

PRO-1-015

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 15 bis 17:
Wer ~~Leistung bringt~~sich einbringt , soll auch in Zukunft weiterkommen – ob im Handwerksbetrieb oder Hörsaal, im Start-up oder am Fließband, im Ehrenamt oder Care-Arbeit. Wir unterstützen die Menschen dabei, ihren individuellen Beitrag zu leisten. Insbesondere Menschen mit Behinderungen wollen wir dabei unterstützen und besser in den Arbeitsmarkt integrieren.

Begründung

Die Reduktion von Leistung im Sinne wirtschaftlicher Verwertbarkeit von Arbeitsleistung verkennt den Beitrag zur Gesellschaft, die ehrenamtlich oder in den Familien erbracht wird. Menschen, die sich einbringen und unsere Gesellschaft bereichern und voranbringen wollen, benötigen manchmal unsere Unterstützung. Insbesondere Menschen mit Behinderungen wollen sich oftmals einbringen, haben aber mit vielen gesellschaftlichen und rechtlichen Hürden zu kämpfen.

PRO-1-015-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Raphael Putz (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 15 bis 16 einfügen:
Wer Leistung bringt und bringen will, soll auch in Zukunft weiterkommen – ob im Handwerksbetrieb oder Hörsaal, im Start-up oder am Fließband. Ein bärenstarker Mittelstand, eine

Von Zeile 19 bis 22:
entfesseln. Junge Menschen wollen wir auf ihrem Weg in Ausbildung, Gründung oder Studium bestmöglich begleiten~~. Durch die Stärkung der beruflichen Bildung und der Gleichwertigkeit von Master und Meister öffnen wir Türen und schaffen Chancen~~.

Diesen Geist des Machens, des Erfindens und des unternehmerischen Vorausdenkens wollen wir weiter stärken. Es braucht Rahmenbedingungen, die Leistung belohnen, Engagement nicht ausbremsen und unternehmerischen Mut nicht bestrafen. Junge Menschen, die etwas aufbauen oder erreichen wollen – ob in Ausbildung, Gründung oder Studium – sollen die bestmögliche Unterstützung erhalten.

Durch die Stärkung der beruflichen Bildung und der Gleichwertigkeit von Master und Meister öffnen wir Türen und schaffen Chancen.

Begründung

erfolgt mündlich / geht aus dem Text hervor

Unterstützer*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Lea Rocca (KV Böblingen); Noah Ries (KV Heidelberg); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Colin Christ (KV Heilbronn); Aaron Ludwig (KV Böblingen); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Simon Hauser (KV Esslingen); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Hannes Sturm (KV Freiburg); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Katharina Rödle (KV Hohenlohe)

PRO-1-022

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Raphael Putz (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 22 einfügen:

Um dieses Leistungsversprechen einzulösen, braucht es einen konsequenten Bürokratieabbau. Vorgaben, die Innovationen bremsen, müssen weg – nach dem Prinzip „One in, two out“: Für jede neue Vorschrift sollen zwei alte verschwinden. Wir wollen Gründerinnen, Forschern und Mittelständlern Zeit für Ideen geben, nicht für Formulare.

Begründung

erfolgt mündlich / geht aus dem Text hervor

Unterstützer*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Lea Rocca (KV Böblingen); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Colin Christ (KV Heilbronn); Aaron Ludwig (KV Böblingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Bianca Aschauer (KV Reutlingen); Daniel Burgstaller (KV Ludwigsburg); David Bieg (KV Ulm); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Jonathan Witte (KV Heidelberg)

PRO-1-024

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Alexander Kohn (KV Mannheim)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 23 bis 27:
Es ist und bleibt richtig, dass man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben und die Weltmärkte der Zukunft erobern kann. Diese nachhaltige Strategie werden wir weiter mit Nachdruck verfolgen. Aber es gilt auch umgekehrt: Mit schwarzen Zahlen werden grüne Ideen bezahlbar. Wir verbinden wirtschaftliche Vernunft mit Zukunftssicherheit ~~und~~, Generationengerechtigkeit und Klimaschutz – darum geht es uns.

Begründung

Die Begriffe "Klimaschutz" und "Nachhaltigkeit" sind der grüne Markenkern - dafür machen wir das alles. Sie sollten in einem Wahlprogramm auf der ersten Seite stehen. Im Entwurf des Wahlprogrammes finden sich Begriffe aus den beiden Wortfeldern aber erst auf Seite 3 (Z. 81 "nachhaltige") bzw. S. 5 (Z. 166 "Nachhaltigkeit") und Seite 6 ("Klimaschutz"). Klimaschutz und Nachhaltigkeit dürfen keine Randnotizen irgendwo weiter hinten im Wahlprogramm bzw. Koalitionsvertrag sein. Daher beantrage ich die Ergänzung der beiden Begriffe prominent im vierten Absatz des Wahlprogramms, wo sie ohnehin gut in den Kontext passen: Also lasst uns diese beiden so wichtigen Begriffe auch an dieser Stelle schon aussprechen - das Wichtigste muss vorne stehen.

Unterstützer*innen

Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Nils Petras (KV Mannheim); Beate Noll (KV Mannheim); Bastian Bender (KV Mannheim); Gerd Herrmann (KV Mannheim); Tim Wichmann (KV Mannheim); Linus Wöllner (KV Mannheim); Tamara Beckh (KV Mannheim); Christoph Balmert (KV Mannheim); Anna Knowles (KV Mannheim); Hagen Salewski (KV Mannheim); Michaela Böll (KV Mannheim); Gerhard Fontagnier (KV Mannheim); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Swenja Krahn (KV Mannheim); Frank Schmitter (KV Mannheim); Stephanie Sprinz (KV Mannheim); Julia Gast-Federspiel (KV Mannheim); Katrin Kössl (KV Tübingen)

PRO-1-027

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Sylvia Pilarsky-Grosch (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 26 bis 27:
werden grüne Ideen bezahlbar. Wir verbinden wirtschaftliche Vernunft mit Zukunftssicherheit und Generationengerechtigkeit~~[Leerzeichen]~~, das bedeutet für uns auch, alle Kraft in den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu setzen

Begründung

Im Programmentwurf finden sich die Stichworte Umwelt erstmals in Zeile 79, Klima gar erst in Zeille 205 und Natur in Zeile 344. Der Einsatz für den Erhalt von Umwelt und Natur ist Markenkern der Grünen Partei. Wirtschaftswachstum stellen alle Parteien als wichtig dar. Es braucht ein Unterscheidungskriterium.

Unterstützer*innen

Johannes Enssle (KV Schwäbisch Hall); Anna Grosch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Finn Schwarz (KV Tübingen); Jérôme Vogler (KV Esslingen); Markus Rösler (KV Ludwigsburg); Susanne Duffing (KV Pforzheim und Enzkreis); Marcus Brenken (KV Esslingen); Armin Gabler (KV Karlsruhe-Land); Tobias Holger Miltenberger (KV Stuttgart); Gerhard Bronner (KV Schwarzwald-Baar); Gerhard Härer (KV Esslingen); Andrea Molkenthin-Kessler (KV Ludwigsburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Jutta Niemann (KV Schwäbisch Hall); Ulrike Felger (KV Böblingen); Matthias Seelmann-Eggebert (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Bruno Sing (KV Ravensburg); Michael Joukov (KV Ulm); Christian Kahl (KV Esslingen)

PRO-1-034

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 33 bis 35:
eine verlässliche, saubere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten. Bezahlbare saubere Energie beginnt ~~bei~~nah am Verbraucher vor Ort, begleitet von einem klugen Netzausbau: Deshalb wollen wir in Stromleitungen, Speichertechnologien und intelligente Steuerung

Begründung

Lokale, dezentrale Energieerzeugung senkt die Kosten für den Netzausbau und damit für den Verbraucher und die Wirtschaft!

PRO-1-043

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Peter Seimer (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 43 einfügen:

Unser Ziel: Baden-Württemberg wird zum modernsten, digitalsten und wirkungsorientiertesten Bundesland Deutschlands, welches schneller wird, Freiräume schafft und Zutrauen zum Leitprinzip macht. Dafür erklären wir Digitalisierung, Bürokratieabbau und die Modernisierung des Staates zur Chefsache und siedeln es im Staatsministerium an.

Dafür stärken wir die Entscheidungskompetenz der Behörden vor Ort: Sie sollen mit deutlich größerem Ermessensspielraum pragmatisch handeln können. Entscheidend ist künftig nicht ein standardisierter Verfahrensweg, sondern ein sauberes, rechtssicheres und zügiges Ergebnis.

Digitalisierung wird zum Hebel echter Entlastung. Wir schaffen ein Verwaltungssystem aus einem Guss: ein Login für alle digitalen Services, klar definierte Zuständigkeiten und digitale Antragswege ohne Medienbrüche. Routinetätigkeiten werden automatisiert, Formulare vorbefüllt und Standardentscheidungen digital getroffen, sodass Mitarbeitende ihre Zeit auf komplexe Aufgaben konzentrieren können, die nicht in Standardschemata passen. Gleichzeitig schaffen wir Doppelstrukturen ab. Für jede Aufgabe soll klar sein, wer zuständig ist – und wer nicht. Mehrfachprüfungen und parallele Abläufe werden beendet.

Wir setzen auf eine neue Verantwortungskultur. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen sollen wieder einfacher handeln können – mit Selbsterklärungen statt unnötigen Nachweisen, mit Eigenverantwortung statt Misstrauenskultur. Vertrauen ist für uns keine Einbahnstraße. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger dem Staat wieder mehr vertrauen. Dazu gehört aber auch, dass der Staat den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr vertraut und zutraut. Flächendeckende Kontrollen werden durch risikobasierte Stichproben ersetzt. So gewinnen alle Beteiligten Zeit und Effizienz, ohne an Sicherheit einzubüßen.

Mit diesem Ansatz schaffen wir ein Baden-Württemberg, das schneller entscheidet, schneller baut und schneller investiert. Ein Land, in dem Verwaltung Freiräume schafft statt Hürden aufbaut – und das zum modernsten, digitalsten und unbürokratischsten Bundesland Deutschlands werden kann.

Begründung

ein handlungsfähiger Staat dem die Bürger*innen vertrauen ist essentiell für die Akzeptanz unserer Demokratie.

Unterstützer*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Bianca Aschauer (KV Reutlingen); Marlena Kröhn (KV Odenwald-Kraichgau); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Tobias Friedlein (KV Heidelberg); Lea Rocca (KV Böblingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Marin Juric (KV Schwarzwald-Baar); Colin Christ (KV Heilbronn); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Michael Jahn (KV Esslingen); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Sibylle Riegger-Gnamm (KV Heilbronn); Karen Tiede (KV Esslingen); Arne Kotzerke (KV Göppingen)

PRO-1-045

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 45 bis 50:
Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Der globale Handel ist härter geworden, technologische Durchbrüche wirbeln unsere Wirtschaft durcheinander, neue Wettbewerber fordern uns heraus, und bewährte Branchen wie unsere Automobilindustrie erleben die größte Bewährungsprobe ihrer Geschichte.

~~Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Der globale Handel ist härter geworden, technologische Durchbrüche wirbeln unsere Wirtschaft durcheinander, neue Wettbewerber fordern uns heraus, und bewährte Branchen wie unsere Automobilindustrie erleben die größte Bewährungsprobe ihrer Geschichte.~~Baden-Württemberg steht an einem wirtschaftlichen Wendepunkt. Nach Jahrzehnten stabilen
Wachstums und hoher industrieller Stärke befindet sich das Land derzeit unter dem stärksten Gegenwind seit Langem. Tausende Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie sind in Gefahr und die globale Transformation hin zu Elektromobilität, Digitalisierung und Dekarbonisierung stellt die gesamte Wertschöpfungskette infrage. Als stark exportorientiertes Industrieland steht Baden-Württemberg unter wachsendem Druck, da geopolitische Spannungen, technologische Abhängigkeiten – insbesondere in Bereichen wie Chips, Batterien und seltenen Erden – sowie neue Handelsmaßnahmen der USA die globalen Lieferketten und Absatzmärkte zunehmend belasten. Hohe Energiepreise, überbordende Bürokratie und ein akuter Fachkräftemangel erschweren zusätzlich die Situation. Wir stehen deshalb vor einer wichtigen Wahl: Suchen wir die Antwort in

Begründung

Wirtschaft in Baden-Württemberg unter massivem Gegenwind

Als Auftakt für die wirtschaftspolitischen Impulse und Antworten, die wir geben möchten, braucht es eine klare Benennung und Beschreibung der aktuellen Ausgangslage: Viele Beschäftigte in Baden-Württemberg fürchten aktuell akut um ihre Jobs und das Land steht an einem wirtschaftlichen Wendepunkt aufgrund der geopolitischen Spannungen und des technologischen Wandels.

PRO-1-054

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ines Link (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 53 bis 55:
Wir in Baden-Württemberg entscheiden uns für den Weg nach vorne. Der Unsicherheit setzen wir Mut und ~~Üb~~Zuversicht entgegen. Wir stellen die Weichen in Richtung Zukunft. Wir stärken unserer Wirtschaft gezielt den Rücken und setzen

Begründung

Ich nehme an, da sollte eigentlich "Zuversicht" stehen, nicht "Übersicht".

Unterstützer*innen

Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Julia Uebele (KV Göppingen); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jan Marczona (KV Stuttgart); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Laura-Luise Hammel (KV Esslingen); Lea Elsemüller (KV Tübingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Simone Fischer (KV Stuttgart); Sabine Zilligen (KV Schwäbisch Gmünd); Maria Flendt (KV Stuttgart); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis)

PRO-1-077

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 76 bis 77 einfügen:
– mit Erfolg, denn kaum eine andere Branche ist im Land in den vergangenen Jahren so stark gewachsen. Um diese "Green Economy" weiter voran zu bringen, wollen wir mit einem Reperaturbonus die Grundlagen für Kreislaufwirtschaft ausbauen, den Markt für Refurbishment von Elektronikgeräten durch Beschaffungsquoten in Landesbehörden ankurbeln und durch gezielte Förderung von Reperaturcafés, Makingspaces und Hackingspaces dem europäischen Recht auf Reperatur eine lokale Grundlage schaffen.

Begründung

Green Tech und Green Economy sind nicht nur wichtige Zukunftskonzepte, sondern sowohl als schnell wachsende Branche als auch im Ehrenamt klare Verbündete. Konkrete Maßnahmen, wie der in Sachsen und Thüringen erfolgreich erprobte Reperaturbonus helfen dabei, das Konzept von Kreislaufwirtschaft und Nachnutzung im Denken der Menschen zu verankern.

PRO-1-082

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Hendrik Alkemade (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 81 bis 82 einfügen:
Gemeinwohl-Ökonomie, um noch mehr Unternehmen für eine nachhaltige, soziale und transparente Wirtschaftsweise zu begeistern.
Darüber hinaus wollen wir genossenschaftliche Unternehmen unterstützen, insbesondere in den Bereichen Handwerk, Land- und Lebensmittelwirtschaft sowie in der Pflege und der Gesundheitsversorgung. Genossenschaften bieten die Möglichkeit, Mitarbeitende und Kunden an einem Unternehmen zu beteiligen. Hier können Unternehmensrisiken auf viele Schultern verteilt und Gewinne an alle Beteiligten ausgeschüttet werden. Durch die demokratische Entscheidungsfindung in Genossenschaften stehen Resilienz und Nachhaltigkeit stärker im Fokus als der reine Profit. Die Gründung von Genossenschaften wollen wir mit einer Starterfinanzierung fördern.

Begründung

Genossenschaften sind eine Rechtsform für Unternehmen, die es Menschen ermöglicht in demokratischen Beteiligungsformaten die wesentlichen Entscheidungen in ihrem Unternehmen mitzubestimmen. So fördern Genossenschaften die Wirkmacht der Arbeitnehmerschaft, dienen als Beispiel für demokratische Entscheidungsprozesse in Wirtschaftsunternehmen und ermöglichen den Mitgliedern eine Beteiligung am Erfolg ihres Unternehmens. Durch den Fokus der Genossenschaften auf Nachhaltigkeit und Stabilität sind die Unternehmen krisenfester und unabhängiger von Schwankungen am Kapitalmarkt. Genossenschaften sind seltener als andere Rechtsformen von Insolvenzen betroffen. Um Genossenschaften bei der Unternehmensgründung zu stärken, haben andere Bundesländer wie Bayern und NRW bereits Förderprogramme aufgelegt. Um diesen Unternehmensgründungen auch in Baden-Württemberg gute Startchancen zu bieten, sollten genossenschaftliche Gründungen gefördert werden.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Josephine Füger (KV Tübingen); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Clara Löw (KV Heidelberg); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Markus Freibott (KV Waldshut); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Richard Langer (KV Tübingen); Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Nicola Frank (KV Tübingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Christian Spork (KV Emmendingen); Gregor Steiner (KV Tübingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Pauline Valentin (KV Freiburg); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Mersad Rekic (KV Stuttgart)

PRO-1-090

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Peter Seimer (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 90 einfügen:

Baden-Württemberg ist geprägt von seiner industriellen Stärke. Maschinenbau, Fahrzeugindustrie und ein starker Mittelstand sichern Wohlstand, Arbeitsplätze und Weltmarktpositionen. Doch die globale Wettbewerbslandschaft verändert sich rasend schnell und Wertschöpfung verlagert sich zunehmend in Software, Daten und KI-gestützte Geschäftsmodelle. Für ein Industrieland wie Baden-Württemberg ist das keine Randnotiz, sondern von zentraler Bedeutung für die nächste wirtschaftliche Erfolgsära. Unser Ziel: Baden-Württemberg wird Europas führender Standort für industrielle KI und Software-Engineering. Wir schaffen ein Ökosystem, in dem KI nicht nur erforscht, sondern in Produkten, Produktionslinien und Softwareplattformen skalierbare Geschäftsmodelle entstehen. Baden-Württemberg hat dafür einzigartige Voraussetzungen: von den industriellen Zentren rund um Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn, Ulm, Mannheim und Freiburg über Software-Giganten wie SAP bis hin zu den exzellenten Forschungszentren im Cyber Valley, KIT, Fraunhofer oder IPAI Heilbronn. Bade-Württemberg entwickelt sich damit weiter von der Forschungswerkbank zum europäischen Hotspot für industrielle KI-Geschäftsmodelle und digitaler Wertschöpfung.

Begründung

Die Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz auf die Industrie darf nicht nur ein Randthema sein. Es ist entscheidend wo in Zukunft Wertschöpfung entsteht.

Unterstützer*innen

Saskia Frank (KV Konstanz); Erwin Köhler (KV Heilbronn); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Michael Jahn (KV Esslingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Sibylle Riegger-Gnamm (KV Heilbronn); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Lea Rocca (KV Böblingen); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Mariska Stephanie Ott (KV Göppingen); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Marilena Geugjes (KV Heidelberg); Colin Christ (KV Heilbronn); Arne Kotzerke (KV Göppingen); Tobias Friedlein (KV Heidelberg); Katharina Rödle (KV Hohenlohe)

PRO-1-091

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 91 bis 94:
~~Um vorne mit dabei zu sein, verhelfen wir besonders bahnbrechenden Entwicklungen zum Durchbruch – wie zum Beispiel in der Biotechnologie, beim Quantencomputing oder in der Robotik.~~ Um an der Spitze technologischer Entwicklungen zu bleiben, wollen wir eine Technologiestrategie 2035 entwickeln, die es Baden-Württemberg ermöglicht, kommende bahnbrechende Entwicklungen nicht nur zu begleiten, sondern aktiv mitzugestalten und zum Durchbruch zu verhelfen – insbesondere in den Schlüsselbereichen wie zum Beispiel Künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Quantencomputing, Wasserstofftechnologien und Robotik.*Deep-Tech*-Innovationen aus diesen zukunftsweisenden Bereichen erfordern oft hohe Ingenieurskunst, umfangreiche Forschung und lange

Begründung

Wirtschaft in Baden-Württemberg unter massivem Gegenwind

Länder wie China definieren klar ihre Technologiestrategie. Sie definieren präzise, welche Ressourcen sie einsetzen und welche Etappenziele sie bis wann erreichen wollen wie in der Entwicklung von Batterien, Chips, Robotik oder Künstlicher Intelligenz. Warum sollen wir das nicht auch tun als eine der weltweit fortgeschrittensten Regionen. Wir dürfen nicht abwarten und hoffen, dass sich Entwicklungen bei uns zeigen, sondern diese aktiv fördern.

Zudem müssen wir verhindern, dass Zukunftstechnologien zu einer Bedrohung werden, wenn wir sie nicht selbst aktiv gestalten. Wenn Baden-Württemberg nicht wettbewerbsfähig bleibt und sich weder über neue Firmen noch etablierte Unternehmen in neuen Technologiefeldern behauptet, dann droht ein Szenario, in dem Künstliche Intelligenz nicht neue Wertschöpfung schafft, sondern lediglich Effizienzsteigerungen realisiert – mit der Folge, dass Arbeitsplätze wegfallen, aber keine neuen entstehen. Eine strategisch geführte Technologiestrategie stellt sicher, dass Innovation in Baden-Württemberg neue Geschäftsmodelle, neue Industrien und neue hochwertige Arbeitsplätze schafft.

PRO-1-091-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 91 bis 94:
~~Um vorne mit dabei zu sein, verhelfen wir besonders bahnbrechenden Entwicklungen zum Durchbruch – wie zum Beispiel in der Biotechnologie, beim Quantencomputing oder in der Robotik.~~Um an der Spitze technologischer Entwicklungen zu bleiben, wollen wir eine Technologiestrategie 2035 entwickeln, die es Baden-Württemberg ermöglicht, kommende bahnbrechende Entwicklungen nicht nur zu begleiten, sondern aktiv mitzugestalten und zum Durchbruch zu verhelfen – insbesondere in den Schlüsselbereichen wie zum Beispiel Künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Quantencomputing, Wasserstofftechnologien und Robotik. . *Deep-Tech*-Innovationen aus diesen zukunftsweisenden Bereichen erfordern oft hohe Ingenieurskunst, umfangreiche Forschung und lange

Begründung

Wirtschaft in Baden-Württemberg unter massivem Gegenwind

Länder wie China definieren klar ihre Technologiestrategie. Sie definieren präzise, welche Ressourcen sie einsetzen und welche Etappenziele sie bis wann erreichen wollen wie in der Entwicklung von Batterien, Chips, Robotik oder Künstlicher Intelligenz. Warum sollen wir das nicht auch tun als eine der weltweit fortgeschrittensten Regionen. Wir dürfen nicht abwarten und hoffen, dass sich Entwicklungen bei uns zeigen, sondern diese aktiv fördern.

Zudem müssen wir verhindern, dass Zukunftstechnologien zu einer Bedrohung werden, wenn wir sie nicht selbst aktiv gestalten. Wenn Baden-Württemberg nicht wettbewerbsfähig bleibt und sich weder über neue Firmen noch etablierte Unternehmen in neuen Technologiefeldern behauptet, dann droht ein Szenario, in dem Künstliche Intelligenz nicht neue Wertschöpfung schafft, sondern lediglich Effizienzsteigerungen realisiert – mit der Folge, dass Arbeitsplätze wegfallen, aber keine neuen entstehen. Eine strategisch geführte Technologiestrategie stellt sicher, dass Innovation in Baden-Württemberg neue Geschäftsmodelle, neue Industrien und neue hochwertige Arbeitsplätze schafft.

PRO-1-100

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 100 einfügen:

Wir müssen verhindern, dass Zukunftstechnologien zu einer Bedrohung werden, wenn wir sie nicht selbst aktiv gestalten. Wenn Baden-Württemberg nicht wettbewerbsfähig bleibt und sich weder über neue Firmen noch etablierte Unternehmen in neuen Technologiefeldern behauptet, dann droht ein Szenario, in dem beispielsweise Künstliche Intelligenz nicht neue Wertschöpfung schafft, sondern lediglich Effizienzsteigerungen realisiert – mit der Folge, dass Arbeitsplätze wegfallen, aber keine neuen entstehen.

Begründung

Arbeitplätze schaffen

Zukunftstechnologien sollen nicht zu einer Bedrohung werden, wenn wir sie nicht selbst aktiv gestalten. Wenn Baden-Württemberg nicht wettbewerbsfähig bleibt und sich weder über neue Firmen noch etablierte Unternehmen in neuen Technologiefeldern behauptet, dann droht ein Szenario, in dem beispielsweise Künstliche Intelligenz nicht neue Wertschöpfung schafft, sondern lediglich Effizienzsteigerungen realisiert – mit der Folge, dass Arbeitsplätze wegfallen, aber keine neuen entstehen.

PRO-1-108

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Raphael Putz (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 107 bis 108 einfügen:
möglichst realen Bedingungen getestet werden können, um sie schneller zur Marktreife zu bringen.

Wir wollen Baden-Württemberg zum KI-Länd Nummer 1 in Europa machen. Dafür bauen wir die Kooperation mit führenden Innovationsregionen wie Kalifornien aus. Während andere zuerst sagen, was nicht geht, wollen wir zeigen, was möglich ist: mutig testen, schnell umsetzen und neue Technologien verantwortungsvoll in den Alltag bringen. **Denn wer im globalen KI-Race mitredet, prägt die Zukunft – technologisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich**

Begründung

Geht aus dem Text hervor/ erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Lea Rocca (KV Böblingen); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Noah Ries (KV Heidelberg); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Colin Christ (KV Heilbronn); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Aaron Ludwig (KV Böblingen); Simon Hauser (KV Esslingen); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Hannes Sturm (KV Freiburg); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Katharina Rödle (KV Hohenlohe)

PRO-1-131

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 131 bis 134:
Wir wollen die Ansiedlungsstrategie des Landes weiterentwickeln. ~~Dazu schaffen wir mehr Platz für neue Ideen und Betriebe. Damit das gelingt, wollen wir noch gezielter~~ Wir wollen wir noch gezielter und flächeneffizient dafür sorgen, dass ausreichend Flächen für Firmen bereitstehen – damit Gründer*innen, Handwerk und Industrie auch in Zukunft Raum zum Wachsen und

Begründung

Die für Gewerbe, Wohnen und Infrastruktur verbaute Fläche geht von der landwirtschaftlichen Fläche ab. Deshalb ist es wichtig, dass alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, flächeneffizient zu bauen oder bereits versiegelte Flächen zu verwenden.

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 141 bis 144 einfügen:
Innovation endet nicht an Landesgrenzen – deshalb stärken wir unsere Außenwirtschaftspolitik und richten sie strategischer aus. Uns geht es darum, bestehende Partnerschaften auszubauen, einseitige Abhängigkeiten abzubauen und neue Partnerschaften zu schließen. Technologieorientierte Kooperationen und Energiepartnerschaften stehen dabei besonders im Fokus. So

Begründung

Als Exportland in unsicheren Zeiten müssen wir unsere Außenwirtschaftsstrategie strategischer ausrichten und evaluieren. Wir müssen dabei Partnerschaften stärken, neue Partner*innen finden und einseitige Abhängigkeiten, die uns erpressbar machen abbauen. Es geht hierbei um Derisking nicht um Decoupling, vermeidet aber lange Textblöcke zu China oder Autokratien.

Unterstützer*innen

Richard Langer (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Maximilian Blatt (KV Mannheim); Jakob Feldner (KV Tübingen); Gregor Steiner (KV Tübingen); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Cornelius Klodt (KV Tübingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Manoah Kunze (KV Tübingen); Noah Ries (KV Heidelberg); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Colin Christ (KV Heilbronn); Michaela Nina Hammes (KV Hohenlohe)

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025
Status:	Eingereicht (ungeprüft)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 148 bis 149 einfügen:
Gewinnung und eine starke Kreislaufwirtschaft, die wertvolle Materialien immer wieder nutzbar macht. Nachhaltige Bioökonomie vereint regionale Wertschöpfungsketten, macht uns unabhängiger, nützt in erheblichem Maß biologischen Verfahren, Greentech, Kaskadennutzung und der Kreislaufwirtschaft. Auch ist sie eine Königsdiszipln in unseren Hochschulen, Instituten und Start-Ups, weshalb wir die Landessstrategie Nachhaltige Ökonomie fortsetzen werden.

Begründung

Bioökonomie ist ein wichtiges Zukunftsfeld auch im Sinne der Nachhaltigkeit und der Kreislaufwirtschaft. Baden-Württemberg muss hier weiter Spitze bleiben. Das wollen wir in unserem Wahlprogramm zum Ausdruck bringen.

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 150 bis 152:
~~Globale~~Baden-Württemberg ist deutscher Exportmeister. Darauf sind wir stolz und das wollen wir bleiben. Aber globale Produktions- und Rohstoffketten werden immer stärker zum Austragungsort ~~geopolitscher~~geoökonomischer Machtkämpfe. Ein regelbasiertes Welthandelssystem ist für unseren Exportstandort im ureigensten Interesse. Zollstreite und Handelskriege kennen keine Gewinner*innen. Wir setzen auf funktionierende internationale Institutionen, Kooperation und faire Handelspartnerschaften auf Augenhöhe. Als exportstarkes Land mit globalen Wirtschaftsbeziehungen dürfen Lieferketten nicht zum Einfallstor für

Begründung

Als Exportland stellt uns die aktuelle politische Lage auseinanderdriftender Lager und globaler Blockbildung vor starke Herausforderungen. Diese sollten wir benennen. Es ist sowohl unser Grüner politischer Anspruch als auch klares materielles Interesse unseres Wirtschaftsstandorts für starke Institutionen der Welthandelsgovernance einzutreten und Partnerschaften in der Welt zu suchen.

Unterstützer*innen

Richard Langer (KV Tübingen); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Maximilian Blatt (KV Mannheim); Jakob Feldner (KV Tübingen); Gregor Steiner (KV Tübingen); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Cornelius Klodt (KV Tübingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Manoah Kunze (KV Tübingen); Noah Ries (KV Heidelberg); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Colin Christ (KV Heilbronn); Michaela Nina Hammes (KV Hohenlohe)

PRO-1-155

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 154 bis 157:
Lieferketten ein, die Menschenrechte, Umwelt- und soziale Mindeststandards achten. **Das gilt insbesondere auch für das europäische Lieferkettengesetz ~~muss~~, das gleichzeitig** [Leerzeichen]praxistauglich, rechtssicher und bürokratiearm umgesetzt werden soll, damit nachhaltiges Wirtschaften ein Wettbewerbsvorteil wird.

Begründung

Eine praxistaugliche, rechtssichere und bürokratiearme Umsetzung des europäischen Lieferkettengesetzes liegt eindeutig in unserem Interesse. Allerdings darf die bürokratiearme Umsetzung nicht dazu führen, dass das Gesetz in seinem Kern beschnitten wird.

PRO-1-156

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Christoph Herderich (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 155 bis 157 einfügen:
achten. Das europäische Lieferkettengesetz muss praxistauglich, rechtssicher und bürokratiearm **unter Beibehaltung der zivilrechtlichen Unternehmenshaftung** umgesetzt werden, damit nachhaltiges Wirtschaften ein Wettbewerbsvorteil wird.

Begründung

Im Europaparlament kämpfen die europäischen Grünen dafür den Kern des europäischen Lieferkettengesetzes zu erhalten.
Siehe Anna Cavazzini: https://www.annacavazzini.eu/pm09102025omnibus/ und https://www.annacavazzini.eu/pm221025csddd/
Mit dem Argument, das bereits verabschiedete europ. Lieferkettengesetz praxistauglicher und bürokratieärmer gestalten zu müssen hat die EVP Fraktion zusammen mit den rechten Fraktionen einschließlich der AfD im EU Parlament einen Gesetzentwurf durch das EU Parlament gebracht, der darauf hinausläuft das europäische Lieferkettengesetz erheblich abzuschwächen. https://www.annacavazzini.eu/brandmauer_lieferkettengesetz/

Anna Cavazzini schreibt zu den Verhandlungen zw. der EVP Fraktion und den europ. Grünen:

"*Wir waren immer kompromissbereit und hätten viele schmerzhafte Einschnitte in Kauf genommen, um eine Lösung zu finden. Letztendlich ist das Endergebnis aber mehr als eine Vereinfachung oder Bürokratieabbau – es ist eine tiefgreifende Schwächung des ursprünglichen Gesetzes. Die Anzahl an Unternehmen, die jetzt unter das Gesetz fallen, ist nur noch ein Bruchteil. Die zivilrechtliche Haftung war das Rückgrat des EU-Lieferkettengesetzes. Sie hätte Gerechtigkeit für die Opfer von Menschenrechten in unseren Lieferketten geführt. Ohne sie fehlt dem Lieferkettengesetz diese Perspektive der Opfer.*"

Um die grüne Position unmissverständlich klarzustellen und um sich für den Erhalt eines der Kernelemente des europ. Lieferkettengesetzes auszusprechen beantrage ich daher wie oben beschrieben in Zeile 156 einzufügen:
... unter Beibehaltung der zivilrechtlichen Unternehmenshaftung ...

Unterstützer*innen

Daniel Halfmann (KV Freiburg); Ilse Ritz (KV Freiburg); Gustav Schmid (KV Freiburg); Kornelia Müller (KV Freiburg); Florian Bieck (KV Freiburg); Thomas Knoll (KV Freiburg); Mona Blender (KV Freiburg); Susanne Maria Wolf (KV Freiburg); Brigitte Kaufmann (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Thomas Schorr (KV Freiburg); Jonathan Rabus (KV Freiburg); Nicholas Eschenbruch (KV

Freiburg); Peter Koderisch (KV Freiburg); Marinus Lamers (KV Freiburg); Dieter Saha (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg); Berthold Noeske (KV Freiburg); Olaf Haas (KV Freiburg)

PRO-1-157

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales & Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 156 bis 157 einfügen:
bürokratiearm umgesetzt werden, damit nachhaltiges Wirtschaften ein Wettbewerbsvorteil wird.

Auch in unserer digitalen Infrastruktur setzen wir auf Unabhängigkeit und wollen, dass die Landesverwaltung vorangeht: Durch den verstärkten Einsatz von Open-Source-Lösungen streben wir an, uns weniger abhängig von proprietären Softwareanbietern zu machen. Das senkt Lizenz- und Betriebskosten und entlastet damit den Landeshaushalt. Zudem übernehmen häufig regionale Dienstleister die Einführung, Schulung und Betreuung dieser Systeme. Ihr stärkerer Einsatz fördert somit direkt die regionale Wirtschaft.

Begründung

Auch die digitale Infrastruktur stellt eine Angriffsfläche für geopolitischer Machtkämpfe dar. Die Konsequenzen solcher Machtkämpfe oder sonstiger Nutzungseinschränkungen haben, anders als bei viel haptischen Gütern und Strukturen, oft direkte Konsequenz (z.B. die Cloudfare-Störung am 18.11.). Es sollte die Chance genutzt werden, sich unabhängiger zu machen, von Software-Lösungen auf deren Sicherheit und Qualität die Nutzenden wenig Einfluss haben. Im Falle eines verstärkten Einsatz von OSS könnte diesen Überlegungen Rechnung getragen werden und gleichzeitig dringend notwendiger finanzieller Spielraum geschaffen werden.

PRO-1-159

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 159 bis 167:
~~Im Wahljahr 2Ö26 können wir ein stolzes Jubiläum feiern:~~ Vor 140 Jahren ~~hat~~haben Carl Benz in Mannheim und Gottlieb Daimler in Cannstatt das ~~erste vierrädrige~~ Automobil ~~erfunden, die Motorkutsche~~entwickelt. ~~Wie keine andere Branche hat die~~Die Automobilindustrie hat die Geschichte unseres Landes geprägt. ~~Um die Automobilwirtschaft weiter auf diesem Weg bestmöglich zu unterstützen, wollen~~Auch in Zukunft werden wir optimale Rahmenbedingungen für das Mobilitätscluster ~~der Zukunft~~ schaffen – mit einem Zukunftspakt von Industrie, Gewerkschaften, Forschung und Politik, mit klaren Zielen für Innovation, Beschäftigung und Nachhaltigkeit, mit einer klaren Förderlogik für Innovation und Standorttreue.

Für uns ist klar: Die Zukunft des Automobils ist elektrisch, vernetzt und intelligent. Deshalb müssen wir den heimischen Markt für die eMobilität stärken. Wir werden dafür die Ladeinfrastruktur weiter ausbauen, uns für günstigen Ladestrom für Elektrofahrzeuge einsetzen und das bidirektionale Laden endlich ermöglichen um einen starken Markt für die starken e-Modelle unserer Industrie zu schaffen. Entlang der gesamten Batteriewertschöpfungskette – von Forschung und Entwicklung über Produktion bis zum Recycling – entstehen so große Chancen für Innovation, Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze. Darüber hinaus setzen wir verstärkt auf leistungsfähige Chips und Smart Data. Mit einem gemeinsamen Datenraum ermöglichen wir Unternehmen einen sicheren Austausch von Produktions-, Mobilitäts- und Forschungsdaten. Wir bauen unseren Innovationscampus „Mobilität der Zukunft“ aus und stärken weiterhin die Vernetzung mit der Wirtschaft.

Begründung

Die Automotive-Industrie ist zweifellos der wichtigste Wertschöpfungsfaktor im Länd. Sie verliert aber zunehmend an Bedeutung. Deshalb ist wichtig, sie zu fördern. Jedoch sollten wir diese Bedeutung nicht überbetonen. Andere Industriebereiche, namentlich die Medizintechnik und GreenTec- Produkte werden einen teil der wegfallenden Arbeitsplätze und dazu die Wertschöpfung stärken. Klare Förderziele zu formulieren, ist ein klares Signal, das stärker wirkt, wenn man es nicht langwierig umschreibt.

Bei der Gelegenheit sollte klar gestellt werden,das Carl Benz das erste Auto schuf und die Innovation eben nicht nur in Stuttgart ihren Ausgangspunkt hatte. Baden- Württemberg ist in all seinen Teilen stark!

Die Stärkung des eMobilitätsmarktes muss hervorgehoben werden. Dabei fehlt das - auch energiepolitisch wichtige - Thema des bidirektionalen Ladens.

PRO-1-167

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Tayfun Tok (KV Ludwigsburg)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 166 bis 168 einfügen:
Nachhaltigkeit, mit einer klaren Förderlogik für Innovation und Standorttreue.

Von Zeile 170 bis 174:
Wettbewerb belebt das Geschäft: Wir nehmen die Herausforderung an und wollen Baden-Württemberg zum Spitzenreiter der Elektromobilität machen~~. Dafür braucht es klare Rahmenbedingungen, Innovationskraft und Planungssicherheit~~. Unser Ziel ist, dass aus Baden-Württemberg auch in den nächsten 140 Jahren Mobilitätslösungen für die ganze Welt entstehen. Dafür braucht es klare Rahmenbedingungen, Innovationskraft und Planungssicherheit.

Ein Zurück zum Verbrenner führt in die falsche Richtung. Die Zukunft des Autos ist elektrisch. Der Markt hat diese Entscheidung längst getroffen. Die Industrie investiert in E-Fahrzeuge, neue Plattformen und Lieferketten. Entscheidend ist nicht ein starres Datum, sondern ein verlässlicher Kurs – und der stimmt. Ein flexibler Zeitrahmen stärkt die Wettbewerbsfähigkeit, sichert Arbeitsplätze – und damit auch die Transformation.

Die Batterie bleibt der Maßstab, weil sie technisch und wirtschaftlich überzeugt. Übergangstechnologien wie Plug-in-Hybride können helfen, bis Ladeinfrastruktur und Gebrauchtmarkt tragen. Rückschritte dürfen wir uns nicht leisten. Unser Standort braucht Verlässlichkeit statt Symboldebatten über Jahreszahlen.

Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gehören zusammen. Die Transformation gelingt nur, wenn sie Wohlstand sichert und Beschäftigung schützt – besonders im Autoland Baden-Württemberg.

Begründung

Das Bekenntnis zur Elektromobilität als industriepolitische Entscheidung wird inhaltlich nachgeschärft. Zudem die Flexibilität beim Verbrenner-Aus tiefer begründet.

Unterstützer*innen

Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Lea Rocca (KV Böblingen); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Anna Wiech (KV Ravensburg); Karen Tiede (KV Esslingen); Jörg Bischof (KV

Tübingen); Saskia Frank (KV Konstanz); Andrea Lindlohr (KV Esslingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Michael Jahn (KV Esslingen); Sibylle Riegger-Gnamm (KV Heilbronn)

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 168 bis 174:
Das Automobil der Zukunft fährt elektrisch – und hier müssen wir in Baden-Württemberg aufholen. Gerade aus China kommen derzeit viele Innovationen. ~~Doch Wettbewerb belebt das Geschäft:~~ Wir ~~nehmen die Herausforderung an~~stellen uns den Herausforderungen des Wettbewerbs, aber wir sind nicht naiv. In China wird der Markt durch protektionistische Maßnahmen und strategische Förderungen verzerrt. Baden-Württembergische Unternehmen konkurrieren mit Unternehmen, die nur durch staatliche Subventionen wettbewerbsfähig sind.Wir wollen Baden-Württemberg zum Spitzenreiter der Elektromobilität machen. Dafür braucht es klare und faire Rahmenbedingungen, Innovationskraft und Planungssicherheit. Unser Ziel ist, dass aus Baden-Württemberg auch in den nächsten 140 Jahren Mobilitätslösungen für die ganze Welt entstehen.

Wir nutzen als Land alle Hebel, die wir haben, um für faire Wetttbewerbsbedingungen für unsere Automobilwirtschaft zu kämpfen. Wir halten an der Idee des "*Level Playing Field*" fest und setzen uns dort wo dies nicht möglich ist für Maßnahmen ein, die unfaire Wettbewerbsvorteile unserer Mittbewerber ausgleichen. Wir schreiben die Baden-Württembergische Asienstrategie fort um die Erschließung neuer Märkte zu fördern und so die Abhängigkeit von einzelnen Märkten zu reduzieren.

Begründung

Wir sollten als Partei nicht naiv sein. Die Konkurrenz mit China ist keine unter fairen Marktbedingungen. Der chinesische Staat greift industriepolitisch massiv in den Automobilsektor ein, welchen er als strategische Industrie begreift, und verzerrt so Wettbewerbsbedingungen und Preisbildung. Das muss politisch benannt werden und angegangen werden.

Unterstützer*innen

Finn Schwarz (KV Tübingen); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Maximilian Blatt (KV Mannheim); Jakob Feldner (KV Tübingen); Gregor Steiner (KV Tübingen); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg); Ninoska Wassner (KV Tübingen); Cornelius Klodt (KV Tübingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Manoah Kunze (KV Tübingen); Noah Ries (KV Heidelberg); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Michaela Nina Hammes (KV Hohenlohe); Colin Christ (KV Heilbronn)

PRO-1-172

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 171 bis 173 einfügen:
Baden-Württemberg zum Spitzenreiter der Elektromobilität machen. Dafür braucht es klare Rahmenbedingungen, Innovationskraft und Planungssicherheit. Deshalb bekennen wir uns zum Verbrenneraus auf EU-Ebene und betonen die Notwendigket beschlossene Zeitpläne aufrecht zu erhalten. Unser Ziel ist, dass aus Baden-Württemberg auch in den nächsten 140 Jahren

Begründung

Es ist nicht erstaunlich, dass die Automobil-Lobby noch immer gegen das Verbrennerverbot vorgeht. Im Berichtszyklus einer Aktiengesellschaft wird die Geschäftsführung gezwungen den Erfolg in der Gegenwart der Strategie in der Zukunft vorzuziehen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass der Staat seine Entscheidungen mit Weitsicht trifft. Die EU-Regelung aus dem Jahr 2022 zum Verbrenneraus hat Weitsicht bewiesen und zwingt die Automobilindustrie unbequeme aber notwendige Veränderungen anzugehen. Eine Aufweichung dieses Beschluss, schädigt die Unternehmen, die bereits mit der Transformation begonnen haben kurzfristig und schädigt die gesamte Branche, da die offensichtlich notwendige Transformation weiter verzögert wird und damit der Rückstand in der Technologie immer größer und irgendwann unaufholbar wird.

PRO-1-172-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Laura Maria Däuber (KV Ortenau)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 171 bis 173:
Baden-Württemberg zum Spitzenreiter der Elektromobilität machen. Dafür braucht es klare Rahmenbedingungen, Innovationskraft und Planungssicherheit, denn unsere baden-württembergischen Automobilhersteller haben sich bereits auf den Weg gemacht, fordern aber zurecht, dass wir sie begleiten und unterstützen.~~[Leerzeichen]~~Unser Ziel ist, dass aus Baden-Württemberg auch in den nächsten 140 Jahren

Unterstützer*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Noah Ries (KV Heidelberg); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Raphael Putz (KV Esslingen); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Colin Christ (KV Heilbronn); Artur Eichin (KV Rottweil); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Maximilian Blatt (KV Mannheim); Lea Rocca (KV Böblingen); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Maike Hipp (KV Tübingen); Aaron Ludwig (KV Böblingen); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Simon Hauser (KV Esslingen); Peter Seimer (KV Böblingen); Nils-Olof Born (KV Mannheim)

PRO-1-176

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 175 bis 178:
Um einen starken Heimatmarkt für die E-Mobilität zu schaffen, wollen wir die ~~Ladeinfrastruktur weiter ausbauen. Dazu gehört darüber hinaus günstiger Ladestrom für Elektrofahrzeuge.~~Nutzung von Elektrofahrzeugen attraktiver machen. Dazu gehört der weitere Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur sowie günstiger Ladestrom. Entlang der gesamten Batteriewertschöpfungskette – von Forschung und Entwicklung über Produktion bis zum Recycling – entstehen

PRO-1-177

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 176 bis 180:
Ladeinfrastruktur weiter ausbauen. Dazu gehört darüber hinaus günstiger Ladestrom für Elektrofahrzeuge. Entlang ~~der gesamten Batteriewertschöpfungskette –~~desgesamten Batterielebenszyklus– von Forschung und Entwicklung über Produktion bis zum Recycling – entstehen große Chancen für Innovation, Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze. Hier wollen wir im Dialog mit der Automobilwirtschaft durch planbaren, verlässlichen Markthochlauf die Potentiale beim Aufbau hiesigen Batterieherstellungs-Kapazitäten heben. Darüber hinaus setzen wir verstärkt auf leistungsfähige Chips und *Smart Data*. Mit einem

PRO-1-180

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 179 bis 181:
große Chancen für Innovation, Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze. Darüber hinaus setzen wir verstärkt auf leistungsfähige Chips und *Smart Data[Leerzeichen]*~~.~~und engagieren uns intensiv für den Aufbau moderner Halbleiter- und Chip-Produktionsstandorte in Deutschland und der EU.

Begründung

Chip Produktion unterstützen

Unsere Lieferketten stehen zunehmend unter Druck, weil Schlüsselkomponenten wie Computerchips und seltene Erden global knapp sind und stark von geopolitischen Abhängigkeiten beeinflusst werden. Um die technologische und wirtschaftliche Souveränität Europas zu sichern, müssen wir eigene, moderne Produktionskapazitäten für Halbleiter und Chips aufbauen. Das schützt unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten vor kostspieligen Produktionsausfällen und Unsicherheiten, die durch fehlende Chips entstehen können. Nur mit einer resilienten, europäischen Halbleiterbasis bleiben unsere Industrie, unsere Innovationskraft und unsere Arbeitsplätze langfristig abgesichert.

PRO-1-193

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 193 bis 205 löschen:

~~Das Herz des Autos von morgen ist die Batterie. Baden-Württemberg bringt dafür Spitzenforschung, starke Ingenieur*innen und eine lange Tradition in der Fertigung mit. Doch im globalen Wettbewerb – insbesondere mit staatlich gestützten Märkten in China – braucht es europäische Stärke.~~

~~Wir unterstützen die Initiative der EU-Kommission für einen Europäischen Batterie-Booster. Ein gemeinsames europäisches Industrieprojekt, um sich von Abhängigkeiten zu lösen. Dazu braucht es die Kraft des europäischen Marktes, Finanzierungszusagen, Rohstoffabkommen und verlässliche Rahmenbedingungen. Wir wollen Produktion gezielt anreizen, Voraussetzungen für Wertschöpfung im Land schaffen und im Strategiedialog die Kooperation zwischen Unternehmen, Forschung und Politik vertiefen.~~

~~Unser Ziel ist klar: Die Autos von morgen sollen in Baden-Württemberg entwickelt und gebaut werden – innovativ, klimaneutral und wettbewerbsfähig.~~

Begründung

Sie wiederholen nur das schon geschriebene und haben wenig inhaltliche Aussagen.

PRO-1-247

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG FrauenPolitik
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 246 bis 250:
Unser Ziel ist es, die Hürden für Gründungen weiter abzubauen. Dafür wollen wir mit Bund, Ländern und Kommunen einen landesweiten *One-Stop-Shop* ~~schaffen~~einrichten, der Beratung, Förderung und Anmeldung aus einer Hand ermöglicht – und Gründungen in 24 Stunden möglich macht. Dabei unterstützen wir insbesondere Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte, die gründen wollen**. Der One-Stop-Shop startet als Pilot in zwei Regionen, erhält ein Gründerinnen-Seedbudget und stellt befristete Betreuungszuschüsse bereit, um die Startphase mit Kinderbetreuung zu sichern.**

Begründung

Frauen erleben zusätzliche Hürden bei der Gründung vor allem im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Hürden möchten wir mit diesem Änderungsantrag berücksichtigen und zumindest teilweise reduzieren.

PRO-1-249

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG WiFiSo
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 248 bis 250:
Förderung und Anmeldung aus einer Hand ermöglicht – und Gründungen in 24 Stunden möglich macht. Dabei unterstützen wir insbesondere Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit ~~Migrationsgeschichte~~Behinderung, die gründen wollen.

Begründung

Wollen Schwerbehinderte selbstständig werden oder ein Startup gründen, werden wir das fördern. Interesse liegt bereits darin, dass ein*e schwerbehinderte*r Arbeitgeber*in gegenüber Schwerbehinderten weniger Vorurteile hat und deren Anstellung daher einfacher erfolgt. Weiter haben Schwerbehinderte wegen ärztlicher Versorgung oft weniger finanzielle Möglichkeiten und weniger Zeit. Somit kann man die Selbstständigkeit und Gründung mit Förderung und Entbürokratisierung sowie gezielter Hilfe bei bürokratischen Hürden auch Schwerbehinderten ermöglichen.

PRO-1-250

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 250 bis 253:
Um die Start-up-Finanzierung weiter zu verbessern, wollen wir das erfolgreiche Programm „Start-up BW PreSeed“ fortführen und ausbauen

~~Um die Start-up-Finanzierung weiter zu verbessern, wollen wir das erfolgreiche Programm „Start-up BW PreSeed“ fortführen und ausbauen.~~*damit GründerInnen deutlich geringere Risiken tragen und auch technologieorientierte Start-ups mit längerer Anlaufzeit realisiert werden können.* Wir richten die Förderkonditionen und Antragsverfahren flexibel nach den Bedürfnissen von Start-

Begründung

Risikofreiere Gründungen

Gründungen sind grundsätzlich mit hohen Risiken verbunden: Etwa eines von zehn Unternehmen übersteht die Anfangsphase erfolgreich. Die finanziellen und organisatorischen Belastungen sind insbesondere für Gründerinnen und Gründer mit Familie oder für Projekte mit längeren Anlaufzeiten groß. Ohne gezielte Unterstützung ist der Schritt in die Selbstständigkeit für viele Menschen schwer realisierbar.

Besonders technologieorientierte Start-ups sind zusätzlich durch lange Entwicklungszeiten, aufwendige Prototypen oder spezielle Zulassungsverfahren herausgefordert. Erfolgreiche Unternehmen in diesem Bereich schaffen jedoch langfristig qualifizierte Arbeitsplätze, fördern Innovationen und tragen so nachhaltig zur regionalen Wertschöpfung bei. Indem wir das Risiko für Gründerinnen und Gründer reduzieren, erleichtern wir den Aufbau neuer Unternehmen und sichern neue Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

PRO-1-266

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 265 bis 268:
fassen. Daneben wollen wir ein „Corporate-Start-up-Partnerschaftsprogramm“ ~~auflegen, das Pilotprojekte zwischen Start-ups und Mittelstand fördert, um Innovationen schneller in die Praxis zu bringen und den Wissenstransfer in die Breite zu intensivieren.~~auflegenund damit die direkte Zusammenarbeit von Start-ups und dem Mittelstand fördern. So entsteht eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, die Innovationen beschleunigt und nachhaltige Wertschöpfung stärkt.

Begründung

Der Fokus der Förderung soll nicht nur auf der Förderung von Pilotprojekten liegen, sondern auf einer echten wechselseitigen Kooperation. Start-ups profitieren vom Know-how und der Marktkenntnis des Mittelstands, während dieser Zugang zu neuen Ideen, Technologien und agilen Methoden erhält.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Florian Bieck (KV Freiburg); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Susanne Floss (KV Emmendingen); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Silvia Alles (KV Rastatt/Baden-Baden); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Elisabeth Dorff (KV Rastatt/Baden-Baden); Sebastian André Grässer (KV Ettlingen); Linus Wöllner (KV Mannheim); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg); Niklas Becker (KV Konstanz); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Marc Mausch (KV Tübingen); David Marx-Stölting (KV Tübingen)

PRO-1-274

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ulrike Felger (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 274 bis 281:
Der Technologie- und Innovationsstandort Baden-Württemberg ~~lebt vom~~braucht seinen Mittelstand, ~~dem~~sein Handwerk und ~~dem Laden um die Ecke~~den stationären Handel. Sie sind das Herz unserer Wirtschaft, ~~sie~~ sorgen für ~~die meisten~~ Jobs und Ausbildungsplätze. Sie sind einfallsreich und oft ~~hochinnovativ, bei uns~~hoch-innovativ - vom Schwarzwald bis auf die Schwäbische Alb, von Hohenlohe übers Allgäu bis ins Badische findet sich ~~in jedem zweiten Schwarzwaldtal~~um jede Ecke ein Weltmarktführer. Diese Vielfalt ~~des Mittelstands~~ in der ~~gesamten~~ Breite unseres Landes zu stärken, ist für uns Kernaufgabe und Zukunftsversprechen zugleich. Damit ~~Betriebe wachsen~~Betrieb vorankommen, Innovationen ~~vorankommen~~entstehen und Arbeitsplätze ~~gesichert werden~~sicher sind.

Begründung

Baden-Württemberg ist ein Spitzentechnologie-Standort. Daher sollte der Eindruck vermieden werden, wir Grüne fokussieren uns auf reife Branchen und stellen uns nicht den Herausforderungen der Transformation unserer Wirtschaft. Eine einseitige Nennung bestimmter Regionen sollte dringend vermieden werden. Kleine Anpassungen am Text können hier den Gesamteindruck wesentlich verändern.

Unterstützer*innen

Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Anke Weber (KV Stuttgart); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Jörg Bischof (KV Tübingen); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Luca Secci (KV Stuttgart); Johanna Thym (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Saskia Frank (KV Konstanz)

PRO-1-281

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG WiFiSo
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 280 bis 281 einfügen:
Kernaufgabe und Zukunftsversprechen zugleich. Damit Betriebe wachsen, Innovationen vorankommen und Arbeitsplätze gesichert werden.
Unser Mittelstand braucht Luft zum Arbeiten, nicht immer neue Formulare. Deshalb treiben wir die Entbürokratisierung weiter voran, damit kleine und mittlere Unternehmen ihre Energie in gute Produkte, eine zufriedene Kundschaft und sichere Arbeitsplätze investieren können statt in Papierstapel, die Zeit, Geld und Nerven kosten. Unser Ziel ist es, dass sich Handwerk, Gastronomie und Industrie wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.
Mit der Entlastungsallianz haben wir gemeinsam mit Wirtschafts- und Kommunalverbänden bereits über 200 konkrete Hindernisse abgebaut. Und mit dem Normenkontrollrat sorgen wir dafür, dass neue Regeln praxistauglich bleiben. Wir streichen überflüssige Pflichten und machen notwendige Verfahren einfach, digital und schnell. Berichts- und Dokumentationspflichten bündeln wir, wo es rechtlich möglich ist. Genehmigungen beschleunigen wir durch klare, transparente Prozesse und verbindliche Bearbeitungsstandards. Wir geben Ziele vor, aber wir lassen Betrieben die Freiheit, selbst den effizientesten Weg dorthin zu wählen. So entsteht wieder Raum für das Wesentliche: für Innovation, für Wachstum und für die Menschen, die unsere Wirtschaft tragen.

Begründung

Kleine und mittlere Unternehmen sind in besonderer Weise von Berichts- und Dokumentationspflichten sowie von aufwendigen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren betroffen. Gerade in KMUs stehen dafür oft nur sehr begrenzte personelle Ressourcen zur Verfügung, sodass bürokratische Anforderungen unmittelbar Kapazitäten binden, die für das eigentliche Kerngeschäft fehlen. Der Antrag greift den im Programm angelegten Anspruch auf Bürokratieabbau auf und schärft ihn mit Blick auf die Realität von Unternehmer*innen und Selbständigen. Durch die Betonung von Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren sowie einer flexibleren Handhabung von Vorschriften wird deutlich, dass Landespolitik die vorhandenen Spielräume nutzen soll, um Arbeitsabläufe zu verbessern.

PRO-1-282

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG WiFiSo
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 282 bis 288:

~~Um Innovationen im Mittelstand zu fördern, werden wir unsere erfolgreichen Förderinstrumente fortführen: „InvestBW“, Digitalisierungsprämie und Innovationsgutscheine. Damit Unternehmer*innen keine unnötige Zeit mit Suche nach Förderprogrammen und Anträgen verbringen müssen, werden wir das Förderwesen grundlegend neu ordnen. Dafür setzen wir Grüne auf eine einheitliche digitale Förderdatenbank des Landes, in der alle Programme übersichtlich dargestellt sind und eine unkomplizierte Antragstellung möglich ist.~~

Wir stärken die Innovationskraft des Mittelstands. Dafür machen wir Förderungen übersichtlicher und wirksamer. Wir digitalisieren Unterlagen, reduzieren Aufwand und sorgen dafür, dass Förderprogramme schneller, transparenter und nutzerfreundlicher werden. Wir bündeln digitale Services und führen staatliche Angebote auf einer Plattform zusammen. Eine einheitliche, digitale Förderdatenbank erleichtert Unternehmen den Zugang zu passenden Programmen und ermöglicht eine einfache, schnelle Antragstellung.
Die bestehende Förderlandschaft werden wir systematisch erfassen und sie so reformieren, dass Förderverfahren einfacher, transparenter und bürokratiearm gestaltet sind. Fördermittel richten wir stärker auf Wirkung aus: Sie sollen sich, wo immer möglich, an konkreten Zielen orientieren und Innovation, Wettbewerbsfähigkeit sowie die Erreichung unserer Klimaschutzziele unterstützen. Deshalb überprüfen wir bestehende Förderprogramme auf ihre Zukunftsfähigkeit und ihren Beitrag zum Klimaschutz.
Zugleich richten wir die Technologie- und Innovationsförderung des Landes konsequent auf Zukunftsthemen aus. So sichern wir die Innovationskraft des Mittelstands und stärken Baden-Württemberg im internationalen Wettbewerb.

Begründung

Der bisherige Absatz wird durch diesen Änderungantrag stärker auf die Bedarfe des Mittelstandes zugeschnitten und die eigenen Prioritäten bei der Förderung hervorgehoben.

- Aus dem bisherigen Absatz wird die Idee der Schaffung einer **einheitlichen digitalen Förderdatenbank** aufgegriffen. Sie reduziert Such- und Prozessaufwand für Unternehmen und bündelt Informationen transparent an einer Stelle.
- Die im Antrag vorgesehene systematische Erfassung der Förderlandschaft sorgt dafür, dass **Mittel zielgenau wirken, Doppelstrukturen abgebaut und Verfahren einfach und transparent bleiben**, im Geist der im Programm betonten klaren Förderlogik und der konsequenten Verfahrensvereinfachung.
- Der neue Text **richtet die Technologie- und Innovationsförderung klar auf Zukunftsfelder** aus. Das knüpft an das Ziel an, in entscheidenden Feldern Technologieführerschaft zu erreichen.

Unterm Strich setzt der Antrag die im Programm angelegte Linie für den Mittelstand praktisch um: besserer Zugang zu passenden Programmen, schnellere Verfahren, klare Zukunftsorientierung und wirksame, überprüfbare Förderung.

PRO-1-288

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 287 bis 288 einfügen:
Förderdatenbank des Landes, in der alle Programme übersichtlich dargestellt sind und eine unkomplizierte Antragstellung möglich ist. Dabei werden wir Fokus auf Kleine und mittlere Unternehmen mit begrenztem Kapital und geringerer Eigenfinanzierungskraft legen.

Begründung

Begründung:

Die Förderlandschaft soll nicht nur übersichtlich, sondern auch gerecht sein. Förderprogramme müssen die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen im Mittelstand berücksichtigen, damit kleinere und weniger kapitalkräftige Unternehmen nicht benachteiligt werden. So wird die Innovationsförderung wirksamer und sozial ausgewogener gestaltet.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Florian Bieck (KV Freiburg); Susanne Floss (KV Emmendingen); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Silvia Alles (KV Rastatt/Baden-Baden); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Elisabeth Dorff (KV Rastatt/Baden-Baden); Sebastian André Grässer (KV Ettlingen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Niklas Becker (KV Konstanz); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Nicola Frank (KV Tübingen); Raoul Genick (KV Rastatt/Baden-Baden); Johannes Hulbert-Lindner (KV Rastatt/Baden-Baden)

PRO-1-289

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 289 bis 295 löschen:

~~Unser Ziel ist es, diesen Transfer noch weiter zu stärken und in einer zentralen Innovationsplattform zu bündeln. Wir wollen Hürden abbauen und Unternehmen die Chance geben, als Treiber von Zukunftstechnologien die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs zu stärken. Dafür bauen wir Brücken zwischen Forschung und Anwendung, öffnen kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu modernster Wissenschaft und unterstützen sie von der ersten Idee bis zur marktfähigen Umsetzung.~~

Begründung

Text streichen, weil er nur das zuvor bereits ausgeführte wiederholt.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Florian Bieck (KV Freiburg); Zora Brändle (KV Mannheim); Nick Marx (KV Karlsruhe); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Susanne Floss (KV Emmendingen); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Silvia Alles (KV Rastatt/Baden-Baden); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Finn Schwarz (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Elisabeth Dorff (KV Rastatt/Baden-Baden); Sebastian André Grässer (KV Ettlingen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis)

PRO-1-295

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 294 bis 295 einfügen:
Wissenschaft und unterstützen sie von der ersten Idee bis zur marktfähigen Umsetzung. Darüber hinaus wollen wir die Vorteile von künstlicher Intelligenz insbesondere für kleine Unternehmen besser zugänglich machen, indem wir die gezielte Einführung von digitalen Technologien dort fördern, wo sie Wertschöpfung und Arbeitsqualität verbessern: Durch explizite Einbeziehung von Belegschaft und IT-Abteilungen in den Innovationsprozess fördern wir eine Digitalisierung, die funktioniert und Früchte trägt.

Begründung

Insbesondere bei KMU entstehen Innovationshemmnisse durch Digitalisierung "von oben", weil Geschäftsführende auf Messen und Veranstaltungen Lösungen einkaufen, die oft nicht gut zur eigenen IT und den Arbeitsprozessen passen. Durch einen geförderrten Innovationsdialog können wir Innovation unterstützen, die auch funktioniert - indem IT Abteilung und Mitarbeitervertretung im Beratungskonzept mit einbezogen werden.

PRO-1-299

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 298 bis 300 löschen:
Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, zur Digitalisierung, zur ökologischen Transformation und zur Stärkung der Ausbildung fördern. ~~Denn wer anpackt, verdient Anerkennung, faire Chancen und gute Rahmenbedingungen.~~

Begründung

Redaktionelle Kürzung. Der Text klingt sehr nach "Leistungsprinzip" und hat keine inhaltliche Ausprägung.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); Zora Brändle (KV Mannheim); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Antonia Kind (KV Ulm); Nick Marx (KV Karlsruhe); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Susanne Floss (KV Emmendingen); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Finn Schwarz (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Elisabeth Dorff (KV Rastatt/Baden-Baden); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Sebastian André Grässer (KV Ettlingen); Milena Strümper (KV Stuttgart); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

PRO-1-304

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 303 bis 306:
Stärke daraus gezogen, dass bei uns viele Wege zum beruflichen und persönlichen Erfolg führen. Wir setzen uns deshalb für den kostenlosen Meister ~~mit~~und einer ~~erhöhten~~erhöhung der Meisterprämie auf 3000€ ein. Wir wollen auch den Anreiz erhöhen, sich selbstständig zu machen oder Betriebe zu übernehmen. Denn gerade die

Von Zeile 308 bis 311:
Anker. Der droht durch den demografischen Wandel wegzubrechen. Darum müssen wir Betriebsnachfolgen attraktiver machen. Wir setzen auf eine ~~verlängerte Meistergründungsprämie~~verlängerung der Meistergründungsprämie auf 48 Monate, die auch Übernahmen von Betrieben erleichtert. Außerdem wollen wir günstige Kredite für Gründung und Nachfolge sichern.

Begründung

Wir brauchen in Baden-Württemberg mehr junge Menschen, die den Meisterweg einschlagen – doch das muss auch finanziell machbar sein. Dazu gehört nicht nur, dass Meisterausbildungen kostenfrei sein müssen, sondern auch eine gezielte Unterstützung nach der Prüfung.

Eine Meisterprämie von 3.000 Euro (Wie in Bayern (1)) nach bestandenem Abschluss würde die erhebliche finanzielle Belastung der Ausbildung abfedern und den Übergang in den Meisterstatus erleichtern. Sie stärkt die Attraktivität der beruflichen Weiterbildung, unterstützt den Fachkräftenachwuchs und signalisiert klar, dass der Meisterabschluss gesellschaftlich wie wirtschaftlich wertgeschätzt wird.

Auch die Meistergründungsprämie sollte verbessert werden. Eine Verlängerung des Beantragungszeitraums auf 48 Monate ist sinnvoll, weil sich viele Jungmeisterinnen und Jungmeister nicht unmittelbar nach ihrer Prüfung selbstständig machen können. Gründungen benötigen Zeit – für Erfahrung, Kapitalaufbau, Standortsuche oder ein tragfähiges Geschäftsmodell. Ein längerer Zeitraum schafft Planungssicherheit, erleichtert erfolgreiche Gründungen und stellt sicher, dass qualifizierte Fachkräfte die Förderung nicht verlieren, nur weil sie sorgfältig vorbereiten.
1 https://www.stmwi.bayern.de/wirtschaft/ausbildung-beruf/meisterbonus/

PRO-1-315

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 314 bis 318:
verloren gehen, werden wir das *Matching*-Programm zur Unternehmensnachfolge fortführen und weiterentwickeln. ~~Wenn eine Nachfolge ansteht, hilft vor allem Planung und eine professionelle Beratung. Gleichzeitig erleichtern wir den Zugang zu Beteiligungskapital. Vernünftige Nachfolge darf nicht am Geld scheitern.~~

Wir wollen insbesondere Frauen beim Matching unterstützen Unternehmensnachfolgen anzugehen, um so langfristig weibliches Unternehmerinnentum zu stärken. Wenn eine Nachfolge ansteht, hilft vor allem Planung und eine professionelle Beratung. Gleichzeitig erleichtern wir den Zugang zu Beteiligungskapital. Vernünftige Nachfolge darf nicht am Geld scheitern.

Begründung

Zu wenige Frauen führen Unternehmen. Unternehmertum ist oft ein männlich geprägtes Feld. Bei Unternehmensnachfolgen können wir Unternehmerinnentum stärken durch gezieltes Matching.

PRO-1-326

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 325 bis 326 einfügen:
attraktive, für alle gut erreichbare öffentliche Räume. Das stärkt Begegnung und Zusammenhalt, aber auch die Attraktivität des Einkaufens vor Ort. Gleichzeitig wollen wir den Einzelhandel digital stärken und neue, hybride Handelsformen schaffen. Stationäre Geschäfte sollen gezielt Unterstützung erhalten, um digitale Vertriebskanäle aufzubauen oder auszubauen. Reine Online-Händler*innen sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Produkte im Rahmen von Pop-up-Stores oder temporären Verkaufsflächen auch vor Ort anzubieten. So entsteht ein lebendiges Miteinander von Online- und Offline-Handel, das unsere Innenstädte stärkt und Innovation im Handel fördert.

Begründung

Die Zukunft des Einzelhandels liegt in der Verbindung von digitalem und stationärem Geschäft. Wir sollten deshalb nicht nur den klassischen Einzelhandel unterstützen, sondern auch neue Formen des Handels ermöglichen, die beide Welten miteinander verbinden. Das schafft Sichtbarkeit, Vielfalt und neue Impulse für die Ortskerne.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Susanne Floss (KV Emmendingen); Silvia Alles (KV Rastatt/Baden-Baden); Finn Schwarz (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Elisabeth Dorff (KV Rastatt/Baden-Baden); Tabea Hirt (KV Stuttgart); Julia Uebele (KV Göppingen); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Nick Marx (KV Karlsruhe); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden); Philemon Christoph Carl Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Niklas Becker (KV Konstanz); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Nicola Frank (KV Tübingen)

PRO-1-350

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 350 einfügen:
Im barrierefreien Tourismus, wie wir ihn beispielsweise im Nationalpark Schwarzwald etabliert haben, sehen wir in einer alternden Gesellschaft große Chancen zur Stärkung der Attraktivität unserer Naturdenkmäler.

Begründung

Barrierefreiheit ist ein großer Standortvorteil für den Tourismus. Orte werden für größere Gruppen erfahrbar, wenn sie barrierefrei zugänglich sind.

PRO-1-352

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 351 bis 356:
Wir stärken das Gastgewerbe als Herzstück des nachhaltigen Tourismus in Baden-Württemberg. ~~Regionale Produkte, faire Arbeitsbedingungen und klimafreundliche Konzepte machen unsere Gastronomie zu einem Motor für Lebensqualität und wirtschaftliche Stabilität – gerade im ländlichen Raum. Jeder Euro, der hier ausgegeben wird, bleibt vielfach in der Region und unterstützt nicht nur die Betriebe selbst, sondern auch die regionale Wirtschaft.~~Wir unterstützen weiterhin die Gaststätten und Restaurants auf ihrem Weg hin zu attraktiven, nachhaltigen und klimafreundlichen Konzepten mit regionale und bio-regionalen Produktensowie fairen Arbeitsbedingungenn, beispielsweise über das ELR, "Schmeck den Süden", die Naturparke und Biospährengebiete. Damit machen wir unsere Gastronomie zu einem Motor für Lebensqualität – gerade im ländlichen Raum.

Begründung

So ergibt der Absatz Sinn.

PRO-1-384

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG FrauenPolitik
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 383 bis 384 einfügen:
"*FamilyNet*" und "*FamilyNet* 4.0" unterstützen wir Unternehmen und Betriebe bei der Umsetzung einer familienbewussten und modernen Unternehmenskultur. **Wir fördern Modellprojekte zur Einführung lebensphasenorientierter Arbeitszeitmodelle und Pflegezeitregelungen, damit Erwerbstätigkeit und Care-Verantwortung besser zwischen den Partner*innen sowie für Alleinerziehende vereinbart werden können.**

Begründung

Insbesondere Arbeitszeitflexibilitäten für Familien bzw. Alleinerziehende mit kleinen Kindern oder bei der Pflege von Angehörigen trägt zur Erwerbsbeteiligung von Frauen bei. Wir sehen hier auch Unternehmen in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen anzupassen.

PRO-1-384-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 383 bis 384 einfügen:
"*FamilyNet*" und "*FamilyNet* 4.0" unterstützen wir Unternehmen und Betriebe bei der Umsetzung einer familienbewussten und modernen Unternehmenskultur.

Gleichberechtigung bedeutet, dass Frauen und Männer gleich für ihre Arbeit entlohnt werden. Um Lohnungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern sichtbar zu machen, führen wir einen Lohnatlas nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens für Baden-Württemberg ein.

Begründung

Der Gender Pay Gap ist in Baden-Württemberg weiterhin besonders hoch: 2024 lag der Unterschied im Stundenlohn zwischen Frauen und Männern bei rund 19%[1], und selbst der bereinigte Wert (Frauen und Männer in vergleichbaren Berufen) betrug noch etwa 5–6 %[1]. Wenn wir Gleichberechtigung ernst nehmen, müssen wir diese strukturellen Lohnunterschiede sichtbar machen und gezielt abbauen. Ein erster Schritt dazu ist Transparenz. Während der bundesweite Entgeltatlas der Bundesagentur für Arbeit[2] einen grundlegenden Überblick bietet, bildet er regionale Unterschiede innerhalb der Bundesländer nur begrenzt ab. Der nordrhein-westfälische Lohnatlas[3] zeigt unter Anderem regionale Lohnungleichheiten auf Kreisebene und bezieht auch Arbeitmarktregionen mit ein. Ein solcher Atlas für Baden-Württemberg würde nicht nur bestehende Ungerechtigkeiten offenlegen, sondern auch eine belastbare Datengrundlage schaffen, um politische Maßnahmen wirksam und regional passgenau auszurichten. Damit leisten wir einen konkreten Beitrag zur Durchsetzung der Lohngleichheit und zur Stärkung von sozialer Gerechtigkeit im Land. [1]https://www.statistik-bw.de/fileadmin/user_upload/Service/Veroeff/Statistisches_Monatsheft/PDF/Beitrag25_08_05.pdf </> [2]https://web.arbeitsagentur.de/entgeltatlas/ </> [3]https://www.giscloud.nrw.de/arcgis/apps/experiencebuilder/template/?id=f6ae3e2aae1148cdb0bec9514ce0eff6

PRO-1-406

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG FrauenPolitik
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 405 bis 407:
Ganztagesbetreuung, die akademische Weiterbildung von beispielsweise Ingenieur*innen an den Hochschulen, mehr Karriereförderung für Frauen~~,~~ **- insbesondere mithilfe von gezielten Mentor*innenprogrammen,** die
Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland sowie die Förderung von

PRO-1-412

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 411 bis 413 einfügen:
Potenziale für den Arbeitsmarkt zu heben – bei Frauen, Älteren, Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Menschen mit Behinderungen und durch Weiterbildung. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um unseren Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg langfristig zu stärken. Menschen mit Behinderungen sind häifig sehr motiviert. Wir wollen wir besser auf dem ersten Arbeitsmarkt integrieren. Menschen auf dem Arbeitsmarkt auszuschließen, können wir uns wirtschaftlich nicht mehr erlauben. Darum benötigen wir wirksame Nachteilsausgleiche in Ausbildung, Studium und Job.

Begründung

Menschen mit Behinderungen sind häufig sehr motiviert, auf dem ersten Arbeitsmarkt zu arbeiten. Dabei begegnen sie jedoch vielen institutionellen Hürden. Schon allein durch den Mangel an Arbeitskräften müssen wir diese Hürden abbauen und Menschen mit Behinderungen besser in den allgemeinen Arbeitsmarkt integrieren.

PRO-1-421

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 420 bis 430:
Gute Arbeit ist zudem der Schlüssel für gesellschaftlichen Zusammenhalt und individuelle Entfaltung. ~~Die Menschen sind stolz auf ihre Arbeit und verdienen dafür Anerkennung. Sie verbringen am Arbeitsplatz viel Zeit. Hier findet Kooperation und Begegnung statt. Gerade in Zeiten des Umbruchs braucht es ein starkes und glaubhaftes Versprechen, Arbeitsteilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten für alle zu gewährleisten. Wir wollen eine Arbeitswelt gestalten, die Menschen schützt und sie gleichzeitig stärkt und ihnen Perspektiven eröffnet – auch und insbesondere in Zeiten des Wandels. Wir setzen beständig auf eine empowernde Arbeitsmarktpolitik. Eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur Beschäftigung sichert, sondern faire Bedingungen schafft und neue Formen von Arbeit mitdenkt.~~ Gerade in Zeiten des Umbruchs braucht es Wertschätzung, Anerkennung und ein starkes und glaubhaftes Versprechen, gute Arbeit zu gewährleisten. Wir wollen eine Arbeitswelt gestalten, die Menschen schützt und sie gleichzeitig stärkt und ihnen Perspektiven eröffnet. Wir setzen beständig auf eine empowernde Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur Beschäftigung sichert, sondern faire Bedingungen schafft und neue Formen von Arbeit mitdenkt. Wir wenden uns gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Die sachgrundlose Befristung wollen wir in den Ministerien zurückdrängen. Entsandte Beschäftigte wollen wir durch gute Beratung besser vor schlechten Arbeitsbedingungen schützen. Und wir setzen uns dafür ein, dass für Frauen gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit selbstverständlich wird. Unser Ziel: Arbeit, die gerecht entlohnt wird, sozialen Halt gibt und Raum für

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Finn Schwarz (KV Tübingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Martin Riedmann (KV Tübingen); Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Jakob Feldner (KV Tübingen); Valerie Fischer (KV Tübingen); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Jaron Immer (KV Reutlingen); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Hendrik Jansen (KV Tübingen); Florian Bieck (KV Freiburg); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen)

PRO-1-431

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 430 bis 431 einfügen:
Unser Ziel: Arbeit, die gerecht entlohnt wird, sozialen Halt gibt und Raum für persönliche Entwicklung lässt. In vielen Unternehmen ist die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) die erste Anlaufstelle für junge Beschäftigte. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit ist es unerlässlich, sowohl mit den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern als auch mit den jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Dialog zu stehen. Der eigentliche Einfluss der JAV auf betriebliche Abläufe ist dabei häufig indirekt: Sobald die Landespolitik die Anliegen der JAV ernst nimmt und in Gesetzes- oder Fördermaßnahmen integriert, entstehen verbindliche Rahmenbedingungen, die Unternehmen verpflichten, die Interessen junger Beschäftigter stärker zu berücksichtigen.

Begründung

In vielen Unternehmen ist die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) die erste Anlaufstelle für junge Beschäftigte. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit ist es unerlässlich, sowohl mit den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern als auch mit den jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Dialog zu stehen. Sobald die Landespolitik die Anliegen der JAV ernst nimmt und in Gesetzes- oder Fördermaßnahmen integriert, entstehen verbindliche Rahmenbedingungen, die Unternehmen verpflichten, die Interessen junger Beschäftigter stärker zu berücksichtigen. Dies fördert ebenfalls die Bereitschaft junger Menschen sich betriebspolitisch zu engagieren, da gesehen wird, dass Ihr engagement auch etwas bewirkt.

Unterstützer*innen

Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Siegfried Heim (KV Ulm); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Finn Schwarz (KV Tübingen); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Philip Singer (KV Stuttgart); Pauline Valentin (KV Freiburg); Richard Langer (KV Tübingen); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Sebastian Müller (KV Freiburg); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb)

PRO-1-431-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jonathan Ebert (KV Heilbronn)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 430 bis 431 einfügen:
Unser Ziel: Arbeit, die gerecht entlohnt wird, sozialen Halt gibt und Raum für persönliche Entwicklung lässt.

Deswegen setzen wir uns dafür ein, Mitbestimmung und Betriebsratsarbeit in Unternehmen zu stärken und positionieren uns klar gegen Union Busting. Mitbestimmung ist kein Hemmnis, sondern ein Erfolgsfaktor – für Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen. Denn wirtschaftlicher Erfolg entsteht dort, wo alle im Betrieb mitgestalten können und gemeinsam daran arbeiten, dass es dem Unternehmen gut geht.
Wir fördern gezielt Initiativen zur Gründung und Unterstützung von Betriebsräten, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, und sichern begleitende Beratungsangebote. Dabei verstehen wir Beschäftigte nicht nur als Arbeitskräfte oder Fachkräfte, sondern als Menschen mit Ideen, Erfahrungen und Gestaltungswillen. Ihr Wissen und ihre Motivation sind zentral für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

Begründung

Mitbestimmung ist ein nachgewiesener Erfolgsfaktor für Unternehmen und Beschäftigte, doch die Zahlen zeigen ein massives Defizit: Nur 7 Prozent der Betriebe in Deutschland verfügen über einen Betriebsrat, und nur 36 Prozent der Beschäftigten werden von einem Betriebsrat vertreten – 1996 waren es noch 49 Prozent. Besonders in kleinen und mittleren Unternehmen, wo zwei Drittel aller Beschäftigten in Baden-Württemberg arbeiten existieren marktrelevanten Mittelstand (20-500 Beschäftigte) nur in 29 Prozent der Unternehmen Betriebsräte. Hier muss das Land unterstützend eingreifen, um das große ungenutzte Potenzial für Betriebsratsgründungen zu aktivieren und damit Innovation, Beschäftigtenschutz und Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen zu stärken.

Unterstützer*innen

Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Siegfried Heim (KV Ulm); Meike Günter (KV Ludwigsburg); Finn Schwarz (KV Tübingen); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Wilfried Weisbrod (KV Kurpfalz-Hardt); Kai-Uwe Berroth (KV Alb-Donau); Matthias Dreikluft (KV Göppingen); Thomas Bleile (KV Schwarzwald-Baar); Milena Strümper (KV Stuttgart); Colin Christ (KV Heilbronn); Tamara Beckh (KV Mannheim); Ricarda Lang (KV Schwäbisch Gmünd); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Jonathan Rabus (KV Freiburg)

PRO-1-431-3

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 431 einfügen:

Empowernde Arbeitsmarkpolitik, heißt auch: Stärkung der Gewerkschaften! Wir wollen die betriebliche Mitbestimmung stärken und aktiv gegen „Union Busting“vorgehen: Wir wollen deshalb die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung von Verstößen gegen das Betriebsverfassungsgesetz in Baden-Württemberg prüfen.

Begründung

siehe Antrag SO-3: Demokratie am Arbeitsplatz stärken – Betriebs- und Personalratswahlen 2026 aktiv unterstützen

PRO-1-432

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 432 bis 435:
~~Dazu setzen wir uns dafür ein, dass öffentliche Aufträge vorrangig an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden und stellen das durch praxisnahe, bürokratiearme Lösungen sicher.~~Wir wollen deshalb das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz bürokratiearm weiterentwickeln. Das Gesetz soll um regionale Tarifverträge erweitert und der Schwellenwert auf 10.000 Euro abgesenkt werden. Der vergabespezifische Mindestlohn soll künftig der untersten Entgeltgruppe des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes entsprechen. Die Tariftreue im ÖPNV wollen wir auch bei öffentlichen Aufträgen, die gemeinsam mit Auftraggebern anderer Bundesländern oder aus Nachbarländern erfolgt, gewährleisten. So stärken wir die Tarifbindung, schützen faire Löhne und sichern Qualitätsstandards, zum Beispiel im Baugewerbe, wo

Begründung

So lautet die Einigung im letzten Koalitionsvertrag mit der CDU zum Thema Tariftreue. Wir sollten bei dieser Landtagswahl diese Regelungen, die bisher leider nicht umgesetzt wurden, selbstbewusst wieder fordern.

Unterstützer*innen

Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Siegfried Heim (KV Ulm); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Meike Günter (KV Ludwigsburg); Finn Schwarz (KV Tübingen); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Wilfried Weisbrod (KV Kurpfalz-Hardt); Norbert Knopf (KV Kurpfalz-Hardt); Kai-Uwe Berroth (KV Alb-Donau); Matthias Dreikluft (KV Göppingen); Thomas Bleile (KV Schwarzwald-Baar); Ricarda Lang (KV Schwäbisch Gmünd); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Christoph Herderich (KV Freiburg); Jaron Immer (KV Reutlingen); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen)

PRO-1-436

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Simone Fischer (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 436 einfügen:

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir Inklusionsbetriebe stärker berücksichtigen, ob Unternehmen Barrierefreiheit im Betrieb umsetzen und Menschen mit Behinderungen beschäftigen. So verbindet das Land gute Arbeit mit echter Inklusion.

Unterstützer*innen

Jakob Sauter (KV Stuttgart); Maria Flendt (KV Stuttgart); Estrella Rödel (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Jona Zimmermann (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Vanessa Herbert (KV Stuttgart); Birgit Zauner (KV Bodenseekreis); Sascha Müller (KV Böblingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Damian Kunkis (KV Reutlingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Amelie Montigel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart)

PRO-1-440

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 439 bis 441 einfügen:
wollen wir mehr Flexibilität und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen. Bezahlbarer Wohnraum ist für Arbeitnehmer*innen ein Grundbedürfnis, das in Ballungszentren aber auch im Ländlichen Raum ein wesentliches Standortmerkmal ist. Er fehlt entweder ganz oder die Vermittlung scheitert an Ressentiments gegenüber den Arbeiter*inen. Mit einem Wohnungsbauprogramm unterstützen wir Arbeitgeber*innen mit kleinen Betrieben bei der Reaktivierung oder dem Bau von Werkwohnungen. Wir denken Arbeit inklusiv und zukunftsorientiert: Menschen mit Behinderungen sollen über zertifizierte Teilleistungen besser in den

Begründung

Der Facharbeitermangel führt zu einem erheblichen Umsatzrückgang vor allem in kleineren Betrieben wie zum Beispiel im Handwerk, der Gastronomie und der Hotellerie. Vor allem bei ausländischen Fachkräften kommen häufig Ressentiments auf Vermieterseite hinzu. Wenn die Arbeitgeber*innen durch Unterstützungen in die Lage versetzt werden, günstigen Wohnraum für ihre Arbeitnehmer zu schaffen oder Leerstand zu beseitigen, hat das eine positive Wirkung auf den Betrieb und die soziale Einbindung der Arbeitenden.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Florian Bieck (KV Freiburg); Antonia Kind (KV Ulm); Susanne Floss (KV Emmendingen); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Silvia Alles (KV Rastatt/Baden-Baden); Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Finn Schwarz (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Elisabeth Dorff (KV Rastatt/Baden-Baden); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Sebastian André Grässer (KV Ettlingen); Tabea Hirt (KV Stuttgart); Julia Uebele (KV Göppingen); Linus Wöllner (KV Mannheim); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Philemon Christoph Carl Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

PRO-1-441

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 440 bis 442 einfügen:
Familie schaffen. Wir denken Arbeit inklusiv und zukunftsorientiert: Menschen mit Behinderungen sollen über zertifizierte Teilleistungen besser in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Begründung

Konkretisierung, welcher Arbeitsmarkt gemeint ist.

PRO-1-442

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG WiFiSo
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 441 bis 442 einfügen:
mit Behinderungen sollen über zertifizierte Teilleistungen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden.
Wir stärken die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf dem regulären Arbeitsmarkt. Angebote und Zuständigkeiten machen wir landesweit sichtbar und bringen Informationen über Arbeits- und Integrationsämter direkt in die Betriebe. Arbeitgeber*innen, die Barrierefreiheit und Inklusion über gesetzliche Pflichten hinaus umsetzen, fördern und würdigen wir; Investitionen in Inklusion unterstützen wir gezielt.

Begründung

Gleiche Teilhabe für alle, auch Minderheiten §154 SGB IX sieht vor, dass in Unternehmen mit mindestens 20 Arbeitnehmer*innen 5% davon schwerbehindert sind. Aktuell liegt in Baden-Württemberg der Durchschnitt im öffentlichen Dienst nur bei 4,84% und in der Privatwirtschaft sogar nur bei 3,62%. Weiterhin liegt die Quote der Arbeitgeber*innen, die diese Vorgabe erfüllen nur bei 35% (Stand 2022) und damit unter dem bundesweiten Anteil. Weiterhin sieht §178 SGB IX jährlich eine Schwerbehindertenversammlung vor, wo unter anderem Arbeitgeber*innen Rechenschaft ablegen. Da es aber ohne Konsequenzen bleibt, wenn Vorgaben wie diese nicht umgesetzt werden, ergreifen Arbeitgeber*innen sehr selten Initiative etwas für Inklusion und Barrierefreiheit zu tun. Weiterhin halten sich bei Schwerbehinderten wie bei allen Minderheiten Vorurteile, die wir hiermit abbauen wollen.

Stärkung der wirtschaftlichen Situation im Land

Pro fehlendem*r Arbeitnehmer*in wird monatlich vom Unternehmen eine Strafabgabe zwischen 155€ und 815€ abhängig von der unternehmenseigenen Quote abgegeben. Allein die Reduzierung dieser Strafabgaben könnte die wirtschaftliche Situation verbessern oder zumindest entspannen, da diese aufs Jahr gerechnet pro Unternehmen einen fünf- bis siebenstelligen Betrag ergeben. Weiter trägt jede*r zum wirtschaftlichen Erfolg eines Betriebs bei. Es sei erwähnt, dass jede*r Arbeiter*in durch den Input Möglichkeiten für andere Personen und Betriebe schafft.

Vorurteile bekämpfen – Informieren und Transparenz schaffen

Bei vielen Arbeitgeber*innen halten sich noch Vorurteile, dass Schwerbehinderte weniger leisten oder für sie teurer sind. Unter anderem mit Werbetafeln in der Öffentlichkeit, wollen wir zeigen, dass diese Vorurteile falsch sind. Regelmäßiger Austausch mit dem Integrationsamt soll das in den Betrieben begreiflich machen. Durch Vorstellung deren Unterstützungsmöglichkeiten, soll die Angst vor der finanziellen Hürde genommen werden und individuelle Erfolgsgeschichten zeigen ebenfalls auf, dass die Vorurteile falsch sind.

Förderungen bieten – Schwerbehinderte anstellen attraktiv machen

Jede*r Arbeitgeber*in möchte Anerkennung, wobei das nicht nur für eigene Angebote sein muss. Wenn ein Betrieb mehr Barrierefreiheit und Inklusion ermöglicht als nötig, sollte das anerkannt und gefördert und bei entsprechenden Vorhaben unterstützt werden.

PRO-1-442-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Daniel Halfmann (KV Freiburg)

Titel

Ändern in:
Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen stellen

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 442 bis 444 einfügen:
Während die Vermögen einiger weniger immer weiter steigen, gibt es auch in Baden-Württemberg immernoch viele Kinder und Erwachsene die in Armut leben müssen.
Dabei ist soziale Gerechtigkeit die Voraussetzung der Demokratie und unabdingbar um den rechtsextremen Populisten etwas entgegenzusetzen.
Unser Anspruch ist, die Lebensverhältnisse aller Menschen im Land zu verbessern.
Wir wollen unsere Mittel für Beratungen und Unterstützung zur Armutsprävention und -bekämpfung ausweiten - besonders bei den Themen Verschuldung und drohendem Wohnungsverlust. Die Finanzierung von Beratungsangeboten für Arbeitslose und besonders Familien muss gesichert sein, vorallem da die Bundesregierung immer weiter Leistungen streicht.
Dafür bekämpfen wir Arbeitslosigkeit mit klarer Perspektive auf den ersten Arbeitsmarkt. Mit passgenauer Qualifizierung, Coaching und

Von Zeile 447 bis 448 einfügen:
ausbauen. Soziale Beschäftigungsträger sichern wir langfristig ab und stärken den sozialen Arbeitsmarkt als Brücke in reguläre Beschäftigung.
Zudem wollen wir uns im Bund gegen weitere menschenverachtende Kürzungen bei der Grundsicherung, sowie für eine faire Vermögens- und Erbschaftssteuer einsetzen.

Begründung

Armut und Ungleichheit sind zentrale Probleme, auch in Baden-Württemberg. Sie gefährden unsere Demokratie und sie zu bekämpfen ist zentrales Anliegen der Grünen Partei. Leider fehlt das Thema in diesem Programmentwurf bisher fast komplett.

Deshalb ist es wichtig uns auch im Programm klar zu positionieren und im Rahmen der Möglichkeiten als Bundesland dem sozialen Kahlschlag der Bundesregierung etwas entgegenzusetzen. Neben der klaren Positionierung braucht es auch konkrete Vorschläge und Projekte zum Thema Armutsprävention und -bekämpfung, um wirklich ein Programm für Alle zu erreichen.

Unterstützer*innen

Paul Vogel (KV Freiburg); Christoph Herderich (KV Freiburg); Santino Petermann (KV Freiburg); Anna Wilmer (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Helen Nödinger (KV Freiburg); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Pauline Valentin (KV Freiburg); Emil Schneller (KV Freiburg); Jonathan Rabus (KV Freiburg); Janek Aldus (KV Freiburg); Gustav Schmid (KV Freiburg); Aimée Pederzolli (KV Freiburg); Florian Bieck (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Katharina Mohrmann (KV Freiburg); Sarah Rahel Koller (KV Freiburg); Marie Lacaille (KV Freiburg); Nicholas Eschenbruch (KV Freiburg)

PRO-1-442-3

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Simone Fischer (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 441 bis 442 einfügen:
mit Behinderungen sollen über zertifizierte Teilleistungen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. **Wir setzen auf barrierefreie Arbeitsplätze und das Budget für Arbeit, um den Übergang in gute und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erleichtern. Zuständigkeiten und Angebote machen wir klarer sichtbar und bringen Beratung direkt in die Betriebe. Betriebe, die inklusiv ausbilden und beschäftigen oder Barrierefreiheit vorbildlich umsetzen, unterstützen wir gezielt.**

Unterstützer*innen

Jakob Sauter (KV Stuttgart); Maria Flendt (KV Stuttgart); Estrella Rödel (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Jona Zimmermann (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Vanessa Herbert (KV Stuttgart); Sascha Müller (KV Böblingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Damian Kunkis (KV Reutlingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Amelie Montigel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Hanna Gutknecht (KV Stuttgart)

PRO-1-444

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 443 bis 446:
Wir bekämpfen Arbeitslosigkeit mit klarer Perspektive auf den ersten Arbeitsmarkt. Mit passgenauer Qualifizierung, Coaching ~~und~~, Beschäftigungsangeboten und Möglichkeiten zur sozialen Teilhaben schaffen wir individuelle Förderketten. Das Programm „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ wollen wir dauerhaft finanzieren und

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Finn Schwarz (KV Tübingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Martin Riedmann (KV Tübingen); Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Jakob Feldner (KV Tübingen); Valerie Fischer (KV Tübingen); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Jaron Immer (KV Reutlingen); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Hendrik Jansen (KV Tübingen); Florian Bieck (KV Freiburg); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen)

PRO-1-447

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG WiFiSo
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 446 bis 448 einfügen:
„Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ wollen wir dauerhaft finanzieren und ausbauen. Die erfolgreichen Bausteine „Arbeitslosenberatungszentren“ und „Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe“ (BeJuga) wollen wir dabei fortführen, finanziell besser ausstatten und an noch mehr Standorten anbieten. Zusätzlich wollen wir einen Programmbaustein verankern, der niedrigschwellige Qualifizierung und Integrationsjobs für langzeitarbeitslose Menschen anbietet. Soziale Beschäftigungsträger sichern wir langfristig ab und stärken den sozialen Arbeitsmarkt als Brücke in reguläre Beschäftigung.

Begründung

Der Abschnitt ist noch ergänzungsbedürftig. Die erfolgreichen Bausteine „Arbeitslosenberatungszentren“ und „BeJuga“ aus dem Programm „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ sollten explizit genannt werden. Auch unsere Pläne für einen Ausbau des Programms können bereits genauer beschrieben werden. Hier sind fünf Jahre parlamentarische Arbeit hineingeflossen, die eine differenziertere Forderung ermöglichen.

PRO-1-448

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Simone Fischer (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 447 bis 448 einfügen:
ausbauen. Soziale Beschäftigungsträger sichern wir langfristig ab und stärken den sozialen Arbeitsmarkt als Brücke in reguläre Beschäftigung. Wir entwickeln unsere Programme so weiter, dass Inklusion selbstverständlich wird. Dafür unterstützen wir Beratungs- und Matchingangebot für inklusiv arbeitende Unternehmen. Inklusionsbetriebe stärken wir langfristig, weil sie sichere und tarifgebundene Jobs bieten.

Unterstützer*innen

Jakob Sauter (KV Stuttgart); Maria Flendt (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Estrella Rödel (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Jona Zimmermann (KV Stuttgart); Vanessa Herbert (KV Stuttgart); Sascha Müller (KV Böblingen); Birgit Zauner (KV Bodenseekreis); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Damian Kunkis (KV Reutlingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Amelie Montigel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart)

PRO-1-498

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Michael Jahn (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 497 bis 502:
Netzausbau und die Flexibilisierung der Netze und des Stromverbrauchs hierfür von enormer Bedeutung. Leider setzt der Bund auf starre, ~~altbackene~~nicht wasserstofffähige Gaskraftwerke, statt das Potenzial der Bürger*innen und Unternehmen auszuschöpfen. ~~Deshalb wollen wir~~Wir gehen in Baden-Württemberg ~~vorrangehen.~~vorran; Bürger*innen und Unternehmen in Baden-Württemberg ~~sollen~~werden es so einfach wie möglich haben, einen digitalen Stromzähler zu erhalten. Dazu werden wir mit den Netzbetreibern

Begründung

Das Wort "altbacken" ist in diesem Kontext nicht wirklich selbsterklärend, deswegen die konkretisierung. Beim bestehenden Bindesatz "Deshalb wollen wir ..." weiß man nicht worauf der sich sich bezieht.

Unterstützer*innen

Lukas Weber (KV Heidelberg); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Raphael Putz (KV Esslingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Maximilian Blatt (KV Mannheim); Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Antonia Anna Elisabeth Eckstein (KV Heidelberg); Benjamin Baecker (KV Esslingen); Lea Rocca (KV Böblingen); Karen Tiede (KV Esslingen); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Rose Lutz (KV Esslingen); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis)

PRO-1-499

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 498 bis 501:
von enormer Bedeutung. Leider setzt der Bund auf starre, altbackene Gaskraftwerke~~, statt das Potenzial~~. Wir wollen, dass im Stromversorgungssystem der ~~Bürger*innen~~Zukunft Flexibilitäten optimal genutzt werden und ~~Unternehmen auszuschöpfen~~der Verteilnetzausbau auf der Grundlage einer soliden Datenbasis erfolgt. Wir wollen deshalb, dass alle Ortsnetzstationen mit digitalen Einrichtungen zur Echtzeiterfassung ausgestattet werden. Zukünftig sind die Netzbetreiber zum Nachweis des Ausbaubedarfs dazu verpflichtet, die tatsächliche Auslastung durch örtliche Echtzeit-Messreihen zu belegen. Eine systemdienliche Auslastung der Netze benötigt lokale dynamische Preissignale. Solche Signale setzen neben der Verfügbarkeit des Börsenstrompreises auch eine Echtzeiterfassung an den Transformatorstationen voraus.
Deshalb wollen wir in Baden-Württemberg vorrangehen. Bürger*innen und Unternehmen in Baden-Württemberg sollen es so einfach wie möglich haben,

Begründung

Die meisten Verteilnetzbetreiber in BW betreiben den Netzausbau auf der Basis von Erfahrungswerten . Bez. der tatsächlichen Auslastung der einzelnen Ortsnetzstränge haben sie lediglich Jahresmittelwerte zur Verfügung. Eine messtechnische Echtzeiterfassung erfolgt meist nur auf den höheren Spannungsebenen und haben keine gute Ortsauflösung. Die Detailplanung für den Netzausbau erfolgt daher weitestgehend im Blindflug. Der Netzausbau ist bez. der Rendite attraktiv, denn er kann einfach auf die Netzentgelte umgelegt werden, ohne dass sich die Kunden wehren können. Eine Pflicht zur Digitalisierung mit Offenlegung der Daten schafft hier Abhilfe und ist bei einigen VNBs in Norddeutschland schon Usus. Eine Digitalisierung sämtlicher Ortsnetzstationen ist im Grunde billiger und wirkungsvoller als die Ausstattung sämtlicher Haushalte mit bidirektionalen IMSys. Durch Übermittlung der Echtzeitauslastung an die nachgeschalteten Endverbraucher kann ein lokal aufgelöstes dynamisches Netzentgelt realisiert werden. Hier wäre BW dann wirklich führend!

PRO-1-500

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 499 bis 501 einfügen:
Gaskraftwerke, statt das Potenzial der Bürger*innen und Unternehmen auszuschöpfen. Deshalb wollen wir in Baden-Württemberg vorrangehen und fossile Brennstoffe bis 2040 gänzlich überflüssig machen. Bürger*innen und Unternehmen in Baden-Württemberg sollen es so einfach wie möglich haben,

Begründung

Während der Ausbau erneuerbarer Energien und intelligenter Netze wichtige Teilziele sind, braucht es ein eindeutiges langfristiges Zielbild, um Investitionen zu lenken und Planungssicherheit für Bürger*innen, Unternehmen und Energieversorger zu schaffen. Die Festlegung auf einen vollständigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis 2040 schafft genau diese Orientierung.

PRO-1-504

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 503 bis 504 einfügen:
in Baden-Württemberg Lösungen suchen, so dass flexible Strompreise genutzt werden können. Weiter sollen neu angeschaffte flexibel steuerbare Stromverbraucher, die fossil betriebene Alternativen verdrängen (Wärmepumpen, Wallboxen – insbesondere bidirektionale), gezielt gefördert werden.

Begründung

Es ist gut "flexible Preise" zu haben, aber die sind erst nützlich, wenn es auch entsprechende (private) Großgeräte gibt, die flexibel sind. Wir denken da ja weniger daran, dass die Menschen ihre Waschmaschine nachts anstellen, sondern mit Wallboxen und Wärmepumpen auch "sektorkoppelnd" etwas für die absolute CO_2-Reduktion tun.

PRO-1-515

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 515 bis 516:
Wir halten an der nachhaltigen Erneuerung unserer Energieversorgung fest und setzen uns auf allen Ebenen gegen jegliche Gasbohrungen ein.~~[Leerzeichen]~~Nur mit einem großen Anteil erneuerbarer Energien stärken wir langfristig unseren

Begründung

Wer die erneuerbare und nachhaltige Erneuerung der Energieversorgung vorantreiben will, darf keine neuen fossilen Abhängigkeiten schaffen. Neue Gasbohrungen – ob konventionell oder unkonventionell – würden Investitionen in fossile Infrastrukturen verlängern, die Klimaziele gefährden und Mittel binden, die für den Ausbau erneuerbarer Energien dringend benötigt werden.

PRO-1-543

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Sebastian Müller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 543 einfügen:

Wir werden 100 km Lärmschutzwände mit PV Module nachrüsten oder neu mit Lösungen ausstatten, die Lärmschutz und Erzeugung von Solarenergie verbinden. Wir werden zusammen mit der heimischen Industrie Lösungen für Bahnstrecken erarbeiten und diese bis zur Marktreife voranbringen.

Begründung

Ungenutztes Potenzial: Entlang der Straßen Baden-Württembergs gibt es tausende Kilometer Lärmschutzwände – eine riesige, bisher weitgehend ungenutzte Fläche für Solarstrom. Mit einem riesigen Potential z.B. in der Schweiz: 55 GWh entlang der Nationalstrassen und 46 GWh entlang von Bahnstrecken.

Innovation aus Baden-Württemberg: Unternehmen, aber auch das Fraunhofer ISE, aus dem Land haben bereits marktreife Lösungen für Photovoltaik-Lärmschutz entwickelt. Sie warten auf klare Signale und erste öffentliche Aufträge, um Produktion und Innovation hochzufahren. Erste gute Erfahrungen gibt es bereits in unserem Bundesland und auch ein

Kostensenkung durch Skalierung: Sobald erste Projekte umgesetzt sind, werden weitere Anbieter folgen, wodurch Wettbewerb entsteht und die Kosten sinken. Sobald Anlagen für die Nachrüstung von Bahnstrecken vorhanden sind, auch als Nachrüstung, kann dieses enorme Potential gehoben werden. Gerade an Bahnstrecken gibt es ein großes Potential, auch zusammen mit neuartigen Wechselrichtern, die den Strom direkt ins Bahnstromnetz einspeisen können.

Keine zusätzliche Flächenversiegelung: Solar-Lärmschutz nutzt vorhandene Infrastruktur doppelt und vermeidet neue Eingriffe in Landschaft und Boden.

Weitere Informationen: https://solarlaermschutz.de/

Unterstützer*innen

Vanessa Hüber (KV Karlsruhe); Patric Grauberger (KV Karlsruhe); Hannes Fugmann (KV Freiburg); Sven Koopmann (KV Karlsruhe); Falk Birett (KV Freiburg); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Ilse Ritz (KV Freiburg); Felix Bohnacker (BV KPV Baden-Württemberg); Aimée Pederzolli (KV Freiburg); Oli Merten (KV Mannheim); Kornelia Müller (KV Freiburg); Florian Bieck (KV Freiburg); Tobias Zawisla (KV Freiburg); Jasmin Kindt (KV Ulm); Silke Kilius (KV Freiburg); Alexander Matheis (KV Esslingen); Thomas Weiß (KV Tübingen); Mark Pröhl (KV Tübingen); Alexandra Charlotte Kern (KV Esslingen); Iris Förster (KV Rems/Murr); Jochen Seeber (KV Stuttgart);

Klaus-Dieter Przybyl (KV Rems/Murr); Paul Rögler (KV Freiburg); Klaus-Dieter Hilliges (KV Stuttgart); Nicholas Eschenbruch (KV Freiburg); Heidi Apel (KV Rems/Murr); Tobias Kraft (KV Rems/Murr); Beate Noll (KV Mannheim); Olaf Haas (KV Freiburg); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Brigitte Kaufmann (KV Freiburg)

PRO-1-543-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Kreisverband Freiburg
Beschlussdatum:	21.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 542 bis 543 einfügen:
direkt im netztechnischen Süden entsteht. Die schwarz-rote Bundesregierung darf die Windenergie in Baden-Württemberg kein weiteres Mal ausbremsen.

Wir werden 100 km Lärmschutzwände mit PV Module nachrüsten oder neu mit Lösungen ausstatten, die Lärmschutz und Erzeugung von Solarenergie verbinden. Wir werden zusammen mit der heimischen Industrie Lösungen für Bahnstrecken erarbeiten und diese bis zur Marktreife voranbringen.

Begründung

gleicher Antrag wie von Sebastian Müller

PRO-1-548

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Sebastian Müller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 548 einfügen:

10.000-Sozial-Solar-Balkone-Programm

“Wir werden ein 10.000-Sozial-Solar-Balkone-Programm starten, um Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen bei der Anschaffung und Installation eines Steckersolargerätes am Balkon zu unterstützen. Dabei beraten und helfen wir Ihnen bei praktischen und rechtlichen Fragen. Zusammen mit der Wohnungswirtschaft werden wir Wege aufzeigen, wie die Ausstattung ganzer Häuser mit Steckersolargeräten gelingt, und dafür ein Förderprogramm entwickeln. Wir arbeiten dabei mit engagierten Zivilgesellschaftlichen Initiativen wie Solarcamps zusammen.”

Begründung

Grüne Erfolge weiterentwickeln - Steckersolar für Alle

Deutschland hat sich auch durch grüne Initiativen wie das Recht auf Steckersolar für Mieterinnen und Mieter im § 554 BGB und Wohnungseigentümer im § 20 WEG zum **Leitmarkt für Steckersolargeräte** entwickelt.

Wahrscheinlich gibt es derzeit etwa 4 Mio Steckersolargeräte in Deutschland. **Diese sind sicher und ermöglichen auch Personen ohne Eigenheim und mit geringem Einkommen sich an der Energiewende zu beteiligen,** bis zu 25% des Jahres Stromverbrauchs (Mit Kleinspeicher bis zu 70% selbst zu erzeugen) und erheblich an Geld zu sparen.

Bisher profitieren vor allem von dieser Entwicklung: Bewohner im eigenen Einfamilienhaus, **Mieterinnen und Mieter in großen kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen wohnen, kommen bislang nur selten in den Vorzug einer eigenen Steckersolargerätes.** Diese Haushalte sind oft mit einer großen Anzahl technisch nicht nachvollziehbarer und teurer Verhinderungsauflagen ihrer Vermieter konfrontiert. Es drängt sich der Eindruck auf einige große Vermieter sehen Mieterstrommodelle - häufig mit Stromkosten für den Mieter an der Schwelle des rechtlich zulässigen, daher 10% unter dem teuren Grundversorgertarif - als neues zusätzliches Geschäftsmodell sehen.

gezielten Förderprogramm für Personen mit geringem Einkommen

Darüber hinaus ist es Personen mit geringem Einkommen, die zur Miete wohnen, oft nicht möglich, selbst zu investieren. Im Gegenteil, sie werden über höhere Netzentgelte belastet. Aufgrund der großen Anzahl von Eigenstromanlagen im Eigenheim auf weniger Kilowattstunden umgelegt werden

müssen. Deshalb soll es zum einen eine Förderung für Mieter mit geringem Einkommen geben., die ien Steckersolgarät nutzen wollen. Die Anrechnung auf Transferleistungen kann vermieden werden, wenn die Regelungen in § 84 SGB XII beachtet und die Zuwendung entsprechend strukturiert werden.

Vermieter fördern, die ganze Häuser mit BalkonSolar austatten

Zum anderen soll ein weiterer Teil der **Förderung direkt über Wohnungsbauunternehmen gegeben werden,** die viele Sozialwohnungen oder in Quartieren mit sozialen Herausforderungen vermieten. Sie sollen dadurch motiviert werden von sich aus ganze Häuser mit Steckersolargeräten auszustatten und dabei Skaleneffekte (ähnliche Balkone, Beauftragung eines Elektrikers, ggf. Hubsteigers zur fachgerechten Anbringung usw.) zu nutzen.

Halterung für alle Balkone verfügbar

Für jede Art Balkon gibt es inzwischen zertifizierte Halterungen, auch für dicke Betonbalkone. Steckersolargeräte müssen dabei nicht immer am Balkon hängen, sondern ein Wohnungsunternehmen kann sie auch an der Fassade, dem Dach, Zaun oder im Garten den Mietenden zur Verfügung stellen.

Neue Norm bringt Rechtssicherheit

Die vom VDE für Dezember angekündigte neue Steckersolarnorm bietet die technische Grundlage eine bürokratiearme Installation noch rechtssicherer möglich zu machen. Auch wenn ein Anschluss ohne spezielle Einspeisteckdose schon heute möglich ist und auch keine Außensteckdose benötigt wird.

Unterstützer*innen

Jochen Seeber (KV Stuttgart); Jonas Prinzing (KV Stuttgart); Dieter Greiner (KV Stuttgart); Ilse Ritz (KV Freiburg); Paul Rögler (KV Freiburg); Malte Pullich (KV Freiburg); Nicholas Eschenbruch (KV Freiburg); Vanessa Hüber (KV Karlsruhe); David Fuchs (KV Mannheim); Timothy Simms (KV Freiburg); Sophia Kilian (KV Freiburg); Gustav Schmid (KV Freiburg); Olaf Haas (KV Freiburg); Patric Grauberger (KV Karlsruhe); Florian Brenner (KV Freiburg); Sonja Klingert (KV Karlsruhe); Silke Kilius (KV Freiburg); Tobias Kraft (KV Rems/Murr); Daniel Klein (KV Ulm); Barbara König (KV Odenwald-Kraichgau); Herbert Zimmermann (KV Esslingen); Klaus Dieter Horlacher (KV Neckar-Bergstraße); Damian Haller (KV Stuttgart); Alexander Eberspächer (KV Aalen-Ellwangen); Volker Weinfurter (KV Göppingen); Hannes Fugmann (KV Freiburg); Michael Joukov (KV Ulm); Oli Merten (KV Mannheim); Peter Neubauer (KV Odenwald-Kraichgau); Kornelia Müller (KV Freiburg); Thomas Schurr (KV Freiburg); Martin Wilhelm Leidig (KV Neckar-Bergstraße); Beate Noll (KV Mannheim); Lars Buntz (KV Ulm); Olivia Küster (KV Ulm); Dieter Saha (KV Freiburg); Jasmin Kindt (KV Ulm)

PRO-1-548-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Kreisverband Freiburg
Beschlussdatum:	21.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 547 bis 548 einfügen:
Sektorzielen zur Erreichung der Netto-Treibhausgasneutralität in Baden-Württemberg bis 2040.

10.000-Sozial-Solar-Balkone-Programm

“Wir werden ein 10.000-Sozial-Solar-Balkone-Programm starten, um Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen bei der Anschaffung und Installation eines Steckersolargerätes am Balkon zu unterstützen. Dabei beraten und helfen wir Ihnen bei praktischen und rechtlichen Fragen. Zusammen mit der Wohnungswirtschaft werden wir Wege aufzeigen, wie die Ausstattung ganzer Häuser mit Steckersolargeräten gelingt, und dafür ein Förderprogramm entwickeln. Wir arbeiten dabei mit engagierten Zivilgesellschaftlichen Initiativen wie Solarcamps zusammen.”

Begründung

gleichlautend zu https://parteitage.gruene-bw.de/ldk-ludwigsburg/pro-1-kapitel-1-land-der-moglichkeiten-unseren-wohlstand-auf-eine-n-42597/62537 von Sebastian Müller, so beschlossen von der KMV der Grünen Freiburg a, 21.11.25.

PRO-1-548-3

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 548 einfügen:

10.000-Sozial-Solar-Balkone-Programm

Wir werden ein 10.000-Sozial-Solar-Balkone-Programm starten, um Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen bei der Anschaffung und Installation eines Steckersolargerätes am Balkon zu unterstützen. Dabei beraten und helfen wir Ihnen bei praktischen und rechtlichen Fragen. Zusammen mit der Wohnungswirtschaft werden wir Wege aufzeigen, wie die Ausstattung ganzer Häuser mit Steckersolargeräten gelingt, und dafür ein Förderprogramm entwickeln. Wir arbeiten dabei mit engagierten Zivilgesellschaftlichen Initiativen wie Solarcamps zusammen.

Begründung

Grüne Erfolge weiterentwickeln - Steckersolar für Alle

Deutschland hat sich auch durch grüne Initiativen wie das Recht auf Steckersolar für Mieterinnen und Mieter im § 554 BGB und Wohnungseigentümer im § 20 WEG zum **Leitmarkt für Steckersolargeräte** entwickelt.

Wahrscheinlich gibt es derzeit etwa 4 Mio Steckersolargeräte in Deutschland. **Diese sind sicher und ermöglichen auch Personen ohne Eigenheim und mit geringem Einkommen sich an der Energiewende zu beteiligen,** bis zu 25% des Jahres Stromverbrauchs (Mit Kleinspeicher bis zu 70% selbst zu erzeugen) und erheblich an Geld zu sparen.

Bisher profitieren vor allem von dieser Entwicklung: Bewohner im eigenen Einfamilienhaus, **Mieterinnen und Mieter in großen kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen wohnen, kommen bislang nur selten in den Vorzug einer eigenen Steckersolargerätes.** Diese Haushalte sind oft mit einer großen Anzahl technisch nicht nachvollziehbarer und teurer Verhinderungsauflagen ihrer Vermieter konfrontiert. Es drängt sich der Eindruck auf einige große Vermieter sehen Mieterstrommodelle - häufig mit Stromkosten für den Mieter an der Schwelle des rechtlich zulässigen, daher 10% unter dem teuren Grundversorgertarif - als neues zusätzliches Geschäftsmodell sehen.

gezielten Förderprogramm für Personen mit geringem Einkommen

Darüber hinaus ist es Personen mit geringem Einkommen, die zur Miete wohnen, oft nicht möglich, selbst zu investieren. Im Gegenteil, sie werden über höhere Netzentgelte belastet. Aufgrund der großen Anzahl von Eigenstromanlagen im Eigenheim auf weniger Kilowattstunden umgelegt werden

müssen. Deshalb soll es zum einen eine Förderung für Mieter mit geringem Einkommen geben., die ien Steckersolgarät nutzen wollen. Die Anrechnung auf Transferleistungen kann vermieden werden, wenn die Regelungen in § 84 SGB XII beachtet und die Zuwendung entsprechend strukturiert werden.

Vermieter fördern, die ganze Häuser mit BalkonSolar austatten

Zum anderen soll ein weiterer Teil der **Förderung direkt über Wohnungsbauunternehmen gegeben werden,** die viele Sozialwohnungen oder in Quartieren mit sozialen Herausforderungen vermieten. Sie sollen dadurch motiviert werden von sich aus ganze Häuser mit Steckersolargeräten auszustatten und dabei Skaleneffekte (ähnliche Balkone, Beauftragung eines Elektrikers, ggf. Hubsteigers zur fachgerechten Anbringung usw.) zu nutzen.

Halterung für alle Balkone verfügbar

Für jede Art Balkon gibt es inzwischen zertifizierte Halterungen, auch für dicke Betonbalkone. Steckersolargeräte müssen dabei nicht immer am Balkon hängen, sondern ein Wohnungsunternehmen kann sie auch an der Fassade, dem Dach, Zaun oder im Garten den Mietenden zur Verfügung stellen.

Neue Norm bringt Rechtssicherheit

Die vom VDE für Dezember angekündigte neue Steckersolarnorm bietet die technische Grundlage eine bürokratiearme Installation noch rechtssicherer möglich zu machen. Auch wenn ein Anschluss ohne spezielle Einspeisteckdose schon heute möglich ist und auch keine Außensteckdose benötigt wird.

PRO-1-548-4

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 547 bis 548 einfügen:
Sektorzielen zur Erreichung der Netto-Treibhausgasneutralität in Baden-Württemberg bis 2040.
Das Potential von 1 GW Floating PV wollen wir heben.

Begründung

Baggerssen bieten Potentiale für Floating PV

PRO-1-556

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 555 bis 559:
Baden-Württemberg im Jahr 2040 klimaneutral ist. Wir müssen deshalb insbesondere Windkraft und ~~Freiflächen~~ alle Bauformen der Photovoltaik weiter ausbauen und mit einem Flächenmonitoring sicherstellen, dass Vorrangflächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien genutzt werden. Beim Ausbau legen wir Wert auf den Schutz von Flächen, die für die Landwirtschaft und Ernährungssicherung von besonderer Bedeutung sind. Wir wollen insgesamt drei Prozent der Landesfläche für erneuerbare Energien reservieren. Ebenso wollen wir Anreize für

Begründung

Täglich werden in Baden-Württemberg 5 ha Fläche versiegelt, die Fläche geht für die Landwirtschaft verloren. Der Ausbau der PV muss die landwirtschaftlich besten Böden, die auch für die Ernährungssicherung wichtig sind, schützen.

PRO-1-559

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Alexander Geiger (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 558 bis 560 einfügen:
erneuerbaren Energien genutzt werden. Wir wollen insgesamt drei Prozent der Landesfläche für erneuerbare Energien reservieren. Ein bisher untergenutztes Potential bieten Floating-PV-Anlagen auf Baggerseen und anderen künstlichen Gewässern. Wir setzen uns gegenüber dem Bundesgesetzgeber ein, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um deutlich höhere Ausnutzungen bis zu 30 Prozent PV-Überdeckung zu ermöglichen. Ebenso wollen wir Anreize für ein kommunales Flächenpooling schaffen und das „Forum Energiedialog“ fortsetzen,

Begründung

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien bleibt eine dringende Aufgabe. Mit erhöhten Zielvorgaben steigt die Konkurenz um Flächen weiter an. Floating-PV ist ein gutes, nachvolziehbares Beispiel wie man mit diesem Konkurenzdruck umgehen kreativ und verträglich umgehen kann.

Unterstützer*innen

Manuel Hummel (KV Rastatt/Baden-Baden); Christian Klinkhardt (KV Karlsruhe); Siglinde Andor (KV Karlsruhe); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Barbara Nießen (KV Rastatt/Baden-Baden); Michael Pollich (KV Ettlingen); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Raoul Genick (KV Rastatt/Baden-Baden); Nick Marx (KV Karlsruhe); Sebastian Müller (KV Freiburg); Volker Weinfurter (KV Göppingen); Bettina Lisbach (KV Karlsruhe); Evelyn Sindermann (KV Stuttgart); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Hazar Colak (KV Tübingen); Paul Pasler (KV Karlsruhe); Petra Sander (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe)

PRO-1-564

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 563 bis 565 einfügen:
daran, dass neue Anlagen schnell ans Netz kommen und die Verteilnetze ausgebaut werden. Dabei soll bestehende Infrastruktur durch Überbauung von Netzanschlusspunkten besser ausgenutzt werden. Ebenso brauchen wir eine integrierte Netzplanung, bei der beispielsweise Strom-, Wärme- und Wasserstoffnetze zusammengedacht werden. Zudem wollen wir

Begründung

Wir wollen dass bestehende Netzanschlusspunkte durch Kombination von Wind, PV und Batteriespeichern möglichst stark ausgenutzt werden. Das ist ein aktuelles Thema und fehlt bisher im Programm

PRO-1-571

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 570 bis 571 einfügen:
aufzeigen, wie viele Speicher im Land benötigt werden und wo diese sinnvollerweise errichtet werden sollen. Darüber hinaus fordern wir, Speicher so in den Markt zu integrieren, dass netzdienlicher Einsatz belohnt wird und somit Redispatch- und Stromkosten sinken.

PRO-1-575

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Wenzel Ormos (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 574 bis 576 einfügen:
Netzausbaugipfel hat das Land bereits einen Startpunkt für notwendige Investitionen in Verteilnetze gesetzt. Wir wollen diesen Prozess fortführen. Das schaffen wir allerdings nicht alleine mit staatlichen Mitteln, sondern benötigen hierfür auch Investoren. Wir sorgen dafür, dass das Land Baden-Württemberg auch seiner Verantwortung als

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Peter Seimer (KV Böblingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Manoah Kunze (KV Tübingen); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Michael Jahn (KV Esslingen); Felix Poloczek (KV Ravensburg); Elmar Braun (KV Biberach); Colin Christ (KV Heilbronn); Lea Rocca (KV Böblingen); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Raphael Putz (KV Esslingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Bianca Aschauer (KV Reutlingen)

PRO-1-582

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 581 bis 582 einfügen:
Kapitalerhöhung haben wir die EnBW in die Lage versetzt, ihre Projekte wie den Ausbau von Wind, Solar, Netzen und Speichern kraftvoll umzusetzen. Unsere Netze und Netzbetreiber wie Transnet BW gehören zur kritischen Infrastruktur. Als solche wollen wir diese gänzlich wieder in die öffentliche Hand überführen.

Begründung

Kritische Infrastruktur darf nicht primär marktwirtschaftlichen Interessen unterliegen, sondern muss langfristig, gemeinwohlorientiert und unabhängig gesteuert werden. Eine vollständige öffentliche Kontrolle sorgt dafür, dass Investitionen in den Netzausbau, Digitalisierungsmaßnahmen und den Anschluss erneuerbarer Energien priorisiert werden – auch dann, wenn private Renditeerwartungen dem entgegenstehen würden.

Die Änderung stärkt damit Planungssicherheit, Transparenz und demokratische Kontrolle. Sie stellt sicher, dass zentrale Entscheidungen zur Energieversorgung nicht von privaten Eigentümerstrukturen abhängig sind, sondern klar im Interesse der Bürger*innen und der Versorgungssicherheit getroffen werden. Gerade angesichts wachsender geopolitischer Risiken und zunehmender digitaler Angriffe ist diese Rückführung in die öffentliche Hand ein wichtiger strategischer Schritt.

PRO-1-615

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 614 bis 616 einfügen:
diese Abwärme zur Dekarbonisierung ihres Wärmenetzes nutzen können. In Zukunft wollen wir dies deutlich ausbauen und systematisch erfasst in die Wärmepläne integrieren, um somit Energieverbrauch und Kosten für die Verbraucher*innen zu senken. Darüber hinaus wollen wir Potenziale von Umweltwärmequellen und Solarthermie in die Wärmeplanung aufnehmen und Quartiersspeicher gezielt unterstützen. Damit der Ausbau der Wärmenetze in den Kommunen schnell umgesetzt werden kann, brauchen wir eine ähnliche Beschleunigung des Genehmigungsprozess, wie wir sie bei der Windkraft hinbekommen haben. Rechtliche Hürden bei der Nutzung von Abwärme bauen wir konsequent ab.

Begründung

Bislang ungenutzte Energiequellen können durch eine systematische Erfassung konsequent in den Klimaschutz eingebunden werden. Abwärme aus Industrie und Rechenzentren wird heute vielfach ungenutzt freigesetzt – obwohl sie lokal, kostengünstig und klimafreundlich zur Verfügung steht. Durch ihre gezielte Einbindung in die kommunale Wärmeplanung entsteht eine Win-Win-Situation: Unternehmen können bislang verlorene Energie verkaufen, während Wärmeversorger und Verbraucher*innen von sinkenden Kosten und geringeren Emissionen profitieren.

Die Unterstützung von Quartiersspeichern und die Aufnahme weiterer Wärmequellen schaffen zudem eine robuste, vielfältige und erneuerbare Wärmeversorgung. (Gleichzeitig ist die Beschleunigung der Genehmigungsprozesse entscheidend, damit Wärmenetze ähnlich dynamisch ausgebaut werden können wie die Windenergie. Der bewusste Abbau rechtlicher Hürden bei der Nutzung von Abwärme stellt sicher, dass innovative Lösungen nicht an Bürokratie scheitern.)

PRO-1-616

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 615 bis 616 einfügen:
wollen wir dies deutlich ausbauen, um somit Energieverbrauch und Kosten für die Verbraucher*innen zu senken. Wir schaffen eine unabhängige Regulierungsinstanz, die transparente und gerechte Fernwärmepreise sicherstellt.

Begründung

Wärmenetze sind ein zentraler Baustein der Wärmewende. Damit sie für alle bezahlbar bleiben, braucht es faire Rahmenbedingungen: Niemand soll durch hohe Erstinvestitionen von der klimafreundlichen Wärmeversorgung ausgeschlossen werden. Zudem wollen wir Verbraucher*innen vor überhöhten Kosten schützen. Anders als bei Strom und Gas sind Fernwärmekunden oft an einen einzigen Anbieter gebunden – umso wichtiger ist eine wirksame Preiskontrolle. Eine unabhängige Regulierungsinstanz soll faire Tarife durchsetzen und für transparente Preisgestaltung sorgen. Nur mit fairen Preisen und sozialer Absicherung wird die Wärmewende zum Erfolgsprojekt für alle.

PRO-1-616-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 615 bis 616 einfügen:
wollen wir dies deutlich ausbauen, um somit Energieverbrauch und Kosten für die Verbraucher*innen zu senken.

Um die Akzeptanz von Fernwärme weiter zu erhöhen und auf die berechtigte Kritik von Verbraucherverbänden einzugehen, setzen wir uns für eine klare und verbraucherfreundliche Regulierung der Fernwärmepreise ein, die gleichzeitig so gestaltet ist, dass sie den dringend benötigten weiteren Ausbau der Wärmenetze nicht gefährdet.

Begründung

Betreiber von Wärmenetzen werden bisher deutlich weniger stark reguliert, als bspw. Betreiber von Strom- oder Gasnetzen. Während der Gesetzgeber bei Strom- und Gasnetzen die natürlichen Monopolstellungen der Netzbetreiber erkannt und entsprechend reguliert hat, ist die Situation bei Fernwärmeversorgungsunternehmen (FVU) deutlich angespannter (Quelle).

Die mittleren Preise für Wärme aus Fernwärmenetzen liegen laut einer Auswertung des Bundesverbands der Verbraucherzentralei (Quelle) bei rund 0,17€/kWh. Die maximalen Preise können aktuell bei bis zu 0,33€/kWh liegen. Damit liegen die Preise deutlich über denen von Gas, das laut dem Vergleichsportal Verivox knapp 0,12€/kWh kostet (Quelle). Die Energiekosten beim Heizen mit Wärmepumpen liegen noch einmal deutlich niedriger.

Sind die Verbraucher:innen erst einmal an ein Wärmenetz angeschlossen und haben ihre alte Heizung entsorgt, dann ist ein einfacher Wechsel auf eine andere Heizungsart nicht mehr ohne weiteres möglich. Auch der Bundesgerichtshof teilt diese Ansicht, indem er den Markt für die Belieferung von Kunden mit Fernwärme als einen eigenständigen, sachlich relevanten Markt betrachtet, der aus Wettbewerbssicht nicht Teil eines allgemeinen Wärmemarktes ist [1].

Eine Enquete-Kommission des Abgeordnetenhauses von Berlin hat sich dem Thema ausführlich angenommen und hat dabei mehrere konkrete Ansätze für eine Regulierung der Preise von Fernwärme erarbeitet [2]. Die Kommission empfiehlt u.A. die „Regulierung des Endkundenpreises“, um einen „Anstieg der Heizkosten möglichst zu verhindern, somit einen wirksamen Verbraucherschutz zu gewährleisten und so den Wechsel zur Fernwärme anzureizen“ [3].

Weitere Quellen

[1] BGH, Urteil vom 9.7.2002, Az. KZR 30/00 („Fernwärme für Börnsen“), BGHZ 151, 274; ebenso BGH, Urteil vom 6.4.2011, Az. VIII ZR 66/09, NJW 2011, 2508; vgl. zudem Bundeskartellamt (2012), Sektoruntersuchung Fernwärme, Bericht gemäß § 32e GWB, S. 75 ff./Rn. 175 ff.

[2] Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin – Zukunft der energiewirtschaftlichen Strukturen“, S. 55 ff., https://www.parlament-berlin.de/media/download/1777

[3] Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin – Zukunft der energiewirtschaftlichen Strukturen“, S. 59, https://www.parlament-berlin.de/media/download/1777

PRO-1-618

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Alexander Geiger (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 617 bis 619 einfügen:
Bis 2030 werden wir weitere Geothermieprojekte vorantreiben und somit einen wichtigen Beitrag zur klimaneutralen Wärmeversorgung unserer Gebäude leisten. Obwohl bei den Bohrprojekten im hydrothermalen Verfahren nicht von Schäden auszugehen ist, werden wir ein allgemeingültiges Verfahren zur Schadensabwicklung entwickeln und umsetzen, um die Akzeptanz der Tiefen-Geothermie zu erhöhen und Bedenken von Bürger*innen gegenüber langwierigen bürokratischen Regulierungsverfahren auszuräumen. Dabei öffnen wir uns für eine sekundäre Landesbürgschaft und werden dazu mit den privaten Projektträgern in Verhandlungen zur Finanzierung eintreten. Daneben wollen wir Unternehmen die Lithiumgewinnung in Baden-Württemberg

Begründung

Das große Potential der Geothermie ist ein großer Vorzug insbesondere im Oberrheingebiet. Wesentlich für den Erfolg ist die Akzeptanz in der Bevölkerung. Die hängt maßgeblich davon ab, die Verfahren transparent und nachvollziehbar zu machen und die Sorge zu nehmen für den Fall von Schäden, auch wenn sie sehr unwahrscheinlich sind, alleingelassen zu werden. Das wird wahrscheinlich nur über Bürgschaften gelingen. Die Projektträger sollen aber an der Finanzierung dieser Bürgschaft maßgeblich einbeogen werden.

Unterstützer*innen

Manuel Hummel (KV Rastatt/Baden-Baden); Christian Klinkhardt (KV Karlsruhe); Siglinde Andor (KV Karlsruhe); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Barbara Nießen (KV Rastatt/Baden-Baden); Michael Pollich (KV Ettlingen); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Nick Marx (KV Karlsruhe); Raoul Genick (KV Rastatt/Baden-Baden); Sebastian Müller (KV Freiburg); Volker Weinfurter (KV Göppingen); Bettina Lisbach (KV Karlsruhe); Evelyn Sindermann (KV Stuttgart); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Paul Pasler (KV Karlsruhe); Petra Sander (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Andreas Mössinger (KV Karlsruhe)

PRO-1-621

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 620 bis 621 einfügen:
ermöglichen und damit unsere Abhängigkeit bei kritischen Rohstoffen schrittweise reduzieren.
Wir ermöglichen die Nutzung öffentlicher Flächen für Erdwärmesonden. Damit schaffen wir mehr Möglichkeiten für klimafreundliche Wärmepumpen – auch dort, wo private Grundstücke zu klein sind.

Begründung

Erdwärmesonden sind eine effiziente und klimafreundliche Lösung für die Wärmeversorgung mit Wärmepumpen. Doch gerade in dicht bebauten Gebieten, bei Reihenhäusern oder kleinen Grundstücken scheitert die Installation oft an Platzmangel. Wir wollen deshalb öffentliche Flächen wie Straßenbegleitgrün, Grünstreifen oder kommunale Freiflächen für Erdwärmesonden zugänglich machen. Mit klaren rechtlichen Regelungen und einfachen Genehmigungsverfahren ermöglichen wir mehr Haushalten den Umstieg auf klimafreundliches Heizen – unabhängig von der Größe ihres Grundstücks.

PRO-1-621-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 620 bis 621 einfügen:
ermöglichen und damit unsere Abhängigkeit bei kritischen Rohstoffen schrittweise reduzieren.
Die Anzahl von Großwärmepumpen wird gesteigert.

PRO-1-624

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales & Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 623 bis 629:
Innovationscampus „Energie & Klimaschutz“ Wissenschaft, Innovation und Politik ~~zur Gestaltung unserer Energiesysteme zu verknüpfen. Dafür bündeln wir unsere Aktivitäten im gesamten Land und verbinden Grundlagenforschung mit der Umsetzung in einer Kette. Dabei wollen wir verstärkt auch Fragen wie einen nachhaltigen und energieeffizienten Betrieb von Rechenzentren und den Umgang mit KI in den Fokus nehmen. So wird Baden-Württemberg zur Leitregion für nachhaltige Energiesysteme.~~zu verbinden – mit einem klaren Fokus auf nachhaltige und verantwortungsvolle Technologien. Dabei wollen wir nicht nur die Entwicklung innovativer Energiesysteme vorantreiben, sondern auch sicherstellen, dass neue Technologien nachhaltig, effizient und bestmöglich im Einklang mit dem Klimaschutz eingesetzt werden. Wir richten hierbei verstärkt den Blick auf möglichst nachhaltige Rechenzentren mit Stromversorgung aus erneuerbaren Energien, Transparenzpflichten zu Energie- und Wasserverbrauch sowie Leitung der entstehenden Abwärme in die lokalen Wärmenetze. Wir erkennen die ökologische Verantwortung bei der Entwicklung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz. Deshalb fördern wir insbesondere die Entwicklung und den Einsatz von spezialisierten KI-Lösungen, die mit wenig Ressourcen bestmögliche Ergebnisse für das Einsatzgebiet liefern. So wird Baden-Württemberg nicht nur zur Leitregion für nachhaltige Energiesysteme, sondern auch zum Vorreiter für eine ökologisch verantwortungsvolle digitale Transformation.

Begründung

Unser Wahlprogramm fordert an vielen Stellen, dass wir die Nutzung und Entwicklung von Künstlicher Intelligenz fördern. Es wird jedoch zu wenig beachtet, welche Folgen der aktuelle Einsatz von KI für die Umwelt hat (Emissionen, Wasserverbrauch und Versiegelung). Während erste Recherchen (vgl. Bloomberg “How Nvidia and OpenAI Fuel the AI Money Machine”) die Sorge vor einer drohenden finanziellen Blasenbildung verstärken, orientiert sich unsere Sprache im Wahlprogramm noch zu sehr am Hype. Dieser Antrag ergänzt die Perspektive auf die Umweltauswirkungen von KI - die wir als Grüne dringend einbringen müssen - und setzt wirtschaftlich ein positives Narrativ für einen Markt für möglichst ökologisch-nachhaltige KI.

PRO-1-634

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 634 bis 637:
Wasserstoff ist ein Schlüssel für die Dekarbonisierung ~~schwer zu elektrifizierender Prozesse und Industriezweige wie beispielsweise der Glas-, Papier- oder Zementherstellung, aber auch in der chemischen Industrie.~~für Teile der Industrie, z. B. in der chemischen Industrie. Wasserstoff, ob selbst produziert oder importiert, kann als Backup unsere

Begründung

Es zeichnet sich ab, dass Glas- und Papierindustrie auch besser elektrifizieren

PRO-1-654

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 654 bis 656:
Wir setzen uns dafür ein, dass die ~~Netzbetreiber~~Verteilnetzbetreiber den geordneten Ausstieg aus fossilem Erdgas im Rahmen des Klimaneutralitätsziels und im Dialog mit den Kund*innen planen. Denn wenn immer weniger Kund*innen am Gasnetz hängen, steigen die Netzentgelte – mit der Folge,

Begründung

Hier adressieren wir leider nicht die Ängste und Emotionen der Endverbraucher*innen. Die Menschen haben mittlerweile schmerzhaft verstanden, dass der Gaspreis - abhängig von der Weltpolitik – stark schwanken kann; die Allermeisten haben auch verstanden/akzeptiert, dass die Verbrennung von Erdgas schlecht für das Klima ist und es eines Tages nicht mehr in ihrem Heizkessel verbrannt werden darf. Daher ist es wichtig, dass diese Entscheidungen auch im Dialog mit den Menschen vor Ort getroffen werden.

PRO-1-655

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 654 bis 656:
Wir setzen uns dafür ein, dass die Netzbetreiber den geordneten Ausstieg aus fossilem Erdgas bis 2035 im Rahmen des Klimaneutralitätsziels planen und entsprechende Stilllegungspläne der Erdgasnetze bis 2030 vorlegen.~~[Leerzeichen]~~Denn wenn immer weniger Kund*innen am Gasnetz hängen, steigen die Netzentgelte – mit der Folge,

Begründung

Um Fehlinvestitionen von Hauseigentümer*innen aber auch von Netzbetreibern zu verhindern, braucht es Planungssicherheit. Ohne einen klaren zeitlichen Rahmen besteht die Gefahr, dass Netzbetreiber weiterhin in fossile Gasinfrastruktur investieren, die in wenigen Jahren weder gebraucht noch wirtschaftlich sein wird. Das würde die Energiewende verteuern und Verbraucher*innen langfristig belasten.
Mit einem verbindlichen Ausstiegsdatum und klaren Planvorgaben können Kommunen, Unternehmen und Energieversorger frühzeitig auf erneuerbare Alternativen wie Wärmepumpen, Wärmenetze und Geothermie umstellen. Gleichzeitig wird verhindert, dass unnötige Kosten für das „Hochhalten“ fossiler Netze entstehen, die später sozialisiert werden müssten.

Gerade die Menschen bei denen der Gasnetzrückzug früh geschieht haben ein Anrecht darauf, dass sie früh genug Planbarkeit haben. Deswegen braucht es frühzeitig Gasnetzrückzugspläne. Bis heute haben kaum Netzbetreiber in Baden-Württemberg eine Planung für den Gasausstieg. Nur wenn wir den kommunalen Netzbetreibern einen klaren Zeitplan kommunizieren, wird es in den Kommunen frühzeitige Ausstiegsplanungen geben. Verzichten wir auf eine frühzeitige Planung, drohen für die Endkunden*innen extrem kurze Umstellungszeiträume, die die gesellschaftliche Akzeptanz für die Wärmewende stark gefährden.

PRO-1-655-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Colin Christ (KV Heilbronn)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 654 bis 656 einfügen:
Wir setzen uns dafür ein, dass die Netzbetreiber den geordneten Ausstieg aus fossilem Erdgas im Rahmen des Klimaneutralitätsziels planen. Gas ist eine Brückentechnologie auf dem Weg in die Klimaneutralität. Die Gasnetze sollen in Zukunft in Teilen auch für den Transport von Grünem Wasserstoff verwendet werden. Denn wenn immer weniger Kund*innen am Gasnetz hängen, steigen die Netzentgelte – mit der Folge,

Begründung

Der Änderungsantrag präzisiert den bereits im Programmentwurf angelegten Kurs: Baden-Württemberg soll konsequent aus fossilem Erdgas aussteigen, diesen Umbau aber planbar, sozialverträglich und technisch sinnvoll gestalten. Der Entwurf fordert schon heute einen geordneten Ausstieg aus fossilem Erdgas und eine integrierte Planung von Strom-, Wärme- und Wasserstoffnetzen, um das Klimaneutralitätsziel 2040 zu erreichen.

Mit der Ergänzung, dass Gas eine Brückentechnologie auf dem Weg in die Klimaneutralität ist, machen wir deutlich: Der Ausstieg ist politisch gesetzt, aber der Übergang muss so gestaltet werden, dass Haushalte, Kommunen und Betriebe nicht überfordert werden und Vertrauen in die Wärmewende behalten.

Zugleich greifen wir die im Programmentwurf beschriebene Rolle des Wasserstoffs als Schlüssel für schwer zu elektrifizierende Prozesse auf.

Indem wir ausdrücklich festhalten, dass Gasnetze künftig in Teilen für den Transport von Grünem Wasserstoff genutzt werden sollen, stellen wir eine Anschlussfähigkeit zur Wasserstoff-Roadmap des Landes sowie zur im Entwurf beschriebenen Rolle von Wasserstoff-Back-up-Kraftwerken her. So vermeiden wir Fehlinvestitionen: Leitungen, die sinnvoll auf H_2 umgestellt werden können, werden weiter genutzt; andere Netze laufen geordnet aus. Damit stärken wir zugleich die Versorgungssicherheit der Industrie und die Transformationsfähigkeit unseres Standorts.

Schließlich schärfen wir die soziale Dimension, die der Entwurf selbst anspricht: Wenn die Zahl der Nutzer*innen sinkt, steigen die Netzentgelte und es droht eine Kostenfalle für Haushalte und Betriebe mit geringeren Einkommen.

Indem wir klar formulieren, dass Erdgas für Endverbraucher*innen überflüssig gemacht werden soll und die Gasübertragungsnetze eine Perspektive in der Wasserstoffwirtschaft oder im geordneten Auslaufen brauchen, verknüpfen wir Klimaziele mit sozialer Gerechtigkeit und industrieller Vernunft.

Unterstützer*innen

Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); David Bieg (KV Ulm); Daniel Christen (KV Ludwigsburg); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Maximilian Blatt (KV Mannheim); Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Heike Ruck (KV Stuttgart); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Antonia Anna Elisabeth Eckstein (KV Heidelberg); Lea Rocca (KV Böblingen); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Aaron Ludwig (KV Böblingen); Simon Hauser (KV Esslingen)

PRO-1-679

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 678 bis 681 einfügen:
schnelleres Tempo des globalen Innovationswettstreits. Deshalb wollen wir jetzt weiterhin die richtigen Weichen stellen – für eine Wissenschaft, die frei und eigenständig bleibt, für Innovationen, die unser Land voranbringen, und für Bildung, die allen offensteht und darum inklusiv gestaltet wird.

Begründung

Damit alle teilhaben können, muss Bildung inklusiv gestaltet werden,

PRO-1-698

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Demokratie, Recht und innere Sicherheit
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 697 bis 700:
wieder einen der weltweit schnellsten Supercomputer in Stuttgart (HLRS) eingeweiht. 2026 folgt mit „HammerHAI“ die erste deutsche AI-Factory. Wir haben mit dem Institut für Rechtsextremismusforschung die bundesweit erste Forschungsstelle ~~für Rechtsextremismusforschung~~zum Thema und mit der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus eines der größten Archive ~~zu Rechtsextremismus~~ geschaffen.

Begründung

Das sind die korrekten Bezeichnungen der beiden Einrichtungen.

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025
Status:	Eingereicht (ungeprüft)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 733 bis 738:
~~Künstliche Intelligenz begreifen wir als entscheidenden Treiber der Wirtschaft der Zukunft. Deshalb wollen wir Stärken unserer drei KI-Hot-Spots bündeln: die exzellente Forschung des Cyber Valley, die ingenieurwissenschaftliche Spitzenkompetenz des KIT und die praxisnahe Power des Innovation Park Artificial Intelligence (IPAI).~~*Baden-Württemberg ist im Maschinenbau und bei maßgeschneiderten Mittelstandslösungen weltweit führend. Diesen Wettbewerbsvorteil wollen wir gezielt ausbauen, indem wir KI-Lösungen in ingenieurstechnischen Umgebungen entwickeln. Ein Maschinenbau-KI-Transferhub soll entstehen, das die besten KI-Anwendungen für intelligente Produktionsprozesse, Robotiksysteme und hochpräzise Werkzeugmaschinen bereitstellt. Wir verbinden unsere industrielle Stärke mit zukunftsweisenden Technologien und schaffen so einen nachhaltigen Wettbewerbsvorteil für die Industrie von morgen.* Auf diese Weise heben wir unser Künstliche Intelligenz made in Baden-Württemberg auf ein neues Level und machen unser Land zum führenden KI-

Begründung

Maschinenbau – KI – Transferhub

Baden-Württemberg ist im Maschinenbau und bei maßgeschneiderten Mittelstandslösungen weltweit führend. Diesen bestehenden Wettbewerbsvorteil wollen wir sichern und gleichzeitig ausbauen, indem wir Künstliche Intelligenz gezielt in ingenieurtechnische Umgebungen integrieren. Ein Maschinenbau-KI-Transferhub soll entstehen, der die besten KI-Anwendungen für intelligente Produktionsprozesse, Robotiksysteme und hochpräzise Werkzeugmaschinen entwickelt und praxisnah bereitstellt. Durch die Verbindung unserer etablierten industriellen Stärke mit zukunftsweisender KI-Technologie können wir nicht nur den Vorsprung im Maschinenbau sichern, sondern zugleich einen neuen, nachhaltigen Wettbewerbsvorteil für die Industrie der Zukunft schaffen.

PRO-1-739

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 738 bis 741:
in Baden-Württemberg auf ein neues Level und machen unser Land zum führenden KI-Standort in Europa. ~~Wir setzen uns für einen KI-freundlichen Datenschutz ein und bringen KI in die gesamte Breite unseres Mittelstands.~~Wir ermöglichen die Einführung von KI in der gesamten Breite unseres Mittelstands. Dafür treiben wir die europäische Kapitalmarktunion voran, sichern unseren KI-Start-Ups Zugang zu Risikokapital und schaffen KI-Reallabore, in denen datenschutzrelevante Kontexte von KI-Innovationen praxisnah getestet werden können. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Datenschutzkonferenz (DSK) mit einer eigenen Gremiengeschäftsstelle ausgestattet wird. Dadurch gewährleisten wir eine bundesweit einheitliche Auslegung der DSGVO, reduzieren unnötige Bürokratie und ermöglichen eine direkte Unterstützung der baden-württembergischen Unternehmen durch den Landesdatenschutzbeauftragten. Wir verbinden KI systematisch mit den Branchen, in denen wir über besondere Stärken verfügen.

Begründung

Die Identifizierung von KI-Use-Cases für Unternehmen ist keine staatliche Aufgabe, sondern kann lediglich durch kluge Regulierung unterstützt werden. Doch dafür ist die Formulierung „KI-freundlicher Datenschutz“ zu unbestimmt – zahlreiche KI-Anwendungen wie bspw. die von Optocycle in Tübingen (Teil des Cyber Valleys) verarbeiten gar keine personenbezogenen Daten und sind daher auch nicht vom Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung umfasst. Sehr viel sinnvoller wären dagegen die hier von uns vorgeschlagenen Maßnahmen: 1) Die Kapitalmarktunion baut Hindernisse für Kapitalmarktgeschäfte in der EU ab und erleichtert jungen Unternehmen den Zugang zu Risikokapital. Dadurch gewinnt Baden-Württemberg an Attraktivität für Investoren und lockt dringend benötigtes Wagniskapital für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in der KI-Branche ins Land. 2) Die Stärkung der DSK gewährleistet eine bundesweit einheitliche Auslegung der DSGVO, ohne die Beratungskompetenz der Landesdatenschutzbeauftragten und ihren direkten Draht zu den Unternehmen vor Ort abzuschaffen und damit Nachteile für den Wirtschaftsstandort in Kauf zu nehmen. Diese Forderung entspricht der bisherigen Beschlusslage unserer Partei (bspw. im Bundestagswahlprogramm 2025) und wird so auch von unseren Mandatsträgern auf Bundesebene vertreten (bspw. Konstantin von Notz in netzpolitik.org: https://netzpolitik.org/2025/datenschutzreform-kommt-der-kahlschlag/). 3) Die Einführung von KI-Reallaboren, wie sie auch in der KI-Verordnung vorgesehen sind, ermöglicht eine praxisnahe Erprobung von KI-Innovationen und fördert den Austausch von bewährten Verfahren zwischen Unternehmen und Behörden. Das Instrument reduziert so Rechtsrisiken und erleichtert den Zugang von KI-Systemen auf dem europäischen Markt, was einen klaren Wettbewerbsvorteil für mittelständische Unternehmen aus Baden-Württemberg schafft.

Dieser Antrag wird von der LAG Europa unterstützt (dort beschlossen am: 24.11.2025)

PRO-1-753

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales & Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 752 bis 753 einfügen:
abzubauen und ihnen die Chance zu geben, als Treiber von Zukunftstechnologien die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs nachhaltig zu sichern. Durch die Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit und die gleichzeitige Koordination auf europäischer Ebene im Bereich KI stärken wir unsere digitale Souveränität und Unabhängigkeit von außereuropäischen KI-Technologiekonzernen.

Begründung

Es ist gut, dass wir bereits die Chancen von KI betonen und unsere Unterstützung der baden-württembergischen KI-Wirtschaft und -Forschung bekunden.

Aber wir sollten noch klarer machen, dass wir uns auch der sozialen/ökonomischen Herausforderungen durch KI bewusst sind, und den Willen haben, souverän damit umzugehen.

Insbesondere natürlich die enormen Herausforderung durch ausländische KI-/Digital-Konzern-Monopole, die versuchen ihre enormen Daten- und Rechenressourcen zu nutzen um ihre Machtstellung in unserer Gesellschaft weiter auszubauen. Dadurch droht Chancenungleichheit für unsere KI-Wirtschaft und -Forschung und letztlich - siehe Social Media - Risiken für unsere Demokratie und unsere Grundwerte. Und diese Herausforderung, wie viele andere auch, können nur koordinativ, mindestens auf europäischer Ebene, begegnet werden (anknüpfend auch an den Abschnitt unter "Die digitalen Chancen ergreifen – sicher und unabhängig").

Deshalb der Vorschlag, zumindest diesen einen Satz in diese Richtung mit aufzunehmen, direkt im Abstaz zu KI.

PRO-1-753-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Sarah Hagmann (KV Lörrach)

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 753 einfügen:

Quantentechnologie katapultiert uns in ein neues Technologiezeitalter. Quantencomputer können für bestimmte Anwendungen Berechnungen durchführen, für die klassische Systeme heute Tage oder Wochen brauchen. In der Quantensensorik erschließen wir neue Welten, beispielsweise in der Krebsforschung, wo neue Kernspintomographen sogar einzelne Zellen abbilden könnten. Als führende Innovationsregion in Europa gehört Baden-Württemberg auch in der Quantentechnologie zur Spitzengruppe. Mit der Innovationsinitiative QuantumBW vernetzen wir Spitzenforschung, Start-ups und Unternehmen und schaffen eine starke Grundlage für zukünftige Anwendungen. Diesen Zukunftspfad für Innovation und Wirtschaftswachstum werden wir entschlossen weitergehen.

Begründung

Das Thema Quantentechnologie kommt im Entwurf nur am Rande in Aufzählungen vor. Das wird der Bedeutung des Feldes für die Zukunft sowie der Rolle von BW als eine der führenden Quantentechnologie-Regionen nicht gerecht. Dabei ist es ein absolut wichtiges Feld, bei dem deutlich wird, wie wir Wissenschaft, Innovation und Wirtschaft zusammendenken und vorantreiben.

Unterstützer*innen

Lukas Weber (KV Heidelberg); Benjamin Daniel Sebastian Belling (KV Freudenstadt); Elisabeth Schilli (KV Ortenau); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Felix Herkens (KV Pforzheim und Enzkreis); Marilena Geugjes (KV Heidelberg); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg); Josef Frey (KV Lörrach); Jasmin Ateia (KV Freiburg); Saskia Frank (KV Konstanz); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Alexander Maier (KV Göppingen); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Nina von Walter (KV Lörrach); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Elvis Bejtovic (KV Lörrach); Chantal Kopf (KV Freiburg); Ina Schultz (KV Sigmaringen); Nicole Sütterlin (KV Lörrach)

PRO-1-763

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 762 bis 763 einfügen:
Spitzenreiter und internationalen Leuchtturm der Medizinforschung weiterentwickelt. Wir wollen die gerontologische Forschung und Qualifikation in der medizinischen, psychologischen und pflegerischen Aus- und Fortbildung vorantreiben.

Begründung

Die Gesellschaft wird immer älter. Die Gerontologie braucht mehr Beachtung.

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 764 bis 768:

~~Tierversuche wollen wir verringern und – wo immer möglich - durch innovative, tierfreie Methoden ersetzen, die wir umfassend fördern und deren strukturelle Hürden wir abbauen wollen. Daher setzen wir weiter auf den Ausbau der 3R-Zentren, um gemeinsam mit Wissenschaft und Forschung an Alternativen von Tierversuchen zu arbeiten.~~

Der besonderen Komplexität von Tierversuchen in Forschung, Lebensmittel- und Arzneimittelsicherheit wie auch in Ausbildung und Lehre sind wir uns bewusst. Tierversuche sind in Teilen der Grundlagenforschung und medizinischen Forschung unumgänglich, daher ermöglichen wir sie dort, wo sie gebraucht werden – und helfen, sie zu vermeiden, wo möglich. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Tierversuche unter strengsten ethischen und gesetzlichen Vorgaben stattfinden und unterstützen die Förderung neuer innovativer Methoden, die mithelfen, Tierversuche zu reduzieren, ebenso wie den Abbau struktureller Hürden. Der weitere Ausbau der 3R-Zentren hilft uns, gemeinsam mit Wissenschaft und Forschung, an Alternativen zu Tierversuchen zu arbeiten.

Begründung

Tierversuche nehmen in der modernen Wissenschaft eine besondere Rolle ein. Trotz großer Fortschritte bei tierfreien, *in-vitro*- und *in-silico*-Methoden gibt es nach aktuellem Stand der Forschung Bereiche, in denen komplexe biologische Vorgänge weiterhin nur im lebenden Organismus hinreichend verstanden werden können.

Das gilt insbesondere für die naturwissenschaftliche und biomedizinische Forschung (wie z.B. Untersuchungen zur Hirnfunktion, der Wechselwirkung zwischen den Organen oder des Immunsystems), die Entwicklung und Sicherheitsevaluierung von Arzneimitteln sowie für toxikologische Untersuchungen in der Lebensmittel- und Produktsicherheit. Ohne diese Erkenntnisse wären viele medizinische Innovationen der vergangenen Jahrzehnte – von Impfstoffen über Krebstherapien bis hin zu modernen Biopharmazeutika – nicht möglich gewesen.

Ein vollständiger Verzicht auf Tierversuche würde uns nicht nur in der medizinischen und naturwissenschaftlichen Forschung massiv zurückwerfen, sondern auch die europäische und internationale Wettbewerbsfähigkeit wie auch die Wissenschaftskooperation gefährden.

Gerade für Baden-Württemberg als führenden Standort der biomedizinischen Forschung hätte dies gravierende Nachteile, weil exzellente Verbundprojekte, internationale Rekrutierung und Spitzeninfrastrukturen ohne die Möglichkeit verantwortungsvoller Tierversuche nicht in gleicher Qualität gehalten und weiterentwickelt werden könnten. Viele Bereiche der wissenschaftlichen Kooperationen, Zulassungsprozesse und Forschungsförderlinien benötigen valide Daten aus

Tiermodellen. Länder, die auf diese Daten verzichten, verlieren zwangsläufig den Anschluss an zentrale Forschungskonsortien, internationale Standards und damit auch an die Innovationskraft, die aus der Zusammenarbeit mit der globalen Scientific Community entsteht. Dies würde nicht nur den Forschungsstandort schwächen, insbesondere in Baden-Württemberg mit seiner hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Spitzeninstituten, sondern auch den Transfer neuer Therapien und Technologien zum Wohle der Patientinnen und Patienten verzögern.

Gerade deshalb ist es wichtig, eine verantwortungsvolle Brücke zwischen wissenschaftlicher Notwendigkeit und ethischem Anspruch zu schlagen. Unser Antrag verfolgt genau diesen Weg: Wo Tierversuche notwendig sind, sollen sie ermöglicht und höchsten ethischen Standards unterworfen werden. Wo Alternativen verfügbar sind, sollen sie konsequent genutzt und politisch gefördert werden. Die 3R-Prinzipien – Replace, Reduce, Refine – bilden dafür seit Jahren den internationalen Goldstandard. Mit dem Ausbau der 3R-Zentren stärken wir Forschung an innovativen, tierfreien Methoden, bauen strukturelle Hürden ab und tragen aktiv dazu bei, den Bedarf an Tierversuchen kontinuierlich zu verringern.

So verbinden wir wissenschaftliche Verantwortung, ethischen Fortschritt und internationale Anschlussfähigkeit – und schaffen die Grundlage für eine moderne Forschung, die sowohl innovativ als auch tier- und menschenwürdig ist.

Unterstützer*innen

Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Henning Schauenburg (KV Heidelberg); Kevin Roth (KV Odenwald-Kraichgau); Colin Christ (KV Heilbronn); Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Heike Ruck (KV Stuttgart); Jan Korten (KV Odenwald-Kraichgau); Charlotte Syren (KV Heidelberg); Holger Ludwig Eichhorn (KV Heidelberg); Karen Tiede (KV Esslingen); Frank Winkler (KV Heidelberg); David Bieg (KV Ulm); Felix Poloczek (KV Ravensburg); Petra Olschowski (KV Stuttgart); Ralf Floca (KV Heidelberg); Alexander Link (KV Heidelberg); Florian Kollmann (KV Heidelberg)

PRO-1-765

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 764 bis 768:
Tierversuche wollen wir verringern und – wo immer möglich - durch innovative, tierfreie Methoden ersetzen~~, die wir umfassend fördern und deren strukturelle Hürden wir abbauen wollen. Daher setzen wir weiter auf den Ausbau der 3R-Zentren, um gemeinsam mit Wissenschaft und Forschung an Alternativen von Tierversuchen zu arbeiten.~~. Wir wollen den Ausstieg aus dem Tierversuch einleiten und tierfreie Alternativen umfassend fördern sowie bestehende Hürden abbauen. 3R-Zentren, NAM-Professuren (Professuren zur Entwicklung und Anwendung von Alternativen zu Tierversuchen) sowie die Landesförderung in diesem Bereich wollen wir ausbauen. Mit den beteiligten Unternehmen und Hochschulen wollen wir einen Maßnahmenplan entwickeln, um Tierversuche zunächst um 50 Prozent zu reduzieren.

Begründung

Die Weiterentwicklung hin zu tierfreien Forschungsalternativen ist ein zentraler Schritt für mehr Tierschutz und entspricht dem aktuellen gesellschaftlichen Anspruch an eine moderne, verantwortungsvolle Wissenschaftspolitik. Mit klaren politischen Zielen und gezielten Fördermaßnahmen schaffen wir Planungssicherheit für Forschung und Unternehmen und setzen ein starkes Signal für Innovation und ethischen Fortschritt in Baden-Württemberg. So gestalten wir den Ausstieg aus dem Tierversuch aktiv und zukunftsorientiert.

PRO-1-794

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 793 bis 796 einfügen:
Gründungsfreisemestern bis hin zu Formaten wie Reallaboren. Weil Exzellenz von Forschung und Lehre moderne, sanierte und barrierefrei nutzbare Gebäude erfordert, haben wir eine Sanierungsoffensive gestartet und bauen diese in den kommenden Jahren weiter aus. Dabei beziehen wir, wo möglich, auch die vollumfängliche Barrierefreiheit von Anfang an mit ein.

Begründung

Viele Hochschulgebäude sind nicht barrierefrei zugänglich und nutzbar. Das schränkt den Zugang von Menschen mit Behinderungen ein. Die Schaffung barrierefreier Nutzbarkeit verringert bauliche Zugangshürden.

PRO-1-808

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 808 bis 811:

Neue Erkenntnisse entstehen auch dort, wo risikofreudige Forscher*innen bereit sind, unbekannte Pfade zu betreten und das Scheitern ihrer Arbeit nicht scheuen.

Das gilt auch für Nachwuchswissenschaftler*innen, die aufgrund befristeter Arbeitsverhältnisse mit oftmals kurzen Vertragslaufzeiten in starker Abhängigkeit von denjenigen Personen stehen, die wiederholt über ihren Verbleib im Wissenschaftssystem entscheiden. Wir werden Forschungseinrichtungen dabei unterstützen, Wissenschaftler*innen in frühen Karrierephasen mehr Sicherheit und Freiheit zu geben. Wir setzen uns dabei auch für eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung für Nachwuchswissenschaftler*innen und eine Stärkung ihrer Stimme in der akademischen Selbstverwaltung ein.

~~Neue Erkenntnisse entstehen auch dort, wo risikofreudige Forscher*innen bereit sind, unbekannte Pfade zu betreten und das Scheitern ihrer Arbeit nicht scheuen.~~ Um couragierte Wissenschaft sichtbarer zu machen und mehr Offenheit für Risiken

PRO-1-817

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG FrauenPolitik
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 816 bis 821:
Wrangell“-Programm bringt die grüne geführte Landesregierung die Chancengleichheit in der Wissenschaft weiter voran. ~~Das Land hält qualifizierte Frauen in der kritischen Phase zwischen Promotion und Professur im Wissenschaftssystem. Den Frauenanteil unter den Professuren und in den Leitungen der Hochschulen konnte so bereits erheblich gesteigert werden, wir wollen ihn weiter ausbauen.~~Qualifizierte Frauen in der kritischen Phase zwischen Promotion und Professur können so im Wissenschaftssystem gehalten werden. Den Frauenanteil **wollen wir mit einer fächerbezogenen Zielquote nach dem Kaskadenmodell weiter ausbauen und so den Frauenanteil an Professorinnen insbesondere in MINT Fächern stärken.**

Begründung

Der Frauenanteil sollte im Wissenschaftssystem unbedingt erhöht werden - insbesondere bei Professuren. Allerdings halten wir eine Aussage darüber, ob er durch das Margarete von Wrangell-Programm erheblich gesteigert werden konnte, für verfrüht. Dafür ist das Programm zu jung (wir haben aktuell ca 10 Tandems).

PRO-1-821

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 820 bis 821 einfügen:
der Hochschulen konnte so bereits erheblich gesteigert werden, wir wollen ihn weiter ausbauen. Wir stärken die Repräsentation von queeren Menschen, People of Colour, und anderer gesellschaftlicher Gruppen in Lehre und Forschung.

Begründung

Die Umsetzung der Chancengerechtigkeit ist ein wichtiges Ziel für unsere Hochschulen. Neben der Chancengerechtigkeit zwischen Männern und Frauen, gibt es weitere Gruppen, die in Hinblick auf gesellschaftliche Komplexitäten und Diskursvielfalt im Wissenschaftssystem repräsentiert werden müssen.

PRO-1-823

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 822 bis 824 einfügen:
Hochschulen sind Räume des offenen Diskurses und müssen als solche gesichert werden. Wir treten dort konsequent gegen Antisemitismus, Rassismus, Behindertenfeindlichkeit (Ableismus), Queerfeindlichkeit und jede andere Art von Diskriminierung ein. Außerdem sind sie öffentliche Räume, weshalb wir den

Begründung

Erweiterung und Konkretisierung.

PRO-1-840

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales uns Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 839 bis 840:
morgen bündelt seine Leistungen für Bürger*innen und Wirtschaft übersichtlich und verständlich auf zentralen digitalen Plattformen. ~~Das ist unser Ziel~~Dieses Ziel werden wir durch einen konsequenten Ausbau von offenen Schnitstellen und veröffentlichunspflichtiger, maschinenlesbarer Dateninfrastruktur in Ministerien und Behörden erreichen, um nach dem Vorbild von Taiwan neben interner Effizienz auch niedrigschwellige Zugänge, schnellen Datenaustausch und vernetzte Infrastruktur für Bürger*innen und Wirtschaft zu schaffen.

Begründung

Open-Data und Open-Government-Ansätze nach dem Erfolgsansatz der Taiwanesischen Digitalministerin Audrey Tang. Damit werden gleichzeitig die Zugänge zur Verwaltung flexibilisiert und individualisierbar, als auch interne Übermittlungs- und Austauschprozesse beschleunigt.

PRO-1-844

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 843 bis 844 einfügen:
mit einer klaren Haltung: Wir setzen auf eine Ermöglichungskultur: Bürger*innen sollen unkompliziert und digital ihre Anliegen erledigen können. Wir müssen allerdings auch nicht-digitale Zugangswege für diejenigen Bürger*innen sichern, die Hilfe bei ihren Angelegenheiten benötigen, wie z.B. für Ältere, Behinderte oder sozial Schwache. Es muss auf Wunsch persönliche oder telefonische Beratung mit Lotsenfunktion geben.

PRO-1-844-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 843 bis 844 einfügen:
mit einer klaren Haltung: Wir setzen auf eine Ermöglichungskultur: Bürger*innen sollen unkompliziert und digital ihre Anliegen erledigen können. Grundsätzlich wollen wir das Prinzip "Once-Only" für staatliche Leistungen einführen. Informationen müssen dann von Bürger*innen nur noch einmal bereitgestellt werden. Gänge zum Amt können dadurch teilweise komplett eingespart werden, in vielen Fällen aber vor allem verkürzt werden.

Begründung

Once-Only ist Nutzerzentriert. Bürger*innen müssen sich nur einmal ausweisen, die restlichen schon vorhandenen Daten werden datensouverän von der Verwaltung selbst gebündelt.

PRO-1-845

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 845 bis 851:

~~Verwaltung muss den Menschen dienen. Doch über die Jahre sind Berichtspflichten, Doppelzuständigkeiten und unklare Verantwortlichkeiten aufgewachsen. Mit der Entlastungsallianz und dem Regelungsbefreiungsgesetz sind wir einen ersten Schritt gegangen, um unnötige Regeln abzuschaffen, Verfahren zu vereinfachen und Zuständigkeiten zu klären. In diese Richtung gehen wir weiter: Was gebraucht wird, um faire Verfahren sicherzustellen, Gesundheit und Klima zu schützen, bleibt. Was Menschen, Unternehmen und Kommunen bremst, kommt auf den Prüfstand.~~

Eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung beginnt mit einer klaren Haltung: Bürger*innen sollen unkompliziert und digital ihre Anliegen erledigen können. Wir werden eine starke und leistungsfähige Verwaltung aufbauen, die die digitalen Möglichkeiten und die Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz nutzt und Lösungen auch für Menschen bereit hält, die keine digitalen Zugänge haben. Dazu werden wir die Leistungen des Staates für Bürger*innen und Wirtschaft übersichtlich, barrierefrei und verständlich auf zentralen digitalen Plattformen bündeln.

Ergebnislose Berichtspflichten, Doppelzuständigkeiten und unklare Verantwortlichkeiten werden wir weiter suchen und eliminieren. Mit der Entlastungsallianz und dem Regelungsbefreiungsgesetz sind wir einen ersten
Schritt gegangen, um unnötige Regeln zu finden, Verfahren zu vereinfachen und Zuständigkeiten zu klären. In diese Richtung gehen wir weiter und werden diese unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und der Wirtschafts— Naturschutzverbände und Gewerkschaften fortführen.

Begründung

HINWEIS: Die Abschnitte von Zeile 829 bis 851 sollen durch obigen Text ersetzt werden. Die Änderungsanträge lassen sich aber leider nur pro Absatz stellen.

EIGENTLICHE BEGRÜNDUNG: Im Entwurf häufen sich Wiederholungen, die zur besseren Lesbarkeit beseitigt werden sollen. Außerdem muss klar gestellt werden, dass insbesondere die Arbeitnehmervertretungen und Naturschutzverbände an der Ausarbeitung der Entbürokratisierung in der Entlastungsallianz beteiligt werden müssen.

PRO-1-851

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ryyan Alshebl (KV Calw)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 850 bis 851 einfügen:
wird, um faire Verfahren sicherzustellen, Gesundheit und Klima zu schützen, bleibt. Was Menschen, Unternehmen und Kommunen bremst, kommt auf den Prüfstand. Um die Handlungsfähigkeit vor Ort zu sichern, gilt für uns der Grundsatz: In der nächsten Legislaturperiode werden wir keine neuen kommunalen Pflichtaufgaben beschließen. Wir geben den Kommunen damit die nötige Luft zum Atmen, um die bestehenden großen Transformationsaufgaben erfolgreich umzusetzen.

Begründung

Dieser Änderungsantrag ist notwendig, um die kommunale Ebene vor einem Kollaps zu bewahren und die politische Glaubwürdigkeit zu sichern:

1. Fokus auf Umsetzung statt neuer Bürokratie: Unsere Kommunen stehen vor historischen Herausforderungen (Wärmewende, Ganztagesbetreuung, Flüchtlingsunterbringung). Aktuell binden neue Pflichtaufgaben wertvolle Personalressourcen in der Verwaltung, die für die Umsetzung dieser grünen Kernprojekte fehlen. Ein Moratorium für neue Aufgaben sorgt dafür, dass die Priorität auf dem „Machen“ liegt und nicht auf dem Verwalten neuer Vorschriften.
2. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung: Wenn Pflichtaufgaben und Weisungsaufgaben immer mehr Raum einnehmen, erstickt die lokale Demokratie. Gemeinderäte brauchen wieder finanziellen und personellen Spielraum für freiwillige Aufgaben, um ihre Kommune individuell zu gestalten.
3. Konsequente Weiterführung der Entlastungsallianz: Wir haben mit dem Regelungsbefreiungsgesetz den richtigen Weg eingeschlagen. Dieser Antrag macht ernst mit dem Abbau von Bürokratie. Er sendet ein starkes Signal an alle Bürgermeister*innen und Landrät*innen: Wir haben verstanden, dass die Grenze der Belastbarkeit erreicht ist, und wir sind die Partner an ihrer Seite.

Unterstützer*innen

Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Maximilian Blatt (KV Mannheim); Florian Pitschel (KV Stuttgart); Antonia Anna Elisabeth Eckstein (KV Heidelberg); Lea Rocca (KV Böblingen); Colin Christ (KV Heilbronn); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Aaron Ludwig (KV Böblingen); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Simon Hauser (KV Esslingen); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg)

PRO-1-851-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 850 bis 851 einfügen:
wird, um faire Verfahren sicherzustellen, Gesundheit und Klima zu schützen, bleibt. Was Menschen, Unternehmen und Kommunen bremst, kommt auf den Prüfstand. Wir beginnen dabei bei uns selbst: In der Regierung werden wir keine neuen Landesbeauftragten schaffen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Dietmar Lust (KV Freudenstadt); Kai Kristof Keune (KV Ettlingen); Lea Rocca (KV Böblingen); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Aaron Ludwig (KV Böblingen); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Colin Christ (KV Heilbronn); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Bianca Aschauer (KV Reutlingen); David Bieg (KV Ulm); Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Tim Schwab (KV Böblingen)

PRO-1-855

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 855 bis 860:

~~Digitalisierung und künstliche Intelligenz bieten die Chance, staatliches Handeln effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Diese Chance wollen wir entschlossen mit konkretem Nutzen für Mitbürger*innen, Unternehmen und Mitarbeitende ergreifen. Digitale Verfahren müssen echte Arbeitserleichterungen bringen. Künstliche Intelligenz soll Menschen unterstützen, nicht Menschen ersetzen.~~

Durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz können Standardverfahren weitgehend automatisiert werden, damit den Sachbearbeitenden mehr Zeit für komplexe Situationen bleibt und der Staat in dringenden Fällen schnell agieren kann. Diese Chance wollen wir entschlossen mit konkretem Nutzen für Mitbürger*innen, Unternehmen und Mitarbeitende ergreifen.

Begründung

Größere Überarbeitung und Konkretisierung des Unterkapitels Verwaltungsdigitalisierung, Teil 1 von 6.

In Absprache mit Peter Seimer MdL.

PRO-1-861

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 861 bis 864 löschen:

~~Haben wir Erfolg, wird sich das Gesicht des Staates gegenüber den Bürger*innen grundlegend verändern. Schnellere Bearbeitungszeiten und weniger Schlangestehen in den Behörden sowie ein größerer Komfort für Bürger*innen stärken das Vertrauen in staatliche Institutionen und in unsere Demokratie.~~

Begründung

Größere Überarbeitung und Konkretisierung des Unterkapitels Verwaltungsdigitalisierung, Teil 2 von 6.

In Absprache mit Peter Seimer MdL.

PRO-1-865

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitalisierung und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 865 bis 868:

~~Aktuell hinken wir in Deutschland digitalen Vorreitern wie Estland oder Dänemark stark hinterher. Deshalb ist es entscheidend, dass Bund, Länder und Kommunen den Staat vor dem Hintergrund von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz neu denken und neu aufstellen.~~

Deshalb ist es entscheidend, dass Bund, Länder und Kommunen den Staat vor diesem Hintergrund neu denken und neu aufstellen. Dafür braucht es gemeinsame Standards und Kooperation weit über die Landesgrenzen hinaus. Deshalb werden wir die Datenstandards des föderalen Informationsmanagements FIM für Datenbanken und Ausschreibungen des Landes obligatorisch verankern, in der Softwarevergabe vorranging auf Open-Source-Software setzen und die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern verbessern.

Begründung

Größere Überarbeitung und Konkretisierung des Unterkapitels Verwaltungsdigitalisierung, Teil 3 von 6.

In Absprache mit Peter Seimer MdL.

PRO-1-872

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 871 bis 872 einfügen:
an einer umfassenden Modernisierung des „Maschinenraums des Staates“ in einer überparteilichen Allianz sehr aktiv mitzuwirken und voranzugehen. Damit dies gelingt, werden wir zentrale politische Verantwortung für Digitalisierung und Staatsmodernisierung einrichten. Durch eine Ministerposition im Staatsministerium oder einem eigenen Digitalministerium beenden wir Verantwortungsdiffusion und stellen sicher, dass Baden-Württemberg im föderalen System verlässlich kooperieren kann und mit klarer Stimme für eine zugängliche, souveräne und nachhaltige Modernisierung der Verwaltung spricht.

Begründung

Größere Überarbeitung und Konkretisierung des Unterkapitels Verwaltungsdigitalisierung, Teil 4 von 6.

In Absprache mit Peter Seimer MdL.

PRO-1-873

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 873 bis 874:
Wir setzen ~~– wo immer möglich –~~ auf offene Daten und Schnittstellen für zentrale Plattformen und Apps. Unser Zielbild ist eine einheitliche digitale Plattform, über die man alle staatlichen

Von Zeile 879 bis 883:
staatlichen Leistungen auf einer Plattform zu bündeln, ähnlich wie es Dänemark mit „borger.dk“ umsetzt. ~~Falls eine solche Lösung am Widerstand anderer scheitern sollte, wollen~~Als ersten Schritt werden wir dieses Prinzip in Baden-Württemberg mit dem „Serviceportal Baden-Württemberg“ (Service BW) umsetzen und das Portal zu einer einheitlichen Bürgerplattform und „Bürger-App BW“ weiterentwickeln, die auf bereits etablierte Standards und Schnittstellen aufbaut..

Begründung

Größere Überarbeitung und Konkretisierung des Unterkapitels Verwaltungsdigitalisierung, Teil 5 von 6.

In Absprache mit Peter Seimer MdL.

PRO-1-877

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales & Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 876 bis 878 einfügen:
Antragsteller*innen jederzeit, wo der Antrag aktuell bearbeitet wird und wann mit einer Rückmeldung zu rechnen ist. Nicht immer braucht es einen Antrag: Leistungen sollen, wo möglich, automatisch und ohne kompliziertes Verfahren ausgezahlt werden. Denn komplexe Antragsverfahren führen oft dazu, dass Unterstützung gar nicht erst in Anspruch genommen wird. Unser Ziel ist es, in Deutschland zu einer einheitlichen Lösung von Bund, Ländern und Kommunen zu kommen und alle

Begründung

Proaktive Verwaltungsleistungen (PVL), also der antragslose Bezug von Leistungen und Informationen, entlasten Verwaltung und Bürger*innen und können zu einer fairen und sozial gerechteren Gesellschaft beitragen.

PRO-1-883

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 883 bis 884 einfügen:

Unsere Kommunen unterstützen wir aktiv bei der Digitalisierung ihrer täglichen Verwaltungsarbeit: Wir entwickeln zentrale Onlinedienste und helfen mit, sie in alle Rathäuser und Landratsämter zu tragen. Für eigene Vorhaben der Kommunen bieten wir Bausteine wie das landeseinheitliche digitale Bezahlverfahren zur Nachnutzung an. Über Qualifizierungsprogramme wie die Digitallotsen unterstützen wir Städte und Gemeinden bei der Weiterbildung und Vernetzung echter Verwaltungstränsformer*innen. Damit alle Verwaltungsebenen von der Registermodernisierung profitieren können, schaffen wir Zugänge zu souveränen Lösungen, um Register datenschutzkonform und frei vom Zugriff Dritter in sicheren Clouds in Deutschland hosten zu können.

Begründung

Größere Überarbeitung und Konkretisierung des Unterkapitels Verwaltungsdigitalisierung. Teil 6 von 6.

In Absprache mit Peter Seimer MdL.

PRO-1-894

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales & Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 893 bis 894 einfügen:
Einführung der E-Akte, der Digitalisierung des Haushaltsmanagements oder der Einführung der ersten souveränen Verwaltungs-KI Europas, des Systems F13.

Begründung

Die erste und bislang vermutlich einzige echte souveräne VerwaltungsKI. Das kann man - auch in Zeiten von Souveränitätsgipfel und AWS-Ausfällen - gar nicht genug feiern.

PRO-1-895

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales & Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 895 bis 899:

~~Um die nötige Kompetenz für eine umfassende Staatsmodernisierung aufzubauen, wollen wir den *GovTech*-Sektor deutlich stärker fördern. Damit digitale Lösungen auch langfristig unabhängig und sicher funktionieren, setzen wir uns – wo schnell möglich – für europäische Lösungen ein und stärken den Einsatz von Open-Source-Anwendungen. So bleiben wir handlungsfähig und sparen Kosten.~~

Im weiteren Ausbau müssen wir verstärkt die digitale Lieferkette des Staates betrachten. Wo Daten der Bürger*innen in der Cloud gespeichert werden, darf kein außereuropäischer Technologieanbieter auf sie zugreifen können. Wo die Verwaltung Software einsetzt, sollen keine Abhängigkeiten entstehen, die den Staat erpressbar machen. Durch Souveränitäts-Checks für alle Landesbehörden wollen wir Schwachstellen identifizieren und konkrete Szenarien für einen Umstieg auf selbstbestimmte Lösungen erarbeiten. Bis 2029 muss ein Open-Source-Anteil von mindestens 70 % bei Vergaben der öffentlichen Hand erreicht werden.
So machen wir unsere Infrastruktur resilient gegen Angriffe im digitalen Raum, stärken die heimische IT-Wirtschaft und den GovTech-Sektor und senken Kosten.

Begründung

Die Verwaltung ist das Betriebssystem unserer Gesellschaft. Ein Staat, der einfach funktioniert, schafft Vertrauen und Planungssicherheit für BürgerInnen und Unternehmen.

Umso wichtiger ist es, dass dieser Staat mit seinen Ministerien, Behörden und Ämtern möglichst unabhängig von externen Faktoren arbeitet. Abhängigkeiten, die wir als Land bisher billigend in Kauf genommen haben, sind in ihrem Risikograd stark gestiegen. So wie mit dem Wandel Russlands die Abhängigkeit von russischem Gas nicht mehr hingenommen werden konnte, stehen wir heute vor einer neuen Zäsur:

Wir können es uns ökonomisch und politisch nicht mehr leisten, überwiegend digital fremdbestimmt von außereuropäischen Technologieanbietern zu sein.

Schon heute können US-Amerikanische Behörden ohne vorherige Genehmigung auf Daten zugreifen oder den Zugriff auf Daten unterbinden, die von US-Unternehmen gespeichert sind - unabhängig davon, ob diese Daten auf Servern in den USA oder außerhalb der USA gespeichert sind.

Das betrifft zum Beispiel Daten von Microsoft, Google, Amazon Web Services oder Apple – auch dort, wo die Verwaltung ihre Dienstleistungen einkauft und auf Servern in Europa betreiben lässt. Eine Vielzahl von Verwaltungsprozessen und Bürgerservices basieren ganz oder in Teilen auf solchen Technologien. Die über 50.000 Standardarbeitsplätze der Mitarbeitenden der Landesbehörden in Baden-Württemberg bestehen zu großen Teilen aus Microsoft-Anwendungen.

In dieser Konstellation sitzt unser Land auf einem Pulverfass. Technologiefirmen werden immer häufiger als Werkzeuge eingesetzt, um politische Interessen anderer Länder durchzusetzen. Auch eine gezielte Einflussnahme bis hin zu Systemausfällen sind nicht ausgeschlossen. Sollten die Hersteller Updates aussetzen, wäre Software - auch auf europäischen Servern - maximal wenige Monate noch einsatzfähig. Die Autonomie und Handlungsfähigkeit unserer staatlichen Akteure steht hier auf dem Spiel.

Gleichklang mit BDK-Antrag "Digitale Souveränität stärken: Unsere Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie schützen!" zum Thema Open-Source-Quote.

PRO-1-910

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG QueerGrün
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 909 bis 910 einfügen:
Menschen agiert. Denn der demografische Wandel führt dazu, dass weniger Menschen immer mehr leisten müssen.
Wir können alles – auch Vielfalt. Deshalb haben wir Grüne dafür gesorgt, dass das Land der Charta der Vielfalt beitritt. Die Landesverwaltung bekennt sich seit 2012 dazu und stellt sicher, dass die Anerkennung von Vielfalt in der Landesverwaltung gelebt wird. Wir wollen als Landesregierung ein attraktiver Arbeitgeber für alle Menschen sein und stellen uns deshalb Diskriminierung am Arbeitsplatz entschieden entgegen.

Begründung

Die Umsetzung der Charta der Vielfalt stärkt eine offene, respektvolle und diskriminierungsfreie Landesverwaltung. Vielfalt wird als Bereicherung anerkannt und schafft ein modernes Arbeitsumfeld, das Motivation und Leistungsfähigkeit fördert. So positionieren wir das Land als attraktiven Arbeitgeber für alle Menschen.

PRO-1-945

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nina Goldmann (KV Göppingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 944 bis 946 einfügen:
Konnexitätsprinzip ernst – damit Kommunen nicht länger die Zeche für politische Entscheidungen zahlen, die anderswo getroffen werden.Wir werden die Landesmittel nach Möglichkeit erhöhen und stellen damit sicher, dass bestehende Pflichtaufgaben ausfinanziert sind. Darüberhinaus werden wir den Katalog der Pflichtaufgaben systematisch auf den Prüfstand stellen und neu bewerten. Kurzfristig geht es um eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer: Eine Anhebung des

Begründung

Begrüdung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Thomas Gönner (KV Stuttgart); Julia Uebele (KV Göppingen); Friederike Fuchs (KV Göppingen); Tim Patrick Becker (KV Göppingen); Estrella Rödel (KV Stuttgart); Lisa Kreitmeier (KV Konstanz); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Christiane Kreitmeier (KV Konstanz); Florian Schwarzkopf (KV Göppingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Niklas Becker (KV Konstanz); Ralph Schöllkopf (KV Göppingen); Tim Bühler (KV Stuttgart); Eleanor Weber (KV Reutlingen); Katharina Mohrmann (KV Freiburg); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Sophia Kilian (KV Freiburg); Simon Sumbert (KV Freiburg); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe)

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Diana Pretzell (KV Mannheim)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 956 bis 957 einfügen:
schaffen wir starke Netzwerke vor Ort und sichern die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen. Wir schaffen einen flexibleren, realitätsnahen Rahmen für kommunale und Infrastrukturinvestitionen. Denn wer heute in Schul- und Kitagebäude, Wohnraum, Wärme oder Mobilität investiert, baut die Grundlage für die Zukunft. Investitionen in Infrastruktur zahlen sich aus: Sie schaffen Werte, senken Folgekosten und sichern Lebensqualität für morgen. Deshalb wollen wir die Kreditaufnahme für rentierliche, also wirtschaftlich tragfähige Investitionen, erleichtern und kommunale Unternehmen wie Stadtwerke gezielt stärken. Mit Landesbürgschaften und innovativen Finanzierungsinstrumenten – etwa nachrangig rückzahlbaren Darlehen – erweitern wir ihnen den finanziellen Spielraum, den sie brauchen, um vor Ort weiter investieren zu können.

PRO-1-964

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG DIgitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 963 bis 964 einfügen:
geschützt und die Systeme bleiben sicher. Dafür müssen wir weiter an unserer Unabhängigkeit von außereuropäischen Technologiekonzernen arbeiten. Damit die digitale Transformation der Verwaltung gelingt, braucht es klare Zuständigkeiten und politische Verantwortung auf oberster Ebene, um Kompetenzgerangel zu vermeiden. Wir wollen die souveräne, sichere und nachhaltige Digitalisierung zur Chefsache machen.

Begründung

Die Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland leidet stark an Verantwortungsdiffusion und ungeschickten Zuständigkeiten. Es gibt inzwischen eine solide Basis an Standards für Register und Prozesse, aber keinerlei politischen Antrieb, diese verbindlich zu machen. Im Baden-Württembergischen Inneministerium ist die Verwaltungsdigitalisierung ohnehin fehl am Platz, das Thema wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Das muss sich in der kommenden Regierung ändern.

PRO-1-1067

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 1066 bis 1068 einfügen:
beim Bundesteilhabegesetz und dem Inklusionsausgleichsgesetz einmalig mit mehr als 200 Millionen Euro unterstützt.
Die Anwendung des Bundesteilhabegesetzes wollen wir im Sinne der Menschen mit Behinderungen personenzentriert gestalten und entürokratisieren: Routinemäßige Neubewertungen von Ansprüchen können durch ein anlassbezogenes Verfahren ersetzt werden. Nach der Feststellung des Unterstützungsbedarfs können vor- und nachrangige Leistungen unter den Kostenträgern geklärt werden. Typische Grundbedarfe, zum Beispiel bei Sinnesbehinderungen, können analog zum Blindengeld ohne aufwendige Vermögensprüfung pauschalisiert werden.

Begründung

Die Reform der Eingliederungshilfe hat die Kommunen (aber auch Menschen mit Behinderungen und Leistungserbringer) vor einige Herausforderungen gestellt. Dadurch, dass die Bedarfsermittlung anlasbezogen statt jährlich erfolgen soll, werden die Kostenträger aber auch die Menschen mit Behinderungen bürokratisch entlastet. Da wo Hilfen funktionieren, sollen sie ohne weitere Prüfung weiterlaufen.
Wenn Menschen einen Anspruch auf Leistungen haben, müssen diese auch so schnell wie möglich erfolgen. Für die betroffenen Menschen muss es egal sein, wer für die Leistungen zustädig ist. Die Klärung der Zuständigkeiten darf nicht auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werden, sondern ist Sache der jeweiligen Kostenträger, die dies auch rückwirkend untereinander regeln.
Für Grundbedarfe, die bei bestimmten Gruppen regelmäßig auftreten, sind pauschalisierte Leistungen denkbar, die unbürokratisch gewährt werden können. Das spart Bürokratie auf allen Seiten. Darüber hinausgehende Ansprüche auf Basie individuelle Bedarfe bleiben dabei unberührt.

PRO-1-1090

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales & Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 1090 einfügen:

Um die öffentlichen Mittel wirksamer einzusetzen, wollen wir bestehende Ausgaben überprüfen und dort Einsparungen erzielen, wo sie sinnvoll sind. Ein möglicher Schritt ist der verstärkte Einsatz von Open-Source-Software in der Landesverwaltung. Sinkende Lizenz- und Betriebskosten schaffen finanzielle Spielräume, die wir gezielt in Angebote investieren können, die den Bürger*innen direkt zugutekommen.

Begründung

Neben verschiedenen Einnahmearten - Steuern, Abgaben, Kredite, Verkauf von Staats-, Landes- bzw. kommunalem Eigentum - ist auch die Überprüfung der Ausgaben auf ihre Sinnhaftigkeit und Wirkkraft hin eine Möglichkeit, finanziellen Spielraum zu schaffen. Die Kürzung oder komplette Streichung mancher Ausgaben ist oft problematisch: geringere Ausgaben bei viele Typen der Infrastruktur, Streichung von Förderprogrammen, oder Kürzungen in Sozialprogrammen können zu Verwerfungen führen. Ein Umstieg auf OSS hingegen ist zwar ein u.U. auch anstrengender Change-Prozess, würde aber mittelfristig Vorteile bringen: eine höhere digitale Souveränität, geringe Lizenz- und Betriebskosten sowie die Förderung regionaler Dienstleister. Die eingesparten finanziellen Mittel können im Landes- und Kommunalhaushalt dort hingeleitet werden, wo sie direkt bei den Bürger*innen ankommen.

PRO-1-1091

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-1

In Zeile 1091:

~~**Steuergerechtigkeit schaffen – Vertrauen sichern**~~

Steuervertrauen schaffen

Begründung

Mit dem Titel "Steuergerechtigkeit schaffen" wird der falsche Eindruck erweckt, dass wir im Land alle Steuerungerechtigkeiten beseitigen könnten. Zum Beispiel die, dass Erben sehr großer Vermögen faktisch keine Erbschaftssteuern zahlen müssen. Das können wir nicht. Gleichwohl können wir das Vertrauen der Menschen in die Gleichbehandlung aller stärken, wenn wir bei der Strafverfolgung ein Signal der Durchsetzung von Steueransprüchen auch gegen sehr große Steuerbetrüge die notwendige Aufmerksamkeit geben

Unterstützer*innen

Raoul Genick (KV Rastatt/Baden-Baden); Colin Christ (KV Heilbronn); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Hartmut Schwendemann (KV Ortenau); Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Florian Bieck (KV Freiburg); Mona Blender (KV Freiburg); Lena Cannistra-Arzner (KV Ettlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Richard Langer (KV Tübingen); Maria Heubuch (KV Wangen); Silvia Alles (KV Rastatt/Baden-Baden); Moema Smago (KV Schwäbisch Gmünd); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg)

PRO-1-1100

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 1100 bis 1104:
Wer ehrlich ist, darf nicht der Dumme sein. ~~Wir gehen seit Regierungsantritt entschieden gegen organisierten Steuerbetrug, organisierte Finanzkriminalität und Geldwäsche vor. Zudem~~Dazu stärken wir die Steuerverwaltung weiter: personell und digital. Neue IT-Verfahren, KI-gestützte Analyse und die intelligente Vernetzung mit Sicherheitsbehörden machen es möglich, Betrug schneller zu erkennen. Vor allem Verfolgung von komplexen Steuerstraftaten zum Nachteil der Gesellschaft wie beispielsweise bei den so genannten CumCum und CumEx-Geschäften muss effizienter und gründlicher erfolgen. Es kann nicht sein, dass der Gesellschaft systematisch die für die Gemeinschaftsaufgaben dringend notwendigen Mittel durch derartige Straftaten vorenthalten werden. Dafür schaffen wir eine Zentralstelle „Steuerklarheit“, die mit erfahrenen und erfolgreichen Praktiker*innen, Fahnder*innen, Polizist*innen und Staatsanwält*innen besetzt wird und die die Erkenntnisse zu diesen Verfahrenskomplexen aus Baden-Württemberg und anderen Bundesländern sammelt, den Finanz- und Strafbehörden zur Verfügung stellt und Vorermittlungen zeitnah initiiert. Wir werden dafür sorgen, dass Steuerstraftaten, gerade wenn sie komplex sind und sehr hohe Schäden für die Gemeinschaft nach sich ziehen, genauso gründlich und sicher verfolgt werden, wie Kaufhausdiebstahl oder Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr.

Begründung

Es trifft zwar zu, dass wir stärker gegen einige Steuerstraftaten vorgehen. Dass aber nur ein einziges Steuerstrafverfahren wegen CumCum- bzw. CumEx- Straftaten bis zur Anklageerhebung kam -und das erst nach elf Jahren Ermittlungsarbeit durch einen einzigen Staatsanwalt- lässt die Behauptung, wir würden entschieden gegen sie organisierte Steuerkriminalität vorgehen eher eingeschränkt glaubwürdig erscheinen. Nach wie vor wird unsere Gesellschaft durch komplexe, nur schwer durchschaubare und rechtswidrige „Steuertricks“ nach verschiedenen seriösen Schätzungen um Milliardenbeträge betrogen. Die Vorgehensweise der Täter*innen sind sehr komplex, im hohen Maße verschleiernd und nur erkennbar, wenn die Beamt*innen und Staatsanwält*innen über sehr viel Expertise verfügen und den Rechtsabteilungen der Betrüger*innen immer einen Schritt voraus sind. Das können diese beim täglichen Arbeitsaufkommen nicht leisten. Wie bei den Schwerpunktstaatsanwaltschaften im Rahmen der Terrorismusbekämpfung oder der schweren Wirtschaftskriminalität ist es gerade auch in diesem Bereich wichtig, Wissen und Kapazitäten zu konzentrieren. Dies zumal, als das notwendige Wissen viele Behörden, insbesondere der Finanzverwaltung und der Strafverfolgungsbehörden verteilt ist und die zuständigen Behörden und Staatsanwaltschaften überbelastet sind. Hier ist es Aufgabe des Landes, Prioritäten zu setzen.

Unterstützer*innen

Colin Christ (KV Heilbronn); Raoul Genick (KV Rastatt/Baden-Baden); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden); Hartmut Schwendemann (KV Ortenau); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Nick Marx (KV Karlsruhe); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Philip Singer (KV Stuttgart); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Anna Knowles (KV Mannheim); Stefan Hubertus (KV Rastatt/Baden-Baden); Florian Bieck (KV Freiburg); Lena Cannistra-Arzner (KV Ettlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Zora Brändle (KV Mannheim)

PRO-1-1109

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Raphael Putz (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 1109 einfügen:

Gegen eine Ausweitung der Erbschaftsteuer

Von einer Ausweitung der Erbschaftssteuer sehen wir ab. Eine Ausweitung der Erbschaftsteuer birgt erhebliche Risiken für Baden-Württemberg als führendes Industrieland. Besonders betroffen wären mittelständische Familienunternehmen, die das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft bilden und deren langfristige Stabilität und Nachfolgeregelungen durch höhere steuerliche Belastungen massiv erschwert würden. Eine Verschärfung der Erbschaftsteuer trifft nicht die von Befürwortern oft kritisierten sogenannte „Superreichen“, sondern vor allem Betriebe, die über Generationen aufgebaut wurden, deren Werte jedoch stark im Unternehmensvermögen gebunden sind. Deise Betriebe tragen oft auch Verantwortung für Land, Leute, Umwelt und Gesellschaft. Höhere Belastungen können dazu führen, dass Nachfolgerinnen und Nachfolger Betriebe verkaufen müssen, Investitionen zurückgehen oder Arbeitsplätze verloren gehen.

Verantwortung für das Gemeinwohl entsteht zudem nicht allein durch Steuerzahlungen, sondern ebenso durch regionales Engagement, Ausbildungsleistungen, soziale Initiativen und nachhaltiges Wirtschaften.

Statt wirtschaftliche Substanz zu schützen, würde eine Reform nach dem Vorbild anderer Länder zusätzliche Unsicherheit und Bewertungskomplexität erzeugen. Dies schwächt die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands und gefährdet die wirtschaftliche Dynamik eines Landes, das auf hochspezialisierte Hidden Champions und industriellen Mittelstand angewiesen ist. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten braucht es keine neuen Belastungen, sondern Vertrauen, Verlässlichkeit und stabile Rahmenbedingungen.

Zudem handelt es sich bei der Erbschaftsteuer klar um ein Regelungsfeld des Bundes. Landespolitische Vorstöße für eine Verschärfung schaffen lediglich Irritationen und führen zu bürokratischen Mehrbelastungen, ohne dass auf Landesebene eine Umsetzungskompetenz besteht. Effektive Unternehmensnachfolge erfordert verlässliche Perspektiven, nicht zusätzliche Eingriffe, die die Zukunftssicherung von Betrieben gefährden.

Begründung

Geht aus dem Text hervor / erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Heike Ruck (KV Stuttgart); Lea Rocca (KV Böblingen); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Colin Christ (KV Heilbronn); Aaron Ludwig (KV Böblingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Bianca Aschauer (KV Reutlingen); David Bieg (KV Ulm); Jonathan Witte (KV Heidelberg); Marion Mohr (KV Stuttgart); Simon Hauser (KV Esslingen); Michael Jahn (KV Esslingen); Hünkar Aras (KV Ravensburg)

PRO-1-1110

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 1110 bis 1112 löschen:

~~Wir denken Finanzpolitik auch technologisch weiter. Künftig soll Krypto-Vermögen, das im Zuge der Verbrechensbekämpfung eingezogen wird, als Krypto-Reserve des Landes genutzt werden können.~~

Begründung

Cryptocurrencies sind weder für Privatpersonen noch Bundesländer eine sinnvolle Anlage. Soweit das Land in den Besitz von Cryptocurrencies und ähnlichem kommt (Verbrechensbekämpfung oder Erben), sollten diese weiterhin veräußert werden.

PRO-1-1112

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Nach Zeile 1112 einfügen:

Gestaffelte Grunderwerbsteuer für mehr Gerechtigkeit auf dem Bodenmarkt

Wir setzen uns für eine sozial und ökologisch gestaffelte Grunderwerbsteuer in Baden-Württemberg ein. Der Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum durch Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen soll deutlich entlastet werden, während spekulative Mehrfachkäufe, Luxusimmobilien und gewerbliche Großtransaktionen höher besteuert werden.
Dabei orientieren wir uns an erfolgreichen europäischen Modellen, etwa in den Niederlanden, wo Ersterwerber:innen geringere Steuersätze zahlen, während für Kapitalanleger:innen ein erhöhter Satz gilt. Eine solche Staffelung schafft mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt und stärkt Familien, die erstmals Eigentum erwerben.
Wir prüfen zudem Freibeträge für den erstmaligen Erwerb von Wohnraum sowie steuerliche Begünstigungen für klimaneutrale Sanierungen.

Begründung

Eine gestaffelte Grunderwerbsteuer sorgt für mehr Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt, ohne die Einnahmebasis des Landes zu gefährden. Sie entlastet Familien, Erstkäufer:innen und Selbstnutzer:innen, während sie spekulative Käufe und großvolumige Transaktionen fairer besteuert.

PRO-1-1112-2

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 1111 bis 1112 einfügen:
Vermögen, das im Zuge der Verbrechensbekämpfung eingezogen wird, als Krypto-Reserve des Landes genutzt werden können.

Gerechte Erbschaftsteuer – große Vermögen beteiligen
Wir setzen uns für eine gerechtere, sozial ausgewogene und transparente Ausgestaltung der Erbschaftsteuer ein. Ziel ist es, große Vermögen und Erbschaften stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranzuziehen, während das selbstgenutzte Eigenheim sowie kleinere Erbschaften Angehöriger nicht übermäßig belastet werden.
Wir wollen bestehende Schlupflöcher schließen und die tatsächliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Erb:innen in den Mittelpunkt stellen. Dabei sollen Modelle aus der Schweiz, den Niederlanden und skandinavischen Ländern geprüft werden, die auf individuelle Bewertung, längere Staffelungen und faire Freibeträge setzen.
Baden-Württemberg soll sich über den Bundesrat für eine entsprechende Reform einsetzen und im Rahmen der Länderzuständigkeiten eine gerechte, moderne Erbschaftsteuerpraxis fördern.

Begründung

Erbschaftsteuer ist ein wesentliches Instrument der Vermögensgerechtigkeit. Internationale Studien (Waldenström 2018; Du Rietz et al. 2015; Bastani & Waldenström 2021) zeigen, dass Länder mit gerechteren und transparenteren Erbschaftsregelungen langfristig weniger Vermögenskonzentration aufweisen.

PRO-2-001

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 1 bis 4:
~~Das Wertvollste, was wir haben, sind unsere Kinder und Jugendlichen. Jedes Kind verdient die besten Chancen. Ob Hauptschule oder Hochschule – entscheidend ist die Möglichkeit, etwas erreichen zu können. Unser Anspruch ist es, das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft zu erneuern.~~

Zeilen 1-33 neu, ersetzt den bisherigen durch folgenden modifizierten Text:

Jedes einzelne Kind ist wichtig. Jede*r Jugendliche zählt. Wir GRÜNE verbinden deshalb den Anspruch auf Chancengerechtigkeit mit dem Ziel hoher Leistungsfähigkeit - damit Baden-Württemberg ein starkes, demokratisches und innovatives Land bleibt.

Das Bildungssystem muss Motor von Aufstieg und gesellschaftlichem Zusammenhalt sein. Erfolgreiche Bildungsnationen zeigen, wie es gelingt: durch längeres gemeinsames Lernen, starke Grundbildung und eine bedarfsorientierte Steuerung. Wir erneuern das Wohlstands- und Aufstiegsversprechen, indem alle ohne Wenn und Aber beste Bildung erhalten, ein Leben lang. Wir stehen für ein inklusives und integratives Bildungssystem, das Platz für jede:n hat – unabhängig von Schulform oder Herkunft. Gelingende Bildung legt den Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe.

Wo sich persönliche Entwicklung und das Wohlergehen unserer Gesellschaft treffen, entstehen die Demokratinnen und Demokraten von morgen. Deshalb fördern wir Bildung für Alle, die den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg entkoppelt. Bildungsangebote müssen zu Menschen passen – nicht umgekehrt. Deshalb setzen wir auf zeitgemäßes Lernen und Lehren, auf klare Qualitätsanforderungen sowie auf gute Rahmenbedingungen für unsere Schulen und Kitas. Mehr Freiräume helfen den Einrichtungen, wichtige Entscheidungen vor Ort passend zu treffen.

Wir haben in Regierungsverantwortung begonnen, die zentralen Herausforderungen anzupacken – mit Programmen wie SprachFit, mit multiprofessionellen Teams und sozialindexbasierter Ressourcensteuerung. Die entsprechenden Maßnahmen müssen nun flächendeckend verankert, verstetigt und weiterentwickelt werden. Denn die Befunde sind eindeutig: Die Bildungskluft zwischen den Kindern wächst, die grundlegenden Kompetenzen sinken, zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne ausreichende Perspektive. Es braucht beherztes, wissenschaftlich fundiertes Handeln.

Gute Bildung entsteht durch professionelle Arbeit in starken, multiprofessionellen Teams. Zugleich braucht sie faire Strukturen. Das bedeutet: Ein inklusives Bildungssystem ohne frühe Selektion, zeitgemäße Lehrkräftebildung, verbindliche Qualitätsentwicklung sowie eine verlässliche finanzielle und personelle Ausstattung von Bildungseinrichtungen.

Das Fundament gelingender Bildungsbiografien wird bei den Jüngsten gelegt. Wer hier Raum für Entwicklung bekommt, kann später durchstarten und Träume verwirklichen. Deshalb ist uns das Lernen in Kindergarten und Grundschule besonders wichtig. Besonderes Augenmerk legen wir hier auf die Sprachentwicklung.

Wir stehen für ein Bildungssystem, das sich an den Kindern orientiert und deren individuellen Bildungserfolg und ebenso das Wohlergehen aller Beteiligten in den Mittelpunkt stellt. Eine gerechte, auf die konkreten Aufgaben bezogene Ressourcenverteilung und eine verlässliche Unterrichtsversorgung sind die Grundlagen für Bildungserfolg. Die pädagogischen Profis und Lehrkräfte sind Dreh- und Angelpunkt gelingender Bildungsangebote. Ihre Aus- und Weiterbildung nehmen wir besonders in den Blick.

Berufliche und akademische Bildung sind uns gleich wichtig. Wir brauchen hervorragende Hochschulen und mehr junge Menschen, die nach einer Ausbildung mutig einen Betrieb übernehmen oder selbst gründen. Diesen Weg wollen wir klar unterstützen.

Unsere Schulen und Kitas sind Lern- und Lebensräume. Wir fördern die Verzahnung dieser Räume mit der Welt außerhalb und setzen auf eine echte Erziehungspartnerschaft mit den Eltern. Genauso wichtig sind eine moderne Schulinfrastruktur, eine sinnvolle Ausstattung mit Lernmitteln, digitale Bildung und sanierte Schulhäuser.

Bildung beeinflusst das Leben jedes*r Einzelnen und wirkt auf die gesamte Gesellschaft – lokal, national und global. Dabei hört Lernen niemals auf. Deshalb engagieren wir uns in der Weiterbildung und richten unseren Blick auch auf diejenigen, die ohne Abschluss oder Berufsausbildung sind. Jede*r Erwachsene braucht Teilhabe durch Bildung.

Die Jobs von morgen stellen hohe Anforderungen an vielseitiges Wissen und persönliche Kompetenzen. Wir brauchen Menschen, die der Vielfalt und den komplexen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft gewachsen sind. Mit exzellent ausgebildeten Fachkräften bleiben wir innovativ und wettbewerbsfähig.

Gelingende Bildung ist ein entscheidender Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Sie ist Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und hält unsere Gesellschaft zusammen. Dafür steht GRÜNE Bildungspolitik!

Begründung

Begründung:

Das Bildungskapitel unseres Landtagswahlprogramms braucht einen Einstieg, der die wesentlichen Eckpunkte und Leitplanken des Grünen Bildungsverständnisses in BW umreißt. Dazu gehört vor allem auch die Einordnung unserer Grünen Linie in gesamtgesellschaftliche Bezüge und Notwendigkeiten.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Dirk Grunert (KV Mannheim); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Jörg Bischof (KV Tübingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz

(KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen)

PRO-2-004

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 4 bis 8:

Baden-Württemberg hat in den letzten Leistungsstudien, trotz großer Herausforderungen, den Anschluss an die Spitze wieder gefunden – und das ist auch unser Anspruch, nicht nur bundesweit, sondern auch im globalen Wettbewerb.

~~Gleichzeitig steht Baden-Württemberg vor besonderen Herausforderungen. Bildungsstudien zeigen: unser Land ist nicht dort, wo es hingehört – an der Leistungsspitze.~~ Deshalb hat für uns höchste Priorität, Qualität und Chancengerechtigkeit gemeinsam weiterzuentwickeln.

PRO-2-005

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 5 bis 8:
Gleichzeitig steht Baden-Württemberg vor besonderen Herausforderungen. ~~Bildungsstudien zeigen: unser Land ist nicht dort, wo es hingehört – an der Leistungsspitze. Deshalb hat für uns höchste Priorität, Qualität und Chancengerechtigkeit gemeinsam weiterzuentwickeln.~~

Studien zeigen: der Bildungserfolg von Kindern hängt maßgeblich vom Elternhaus ab. Dadurch gehen Potentiale verloren, die wir angesichts dieser Herausforderungen

dringend benötigen. Diese Potentiale zu aktivieren, bringt unser Land weiter nach vorn.

PRO-2-006

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 5 bis 8 löschen:
Gleichzeitig steht Baden-Württemberg vor besonderen Herausforderungen. Bildungsstudien zeigen: unser Land ist nicht dort, wo es hingehört ~~– an der Leistungsspitze~~. Deshalb hat für uns höchste Priorität, Qualität und Chancengerechtigkeit gemeinsam weiterzuentwickeln.

Begründung

Der Begriff Leistung führt zu einem Vergleich besser sein zu wollen als andere. Wachstum kann nicht mit Nachhaltigkeit gleichgesetzt werden. Wir brauchen eine nachhaltige Gesellschaft, da vorausschauend für mehrere Generationen gedacht werden soll.

PRO-2-009

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 9 bis 11:

~~Chancengerechtigkeit heißt für uns nicht, dass wir weniger Leistung erwarten. Im Gegenteil: Jedes Kind soll seine Talente entfalten können. Wir wollen die Hindernisse aus dem Weg räumen, die unsere Kinder bremsen.~~

Chancengerechtigkeit ist die Voraussetzung, um nachhaltige Leistung zu ermöglichen – für alle Kinder. Wir wollen Barrieren abbauen, damit jedes Kind die Unterstützung erhält, die es braucht, um seine Talente entfalten

zu können. Nur wenn alle Kinder faire Startbedingungen haben, können sie zeigen, was in ihnen steckt.

PRO-2-011

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:
Gegenteil: Jedes Kind soll seine Talente entfalten können. Wir wollen die Hindernisse aus dem Weg räumen, die unsere Kinder bremsen. Kinder mit schwierigen Startbedingungen, zum Beispiel mit Behinderungen, gesundheitlichen Einschränkungen oder fehlenden Sprachkenntnissen wollen wir individuell fördern. Inklusive Bildungsstrukturen bauen wir konsequent aus.

Begründung

Manchmal reicht es nicht aus, Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Dann ist individuelle Förderung der richtige Weg zur Entfaltung des vollen Potentials einer Person. In inlusiven Settings geht es einfacher, Kinder in ihrer ganzen Vielfalt in den Blick zu nehmen und zu unterstützen.

PRO-2-014

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 13 bis 14 einfügen:
Professionalität und dem Vertrauen in ihre Fähigkeiten. Entscheidend ist dabei die Qualität von Schule und Unterricht unabhängig von der Schulform. **Dazu gehört auch, dass jedes Kind und jeder junge Mensch in Baden-Württemberg die Chance hat auf Verpflegung in Krippen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen und Mensen für echte Inklusion. Kinder und junge Menschen mit Zöliakie, dürfen nicht länger von dem gemeinsamen Essen an diesen Orten ausgeschlossen sein. Deshalb wollen wir einen Anspruch auf sichere glutenfreie Verpflegung in Krippen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen und Mensen für Kinder und junge Menschen mit Zöliakie durchsetzen. Kinder und junge Menschen mit Lebensmittelunverträglichkeiten, Allergien und Autoimmunerkrankungen brauchen eine sichere Verpflegung. Es braucht eine verpflichtende Schulung aller Mitarbeitenden** bei Caterern und für alle, die vor Ort Essen zubereiten und/oder ausgeben zu Zöliakie, ärztlich verordneten Diäten und Unverträglichkeiten, dass alle Kinder an der Verpflegung teilhaben können. Kinder und junge Menschen mit Lebensmittelunverträglichkeiten, Allergien oder Autoimmunerkrankungen müssen das Recht haben, selbst mitgebrachte, sicherer Lebensmittel in der Mensa verzehren zu können, um nicht von der Tischgemeinschaft ausgeschlossen zu sein.

Begründung

Menschen mit Zöliakie sind in Baden-Württemberg fast immer und überall vom gemeinsamen Essen ausgeschlossen, insbesondere auch vom Mittagessen in Krippen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen und mensen. Das ist gesundheitlich riskant und widerspricht Inklusion. Zöliakie ist eine Autoimmunerkrankung. Sie betrifft 1 von 100 Menschen; bereits 1/8 g Weizen oder anderes glutenhaltiges Getreide kann Entzündungen im Dünndarm auslösen. Beispielsweise ist ein Brotaufstrich für ein Kind mit Zöliakie kontaminiert und damit gefährlich, wenn dieser mit einem Messer in Kontakt kommt, das zuvor zum Aufschneiden eines glutenhaltigen Brötchens benutzt wurde. Minimale Mengen an Gluten können sofortige Übelkeit und eine Vielzahl äußerst unangenehmer Symptome auslösen. Gesundheitliche Schäden entstehen sofort. Viele Regeln sind einzuhalten, um Kinder mit Zöliakie nicht zu gefährden und am gemeinsamen Essen teilhaben zu lassen.

Echte Inklusion bedeutet, dass jedes Kind und jeder junge Mensch in Baden-Württemberg einen Anspruch auf eine sichere Ernährung auch in Krippen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen und Mensen haben muss. Das gilt für alle Kinder und junge Menschen mit Autoimmunerkrankungen, Unverträglichkeiten und Allergien. Um dies zu gewährleisten, müssen alle Mitarbeiter*innen von Caterern, aber auch alle, die Essen vor Ort zubereiten und ausgeben zu Zöliakie aber auch anderen Autoimmunerkrankungen wie z.B. Diabetes, ärztlich angeordneten Diäten, Lebensmittelallergien und Unverträglichkeiten verpflichtend geschult werden.

Das Ausgeschlossensein vom gemeinsamen Essen und von den Mensen ist für die Kinder und junge Menschen auch psychisch belastend. In den meisten Mensen ist es untersagt, dass Kinder, die kein Mensaessen bestellt haben, die Mensa betreten. Kinder mit Zöliakie oder anderen Nahrungsmitteleinschränkungen dürfen ihr eigenes sicheres Essen nicht in die Mensa mitnehmen. Das bedeutet, dass ein Kind alleine mit seinem Essen irgendwo in einer Ecke in der Schule sitzen muss, während alle anderen gemeinsam in die Mensa gehen.

Andere europäische Länder zeigen, dass gesetzliche Regelungen möglich sind. In Italien besteht bereits seit 2005 eine gesetzliche Regelung mit einem Anspruch auf glutenfreie Ernährung in Schulen, Krankenhäusern und öffentlichen Kantinen. In Finnland gibt es eine gesetzlich garantierte kostenlose Schulmahlzeit und offizielle Vorgaben, die medizinisch notwendige Sonderdiäten gewährleisten, auch beispielsweise glutenfreie Kost. Frankreich hat einen verbindlichen Rechtsrahmen für medizinisch notwendige Sonderkost und Essensregelungen; pauschaler „Lunchbox-Zwang“ gilt als diskriminierend.

Lassen wir Baden-Württemberg auch im Bereich der Verpflegung aller Kinder zum Musterland für Inklusion werden.

Unterstützer*innen

Erwin Köhler (KV Heilbronn); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Evelyn Bless (KV Rastatt/Baden-Baden); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Sabrina Bauer (KV Pforzheim und Enzkreis); Silvia Alles (KV Rastatt/Baden-Baden); Stefan Hubertus (KV Rastatt/Baden-Baden); Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Antonia Kind (KV Ulm); Finn Schwarz (KV Tübingen); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Margarete Ostrowski (KV Rastatt/Baden-Baden); Fynn Rubehn (KV Böblingen)

PRO-2-027

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 26 bis 28:
Grundschule. Denn hier werden die Grundlagen für späteren Bildungserfolg gelegt. Wir investieren ~~in gezielte Sprachförderung – gerade dort, wo die Herausforderungen am größten sind.~~

in alltagsorientierte Sprachbildung, weil sie für den schulischen Erfolg entscheidend ist.

PRO-2-033

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 32 bis 33:
Wohlstand unseres Landes. Wir machen Baden-Württemberg wieder zum Bildungsland ~~an der Spitze~~mit hohem Niveau: leistungsstark, gerecht und zukunftsfähig.

Begründung

Der Begriff Leistung führt zu einem Vergleich besser sein zu wollen als andere. Wachstum kann nicht mit Nachhaltigkeit gleichgesetzt werden. Wir brauchen eine nachhaltige Gesellschaft, da vorausschauend für mehrere Generationen gedacht werden soll.

PRO-2-034

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 34 bis 39:

Ein starker Start für jedes Kind: Wir wollen, dass jedes Kind in Baden-Württemberg mit den besten Startchancen ins Leben geht. Jedes Kind hat das Recht auf eine liebevolle Betreuung und ein förderndes Bildungsangebot in Kindertageseinrichtungen, das seine emotionale Entwicklung im Blick hat.

Emotionale Kompetenzen fördern Selbstregulation – und damit nachhaltige Lern- und Leistungsfähigkeit und sind daher eine essentielle Basis für die weitere Entwicklung aller Bereiche.

~~Ein starker Start für jedes Kind: Wir wollen, dass jedes Kind in Baden-Württemberg mit den besten Startchancen ins Leben geht. Jedes Kind hat das Recht auf eine liebevolle Betreuung und ein förderndes Bildungsangebot in Kindertageseinrichtungen, das seine emotionale Entwicklung im Blick hat.~~ Familien müssen sich auf ein verlässliches und qualitätsvolles Angebot verlassen

PRO-2-035

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Carina Häussler (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 35 bis 44:

~~Ein starker Start für jedes Kind: Wir wollen, dass jedes Kind in Baden-Württemberg mit den besten Startchancen ins Leben geht. Jedes Kind hat das Recht auf eine liebevolle Betreuung und ein förderndes Bildungsangebot in Kindertageseinrichtungen, das seine emotionale Entwicklung im Blick hat. Familien müssen sich auf ein verlässliches und qualitätsvolles Angebot verlassen können – unabhängig von Wohnort oder Einkommen. Erzieher*innen entlasten wir. Sie sollen nicht zwischen Dokumentation, Betreuung und Bildungsauftrag zerrieben werden – sondern sich stärker auf die Arbeit mit den Kindern konzentrieren können, für die sie ihren Beruf ergriffen haben. Gute frühkindliche Bildung ist keine Nebensache, sie ist Fundament einer gerechten Gesellschaft.~~

Gute Frühkindliche Bildung ist das Fundament einer gerechten Gesellschaft. Wir wollen, dass jedes Kind in Baden-Württemberg mit den besten Startchancen ins Leben geht. Jedes Kind hat das Recht auf eine liebevolle Betreuung und ein förderndes Bildungsangebot in Kindertageseinrichtungen, die seine ganzheitliche Entwicklung im Blick haben. Der Orientierungsplan ist dabei Arbeitsgrundlage und Bildungsplan für den Bereich frühkindliche Bildung. Wir schaffen mehr Verbindlichkeit in der Umsetzung.
Familien müssen sich auf ein verlässliches und qualitätsvolles Angebot verlassen können – unabhängig von Wohnort oder Einkommen. .

Begründung

Die Neufassung stärkt den Zusammenhang zwischen frühkindlicher Bildung und gesellschaftlicher Relevanz. Durch die frühere Platzierung des zentralen Leitgedankens im Kapitel zur frühkindlichen Bildung wird die politische Priorität dieses Bereichs geschärft. Mit dem Hochziehen des Teils zum Orientierungsplan wird dieser klarer als verbindliche fachliche Grundlage verankert. Das unterstreicht unseren Anspruch, Qualitätsstandards verlässlich umzusetzen.

Durch die Streichung am Ende wird der Absatz klarer und konzentriert sich vollständig auf den Bildungsauftrag. Und: Eine bloße Absichtserklärung zur Entlastung der Fachkräfte trägt nicht zu mehr Klarheit oder Verbindlichkeit bei, wenn keine konkreten Maßnahmen benannt werden. Zudem ist die Formulierung unzureichend: Dokumentation ist ein wichtiger Bestandteil der Qualitätssicherung und kein Störfaktor, der pauschal als Belastung geframt werden sollte.

Unterstützer*innen

Saskia Frank (KV Konstanz); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Jörg Bischof (KV Tübingen); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas

Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Annika Franz (KV Tübingen); Luca Secci (KV Stuttgart); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen)

PRO-2-038

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 37 bis 39 löschen:
auf eine liebevolle Betreuung und ein förderndes Bildungsangebot in Kindertageseinrichtungen, das seine ~~emotionale~~ Entwicklung im Blick hat. Familien müssen sich auf ein verlässliches und qualitätsvolles Angebot verlassen

Begründung

es braucht den gesamten Blick auf die Entwicklung, nicht nur emotional

PRO-2-041

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 40 bis 44:
können – unabhängig von Wohnort oder Einkommen. Erzieher*innen entlasten wir. ~~Sie sollen nicht zwischen Dokumentation, Betreuung und Bildungsauftrag zerrieben werden – sondern sich stärker auf die Arbeit mit den Kindern konzentrieren können, für die sie ihren Beruf ergriffen haben. Gute frühkindliche Bildung ist keine Nebensache, sie ist Fundament einer gerechten Gesellschaft.~~Multiprofessionelle Teams sorgen dafür, dass

sie sich nicht zwischen Dokumentation, Betreuung und Bildungsauftrag aufteilen müssen

– sondern sich stärker auf die Arbeit mit den Kindern konzentrieren können, für die sie ihren Beruf ergriffen haben. Gute frühkindliche Bildung ist keine Nebensache, sie ist Fundament einer gerechten Gesellschaft.

PRO-2-043

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 42 bis 44:
werden – sondern sich stärker auf die Arbeit mit den Kindern konzentrieren können, für die sie ihren Beruf ergriffen haben. ~~Gute frühkindliche Bildung ist keine Nebensache, sie ist Fundament einer gerechten Gesellschaft.~~

Um Erzieher*innen zu entlasten wollen wir KiTas die möglichkeit geben eine Person zusätzlich einzustellen für Administrative Aufgaben

Gute frühkindliche Bildung ist keine Nebensache, sie ist Fundament einer gerechten Gesellschaft.

PRO-2-044

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 44 bis 48:

Wir investieren bereits jetzt so viel wie nie zuvor in die frühkindliche Bildung. Unsere Politik hat in den letzten Jahren die Qualität des Kita-Angebots in den Mittelpunkt gestellt.

Deshalb wollen wir weiterhin eine sichere Finanzierung für die KiTas, damit sie ihre Gebäude sanieren und Inklusiver gestalten können.

~~Wir investieren bereits jetzt so viel wie nie zuvor in die frühkindliche Bildung. Unsere Politik hat in den letzten Jahren die Qualität des Kita-Angebots in den Mittelpunkt gestellt.~~ Seit wir Grüne regieren, konnte aber auch die Zahl der Ausbildungsplätze für Erzieher*innen an den öffentlichen und privaten

Begründung

Pädagogischer Umbau- neue Konzepte sollen nicht am Geld scheitern

PRO-2-052

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Carina Häussler (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 51 bis 53 einfügen:
1.000 Quereinsteiger*innen im Jahr ausgebildet werden, ist erfolgreich gestartet. Frühkindliche Bildung muss gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention konsequent inklusiv gestaltet werden - jedes Kind hat Anspruch auf Bildung und Teilhabe, kein Kind darf ausgeschlossen werden. Wir haben regionale Fachberatungen für Inklusion an Kitas durch einen Modellversuch etabliert und bauen diese nun landesweit aus. Wir stärken multiprofessionelle Teams und bringen mehr Fachkräfte für Sprachbildung, Sozialarbeit oder Inklusion in die Kitas.

Begründung

Der Änderungsantrag betont den rechtlichen Rahmen und bündelt die Aussagen zur Inklusion in der frühkindlichen Bildung in einem klar strukturierten Absatz mit Verweis auf die UN-Behindertenrechtskonvention. Damit wird der Anspruch unterstrichen, dass jedes Kind ein Recht auf Bildung und Teilhabe hat und nicht aufgrund von Unterstützungsbedarf ausgeschlossen werden darf.

Unterstützer*innen

Saskia Frank (KV Konstanz); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Annika Franz (KV Tübingen); Luca Secci (KV Stuttgart); Sascha Müller (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Andrea Lindlohr (KV Esslingen); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Maria Flendt (KV Stuttgart)

PRO-2-053

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Tobias Friedlein (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 52 bis 53 einfügen:
gestartet. Wir haben regionale Fachberatungen für Inklusion an Kitas durch einen Modellversuch etabliert und bauen diese nun landesweit aus. „Auch in Schulkindergärten werden Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf umfassend gefördert. Wir unterstützen die Wahlfreiheit für Eltern zwischen einem inklusiven und einem sonderpädagogischen Angebot, damit jedes Kind die bestmögliche Förderung erhält.“

Begründung

Das Ziel der Schulkindergärten ist es, Kinder mit Behinderung und von Behinderung bedrohte Kinder in ihrer gesamten Persönlichkeitsentwicklung so zu unterstützen, dass sie ein möglichst selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft führen können. Eltern können – mit entsprechender Beratung – am besten einschätzen, ob ein inklusives oder ein sonderpädagogisches Angebot für ihr Kind geeignet ist, da der Förderbedarf je nach Art sehr unterschiedlich sein kann. Die sonderpädagogischen Unterstützungs- und Bildungsangebote durch Fachkräfte sind Teil des pädagogischen Gesamtkonzepts und bereiten die Kinder individuell auf den Besuch eines allgemeinen Kindergartens oder auf die Schule vor.

Unterstützer*innen

Felix Poloczek (KV Ravensburg); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Colin Christ (KV Heilbronn); Marlena Kröhn (KV Odenwald-Kraichgau); Lea Rocca (KV Böblingen); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Meinolf Block (KV Heidelberg); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Matthias Schablowski-Trautmann (KV Heidelberg); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Hannes Sturm (KV Freiburg); Aaron Ludwig (KV Böblingen); Daniel Burgstaller (KV Ludwigsburg); David Bieg (KV Ulm); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg)

PRO-2-054

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Carina Häussler (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

In Zeile 54:
~~**Für Familien - ein verlässliches und bezahlbares Angebot**~~

Familienleben - weniger Belastung, echte Wahlfreiheit, mehr Unterstützung

Unterstützer*innen

Saskia Frank (KV Konstanz); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart)

PRO-2-054-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG QuerGrün
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 54 bis 55 einfügen:
Familie ist dort, wo füreinander Verantwortung übernommen wird und wo sich umeinander gekümmert wird. Das unterstützen wir in aller Vielfalt: mit oder ohne Trauschein, alleinerziehend oder mit Partner*in, mehr- oder gleichgeschlechtlich, als Patchwork- oder Mehr-Eltern-Konstellation. All diese Familienformen leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Im Bund setzen wir uns dafür ein, dass alle Familien dieselbe Wertschätzung für ein freies und selbstbestimmtes Leben erhalten. Dazu zählt die Reform des Abstammungsrechts, damit Kinder, die in eine Familie mit zwei Müttern hineingeboren werden, Kind beider Elternteile sind.

Begründung

Hinweis: Kapitelüberschrift lenkt sehr auf das Thema Kita und Betreuung.

Weil Familie überall dort entsteht, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Ob Patchwork, Regenbogen- oder Mehr-Eltern-Familie – all diese Formen stärken unseren Zusammenhalt. Deshalb setzen wir uns im Bund für gleiche Anerkennung und moderne Gesetze wie die Reform des Abstammungsrechts ein, damit alle Familien frei und selbstbestimmt leben können.

PRO-2-054-3

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG QueerGrün
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

In Zeile 54:
~~**Für Familien - ein verlässliches und bezahlbares Angebot**~~

Für Familien - Familien stärken und Halt geben

PRO-2-055

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Carina Häussler (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 55 bis 72:

~~Familien tragen viel – im Job, im Alltag, füreinander. Wir wollen, dass sie die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, wie sie leben, arbeiten und füreinander da sind. Ohne ständigen Druck. Ohne schlechtes Gewissen. Dafür mit der verlässlichen Unterstützung, die sie verdienen. Wir sagen klar: Familien brauchen weniger Belastung und echte Wahlfreiheit. Ob Vollzeit, Teilzeit oder Karriere mit Kindern – jedes Modell verdient Respekt. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Familie und Beruf nicht im Widerspruch stehen, sondern sich gegenseitig stärken. Verlässliche Kita-Öffnungszeiten sind für Eltern unerlässlich, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Wir werden die Träger der Kindertageseinrichtungen daher weiterhin unterstützen, indem wir mehr Menschen für die Arbeit in Kitas gewinnen. Dafür bauen wir die praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher*innen (PiA) weiter aus, stärken den „Direkteinstieg Kita“ und unterstützen die Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Mit Hilfe eines Fachkräftepooling können wir selbst bei Personalengpässen kurzfristig qualifiziertes Personal einsetzen und die Komplettschließung von Einrichtungen vermeiden. Auch die Weiterqualifizierung von Tagespflegepersonen zu sozialpädagogischen Fachkräften in multiprofessionellen Teams kann den Personalmangel in den Kitas verringern.~~

Jede Familie hat ihr eigenes Modell, um Beruf, Alltag und gemeinsames Leben zu organisieren. Wir wollen, dass Eltern diese Herausforderung bewältigen können und dabei Unterstützung bekommen, auf die sie bauen können. Familien brauchen weniger Belastung und echte Wahlfreiheit, egal für welches Lebens- und Arbeitsmodell sie sich entscheiden. Wir stehen für eine Gesellschaft, die diese individuelle Entscheidung respektiert und die Beteiligten bei der Umsetzung stärkt.Um Familien systematisch unterstützen zu können, bauen wir Kinder- und Familienzentren mit Beratungsangeboten aus und führen Kita-Sozialarbeit ein.Ein zentraler Faktor sind außerdem verlässliche Kita-Öffnungszeiten. Sie geben Kindern einen stabilen Rahmen und helfen Eltern und anderen Betreuungspersonen das Leben mit Kindern zu meistern.Dafür bauen wir die praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher*innen (PiA) weiter aus und stärken den „Direkteinstieg Kita“. Auch die Weiterqualifizierung von Tagespflegepersonen zu sozialpädagogischen Fachkräften kann den Personalmangel in den Kitas verringern.

Begründung

Der neue Text legt den Fokus konsequenter auf das, was Familien tatsächlich benötigen. Durch das Hochziehen des Absatzes zu Kinder- und Familienzentren sowie durch die Korrektur zur Kita-Sozialarbeit werden die Maßnahmen schlüssiger gebündelt. Das zeigt klarer, wie die einzelnen Bausteine ineinandergreifen. Die Formulierung zum Hinweis auf den Sozialindex wird gestrichen, weil sie im überarbeiteten Text an Klarheit verliert und an anderer Stelle des Wahlprogramms bereits präziser ausgeführt wird. Der Satzteil zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte wird gestrichen, weil er eine Maßnahme benennt, die im Wahlprogramm ohne weitere Differenzierung

leicht missverständlich und oberflächlich wirken kann. Anwerbung ist in erster Linie Aufgabe der Träger und nicht des Landes.

Der Zusatz „in multiprofessionellen Teams“ wird gestrichen, weil er an dieser Stelle inhaltlich nicht schlüssig ist. Der Verweis auf multiprofessionelle Teams ist weiter oben, wenn es u.a. um Inklusion geht, schon gegeben und passt dort stimmiger.

Unterstützer*innen

Saskia Frank (KV Konstanz); Dirk Grunert (KV Mannheim); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Jörg Bischof (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Annika Franz (KV Tübingen); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-2-059

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 58 bis 61:
verlässlichen Unterstützung, die sie verdienen. Wir sagen klar: Familien brauchen weniger Belastung ~~und echte Wahlfreiheit. Ob Vollzeit, Teilzeit oder Karriere mit Kindern – jedes Modell verdient Respekt.~~ , Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Familie und Beruf nicht im Widerspruch stehen, sondern sich

Begründung

Echte Wahlfreiheit” wird hier insofern eingeschränkt zugestanden, dass gearbeitet werden

muss - es werden nur Vollzeit, Teilzeit oder Karriere mit Kindern genannt. Das widerspricht sich logisch (unabhängig davon, was der zugrundeliegende politische Standpunkt ist *). *Angenommen, man will hiermit fördern/fordern, dass Frauen mit Kindern (gleichberechtigt) arbeiten (können) sollen, schränkt das schon die Wahlfreiheit der einzelnen Familien ein. Falls das die tatsächliche Intention ist (was ich persönlich nicht unterstützen würde, da es eben faktisch eher eine Einschränkung als eine Freiheit darstellt), sollte man den Teil mit der “echten Wahlfreiheit” herausnehmen, da es einen logischen Widerspruch darstellt.

PRO-2-062

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG WiFiSo
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 61 bis 63 einfügen:
Gesellschaft, in der Familie und Beruf nicht im Widerspruch stehen, sondern sich gegenseitig stärken.
Dabei erkennen wir die Kindertagespflege als eine familiennahe und flexible Betreuungsform an. Sie bietet durch kleinere Gruppen und feste Bezugspersonen einen eigenständigen pädagogischen Wert. Deswegen stärken wir ihre Qualität durch bessere Qualifizierungsangebote, faire Vergütung und systematische Vernetzung mit anderen Betreuungsformen. Familien sollen echte Wahlfreiheit haben und sich bewusst für die Betreuungsform entscheiden können, die am besten zu ihrem Kind und ihrer Lebenssituation passt.

Begründung

Das Wahlprogramm erwähnt Kindertagespflege nur im Kontext der Fachkräftegewinnung für Kitas (Zeile 72-73). Dies wird der Bedeutung dieser Betreuungsform nicht gerecht. Die Kindertagespflege ist nach § 23 SGB VIII der Kindertagesbetreuung in Einrichtungen gleichgestellt und bietet spezifische Qualitäten:
- Familiennahe Strukturen mit festen Bezugspersonen in kleinen Gruppen
- Flexible Betreuungszeiten, die sich an den individuellen Bedarfen der Familien orientieren können
- Individuelle Förderung jedes Kindes durch intensive Betreuungsbeziehungen
- Besonders geeignet für unter Dreijährige, die von der kleineren Gruppengröße profitieren

PRO-2-072

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 72 bis 77:
Wir wollen einen Weg zu mehr Beitragsgerechtigkeitund -freiheit aufzeigen. Damit Kita-Gebühren nicht für immer mehr Familien, vor allem mit geringem oder mittlerem Einkommen, zum Problem werden und um Kommunen zu entlasten, verbessern wir die Kita-Finanzierung aus Landesmitteln, ~~um Beitragserhöhungen abzufedern und sozial gestaffelte Kita-Gebühren zu ermöglichen~~auf dem Weg in eine Beitragsfreiheit für Alle. Um alle Kinder vor ihrem Schulstart fördern zu können, führen wir als logische Weiterentwicklung von SprachFit ein ~~verpflichtendes~~verbindliches und gebührenfreies letztes Kita-Jahr ein.

PRO-2-073

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Carina Häussler (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 73 bis 77:
Damit Kita-Gebühren nicht für immer mehr Familien zum Problem werden, ~~verbessern~~wollen wir die Kommunen entlasten und Wege zu mehr Beitragsgerechtigkeit, wie sozial gestaffelte Gebühren, aufzeigen. Wir verbessern die Kita-Finanzierung aus Landesmitteln, um Beitragserhöhungen ~~abzufedern und sozial gestaffelte Kita-Gebühren~~ zu ~~ermöglichen~~begrenzen und führen schrittweise eine gesetzliche Deckelung der Elternbeiträge ein. Damit schaffen wir finanzielle Transparenz, mehr Planungssicherheit für Familien und verhindern regionale Ungleichheiten. Um alle Kinder vor ihrem Schulstart fördern zu können, führen wir als ersten Schritt auf dem Weg zur Beitragsfreiheit und als logische Weiterentwicklung von SprachFit ein verpflichtendes und gebührenfreies letztes Kita-Jahr ein.

Begründung

Das Thema hat sich in den vergangenen Monaten zu einem der meistdiskutierten Bildungsthemen im Land entwickelt. Die breite öffentliche Debatte, Rückmeldungen von Eltern , zahlreiche Medienberichte und nicht zuletzt die große Resonanz auf die aktuelle Petition der Elterninitiative Baden-Baden und das Papier des Landeselternbeirats Kita (LEBK) zeigen deutlich, wie sehr die Elternbeiträge zum Belastungsfaktor für Familien, vor allem mit geringem und mittlerem Einkommen, geworden sind. Auch die Rückmeldungen von Kommunen und Trägern machen klar, dass die bestehenden Finanzierungsstrukturen an Grenzen stoßen. Die Unterschiede zwischen den Kommunen wachsen und die Erwartungen an das Land, für mehr Klarheit und Verlässlichkeit zu sorgen, sind hoch. Es ist kaum nachvollziehbar, wie Kostenstrukturen zwischen Land, Kommunen, Trägern und Eltern trotz pauschaler Landesförderung verteilt sind. Der Änderungsantrag macht deutlich, dass Transparenz Voraussetzung ist, um die Kita-Finanzierung sozial gerecht und belastbar zu gestalten.

Angesichts dieser Dynamik (man denke an das Bürgerforum zu G9) ist es wichtig, dass wir an dieser Stelle noch mutiger sind und wenigstens die perspektivische Richtung hin zu Gebührenfreiheit benennen.Der ÄA greift die oben benannten Perspektiven auf und formuliert eine Antwort, die sowohl den kommunalen Herausforderungen gerecht wird, als auch den gesellschaftlichen Anspruch an frühkindliche Bildung ernst nimmt. Er zeigt einen ersten Schritt hin zur Beitragsfreiheit auf, ohne zu konkrete Zusagen vorwegzunehmen, die finanziell noch nicht seriös unterlegt werden können. Wenn wir frühkindliche Bildung wirklich als Bildung begreifen, dann ist zumindest eine Perspektive auf Beitragsfreiheit folgerichtig. Das verpflichtende und gebührenfreie letzte Kita-Jahr knüpft an SprachFit an und ist in diesem Sinne ein sinnvoller erster Schritt.

Gleichzeitig heben wir uns mit diesen Ideen von der CDU ab, die vsl. ebenfalls ein gebührenfreies letztes Kita-Jahr fordern werden. Wir schlagen zusätzlich eine gesetzliche Deckelung der Elternbeiträge vor, weil nur so Transparenz, Planbarkeit und echte Beitragsgerechtigkeit hergestellt

werden können. Damit reagieren wir auf die massiv gewachsenen regionalen Unterschiede, die sich allein durch Landeszuweisungen nicht beheben lassen.

Unterstützer*innen

Saskia Frank (KV Konstanz); Dirk Grunert (KV Mannheim); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Annika Franz (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Anke Weber (KV Stuttgart); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Anette Vogt (KV Stuttgart)

PRO-2-075

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 74 bis 76:
wir die Kita-Finanzierung aus Landesmitteln, um Beitragserhöhungen abzufedern und verpflichten zu sozial gestaffelte Kita-Gebühren ~~zu ermöglichen~~in den Kommunen. Eine sozial gestaffelte Gebühr ist ein sinnvoller Kompromiss zwischen dem langfristigen Ziel einer vollständig kostenfreien KiTa und der Sicherstellung bestmöglicher Qualität in Bildung und Betreuung. Um alle Kinder vor ihrem Schulstart fördern zu können, führen wir ein verpflichtendes und gebührenfreies

Begründung

Eine gesetzliche Vorschrift zu sozial gestaffelten KiTa-Beiträgen ist notwendig, weil die bisherige Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände keine verbindliche soziale Staffelung vorsieht und somit den unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten von Familien nicht gerecht wird. Schon heute gibt es Kommunen in Baden-Württemberg mit einer gestaffelten Gebühr, ohne klare gesetzliche Vorgaben entstehen jeoch landesweit große Unterschiede, die Eltern in manchen Kommunen deutlich stärker belasten als in anderen. Eine landesweite, rechtlich abgesicherte soziale Staffelung die in allen Kommunen gilt schafft hingegen Verlässlichkeit, Transparenz und Gerechtigkeit – und stellt sicher, dass Familien unabhängig vom Wohnort angemessen entlastet werden.
Gleichzeitig bietet eine sozial gestaffelte Gebühr einen tragfähigen Kompromiss zwischen dem langfristigen Ziel einer vollständig kostenfreien KiTa und dem Erhalt hoher Qualitätsstandards in Bildung und Betreuung. Sie ermöglicht es, insbesondere Familien mit geringem Einkommen spürbar zu entlasten, während über die Beiträge weiterhin notwendige Mittel für qualifiziertes Personal und gute pädagogische Rahmenbedingungen bereitstehen. Eine gesetzliche Regelung schafft die Grundlage für ein solidarisches, zukunftsfähiges Finanzierungssystem, das sowohl Familien stärkt als auch die Qualität der frühkindlichen Bildung zuverlässig absichert.

PRO-2-077

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Benjamin Bauer (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 76 bis 77 einfügen:
Schulstart fördern zu können, führen wir ein verpflichtendes und gebührenfreies letztes Kita-Jahr ein. Zudem prüfen wir die perspektivische Ausweitung auf eine weitergehende Kitapflicht, sobald die Rahmenbedingungen dafür geschaffen sind.

Begründung

In kaum einem Industrieland sind die Bildungschancen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Noch immer hängen Bildungschancen in Deutschland stärker von der sozialen Herkunft ab als in vielen anderen Ländern. Internationale Vergleiche zeigen, dass Länder wie z.B. Frankreich mit verpflichtender Vorschule positive Effekte auf die Startvoraussetzungen von Kindern haben. Eine perspektivische Prüfung einer erweiterten Kitapflicht über ein Jahr hinaus bietet daher die Chance, die Chancengerechtigkeit in Baden-Württemberg deutlich zu erhöhen.

Dabei ist dennoch zu beachten, dass eine weitergehende Kitapflicht nur unter passenden Rahmenbedingungen erfolgreich umgesetzt werden kann. Sie muss verfassungsrechtlich zulässig sein: Das bedeutet insbesondere, dass die Entscheidung für eine Pflicht zum Kita-Besuch in Einklang mit dem Elternrecht auf Erziehung und Fürsorge gebracht werden muss.

Nach einer aktuellen Studie des DIW Berlin gehen nur 8% Prozent der vierjährigen und 6% Prozent der fünfjährigen Kinder nicht in die Kita. Häufig sind es genau diese Kinder, die von frühkindlicher Bildung besonders stark für ihre Bildungschancen profitieren würden. Für 92% bzw. 94% der Familien würde aus einer solchen weitergehenden Pflicht also auch keine Beschränkung der elterlichen Wahlfreiheit oder Autonomie in der Erziehung resultieren.

Darüber hinaus sind folgende Voraussetzungen erforderlich, die im Vorfeld geschaffen werden müssen: eine allgemeine Beitragsfreiheit, ein gesichertes Platzangebot sowie eine einheitliche und hohe Qualität. Nur so kann eine Pflicht-Kita ihre Chancen entfalten und Akzeptanz bei Eltern erreichen.

Unterstützer*innen

Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Daniel Jobke (KV Mannheim); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Asmaa Reuter (KV Karlsruhe); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Victoria Link (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); J. Sophie Forreiter (KV Karlsruhe); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Nick Marx (KV Karlsruhe)

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025
Status:	Eingereicht (ungeprüft)

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 77 einfügen:
Ergänzend werden die Zuwendungen des Landes für Nachmittagsbetreuung und Horte umgestellt. Das Land nimmt eine einmalige Neuberechnung der Werte für das aktuelle Jahr vor. Für die Folgejahre wird eine dynamisierte, jährliche Anpassung entsprechend der Entwicklung der Tarif- und Sachkosten sichergestellt.

Begründung

Das Land beteiligt sich an der Finanzierung von dem Betrieb von Kindergärten, Schulen und dem dazugehörigen Umfeld wie Horten. Problematisch ist dabei den Betrieb oft mit einem festen Betrag bezuschussen. Oft wird dieser Betrag pro Anzahl Gruppen, Anzahl Kinder oder ähnlichem gezahlt.

Beispiel: Die Vorschrift für die Horte ist aus dem Jahr 2023. Seite 2 Abschnitt 6: „ Der Zuschuss je Gruppe beträgt pro Schuljahr 17.622 €.“

Diese Vorschrift ist auch noch für das Schuljahr 2025/2026 gültig. Wenn man für 2024, 2025 und 2026 eine Lohnsteigerung von jeweils 4% annimmt, dann müsste der Zuschuss je Gruppe jetzt bei 19.736 € betragen. Somit muss der Träger (Kommune, soziale Einrichtung) diese Steigerung von über 2.000 € irgendwie kompensieren (erhöhter Zuschuss, Schließung, Reduzierung des Angebotes, weniger qualifiziertes Personal“).

Links:

aktuelle Vorschriften:
Seite vom Ministerium BW für Kultus, Jugend und Sport
https://km.baden-wuerttemberg.de/de/schule/schulartuebergreifend/schuelerbetreuung

Horte

Aktuelle Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über Förderrichtlinien zur Gewährung von Zuwendungen an die Träger der Horte an der Schule und der herkömmlichen Horte (VwV Betreuungsangebote Horte) (PDF, barrierefrei)
https://km.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-km/intern/PDF/Dateien/Schulart%C3%BCbergreifend/Sch%C3%BClerbetreuung/SJ_2025-2026/231113_bf_ge%C3%A4nd_VwV_Betreuungsangebote_Horte.pdf

schulische Nachmittagsbetreuung

Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über

Förderrichtlinien zur Gewährung von Zuwendungen an die Träger von

- Betreuungsangeboten an Grundschulen einschließlich Grundstufen der sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren im Rahmen der Verlässlichen Grundschule
- Angeboten der flexiblen Nachmittagsbetreuung an allgemein bildenden Schulen

https://km.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-km/intern/PDF/Dateien/Schulart%C3%BCbergreifend/Sch%C3%BClerbetreuung/SJ_2025-2026/231113_bf_ge%C3%A4nd_VwV_Betreuungsangebote_VGS_FNB.pdf

PRO-2-077-3

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 77 einfügen:

Um eine bessere Inklusion an KiTas zu gewährleisten, möchten wir auch in der nächsten Legislaturperiode, uns dafür einsetzen das KiTa Personal im Thema Inklusion Fortbildung erhält. Wir möchten Kindern die möglichkeit bieten eine reguläre Kita zu besuchen auch wenn sie eine Behinderung haben ohne zusätzliche barrieren. Deshalb möchten wir KiTas ermutigen zu einem barrierefreien Konzept ermutigen und fördern.

PRO-2-077-4

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 76 bis 77 einfügen:
Schulstart fördern zu können, führen wir ein verpflichtendes und gebührenfreies letztes Kita-Jahr ein. Damit wir Familien auch außerhalb der KiTa erreichen und unterstützen können, wollen wir Familienzentren in ländlichen Räumen aufbauen. Diese sollen mit Bildungs- und Beratungsangeboten ausgestattet werden, um einen barrierefreien Zugang zu wichtigen Informationen zu gewährleisten.

PRO-2-083

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 83 bis 86:

Mit der Einführung des Programms „SprachFit“ haben wir einen wichtigen Schritt gemacht, um Kinder,

die Unterstützung in der Entwicklung der vorschulischen Fähigkeiten brauchen

~~Mit der Einführung des Programms „SprachFit“ haben wir einen wichtigen Schritt gemacht, um Kinder, die Sprachdefizite haben, zu fördern.~~, zu fördern. Wir führen das Programm dauerhaft fort und werden es um eine Förderung von mathematischen

PRO-2-083-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 83 einfügen:

Dafür möchten wir Schulen dabei unterstützen, eigene Bibliotheken aufzubauen und vorhandene auszustatten. Die Kinder in ihrer Pause besuchen können und bücher für Zuhause Ausleihen können

PRO-2-084

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 84 bis 89:

~~Mit der Einführung des Programms „SprachFit“ haben wir einen wichtigen Schritt gemacht, um Kinder, die Sprachdefizite haben, zu fördern. Wir führen das Programm dauerhaft fort und werden es um eine Förderung von mathematischen Vorläuferfähigkeiten erweitern. Wir wollen, dass mehr Schulen und auch Kitas vom „Startchancen-Programm BW“ profitieren. Dabei setzen wir auf einen Sozialindex, damit die zusätzlichen Mittel da ankommen, wo sie besonders benötigt werden.~~

Mit „SprachFit“ wurde ein wichtiger Schritt zur frühen Unterstützung von Kindern mit Sprachförderbedarf umgesetzt. Wir GRÜNEN möchte dieses Programm zu einer wirksameren, alltagsintegrierten Sprachförderung, die von der Kita bis in die Grundschule reicht, weiterentwickeln. Dazu gehört, dass sprachliche Bildung nicht vorwiegend in separaten Angeboten stattfindet, sondern im pädagogischen Alltag der Kita, im Übergang in die Grundschule und in der Schule selbst verankert wird. Erfolgreiche Modelle aus anderen Ländern zeigen, dass die Einbeziehung und Wertschätzung der Herkunftssprachen den Erwerb der Bildungssprache stärkt. Daran wollen wir anknüpfen.

Unterstützer*innen

Peter Koderisch (KV Freiburg); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Ulrike Felger (KV Böblingen); Annika Franz (KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-2-085

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 84 bis 86 einfügen:
Mit der Einführung des Programms „SprachFit“ haben wir einen wichtigen Schritt gemacht, um Kinder, die Sprachdefizite haben, zu fördern. **„SprachFit“ setzt auf eine enge Zusammenarbeit von Kitas und Schulen, damit alle Kinder die sprachlichen Kompetenzen für einen erfolgreichen Schulstart und Bildungsweg erhalten.** Wir führen das Programm dauerhaft fort und werden es um eine Förderung von mathematischen

Begründung

Als Bündnis 90/Die Grüne haben wir den Anspruch, dass unsere Anliegen die breite Bevölkerung ansprechen. Dementsprechend ist es elementar, dass wichtige Förderungsprogramme nicht nur aufgelistet sondern auch in Kürze erläutert werden.

Das erhöht die Zugänglichkeit dieses Programms für die breite Bevölkerung.

PRO-2-087

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 86 bis 89:
Programm dauerhaft fort und werden es um eine Förderung von mathematischen Vorläuferfähigkeiten erweitern. ~~Wir wollen, dass mehr~~ **Zur Förderung von Schulen und ~~auch~~ Kitas ~~vom „Startchancen-~~in sozial herausfordernden Lagen wollen wir das „**Startchancen-Programm BW“ ~~profitieren~~ **auf weitere Einrichtungen ausweiten. Dabei setzen wir auf einen Sozialindex, damit die zusätzlichen Mittel da ankommen, wo sie besonders benötigt werden.**

Begründung

Als Bündnis 90/Die Grüne haben wir den Anspruch, dass unsere Anliegen die breite Bevölkerung ansprechen. Dementsprechend ist es elementar, dass wichtige Förderungsprogramme nicht nur aufgelistet sondern auch in Kürze erläutert werden.

Das erhöht die Zugänglichkeit dieses Programms für die breite Bevölkerung.

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Mario Dietel (KV Hohenlohe)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 88 bis 89 einfügen:
„Startchancen-Programm BW“ profitieren. Dabei setzen wir auf einen Sozialindex, damit die zusätzlichen Mittel da ankommen, wo sie besonders benötigt werden. Wir wollen allen Kindern die Förderung zukommen lassen, die sie benötigen. Einheitliche Angebote für alle Kinder schaffen hingegen keine gerechten Bildungschancen. Deshalb setzen wir neben der alltagsintegrierten Sprachbildung besonders auf additive Sprachförderangebote in Grundschulen und insbesondere in Kindertagesstätten. Sprachförderung in Kleingruppen und durch spezielle Förderstunden bietet einen strukturierten Rahmen für intensives Sprachlernen. Gerade in Einrichtungen, in denen ein sehr hoher Anteil der Kinder zuhause kein Deutsch spricht, sind additive Sprachfördermaßnahmen entscheidend.

Begründung

Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und Integration. Kinder haben unterschiedliche Voraussetzungen und Bedarfe, die durch ein einheitliches Angebot nicht ausreichend berücksichtigt werden können. Alltagsintegrierte Sprachbildung sorgt dafür, dass Sprache im täglichen Miteinander selbstverständlich gefördert wird und alle Kinder profitieren. Allein ist sie aber nicht ausreichend, um Kindern mit besonderen Sprachförderbedarfen zu begegnen. Additive Sprachförderung ergänzt dies durch gezielte, systematische Lernangebote, die dazu beitragen können, sprachliche Defizite aufzuholen. Die Kombination beider Ansätze stellt sicher, dass Kinder mit besonderem Förderbedarf nicht zurückbleiben, sondern gezielt unterstützt werden. Damit schaffen wir echte Chancengerechtigkeit und legen die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungsbiografie.

Unterstützer*innen

Patrick Vexler (KV Stuttgart)

PRO-2-096

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Carina Häussler (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 95 bis 97 löschen:
Fachkraft-Kind-Schlüssel ein. Ist eine Fachkraft für weniger Kinder verantwortlich, wird mehr individuelle Zuwendung möglich. ~~Wir stärken inklusive Bildungsangebote unter Einbeziehung der Schulkindergärten.~~

Begründung

Der Verweis auf Schulkindergärten sollte gestrichen werden, weil diese ein separierendes System darstellen, dem wir kritisch gegenüber stehen. Sie entsprechen nicht dem inklusiven Ansatz, den wir stärken wollen. Unser Fokus liegt auf inklusiven Strukturen in den Regelkitas.

Unterstützer*innen

Saskia Frank (KV Konstanz); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Sascha Müller (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Anke Weber (KV Stuttgart); Annika Franz (KV Tübingen); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Simone Fischer (KV Stuttgart)

PRO-2-097

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Tobias Friedlein (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 96 bis 97 einfügen:
verantwortlich, wird mehr individuelle Zuwendung möglich. Wir stärken inklusive Bildungsangebote unter Einbeziehung der Schulkindergärten. „So unterstützen wir die Wahlfreiheit für Eltern zwischen einem inklusiven und einem sonderpädagogischen Angebot, damit jedes Kind die bestmögliche Förderung erhält.“

Begründung

Das Ziel der Schulkindergärten ist es, Kinder mit Behinderung und von Behinderung bedrohte Kinder in ihrer gesamten Persönlichkeitsentwicklung so zu unterstützen, dass sie ein möglichst selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft führen können. Eltern können – mit entsprechender Beratung – am besten einschätzen, ob ein inklusives oder ein sonderpädagogisches Angebot für ihr Kind geeignet ist, da der Förderbedarf je nach Art sehr unterschiedlich sein kann. Die sonderpädagogischen Unterstützungs- und Bildungsangebote durch Fachkräfte sind Teil des pädagogischen Gesamtkonzepts und bereiten die Kinder individuell auf den Besuch eines allgemeinen Kindergartens oder auf die Schule vor.

Unterstützer*innen

Felix Poloczek (KV Ravensburg); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Colin Christ (KV Heilbronn); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Lea Rocca (KV Böblingen); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Meinolf Block (KV Heidelberg); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Matthias Schablowski-Trautmann (KV Heidelberg); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Hannes Sturm (KV Freiburg); David Bieg (KV Ulm); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Jonathan Witte (KV Heidelberg)

PRO-2-101

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Benjamin Bauer (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 100 bis 101 einfügen:
machen wir im ersten Schritt an Orten, an denen besondere Herausforderungen bestehen. Noch immer bestehen strukturelle Hürden beim Zugang zu frühkindlicher Bildung – besonders für Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten oder nicht deutschsprachigen Familien sowie für Kinder mit Behinderungen oder besonderen Förderbedarfen. Diese Hürden bauen wir konsequent ab. Dazu sorgen wir landesweit für einheitliche, gerechte und transparente Kriterien bei der Vergabe von Kitaplätzen. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, den Weg zum Kitaplatz für alle Kinder weniger bürokratisch und niedrigschwellig zu gestalten. Dafür bauen wir das Angebot der Kinder- und Familienzentren im Land aus, um Familien präventiv und aufsuchend zu begleiten und so den Einstieg in frühkindliche Bildung zu erleichtern.

Begründung

Im Hinblick auf Bildungsgerechtigkeit müssen alle Kinder, unabhängig vom familiären Hintergrund, die gleichen Chancen haben, vor dem Schuleintritt einen Zugang zu frühkindlichen Bildungsangeboten zu bekommen. Hierbei bestehen auch in Baden-Württemberg nach wie vor große Hürden, besonders für Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten oder nicht deutschsprachigen Familien, sowie für Kinder mit Behinderungen oder besonderen Förderbedarfen.

Der Bericht „Teilhabechancen“ des Sozialministeriums Baden-Württemberg zeigt deutlich, dass es beim Zugang zu Kitas zu einer "sozialen Selektion nach finanziellen Ressourcen und sozialem Status" kommt, was zu "geringeren Betreuungsquoten von Kindern mit Migrationshintergrund oder Familien mit geringem Einkommen" führt. Familien, in denen nicht überwiegend Deutsch gesprochen wird, haben laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung genau wie Mütter, die nicht erwerbstätig sind, überdurchschnittlich häufig Probleme bei der Platzsuche. Laut Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2023 bekommt zudem nur etwa jedes dritte Kind mit Behinderung einen Regelkitaplatz in baden-württembergischen Kitas.

Aktuell gestalten die Kommunen und freien Träger im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben eigene Verfahren zur Kitaplatzvergabe, wodurch erhebliche Unterschiede in Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Fairness bestehen. Dem können wir entgegenwirken, indem wir landesweit für einheitliche Kriterien und niedrigschwellige Zugangswege sorgen, inklusive Begründungspflichten gegenüber Eltern bei Ablehnungen.

Bereits heute fördert das Land zahlreiche erfolgreiche interkulturelle Elternmentoren-Projekte, die unter anderem nicht deutschsprachige Familien bei der Kitaplatz-Suche unterstützen. Inklusion an Kitas wird häufig von Elterninitiativen vorangetrieben. Um den Zugang zu frühkindlicher Bildung für alle Kinder systematisch und landesweit zu verbessern, müssen diese lokal, finanziell und zeitlich begrenzten Projekte künftig im Rahmen der Regelstrukturen der örtlichen Jugendhilfe von Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) übernommen und verstetigt werden.

Unterstützer*innen

Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Christine Tisch (KV Karlsruhe); Daniel Jobke (KV Mannheim); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Asmaa Reuter (KV Karlsruhe); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Victoria Link (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); J. Sophie Forreiter (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe)

PRO-2-102

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

In Zeile 102:
~~**Kapitel 2.2. Chancen sichern: Gute Schule: Bildung, die jedes Kind erreicht**~~

Änderungsvorschlag. Ersetzt Zeilen 102 bis 144

Kapitel 2.2. Chancen für alle: Bildung, die jedes Kind erreicht

Die Schulen müssen zu den Kindern passen, nicht umgekehrt – nur so können wir das Aufstiegsversprechen durch Bildung einlösen. Dafür müssen Schulen Orte sein, an denen Kinder und Jugendliche sich wohlfühlen und gerne lernen, an denen Lehrkräfte gerne arbeiten und junge Menschen individuell gefördert und gefordert werden. Die Vielfalt in unserer Gesellschaft ist dabei Ressource und Auftrag zugleich. Wir sind bereits auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität: Über den neu entwickelten Sozialindex setzen wir künftig Ressourcen noch gezielter dort ein, wo sie gebraucht werden. Ebenso wichtig ist uns die Verteilung von Ressourcen nach dem Aufgabenspektrum von Schulen und Bildungseinrichtungen.

Programme wie „Rückenwind“ und das „Startchancenprogramm BW“ haben den Aufbau multiprofessioneller Teams angestoßen, sie sollen weitergeführt und ausgebaut werden. Über solche Ansätze können vielfältige Professionen auf Augenhöhe zum Wohl der Kinder und Jugendlichen zusammenarbeiten.

Unsere systematische, datengestützte Qualitätsentwicklung schafft die Basis, um Schule und Unterricht zielgerichtet weiterzuentwickeln. Dabei stellen wir die Schüler:innen klar in den Mittelpunkt und geben Beteiligten und Verantwortlichen Instrumente und professionelle Begleitung an die Hand, um diese Entwicklungsaufgaben zu bewältigen.

Das aufwachsende neue neunjährige Gymnasium (G9) ermöglicht durch eine entzerrte Stundentafel mehr Raum für individuelle Entfaltung. Basiskompetenzen, den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, Demokratiebildung und Berufsorientierung haben wir dort sowie an Gemeinschaftsschulen, Realschulen und Haupt- und Werkrealschulen gestärkt. Medienbildung und Informatik sind fest verankert und müssen als Querschnittsthema und gesellschaftliche Aufgabe überall verfolgt werden.

Die Unterrichtsversorgung hat für uns höchste Priorität. Mit neuen Studienplätzen sowie attraktiven Wegen für Quer- und Direkteinstieg ins Lehramt sichern wir Fachkräfte und gewinnen Menschen für die Arbeit an unseren Schulen. Der Pilotversuch für ein integrierte Lehramtsstudium soll vom Master auf den Bachelor ausgeweitet werden. Das Referendariat wollen wir enger mit dem Studium verzahnen und die Begleitung von Referendar:innen sowie Lehramtsstudierenden verbessern.Um Wir den Lehramtsberuf zu stärken und wieder attraktiver zu machen,

haben wir auch die Sommerferienlücke für befristet beschäftigte Lehrkräfte geschlossen und eine Verstetigung von temporären Arbeitsverträgen ermöglicht. Neue Modelle zur Arbeitszeit von Lehrkräften werden wir gemeinsam mit Schulpraxis und Wissenschaft beraten.

Der Ganztagsausbau bleibt eine große Aufgabe, die für mehr Bildungsgerechtigkeit, Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land essenziell ist. Deshalb investieren wir weiterhin in den Ausbau von Ganztagsangeboten und sind so verlässlicher Partner für Kommunen und Schulträger.

Fast eineinhalb Million Menschen verbringen jeden Tag viel Zeit in den Schulen im Land. Damit diese Wohlfühlorte mit Lernatmosphäre werden, haben wir die bestehenden Mittel zur Schulbauförderung und -sanierung dauerhaft mehr als verdoppelt und werden uns hier weiterhin engagieren. Im Austausch mit der kommunalen Familie wollen wir uns über wichtige Themen wie digitale Ausstattung, Verwaltungsentlastung oder Unterstützungssysteme für Lernende und Lehrende an unseren Schulen verständigen.

Begründung

Der veränderte Text bringt zum Ausdruck, dass wir die Probleme anpacken und stellt dar, was wir in dieser Hinsicht bereits unternommen haben. Wir halten es für essenziell, eine Grüne Positiverzählung zu vermitteln und darauf zu verzichten, allein das Vorhandensein von Vielfalt zu problematisieren. Vielfalt ist immer auch herausfordernd, wird im Grünen Kontext aber zurecht immer auch bereichernd verstanden.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Jörg Bischof (KV Tübingen); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Carina Häussler (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Anette Vogt (KV Stuttgart)

PRO-2-107

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 106 bis 108:
Württemberg stehen wir vor besonderen Herausforderungen – auf die zunehmende ~~Vielfalt in unseren Klassenzimmern~~vielfätligeren Bedrüfnisse unserer Schülerinnen und Schüler hat das Bildungssystem zu zögerlich reagiert. Unser Ziel ist es, die Bedingungen zu schaffen, unter denen jedes Kind seine

PRO-2-109

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 108 bis 110:
Unser Ziel ist es, die Bedingungen zu schaffen, unter denen jedes Kind seine Stärken entfalten kann ~~– durch gezielte Förderung und mehr Gestaltungsspielräume vor Ort.~~

durch Erweiterung der Gestaltungsspielräume vor Ort, die gezielte Förderung ermöglichen.

PRO-2-110

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 110 einfügen:

Unser Ziel ist es erfolgreiche Bildungsbiografien zu gestalten. Kinder und Jugendliche die Unterstützung benötigen diese zu geben und Räume zu schaffen, die sie in ihrer Entwicklung stärkt. Dabei haben wir aber auch die Leistungsstarken im Blick, die mit individuellen Angeboten ihre Begabungen und Hochbegabungen entfalten können

Begründung

Das MINT Gymnasium Bad Saulgau ist dabei ein Ort der für die Leistungsspitze unserer Schüler:innen steht. Wir brauchen aber auch Angebote in der Fläche die diese Begabungen fördern. Dabei sind unsere außerschulischen Forschungszentren Orte, die Begabungen fördern und Möglichkeiten schaffen, diese zu entfalten.

PRO-2-127

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG WiFiSo
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 126 bis 127 einfügen:
naturwissenschaftliche Bildung, die Demokratiebildung, die Berufsorientierung sowie Medienbildung und Informatik verankert.
Damit alle jungen Menschen unabhängig von den Möglichkeiten ihrer Eltern erfolgreich am Wirtschaftsleben teilnehmen können, möchten wir auch die Finanzbildung rund um Geld, Steuern, Versicherungen und Vorsorge in den Schulen verankern.

Begründung

Der Antrag verfolgt das Ziel, alle jungen Menschen frühzeitig in ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit zu stärken und damit **Chancengerechtigkeit und Eigenverantwortung** zu fördern.

Aktuelle Studien belegen erhebliche Lücken in der finanziellen Bildung in Deutschland. Laut der OECD-Erhebung zur Finanzkompetenz (2023) verfügt nur rund ein Drittel der Bevölkerung über ausreichendes Wissen zu grundlegenden Themen wie Geld, Steuern, Versicherungen oder Krediten. **Besonders betroffen sind junge Menschen, Frauen sowie Personen mit geringem Einkommen oder Bildungsniveau**.

Die Studie *Jugend in Deutschland 2025* zeigt, dass rund 20 Prozent der 14- bis 29-Jährigen bereits verschuldet sind, was einem neuen Höchstwert entspricht. Auch bei der Altersvorsorge bestehen große Wissenslücken: Laut der *MetallRente-Studie* verfügt weniger als ein Drittel der jungen Erwachsenen über ausreichende Kenntnisse in diesem Bereich.

Bildungsexpert*innen weisen darauf hin, dass gerade jene, die finanzielle Bildung am dringendsten benötigen, bislang am wenigsten Zugang dazu haben. **Fehlendes Wissen** führt häufig zu Überschuldung, teuren Verträgen oder mangelnder Vorsorge, und damit zu **langfristigen sozialen Ungleichheiten**.

PRO-2-127-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 126 bis 127 einfügen:
naturwissenschaftliche Bildung, die Demokratiebildung, die Berufsorientierung sowie Medienbildung und Informatik verankert.
In den kommenden Jahren wollen wir diese Aspekte weiter ausbauen, indem wir Bibliotheken sowie die Kreis- und Landesmedienzentren noch stärker in die Fläche bringen und ihre Rolle als Backbone der digitalen Bildungsinfrastruktur festigen. Medienzentren übernehmen bereits heute wichtige Aufgaben als kommunale Support- und Wartungscluster für Schulen – von der Bereitstellung digitaler Lernmedien über Fortbildungen bis hin zur technischen Unterstützung. Dieses Backbone wollen wir weiter stärken und ausbauen, damit Schulen landesweit zuverlässig und qualifiziert begleitet werden. Durch eine Öffnung für zivilgesellschaftliche Akteure wie Reparaturinitiativen, Freifunk und freie Radios sowie Making- und Open-Source-Communities können praktisches Wissen, Gemeinwohlorientierung, digitale Mündigkeit und Interesse an Medien und Innovation spielerisch und kreativ vermittelt werden.

Begründung

Bibliotheken und Medienzentren als moderne, digitale Bildungsinfrastruktur stärken sowie bessere Vernetzung in die Zivilgesellschaft und eine bessere Abdeckung im Ländlichen Raum schaffen. Damit schaffen wir breiten Zugang zu Technik- und Medienbildung.

In Absprache mit Ralf Nentwich MdL

PRO-2-132

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 131 bis 133 einfügen:
angehende Lehrer*innen schon früh im Studium wertvolle Unterrichtspraxis sammeln. Das Referendariat wird dabei enger mit dem Master verzahnt. Wir setzen uns dafür ein, dass Lehramtsabsolvent*innen künftig mindestens zwei mögliche Einstiegstermine pro Jahr nach Abschluss des Referendariats wählen können, um Übergänge planbarer und familienfreundlicher zu gestalten. Auch die Referendariatsprüfung wollen wir angehen und mit klaren Kriterienkatalogen für Referendariatsprüfungen willkürliche Notenvergaben verhindern.
Zudem sollen Ortszuteilungen im und nach dem Referendariat mindestens sechs Monate vor Dienstantritt mitgeteilt werden, um jungen Lehrkräften verlässliche Rahmenbedingungen und ausreichend Zeit zur Lebens- und Wohnplanung zu geben.
Darüber hinaus fordern wir ein verbindliches Mindestmaß an Mitbestimmung bei der Ortszuteilung, sodass persönliche Lebensumstände stärker berücksichtigt und langfristige Bindung an den Beruf gefördert wird. Die Sommerferienlücke für befristet beschäftigte Lehrkräfte haben wir geschlossen.

Begründung

Die Einführung von mindestens zwei möglichen Einstiegsterminen pro Jahr nach Abschluss des Referendariats erhöht die Planungssicherheit und macht den Berufseinstieg für Lehramtsabsolvent*innen deutlich familienfreundlicher. Derzeit zwingt der starre Übergang viele junge Lehrkräfte in Monate der Unsicherheit, finanziellen Zwischenlösungen oder Pendelphasen. Flexible Einstiegstermine ermöglichen einen nahtloseren Übergang in den Schuldienst und tragen dazu bei, motivierte Nachwuchskräfte schneller und verlässlicher ins System zu integrieren. Für mehr erfolgreiche Lehramtsstudierende, braucht es außerdem klare Kriterien bei den Prüfungen, wir dürfen auf keine Lehrkraft aufgrund willkürlicher Notenvergabe verzichten
Ebenso schafft eine Mitteilung der Ortszuteilung mindestens sechs Monate vor Dienstantritt verlässliche Rahmenbedingungen für junge Lehrkräfte, die häufig zum ersten Mal nach Studium und Referendariat ihren Lebensmittelpunkt eigenständig organisieren. Ein verbindliches Mindestmaß an Mitbestimmung stellt sicher, dass persönliche Lebensumstände – etwa familiäre Verpflichtungen, Pflege, Partnerschaft oder bestehende Wohnsituationen – stärker berücksichtigt werden. Das fördert nicht nur die Zufriedenheit und langfristige Bindung an den Beruf, sondern erhöht auch die Attraktivität des Lehrer*innenberufs insgesamt.

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025
Status:	Eingereicht (ungeprüft)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 131 bis 134:
angehende Lehrer*innen schon früh im Studium wertvolle Unterrichtspraxis sammeln. Das Referendariat wird dabei enger mit dem Master verzahnt. ~~Die Sommerferienlücke für befristet beschäftigte Lehrkräfte haben wir geschlossen. Ein konkreter Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen.~~

Wir wollen den Pilotversuch
zeitnah evaluieren und die Ausweitung des Pilotversuchs auf ein duales Lehramtsstudium im Bachelor prüfen. Innovative Leuchtturm-Projekte im Lehramtsstudium wie die "Lehr:Werkstatt" wollen wir wieder aufbauen und vollumfänglich finanzieren. Die Sommerferienlücke für befristet beschäftigte Lehrkräfte haben wir geschlossen. Ein konkreter Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen.

Begründung

Die Lehramtsausbildung ist nicht gut. Das Studium ist praxisfern, bis zum Master-Studium ist nur ein 3wöchiges passives Praktikum vorgeschrieben. Viele Studierende merken zu spät, dass Lehramt vllt. doch nicht zu ihnen passt.
Jüngste Umfragen bestätigen das.
https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/studie-lehramt-studenten-100.html

Ein praxisintegrierteres Lehramtsstudium, dass frühzeitig beginnt, wird die Ausbildung zur angehenden Lehrkraft maßgeblich verbessern.

Das bisheriges Leuchtturm-Projekt, die "Lehr:werkstatt" die von der Uni Tübingen intitiert wurde, bw-weit ausgeweitet wurde und sogar in Bayern adaptiert wurde, wurde vor kurzem aus finanziellen Gründen eingestellt, da die Dritt-Mittel ausliefen.

Eine gesicherte Planfinanzierung seiten des Landes, könnte hier schnell effektive Verbesserung schaffen!

PRO-2-133

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Maike Hipp
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 132 bis 134:
sammeln. Das Referendariat wird dabei enger mit dem Master verzahnt. Die Sommerferienlücke für befristet beschäftigte Lehrkräfte haben wir geschlossen.[Zeilenumbruch]
Ein konkreter Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen.

Auch die Sommerferienlücke nach absolviertem Referendariat werden wir schließen, wenn ein direkter Eintritt in den Schuldienst folgt.

PRO-2-134

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 134 einfügen:

Wir setzen uns für eine umfassende Gleichstellung aller Lehramtsstudiengänge in Baden-Württemberg ein. Unterschiedliche Ausbildungsstrukturen und Wertigkeiten zwischen den Lehramtsrichtungen wirken sich negativ auf die Attraktivität des Berufs aus und erschweren die Nachwuchsgewinnung.

Eine Gleichstellung der Lehramtsstudiengänge steigert die Attraktivität des Lehrer*innenberufs insgesamt und ist damit eine zentrale Maßnahme gegen den stark zunehmenden Lehrer*innenmangel. Einheitliche und moderne Ausbildungswege erhöhen die Durchlässigkeit, verbessern Karriereperspektiven und unterstützen eine zukunftsfähige, qualitätsorientierte Lehrer*innenbildung.

Begründung

Die Gleichstellung aller Lehramtsstudiengänge in Baden-Württemberg ist notwendig, um strukturelle Ungleichheiten abzubauen und den Lehrerinnenberuf insgesamt zu stärken. Unterschiedliche Ausbildungswege und Wertigkeiten zwischen den Lehramtsrichtungen führen seit Jahren zu Wettbewerbsnachteilen, mindern die Attraktivität des Berufs und verschärfen den Mangel an qualifizierten Lehrkräften. Eine umfassende Gleichstellung schafft einheitliche, moderne und durchlässige Ausbildungsstrukturen, verbessert die beruflichen Perspektiven und steigert die Attraktivität des Lehramts für Studieninteressierte. Damit leistet sie einen zentralen Beitrag, um dem wachsenden Lehrer*innenmangel wirksam entgegenzuwirken und eine zukunftsfähige, qualitätsorientierte Lehrer*innenbildung sicherzustellen.

PRO-2-134-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Benjamin Bauer (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 133 bis 134 einfügen:
Sommerferienlücke für befristet beschäftigte Lehrkräfte haben wir geschlossen. Ein konkreter Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen. Im nächsten Schritt wollen wir auch Lehramtsanwärter*innen, deren Vorbereitungsdienst zum Ende des Schuljahres abgeschlossen ist, über die Sommerferien weiter bezahlen.

Begründung

Jedes Jahr werden zum Sommerferienbeginn Ende Juli in Baden-Württemberg hunderte Referendar*innen entlassen, obwohl die meisten von ihnen ab September zum neuen Schuljahr wieder in den Klassenzimmern stehen. Diese angehenden Lehrkräfte bereiten sich auch in den Sommerferien intensiv auf ihr erstes Schuljahr mit Regeldeputat vor, nehmen an Besprechungen und Konferenzen an der neuen Schule teil und müssen vielfach kostspielige Umzüge zum neuen Dienstort bewältigen – all das für sechs Wochen unbezahlt und bei einem großen Teil ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Unterstützer*innen

Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Christine Tisch (KV Karlsruhe); Daniel Jobke (KV Mannheim); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Victoria Link (KV Karlsruhe); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); J. Sophie Forreiter (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Nick Marx (KV Karlsruhe); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Paul Pasler (KV Karlsruhe); Lioba Burck (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Andreas Mössinger (KV Karlsruhe)

PRO-2-140

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Dirk Grunert (KV Mannheim)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 139 bis 140 einfügen:
Ausbau der Ganztagesangebote investieren, so bleibt das Land ein verlässlicher Partner für die Kommunen und Schulträger. Ebenso wichtig wie der Ausbau von Ganztagsschulen ist uns deren Qualitätsentwicklung. Diese wollen wir weiter stärken. Dafür werden wir sukzessive die Schulleitungen von Ganztagsschulen, beginnend mit den Ganztagsgrundschulen, durch eine Verwaltungskraft zur Organisation des Ganztages entlasten und die Organisation der Mittagszeit an Ganztagsgrundschulen verbessern.

Begründung

Schulleitungen von Ganztagsschulen, insbesondere Ganztagsgrundschulen, sind massiv be- bis überlastet durch die Organisation des Ganztages. Sie müssen Kooperationspartner*innen und Personal gewinnen, dies über unterschiedliche Programme und Einstellungsbedingungen (Rückwind, Startchancen, Monetarisierung, kommunale Programme, etc.). Ein großer Teil der Arbeitszeit muss in diese Akquise- und Verwaltungstätigkeiten fließen. Dies geht zulasten von pädagogischen und Qualitätsfragen.

Eine der größten organisatorischen Herausforderungen für Ganztagsgrundschulen ist das Mittagsband. Die Schulträger stellen das Personal in der Mensa (Essensausgabe), die sonstige Betreuung/ Aufsicht in der Mittagszeit muss über sehr weniges zusätzliches Personal erledigt werden, dass die Schulleitungen sich organisieren müssen für 15 Euro pro Stunde je 80 Schüler*innen. Dies wird zunehmend schwieriger, Schulen müssen faktisch auch Personal nehmen, dass eigentlich nicht geeignet oder überfordert ist mangels Alternativen, um die Mittagspause irgendwie organisiert zu bekommen. Die Mittagspause ist regelmäßig der größte Kritikpunkte von Fachkräften am Ganztagsschulkonzept in Baden-Württemberg. Dies muss dringend angegangen werden.

Unterstützer*innen

Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Jörg Bischof (KV Tübingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Johanna Thym (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen)

PRO-2-140-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 139 bis 140 einfügen:
Ausbau der Ganztagesangebote investieren, so bleibt das Land ein verlässlicher Partner für die Kommunen und Schulträger.
Wir haben im Schulgesetz die Grundlage gelegt, dass der Ganztag für alle Schüler*innen, unabhängig von der Schulform oder Art der Beschulung, offen steht. Diesen Anspruch setzen wir gemeinsam mit den Kommunen um.

Begründung

Nach der letzten Änderung des Schulgesetzes steht der Ganztag grundsätzlich allen Schüler*innen offen, unabhängig davon, ob sie Schüler*in einer allgemeinbildenden Schule, eines SBBZ sind oder inklusiv beschult werden. In der Realität gibt es insbesondere bei inklusiver Beschulung noch große organisatorische Hürden (z.B. die Organisation von bedarfsgerechten Schülerbeförderungen oder die Bereitstellung zusätzlichen Personals). Diese Hürden wollen wir in Zukunft gemeinsam abbauen.

PRO-2-144

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Maike Hipp
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 144 einfügen:

Alle Schulen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden müssen unabhängig von der Finanzkraft der Eltern zugänglich sein (Sonderungsverbot)

PRO-2-144-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 143 bis 144 einfügen:
Schule“ und Zusatzprogramme der Corona-Jahre massiv verbessert – insgesamt wurden fast eine Milliarde Euro bereitgestellt. **Wir möchten sicherstellen, dass diese Gelder auch weiterhin an die Schulen gehen, um ihnen finanzielle Sicherheit zu bieten,verbunden mit einem zusätzlichen Bürokratieabbau, damit Schulen schneller auf die Förderung zugreifen können.**

PRO-2-157

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Dirk Grunert (KV Mannheim)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 156 bis 161:
vereinheitlichen und mit einer individueller Bildungs-ID für eine durchgängige Dokumentation entlang des Bildungswegs sorgen. ~~Die Bildungs-ID kann nicht nur einen wichtigen Beitrag zum individuellen Schulerfolg von Schüler*innen leisten, mit Hilfe der ID lässt sich die Qualität von Bildungseinrichtungen datenbasiert prüfen. Zudem ermöglicht die Bildungs-ID auch, Ressourcen bedarfsgerecht zu steuern.~~Die Bildungs-ID kann einen wichtigen Beitrag zum individuellen Schulerfolg von Schüler*innen und zur datenbasierten Qualitätsüberprüfung von Bildungseinrichtungen leisten. Die Kommunen werden bei der ID einbezogen, denn sie sind wichtiger Partner im Bildungsbereich und erheben ebenfalls wertvolle Bildungsdaten. Die Bildungs-ID wird so ausgestaltet, dass sie deutschlandweit kompatibel ist.

Begründung

Es ist wichtig, dass die baden-württembergische Bildungs-ID keine Insel-Lösung wird, sondern auch bei Umzug zwischen verschiedenen Bundesländern funktioniert. Die Kommunen dürfen keinesfalls vergessen werden. Sie erheben wichtige Daten, gerade auch im frühkindlichen Bereich, die unbedingt inkludiert werden müssen. Gleichzeitig steuern auch die Kommunen mit die Qualität von Bildungseinrichtungen und Planen den Bau von Kitas und Schulen. Sie benötigen daher auch Zugriff. Für die Ressourcensteuerung ist der mehrfach im Wahlprogramm erwähnte Sozialindex das geeignete Mittel.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Jörg Bischof (KV Tübingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Carina Baumgärtner (KV Karlsruhe-Land); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen)

PRO-2-161

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 160 bis 161 einfügen:
prüfen. Zudem ermöglicht die Bildungs-ID auch, Ressourcen bedarfsgerecht zu steuern.
Mittelfristig setzten wir uns dafür ein, die verpflichtende Grundschulempfehlung und das Kompass 4 Verfahren abzuschaffen und durch einen individuellen Ansatz mit langfristiger Betrachtung der Fähigkeiten des Kindes zu ersetzen und individuelle Bildungsentscheidungen zu schützen.

Begründung

Die verpflichtende Grundschulempfehlung und das Kompass-4-Verfahren greifen häufig zu kurz, da sie den Bildungsweg eines Kindes auf Basis eines verhältnismäßig kurzen Beobachtungszeitraums festlegen. Eine solche Momentaufnahme kann der individuellen Entwicklung, den persönlichen Interessen und dem tatsächlichen Potenzial eines Kindes nur begrenzt gerecht werden. Ein individueller, langfristiger Ansatz stärkt hingegen die pädagogische Verantwortung der Schulen, ermöglicht eine umfassendere Betrachtung der Fähigkeiten und schafft einen Entscheidungsprozess, der die Vielfalt kindlicher Entwicklungsverläufe ernst nimmt.
Zudem schützt ein stärker auf die individuelle Einschätzung der Familien und auf die Einbindung der Kinder ausgerichtetes Verfahren die freie und selbstbestimmte Bildungsentscheidung. Dadurch wird die Passung zwischen Schüler*in und Schulart verbessert, was langfristig zu stabileren und chancengerechteren Bildungsbiografien führt. Eine solche Reform fördert nicht nur die Zufriedenheit der Familien, sondern stärkt auch ein Bildungssystem, das Flexibilität, Vertrauen und individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellt.

PRO-2-161-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 161 einfügen:

Zudem wollen wir die Einführung einer sechsjährigen Grundschule prüfen. Eine längere Grundschulzeit ermöglicht es, Kinder individueller zu fördern, die frühe Festlegung auf einen Bildungsweg zu vermeiden und damit die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem weiter zu stärken. Dies könnte insbesondere denjenigen zugutekommen, die mehr Zeit für ihre sprachliche und soziale Entwicklung benötigen, um von Anfang an erfolgreich zu lernen.

PRO-2-161-3

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 161 bis 166:

Mit dem Programm „SprachFit“ wird sichergestellt, dass alle Kita-Kinder mit Sprachförderbedarf auch wirklich gefördert werden – zunächst durch ein zusätzliches, verbindliches Sprachtraining im letzten Kita-Jahr. Für diejenigen, die dann noch nicht die nötigen

vorschulischen Fertigkeiten haben,

~~Mit dem Programm „SprachFit“ wird sichergestellt, dass alle Kita-Kinder mit Sprachförderbedarf auch wirklich gefördert werden – zunächst durch ein zusätzliches, verbindliches Sprachtraining im letzten Kita-Jahr. Für diejenigen, die dann noch nicht die nötigen Kenntnisse haben, um die Schule zu beginnen,~~ wird nach der Kita die „Juniorklasse“ eingerichtet. Zusätzlich gibt es in den

PRO-2-172

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 171 bis 173:
Gute Bildung darf nicht am Geldbeutel scheitern. Deshalb sollen Kinder an allen ~~Startchancen-Schulen, an denen viele aus benachteiligten Familien stammen,~~Schulen ein ausgewogenes, kostenfreies Mittagessen erhalten.

Begründung

Kostenfreies Essen in Schulen ermöglicht allen Kindern, unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern, einen gleichberechtigten Zugang zu gesunder Ernährung

Laut Bürgerrat ist ein kostenfreies und ausgewogenes Mittagessen ein „Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit“. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass regelmäßige, gesunde Mahlzeiten kognitive Fähigkeiten, Konzentration sowie die körperliche Entwicklung von Kindern verbessern und langfristiges Übergewicht reduzieren. (Quelle: https://www.riffreporter.de/de/wissen/schule-kita-kinder-mittagessen-kostenlos-buergerrat-ernaehrung-gesundheit)

Auch unsere eigene Partei, insbesondere unser Ministerpräsidents-Kanditat erkennt die Wichtigkeit von kostenfreiem und ausgewogenem Essen für alle:

Zitate Cem Özdemir:

„Ich will, dass jedes Kind und jeder Jugendliche einmal am Tag eine gute, gesunde und schmackhafte Mahlzeit erhält, aus saisonal, regional erzeugten Lebensmitteln – und gerne auch Bio. Ich will mich damit nicht zufriedengeben, dass das in der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt nicht möglich sein soll.“ (Quelle: https://blgastro.de/gvmanager/oezdemir-kitaverpflegung/)

„Leckeres, gesundes und nachhaltiges Essen darf nicht vom Geldbeutel abhängen oder davon, aus welcher Familie man kommt“. (Quelle: https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/ernaehrungsstrategie-von-cem-oezdemir-weniger-zucker-fett-und-salz-in-kitas-und-kantinen-a-1f2b4185-ce5a-4e15-bed1-7bb7df1462c0)

„Es sollte selbstverständlich sein, dass wir unseren Kindern, dem wertvollsten, was wir haben, jeden Tag gutes Essen anbieten. So tragen wir unseren Teil dazu bei, dass sie gesund aufwachsen können“. (Quelle: https://mkuem.rlp.de/service/pressemitteilungen/detail/cem-oezdemir-und-katrin-eder-ernaehrung-wirkt-sich-aufs-klima-und-auf-die-gesundheit-aus)

Dementsprechend fordern wir, dass diese Grundversorgung für alle Schüler*Innen gilt.

PRO-2-173

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Hosea Ndaula (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 172 bis 173 einfügen:
Startchancen-Schulen, an denen viele aus benachteiligten Familien stammen, ein ausgewogenes, kostenfreies Mittagessen erhalten.

Wir schaffen einen gerechteren Zugang zu Lernförderung und Nachhilfe. Zusätzliche schulische Förder- und Unterstützungsangebote sollen für alle Schüler*innen kostenlos sein und dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Das Land stellt den Schulen dafür ausreichend Mittel zur Verfügung, damit Nachhilfeangebote und Förderkurse während und außerhalb der Unterrichtszeit flächendeckend ausgebaut werden können sodass auch Lehrer*innen in ihren Schulen einzelne Module für Schüler*innen anbieten. Wo zusätzlicher individueller Förderbedarf besteht, finanziert das Land darüber hinaus Nachhilfestunden, die allen Schüler*innen unabhängig vom Einkommen der Eltern offenstehen.

Begründung

Lernrückstände und Leistungsunterschiede hängen in Baden-Württemberg weiterhin stark von der sozialen Herkunft ab. Wer es sich leisten kann, bucht private Nachhilfe, wer es sich nicht leisten kann, fällt zu oft hinten runter. Das verschärft Bildungsgerechtigkeit und erhöht den Druck auf Schüler*innen und Familien.

Kostenlose schulische Förderangebote und vom Land finanzierte Nachhilfe schaffen hier mehr Chancengerechtigkeit, entlasten Familien finanziell und stärken das Versprechen: Kein Kind wird zurückgelassen, weil Geld fehlt.

Unterstützer*innen

Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Lena Cannistra-Arzner (KV Ettlingen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Antonia Kind (KV Ulm); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Finn Schwarz (KV Tübingen); Daniel Jobke (KV Mannheim); Richard Langer (KV Tübingen); Torben Luca Schober (KV Ortenau); Vanessa Herbert (KV Stuttgart); Philip Singer (KV Stuttgart); Selin Erdogan (KV Esslingen); Leni Reiland (KV Mannheim); Moritz Halbeisen (LV Grüne Jugend Baden-Württemberg)

PRO-2-173-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ralf Nentwich (KV Rems/Murr)

Titel

Ändern in:
Änderungsantrag zu Zeile 171–173

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 172 bis 173 einfügen:
Startchancen-Schulen, an denen viele aus benachteiligten Familien stammen, ein ausgewogenes, möglichst nachhaltiges und kostenfreies Mittagessen erhalten. Perspektivisch wollen wir dieses Angebot auf ***alle Schulen in Baden-Württemberg*** **ausweiten.**

Unterstützer*innen

Marius Blascheck (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Peter Koderisch (KV Freiburg); Martin Schüler (KV Tübingen); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Ulrike Felger (KV Böblingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Dirk Grunert (KV Mannheim); Saskia Frank (KV Konstanz); Damian Kunkis (KV Reutlingen)

PRO-2-177

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 176 bis 180:
Unterricht, der derzeit von Konsulaten organisiert wird, in ein staatlich verantwortetes Angebot überführen. ~~Als Ergänzung zum konfessionellen Unterricht wollen wir das Fach Ethik stufenweise für alle Jahrgangsstufen einführen, um ein Angebot zu den großen Fragen Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenleben anbieten zu können.~~

Wir wollen das Fach Ethik ergänzend zum konfessionellen Unterricht stufenweise für alle Jahrgangsstufen einführen, um allen Kindern und Jugendlichen ein Angebot zu den großen Fragen Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenleben anzubieten. In diesem Zusammenhang unterstützen wir Modelle für eine intensivere Kooperation des Fachs Ethik mit dem konfessionellen Unterricht.

Begründung

Im modifizierten ersten Satz wird ergänzend klargestellt, dass dieses Angebot bereits auch im konfessionellen Unterricht besteht. Der ergänzte Satz mit der Möglichkeit einer engeren Kooperation greift ein Anliegen sowohl von Ethik-Lehrkräften, als auch von der landesweiten überkonfessionellen AG der Religionslehrer:innen auf.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Jörg Bischof (KV Tübingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Annika Franz (KV Tübingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Anette Vogt (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-2-177-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Christinnen und Christen
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 176 bis 179 einfügen:
Unterricht, der derzeit von Konsulaten organisiert wird, in ein staatlich verantwortetes Angebot überführen. Entsprechend dem im Grundgesetz verbürgten Recht auf Religionsunterricht setzen wir uns für eine Fortsetzung und Ausweitung des islamischen Religionsunterrichts in Kooperation mit Universitäten und Hochschulen ein, um möglichst vielen muslimischen Kindern eine fundierte religiöse Bildung und Erziehung zu Mündigkeit und Toleranz zu ermöglichen. Auch im Rahmen des christlichen Religionsunterrichts richten wir den Blick auf das, was uns verbindet, indem wir verstärkt den konfessionell-kooperativen Religionsunterricht fördern, der von beiden großen Kirchen getragen wird. Als Ergänzung zum konfessionellen Unterricht wollen wir das Fach Ethik stufenweise für alle Jahrgangsstufen einführen, um auch den Kindern, die nicht den Religionsunterricht besuchen, ein Angebot zu den großen Fragen Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenleben anbieten

Begründung

Dass Baden-Württemberg überhaupt islamischen Religionsunterricht anbietet, ist bereits ein großer Erfolg. Dieser Erfolg muss im Wahlprogramm benannt werden. Denn das Grundgesetz sieht das Recht eines jeden Kindes auf Religionsunterricht vor. Dieses Recht läuft für die meisten muslimischen Kindern, die an unseren Schulen längst keine kleine Minderheit mehr sind, aber weitgehend leer, weil es zu wenige Lehrkräfte gibt, die islamischen Religionsunterricht erteilen können. Der Grund dafür ist, dass die Kooperation mit dem Sunnitischen Schulrat in Baden-Württemberg als Modellprojekt läuft und sich nur schwer Studierende für ein entsprechendes Fach finden lassen, wenn die Fortführung des islamischen Religionsunterrichts nicht politisch abgesichert ist. Die Nachfrage nach islamischem Religionsunterricht an Schulen ist jedoch groß. Als Grüne leisten wir mit der weiteren Unterstützung des islamischen Religionsunterricht einen Beitrag zur politischen Anerkennung (und überhaupt erst einmal Wahrnehmung) von muslimischen Communities, die diese immer wieder einfordern. Vor allem fördern wir aber auch die Extremismusprävention, da wissenschaftlich und schulisch eingerahmte religiöse Bildung vor dem rasant wachsenden Einfluss radikaler Prediger*innen auf Socialmedia-Plattformen wie TikTok und Instagram, aber auch zum Teil in Moscheegemeinden, schützt.

Der konfessionell-kooperative Religionsunterricht (KoKo) ist ein erprobtes Erfolgsmodell, bei dem Schüler*innen abwechselnd von evangelischen und katholischen Lehrkräften unterrichtet werden. Damit werden einerseits die sinkenden Zahlen der Kinder ernstgenommen, die den evangelischen oder katholischen Religionsunterricht besuchen und andererseits wird das Verständnis und die Einigkeit zwischen den christlichen Konfessionen bestärkt. Gerade in einer zunehmend säkularen Gesellschaft erscheint der getrennte Besuch des Religionsunterrichts den meisten Familien künstlich und nicht mehr zeitgemäß. Als Grüne sollten wir es im Sinne der Toleranzbildung

unterstützen, dass sowohl die Kirchen selbst als auch viele christlichen Familien mittlerweile vor allem das Verbindende zwischen den Konfessionen sehen und wertschätzen. Da KoKo-Unterricht bisher davon abhängt, dass Schulen diesen beantragen, sind die Schulen auf organisatorische Unterstützung angewiesen, wobei auch eine regelhafte Beantragung in Betracht gezogen werden kann.

Die bisherige Formulierung zum Ethikunterricht erweckt den Anschein als würden die Fragen nach Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenleben nicht auch im Religionsunterricht, sondern lediglich im Ethikunterricht behandelt werden. Dies verkennt die Bildungspläne des Religionsunterrichts, die nicht auf bloße Glaubensunterweisung, sondern gerade kritische Reflexion von Glaubenssätzen und religiöse Verantwortung in der Welt abzielen. Dabei nehmen die auch für uns Grüne zentralen Themen Frieden, Gerechtigkeit und Toleranz, aber auch die Bewahrung der Schöpfung erhebliche Teile der Bildungsziele des Religionsunterrichts ein. Die Formulierung ist dementsprechend zu schärfen.

PRO-2-189

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Benjamin Bauer (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 188 bis 189 einfügen:
zu Anlaufstellen für ein umfassendes Netzwerk zur Unterstützung von Familien im Quartier werden.

Gleichzeitig gehen wir neue Wege, um den Bildungserfolg von den Voraussetzungen des Elternhauses zu entkoppeln.

Wir wollen künftig auf Unterrichtskonzepte setzen, die Hausaufgaben weitestgehend von der Freizeit in den Unterricht verlagern. Übungen und Vertiefungsaufgaben sollen direkt in den Unterricht integriert werden, wodurch Lehrkräfte gezielt und individuell Förderung bieten können. So reduzieren wir Schulstress, senken die Belastung für Familien und stärken zugleich die Qualität des Unterrichts.

Begründung

Hausaufgaben werden in der Bildungsforschung kritisch als potenziell bildungsungerecht bewertet. Studien zeigen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien häufig über weniger häusliche Unterstützung und geeignete Lernumgebungen verfügen, wodurch sie bei Hausaufgaben benachteiligt sind. In der Konsequenz verstärken klassische Hausaufgaben bestehende Leistungsunterschiede und wirken sich negativ auf die Chancengerechtigkeit aus. Gleichzeitig gibt es z.B. in der Grundschule kaum Hinweise darauf, dass Hausaufgaben den Lernerfolg signifikant steigern, wenn sie nicht durch die Lehrkraft begleitet werden.

Die Bildungsgewerkschaft GEW unterstützt diese Kritik: Sie betont, dass Hausaufgaben sozial ungleich wirksam seien und daher zu einer Belastung für Kinder und Familien werden können. Die Gewerkschaft fordert, Hausaufgaben zumindest zu reduzieren und vermehrt in den Unterricht zu integrieren, um allen Schüler*innen gleiche Lernchancen zu ermöglichen.

Zudem zeigt die Forschung, dass Hausaufgaben für viele Kinder und Jugendliche eine bedeutsame Quelle von Schulstress darstellen, der durch eine schulische Einbettung der Lernzeiten signifikant zu reduzieren ist.

Eine schrittweise Verlagerung von Hausaufgaben in den Unterricht erlaubt es, dass Kinder Aufgaben in einem unterstützenden schulischen Umfeld bearbeiten. Lehrkräfte können unmittelbares Feedback geben und gezielt individuelle Förderung leisten. Dies fördert nicht nur die Chancengerechtigkeit, sondern steigert auch die Qualität des Unterrichts, entlastet Familien und stärkt die Lernmotivation der Kinder.

Unterstützer*innen

Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Daniel Jobke (KV Mannheim); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Victoria Link (KV Karlsruhe); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); J. Sophie Forreiter (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe); Nick Marx (KV Karlsruhe); Fynn Rubehn (KV Böblingen)

PRO-2-189-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Hanna Gutknecht (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 189 bis 194:
Im ganzen Land wird in den Schulen mit inklusivem Lernen wichtige Arbeit geleistet,

~~Im ganzen Land wird in den Schulen mit inklusivem Lernen und den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) wichtige Arbeit geleistet, um Schüler*innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot ein gutes Lernen zu ermöglichen. Wir sichern dafür auch über die regionale Schulentwicklungsplanung stabile Strukturen.~~

deren Angebot “Budget Inklusion” ausgebaut und gestärkt werden sollte. Das Konzept “Entwicklungsräume Inklusion” soll konsequent umgesetzt werden. Die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) sollten qualitativ aufgewertet werden, indem die Schüler:innen dort einen anerkannten Schulabschluss erlangen und es an mehr SBBZ möglich wird, einen gymnasialen Zweig zu wählen.

Begründung

Seit dem Schuljahr 2023/24 wird der Ausbau inklusiver Bildungsangebote mit dem Budget Inklusion gestärkt. Dies ist aber offensichtlich noch nicht ausreichend.

Als Personen, die persönlich Einschränkungen haben, ist es befremdlich, ein uneingeschränktes Lob der SBBZ in einem Grünen Programm zu finden. SBBZ sind ein Baustein im aktuellen System und weder in der Praxis das abschließende Ziel, noch nach der UN-Behindertenrechtskonvention eine erlaubte Variante. Wir erkennen an, dass sie nicht von heute auf morgen abzuschaffen sind, weshalb die Verbesserung, speziell im Bereich der Abschlüsse für notwendig halten. Es kann nicht sein, dass Personen mit Behinderung häufiger ohne anerkannten Abschluss die Schule verlassen und so auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Das bedeutet in der Regel den direkten Weg in Einrichtungen, wie Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Der gymnasiale Zweig ist an fast keinem SBBZ möglich. Menschen mit Behinderung wird in der Praxis entweder vorgeschlagen, doch das Bundesland zu verlassen oder an den Kopf geworfen, es ohnehin nicht zu schaffen. Das ist ein beschämender Zustand.

Begriffserklärung Entwicklungsräume Inklusion: Das Konzept “Entwicklungsräume Inklusion” soll landesweit die Eigenverantwortung der Schulen stärken, die Transparenz und Klarheit für Sorgeberechtigte sichern, die Planungssicherheit für Schulen, Schulträger:innen und Schulverwaltung erhöhen, eine frühzeitige umfassende und zielgerichtete Qualifizierung von Schulleitungen und Lehrkräften ermöglichen sowie die Umsetzung von erweiterten Kommunikations- und Informationskonzepten garantieren.

https://km.baden-wuerttemberg.de/de/schule/sonderpaedagogische-bildung/inklusion#:~:text=Zur%2520St%C3%A4rkung%2520des%2520Ausbaus%2520inklusiver,von%252

Unterstützer*innen

Maximilian Kreft (KV Esslingen); Julian Haarer (KV Stuttgart); Felix Poloczek (KV Ravensburg); Melanie Koch (KV Esslingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Florian Ehrhardt (KV Wangen); Anja Chrzanowska (KV Esslingen); Estrella Rödel (KV Stuttgart); Vanessa Herbert (KV Stuttgart); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Jérôme Vogler (KV Esslingen); Flora Wagner (KV Ravensburg); Johanna Thym (KV Stuttgart); Patrick Mayer (KV Esslingen); Daniel Burgstaller (KV Ludwigsburg); Patrick Alberti (KV Kurpfalz-Hardt); Tim Bühler (KV Stuttgart); Dorothea Bauer (KV Böblingen); Kai Kristof Keune (KV Ettlingen)

PRO-2-193

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 192 bis 194 einfügen:
geleistet, um Schüler*innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot ein gutes Lernen zu ermöglichen. Wir reformieren den Sportunterricht. Im Mittelpunkt stehen Motivation, Gesundheitsförderugn und Freude an Bewegung statt leistungsorientierter Benotung. Bewertet wird der individuelle Lernfortschritt und nicht absolute Leistungsfähigkeit. Damit schaffen wir ein faires, inklusives Bewertungssystem, das alle Schüler*innen in ihrer Entwicklung stärkt. Wir sichern dafür auch über die regionale Schulentwicklungsplanung stabile Strukturen.

Begründung

Der Sportunterricht wird seinem eigentlichen Bildungsauftrag nicht gerecht. Statt Kinder und Jugendliche für Bewegung zu begeistern, steht zu häufig die Benotung im Vordergrund. Leistungsdruck, Vergleiche und starre Bewertungstabellen demotivieren viele Schüler*innen – insbesondere die, die aufgrund ihrer körperlichen Voraussetzungen nicht denselben Leistungsstand erreichen können. So verliert der Sportunterricht oft genau das Ziel aus den Augen, das er eigentlich verfolgen sollte: Freude an Bewegung, Gesundheitsförderung und soziale Teilhabe.

Zudem sind die bestehenden Bewertungsmaßstäbe ungerecht. Körpergröße, Genetik oder unterschiedliche körperliche Entwicklungsschritte werden kaum berücksichtigt. Eine kleine Person wird im Ballsport ebenso bewertet wie eine große; im Ausdauerlauf entscheidet die genetische Anlage oft stärker als der Trainingsfortschritt. Dadurch entsteht ein verzerrtes Leistungsbild, das nicht den tatsächlichen Lern- und Entwicklungsprozess widerspiegelt.

Dabei ist Bewegung – insbesondere Laufen – von zentraler Bedeutung für körperliche Fitness, seelisches Wohlbefinden und die Stressbewältigung im Schulalltag. Wenn aber eine sportliche Übung mit einer schlechten Note endet, wirkt das abschreckend statt motivierend.

Deshalb braucht der Sportunterricht einen grundlegenden Wandel. Ziel muss es sein, Schüler*innen langfristig für Sport und Bewegung zu begeistern, ihnen Erfolgserlebnisse zu ermöglichen und Gesundheit als Lebenskompetenz zu fördern. Mit einer Reform hin zu einer fairen, motivierenden und inklusiven Sportpädagogik stärken wir die individuelle Entwicklung jedes Kindes – und machen Schule zu einem Ort, an dem Bewegung wieder Freude bereitet.

Unterstützer*innen

Regina Maria Egly dos Santos Fernantes (KV Wangen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Florian Ehrhardt (KV Wangen); Amelie Kalt (KV Ludwigsburg); Ben Alexander Janiak (KV Ludwigsburg); Moritz Halbeisen (LV Grüne Jugend Baden-Württemberg); Simone Künst

(KV Wangen); Klaus Häring-Becker (KV Wangen); Andreas Ammer (KV Wangen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Malte Jonas Wörner (KV Aalen-Ellwangen); Lena Cannistra-Arzner (KV Ettlingen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Antonia Kind (KV Ulm)

PRO-2-193-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 192 bis 194:
geleistet, um Schüler*innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot ein gutes Lernen zu ermöglichen. ~~Wir sichern dafür auch über die regionale Schulentwicklungsplanung stabile Strukturen.~~

Wir wollen, im Sinne der UN Behindertenrechtskonvention, inklusive Bildung mit einem Aktionsplan gezielt stärken. Mit Regionalbudgets, einer gerechteren Personalausstattung im Rahmen inklusiver Bildung, gezielter Aus- und Weiterbildung und einer neu mit den Kommunen abgestimmten Schulbegleitung möchten wir inklusive Bildung voranbringen und ihren Vorrang entsprechend der UN Behindertenrechtskonvention gewährleisten. Wir sichern dafür auch über die regionale Schulentwicklungsplanung stabile Strukturen. Dabei wollen wir uns, in enger Abstimmung mit der Bildungswissenschaft, an erfolgreichen Praxisbeispielen und bewährten Umsetzungsmodellen orientieren.

Begründung

Dass und wie wir inklusive Bildung stärken wollen, fehlt im bisherigen Entwurf.

Unterstützer*innen

Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Ulrike Felger (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Annika Franz (KV Tübingen); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-2-193-3

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Tobias Friedlein (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 192 bis 194:
geleistet, um Schüler*innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot ein gutes Lernen zu ermöglichen. ~~Wir sichern dafür auch über die regionale Schulentwicklungsplanung stabile Strukturen~~„Die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) sind darauf spezialisiert, Kinder und Jugendliche entsprechend ihrer individuellen Förderbedarfe zu unterstützen. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und ihre Eltern sollen zwischen einem inklusiven Bildungsangebot und den SBBZen wählen können.“

Begründung

Eltern und Kinder können – mit entsprechender Beratung – am besten einschätzen, ob ein inklusives oder ein sonderpädagogisches Angebot im jeweiligen Fall geeignet ist. Der Förderbedarf unterscheidet sich je nach Art erheblich, weshalb eine pauschale Lösung nicht zielführend ist. Die SBBZ leisten einen wichtigen Beitrag zur individuellen Förderung, indem sie sowohl eigenständige Bildungswege eröffnen als auch durch Kooperationen mit allgemeinen Schulen inklusive Angebote unterstützen. Die Wahlfreiheit zwischen inklusiven Angeboten und SBBZen ermöglicht den Kindern und Eltern das für sie passende Angebot zu wählen.

Unterstützer*innen

Felix Poloczek (KV Ravensburg); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Colin Christ (KV Heilbronn); Hannes Kaiser (KV Hohenlohe); Marlena Kröhn (KV Odenwald-Kraichgau); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Lea Rocca (KV Böblingen); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Meinolf Block (KV Heidelberg); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Franziska Metzbaur (KV Heidelberg); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Matthias Schablowski-Trautmann (KV Heidelberg); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Hannes Sturm (KV Freiburg)

PRO-2-193-4

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Matthias Schablowski-Trautmann (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 192 bis 194:
geleistet, um Schüler*innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot ein gutes Lernen zu ermöglichen.~~[Leerzeichen]~~

Wir ~~sichern dafür auch über~~setzen uns für einen modernen und differenzierten Sportunterricht ein, der auf die ~~regionale Schulentwicklungsplanung stabile Strukturen~~individuellen Bedürfnisse der Kinder verschiedener Altersstufen eingeht. Dabei wird großer Wert auf eine positive Lernumgebung gelegt, die den Wettkampfgedanken nicht ausschließt, sondern als motivierendes Element zur Förderung von Ehrgeiz und Leistungsbereitschaft begreift. Besonderes Gewicht wird auf die Vermittlung von sozialen Werten wie Teamgeist, Fairness und Respekt - gerade gegenüber Leistungsschwächeren - gelegt, die insbesondere in Teamwettbewerben intensiv erlebt werden und essentiell sind für die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Einfache gemeinsame Aktivitäten und Spiele, die Kooperation erfordern, helfen den Kindern, die Bedeutung von Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung zu verstehen.

Begründung

Begründung wird mündlich eingebracht.

Unterstützer*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Maike Hipp (KV Karlsruhe); Leo Hartmann (KV Esslingen); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Tobias Friedlein (KV Heidelberg); Florian Kollmann (KV Heidelberg); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Jennifer Biller (KV Mannheim); Colin Christ (KV Heilbronn); Jonathan Witte (KV Heidelberg); Theresia Bauer (KV Heidelberg); David Bieg (KV Ulm); Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Daniel Burgstaller (KV Ludwigsburg)

PRO-2-194

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 194 einfügen:
Für langzeiterkrankte Kinder bzw. für Kinder mit einer entsprechenden Diagnose wollen wir eine rechtssichere Onlinebeschulung bzw. den Besuch einer zertifizierten Fernschule ermöglichen.

PRO-2-194-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 194 einfügen:
Für langzeiterkrankte Kinder bzw. für Kinder mit einer entsprechenden Diagnose wollen wir eine rechtssichere Onlinebeschulung bzw. den Besuch einer zertifizierten Fernschule ermöglichen.

PRO-2-194-3

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 193 bis 194 einfügen:
Bildungsangebot ein gutes Lernen zu ermöglichen. Wir sichern dafür auch über die regionale Schulentwicklungsplanung stabile Strukturen. **Wir möchten Kindern mit Behinderung die Möglichkeit geben, reguläre Schulen zu besuchen. Denn nur weil eine Behinderung vorliegt, muss man nicht automatisch auf ein SBBZ wechseln. Deshalb möchten wir Geld in die Hand nehmen und beginnen, unsere aktuellen Schulgebäude zu sanieren – etwa durch den Einbau barrierefreier Toiletten und Aufzüge, um alle Klassenzimmer erreichen zu können. Diese Maßnahmen sind sowohl für die Schüler*innen als auch für die Eltern wichtig.**

So holen wir Menschen mit Behinderung in die Mitte unserer Gesellschaft und stellen sie nicht an den Rand. Zudem gibt es einen wichtigen Lerneffekt: Wir bauen Berührungsängste zwischen Menschen mit und ohne Behinderung ab und fördern ein besseres Verständnis füreinander.

PRO-2-195

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Wolfgang Straub (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

In Zeile 195:
~~**Zurück an die Leistungsspitze – Schulqualität und modernes Lernen**~~

Hin zur Leistungsspitze – Mit Qualität in Schule und Unterricht

Begründung

Titel passt besser zu meinem Änderungsantrag für den Text im Kapitel. Messlatte hängt nicht ganz so hoch. Das Ziel wird dennoch beschrieben.

Unterstützer*innen

Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Peter Koderisch (KV Freiburg); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Annika Franz (KV Tübingen); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Anette Vogt (KV Stuttgart)

PRO-2-196

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Wolfgang Straub (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 196 bis 202:

~~Wir legen den Fokus auf die Qualität von Schule und Unterricht. Dafür werden wir die Freiräume von Schulen erweitern, Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben entlasten und Schulnetzwerke ausbauen. Wir führen die datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung fort, unterstützt durch zentrale Bildungscontrollings. Die Schulaufsicht stärken wir dabei weiter in ihrer Rolle der dialogorientierten Entwicklungsberatung. Mit einem Budget für Innovationen ermöglichen wir Schulen mehr und neue Impulse im Unterricht und Schulalltag zu setzen.~~

Wir wollen, dass Bildung in Baden-Württemberg Anschluss an die nationale und internationale Leistungsspitze hält. Wir legen den Fokus auf hohe Qualität beim Lehren und Lernen. Dafür eröffnen wir Schulen Freiräume. Wir entlasten Schulleitungen und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben und führen verlässliche Teamzeiten ein. Mit Schulnetzwerken fördern wir die Weiterentwicklung und Verbreitung erfolgreicher Qualitätskonzepte. Mit einem Budget für Innovationen ermöglichen wir Schulen, neue Impulse beim Lernen und im Schulleben zu setzen.

Bei der datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung gehen wir wichtige nächste Schritte. Wir entwickeln professionelle Standards in der Beratung und Fortbildung weiter. Die Rolle der Schulaufsicht stärken wir im Sinne einer dialogorientierten Entwicklungsberatung. Handlungsleitend muss die gemeinsame Verantwortung aller Akteure im Schulsystem für die Erreichung von Zielen sein.

Begründung

Der Text präzisiert, worum es bei der Qualitätsentwicklung geht. Er beschreibt notwendige nächste Schritte in der Schul- und Unterrichtsentwicklung. Freiräume für Schulen, Netzwerke und Innovationsbudgets gehören zur Qualitätsentwicklung ebenso dazu wie professionelle Beratung und Fortbildung. Wichtig ist das dialogorientierte Zusammenwirken und die gemeinsame Verantwortung aller Akteure im Schulsystem für das Erreichen von Zielen. Die Erhebung und die Interpretation von Daten können solche Prozesse wirksam unterstützen. Schlagworte wie „Bildungscontrolling“ verkürzen diesen Aspekt und bergen die Gefahr, Ängste auszulösen.

Unterstützer*innen

Marius Blascheck (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Ulrike Felger (KV Böblingen); Annika Franz (KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Nils Aaron Arnold (KV

Breisgau-Hochschwarzwald); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Jörg Bischof (KV Tübingen); Damian Kunkis (KV Reutlingen)

PRO-2-202

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Benjamin Bauer (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 202 einfügen:

Wir wollen eine landesweite digitale Zahlungsplattform für alle Schulen einführen, die das Einsammeln von Geldern für Ausflüge und Klassenfahrten oder das Verwalten von Klassenkassen einfach, bargeldlos und vollständig ohne privat verwaltete Konten von Lehrkräften ermöglicht. Dafür werden wir eine zentrale, datenschutzkonforme und sichere Infrastruktur schaffen, die digitale Bezahlwege, automatisierte Dokumentation und klare Verantwortlichkeiten umfasst. So entlasten wir Lehrkräfte, reduzieren Bürokratie und stärken die Transparenz gegenüber Eltern.

Begründung

Bis heute müssen Lehrkräfte in Baden-Württemberg häufig Bargeld für Ausflüge, Klassenfahrten oder die Verwaltung von Klassenkassen einsammeln. Insbesondere bei längeren Klassenfahrten werden hier schnell tausende Euro auf privat geführten Treuhandkonten verwaltet. Das ist nicht nur arbeitsintensiv, sondern auch wenig transparent und kann das Vertrauensverhältnis zwischen Lehrkräften und Eltern belasten.

Eine zentrale digitale Zahlungsplattform schafft hier klare Abhilfe: Sie ermöglicht sichere, transparente und datenschutzkonforme Zahlungsprozesse, entlastet die Schulen organisatorisch und verhindert, dass Lehrkräfte in Vorleistung gehen oder privat geführte Konten nutzen müssen.

Bundesländer wie Thüringen zeigen bereits, dass eine rechtssichere Kontenlösung für Schulen landesweit umgesetzt werden kann. Moderne digitale Systeme wie Klassengeld oder virtuelle Schulgirokonten (z. B. FIO) beweisen, dass die technische Infrastruktur bereits existiert und praxiserprobt ist. Mit einer landesweiten digitalen Zahlungsplattform kann Baden-Württemberg diese erfolgreichen Modelle aufgreifen, Synergien nutzen und eine einheitliche, verlässliche und für alle Schulen kompatible Lösung bereitstellen.

Unterstützer*innen

Dirk Grunert (KV Mannheim); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Christine Tisch (KV Karlsruhe); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Victoria Link (KV Karlsruhe); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); J. Sophie Forreiter (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe); Paul Pasler (KV Karlsruhe); Lioba Burck (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe)

PRO-2-203

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Wolfgang Straub (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 203 bis 211:

~~Um Schüler*innen optimal auf die Herausforderungen einer sich wandelnden Welt vorzubereiten, werden Kompetenzen wie Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken gezielt gefördert. Deshalb beziehen wir Schüler*innen aktiv in den Lernprozess ein und fördern selbstbestimmtes Lernen. Digitale und KI-gestützte Lernbegleitung soll Schüler*innen dabei unterstützen, ihren individuellen Lernprozess zu gestalten. Projektbasiertes, fächerübergreifendes und forschendes Lernen muss zum Schulalltag gehören. Wir überarbeiten Prüfungsvorgaben für mehr projektbasiertes Arbeiten und kompetenzorientierte Bewertung.~~

Um die Lernenden von heute auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, fördern wir Kompetenzen wie Kommunikation, Zusammenarbeit, Kreativität und kritisches Denken gezielt. Selbstbestimmtes, projektorientiertes, fächerübergreifendes und forschendes Lernen stärken die Verantwortung der Schüler*innen für ihren Lernerfolg. Digitale Formate und der reflektierte Einsatz künstlicher Intelligenz unterstützen die individuellen Lernprozesse. Bei der Erneuerung von Schule und Unterricht setzen wir auch auf eine zeitgemäße Prüfungskultur, die mehr prozessorientiertes Arbeiten und kompetenzorientierte Bewertung einschließt.

Begründung

In diesem Abschnitt steht das Lernen der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt. Er beschreibt, was uns im Hinblick auf Schulqualität und schulisches Lernen besonders wichtig ist.

Unterstützer*innen

Carina Häussler (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Anke Weber (KV Stuttgart); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Annika Franz (KV Tübingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Damian Kunkis (KV Reutlingen); Thomas Hentschel (KV Rastatt/ Baden-Baden); Eric Betzin (KV Karlsruhe-Land); Steffen Siegert (KV Neckar-Odenwald-Kreis)

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025
Status:	Eingereicht (ungeprüft)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 205 bis 208 löschen:
und kritisches Denken gezielt gefördert. Deshalb beziehen wir Schüler*innen aktiv in den Lernprozess ein und fördern selbstbestimmtes Lernen. Digitale ~~und KI-gestützte~~ Lernbegleitung soll Schüler*innen dabei unterstützen, ihren individuellen Lernprozess zu gestalten. Projektbasiertes, fächerübergreifendes

Begründung

KI verändert unsere Gesellschaft massiv. Teilweise schneller, als das wir verstehen, wie wir produktiv damit umgehen. Schulen als gesellschaftliche Orte sind davon nicht ausgenommen.

KI ist vor allem Daten-Sammlung. Wir sollten Schüler*innen-Daten nicht in eine KI geben, bevor wir nicht selbst einen produktiven Umgang mit KI in der Gesellschaft und vor allem im Schulalltag, im Unterricht, mit den Schüler*innen gefunden haben.
Die beste Lernbegleitung sind kompetente Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams :)
Hier geben wir im Programm schon gute und richtige Antworten!

PRO-2-211

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 210 bis 211 einfügen:
Prüfungsvorgaben für mehr projektbasiertes Arbeiten und kompetenzorientierte Bewertung.
Durch unterschiedliche Prüfungsformen können wir auch Menschen auf dem neurodivergenten Spektrum besser in unser Schulsystem integrieren.

PRO-2-211-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 211 einfügen:
Damit alle jungen Menschen unabhängig von den Möglichkeiten ihrer Eltern erfolgreich am Wirtschaftsleben teilnehmen können, möchten wir auch die Finanzbildung rund um Geld, Steuern, Versicherungen und Vorsorge in den Schulen verankern.

Begründung

Der Antrag verfolgt das Ziel, alle jungen Menschen frühzeitig in ihrer finanziellen Handlungsfähigkeitzu stärken und damit Chancengerechtigkeit und Eigenverantwortung zu fördern.Aktuelle Studien belegen erhebliche Lücken in der finanziellen Bildung in Deutschland. Laut derOECD-Erhebung zur Finanzkompetenz (2023) verfügt nur rund ein Drittel der Bevölkerung überausreichendes Wissen zu grundlegenden Themen wie Geld, Steuern, Versicherungen oder Krediten.Besonders betroffen sind junge Menschen, Frauen sowie Personen mit geringem Einkommen oder Bildungsniveau.Die Studie Jugend in Deutschland 2025 zeigt, dass rund 20 Prozent der 14- bis 29-Jährigen bereitsverschuldet sind, was einem neuen Höchstwert entspricht. Auch bei der Altersvorsorge bestehengroße Wissenslücken: Laut der MetallRente-Studie verfügt weniger als ein Drittel der jungenErwachsenen über ausreichende Kenntnisse in diesem Bereich.Bildungsexpert*innen weisen darauf hin, dass gerade jene, die finanzielle Bildung am dringendstenbenötigen, bislang am wenigsten Zugang dazu haben. Fehlendes Wissen führt häufig zuÜberschuldung, teuren Verträgen oder mangelnder Vorsorge – und damit zu langfristigen sozialenUngleichheiten.Finanzbildung ist daher ein entscheidender Beitrag zu gerechter Bildung und gesellschaftlicherTeilhabe. Sie stärkt das Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge, befähigt junge Menschen zuselbstbestimmten Entscheidungen und trägt dazu bei, wirtschaftliche Risiken zu vermeiden. WerFinanzwissen vermittelt fördert soziale Gerechtigkeit und Zukunftskompetenz – beides zentraleZiele Grüner Politik in Baden-Württemberg

PRO-2-213

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Kornelia Müller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 213 bis 217:

~~Schule ist mehr als Unterricht. Sie ist ein Ort, an dem junge Menschen Demokratie erleben und erlernen, Gemeinschaft gestalten und ihre Stimme finden. In Zeiten von Desinformation und Hass braucht unsere Gesellschaft starke, mündige junge Menschen, die Verantwortung übernehmen. Dazu kann Schule einen wichtigen Beitrag leisten.~~

In Zeiten von Desinformation und Hass braucht unsere Gesellschaft starke, mündige junge Menschen, die Verantwortung übernehmen. Dazu kann Schule einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie sich als Ort definiert, der Freiheitsräume und Strukturen bietet, in denen Demokratie erlebt und erlernt wird. Schule soll jungen Menschen ermöglichen, Gemeinschaft zu gestalten und ihre Stimme zu finden.

Begründung

Unsere Schulen sollen ein Ort **werden**, an dem Demokratie erlebt und erlernt werden kann. Bisher sind viele Strukturen in unserem Schulsystem **noch nicht optimal** darauf ausgerichtet. Auch Theresa Schopper schreibt in dem Leitfaden für Demokratiebildung an Schulen, dass der Anspruch besteht, „*dass wir unsere* **Schulen zu Lernorten machen***, an denen junge Menschen Demokratie lernen, erfahren und erproben [...] Es geht um Zuhören, Mitreden, Mitmachen. Es geht darum, Toleranz zu entwickeln, Verantwortung zu übernehmen und Selbstwirksamkeit zu erleben. Für all das kann und soll Schule und Unterricht ein Erfahrungsraum und ein Trainingsplatz sein. [...]*
(aus dem Leitfaden „Demokratiebildung – Schule für Demokratie, Demokratie für Schule“ 2023, S. 3)

Im Wahlprogramm klingt die Formulierung bisher so, als ob dieser Prozess bereits abgeschlossen wäre. Ich finde es wichtig, dass wir hier deutlicher formulieren, dass wir zwar auf dem Weg sind, dies aber immer noch ein Ziel ist, das wir erreichen möchten.

Unterstützer*innen

Sebastian Müller (KV Freiburg); Jonathan Rabus (KV Freiburg); Susanne Maria Wolf (KV Freiburg); Thomas Schorr (KV Freiburg); Janine von Hodenberg (KV Freiburg); Birgit Woelki (KV Freiburg); Hannah Reuten (KV Freiburg); Markus Eberhardt (KV Freiburg); Konrad Bohnacker (KV Freiburg); Christoph Herderich (KV Freiburg); Bernd Sterzenbach (KV Freiburg); Olaf Haas (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Thomas Knoll (KV Freiburg); Nicholas Eschenbruch (KV Freiburg); Berthold Noeske (KV Freiburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Paul Vogel (KV Freiburg); Tilmann Kupsch (KV Freiburg)

PRO-2-217

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Benjamin Bauer (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 216 bis 217 einfügen:
mündige junge Menschen, die Verantwortung übernehmen. Dazu kann Schule einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Einführung übergeordneter Leitperspektiven in den Bildungsplänen war 2016 ein Paragidmenwechsel für ganzheitliches Lernen. Wir wollen die Wirksamkeit der Leitperspektiven in den Bereichen Bildung für nachhaltige Entwicklung, Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt, Medienbildung, Prävention und Gesundheitsförderung, Verbraucherbildung und berufliche Orientierung zehn Jahre nach ihrer Einführung evaluieren, ihre Anwendung in der Unterrichtspraxis weiterentwickeln und verbindlicher gestalten.

Begründung

Die Leitperspektiven des Bildungsplans 2016 stellen einen bedeutenden bildungspolitischen Schritt dar, da sie überfachliche Kompetenzen und zentrale Zukunftskompetenzen systematisch in allen Schularten verankern. Sie bilden die Grundlage dafür, dass Schulen nicht nur Fachwissen vermitteln, sondern auf gesellschaftliche Herausforderungen wie Nachhaltigkeit, Angriffe auf Diversität und Digitalisierung vorzubereiten.

Zehn Jahre nach ihrer Einführung ist es notwendig, die Wirksamkeit dieser Leitperspektiven in der Unterrichtspraxis systematisch zu evaluieren. Nur so kann festgestellt werden, wie gut die intendierten Kompetenzen tatsächlich bei den Schüler*innen ankommen, welche Umsetzungshürden Lehrkräfte erleben und in welchen Bereichen Weiterentwicklungen erforderlich sind.

Darüber hinaus erlaubt eine Evaluation, gezielte Maßnahmen zur Verstärkung und verbindlicheren Verankerung der Leitperspektiven im Unterricht abzuleiten. Dies unterstützt Lehrkräfte bei der Unterrichtsgestaltung, stärkt die schulische Umsetzung von Zukunftskompetenzen und sorgt dafür, dass die Leitperspektiven nicht nur formal in Lehrplänen stehen, sondern auch in der schulischen Praxis wirksam werden.

Unterstützer*innen

Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Asmaa Reuter (KV Karlsruhe); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Victoria Link (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Paul Pasler (KV Karlsruhe); Lioba Burck (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Julia von Oertzen (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV

Karlsruhe); Alexander Geiger (KV Karlsruhe); Björn Herrmann (KV Karlsruhe); Christopher Leonhard Gohla (KV Karlsruhe); Karin Fendler (KV Karlsruhe)

PRO-2-217-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 217 bis 222:

Die Demokratie- und Medienbildung haben wir bereits an den Schulen gestärkt.

Über integrierte und projektgebundene Formate wollen wir die Demokratie- und Medienbildung noch stärker ausbauen und den Schüler*innen die Möglichkeit geben, sich aktiv einzubringen – etwa bei Schulentwicklungsprozessen.

~~Die Demokratie- und Medienbildung haben wir bereits an den Schulen gestärkt. Wir stärken und bauen die Demokratiebildung und politische Bildung über integrierte und projektgebundene Formate aus. Schüler*innen sollen sich aktiv einbringen – etwa bei Schulentwicklungsprozessen.~~

Schüler*innenvertretungen und Eltern werden beispielsweise beim Umbau von Schulen eingebunden. In Projekten mit Vereinen,

PRO-2-228

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 227 bis 229 einfügen:
haben das Pflichtfach „Informatik und Medienbildung“ an allen weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/2026 eingeführt. Wir wollen junge Menschen über die Funktionsweise von KI und ihre Chancen und Risiken aufklären und so eine KI-Mündigkeit aller Schülerinnen und Schüler erreichen. Wir werden Medien- und Demokratiebildung in der Ausbildung von Lehrer*innen stärken,

Begründung

Im gesamten Kapitel 2 wird KI nur an einer Stelle genannt: „Digitale und KI-gestützte Lernbegleitung soll Schüler*innen dabei unterstützen, ihren individuellen Lernprozess zu gestalten.“ Viel wichtiger als diese passive Nutzung von KI ist es, die KI-Kompetenz von Schülerinnen und Schülern zu stärken.

PRO-2-228-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 227 bis 229:
haben das Pflichtfach „Informatik und Medienbildung“ an allen weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/2026 eingeführt. ~~Wir werden~~Jetzt geht es darum, das neue Fach zu verstetigen, entsprechende Bildungspläne aufzubauen und qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen. Dafür stärken wir Medien- und Demokratiebildung in der Ausbildung von Lehrer*innen ~~stärken,~~und die Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischer Medienpädagogik. Die bereits laufende Nachqualifizierung der vorhandenen Fachkräfte beobachten wir laufend und verbessern diese kontinuierlich. Wir setzen uns für einen neuen Weg in das Lehramt für Medienpädagog*innen ein und entwickeln dafür neue Fachstandards, die das Berufsbild Lehrkraft für Medienpädagogik ermöglichen. So schaffen wir einen soliden wissenschaftlichen Unterbau für das neue Schulfach durch den Aufbau entsprechender Lehramtsstudiengänge und Professuren an den Hochschulen des Landes.

Begründung

Mit dem Schulfach „Informatik und Medienbildung“ hat das Land zwar auf die Veränderungen des Mediensystems und den sich daraus ergebenden Bildungsbedarf adäquat reagiert, allerdings auch ein Schulfach geschaffen, das aktuell niemand in Gänze fachlich fundiert unterrichten kann: „Informatik“ ist ein durch ein lehramtsbezogenes Fachstudium grundständiges Ausbildungsfach, während die Medienbildung bisher ein ausschließlich durch „One-Shot-Fortbildungen“ nachqualifizierter, überfachlicher Bereich war und ist. Im bisherigen Informatik-Lehramtsstudium kommt die fachliche Fundierung der Medienbildung deutlich zu kurz. Zudem wird Informatik aufgrund der Zwei-Fach-Ausbildung immer mit einem anderen Fach studiert. Medienbildung wird auch als Zweitfach bisher nicht in der Studienordnung für das Lehramt aufgeführt. Wer jedoch Medienpädagogik studiert, darf nicht ins Lehramt. Dieses Manko beheben wir nun, indem wir einerseits der bereits existierenden freien medienpädagogischen Szene den neuen Weg ins Lehramt ermöglichen und andererseits die Lehramtsausbildung entsprechend ergänzen.

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Maren Walter (KV Freiburg)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 230 bis 231:
Unsere Gesellschaft ~~wird vielfältiger~~ist vielfältig. Ein Zusammenhalt in gegenseitiger Achtung und Wertschätzung für Verschiedenheit ist uns wichtig. Deshalb haben wir im

Von Zeile 233 bis 235 einfügen:
Vielfalt“ verankert, damit Schüler*innen sich ohne Angst vor Diskriminierung und Vorurteilen in unserer Gesellschaft bewegen können**. Solche diskriminierungsfreien Räume ("safer spaces") sorgen dafür, dass Personen mit Diversitätsmerkmalen ihre Persönlichkeit frei entfalten können und bereits bestehende Diversität sichtbar wird. Das stärkt unsere Demokratie. Die Leitperspektive "Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt" werden wir im Hinblick darauf evaluieren, welche Wirkung sie auf die Entwicklung von diskriminierungskritischen Schulen erzielt. In Zeiten von zunehmendem Rechtspopulismus ist dies insbesondere für die Wahrung der Grundrechte von queeren Kindern und Jugendlichen ausschlaggebend. Gemeinsam mit den Schulen und außerschulischen Bildungsanbietern wollen wir deshalb sicherstellen, dass über die bei akuten Fällen von Queerfeindlichkeit übliche Krisenintervention hinaus flächendeckende pädagogische Aufklärungsarbeit möglich wird. Um queeres Leben in Baden-Württemberg nachhaltig zu schützen, werden wir die bestehenden Finanzierungsstrukturen für Beratungsakteure auswerten und zusätzliche Beratungsangebote im ländlichen Raum stärken.**Ebenso haben wir haben die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als fächerübergreifendes

Begründung

Wir wollen uns queerfeindlichen Tendenzen deutlich entgegenstellen und an Betroffene die unmissverständliche Botschaft senden "Es gibt sie noch - die safer spaces - und wir in Baden-Württemberg werden alles dafür tun, sie auch in Zukunft zur Verfügung zu stellen."

Für junge Menschen ist es essenziell, dass ihre Schule diesen sicheren Lebensort darstellt. Aus den intensiven Austauschen mit kommunalen Akteuren aus Wissenschaft & Praxis wissen wir, dass die Beschäftigung mit queeren Lebenswelten an den Schulen insbesondere vom Engagement einzelner Lehrkräfte abhängt.

Oft werden außerschulische Bildungsanbieter erst dann herangezogen, wenn z.B. Transfeindlichkeit bereits ein im Klassenzimmer erlebtes Problem darstellt. In diesen Fällen vermischt sich der Bedarf an pädagogischer Aufklärungsarbeit mit akuter Krisenintervention. Ein Zustand der sowohl für die betroffenen Schüler:innen als auch die Personen der außerschulischen Bildungsorganisationen nicht gut ist und sie an Grenzen ihrer Leidens- bzw. Leistungsfähigkeit drängen kann.

Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Themen geschlechtliche Identität, sexuelle und romantische Orientierung frühzeitig und adäquat an unseren Schulen behandelt werden.

Wir Grüne müssen deutlich machen: Unsere Gesellschaft "wird nicht immer vielfältiger", sie war schon immer vielfältig. Vielfalt ist nichts, was "von außen" kommt. Menschen sind vielfältig und sie haben ein Recht darauf, dies nicht verstecken zu müssen (wie es in sehr konservativ und schlimmer geführten Zeiten üblich war).

Unterstützer*innen

Jannick Frank Roller (KV Freiburg); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Katharina Mohrmann (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Paul Vogel (KV Freiburg); Anna Schühle (KV Freiburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Kathrin Vobis-Mink (KV Kurpfalz-Hardt); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Pauline Valentin (KV Freiburg); Johanna Thym (KV Stuttgart); Karin Kratzer-Wirth (KV Aalen-Ellwangen); Kathrin Weisser (KV Karlsruhe-Land); Silke Seibold (KV Karlsruhe-Land)

PRO-2-230-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 230 bis 231 löschen:
~~Unsere Gesellschaft wird vielfältiger.~~ Ein Zusammenhalt in gegenseitiger Achtung und Wertschätzung für Verschiedenheit ist uns wichtig. Deshalb haben wir im

Begründung

Wir sind schon Vielfältig

PRO-2-234

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Benjamin Bauer (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 233 bis 235 einfügen:
Vielfalt“ verankert, damit Schüler*innen sich ohne Angst vor Diskriminierung und Vorurteilen in unserer Gesellschaft bewegen können. In der Ausbildung von Lehrkräften wollen wir künftig verbindliche Kompetenzstandards zum diskriminierungsfreien Umgang mit den Belangen queerer Kinder und Jugendlicher in Unterrichtspraxis und im Schulleben verankern. Gemeinsam mit Bildungsträgern aus der Community wollen wir verstärkt zu Schulkulturen beitragen, in denen sich queere Schüler*innen sicher und akzeptiert fühlen.

Begründung

Queere Kinder und Jugendliche erleben an Schulen nach wie vor in verstärktem Maß Diskriminierung, Mobbing und Ausgrenzung. Zahlreiche Studien und Berichte von Organisationen der queeren Community zeigen, dass die schulische Umgebung entscheidend für die psychische Gesundheit, das Selbstwertgefühl und den Bildungserfolg dieser jungen Menschen ist.

Aktuell werden Lehrkräfte in Baden-Württemberg nur unzureichend auf die Bedürfnisse queerer Schüler*innen vorbereitet. Fort- und Weiterbildungen sind oft freiwillig, und verbindliche Standards für den diskriminierungsfreien Umgang im Unterricht und Schulleben fehlen. Eine verbindliche Verankerung von Kompetenzstandards in der Lehrkräfteausbildung stellt sicher, dass alle Lehrkräfte befähigt werden, eine inklusive, respektvolle und wertschätzende Lernumgebung zu schaffen.

Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit Bildungsträgern aus der queeren Community zentral: Externe Expertise kann Lehrkräfte praxisnah schulen und den Schulen ermöglichen, nachhaltige, lebensnahe und partizipative Schulkulturen zu entwickeln. Diese Kooperation fördert nicht nur das Verständnis für die Belange queerer Jugendlicher, sondern schafft auch Vertrauen und Sicherheit für die Betroffenen.

Insgesamt stärkt die Umsetzung dieser Maßnahme die Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit, verbessert das Schulklima für alle Schüler*innen und trägt dazu bei, dass Schulen Orte der Akzeptanz, Sicherheit und Vielfalt werden.

Unterstützer*innen

Lisa Kreitmeier (KV Konstanz); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Christine Tisch (KV Karlsruhe); Asmaa Reuter (KV Karlsruhe); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); J. Sophie Forreiter (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Fynn

Rubehn (KV Böblingen); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Paul Pasler (KV Karlsruhe); Lioba Burck (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Renate Rastätter (KV Karlsruhe)

PRO-2-241

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Benjamin Bauer (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 240 bis 241 einfügen:
Schüler*in soll im Laufe der Schullaufbahn mindestens eine Gedenkstätte zu nationalsozialistischen Gewaltverbrechen besuchen. Die bestehenden Fördermöglichkeiten für Gedenkstättenfahrten wollen wir ausbauen, vereinfachen und den Schulen im Land künftig ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand zur Verfügung stellen.

Begründung

Studienfahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts können bereits heute von Landesseite bezuschusst werden. Die zuständigen Lehrkräfte müssen diese Zuschüsse beim jeweils zuständigen Regierungspräsidium beantragen, haben dafür jedoch im Vorfeld und im Nachhinein aufwändige Antrags- und Dokumentationspflichten. Die Bereitsellung der Fördermittel erfolgt so immer erst nach der Exkursion, was zu aufwändigen, kleinteiligen Rückzahlungen (an den meisten Schulen noch immer i.d.R. in Bargeld) für ganze Schulstufen führt.

Unterstützer*innen

Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Christine Tisch (KV Karlsruhe); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); J. Sophie Forreiter (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Nick Marx (KV Karlsruhe); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Paul Pasler (KV Karlsruhe); Lioba Burck (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Andreas Mössinger (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Alexander Geiger (KV Karlsruhe)

PRO-2-241-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 240 bis 241 einfügen:
Schüler*in soll im Laufe der Schullaufbahn mindestens eine Gedenkstätte zu nationalsozialistischen Gewaltverbrechen besuchen und durch anderweitige Projeke, Programme oder Impulse dieses Wissen auf das zusammen leben und lernen übertragen lernen.

PRO-2-244

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 243 bis 244 einfügen:
und fördern die Bereitschaft, Verantwortung für das demokratische Miteinander zu übernehmen. Mit Mehrgenerationen-Programmen wollen wir den Austausch zwischen Alt und Jung befördern und die gegenseitige Wertschätzung stärken. Dazu wollen wir das Thema „Zusammenleben der Generationen“ stärker in die Lehr- und Bildungspläne der Schulen einbringen.

Begründung

Generationen unter einem Dach sind seltener geworden, somit auch das Erleben verschiedener Lebens- und Entwicklungsphasen der Generationen.

PRO-2-244-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 244 einfügen:

Kulturelle Bildung leistet in Schule einen wichtigen Beitrag, um sich mit gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen, Schüler:innen neue Erfahrungsräume zu eröffnen und trägt damit zur Persönlichkeitsentwicklung bei.

PRO-2-244-3

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 244 einfügen:

Im Zuge der Sanierung und Modernisierung werden wir Schulen auch zu Orten umgestalten, die aktive Gesundheitsförderung von Grund auf ermöglichen, denn wir haben erkannt, dass die Atemluft auch in Innenräumen ein entscheidender Faktor für die körperliche und psychische Gesundheit, Konzentration und Lernleistung ist – sowohl für Schüler*innen, aber auch für das Lehrpersonal. Stetig zunehmende Schadstoffbelastungen durch Feinstaub, Mikroplastik, chemische Rückstände und aerogene Krankheitserreger beeinträchtigen zudem das allgemeine Wohlbefinden und führen immer häufiger zu postviralen Beschwerden wie Long Covid und ME/CFS, die die gesellschaftliche Teilhabe, Bildungschancen und Gleichstellung von Schüler*innen aber auch von Lehrkräften erschweren. Pädagogisches Personal ist nach Pflegepersonal besonders häufig von postviralen Folgen wie Long Covid oder ME/CFS betroffen, weshalb wir durch konsequente Luftqualitätsmaßnahmen auch die Zahl der Betroffenen reduzieren möchten - insbesondere solange es noch keine Aussicht auf Heilung gibt. Auch durch Hitze, die insbesondere in Baden-Württemberg Lernräume stark belastet und zusätzliche gesundheitliche Risiken mit sich bringt, entsteht eine zusätzliche Belastung, insbesondere für Kinder, die bei Hitze der Risikogruppe angehören. Wir werden für unsere Zukunftsschulen einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und deshalb freiwillig verbindliche Mindeststandards für Raumluftqualität festsetzen und alle Einrichtungen, Neu- und Bestandsbauten, mit technischen Lösungen für automatisierten Frischluftaustausch, wirksame Luftreinigung und angepasste Klimatisierung ausstatten. So schaffen wir Lernräume, die Kinder und Jugendliche stärken, ihre Entwicklung schützen, Wertschätzung zeigen und die Zukunft unseres Landes sichern. Dabei orientieren wir uns an der UN-Kinderrechtskonvention und dem Recht aller Kinder auf Gesundheit, Schutz und eine sichere Lernumgebung. ₂ Gleichzeitig müssen und wollen wir natürlich auch die Gesundheit der Lehrkräfte schützen. Denn gute Schulen profitieren von gesunden Lehrer*innen. Raumluftqualität soll verbindliche arbeitsschutzrechtliche Relevanz erhalten und für alle Lehrkräfte, auch im Beamtenverhältnis, gelten. Dies geschieht unter anderem durch die Verbindlichmachung von CO-Grenzwerten aus der Arbeitsstättenrichtlinie. So stärken wir die gesundheitliche Resilienz, schützen die Teilhabe und Entwicklung und sichern gleichzeitig das Wohlbefinden und die Arbeitsfähigkeit des pädagogischen Personals. Darüberhinaus werden wir die Raumluftqualität systematisch überwachen: CO-Sensorik, ₂ Smart-Building-Technologien und offene Datenplattformen sollen Transparenz schaffen, Prävention messbar machen und die Einhaltung verbindlicher Mindeststandards sicherstellen. Wir wissen, nicht allen Kindern und Jugendlichen ist aus unterschiedlichen Gründen ein Schulbesuch in Präsenz möglich. Wir werden daher digitale Bildungsangebote entwickeln, die allen Teilhabe am Unterricht ermöglicht und niedrigschwellig offensteht, um soziale Teilhabe und den Wissenserwerb zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

PRO-2-257

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marius Blascheck (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 256 bis 261:
verbindliches Ganztagsschulmodell kann am besten zur Bildungsgerechtigkeit beitragen, ~~verringert~~holt die ~~zu Hause zu erledigenden~~ Schularbeiten in die Schule und ist für die Eltern kostenfrei. Daher fördern wir die Umsetzung ~~dieses Qualitätsrahmens~~eines diesbezüglichen Qualitätsrahmens für die Primar- und Sekundarstufe. Unsere Schulen müssen so ausgestattet sein, dass sie ein attraktiver Lern- und Lebensort ~~sein können~~sind. Dazu gehört ein warmes und gesundes Mittagessen. Wir fördern die Kooperation mit außerschulischen Partnern in der kommunalen

Begründung

Der Satz „Daher fördern wir die Umsetzung dieses Qualitätsrahmens.“ ist losgelöst vom restlichen Text und wird dadurch unverständlich. Einer leicht veränderten Passage ist er in den Text eingebettet und kann verstanden werden.

Unterstützer*innen

Carina Häussler (KV Stuttgart); Annika Franz (KV Tübingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Ulrike Felger (KV Böblingen); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-2-260

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Benjamin Bauer (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 259 bis 262:
Unsere Schulen müssen so ausgestattet sein, dass sie ein attraktiver Lern- und Lebensort sein können. Dazu gehört ein warmes und gesundes Mittagessen. ~~Wir~~ **In besonderem Maße kommt es im Ganztag auf eine enge und gut koordinierte Kooperation zwischen Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften an. Diese wollen wir perspektivisch zum Beispiel durch gesetzlich verankerte Kooperationsstrukturen und -zeiten weiter stärken. Zusätzlich** fördern wir die Kooperation mit außerschulischen Partnern in der kommunalen Bildungslandschaft.

Begründung

Die Bildungsforschung zeigt, dass die Qualität des Ganztags stark von der multiprofessionellen Zusammenarbeit abhängt. Regelmäßige Abstimmungszeiten zwischen Lehrkräften und pädagogischem Personal verbessern die Lern- und Betreuungsangebote, stärken die frühkindliche Förderung und erhöhen die Chancengerechtigkeit.

Die Novelle des Schulgesetzes schafft bisher nur Flexibilität in Zeitmodellen und Aufsicht, jedoch keine verbindlichen Regelungen für nötige Abstimmungszeiten. Außerdem wird besonders auf die Kooperation mit außerschulischen Partnern als zusätzlicher Baustein gesetzt (Monetarisierung zusätzlicher Lehrerwochenstunden, Kooperationsvereinbarungen, Qualitätsrahmen). Perspektivisch wird jedoch eine vertrauensvolle und koordinierte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen pädagogischen Professionen im Sinne der Kinder und Jugendlichen für einen hochqualitativen Ganztag von Nöten sein.

Durch die gesetzliche Verankerung von Kooperationszeiten kann die Landesregierung die Qualität des Ganztags nachhaltig sichern, die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte reduzieren und eine verlässliche multiprofessionelle Betreuung für alle Kinder gewährleisten.

Unterstützer*innen

Victoria Link (KV Karlsruhe); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Daniel Jobke (KV Mannheim); Asmaa Reuter (KV Karlsruhe); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); J. Sophie Forreiter (KV Karlsruhe); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe)

PRO-2-260-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 259 bis 261:
Unsere Schulen müssen so ausgestattet sein, dass sie ein attraktiver Lern- und Lebensort sein können. Dazu gehört ein warmes ~~und~~, gesundes und kostenloses Mittagessen. Wir fördern die Kooperation mit außerschulischen Partnern in der kommunalen

PRO-2-260-3

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 259 bis 261 einfügen:
Unsere Schulen müssen so ausgestattet sein, dass sie ein attraktiver Lern- und Lebensort sein können. Um dem Stress entgegenzusteuern, soll es feste Ruheräume geben. Dazu gehört ein warmes und gesundes Mittagessen. Wir fördern die Kooperation mit außerschulischen Partnern in der kommunalen

PRO-2-264

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 264 bis 268 einfügen:
Bildung braucht Räume, die zum Lernen und Entdecken einladen. Unsere Schulen **und Schulhöfe**
müssen baulich so aufgestellt sein, dass sie moderne Pädagogik ermöglichen – mit ausreichend Platz, guter Ausstattung und digitaler Infrastruktur. Schulgebäude müssen funktional, sicher, gesund und klimafest sein**. Bewegungsfördernde Schulhöfe sollen außerhalb des Schulbetriebs auch von der Öffentlichkeit genutzt werden können und zu lebendigen Quartieren beitragen.** Wir wollen, dass Schulen Orte sind, an denen sich Kinder wohl und sicher fühlen.

PRO-2-267

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 266 bis 268:
ausreichend Platz, guter Ausstattung und digitaler Infrastruktur. Schulgebäude müssen funktional, sicher,~~[Leerzeichen]~~**barrierefrei, gesund und klimafest sein. Wir wollen, dass Schulen Orte sind, an denen sich Kinder wohl und sicher fühlen.**

PRO-2-268

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ulrike Felger (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 267 bis 268 einfügen:
müssen funktional, sicher, gesund und klimafest sein. Wir wollen, dass Schulen Orte sind, an denen sich Kinder wohl und sicher fühlen.

Als verbindende Orte in unserer Gesellschaft öffnen sich Schulen räumlich in das umliegende Quartier und schlagen so die Brücke zwischen schulischem Lernen und lebenslanger Bildung. Gleichzeitig fördern wir die Weiterentwicklung öffentlicher Bibliotheken zu einladenden, integrativen Orten der Begegnung, an denen Menschen echte Gemeinschaft erleben und die auch in den Abendstunden und an Wochenenden geöffnet sind.

Unterstützer*innen

Marius Blascheck (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Peter Koderisch (KV Freiburg); Jörg Bischof (KV Tübingen); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Carina Baumgärtner (KV Karlsruhe-Land); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart)

PRO-2-268-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marius Blascheck (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 267 bis 268 einfügen:
müssen funktional, sicher, gesund und klimafest sein. Wir wollen, dass Schulen Orte sind, an denen sich Kinder wohl und sicher fühlen.

Als verlässlicher Partner der Kommunen unterstützen wir die Sanierung und Modernisierung von Schulen auch in Zukunft – mit Fokus auf Raumkonzepten, die kooperatives Lernen, Rückzug und Kreativität ermöglichen. Hierfür führen wir im Schulbauförderprogramm des Landes eine „Innovationskomponente“ ein. Die bauliche Infrastruktur soll Lernfreude und Begegnung ermöglichen. Den Bau von Schulsport- und Schwimmstätten werden wir im Schulbauförderprogramm stärker unterstützen.

Begründung

Der Absatz wird von 282 als neuer Absatz nach Zeile 262 hochgezogen. An dieser Stelle geht es bereits um Schule als gesunden und sicheren Lern- und Lebensraum. Der Absatz 282ff muss dann folglich gestrichen werden. Auf das stellen eines weiteren ÄA dafür wird verzichtet.

Durch die Verschiebung des Absatzes wird das Thema ohne Redundanzen oder Schleifen als ein sinnlogischer Block besprochen. Gleichzeitig gewinnen die vor und nach dem Absatz gesetzten Passagen an Klarheit.

Unterstützer*innen

Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Ulrike Felger (KV Böblingen); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart)

PRO-2-268-3

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Gönner (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 267 bis 268 einfügen:
müssen funktional, sicher, gesund und klimafest sein. Wir wollen, dass Schulen Orte sind, an denen sich Kinder wohl und sicher fühlen. **Wir setzen uns für eine vollumfängliche Lernmittelfreiheit in Baden-Württemberg ein, sodass alle Schüler*innen unabhängig vom Einkommen ihrer Familien Zugang zu notwendigen Schulmaterialien, digitalen Endgeräten und Lehrmitteln erhalten.**

Begründung

Lernmittelfreiheit ist ein entscheidender Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Hohe Kosten für Schulbücher, Arbeitshefte, digitale Geräte und weiteres Material belasten insbesondere Familien mit geringem und mittlerem Einkommen. Wenn der Zugang zu grundlegenden Lernmitteln vom Geldbeutel der Eltern abhängt, entstehen strukturelle Nachteile, die sich auf den gesamten Bildungsweg auswirken können. Eine vollumfängliche Lernmittelfreiheit stellt sicher, dass alle Kinder mit den gleichen Voraussetzungen lernen können und stärkt die Chancengerechtigkeit im gesamten Bildungssystem.

Zugleich unterstützt die Lernmittelfreiheit Schulen dabei, moderne, zeitgemäße Unterrichtsformen weiterzuentwickeln. Sie ermöglicht den verlässlichen Einsatz digitaler Endgeräte, erleichtert einheitliche Standards und entlastet Lehrkräfte von der Aufgabe, fehlende Materialien zu kompensieren. Durch eine landesweit gesicherte Finanzierung schaffen wir eine nachhaltige Grundlage dafür, dass Bildung unabhängig von sozialer Herkunft zugänglich, inklusiv und zukunftsfähig bleibt.

Unterstützer*innen

Jaron Immer (KV Reutlingen); Malte Jonas Wörner (KV Aalen-Ellwangen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Lisa Kreitmeier (KV Konstanz); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Stefan Hubertus (KV Rastatt/Baden-Baden); Florian Bieck (KV Freiburg); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Leni Reiland (KV Mannheim); Richard Langer (KV Tübingen); Julia Uebele (KV Göppingen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Finn Schwarz (KV Tübingen); Nina Goldmann (KV Göppingen)

PRO-2-269

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Kreisverband Karlsruhe
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 269 bis 275:
Wir unterstützen Schulen ~~in~~bei der Umsetzung von Konzepten gegen Mobbing und Gewalt ~~und~~sowie bei Programmen, die proaktiv zur Stressbewältigung und Stärkung der mentalen Gesundheit ~~der Schülerinnen~~von Schüler*innen und ~~Schüler~~Lehrkräften beitragen. Um Lehrkräften mehr Sicherheit im Umgang mit psychisch belasteten Schüler*innen zu geben, bauen wir das ~~Fortbildungsangebot~~Fortbildungs- und psychologische Supervisionsangebot im Bereich mentaler Gesundheit aus. Wir möchten die schulpsychologischen Angebote erweitern und um präventive Ansätze - etwa durch Gruppenangebote an Schulen - ergänzen. Dafür braucht es zusätzliche, langfristig gesicherte Stellen in der Schulpsychologie.
Die Schulsozialarbeit ~~gehört dabei~~als sozialpädagogische Begleitung zur Förderung von Teilhabe und sozialer Integration ist für uns selbstverständlich ~~mit zum Schulleben. Unter Jugendlichen haben psychische Probleme auch durch das Aufkommen sozialer Medien zugenommen~~ebenfalls ein wichtiger Bestandteil des Schullebens.

Damit nehmen wir die Forderungen von Schüler*innen nach besserer Unterstützung ihrer psychischen Gesundheit ernst. Unter Jugendlichen haben psychische Probleme und Belastungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen und sich unter anderem durch das Aufkommen sozialer Medien weiter verschärft.

Begründung

Zahlreiche Studien der vergangenen Jahre zeigen deutlich: Psychische Belastungen und Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen nehmen zu. Erst im Oktober hat die Bundesschülerkonferenz erneut auf diese Entwicklung hingewiesen und die Politik zum Handeln aufgefordert. Wir müssen junge Menschen ernst nehmen und sie präventiv darin unterstützen, sich selbstwirksam, resilient und gewappnet für die Zukunft zu erleben.

Angesichts wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen, zunehmender Einsamkeit und allgemeiner Unsicherheiten stellt sich die Frage, wie das Land auf diese Entwicklungen reagieren kann. Auch wenn das Land keinen direkten Einfluss auf Therapieangebote und Klinikplätze hat, können und müssen wir präventive Strukturen zur Förderung psychischer Gesundheit sichern und ausbauen – insbesondere im schulischen Bereich.

Der Änderungsantrag möchte darauf hinweisen, dass – bei natürlich auch überlappenden gemeinsamen Themenbereichen – ein wichtiger Unterschied zwischen Schulsozialarbeit und Schulpsychologie besteht. Die Schulsozialarbeit hat ihren zentralen Auftrag in der Teilhabe und sozialen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen. Sie arbeitet stark lebensweltorientiert, niedrigschwellig und orientiert sich an den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. Die Schulpsychologie hingegen beschäftigt sich mit psychischen Herausforderungen und Krisen sowie

deren Diagnostik und Bewältigung im schulischen Kontext. Während Schulsozialarbeit überwiegend kommunal organisiert ist, steht die Schulpsychologie im Landesauftrag. In Baden-Württemberg ist sie hochqualifiziert aufgestellt: Schulpsycholog*innen verfügen über ein Diplom oder einen Masterabschluss in Psychologie sowie häufig über Zusatzqualifikationen in Coaching oder therapeutischer Ausbildung. Sowohl Schulsozialarbeit als auch Schulpsychologie arbeiten also für das Wohl der Schüler*innen – jedoch aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen methodischen Zugängen. Deshalb darf aus fachlicher Sicht die Schulpsychologie in einem Abschnitt unseres Wahlprogramms zur mentalen Gesundheit im Schulkontext nicht unerwähnt bleiben, gerade wenn die Schulsozialarbeit ausdrücklich genannt wird.

Die sehr langen Wartelisten in psychiatrischen und psychotherapeutischen Praxen sind landesweit ein großes Problem. Viele betroffene Kinder und Jugendliche könnten durch niedrigschwellige Beratungsangebote in früheren Stadien aufgefangen oder durch überbrückende Unterstützung entlastet werden. Dabei spielt die Schulpsychologie bereits eine wichtige Rolle – eine Rolle, die jedoch ausbaufähig ist und mit einer breiteren präventiven Ausrichtung Therapiebedarfe früher zielgerichteter weitervermitteln oder sogar durch beraterische Angebote abwenden kann. Auch die Zahl der Kriseneinsätze an Schulen nimmt zu, was die Schulpsychologie zusätzlich fordert und ihre Bedeutung weiter unterstreicht.

Die sozialen Medien sind ein möglicher Faktor unter vielen, die eine Bedeutung haben bei der Frage, warum wir in Deutschland – und auch weltweit – eine Zunahme an psychischen Auffälligkeiten und Erkrankungen beobachten können. Häufig wird bei einer Überbetonung dieses Faktors leider ein wenig hilfreiches Bild auf Jugendliche gezeichnet, was letztlich der Komplexität der Herausforderungen nicht gerecht wird. Deshalb sollte der letzte Satz in diesem Absatz wie vorgeschlagen das Risiko einseitiger Hypothesenbildung vorbeugen.

PRO-2-269-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 269 bis 275:

~~Wir unterstützen Schulen in der Umsetzung von Konzepten gegen Mobbing und Gewalt und bei Programmen, die proaktiv zur Stressbewältigung und mentalen Gesundheit der Schülerinnen und Schüler beitragen. Um Lehrkräften Sicherheit im Umgang mit psychisch belasteten Schüler*innen zu geben, bauen wir das Fortbildungsangebot im Bereich mentale Gesundheit aus. Die Schulsozialarbeit gehört dabei für uns selbstverständlich mit zum Schulleben. Unter Jugendlichen haben psychische Probleme auch durch das Aufkommen sozialer Medien zugenommen.~~

Die psychischen Belastungen junger Menschen haben stark zugenommen. Auch deshalb engagieren wir uns verstärkt für gesundheitsförderliche Lernbedingungen und unterstützen Schulen mit Konzeptn gegen Mobbing und Gewalt sowie mit evidenzbasierten Programmen, die Stressbewältigung und die mentale Gesundheit von Schülerinnen und Schüler unterstützen. Außerdem bauen wir niedrigschwellige Unterstützungssysteme vor Ort wie Schulsozialarbeit und Schulpsychologie weiter aus. Für Lehrkräfte erweitern wir gezielt das Fortbildungsangebot im Bereich mentale Gesundheit.

Begründung

Zum förderlichen Umgang mit psychischen Belastungsfaktoren in den Schulen gehören unbedingt niedrigschwellige Unterstützungssysteme vor Ort sowie die Beiträge der Schulpsychologie. Diese könnte wirksamer sein, wenn notwendige Mittel bereitgestellt würden und Prozesse neu aufgesetzt würden. Dies wurde vom Landesrechnungshof in seinem letzten Bericht explizit thematisiert. Fortbildungsangebote für Lehrkräfte sind bisher immer auf Freiwilligkeit angewiesen, dieses Themenfeld ist jedoch zu wichtig, um es allein dort zu verorten.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Ina Schultz (KV Sigmaringen)

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025
Status:	Eingereicht (ungeprüft)

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 275 einfügen:
Zur finanziellen Unterstützung der Schulsozialarbeit vor Ort orientieren wir uns an dem vereinbarten Drittel der Kosten gemäß der Vereinbarung im „Pakt für Familien mit Kindern“ Punkt2.
Dazu wird für die Beschäftigten die aktuelle Entlohnung nach Tarif angesetzt und eine Dynamisierung an die Tarifentwicklung festgeschrieben. Damit wird der Anteil des Landes wieder auf ein echtes Drittel gebracht.
Zusätzlich wird die Auszahlung mit Abschlagszahlungen im Schuljahr und einer anschließenden Schlussabrechnung schnell an die Kommunen überwiesen.
Die Berechnung erfolgt bspw. nach den gemeldeten Stellenzahlen/-besetzungen der Kommunen. Weitere Formalien entfallen.

Begründung

Die Unterstützung der Schulsozialarbeit mit 1/3 wurde vereinbart im „Pakt für Familien mit Kindern“ Punkt 2 (https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/Altdaten/202/Anlage_Pakt_fuer_Familien_mit_Kindern.pdf) aus dem Jahr 2011 Unterschrieben von Winfried Kretschmann)

Leider wurde damals neben dem 1/3 eine feste Summe in die Vereinbarung aufgenommen. Diese Summe wird zwar manchmal erhöht, aber immer nachträglich. Somit wurde der tatsächliche Anteil immer geringer wegen Tarifsteigerungen. Landkreise und Kommunen müssen dies ausgleichen.

Allein schon die Tatsache, das ein Kommune 1/3 selbst bezahlen muss, wird schon für eine Beschränkung der Stellen auf ein sinnvolles Anzahl sorgen.

Beispiel für Kosten
Für **2026** setzt die Gemeinde 81.035 € **pro Vollzeitstelle**, das Land bleibt seinen Anteil von 16.700 €. Die Differenz von 16.700 € zu den 81.035€ sind 64.335€ Bei einer gleichmäßigen Übernahme von Landkreis und Kommune sind dies rund 32.000 € für beide.

Anders ausgedrückt: Das Land bezahlt nur noch 1/5 .

PRO-2-275-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 274 bis 275 einfügen:
selbstverständlich mit zum Schulleben. Unter Jugendlichen haben psychische Probleme auch durch das Aufkommen sozialer Medien zugenommen. Um die Schüler*innen bei der Bewältigung dieser Probleme zu unterstützen, wollen wir einen Betreuungsschlüssel für Sozialarbeiter*innen einführen. Diese sollen den Schüler*innen zur Betreuung zur Verfügung stehen und zudem Bildungsangebote zum Thema mentale Gesundheit an den Schulen durchführen können.

PRO-2-280

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 279 bis 282:
jugendgerechte digitale Lernumgebung endet aber nicht am Schulausgang. Darum wollen wir gemeinsam mit anderen Ländern darauf hinwirken, ~~politisch~~einen europaweiten Zusammenschluss zur Durchsetzung von europäischen Werten gegenüber den ~~Rahmen für eine wirksame Social-Media-Altersgrenze~~Tech-Konzernen zu schaffen, etwa mit europäischen Regeln für die Plattformen und einem digitalen Identitätsnachweis sowie einem respektvollen Umgang für Kinder und Jugendliche.

Begründung

Ein respektvoller Social-Media-Umgang soll für alle gelten.

PRO-2-285

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 284 bis 288 einfügen:
Modernisierung von Schulen auch in Zukunft – mit Fokus auf Raumkonzepten, die kooperatives und inklusives Lernen, Rückzug und Kreativität ermöglichen. Hierfür führen wir im Schulbauförderprogramm des Landes eine „Innovationskomponente“ ein. Die bauliche Infrastruktur soll Lernfreude und Begegnung ermöglichen. Bei der Sanierung werden unsere Schulen nach und nach barrierefreier. Den Bau von Schulsport- und Schwimmstätten werden wir im Schulbauförderprogramm stärker unterstützen.

Begründung

Um dem Ziel schulischer Inklusion näher zu kommen, benötigen wir auch die räumlichen Voraussetzungen, damit diese gelingen kann.

PRO-2-288

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 287 bis 288 einfügen:
Infrastruktur soll Lernfreude und Begegnung ermöglichen. Den Bau von Schulsport- und Schwimmstätten werden wir im Schulbauförderprogramm stärker unterstützen. Der Förderungszuspruch für Schulen, Betreuungseinrichtungen und Gemeinden soll entbürokratisiert werden, damit die Gelder zur Umsetzung vor Ort ankommen.

Begründung

Lehrer und Gemeinden stehen vor dem Problem, die Projekte ohne Fördermittel nicht umsetzen zu können. Hindernisse sind die zu speifischen Anforderungen und die Bürokratie.

PRO-2-291

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 290 bis 292 einfügen:
Ausbau der digitalen Infrastruktur: Schulen benötigen stabile WLAN-Netze, moderne Endgeräte und pädagogisch einsetzbare Plattformen. Zudem möchten wir Familien finanziell entlasten, indem die Reparatur von Schul-Tablets übernommen wird. Gemeinsam mit den zuständigen Schulträgern wollen wir Wege finden, um dauerhaft mehr IT-Fachkräfte

PRO-2-293

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Kreisverband Ortenau
Beschlussdatum:	10.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 293 einfügen:
In allen allgemeinbildenden Schulen wollen wir ein verbindliches Gesundheitscurriculum entwickeln und einführen, um die Gesundheitskompetenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken.

Begründung

Gesundheit ist Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen. Kinder und Jugendliche, die körperlich und psychisch gesund sind, können sich besser konzentrieren, lernen nachhaltiger und sind im Alltag belastbarer. Gleichzeitig steht fest: Gesundheit wird erlernt. Kompetenzen im Umgang mit Stress, Ernährung, Bewegung, Medien, Sexualität, Suchtmitteln und sozialen Konflikten entstehen nicht von allein, sondern müssen gezielt aufgebaut werden.

Die Kultusministerkonferenz hat bereits 2012 betont, dass Gesundheitsförderung zu den zentralen Bildungs- und Erziehungsaufgaben gehört. Die WHO fordert mit ihrem Programm „Health Promoting Schools“ seit vielen Jahren, Schulen systematisch gesundheitsfördernd zu gestalten. Studien zeigen, dass strukturierte Gesundheitsförderung messbare Verbesserungen erzielt: bei Bewegung, Ernährung, Tabakkonsum, psychischem Wohlbefinden und Mobbing.

Baden-Württemberg verfügt derzeit über die Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung (PG)“ im Bildungsplan sowie Programme wie stark.stärker.WIR. und zahlreiche Einzelinitiativen. Diese sind wertvoll, doch sie genügen nicht, um allen Schüler*innen verbindlich dieselben Chancen auf Gesundheitskompetenz zu bieten. Was fehlt, ist ein einheitliches, verbindliches Curriculum, das Inhalte, Kompetenzen, Zeitbudgets und Qualitätsstandards klar vorgibt und überprüfbar macht.

Ein Gesundheitscurriculum soll altersgestuft Kompetenzen vermitteln: in der Grundschule die Grundlagen gesunder Ernährung, Bewegung, Konfliktfähigkeit und Mediennutzung; in der Sekundarstufe I vertiefte Kenntnisse zu psychischer Gesundheit, Suchtprävention, Sexualität, sozialem Miteinander und digitaler Welt; in der Sekundarstufe II weiterführende Inhalte zu Gesundheitsökonomie, Erste Hilfe, Partizipation und gesellschaftlicher Verantwortung.

Das Curriculum soll verbindliche Zeitfenster umfassen, aber auch fächerübergreifend wirken. Lehrer*innen werden durch Fortbildungen und geprüfte Materialien unterstützt. Jede Schule entwickelt ein eigenes Gesundheitskonzept und benennt Präventionsbeauftragte, die auf Landesebene geschult und vernetzt werden. Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation sichern Qualität und Weiterentwicklung.

Stand im Landtag: In den Jahren 2024 und 2025 hat der Landtag Baden-Württemberg mehrfach

Aspekte schulischer Prävention, Sozialarbeit und Schutzkonzepte beraten (z. B. Drs. 17/8909). Dabei verwies die Landesregierung auf die Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung (PG)“ und Programme wie stark.stärker.WIR. Ein eigenständiges, verbindliches Gesundheitscurriculum wurde jedoch bislang nicht diskutiert oder beschlossen. Genau diese Lücke soll unser Antrag schließen.

Ein verbindliches Gesundheitscurriculum bedeutet nicht, zusätzliche Belastungen für Schulen zu schaffen. Im Gegenteil: Es bündelt bestehende Maßnahmen, sorgt für Klarheit und Qualitätssicherung und macht Gesundheitsförderung planbar und messbar. Dabei sollen vorhandene Strukturen – insbesondere das ZSL, die Schulpsychologischen Beratungsstellen und kommunale Netzwerke – gezielt genutzt werden.

Gesundheitsförderung ist Bildungsgerechtigkeit: Kinder aus bildungsnahen Haushalten profitieren bereits heute stärker von gesundheitsförderlichen Lebensbedingungen. Ein verbindliches Curriculum sorgt dafür, dass alle Kinder – unabhängig von Herkunft oder sozialem Status – die gleichen Chancen auf einen gesunden Start ins Leben haben.

Zusammenfassung: Wir fordern, dass Baden-Württemberg ein verbindliches Gesundheitscurriculum einführt. Damit werden Gesundheit, Lernfreude und Chancengleichheit nachhaltig gestärkt. Unser Land braucht eine Schule, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern Kinder und Jugendliche befähigt, gesund und selbstbestimmt zu leben.

PRO-2-295

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 295 bis 300:
Gute Bildung ~~braucht gute~~gelingt unter guten Bedingungen – für alle, die sie gestalten. ~~Viele Lehrkräfte~~Pädagog*innen in Baden-Württemberg leisten Tag für Tag Großartiges. Sie begleiten Kinder und Jugendliche auf ihrem ~~Bildungsweg~~Bildungs- und Entwicklungsweg, wecken Neugier und fördern Talente. Sie vermitteln ~~nicht nur Wissen, sondern auch~~Wissen und Werte wie Respekt, Verantwortung und Zusammenhalt. Sie geben den Schüler*innen die nötige Perspektive, um in der Welt ihren Platz finden zu können.~~´~~

Ob in der Grundschule, in weiterführenden Schulen oder in der beruflichen Bildung – Lehrkräfte sind Wissensvermittler*innen, Begleiter*innen, Vorbild und oft auch Vertrauenspersonen. Das wachsende Aufgabenspektrum darf dabei nicht zu Überforderung führen. In Zeiten von gesellschaftlichem Wandel, Digitalisierung und geopolitischen Dynamiken stemmen Lehrer*innen Aufgaben über den Unterricht hinaus. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass alle Lehrkräfte die Ausbildung, Ausstattung und Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Dafür evaluieren wir die Fächerkoordination in Lehramtsstudiengängen, etablieren Begleitprogramme für das Referendariat und überprüfen die Bedingungen für die berufsbegleitende Weiterbildung von Lehrkräften. Nur wenn Lehrer*innen selbst fit sind, können sie Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zu einer gelingenden Teilhabe an der Gesellschaft erfolgreich begleiten.

Begründung

Eine leichte Straffung des Abschnitts schafft Raum, um die Überprüfung der Bedingungen in der Lehramtsausbildung – in Studium und Referendariat – aufzunehmen. Gerade in den MINT-Fächern ist die in der Regel fehlende Abstimmung zwischen den Fachbereichen ein Problem für Studierende und wirkt als KO-Kriterien, um ein entsprechendes Studium aufzunehmen. Ohne eine entsprechende Initiative beschneiden wir uns aktiv bei der Zahl der zur Verfügung stehenden Jung-Lehrkräften. Zum gleichen Themenkreis gehört das Referendariat: Die Rückmeldungen zu dieser Phase der Lehrkräfteausbildung sind häufig sehr negativ. Hier müssen wir genau hinschauen und auch persönliche Begleitungsangebote machen, um junge Menschen für die Aufnahme einer Ausbildung zur Lehrkraft zu motivieren. Dies sollte im LT-Wahlprogramm angerissen werden. Dies gilt umso mehr angesichts der wachsenden psychischen Belastung, die zahlreiche aktuelle Studien ausweisen.

Unterstützer*innen

Peter Koderisch (KV Freiburg); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Ulrike Felger (KV Böblingen); Annika

Franz (KV Tübingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Anette Vogt (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jörg Bischof (KV Tübingen)

PRO-2-301

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 301 bis 311 löschen:

~~Ob in der Grundschule, in weiterführenden Schulen oder in der beruflichen Bildung – Lehrkräfte sind weit mehr als bloße Wissensvermittler*innen: Sie sind Begleiter*innen, Vorbilder und oft auch Vertrauenspersonen. Ihre Aufgaben sind in den vergangenen Jahren gewachsen, es wird viel von ihnen verlangt. Das darf nicht zu Überforderung führen. Gerade in Zeiten von gesellschaftlichem Wandel, Digitalisierung und Fachkräftemangel stemmen sie zusätzliche Aufgaben über den Unterricht hinaus. Wir lassen die Lehrer*innen mit diesen Herausforderungen nicht allein. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass alle Lehrkräfte die Ausbildung, Ausstattung und Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um den Kindern und Jugendlichen Lust auf eine erfolgreiche Teilhabe an der Gesellschaft zu machen.~~

Begründung

Der Änderungsantrag zu den Zeilen 295 bis 300 schließt den nachfolgenden Absatz ein. Deshalb kann dieser Abschnitt gestrichen werden

Unterstützer*innen

Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Ulrike Felger (KV Böblingen); Annika Franz (KV Tübingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-2-311

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jörg Bischof (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 311 einfügen:
Qualität entsteht im Team. Lehrkräfte brauchen verbindlich geschützte Zeiträume für Zusammenarbeit, um Unterricht zu planen, Lernstände zu besprechen und Förderstrategien zu entwickeln. Wir werden diese Teamzeit im Deputat verankern.

Begründung

Die Unterrichtsverpflichtung unserer Lehrkräfte ist im internationalen Vergleich hoch, gleichzeitig ist professionelle Kooperation im Kollegium weniger ausgeprägt.

Vgl. z.B. https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/deutsche-lehrer-liegen-bei-teamarbeit-und-fortbildung-international-weit-zurueck/

Eine vorgeschriebene und im Deputat verankerte Teamzeit bietet viele Vorteile:

Sie steigert die Lernqualität.

- Gemeinsame Unterrichtsplanung führt zu klareren Lernzielen, stärkerer Differenzierung und besserer Diagnostik.
- Lehrkräfte gewinnen Sicherheit im Umgang mit Heterogenität und Inklusion.
- Schulen entwickeln eine professionelle Lernkultur, die Nachwuchslehrkräfte bindet und entlastet.

Sie stärkt die Lehrerzufriedenheit.

- Kollegiale Kooperation senkt Belastung und Burnout-Risiken.
- Schulen werden zu lernenden Organisationen statt zu Einzelkämpfer-Systemen.

Sie ist volkswirtschaftlich sinnvoll.

- Qualitätssicherung im Unterricht ist effektiver als reine Mehrstundenpolitik.
- Investitionen in Teamarbeit zahlen sich durch geringere Fluktuation und höhere Lernergebnisse aus.

Für eine ressourcensparende Umsetzung könnten Lehrerwochenstunden aus der Kontingentstundentafel in Teamzeit umgewandelt werden. Hierzu müssten die Inhalte aus dem Bildungsplan entsprechend reduziert werden.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Dirk Grunert (KV Mannheim); Kalliopi Giannadaki (KV Tübingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart)

PRO-2-311-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 311 bis 320:

Die Grundschule ist der Ort, an dem die entscheidende Basis für den weiteren Bildungsweg aller Kinder gelegt wird.

~~Die Grundschule ist der Ort, an dem die entscheidende Basis für den weiteren Bildungsweg aller Kinder gelegt wird. Deshalb werten wir die Arbeit der Grundschullehrkräfte auf und bezahlen sie künftig nach A13. Darüber hinaus stärken wir die Professionalisierung durch kontinuierliche Fortbildungsangebote, die allen Lehrkräften offenstehen. Uns ist bewusst, wie wichtig es ist, den Lehrer*innenberuf attraktiv zu gestalten – nicht nur für den Einstieg, sondern auch für eine lange und erfüllte Laufbahn. Deshalb halten wir flexible Arbeitsmodelle wie Teilzeitmöglichkeiten offen, um Lehrkräften die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und persönlichen Bedürfnissen zu erleichtern.~~

Deshalb werten wir die Arbeit der Grundschullehrkräfte auf und bezahlen sie künftig nach A13/ E13. Darüber hinaus stärken wir die Professionalisierung durch kontinuierliche Fortbildung. Es ist wichtig, den Lehrer*innenberuf attraktiv zu gestalten – am Einstieg genau wie für eine lange und erfüllte Berufslaufbahn. Flexible Arbeitsmodelle wie z.B. Teilzeitmöglichkeiten erleichtern Lehrkräften die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und persönlichen Bedürfnissen und werden von uns unterstützt.

Im Lehramtsstudium stärken wir reflektierte Praxisanteile und haben integrierte Studiengänge wie das neu eingeführte duale Masterstudium auf den Weg gebracht. Wir werden sie evaluieren und weiterentwickeln. Wir wollen mehr Studierende für die Schularten der Sekundarstufe I und Sonderpädagogik gewinnen.

Zu einem erfolgreichen Schulalltag tragen verschiedenste Berufsgruppen bei. Deshalb treiben wir den begonnenen Ausbau multiprofessioneller Teams weiter. Dazu gehören insbesondere pädagogische Assistenzen, Schulsozialarbeit, Schulbegleitung, Mitarbeitende in der Ganztagsschule sowie die administrative Unterstützung der Schulleitung.

Begründung

Achtung: Dieser Antrag ersetzt sie Zeilen 313 bis 328 im ursprünglichen Entwurf, also auch die drei nachfolgenden kleinen Absätze!

Der Abschnitt wurde sprachlich etwas gestrafft, um Raum für eine Ergänzung beim Thema multiprofessionellen Teams zu bekommen. Hier müssen wesentliche Berufsgruppen genannt und Unschärfen im bestehenden Wortlaut korrigiert werden.

Die Absicht, Lehrkräfte für die Sekundarschulen neben dem Gymnasium zu gewinnen, entspricht sicherlich der Erwartung in der Schulöffentlichkeit. Hier sollten wir jedoch auch benennen, mit

welchen Schritten wir hier einsteigen wollen. Ohne Konkretisierung sollte dieser Satz gestrichen werden und der Sachverhalt in Passage 294 bis 311 mit aufgegriffen werden.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Eric Betzin (KV Karlsruhe-Land); Peter Koderisch (KV Freiburg); Simone Fischer (KV Stuttgart); Gudula Achterberg (KV Heilbronn)

PRO-2-311-3

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 310 bis 311 einfügen:
Kindern und Jugendlichen Lust auf eine erfolgreiche Teilhabe an der Gesellschaft zu machen.

Mit dem Annelie-Wellensiek-Zentrum für inklusive Bildung haben wir ein Zentrum geschaffen, in dem Menschen mit Behinderungen als Dozierende tätig sind und Lehrkräfte aller Schulformen in inklusivem Handeln weiterbilden. Wir werden dieses Leuchtturmprojekt weiterhin fördern und ausbauen.

Begründung

Das Annelie-Wellensieck-Zentrum für inklusive Bildung (AW-ZiB) ist wegweisend darin, inlusive Haltung und Kompetenz in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften zu fördern. Seit seiner Gründung vor fünf Jahren, ist das AW-ZiB zu einem Leuchtturmprojekt geworden, das die Inklusion in der Bildung nachhaltig und inklusiv voranbringt. Die vorhandenen Strukturen müssen erhalten und ausgebaut werden, um Inklusion in der Bildung weiter voranzubringen.

PRO-2-311-4

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 311 einfügen:
Qualität entsteht im Team, nicht im Alleingang. Lehrkräfte brauchen verbindlich geschützte Zeiträume für Zusammenarbeit, um Unterricht zu planen, Lernstände zu besprechen und Förderstrategien zu entwickeln. Wir werden diese Teamzeit verbindlich in der Stundentafel verankern und die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie nicht von Unterrichtsverpflichtungen verdrängt wird.

Begründung

Teamzeit steigert Lernqualität. Gemeinsame Unterrichtsplanung führt zu klareren Lernzielen, stärkerer Differenzierung und besserer Diagnostik. Lehrkräfte gewinnen Sicherheit im Umgang mit Heterogenität und Inklusion. Schulen entwickeln eine professionelle Lernkultur, die Nachwuchslehrkräfte bindet und entlastet. Teamzeit stärkt die Lehrerzufriedenheit. Kollegiale Kooperation senkt Belastung und Burnout-Risiken. Schulen werden zu lernenden Organisationen statt zu Einzelkämpfer-Systemen. Teamzeit ist volkswirtschaftlich sinnvoll. Qualitätssicherung im Unterricht ist effektiver als reine Mehrstundenpolitik. Investitionen in Teamarbeit zahlen sich durch geringere Fluktuation und höhere Lernergebnisse aus. Eine Expertenkommission kann Vorschläge erarbeiten, wie Inhalte aus dem Bildungsplan reduziert werden, sodass Fächerstunden aus der Stundentafel in Teamzeit umgewandelt werden könnten. Dies wäre eine kostenneutrale Umsetzung mit dem Nachteil, dass Unterrichts-/ bzw. von Lehrkräften begleitete Lernzeit wegfallen würde.

PRO-2-314

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 313 bis 315 einfügen:
Bildungsweg aller Kinder gelegt wird. Deshalb werten wir die Arbeit der Grundschullehrkräfte auf und bezahlen sie künftig nach A13 und E13 für angestellte Lehrkräfte. Darüber hinaus stärken wir die Professionalisierung durch kontinuierliche Fortbildungsangebote,

Begründung

Eine tarifliche Gleichstellung angestellter Lehrer*innen durch eine einheitliche Eingruppierung in E13 ist gerechtfertigt und dringend nötig: Aktuell verdienen viele angestellte Lehrkräfte – besonders an Grund- und Hauptschulen – rund 400 bis 650 € im Monat weniger als ihre verbeamteten Kolleg*innen, die bereits A13 bzw. E13 erhalten.

PRO-2-328

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 327 bis 328 einfügen:
Schul- und Unterrichtsbegleitung, Ressourcen für die Ganztagsschule sowie administrative Unterstützung der Schulleitung. Insbesondere die Schulsozialarbeit möchten wir dabei dezidiert stärken und strukturell stärken. Deshalb werden wir die Schulsozialarbeit als kommunale Pflichtaufgabe definieren.

Begründung

Schulsozialarbeit ist ein zentraler Baustein für gelingende Bildungs- und Lebenswege, da sie Schüler*innen in ihrer persönlichen, sozialen und emotionalen Entwicklung begleitet und Schulen im Umgang mit komplexen Herausforderungen unterstützt. Die hohe Wirksamkeit sozialpädagogischer Arbeit ist umfassend belegt – sie verbessert nicht nur das Schulklima, sondern stärkt Prävention, Konfliktlösung und individuelle Förderung. Um diese unverzichtbare Unterstützung dauerhaft zu sichern, braucht es eine klare strukturelle Grundlage. Durch die Definition der Schulsozialarbeit als kommunale Pflichtaufgabe wird ihre Finanzierung verlässlich abgesichert und ihre Bedeutung dauerhaft im Bildungssystem verankert.

Gleichzeitig zeigt die aktuelle finanzielle Lage vieler Kommunen, dass freiwillige Leistungen besonders gefährdet sind. Kürzungen oder der Wegfall sozialpädagogischer Angebote schwächen die Unterstützung für Kinder und Jugendliche gerade dort, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Eine gesetzliche Verpflichtung stellt sicher, dass Schulsozialarbeit flächendeckend erhalten, weiterentwickelt und qualitativ gestärkt wird – unabhängig von kommunalen Haushaltslagen. Damit schaffen wir stabile Rahmenbedingungen, die Schulen entlasten und sicherstellen, dass kein Kind aufgrund regionaler Unterschiede auf diese wichtige Unterstützung verzichten muss.

PRO-2-332

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Dirk Grunert (KV Mannheim)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 332 bis 333 einfügen:

Kinder und Jugendliche bringen ganz unterschiedliche Lernvoraussetzungen mit und haben vielfältige Talente. Schulen aus dem ganzen Bundesland haben sich auf den Weg gemacht, Schüler*innen individuell zu fördern und zu fordern. Zu den Preisträgerschulen des Deutschen Schulpreises gehören hervorragende Schulen aus Baden-Württemberg, denen dies besonders gut gelingt.

Wir haben 2012 die Gemeinschaftsschule auf den Weg gebracht. Hier werden die individuelle Förderung und das Von- und Miteinanderlernen der Schüler*innen besonders realisiert. Sie stellt die individuelle Förderung und das Von- und Miteinanderlernen der Schüler*innen in den Mittelpunkt ihres pädagogischen Konzepts. Davon profitieren die Leistungsstarken ebenso wie die Schwächeren. In einem integrativen Bildungsgang hält die Gemeinschaftsschule den Weg zu einem erfolgreichen Schulabschluss bis hin zur Hochschulreife lange offen. Wir werden landesweit ein möglichst flächendeckendes Angebot von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen schaffen. Dabei setzen wir auch auf Oberstufen-Verbünde und wollen Schulversuche zu digital-hybriden Oberstufen räumlich entfernter Gemeinschaftsschulen und Gymnasien ermöglichen.

Begründung

Einleitender Text ergänzt und den Absatz zur Gemeinschaftsschule vorgezogen. Das gibt dem Abschnitt deutlich mehr Struktur und Sinn.

Folglich muss dann auf den Absatz zur Gemeinschaftsschule ab Zeile 346 verzichtet werden, weil er sich sonst doppelt. Diese Streichung des doppelten Absatzes war im Antragsgrün technisch leider nicht möglich, da immer nur ein Absatz in einem Antrag bearbeitet werden kann (Verschiebungen sind damit technisch nicht in einem Antrag möglich).

Unterstützer*innen

Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Ulrike Felger (KV Böblingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Annika Franz (KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Anette Vogt (KV Stuttgart)

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Annika Bublitz (KV Hohenlohe)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 333 bis 337:
Mit den Bildungsreformen zum Schuljahr 2025/2026 haben wir zentrale Schritte unternommen, um die weiterführenden Schulen weiterzuentwickeln. ~~Daran werden wir anknüpfen~~Schulstrukturdebatten haben die Bildungspolitik in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gelähmt und in Sackgassen geführt. Für uns Grüne steht die Qualität von Schule klar im Vordergrund. Internationale Erfahrungen zeigen, dass weniger stark ausdifferenzierte Bildungssysteme durchlässiger sind. Gleichzeitig ist in Baden-Württemberg – wie in ganz Deutschland – das mehrgliedrige Schulsystem historisch gewachsen und bietet Kindern und Jugendlichen passende Angebote. Lehrkräfte aller Schularten leisten hervorragende Arbeit. Fragen zur Schulstruktur lassen sich nicht parteipolitisch auflösen. Um Lehrkräfte, Kinder und Schulen nicht mit ~~einer~~ständigem Hin und Her zu belasten, braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens. Wir setzen deshalb eine Enquete-Kommission ein, um einen breiten Dialog zur Weiterentwicklung unserer Schulen zu führen.~~[Leerzeichen]~~

Begründung

Die Debatten zur Schulstruktur wiederholen sich seit Jahrzehnten nahezu unverändert und dabei oft mit denselben Frontstellungen wie schon in den 1970er Jahren. Dieses ständige Hin und Her hat zu einer verfahrenen Situation geführt, die Schulen, Lehrkräfte und Familien belastet. Was sie jedoch dringend brauchen, ist Verlässlichkeit und Ruhe. Parteipolitische Auseinandersetzungen allein können diese Fragen nicht lösen. Langfristige und tragfähige Einigungen in der Schulstruktur sind nur überparteilich möglich und erfordern die Einbeziehung der vielen betroffenen gesellschaftlichen Stakeholder.

Unterstützer*innen

Mario Dietel (KV Hohenlohe); Michaela Nina Hammes (KV Hohenlohe)

PRO-2-335

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Dirk Grunert (KV Mannheim)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 334 bis 338:
unternommen, um die weiterführenden Schulen weiterzuentwickeln. Daran werden wir anknüpfen und ~~mit einer Enquete-Kommission einen breiten Dialog zur Weiterentwicklung unserer Schulen führen. Wir wollen dazu Schüler*innen, Eltern, Wissenschaftler*innen, Lehrkräfte und Vertreter*innen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft einbinden.~~in den kommenden Jahren den Auftrag des Bürgerforums angehen, die zweite Säule zu betrachten und das Schulsystem insgesamt zukunftsfit zu machen, nachdem die gymnasiale Säule mit G9 bereits gestärkt wurde. Wir setzen dabei auf einen breiten Dialog unter Einbindung von Schüler*innen, Eltern, Wissenschaftler*innen, Lehrkräften und Vertreter*innen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die zweite Säule als integrierte Schulart muss auf Augenhöhe mit dem Gymnasium agieren. Sie führt wohnortnah zu allen allgemeinbildenden Schulabschlüssen und kooperiert eng mit beruflichen Schulen, Handwerk, Handel und Industrie. Aktuelle Sekundarschulkonzepte bieten eine gute Diskussionsgrundlage. Zwei gleichermaßen stabil aufgestellte Säulen sorgen für den Erhalt vieler Sekundarschulstandorte und machen unser Sekundarschulsystem für alle durchschaubarer. Statt Konkurrenz und strukturellen Debatten ermöglichen sie es den Fokus auf Lernen und Lehren, Unterrichtsqualität und Schulentwicklung zu legen.

Begründung

Die Drei-/Vier-/Vielgliedrigkeit unseres Schulsystems ist nicht zukunftsfähig. Das es besser geht, dafür brauchen wir gar nicht nach Kanada oder Skandinavien schauen, es reicht beispielsweise der Blick nach Hamburg. Das Bundesland Hamburg hat in den letzten Jahren durch entsprechende Veränderungen bei seinen Schulen große Fortschritte erzielt. Genau die Veränderungen, für die wir Grüne auch in BaWü seit Jahren eintreten. Dafür setzen wir uns weiter ein.

Unterstützer*innen

Carina Häussler (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Gustav Schmid (KV Freiburg); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Nicholas Eschenbruch (KV Freiburg); Kornelia Müller (KV Freiburg); Thomas Schorr (KV Freiburg); Johann-Frédéric Freund (KV Freiburg)

PRO-2-341

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Wolfgang Straub (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 340 bis 345:
tagtäglich wertvolle Arbeit. Diese Arbeit verdient Anerkennung und die richtigen Rahmenbedingungen. ~~Deshalb schaffen wir faire und transparente Ressourcenzuweisungen – orientiert am Sozialindex und dem Aufgabenprofil der jeweiligen Schulen. Durch eine unbürokratische Monetarisierung freier Stellen ermöglichen wir flexible Personalstrategien vor Ort: Budgets nicht besetzter Stellen eröffnen Gestaltungsspielraum für Schulleitungen.~~**Wir sorgen für eine gute Unterrichtsversorgung an allen Schulen und tragen gleichzeitig den besonderen Herausforderungen jeder einzelnen Schule Rechnung. Wir schaffen eine faire und transparente Ressourcenzuweisung in allen Schularten. Sie orientiert sich am Aufgabenprofil und an den Rahmenbedingungen wie Klassengrößen und der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft. In einigen Landkreisen haben wir bereits erfolgreiche Pilotprojekte zu einer passgenaueren Ressourcenzuweisung auf den Weg gebracht. Auf diese positiven Erfahrungen können wir aufbauen. Es ist uns wichtig, die Ressourcenzuweisung stärker als bisher mit der Qualitätsentwicklung von Schulen zu verknüpfen. Die Unterrichtsversorgung kann Bestandteil von Zielvereinbarungen werden. Personalbudgets und flexible Personalstrategien vor Ort erhöhen Gestaltungsspielräume für Schulleitungen.**

Begründung

Der Text beschreibt die Ziele einer veränderten Ressourcenzuweisung konkreter, anknüpfend an von uns auf den Weg gebrachte erfolgreiche Pilotprojekte. Es geht um mehr Gerechtigkeit und Transparenz, insgesamt jedoch um eine gute und passgenaue Unterrichtsversorgung in allen Schulen. In der Verknüpfung der Qualitätsentwicklung von Schulen mit der dazu notwendigen Personalversorgung. liegen große Chancen.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Jörg Bischof (KV Tübingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Annika Franz (KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart)

PRO-2-346

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Dirk Grunert (KV Mannheim)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 346 bis 351:
Wir haben 2012 die Gemeinschaftsschule auf den Weg gebracht. ~~Hier werden~~Sie stellt die individuelle Förderung und das Von- und Miteinanderlernen der Schüler*innen ~~besonders realisiert~~in den Mittelpunkt ihres pädagogischen Konzepts. Davon profitieren die Leistungsstarken ebenso wie die Schwächeren. In einem integrativen Bildungsgang hält die Gemeinschaftsschule den Weg zu einem erfolgreichen Schulabschluss bis hin zur Hochschulreife lange offen. Wir werden ~~durch Modelle wie Oberstufen-Verbünde oder Schulversuche zur digital-hybriden Oberstufe~~landesweit ein möglichst flächendeckendes Angebot von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen schaffen. Dabei setzen wir auch auf Oberstufen-Verbünde und wollen Schulversuche zu digital-hybriden Oberstufen räumlich entfernter Gemeinschaftsschulen und Gymnasien ermöglichen.

Begründung

Die Vorzüge der Gemeinschaftsschule sollten noch klarer benannt werden. Bei den digital-hybriden Oberstufen wollen wir Gymnasien nicht ausschließen, sondern einbeziehen.

Unterstützer*innen

Peter Koderisch (KV Freiburg); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Jörg Bischof (KV Tübingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Carina Baumgärtner (KV Karlsruhe-Land)

PRO-2-348

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 347 bis 349 einfügen:
individuelle Förderung und das Von- und Miteinanderlernen der Schüler*innen besonders realisiert. Damit sind sie Modellschulen für gemeinsames inklusives Lernen. Davon profitieren die Leistungsstarken ebenso wie die Schwächeren. Wir werden durch Modelle wie Oberstufen-Verbünde oder Schulversuche

Begründung

Konkretisierung. Gemeinschaftliches Lernen ist am Ende auch inklusives Lernen, von dem am Ende alle profitieren,

PRO-2-349

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Susanne Thimet (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 348 bis 351:
besonders realisiert. Davon profitieren die Leistungsstarken ebenso wie die Schwächeren. ~~Wir werden durch Modelle wie Oberstufen-Verbünde oder Schulversuche zur digital-hybriden Oberstufe ein möglichst flächendeckendes Angebot von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen schaffen.~~Unser Ziel ist ein möglichst flächendeckendes Angebot von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Wo keine eigene Oberstufe möglich ist wollen wir die Kooperation mit Beruflichen Gymnasien stärken.

Unterstützer*innen

Kilian Küsters (KV Rastatt/Baden-Baden); Joachim Georg Heck (KV Rastatt/Baden-Baden); Eva Maria Zöllner (KV Rastatt/Baden-Baden); Christiane Schababerle-Wagner (KV Rastatt/Baden-Baden); Constanze Taut (KV Rastatt/Baden-Baden); Stefanie Herold (KV Rastatt/Baden-Baden); Manuela Braun (KV Rastatt/Baden-Baden); Uwe Meyer (KV Rastatt/Baden-Baden); Evelyn Bless (KV Rastatt/Baden-Baden); Nico Paulus (KV Rastatt/Baden-Baden); Hans-Peter Meier (KV Rastatt/Baden-Baden); Antje Köhler (KV Rastatt/Baden-Baden); Christian Poszlovszki (KV Rastatt/Baden-Baden); Knut Popp (KV Rastatt/Baden-Baden); Matthias Kurrle (KV Stuttgart); Michael Huppenbauer (KV Stuttgart); Philipp Delfosse (KV Karlsruhe); Ulrich Bauer (KV Karlsruhe); Andreas Mössinger (KV Karlsruhe)

PRO-2-354

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marius Blascheck (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 354 bis 358:
Bildung ist mehr als ~~Wissensvermittlung – sie ist ein Versprechen: auf sozialen Aufstieg, auf Teilhabe, auf ein selbstbestimmtes Leben. Damit dieses Versprechen für alle jungen Menschen eingelöst wird, braucht es eine starke berufliche Bildung. Denn ein berufsqualifizierender Abschluss ist in aller Regel der entscheidende Schritt in ein eigenständiges Leben mit Perspektive.~~Wissenserwerb – sie ist ein Versprechen: auf sozialen Aufstieg, auf gesellschaftliche Teilhabe, auf ein selbstbestimmtes Leben. Damit dieses Versprechen für alle jungen Menschen eingelöst wird, braucht es neben akademischen Bildungsgängen eine starke berufliche Bildung.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass kein*e Jugendliche*r ohne Abschluss bleibt. Jeder junge Mensch verdient eine Perspektive – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder der bisherigen Schulbiografie. Deshalb schaffen wir Angebote, die auffangen, begleiten und neue Wege eröffnen.

Wir haben die Berufsorientierung an Schulen ausgebaut, Betriebspraktika gestärkt und unterstützen Projekte wie Ausbildungsbotschafter*innen, die an Schulen von ihrer Ausbildung berichten. Das Programm „AVdual“ trägt dazu bei, dass niemand verloren geht, mit ihm unterstützen wir an Berufsschulen Jugendliche mit Förderbedarf beim Übergang in eine Ausbildung. Ähnliche Programme zur individuellen Begleitung von Berufsfindung und Berufseinstieg etablieren wir auch an allgemeinbildenden Schulen.

Jugendliche, die erst im Jugendalter nach Deutschland kommen, brauchen auch passende Bildungsentscheidungen und Förderangebote. Dafür testen wir ihren Sprachstand, ihre Fachkenntnisse und Potenziale. Wir bauen die „VABO“- und „VKL“-Klassen mit qualifizierten Ressourcen aus, um Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Herkunftssprache und geringen Deutschkenntnissen den Übergang in den Regelunterricht zu erleichtern.

Begründung

Der Einstieg in das Unterkapitel wird sprachlich angepasst und gestrafft.

Der Programmentwurf springt bei den Themen AVdual, VKL und VABO hin und her. Durch das vorgeschlagene Hochziehen der entsprechenden Passagen wird der Text stringent und in logischer Abfolge aufgebaut.

Antragsgrün lässt leider nicht zu mit einem ÄA mehrere Abschnitte zu bearbeiten. Folgende Änderungen werde mit dem vorliegenden ÄA durchgeführt:

Die Zeilen 354 bis 366 werden durch den obigen Text ersetzt.

Die Zeilen 366 bis 370 werden gestrichen.

Die Zeilen 418 bis 423 sowie 400 bis 404 werden in Zeile 366 gezogen.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Jörg Bischof (KV Tübingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Carina Baumgärtner (KV Karlsruhe-Land); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg)

PRO-2-359

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Axel Widder (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 359 bis 360:
Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass ~~kein*e Jugendliche*r ohne Abschluss~~deutlich mehr Jugendliche ihre angestrebten Abschlüsse auch erreichen und dafür, dass jene, denen dies nicht geling, dennoch nicht ohne weitgehend selbstbestimmte Zukunft bleib~~t~~en.

Begründung

Ein Abschluss sichert nicht zwangsläufig die persönliche Zukunft und auch ohne Abschluss kann ein selbstbestimmtes Leben möglich sein. Die bisherigen Maßnahmen zur Erreichung des Ziels, jeder und jedem einen anerkannten Abschluss zu ermöglichen, hat auch durch die fehlende Bereitstellung ausreichender Ressourcen beispielsweise zu einer völligen Entwertung des Hauptschulabschlusses geführt.
Es bedarf aber deutlich mehr ehrlicher Bemühungen zur fairen Eingliederung Benachteiligter in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt und mehr Möglichkeiten für ehemals Unmotivierte zum Nacherwerb anerkannter Abschlüsse.

Unterstützer*innen

Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Petra Sander (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Andreas Mössinger (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Julia von Oertzen (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Kellya Clanzig (KV Karlsruhe); Melanie Koch (KV Esslingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Ralf Hartmann (KV Karlsruhe); Verena Anlauf (KV Karlsruhe); Sebastian Müller (KV Freiburg); Christopher Leonhard Gohla (KV Karlsruhe); Karin Fendler (KV Karlsruhe); Angela Unger (KV Karlsruhe); Finn Schwarz (KV Tübingen)

PRO-2-362

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 361 bis 363 einfügen:
Jeder junge Mensch verdient eine Perspektive – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder der bisherigen Schulbiografie. Deshalb schaffen wir Angebote, die auffangen, begleiten und neue Wege eröffnen, um eine Teilhabe auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Begründung

Besonders Menschen mit Behinderungen haben es schwer im (Aus)Bildungssystem und beim Einstieg ins Arbeitsleben. Wir legen Wert darauf, dass möglichst viele junge Menschen die Chance auf einen Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben.

PRO-2-366

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Axel Widder (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 365 bis 370:
gestärkt und Projekte wie Ausbildungsbotschafter*innen, die an Schulen von ihrer Ausbildung berichten, unterstützt. ~~Mit dem Programm „Ausbildungsvorbereitung dual“ („AVdual“) und einem „Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen“ („VABO“) und mit „Vorbereitungsklassen“ („VKL“) unterstützen wir Jugendliche mit Unterstützungsbedarf und mangelnden Sprachkenntnissen im Übergang ins Berufsleben.~~Wir werden die Übergänge zwischen den Vorbereitungsklassen (VKL) der allgemeinen Schulen sowie des Vorqualifizierungsjahres Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO) und der Ausbildungsvorbereitung (AV/AVdual) an den beruflichen Schulen besonders in den Blick nehmen: Kinder in den VKL und Jugendliche im VABO werden wir soweit fördern, dass sie bis zum Eintritt in AV/AVdual oder in eine Berufsausbildung mindestens das Sprachstandsniveau B1 erreichen können.

Begründung

Die Förderung bis mindestens Sprachstandsniveau B1 ist der Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen in diesem Bereich und auch den Betrieben selbst ein wichtiges Anliegen: A2-Niveau ist viel zu niedrig angesetzt und führt überwiegend zu schwachen Abschlüssen, die als Basis für eine Ausbildung kaum taugen. Dies diskriminiert junge Zugewanderte, schmälert die Möglichkeiten der Betriebe, ihren Fachkräftenachwuchs heranzuziehen und führt dazu, dass nur ein kleiner Teil der Betroffenen am Ende ein für die Sozialversicherungen relevantes Einkommen erzielen kann.

Unterstützer*innen

Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Petra Sander (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Andreas Mössinger (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Julia von Oertzen (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Alexander Geiger (KV Karlsruhe); Kellya Clanzig (KV Karlsruhe); Melanie Koch (KV Esslingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Ralf Hartmann (KV Karlsruhe); Verena Anlauf (KV Karlsruhe)

PRO-2-374

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ulrike Felger (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 373 bis 381:
junge Menschen, die sich für eine Ausbildung im Handwerk entscheiden. Wir Grüne wollen eine Ausbildung ~~im Handwerk wieder attraktiver machen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass junge Menschen an allen Schulen mit dem Handwerk in Kontakt kommen. Außerdem sorgen wir dafür, dass auch die Berufsschulen bestens und auf der Höhe der Zeit ausgestattet sind. Mit dem Projekt „Frauen im Handwerk“ motivieren wir beispielsweise Frauen für eine Ausbildung im Handwerk und unterstützen junge Handwerkerinnen. Mit der Meisterprämie für Absolvent*innen einer Meisterprüfung und der Meistergründungsprämie für Jungmeister*innen, die sich selbstständig machen,~~ dort wieder attraktiver machen. Deshalb sollen junge Menschen an allen Schulen mit dem Handwerk in Kontakt kommen. Mit dem Projekt „Frauen im Handwerk“ motivieren wir Frauen für eine Ausbildung und unterstützen junge Handwerkerinnen. Mit der Meisterprämie für Absolvent*innen und der Meistergründungsprämie haben wir die Attraktivität des Handwerks erhöht.

Begründung

Der Abschnitt umfasst sprachliche Redundanzen, die reduziert werden sollten.

Unterstützer*innen

Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Anke Weber (KV Stuttgart); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Peter Koderisch (KV Freiburg); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart)

PRO-2-376

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG FrauenPolitik
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 375 bis 381 einfügen:
uns dafür ein, dass junge Menschen an allen Schulen mit dem Handwerk in Kontakt kommen und **unterstützen Projekte, die Frauen im Handwerker als Botschafter*innen mit Schüler*innen in Kontakt bringen**. Außerdem sorgen wir dafür, dass auch die Berufsschulen bestens und auf der Höhe der Zeit ausgestattet sind**. Wir wollen gezielt Geschlechterstereotype im Handwerk und bei der Berufswahl abbauen - das betrifft sowohl stark männlich sowie stark weiblich dominierte Berufe**. Mit dem Projekt „Frauen im Handwerk“ motivieren wir beispielsweise Frauen für eine Ausbildung im Handwerk und unterstützen junge Handwerkerinnen**. Ausbildungsbetriebe, die überdurchschnittlich viele Frauen ausbilden, sollen eine regionale Förderung erhalten.** Mit der Meisterprämie für Absolvent*innen einer Meisterprüfung und der Meistergründungsprämie für Jungmeister*innen, die sich selbstständig machen, haben wir die Attraktivität des Handwerks erhöht**. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass der Kolaitionsvertrag umgesetzt und der Mutterschutz für Selbstständige schnell eingeführt wird.**

Begründung

Frauen sind im Handwerk immer noch deutlich unterrepräsentiert, deshalb sollen sie dort gezielt gestärkt werden. Dies hat aber auch mit vorherrschenden Sterotypen zu tun, welche Berufe vermeintlich typisch "weiblich" oder vermeintlich typisch "männlich" sind. Diese Stereotype sollen abgebaut werden. Dies funktioniert am besten über Begegnungen mit Vorbildernn bzw. ositiven Beispielen in jungen Jahren. Deshalb möchten wir junge Handwerker*innen als Botschafter*innen an Schulen entsenden.

PRO-2-385

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 384 bis 386 einfügen:
Zeiten steigender Lebenshaltungskosten, die ein Studium für viele erschweren, müssen wir jetzt die Weichen stellen für eine Bildung, die allen, auch Studierenden mit Behinderungen, offensteht. Weil Studieren bezahlbar sein muss, bauen wir Wohnheimplätze. Aktuell entstehen

PRO-2-395

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar)

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 395 einfügen:

Wir wollen die Ausbildung in Pflege-, Gesundheit- und Sozialberufen kostenfrei und praxisnah gestalten. Dazu etablieren wir strukturierte Kooperationen zwischen Fachschulen und Praxiseinrichtungen, die nach dem Vorbild dualer Studiengänge, wenn möglich in drei-Monats-Blöcken von Theorie und Praxis abwechseln. So wird die Verbindung von Wissen und Anwendung gestärkt, die soziale Absicherung und Anerkennung der Auszubildenden verbessert und gleiche Chancen gegenüber klassischen dualen Ausbildungen geschaffen. Unser Ziel ist es, faire und attraktive Ausbildungsbedingungen sowie Chancengleichheit im Zugang zu sozialen Berufen zu schaffen.
Parallel bauen wir die Hürden für staatliche Förderungen dieser Ausbildungen ab und führen einen "Sozialausbildungsfond" ein, der den Praxispartner*innen und den Auszubildenden finanziell unter die Arme greift.

Begründung

Pflege-, Gesundheits- und Sozialberufe stehen schon heute unter erheblichem gesellschaftlichem Druck. Gleichzeitig gibt es viele junge Menschen, die sich eine Ausbildung in diesen Bereichen vorstellen können, sie aber aus finanziellen Gründen nicht beginnen – weil es sich häufig um rein schulische Ausbildungen mit Gebühren handelt.

Unser Ziel ist es, diese Ausbildungen zu reformieren und sie in enger Kooperation mit Praxiseinrichtungen zu einem dualen, vergüteten System weiterzuentwickeln. Dadurch schaffen wir Chancengleichheit, soziale Absicherung und Attraktivität in Berufen, die für unsere Gesellschaft unverzichtbar sind.

Mit der Kombination aus Theorie- und Praxisblöcken wird der Wissenstransfer gestärkt, die Ausbildungsqualität verbessert und der Einstieg in den Beruf erleichtert. So machen wir soziale, pflegerische und gesundheitliche Berufe nicht nur gerechter, sondern auch zukunftsfähig – und sichern langfristig die Versorgung und Betreuung der Menschen in Baden-Württemberg.

Unterstützer*innen

Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Siegfried Heim (KV Ulm); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Christoph Herderich (KV Freiburg); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Finn Schwarz (KV Tübingen); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Philip Singer (KV Stuttgart); Richard Langer (KV Tübingen); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Sebastian Müller (KV Freiburg); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Alica Leonie Scherer (KV Schwarzwald-Baar)

PRO-2-397

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marius Blascheck (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 397 bis 399:

~~Das Aufstiegsversprechen beinhaltet, durch eigene Leistung und Qualifizierung den nächsten Schritt gehen zu können. Wer Chancengleichheit dabei ernst meint, muss die berufliche Bildung stärken.~~

Zum Aufstiegsversprechen durch Bildung und zur Chancengleichheit gehört die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.

Begründung

Chancengleichheit muss in allen Bildungsfeldern gegeben sein. Hier ist die Formulierung missverständlich und sollte präzisiert werden.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Jörg Bischof (KV Tübingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Annika Franz (KV Tübingen); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Saskia Frank (KV Konstanz)

PRO-2-399

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Axel Widder (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 398 bis 399:
den nächsten Schritt gehen zu können. Wer Chancengleichheit dabei ernst meint, muss ~~die~~allgemeine und berufliche Bildung gleichermaßen stärken.

Begründung

Mit Blick auf (eigentlich überkommene aber noch nicht gänzlich überwundene) Neiddebatten zwischen allgemeinen und beruflichen Schulen bitte beide sich gegenseitig ergänzenden Bildungsbereiche benennen.

Unterstützer*innen

Petra Sander (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Julia von Oertzen (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Alexander Geiger (KV Karlsruhe); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Kellya Clanzig (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Aljoscha Löffler (KV Karlsruhe); Ralf Hartmann (KV Karlsruhe); Verena Anlauf (KV Karlsruhe); Sebastian Müller (KV Freiburg); Karin Fendler (KV Karlsruhe); Angela Unger (KV Karlsruhe); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Johannes Methfessel (KV Karlsruhe)

PRO-2-400

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Axel Widder (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 400 bis 404:
Damit dabei kein Talent verloren geht, ~~sichern~~stehen wir ~~das Programm „AVdual“ ab, mit dem~~für Erhalt und Stärkung der Ausbildungsvorbereitung (AV/AVdual) an Berufsschulen ~~Jugendliche mit Förderbedarf~~, in der Jugendliche, die bislang ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, beim Übergang in eine Ausbildung unterstützt werden. Programme zur individuellen Begleitung bei Berufsfindung und Berufseinstieg etablieren wir darüber hinaus auch an allgemeinbildenden Schulen.

Begründung

1. Sichern der AV/AVdual genügt nicht, Stärkung tut Not.
2. Die Vokabel Förderbedarf steht i.d.R. im Zusammenhang mit physischen, psychischen, kognitiven oder anderen Benachteiligungen und trifft hier nur zum kleinen Teil zu. Die Mehrzahl hier hat keinen Förderbedarf in diesem Sinne.

Unterstützer*innen

Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Petra Sander (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Andreas Mössinger (KV Karlsruhe); Julia von Oertzen (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Alexander Geiger (KV Karlsruhe); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Melanie Koch (KV Esslingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Ralf Hartmann (KV Karlsruhe); Sebastian Müller (KV Freiburg); Karin Fendler (KV Karlsruhe); Angela Unger (KV Karlsruhe); Irmela Franjkovic (KV Tübingen)

PRO-2-404

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 403 bis 404 einfügen:
Berufsfindung und Berufseinstieg etablieren wir auch an allgemeinbildenden Schulen.

Wir wollen, dass alle jungen Menschen erfolgreich in das Berufsleben starten können. Dafür bauen wir das Angebot der assistierten Ausbildung der Agentur für Arbeit in Baden-Württemberg zu einer assistierten Ausbildung Plus aus. So begleiten wir Auszubildende individuell, unterstützen sie bei schulischen, sozialen und persönlichen Herausforderungen und senken Ausbildungsabbrüche nachhaltig.
Gleichzeitig wollen wir die Jugendberufsagenturen in Baden-Württemberg dauerhaft und flächendeckend verankern. Diese Kooperationen von Arbeitsagenturen, Jobcentern, Kommunen und Jugendhilfe sind ein wirksames Instrument, um junge Menschen frühzeitig zu erreichen, Übergänge zu erleichtern und Jugendarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

Begründung

Ein gelungener Start ins Berufsleben ist eine zentrale Voraussetzung für soziale Teilhabe, Selbstbestimmung und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Dennoch brechen viele junge Menschen ihre Ausbildung vorzeitig ab – oft, weil sie an schulischen, persönlichen oder sozialen Hürden scheitern. Gerade hier braucht es gezielte Unterstützung statt Resignation.
Mit der assistierten Ausbildung Plus schaffen wir ein System, das Auszubildende individuell begleitet, Betriebe entlastet und Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf besser gestaltet. So stärken wir junge Menschen auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Berufsleben und sichern gleichzeitig den Fachkräftebedarf in unserem Land.
Die Jugendberufsagenturen sind dabei ein wichtiger Partner: Sie bündeln die Angebote von Arbeitsagenturen, Jobcentern, Kommunen und Jugendhilfe an einem Ort. Durch eine strukturelle und flächendeckende Verankerung in Baden-Württemberg stellen wir sicher, dass kein junger Mensch beim Übergang in Ausbildung und Arbeit verloren geht.
So schaffen wir Chancengerechtigkeit, Perspektiven und Verlässlichkeit – und machen Baden-Württemberg zu einem Land, in dem jede und jeder die Chance auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft erhält.

PRO-2-404-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 403 bis 404 einfügen:
Berufsfindung und Berufseinstieg etablieren wir auch an allgemeinbildenden Schulen. Ein wichtiger Baustein ist das Netzwerk Teilzeitausbildung, das insbesondere Alleinerziehenden und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen eine vollwertige Ausbildung ermöglicht. Wir wollen diesen Weg stärken, um so wirklich allen eine Ausbildung zu eröffnen.

Unterstützer*innen

Finn Schwarz (KV Tübingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Martin Riedmann (KV Tübingen); Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Jakob Feldner (KV Tübingen); Valerie Fischer (KV Tübingen); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Jaron Immer (KV Reutlingen); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Hendrik Jansen (KV Tübingen); Florian Bieck (KV Freiburg); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land)

PRO-2-414

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Axel Widder (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 414 bis 417:
~~Wir dehnen die Berufsschulpflicht aus. Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis sollen bis zur Vollendung des zwölften Schulbesuchsjahr berufsschulpflichtig werden. Wer in einem Ausbildungsverhältnis steht, ist bis zum Ende des Schuljahres berufsschulpflichtig, in dem das 21. Lebensjahr vollendet wird.~~

Wir dehnen die Berufsschulpflicht bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres aus, um für Jugendliche und junge Erwachsenen insbesondere mit Migrations- und Fluchtgeschichte die Chancen auf eine gelingende schulische wie berufliche Integration deutlich zu erhöhen. Heranwachsende, die noch vor Erreichen dieser Altersgrenze in ein Ausbildungsverhältnis eintreten, wollen wir daher verpflichten, für die Dauer ihrer Ausbildung die Berufsschule zu besuchen.
Jene, die aufgrund fehlender oder sehr lückenhafter Schullaufbahn kaum in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt werden können, wollen wir bis zum Ende ihres 12. Schulbesuchsjahres oder 21. Lebensjahres bestmöglich fördern.

Begründung

Die Änderung der bestehenden Regelungen zur Berufsschulpflicht solle Heranwachsende vor Scheinausbildungsverhältnissen zur Verschleierung ausbeuterischer Arbeit schützen und ihnen einen ungehinderten Zugang zum dualen Ausbildungssystem ermöglichen. Dieser Schutz besteht weitgehend lückenlos bislang lediglich für Jugendliche, die als Minderjährige ein Ausbildungsverhältnis eingehen.
Darüber hinaus sollen Chancen im Falle nicht geradliniger, brüchiger oder fehlender Bildungskarrieren erweitert und damit mehr Chancengerechtigkeit unter Jugendlichen und hier insbesondere aber keineswegs ausschließlich für neu Zugewanderte gewährleistet werden.
Da die drei Sätze keine klare Intention in irgendeine Richtung erkennen lassen, bitte ich darum, die Zeilen zu streichen und durch die oben vorgeschlagene Textfassung zu ersetzen.

Redaktioneller Hinweis: Meinen ursprünglichen Text habe ich mit der Befürchtung, dass dieser aufgrund seiner Länge keine Chance auf Berücksichtigung hat, wesentlich gekürzt. Ich möchte meine ursprüngliche „Langfassung“ aber dennoch zur eventuell erweiterten Diskussion stellen (schlussendlich weggelassene Inhalte sind hervorgehoben):

Wir dehnen die Berufsschulpflicht bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres aus, um für Jugendliche und junge Erwachsenen insbesondere mit Migrations- und Fluchtgeschichte die Chancen auf eine gelingende schulische wie berufliche Integration deutlich zu erhöhen. Heranwachsende, die noch vor Erreichen dieser Altersgrenze in ein Ausbildungsverhältnis eintreten, wollen wir daher verpflichten, für die Dauer ihrer Ausbildung die Berufsschule zu besuchen.
Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis sollen dagegen bis zur Vollendung des zwölften

Schulbesuchsjahres berufsschulpflichtig werden. Damit bliebe Minderjährigen, die einen erfolgreichen Abschluss nachweisen nach zwölf Jahren Schulbesuch diese Pflicht erspart.
Jugendliche und Heranwachsende, die keine oder nur eine lückenhafte Schullaufbahn nachweisen können – **und damit sowohl Geflüchtete, als auch aus anderen Gründen Benachteiligte** – wollen wir dagegen bis zum Ende ihres 12. Schulbesuchsjahres oder 21. Lebensjahres bestmöglich fördern.
Für Volljährige soll diese besondere Form der Berufsschulpflicht mit Erreichen eines anerkannten Abschlusses, dem Eintritt in ein geregeltes Arbeitsverhältnis oder im Falle eines Wiederholungsjahres ohne Lernfortschritt enden.

Unterstützer*innen

Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Petra Sander (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Alexander Geiger (KV Karlsruhe); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Kellya Clanzig (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Ralf Hartmann (KV Karlsruhe); Verena Anlauf (KV Karlsruhe); Karin Fendler (KV Karlsruhe); Susanne Thimet (KV Rastatt/Baden-Baden); Angela Unger (KV Karlsruhe); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Ulrich Bauer (KV Karlsruhe); Philipp Delfosse (KV Karlsruhe); Julia Uebele (KV Göppingen)

PRO-2-416

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 415 bis 417 löschen:
sollen bis zur Vollendung des zwölften Schulbesuchsjahr berufsschulpflichtig werden. ~~Wer in einem Ausbildungsverhältnis steht, ist bis zum Ende des Schuljahres berufsschulpflichtig, in dem das 21. Lebensjahr vollendet wird.~~

Begründung

Der gestrichene Satz ist für uns unverständlich. Wir bitten daher um Streichung oder Umschreibung, um den Sinn zu vermitteln.

PRO-2-424

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Axel Widder (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 424 bis 425:
~~Insbesondere~~ Für Jugendliche, für die aus unterschiedlichen Gründen bewährte schulische Bildungsgänge ungeeignet erscheinen und damit auch für zugewanderte Jugendliche und Heranwachsende, die bislang keine oder eine unzureichende formelle Schulbildung erhalten haben, wollen wir mit Lernwerkstätten ein passendes

Begründung

Nicht nur mit Blick auf rechte Kreise sollte keinesfalls der Eindruck erweckt werden können, wir Grüne würden uns womöglich ausschließlich um zugewanderte Jugendliche kümmern. Ein solches Angebot auch für den oben zusätzlich genannten Personenkreis zu öffnen, hielte ich prinzipiell für sinnvoll, die Maßnahme an sich darüber hinaus für dringend notwendig.
[Hinweis: Kind bis zum 14. / Jugendliche bis zum 18. / Heranwachsende bis zum 21. Geburtstag]

Unterstützer*innen

Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Petra Sander (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Andreas Mössinger (KV Karlsruhe); Julia von Oertzen (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Alexander Geiger (KV Karlsruhe); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Kellya Clanzig (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Ralf Hartmann (KV Karlsruhe); Verena Anlauf (KV Karlsruhe); Sebastian Müller (KV Freiburg); Karin Fendler (KV Karlsruhe); Angela Unger (KV Karlsruhe); Finn Schwarz (KV Tübingen); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar)

PRO-2-426

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Axel Widder (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 425 bis 427 einfügen:
Schulbildung erhalten haben, wollen wir mit Lernwerkstätten ein passendes Angebot schaffen. In diesen wird intensive Sprachförderung, die Entwicklung eines mathematischen Grundverständnisses, handlungsorientiertes Lernen in praktischen und handwerklichen Projekten mit

Begründung

Unzureichende Mathematikkenntnisse sind inzwischen zu einem sehr häufigen Hemmnis bei der Vermittlung in Ausbildung oder Erwerbsarbeit geworden. Und gerade in Verbindung mit praktischen Anwendungen lässt sich über das reine Rechnen nach Regeln hinausgehend, ein grundlegendes Verständnis von Zahlen, Größen und Mengen aufbauen und festigen.

Unterstützer*innen

Paul Pasler (KV Karlsruhe); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Petra Sander (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Andreas Mössinger (KV Karlsruhe); Julia von Oertzen (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Alexander Geiger (KV Karlsruhe); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Kellya Clanzig (KV Karlsruhe); Ralf Hartmann (KV Karlsruhe); Verena Anlauf (KV Karlsruhe); Karin Fendler (KV Karlsruhe); Angela Unger (KV Karlsruhe); Finn Schwarz (KV Tübingen); Johannes Methfessel (KV Karlsruhe)

PRO-2-428

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Axel Widder (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 427 bis 428 einfügen:
handlungsorientiertes Lernen in praktischen und handwerklichen Projekten mit individueller Betreuung kombiniert.
Die Besten in solchen Fördermaßnahmen wollen wir dabei auch auf die Schulfremdenprüfung vorbereiten, damit sie nach bestandener Prüfung ohne ein weiteres Jahr in einem ausbildungsvorbereitenden Bildungsgang der beruflichen Schulen in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt werden können.

Begründung

Den Ehrgeiz derer, die auch aus eigener Kraft ihre Schwierigkeiten überwinden konnten, sollten wir erhalten und möglichst nicht in einer weiteren „Warteschleife“ ersticken. Ziel: Möglichst früh in legale und qualifizierte Arbeit!

Unterstützer*innen

Petra Sander (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Julia von Oertzen (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Kellya Clanzig (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Ralf Hartmann (KV Karlsruhe); Verena Anlauf (KV Karlsruhe); Sebastian Müller (KV Freiburg); Christopher Leonhard Gohla (KV Karlsruhe); Karin Fendler (KV Karlsruhe); Angela Unger (KV Karlsruhe); Finn Schwarz (KV Tübingen); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar)

PRO-2-431

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 430 bis 434:
Vertreter*innen aus Schule und Wirtschaft weiter. Speziell für Berufe mit großem Fachkräftemangel ~~intensivieren wir Ausbildungspaten- und Vorstellungsprogramme in Schulen. Wir wollen insbesondere bessere Einblicke in Handwerk und Industrie ermöglichen und fördern daher Projektschulen, die eng mit dem Handwerk kooperieren.~~z.B. in Handwerk und Industrie, in der Kinder- und Altenpflege intensivieren wir Ausbildungspaten- und Vorstellungsprogramme in Schulen.

Begründung

Die Bedeutung des Handwerks und der dortige Fachkräftemangel werden über mehrere Seiten beschrieben. Doch genauso wichtig ist der Personalmangel im pflegerischen Bereich.

PRO-2-433

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ulrike Felger (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 432 bis 434:
in Schulen. Wir wollen insbesondere bessere Einblicke in Handwerk und Industrie ermöglichen und fördern daher Projektschulen, die eng mit ~~dem Handwerk~~diesen kooperieren.

Begründung

Eine Bezugnahme ohne wiederholte Nennung verbessert die Lesefreundlichkeit.

Unterstützer*innen

Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Anke Weber (KV Stuttgart); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Annika Franz (KV Tübingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg)

PRO-2-434

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 434 einfügen:

Um Ausbildung langfristig solidarisch zu finanzieren, kleinere Betriebe zu entlasten und die Qualität der beruflichen Bildung langfristig zu sichern, führen wir einen Ausbildungssolidarfonds nach dem Vorbild Bremens ein.
Unternehmen in Baden-Württemberg mit mehr als zehn Beschäftigten leisten eine Umlage, aus der ausbildende Betriebe eine Rückzahlung pro Auszubildender bzw. Auszubildendem erhalten. Die Mittel des Fonds sollen gezielt in die Qualitätssteigerung der Ausbildung fließen und die Attraktivität der Betriebe als Ausbildungsorte erhöhen.
So schaffen wir faire Rahmenbedingungen für alle Unternehmen, fördern die Ausbildungsgerechtigkeit und ermöglichen es insbesondere kleinen und mittleren Betrieben – vor allem im Handwerk –, mehr junge Menschen auszubilden. Damit sichern wir langfristig die Fachkräftebasis und stärken die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft in Baden-Württemberg und gehen einen weiteren Schritt in der Umsetzung der Ausbildungsgarantie.

Begründung

Der Fachkräftemangel gefährdet zunehmend Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, gerade im Mittelstand und im Handwerk. Viele kleine Betriebe wollen ausbilden, scheitern aber an finanziellen oder personellen Grenzen. Ein Ausbildungssolidarfonds sorgt für einen gerechten Ausgleich: Unternehmen, die nicht ausbilden, beteiligen sich über eine Umlage an der gemeinsamen Verantwortung für die berufliche Bildung.
Das stärkt die Ausbildung als gemeinsames gesellschaftliches Projekt, verbessert die Qualität und schafft faire Chancen für junge Menschen, unabhängig vom Betrieb oder der Branche, in der sie ihre Ausbildung beginnen.

PRO-2-439

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Paula Schecker (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 439 einfügen:
Starkes FSJ und FÖJ - Freiwilliges Engagement für Alle ermöglichen

Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur politischen Bildung junger Menschen. Dabei bleibt die Nachfrage nach Freiwilligendiensten kontinuierlich hoch. Um jungen Menschen dabei mit allen finanziellen Hintergründen die Möglichkeit zu geben, einen Freiwilligendienst zu leisten, erhöhen wir die Pro-Kopf-Förderung für Träger des FSJ und des FÖJ. Um die Planungssicherheit der Träger sicherzustellen, gewährleisten wir außerdem eine verbindliche mittelfristige Finanzplanung für Freiwilligendienste von mindestens zwei Jahren. Ebenso stellen wir uns gegen die Streichung von Einsatzstellen, da wir uns der Bedeutung von sozialem Engagement und Umweltbildung im Klaren sind. Um die Nachfrage von jungen Menschen nach Freiwilligendiensten auch in Zukunft sicherzustellen, stellen wir Gelder für Werbekampagnen bereit.

Begründung

Wachsen und lernen

Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) geben jungen Leute Einblicke in verschiedene Berufe und Bereiche des gesellschaftlichen Engagements. Sie lehren Verantwortung, Organisation und Zusammenhalt und leisten einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung. Teilnehmer:innen dieser Freiwilligendienste können neue Kontakte knüpfen, sich ausprobieren und ihre Persönlichkeit entfalten, und sich auch politisch einsetzen, zum Beispiel als Vertreter:innen ihrer Mitteilnehmer:innen.

Freiwilligendienste sind für junge Leute aus verschieden Gründen attraktiv. Manche wollen sich nach der Schule ausprobieren, manche wollen sich nach einem abgeschlossenen Studium oder einer abgeschlossenen Ausbildung neu orientieren und die meisten wollen sich einfach gesellschaftlich engagieren.

Finanzielle Hürden abbauen

Leider sind die meisten Freiwilligendienste immer noch mit erheblichen Hürden verbunden. Das liegt vor allem daran, dass es sich viele junge Leute einfach nicht leisten können.

In einem Freiwilligendienst arbeitet man meist Vollzeit, erhält dafür aber nur ein Taschengeld. Dessen Höhe unterscheidet sich von Träger zu Träger und der Art des Freiwilligendienstes wie FSJ oder FÖJ und führt so zu einer Intransparenz, die die Entscheidung für einen Freiwilligendienst zusätzlich erschwert.

Bei einem FÖJ in Baden-Württemberg erhält man zum Beispiel bei einer Einsatzstelle ohne Verpflegung und Wohnung monatlich ein Taschengeld von 225€, 11,10€ Verpflegungszuschuss für jeden Arbeitstag, und einen Wohnzuschuss von 282€. Bei einem FSJ bei den Johannitern bekommt man ein Taschengeld von 563€. Bei den aktuellen Lebenshaltungskosten und Mietpreisen reicht dies kaum für ein eigenes WG-Zimmer oder gar eine eigene Wohnung aus. Junge Menschen, die einen Freiwilligendienst anstreben, sind so vielfach darauf angewiesen, noch in ihrem Elternhaus zu bleiben oder zusätzliche finanzielle Unterstützung zu erhalten.

Dies schränkt den Zugang zu Freiwilligendiensten so meist auf Personen ein, die diese Privilegien genießen. Um Träger zu entlasten und in der Zeiten der hohen Inflation und hohen Lebensunterhaltungskosten Freiwilligendienste für mehr junge Menschen möglich zu machen, muss das Land die Pro-Kopf-Förderungsgelder für Träger deutlich erhöhen.

Förderung statt Kürzungen

Ein weiteres Problem ist, dass vor allem Einsatzstellen von Freiwilligendiensten von Sparmaßnahmen betroffen sind, obwohl sie einen wichtigen gesellschaftlichen Mehrwert haben. FSJs zum Beispiel unterstützen ohnehin schon chronisch unterbesetzte soziale Berufe und FÖJs leisten einen wichtigen Beitrag zu Umweltschutz und Umweltbildung, weshalb wir uns entschlossen und mit allen Mitteln gegen diese Kürzungen stellen müssen. Im Kontrast zu den Streichungen von Einsatzstellen übersteigt die Nachfrage nach Freiwilligendiensten laut DBJR und DRK konstant das Angebot an verfügbaren Stellen. Wir haben also aktuell die Situation, dass es willige junge Menschen gibt, die jedoch nicht aktiv werden können, weil es im, für den Staat günstigeren, Freiwilligendienst an Stellen mangelt.

Dabei stellt es für die Träger eine besondere Herausforderung dar, dass Freiwilligendienste sich nicht wie die staatlichen Haushalte am Kalenderjahr, sondern meist an den Schulabschluss, bzw. Ausbildungs- / Studienstartzeiten orientieren. Um die Versorgung von Trägern sicherzustellen, braucht es die notwendige langfristige Finanzierung der Plätze. Für einen einjährigen Freiwilligendienst sind somit die Haushaltsmittel von zwei Kalenderjahren relevant. Um hier für Planungssicherheit bei den Trägern zu sorgen, braucht es die Gewährleistung einer verbindlichen mittelfristigen Finanzplanung für Freiwilligendienste von mindestens zwei Jahren.

Um auch die Nachfrage nach Freiwilligendiensten auch in Zukunft stetig zu steigern, werden außerdem Investitionen in Bewerbungsmaßnahmen benötigt. Insbesondere der Mangel an Informationen steht dem Antritt eines Dienstes häufig entgegen. Für Studium und Ausbildung als Möglichkeit nach dem Schulabschluss wird durch Kampagnen wie "das Handwerk" investiert und auch bei der Bundeswehr fließt seit Jahren viel Geld in Werbungskampagnen wie digitale Werbung oder an Orten wie der Gamescom. Um die Freiwilligendienste zu stärken, ist auch hier ein stärkeres Engagement durch das Land Baden-Württemberg erforderlich.

Unterstützer*innen

Paul Vogel (KV Freiburg); Sebastian Müller (KV Freiburg); Sarah Rahel Koller (KV Freiburg); Thomas Knoll (KV Freiburg); Kornelia Müller (KV Freiburg); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Florian Bieck (KV Freiburg); Aimée Pederzolli (KV Freiburg); Klara Behrendt (KV Freiburg); Janek Aldus (KV Freiburg); Emil Schneller (KV Freiburg); Mona Blender (KV Freiburg); Lisa Maria Daiber (KV Freiburg); Amelie

Marie Brummer (KV Freiburg); Silke Kilius (KV Freiburg); Marie Lacaille (KV Freiburg); Nicholas Eschenbruch (KV Freiburg); Brigitte Kaufmann (KV Freiburg); Jonathan Rabus (KV Freiburg)

PRO-2-439-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 438 bis 439 einfügen:
jungen Leuten, selbstbestimmt zu leben. Wir wollen die Zahl der Wohnheimplätze deutlich erhöhen und dabei für eine entsprechende Bezahlbarkeit sorgen.
Um der Wohnungsnot von Azubis langfristig entgegenzutreten, sorgen wir für den Aufbau von Auszubildendenwerken als einen Baustein der Ausgestaltung des Impulsprogramms, die nach dem Vorbild der Studierendenwerke Wohnraum, Beratung und soziale Unterstützung für Auszubildende bereitstellen und eng mit Betrieben und Berufsschulen kooperieren. Um die Auszubildendenwerke rechtlich zu verankern und so für Planungssicherheit zu sorgen, schaffen wir ein Auszubildendenwerksgesetz analog zum Studierendenwerksgesetz. Die Förderung von Auszubildendenwerken soll so durch ihre Einstufung als Anstalt des öffentlichen Rechts unbürokratisch und rechtssicher erfolgen.
Wir werden außerdem für den flächendeckenden Aufbau von Auszubildendenwerken im Land ergänzend zum Bundesprogramm „Junges Wohnen“ zusätzliche Mittel bereitstellen. Bestehende Unterstützungsangebote der Handwerkskammern, Industrie und Handelskammer, sowie weiterer Ausbildungsträger*innen werden einbezogen, um vorhandene Strukturen zu stärken und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Begründung

Die Mietpreiskrise trifft Auszubildende besonders hart – viele können aufgrund hoher Wohnkosten eine Ausbildung in Städten kaum antreten. Um Chancengerechtigkeit zu sichern, braucht es flächendeckend bezahlbaren Wohnraum und verlässliche Unterstützungsangebote.
Azubiwerke erleichtern es auch kleinen Betrieben, Wohnraum für Auszubildende zu schaffen. Erfolgreiche Beispiele aus Hamburg, München und Aachen zeigen, dass das Modell wirkt.
Als Teil der Ausgestaltung des Impulsprogramms tragen Azubiwerke dazu bei, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung gezielt zu steigern. Die Organisation als Gesellschaften öffentlichen Rechts ermöglicht den effizienten und transparenten Einsatz von Fördermitteln. Durch die Einbindung bestehender Angebote der Handwerkskammern, der Industrie und Handelskammern, sowie weiterer Ausbildungsträger*innen werden funktionierende Strukturen genutzt und sinnvoll weiterentwickelt.

PRO-2-472

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marius Blascheck (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 471 bis 474 löschen:
durchlaufen, um ein besseres Verständnis für handwerkliche Ausbildungswege und deren Bedeutung zu gewinnen. ~~Wir wollen insbesondere bessere Einblicke in Handwerk und Industrie ermöglichen und fördern daher Projektschulen, die eng mit dem Handwerk kooperieren.~~

Begründung

Der gleiche Sachverhalt wird bereits in den Zeilen 432 und 434 genannt. Diese Redundanz sollte vermieden werden.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Jörg Bischof (KV Tübingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Dirk Grunert (KV Mannheim); Damian Kunkis (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr)

PRO-2-478

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Wanja Pasdzierny (KV Mannheim)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 477 bis 479 einfügen:
letzten Jahren gestiegenen Lebenshaltungskosten besonders. Hier setzen wir an! Deshalb erhöhen wir die Landeszuschüsse an die Studierendenwerke und sorgen durch eine Dynamisierung der Grundfinanzierung vergleichbar zur HoFV III für Planungssicherheit und einen Ausgleich der inflationsbedingten Mehrkosten. Dies ermöglicht den Studierendenwerken, preiswerten Wohnraum, Mensamahlzeiten und

Begründung

Die Studierendenwerke tragen maßgeblich dazu bei, dass ein Studienstandort attraktiv und sozial gerecht bleibt. Sie schließen mit ihren vielfältigen Angeboten genau die Lücken, die Studierende besonders betreffen – etwa dann, wenn finanzielle Mittel knapp sind, Barrieren zu hoch oder andere Lebensumstände eine Teilhabe erschweren.

Ein Beispiel dafür ist die Psychologische Beratungsstelle, die durch ihr niedrigschwelliges Angebot eine zentrale Rolle für die psychische Gesundheit der Studierenden spielt. Auch eine bezahlbare warme Mahlzeit ist für viele nur dank der Mensa möglich. Und angesichts angespannter Wohnungsmärkte – besonders für internationale Studierende, die wegen ihres kurzen Aufenthalts kaum Chancen auf dem freien Markt haben – sind preisgünstige Wohnheimplätze unverzichtbar.

Die Studierendenwerke sind gemeinwohlorientierte Einrichtungen: Sie fördern Chancengleichheit, handeln nachhaltig und stärken das soziale Miteinander auf dem Campus. **Trotzdem hinkt die Landesförderung seit Jahren der realen Kostenentwicklung weit hinterher.** Eine dynamische Finanzierung – analog zur Hochschulfinanzierungsvereinbarung III – ist notwendig, damit die Studierendenwerke ihre Angebote überhaupt aufrechterhalten können.

Derzeit sehen sie sich gezwungen, Leistungen zu reduzieren und **Mehrkosten auf die Studierenden abzuwälzen**. Aus meiner Erfahrung, unter anderem als AStA-Vorsitz, weiß ich, wie wichtig ihre Arbeit für den Studienerfolg und die soziale Infrastruktur ist. Die aktuelle Finanzierungssituation erfüllt mich deshalb mit großer Sorge.

.

Unterstützer*innen

Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Beate Noll (KV Mannheim); Daniel Jobke (KV Mannheim); Gerhard Fontagnier (KV Mannheim); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Nick Marx (KV Karlsruhe); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Ana Sauter (KV Reutlingen); Clara López García (KV Mannheim); Leni Reiland (KV Mannheim); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Alexander Kohn (KV Mannheim); Michaela

Böll (KV Mannheim); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau)

PRO-2-481

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 480 bis 482 einfügen:
Angebote für studentisches Leben bereitzuhalten, sowie die psychologischen Betreuungsangebote für Studierende auszubauen. Ebenfalls sollen die Studierendenwerke mit diesem Geld mehr Sachbearbeiter*innen einstellen, um BAföG-Anträge zu bearbeiten und zusätzliche Beratungsstunden bereitzustellen.

PRO-2-487

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 487 einfügen:

Wir werden einen Studierendenkongress des Landes etablieren und hierbei Studierendenvertretungen, Vertreter*innen der Hochschulleitungen, der Studierendenwerke und der Politik gemeinsam mit Zufallsstudierenden zusammenbringen. Die Ergebnisse helfen uns, die Situation vor Ort durch kooperative und hochschulübergreifende Maßnahmen zu verbessern.

PRO-2-499

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG FrauenPolitik
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 498 bis 499 einfügen:
für MINT-Studiengänge begeistern, denn genau dort bringen wir den ökologischen und technologischen Wandel voran. **Wir fördern MINT-Module an Schulen, legen die Förderung für die Girls` Digital Camps neu auf und bieten entsprechende Stipendien an.**

Begründung

Frauen sind in MINT-Studiengängen unterrepräsentiert. Diese Maßnahmen können dazu beitragen, diesem Trend entgegenzuwirken und insbesondere jungen Frauen und Mädchen die Berührungsängst nehmen.

PRO-2-500

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ulrike Felger (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 500 bis 501:
Unsere Universitäten und Hochschulen leisten mit der Ausbildung von ~~Medizinstudierenden~~top-qualifizierten jungen Menschen einen wichtigen Beitrag zur ~~ärztlichen Versorgung~~Zukunft unseres Landes als Technologie-, Innovations- und Gesundheitsstandort. Dies kommt unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft gleichermaßen zugute.

Begründung

Der Wohlstand Baden-Württembergs ist eng verknüpft mit der hochwertigen Ausbildung junger Menschen. Es ist nicht sinnvoll, eine universitäre Ausbildung herauszuheben und viele andere wie z.B. die gesamten Technologiefelder oder die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nicht zu nennen. Die führt ggf. zu unnötigen Irritationen bei allen, die ihren Beitrag für die Zukunft unseres Landes durch gut ausgebildete junge Menschen – auch außerhalb der akademischen Bildung – leisten.

Unterstützer*innen

Marius Blascheck (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Peter Koderisch (KV Freiburg); Jörg Bischof (KV Tübingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart)

PRO-2-501

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 501 einfügen:

Um diese Versorgung weiter auszubauen, wollen wir – nach dem Beispiel der Berliner Charité – ebenfalls in der Gendermedizin forschen. Denn wir erkennen die aktuellen Missstände des Gender Health Gap an und versuchen, diese zu schließen.

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Johanna Löloff (KV Heidelberg)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 500 bis 501 einfügen:
Unsere Universitäten leisten mit der Ausbildung von Medizinstudierenden einen wichtigen Beitrag zur ärztlichen Versorgung.

Wir setzen uns mit den verschiedenen Akteuren für eine ausfinanzierte Weiterbildung zur Fachpsychotherapeut*in ein. Leistungen gegenüber Versicherten, Theorieseminare, Selbsterfahrung und Supervision müssen verlässlich finanziert werden, um die psychotherapeutische Versorgung zu sichern. Um Planungssicherheit für angehende Psychotherapeut*innen zu schaffen ist dabei eine einheitliche tarif-analoge Vergütung anzustreben. Zudem müssen Regelungen zur Finanzierung der Weiterbildung in Kliniken, Praxen und Medizinischen Versorgungszentren gefunden werden.

Begründung

Die Reform des Psychotherapeutengesetzes hatte zum Ziel, die prekären Ausbildungsverhältnisse von angehenden Psychotherapeut*innen zu verbessern. Bisherige Finanzierungspläne werden den Aufgaben von Weiterbildungsambulanzen nicht gerecht. Hier ist ein ganzheitlicher Blick nötig, um eine Unterfinanzierung zu verhindern und Kostenlücken zu schließen. Es besteht dringender Handlungsbedarf, damit Stellen für die Weiterbildung zur Fachpsychotherapeut*in geschaffen und der drohende Fachkräftemangel verhindert werden kann.

PRO-2-503

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marius Blascheck (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 503 bis 510:

~~Unsere Arbeitswelt ist im stetigen Wandel. Künstliche Intelligenz, Digitalisierung und die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft verändern Arbeitsplätze und die Erwartungen an Fähigkeiten der Arbeitnehmer*innen. Wir wollen allen Menschen berufliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote ermöglichen. Damit schaffen wir Perspektiven für die Menschen im Land, die sich weiterentwickeln wollen. Wir eröffnen so Unternehmer*innen die Möglichkeit, ihre Beschäftigte weiter zu qualifizieren, um gemeinsam mit ihnen wachsen können.~~

Unser Land steckt mitten in gesellschaftlichen, technologischen, ökonomischen und ökologischen Umbrüchen, die alle zeitgleich stattfinden und ineinandergreifen. Künstliche Intelligenz, Digitalisierung, Migration und die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft verändern unsere Gesellschaft und unsere Arbeitswelt. Lebenslanges Lernen ist der Schlüssel, um Menschen angesichts dieses Wandels zur gesellschaftlichen, politischen, beruflichen und sozialen Teilhabe zu befähigen. Von Investitionen in Weiterbildung profitieren ganz besonders gering Qualifizierte, Zugewanderte und ältere Beschäftigte. Weiterbildung trägt damit zur Integration, zu sozialer Gerechtigkeit und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Begründung

Der Abschnitt zum Weiterbildung fokussiert ausschließlich auf die berufliche Weiterbildung. Der Weiterbildung kommt jedoch eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung zu. Sie befähigt Menschen zur Teilhabe in allen Lebensbereichen. Die neue Einleitung macht dies deutlich.

Unterstützer*innen

Dirk Grunert (KV Mannheim); Ulrike Felger (KV Böblingen); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Katja Seiter (KV Karlsruhe-Land); Annika Franz (KV Tübingen); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Joachim Haas (KV Esslingen); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Saskia Frank (KV Konstanz); Maria Flendt (KV Stuttgart); Damian Kunkis (KV Reutlingen)

PRO-2-510

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marius Blascheck (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 510 einfügen:

Die Volkshochschulen und die kirchlichen Weiterbildungsträger sind zentrale Säulen der allgemeinen Weiterbildung. Mit ihrem landesweiten und gleichzeitig vor Ort verankertem Angebot leisten sie einen erheblichen Beitrag für die Chancengerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg. Sie ermöglichen allen Menschen eine lebenslange individuelle Weiterentwicklung. Damit Weiterbildungsangebote bezahlbar bleiben und damit wirklich allen offen stehen, streben wir eine Anhebung der allgemeinen Grundförderung auf das Niveau vergleichbarer Flächenländer an. Wir bleiben auch in Zukunft ein starker und verlässlicher Partner der Volkshochschulen und der kirchlichen Weiterbildungsträger im Land.

Begründung

Die allgemeine Weiterbildung als eigenständiger Bereich neben der beruflichen und akademischen Weiterbildung wird im Programmentwurf nicht erwähnt. Die Verkürzung auf die berufliche und berufsbezogene Weiterbildung greift zu kurz und unterschlägt die wichtige Arbeit der Volkshochschulen sowie der kirchlichen Weiterbildungsträger für unsere Gesellschaft.

Die allgemeine Grundförderung durch das Land ist im Bundesvergleich unterdurchschnittlich. Die in der Weiterbildungsvereinbarung 2020-2025 sowie im aktuellen Koalitionsvertrag zugesagte Erhöhung um 28 % wurde in den vergangenen Haushaltsaufstellungen nicht vollständig erfüllt. Ziel bleibt daher die Anhebung der Grundförderung auf das Niveau vergleichbarer Flächenländer. Nur damit bleiben die Teilnahmegebühren niedrig und damit für alle bezahlbar.

Unterstützer*innen

Dirk Grunert (KV Mannheim); Ulrike Felger (KV Böblingen); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Katja Seiter (KV Karlsruhe-Land); Annika Franz (KV Tübingen); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Peter Koderisch (KV Freiburg); Simone Fischer (KV Stuttgart); Saskia Frank (KV Konstanz); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land)

PRO-2-510-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marius Blascheck (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 510 einfügen:

Die Weiterbildungsberatung ist ein echtes Erfolgsmodell, das bundesweit als Vorbild gilt. Seit zehn Jahren unterstützt das Landesnetzwerk Weiterbildungsberatung (LN WBB) mit hoher Professionalität unzählige Menschen bei der Wahl des für sie passenden Bildungswegs. Wir wollen die Finanzierung des LN WBB dauerhaft sichern und es gesetzlich verankern.

Begründung

Die Weiterbildungsberatung ist ein echtes Erfolgsmodell, um das Baden-Württemberg bundesweit beneidet wird. Die sichere Finanzierung sowie eine gesetzliche Verankerung des LN WBB sind wichtige Maßnahmen, damit das LN WBB unter Schirmherrschaft des Volkshochschulverbands seine professionelle und erfolgreiche Arbeit dauerhaft fortführen kann.

Unterstützer*innen

Dirk Grunert (KV Mannheim); Ulrike Felger (KV Böblingen); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Katja Seiter (KV Karlsruhe-Land); Annika Franz (KV Tübingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Saskia Frank (KV Konstanz); Damian Kunkis (KV Reutlingen); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Eric Betzin (KV Karlsruhe-Land)

PRO-2-510-3

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marius Blascheck (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 510 bis 515:

Die vielfältigen Umbrüche unserer Zeit verändern Arbeitsplätze und die Erwartungen an Fähigkeiten von Arbeitnehmer*innen. Der Weiterbildung kommt in einer sich verändernden Welt eine Schlüsselrolle bei der Fachkräftesicherung zu. Wir wollen allen Menschen berufliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote ermöglichen. Mit ~~„WEITER~~„WEITER.mit.BILDUNG@BW~~“~~“ haben wir eine Weiterbildungsoffensive gestartet, die Menschen neue Chancen eröffnet: ~~Sie fördert Qualifizierungen~~Durch Qualifizierung und ~~macht das Nachholen von Berufsabschlüssen möglich~~die Möglichkeit, Berufsabschlüsse nachzuholen. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe zu steigern, Fachkräfte zu binden und die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Weiterbildungspartnern zu stärken. Wir eröffnen Unternehmer*innen so die Möglichkeit, ihre Beschäftigten weiter zu qualifizieren, um gemeinsam mit ihnen wachsen zu können.

Begründung

Die Sätze zur beruflichen Weiterbildung werden aus der bisherigen Einleitung des Unterkapitels in den Absatz zur Weiterbildungsoffensive gezogen. Damit ergibt sich ein logischer Aufbau des Unterkapitels, gegliedert in Einleitung, allgemeine Weiterbildung, berufliche Weiterbildung und akademische Weiterbildung.

Unterstützer*innen

Dirk Grunert (KV Mannheim); Ulrike Felger (KV Böblingen); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Katja Seiter (KV Karlsruhe-Land); Annika Franz (KV Tübingen); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Saskia Frank (KV Konstanz); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Damian Kunkis (KV Reutlingen); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

PRO-2-520

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marius Blascheck (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 520 einfügen:

Um auch Erwachsenen mit geringen Fähigkeiten in den Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen, mit unzureichenden deutschen Sprachkenntnissen sowie fehlenden digitalen Kompetenzen wirkliche gesellschaftliche und berufliche Teilhabe zu ermöglichen, sind passende Angebote zur Alphabetisierung und Grundbildung unerlässlich. Der arbeitsplatzorientierten Grundbildung kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu. In der Landesstrategie zur Förderung der Alphabetisierung und Grundbildung haben wir die Anstrengungen des Landes in diesem Bereich gebündelt und die Zusammenarbeit mit den Weiterbildungspartnern gestärkt. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortführen und auch in den kommenden Jahren finanziell absichern.

Begründung

Mit dem Bereich der Grundbildung und Alphabetisierung fehlt im bisherigen Programmentwurf ein wichtiges Feld in der Weiterbildung. In den vergangenen Jahren wurde hier vieles erreicht. Die aufgebauten Strukturen und Angebote sollen dauerhaft fortgeführt und finanziell abgesichert werden.

Unterstützer*innen

Dirk Grunert (KV Mannheim); Ulrike Felger (KV Böblingen); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Katja Seiter (KV Karlsruhe-Land); Annika Franz (KV Tübingen); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Martin Schüler (KV Tübingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Simone Fischer (KV Stuttgart); Saskia Frank (KV Konstanz); Maria Flendt (KV Stuttgart)

PRO-2-521

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ulrike Felger (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 521 bis 524:
Wir stärken Fortbildungsangebote ~~etwa~~gerade im Handwerk oder in der Landwirtschaft. ~~Außerdem~~Zudem wollen wir Lehrer*innen die Möglichkeit geben, Stationen in solchen Betrieben ~~– etwa im Handwerk –~~zu durchlaufen, damit sie Praxisnähe direkt in ihren Unterricht einbringen können. So verbinden wir Weiterbildung, Arbeitswelt und

Begründung

Eine Ausgrenzung anderer Branchen und Wirtschaftszweige ist weder sinnvoll noch zielführend und sollte vermieden werden.

Unterstützer*innen

Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Anke Weber (KV Stuttgart); Ralf Nentwich (KV Rems/Murr); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Annika Franz (KV Tübingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-2-526

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marius Blascheck (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 526 bis 528:

~~Die berufliche Weiterbildung an Hochschulen haben wir gestärkt. Denn auch Hochschulen können zu führenden Partnern von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen für lebenslanges Lernen werden.~~

Mit ihren Weiterbildungsangeboten stellen die Hochschulen neben der allgemeinen und der beruflichen Weiterbildung die Dritte Säule der Erwachsenenbildung im Land dar. Mit dem Netzwerk Südwissen haben wir die Angebote der beruflichen Weiterbildung der staatlichen Hochschulen im Land gestärkt und ihre Sichtbarkeit erhöht. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, um die Hochschulen als Bildungspartner von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen für Qualifizierungen und lebenslanges Lernen zu etablieren

Begründung

Der sehr kurze Absatz zur akademischen Weiterbildung wird dem dritten Säule der Erwachsenenbildung nicht gerecht. Durch minimale Umformulierungen und wenige ergänzende Sätzen wirkt das Bild innerhalb der Unterkapitels stimmiger.

Unterstützer*innen

Dirk Grunert (KV Mannheim); Ulrike Felger (KV Böblingen); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Carina Häussler (KV Stuttgart); Katja Seiter (KV Karlsruhe-Land); Annika Franz (KV Tübingen); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Ulrich Wacker (KV Karlsruhe); Martin Schüler (KV Tübingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Peter Koderisch (KV Freiburg); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Saskia Frank (KV Konstanz)

PRO-2-526-2

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 526 bis 528:
Die berufliche Weiterbildung an Hochschulen haben wir gestärkt. Denn ~~auch~~ Hochschulen ~~können zu führenden Partnern~~sind führende Partner von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen für lebenslanges Lernen und werden~~.~~

zur dringend benötigten Fachkräftesicherung benötigt. Wir setzen uns für den weiteren Auf- und Ausbau der Strukturen der wissenschaftlichen Weiterbildung an unseren Hochschulen in Baden-Württemberg weiter ein. Dafür werden wir die Mittel zur Vernetzung mit der Wirtschaft weiter ausbauen und werden uns zur Vereinfachung der Rechtslage gegenüber EU und Bund stark machen.

PRO-2-526-3

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 526 bis 528:
Die berufliche Weiterbildung an Hochschulen haben wir gestärkt. Denn ~~auch~~ Hochschulen ~~können zu führenden Partnern~~sind führende Partner von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen für lebenslanges Lernen und werden~~.~~

zur dringend benötigten Fachkräftesicherung. Wir setzen uns für den weiteren Auf- und Ausbau der Strukturen der wissenschaftlichen Weiterbildung an unseren Hochschulen in Baden-Württemberg weiter ein. Dafür werden wir die Mittel zur Vernetzung mit der Wirtschaft weiter ausbauen und werden uns zur Vereinfachung der Rechtslage gegenüber EU und Bund stark machen.

.

PRO-3-001

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 1 bis 4:
~~Wir wollen unsere Heimat bewahren, sie hat so viel zu bieten. Orchideenwiesen, Buchenwälder, Lerchen, Bläulinge, Trockenmauern, Moore, Getreidefelder, Hopfenplantagen:~~Wir wollen unsere heimische Natur bewahren, sie bietet mit ihren vielfältigen Mischwäldern, Wiesen, Getreidefeldern, Hopfengärten und Mooren Lebensraum für Lerchen, Bläulinge, zahlreiche Insekten und andere Lebewesen. Baden-Württemberg ist das Land ökologischer Vielfalt. Doch Natur und Landwirtschaft sind durch die Biodiversitäts- und Klimakrise bedroht –

Begründung

Das klang wirklich viel zu sehr nach KI und der Absatz wirkte daruch seltsam holprig. Fachlich passt er nur mit diesen Einfügungen.

PRO-3-003

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nathalie Ibeh (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 2 bis 7 einfügen:
Buchenwälder, Lerchen, Bläulinge, Trockenmauern, Moore, Getreidefelder, Hopfenplantagen: Baden-Württemberg ist das Land ökologischer Vielfalt und der Erhalt ökologischer Vielfalt ist unsere Lebensgrundlage. Doch unsere Lebensgrundlage, Natur und Landwirtschaft sind durch die Biodiversitäts- und Klimakrise bedroht – Hitze, Dürre, Hochwasser und Artensterben fordern uns und unsere Ökosysteme. Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein unsere Zukunft, unsere Lebensgrundlagen und unser schönes Baden-Württemberg zu schützen.

Die Klimakrise wartet nicht. Schon jetzt führt sie zu Leid und Verlust für uns Menschen und alle Lebewesen. Wir nehmen die Dringlichkeit der Klimakrise wahr, aber wir wissen auch: es gibt Handlungsmöglichkeiten und unzählige Vorschläge für eine nachhaltige und gerechte Transformation. Unser Einsatz ist jetzt gefragt.

Begründung

Um überzeugend zu sein, ist es wichtig am Anfang des Kapitels die Dringlichkeit der Klimakrise zu unterstreichen und deutlich zu machen, dass wir uns dieser bewusst sind und sie ernst nehmen.

Unterstützer*innen

Richard Langer (KV Tübingen); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Katrin Herbel (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Josef Nerb (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Julia Uebele (KV Göppingen); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Valerie Fischer (KV Tübingen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Niklas Becker (KV Konstanz); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar)

PRO-3-046

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 45 bis 46 einfügen:
und der Strategie für eine klimaneutrale Landesverwaltung bis 2030 ist Baden-Württemberg Vorreiter. Mit der Berechnung eines CO2-Restbudgets setzen wir uns für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels ein und entwickeln einen darauf aufbauenden Reduktionspfad.

Begründung

Durch die Orientierung an einem CO_2-Restbudget wird der Klimaschutz planbarer, transparenter und messbarer. Ein verbindlicher Reduktionspfad macht sichtbar, welche Maßnahmen in welchem Zeitraum notwendig sind und ermöglicht ein frühzeitiges Gegensteuern, falls der Kurs nicht eingehalten wird. Das stärkt nicht nur die Steuerungsfähigkeit der Landesregierung, sondern auch das Vertrauen der Öffentlichkeit, dass die Klimaziele nicht nur politisch kommuniziert, sondern wissenschaftlich unterlegt und konsequent verfolgt werden.

PRO-3-046-2

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Benjamin Baecker (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 45 bis 46 einfügen:
und der Strategie für eine klimaneutrale Landesverwaltung bis 2030 ist Baden-Württemberg Vorreiter.

Als eine der führenden Industrieregionen der Welt ist Baden-Württemberg Gründungsmitglied und treibende Kraft der "Under2Coalition" und setzt sich weltweit und vor Ort für eine Begrenzung der Erderwärmung auf unter 2 Grad ein.

Begründung

https://um.baden-wuerttemberg.de/de/presse-service/presse/pressemitteilung/pid/baden-wuerttemberg-und-kalifornien-unterzeichnen-klimaabkommen

Auf der COP 30 hat BW seine Partnerschaft zu Kalifornien erneuert und ist weiterhin auf dem Weg, seine ambitionierten Klimaziele konsequent umzusetzen.

Unterstützer*innen

Michael Jahn (KV Esslingen); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Karen Tiede (KV Esslingen); Rose Lutz (KV Esslingen); Melanie Koch (KV Esslingen); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Ulrike Hallenbach (KV Esslingen); Cornel Eckert (KV Esslingen); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Lukas Weber (KV Heidelberg); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Marc Mausch (KV Tübingen); Maike Hipp (KV Karlsruhe); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Manoah Kunze (KV Tübingen); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen)

PRO-3-053

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 52 bis 53 einfügen:
und wollen sicherstellen, dass die Landesregierung mit ihren Entscheidungen auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Sachverständigenrats angemessen und zeitnah reagiert. So muss bei einer durch den Rat prognostizierte Zielverfehlung automatisch ein entsprechendes Sofortprogramm aufgelegt werden.

Begründung

Die bisherigen Stellungnahmen des Klimasachverständigenrats der Landesregierung wurden nicht ausreichend berücksichtigt. Obwohl der Rat seit Jahren klar und wissenschaftlich fundiert auf drohende Zielverfehlungen hinweist, wurden kaum zusätzliche Maßnahmen beschlossen. Damit bleiben wissenschaftliche Empfehlungen bislang ohne die ausreichende, politische Konsequenz.

Bisher müssen erst Maßnahmen ergriffen werden wenn die Landesregierung die Zielverfehlungen anerkennt. Genau diese Anerkennung ist in der Koalition mit der CDU jedoch bislang nicht gelungen. Dadurch bleiben notwendige Schritte aus und wertvolle Zeit geht verloren.

Ein automatischer Mechanismus, der bei einer vom Sachverständigenrat prognostizierten Zielverfehlung zwingend ein Sofortprogramm auslöst, schafft hier verbindliche Strukturen. Er stellt sicher, dass Politik nicht länger an Warnungen vorbeiarbeitet, sondern wissenschaftliche Erkenntnisse unmittelbar in konkretes Regierungshandeln übersetzt werden. Das erhöht Transparenz, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit staatlichen Klimaschutzes. Gleichzeitig wird verhindert, dass politische Verzögerungen den Weg zur Klimaneutralität gefährden.

PRO-3-080

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 79 bis 81:
Für den Schutz unseres Klimas setzen wir vor allem auf die Einsparung von Treibhausgas-Emissionen. ~~Mit~~Wir setzen auf Energie sparen und Energieeffizienz. Wir treiben mit voller Kraft ~~treiben wir~~ die Energie- und Wärmewende und die Dekarbonisierung der Industrie voran. In einigen wenigen

Begründung

Irgendwo muss Energie sparen vorkommen.

PRO-3-089

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 88 bis 89 einfügen:
Landesentwicklungsplan verankern. Unsere natürlichen Kohlenstoffsenken – Moore, Auen, Wälder, Grünland und Feuchtwiesen – werden wir konsequent erhalten und ausbauen.

Begründung

Wälder und Grünland sind die wichtigsten natürlichen Kohlenstoffsenken. Beispielsweise bedecken Wälder rund 38 % der Landesfläche Baden-Württembergs und binden jährlich ca. 15 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente. Das ist bundesweit ein Spitzenwert! Grünland kann besonders bei extensiver Bewirtschaftung und dem Aufbau von organischer Substanz Kohlenstoff binden.

Unterstützer*innen

Trudis Fisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Claudia Mayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Rabe-Lockhorn (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beatrix Steinsiepe (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hanja Hoffmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Gaby Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sonja Rajsp-Lauer (KV Rottweil); Alexander Held (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Reinhold Pix (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jonathan Hanser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Stephan Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sven Seitola (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Sibylle Klos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Marlene Krüger (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-3-093

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG WiFiSo
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 92 bis 94:
unserem Ziel „Klimaneutrale Landesverwaltung 2030“. Wir haben mit dem Energie- und Klimaschutzkonzept für ~~Landesgebäude~~Landesliegenschaften 2030 den Weg bereitet, unsere Landesgebäude energetisch so zu sanieren, umzubauen und effizient zu nutzen, dass sie ihren

Begründung

Das Klimaschutzkonzept bezieht sich auf Landesliegenschaften insgesamt. Entsprechend der korrekte Titel.

PRO-3-097

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 96 bis 97 einfügen:
Sanierungen, treiben die Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzepts sowie den Ausbau von Photovoltaikanlagen für landeseigene Gebäude konsequent voran.

Wir stärken die europäische Zusammenarbeit beim Klimaschutz - etwa über Energiepartnerschaften, grenzüberschreitende Netze und den europäischen Emissionshandel. Baden-Württemberg soll aktiv in europäischen Energie- und Wasserstoffverbünden mitarbeiten.

Begründung

Klimaneutralität gelingt nur im europäischen Verbund. Grenzüberschreitende Kooperation erhöht Effizienz und Versorgungssicherheit.

PRO-3-100

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 99 bis 101 einfügen:
Die Aufgaben der Kommunen beim Klimaschutz und bei der Klimawandelanpassung wachsen stetig. Indem der jährliche Gas- und Stromlieferung der kommunalen Versorger transparent veröffentlicht wird, führen wir für die Kommunen ein kontinuierliches Energiemonitoring ein. So können Bürger*innen ein Bewusstsein für die mit unserem Energieverbrauch verbundenen Treibhausgasemissionen entwickeln. Bürger*innen und Kommunen wollen und sollen Energieverantwortung übernehmen. Die Kommunen sollen deshalb bilanziell eine Selbstversorgung mit Erneuerbaren Energien anstreben und den Ausbau der Erneuerbaren vor Ort in dieser Hinsicht unterstützen. In diesem Sinne wollen wir Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe machen. In der kommenden Legislaturperiode schaffen wir verlässliche Finanzierungsmöglichkeiten für die Umsetzung kommunaler Klimaschutz- und

Begründung

Das Gelingen der Energiewende hängt vor allem davon ab, dass kleine, aber flächenreiche Kommunen ihre Ressourcen für Windkraft und FFPV zur Verfügung stellen. In vielen Fällen wird das aber von Bürgermeistern und Gemeinderäten verhindert. Die vorgeschlagene Formulierung verpflichtet die Kommunen dazu, Erzeugungsanlagen zu dulden, zumindest solange der von ihren Bewohner*innen und dem Gewerbe auf ihrer Gemarkung benötigte Energiebedarf noch nicht gedeckt ist.

PRO-3-102

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 101 bis 103 einfügen:
Finanzierungsmöglichkeiten für die Umsetzung kommunaler Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte und verankern Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe mit entsprechender finanzieller Unterstützung. Dazu verankern wir im Land die Klimamilliarde. Über die nächsten Zehn Jahre erhalten die Stadt- und Landkreise jedes Jahr Mittel aus dem

Begründung

Klimaschutz und Klimaanpassung findet vor allem auf kommunaler Ebene statt. Ohne eine klare rechtliche Verankerung als kommunale Pflichtaufgabe bleiben viele Maßnahmen jedoch freiwillig und damit anfällig für Haushaltskürzungen oder politische Wechsel. Durch die Festlegung als Pflichtaufgabe wird Planungssicherheit geschaffen und gewährleistet, dass Kommunen Klimaschutz langfristig und verlässlich umsetzen können.
Wir stärken mit diesem Instrument unsere Grünen und Alternativen in den Räten bei ihrem Engagement für mehr kommunalen Klimaschutz den Rücken und eröffnen neue Handlungsspielräume, um das volle kommunale Potenzial für Klimaschutz und Klimaanpassung auszuschöpfen.
Gleichzeitig verhindert eine solche Verpflichtung nur dann eine Überlastung der Kommunen, wenn sie mit einer entsprechenden finanziellen Unterstützung einhergeht. Die Verknüpfung von Pflicht und verlässlicher Finanzierung stellt sicher, dass alle Kommunen – unabhängig von ihrer Haushaltslage – in die Lage versetzt werden, ihre Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen wirksam umzusetzen. Damit wird nicht nur die Handlungsfähigkeit der Kommunen gestärkt, sondern auch das Erreichen der landesweiten Klimaziele abgesichert.

PRO-3-110

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Benedikt Döllmann (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 109 bis 111 einfügen:
Kredite bei Investitionen in eine nachhaltige Energie- und Wärmeversorgung bekommen. **Für diese Investitionen ermöglichen wir den Kommunen verlässlich, Bürgschaften für ihre kommunalen Unternehmen zu übernehmen. Im Bedarfsfall soll auch das Land entsprechende Bürgschaften gewähren können.** Den CO2-Schattenpreis werden wir auch für Kommunen festschreiben. Mit einer Stärkung des „Kompetenzzentrums Klimawandel“ bei der LUBW wollen wir auch

Begründung

Bürgschaften erleichtern kommunalen Unternehmen den Zugang zu Kapital für wichtige Klimaschutzinvestitionen. Derzeit erlauben einige Regierungspräsidien Bürgschaften jedoch nicht in dem Umfang, in dem sie sinnvoll und nötig wären. Dadurch geraten Projekte wie Wärmenetze, Windkraft oder andere Zukunftsinvestitionen ins Stocken. Eine klare und verlässliche Regelung stärkt die Handlungssicherheit der Kommunen beim Klimaschutz und ermöglicht, dass notwendige Projekte planbar und zügig umgesetzt werden können.

Unterstützer*innen

Jaron Immer (KV Reutlingen); Naomi Fath (KV Neckar-Bergstraße); Alena Ehrismann (KV Karlsruhe); Paul Sawitzki (KV Heidelberg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Philip Weiß (KV Kurpfalz-Hardt); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Nina Wellenreuther (KV Mannheim); Nico Schmid (KV Biberach); Jakob Feldner (KV Tübingen); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Sarah Rahel Koller (KV Freiburg); Eleanor Weber (KV Reutlingen); Jannick Frank Roller (KV Freiburg); Finn Schwarz (KV Tübingen); Selina Feihl (KV Rems/Murr); Katja Seiter (KV Karlsruhe-Land); Katharina Matheis (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen)

PRO-3-118

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 117 bis 118 einfügen:
des Energiesektors. Damit sie ihr Potenzial als Treiber der Energiewende entfalten können, wollen wir sie bestmöglich unterstützen.

Eine weitere (Teil-)Privatisierung von Stadtwerken lehnen wir ab.

Begründung

Abgesehen davon, dass mit Recht argumentieren werden kann, dass die öffentliche Daseinsvorsorge ganz grundsätzlich in die öffentliche Hand gehört, zeigt sich in der Praxis, dass private Investitionen an Renditeerwartungen gebunden sind, die höher sind, als die Kaptialkosten des Staates.

Somit führt eine Privatisierung von öffentlichen Versorgern letztlich in den meisten Fällen zu erhöhten Endverbraucherpreisen.

Wenn der Prozess der Privatisierung der Stadtwerke durch die Kapitalbedarfe im Zuge der nachhaltigen Transformation geschieht und durch die Renditeerwartung der privaten Kapitalgeber die Endverbraucherpreise noch weiter steigen, als das ggf. durch die benötigten Investitionen mit staatlichem Kapital der Fall wäre, dann folgt daraus zwangsweise ein weiterer Akzeptanzverlust in der Bevölkerung. Dieser wird sich am Ende nicht am Prozess der Privatisierung manifestieren (die i.d.R. nur in Fachkreisen thematisiert wird), sondern sich vielmehr gegen die nachhaltige Transformation an sich richten.

Dies gilt es zu verhindern, indem dafür gesorgt wird, dass eben diese Transformation spätestens mittelfristig zu sinkenden Endverbraucherpreisen führt. Dazu müssen die Kapitalkosten immer mitgedacht werden.

PRO-3-126

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 125 bis 127 einfügen:
unserer Anstrengungen beim Klimaschutz müssen wir uns auf ein verändertes Klima einstellen und Vorkehrungen treffen, um Baden-Württemberg und seine Bürger*innen, besonders aber die vulnerablen Gruppen, vor den Auswirkungen der Klimakrise zu schützen. Wir fördern den

PRO-3-139

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 138 bis 140:
konkrete Werkzeuge für eine zuverlässige Wasserversorgung geschaffen. Doch wir wollen ~~mehr~~weitergehen: Mit der Klimamilliarde **wollen wir vor Ort finanziellen Spielraum bieten. Damit** bringen wir die Klimawandelanpassung in den Kommunen entscheidend voran[Leerzeichen]**und sorgen dafür, dass notwendige Maßnahmen nicht an fehlenden finziellen Mitteln scheitern.**

Begründung

Für den Lesefluss und zur besseren Verständlichkeit der Klimamilliarde sollte sie an dieser Stelle nochmal besser erläutert werden, da sie bisher nur einmal einige Zeilen vorher erwähnt wurde.

PRO-3-149

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Simone Fischer (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 148 bis 149 einfügen:
Die Eigenvorsorge von Bürger*innen wollen wir stärken durch Beratung und gezielte Förderung. Klimaanpassung muss die besonders Gefährdeten schützen: ältere Menschen, Pflegebedürftige, Menschen mit Vorerkrankungen, Kinder und Menschen ohne ausreichende Rückzugsräume. Wir setzen uns dafür ein, dass sie vor Ort die entsprechende Beratung und Unterstützung finden – und dass Katastrophenvorsorge inklusiv gedacht wird, damit Warnungen, Schutzräume und Abläufe wirklich alle erreichen.

Unterstützer*innen

Jakob Sauter (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Estrella Rödel (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Vanessa Herbert (KV Stuttgart); Jona Zimmermann (KV Stuttgart); Sascha Müller (KV Böblingen); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Maria Flendt (KV Stuttgart); Damian Kunkis (KV Reutlingen); Birgit Zauner (KV Bodenseekreis); Martin Schüler (KV Tübingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Amelie Montigel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Hanna Gutknecht (KV Stuttgart)

PRO-3-152

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 151 bis 153:
Wir gehen aber weiter: Wir entwickeln eine „Wasserversorgungsstrategie 2050“ gemeinsam mit allen ~~Stakeholdern~~Beteiligten. Damit soll künftig Trinkwasser sicher und in guter Qualität zur Verfügung stehen. Hierzu werden wir die Kommunen und

Begründung

Wir verwenden bewusst eine allgemein verständliche, deutsche Formulierung, um Transparenz und Verständlichkeit für alle Beteiligten zu gewährleisten.

PRO-3-164

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	OV Kenzingen
Beschlussdatum:	17.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 164 bis 169:
~~Durch die Renaturierung von Flussläufen stärken wir nicht nur den Hochwasserschutz, sondern schaffen auch neuen Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten. Unsere Flüsse sollen perspektivisch so sauber werden, dass man wieder in ihnen schwimmen kann. Den Katastrophenschutz und die Feuerwehren, die die Klimakrise durch Zunahme von Extremwettereignissen an seine~~Wir stärken den Hochwasserschutz durch die Renaturierung von Flussläufen und die Nutzung natürlicher Landschaftsgegebenheiten. Damit bewahren und schaffen wir auch Lebensraum für heimische Tier- und Pflanzenarten. Den Katastrophenschutz und die Feuerwehren, die die Klimakrise durch Zunahme von Extremwettereignissen an ihre Grenzen bringt, werden wir stärken.

Begründung

- Der Hochwasserschutz soll an erster Stelle stehen.
- Die Sauberkeit der Flüsse hat inhaltlich nichts mit dem Hochwasserschutz zu tun, deswegen Streichung an dieser Stelle.
- Wir möchten die heimischen Tier- und Pflanzenarten in ihrer Vielfalt schützen, bevor sie "selten" werden.
- Wir möchten den Eingriff in die Natur möglichst gering halten und befürworten daher Maßnahmen, die die bereits existierenden Landschaftsbegebenheiten miteinbeziehen.

PRO-3-190

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 190 bis 198:
Wir wollen die Bürger*innen Baden-Württembergs noch stärker als bisher zu den Profiteuren des Ausbaus der Erneuerbaren Energien machen.

Hierfür wollen wir mit einem Bürgerenergiegesetz, wie es in Nordrhein-Westfalen seit 2023 in Kraft ist, die Betreiber von Windkraftanlagen zu einer Vereinbarung über eine finanziellen Beteiligung von betroffenen Bürger:innen und Kommunen verpflichten.

In der Startphase neuer Projekte der nachhaltigen Stromerzeugung mit Bürgerbeteiligung fallen hohe Kosten für initiale Untersuchungen an. Mit einem neuen Bürgerenergiefonds des Landes– analog zu Nordrhein-Westfalen – können diese teilweise vorfinanziert werden. Eine Rückzahlung erfolgt bei erfolgreicher Umsetzung.

~~Wir wollen die Bürger*innen Baden-Württembergs noch stärker als bisher zu den Profiteuren des Ausbaus der Erneuerbaren Energien machen. Hierfür wollen wir ein Bürgernergiegesetz unter Berücksichtigung der Standortbedingungen auf den Weg bringen, um den Kommunen zusätzliche Einnahmen durch den Ausbau von Windkraft zu ermöglichen. Mit der Einführung einer Startfinanzierung für Bürgerenergiegenossenschaften schaffen wir neue Spielräume.~~

Wir wollen Modell-Projekte für bidirektionales Laden schaffen, damit

Begründung

Aktuell ist auf Bundesebene nur eine Zahlung von 0,2 ct/kWh an die Kommunen festgelegt. Dieses Geld wird dem Betreiber aber vom Bund ersetzt. Weitergehende Möglichkeiten für einen Ausgleich der Kommunen wie ein günstigerer Strompreis sind bisher freiwillig.

Mit dem Bürgerenergiegesetz wird eine Vereinbarung mit den Kommunen fest vorgeschrieben. Es wird aber offen gelassen in welcher Weise die finanzielle Zuwendung erfolgt.
https://www.energy4climate.nrw/fileadmin/Service/Publikationen/buergerenergiegesetz-nrw-cr-nrwenergy4climate.pdf

Bei Projekten für Windkraftanlagen oder Freiflächenphotovoltaik fallen größere Untersuchungskosten für Umweltverträglichkeitsprüfungen und ähnlichem an. Mit einer Vorfinanzierung durch den Fond wird ein Teil des finanziellen Risikos von den Bürgerenergiegenossenschaften genommen.

https://www.energy4climate.nrw/kommunen/klimaneutrale-kommune-nrw/arbeitshilfen/buergerenergiefonds

PRO-3-192

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 191 bis 193:
Wir wollen die Bürger*innen Baden-Württembergs noch stärker als bisher zu den ~~Profiteuren~~Profiteur*innen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien machen. Hierfür wollen wir ein Bürgernergiegesetz unter Berücksichtigung der Standortbedingungen auf den Weg

Begründung

Dieser redaktionelle Antrag dient dem richtigen und im Wahlprogramm durchgängigen gendern. Siehe hierzu auch das "Bürger*innen" im gleichen Satz.

PRO-3-205

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 204 bis 205 einfügen:
eigenen Auto Strom verkauft, erlebt Energiewende ganz praktisch – und profitiert davon.

Konkret realisieren wir Vehicle-to-Grid (V2G)-Szenarios in Baden-Württemberg indem wir einheitliche Netzanschlussbedingungen definieren[1] und so den Anbietern bidirektionaler Infrastrukturen Planungssicherheit geben. Diesbezüglich wirken wir auch auf eine bundes- und europaweite Vereinheitlichung hin.
Auch beschleunigen wir den Einbau von Smart-Meter-Gateways, die Voraussetzung bidirektionaler (V2G-) Infrastrukturen sind. Hier unterstützen wir insbesondere kleine Messstellenbetreiber bei der Prozessdigitalisierung und den Installationsprozessen. Zudem appellieren wir an die Bundesregierung, mit der nächsten Novelle des Messstellenbetriebsgesetzes eine deutliche Verschärfung des Sanktionsregimes gegen säumige Messstellenbetreiber auf den Weg zu bringen und dabei auch verpflichtende Abhilfemaßnahmen vorzusehen, wenn sich die Zahlen kurzfristig nicht erheblich verbessern.
Analog der Entlastung privater Photovoltaikanlagen und Komponenten (Module, Wechselrichter, Batterien und Installationskosten) fordern wir im Bund die Anpassung von §12 Abs. 3 UstG, sodass, für V2G genutzte Wallboxen und deren Installation, von der Umsatzsteuer befreit sind.
Auch wirken wir darauf hin, dass im Energiewirtschaftsgesetz die Doppelbelastung durch Netzentgelte und Abgaben für Betreiber:innen von V2G-Szenarien analog zu Großspeicheranlagen vermieden wird. Diese Entlastung erfolgt unabhängig davon ob die Betreiber:innen bereits eine Photovoltaikanlage besitzen oder nicht.

Begründung

Mit dieser Novelle kann Deutschland laut einem Bericht von Heise-online[2] das „bislang ungenutzte Speicherpotenzial der über 1,65 Millionen zugelassenen Elektroautos für das Energiesystem nutzbar machen. Basierend auf bereits zugelassenen E-Autos und einer realistischen Anschlussquote von 20 bis 30 Prozent erschließt dies laut The Mobility House [ein auf die Vermarktung von Batteriespeichern spezialisierter Anbieter] ein dezentrales Speichervermögen von rund 3,3 bis 5 GWh.“ Dies kann, so Heise-online, ein Großkraftwerk mit 1,0 bis 1,5 GW flexibler Leistung ersetzen .

Die Gesetzesnovelle vom 14.11.2025 (Energiewirtschafts- und Stromsteuergesetz), begrenzt die Abschaffung der stromsteuerlichen Doppelbelastung für V2G-Szenarien auf Betreiber:innen eigener Photovoltaikanlagen. Da diese Begrenzung nicht nachvollziehbar ist, muss diese baldmöglichst abgeschafft werden und alle Betreiber:innen von V2G-Szenarien in der Novelle berücksichtigt werden. Um möglichst viele Hürden für V2G-Szenarien abzubauen, sind weitere Vereinfachungen im Stromsteuerrecht umzusetzen.

[1] Probleme und Lösungsansätze dieser Standardisierung sind beschrieben in den Kapiteln 3.3.1 sowie 4.10 des *Ergebnisbericht zum Projekt V2G-Potenziale freisetzen – Von Hürden zu Lösungen* vom 22.09.2025 https://www.ffe.de/wp-content/uploads/2025/09/FfE_V2G_Potenziale_Heben_Ergebnisbericht.pdf

[2] https://www.heise.de/news/E-Mobilitaet-Bundestag-macht-Weg-frei-fuer-bidirektionales-Laden-11079565.html

PRO-3-208

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 207 bis 209:

~~Beides~~Klimaschutz und sozial gerechte Politik sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich – und müssen deshalb gemeinsam gedacht werden. Wir wollen deshalb mit Investitionen in den

Begründung

Es ist nicht klar, was mit „Beides“ genau gemeint war. Es erschließt sich erst bei genauerer Überlegung und Lesen des gesamten Absatzes. Die obige Änderung sollte leichter verständlich und weniger störend für den Lesefluss sein.

PRO-3-218

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 217 bis 218 einfügen:
Aufenthaltsqualität – gerade für Familien und Menschen mit kleinerem Geldbeutel, die sich keinen eigenen Garten leisten können. Baden-Württemberg wird sich auch für diese Familien und Menschen über eine Bundesratsinitiative für das Klimageld einsetzen.

Begründung

Wir sind von der Wichtigkeit eines sozialen Ausgleichs für den Klimaschutz überzeugt, um dessen Akzeptanz weiterhin hoch zu halten. Die notwendigen Schritte wurden in der letzten Bundesregierung begonnen und müssen weiter vorangetrieben werden.

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Johannes Enssle (KV Schwäbisch Hall)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 235 bis 237:
Insekten ist es beispielsweise gelungen, den Bestandsrückgang bei Rebhühnern, Kiebitzen, Wildbienen und Schmetterlingen ~~zu stoppen~~einzubremsen. Wir werden diese Programme daher fortführen und verstärken. Die Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald ist ein großer Erfolg für den Artenschutz und die

Begründung

Die Aussage, "...ist es uns **gelungen**, den Bestandsrückgang bei Rebhühnern, Kiebitzen, Wildbienen und Schmetterlingen **zu stoppen**" wäre sehr schön, sie ist sachlich aber schlicht falsch und völlig faktenfrei. Leider gehen die Trends bei diesen Arten weterhin nach unten. Allerdings tragen die genannten Programme sicherlich dazu bei, diese Abwärtsspirale einzubremsen. Daher ist es sinnvoll, sie fortzuführen und zu verstärken.

Unterstützer*innen

Andrea Molkenthin-Kessler (KV Ludwigsburg); Oliver Fatzaun (KV Schwäbisch Hall); Harald Ebner (KV Schwäbisch Hall); Johanna Enssle (KV Schwäbisch Hall); Karl-Heinz Lasch (KV Schwäbisch Hall); Lea Ruth Geldner (KV Schwäbisch Hall); Sylvia Pilarsky-Grosch (KV Esslingen); Gaby Bruckschen (KV Schwäbisch Hall); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Jutta Niemann (KV Schwäbisch Hall); Gerhard Bronner (KV Schwarzwald-Baar); Claudia Wild (KV Esslingen)

PRO-3-252

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 251 bis 253 einfügen:
mit Agri-Photovoltaik, mit Biodiversitäts-Solarparks und KI-unterstützten Abschaltvorrichtungen an Windrädern zum Vogelschutz. Darüber hinaus bauen wir den Biotopverbund auf 15 Prozent bis 2030 weiter aus. Bis 2030 werden wir die

Begründung

redaktionell

PRO-3-254

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Lisa Kreitmeier (KV Konstanz)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 253 bis 257:
Biotopverbund auf 15 Prozent bis 2030 weiter aus. Bis 2030 werden wir die gesetzten Ziele ~~zum Biotopverbund,~~zur Ausweitung des Biotopverbunds und zur Ausweisung von Flächen als Lebens- und Rückzugsräume für Tier- und Pflanzenarten des Offenlandes~~, zur Reduktion~~ erreichen. Wir werden den Einsatz von Pestiziden um 30% reduzieren und ~~zum~~den Ökolandbau ~~erreicht haben~~auf 30% der Landesfläche etablieren. Wir stärken die Artenhilfsprogramme für windkraftsensible Arten und das Sonderprogramm zur

Begründung

Denn unzureichende Spezifizität der Pestizide und indirekte Effekte führen dazu, dass nicht nur Schadorganismen, sondern eine Vielzahl anderer Organismen geschädigt werden. Wenn sie nicht direkt getötet werden, können Pestizide Organismen schwächen, sie gegenüber anderen Stressfaktoren deutlich empfindlicher machen und Ökosysteme so langfristig negativ beeinflussen. Sowohl die direkten als auch die indirekten Effekte von Pestiziden liefern zweifelsfrei einen Beitrag zum zunehmenden Artenverlust. Der Verlust der Artenvielfalt ist eine der größten Gefahren für das Gesamtökosystem Erde. Deshalb müssen wir weiterhin ambitioniert den Pestizideinsatz reduzieren und den Ökolandbau fördern.

Unterstützer*innen

Eleanor Weber (KV Reutlingen); Florian Bieck (KV Freiburg); Philip Singer (KV Stuttgart); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Finn Schwarz (KV Tübingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Jaron Immer (KV Reutlingen); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Christiane Kreitmeier (KV Konstanz); Thomas Gönner (KV Stuttgart); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Richard Langer (KV Tübingen); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Julia Uebele (KV Göppingen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Christine Großmann (KV Karlsruhe)

PRO-3-259

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 258 bis 260 einfügen:
Stärkung der biologischen Vielfalt. Wir setzen uns für eine Reduktion des landesweiten Flächenverbrauchs ein und wollen die sogenannte Netto-Null bis 2035 erreichen. Geschädigte Lebensräume werden wir wieder aufbauen und die EU-

Begründung

Wir opfern Wiesen, Wälder und Felder ausgedehnten Betonwüsten und erschließen neue Wohn- und Gewerbegebiete, anstatt bestehenden Siedlungsflächen neues Leben einzuhauchen. Der stetig voranschreitende Flächenverbrauch ist eines der gravierendsten Umweltprobleme unseres Bundeslandes und bedroht nicht nur die hiesige Natur und Landwirtschaft, sondern auch die Lebensqualität in unserer Heimat. Gleichzeitig spannt sich der Bodenmarkt so weiter an und treibt die Preise für Land in die Höhe, was gerade für die Landwirtschaft zum ernstzunehmenden Problem geworden ist. Im aktuellen Koalitionsvertrag wurde sich auf das Netto-Null-Ziel 2035 verständig. Daran müssen wir festhalten!

PRO-3-259-2

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Manoah Kunze (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 258 bis 261 löschen:
Stärkung der biologischen Vielfalt. Wir setzen uns für eine Reduktion des landesweiten Flächenverbrauchs ein ~~und wollen die sogenannte Netto-Null erreichen~~. Geschädigte Lebensräume werden wir wieder aufbauen und die EU-Wiederherstellungsverordnung im Land umsetzen.

Begründung

Es besteht ein Bedarf an Flächen für notwendige Entwicklungen, darunter der Ausbau erneuerbarer Energien (z.B. Solarparks), der Bau neuer Wohnungen zur Deckung des Bedarfs und die Ansiedlung von Industrie und Infrastruktur. Eine strikte Obergrenze würde diese essenziellen Projekte behindern.
Das Konzept „Netto-Null“ sieht oft Kompensationsmaßnahmen vor (Entsiegelung an anderer Stelle). Die Umsetzung der Maßnahmen ist in der Praxis komplex und mit Unsicherheiten behaftet. Es mangelt oft an klaren Standards und der tatsächliche ökologische Ausgleich ist schwer messbar und durchsetzbar.

Die Herausforderung, das Ziel „Netto-Null“ zu erreichen, ist regional sehr unterschiedlich. In manchen, bereits stark verdichteten Regionen ist eine weitere Innenentwicklung schwierig, während in ländlicheren Gebieten Entwicklungsdruck herrscht. Eine pauschale Zielvorgabe könnte daher die regionale Entwicklung hemmen.

Unterstützer*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Colin Christ (KV Heilbronn); Noah Ries (KV Heidelberg); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Daniel Burgstaller (KV Ludwigsburg); Raphael Putz (KV Esslingen); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Michael Jahn (KV Esslingen); Felix Poloczek (KV Ravensburg); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Lea Rocca (KV Böblingen); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Hannes Sturm (KV Freiburg); Karen Tiede (KV Esslingen); Sibylle Riegger-Gnamm (KV Heilbronn); David Bieg (KV Ulm); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg)

PRO-3-262

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 262 bis 264:
~~Schutzgebiete nach Naturschutzrecht stellen wir in die Zuständigkeit des Naturschutzes. Bis 2030 werden wir über 4.~~Bis 2030 werden wir über 4.000 Hektar Moorböden wiedervernässen. Die Ackernutzungen auf Moorböden wollen wir konsequent auf Nachhaltigkeit

Begründung

Es befinden sich aktuell bereits alle Schutzgebiete des Naturschutzrechts in der Zuständigkeit des Naturschutzes. Ausgenommen davon sind lediglich Waldschutzgebiete wie zum Beispiel Bann- und Schonwälder oder Waldbiotope. Ein bestimmter Schutzzweck, beispielsweise der Erhalt bestimmter Waldgesellschaften, kann eine spezielle forstwirtschaftliche Bewirtschaftung voraussetzen und liegt daher in der Zuständigkeit der Forstwirtschaft. Auch die Pflege von ökologisch wertvollen Waldbiotopen erfolgt im Zuge der regulären Forstwirtschaft unter der Maßgabe des angestrebten Schutzziels.

Unterstützer*innen

Trudis Fisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Claudia Mayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Rabe-Lockhorn (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beatrix Steinsiepe (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hanja Hoffmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Gaby Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sonja Rajsp-Lauer (KV Rottweil); Alexander Held (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Reinhold Pix (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jonathan Hanser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Stephan Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sven Seitola (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Sibylle Klos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Marlene Krüger (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-3-263

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 262 bis 269:
Schutzgebiete nach Naturschutzrecht stellen wir in die Zuständigkeit des Naturschutzes. ~~Bis 2030 werden wir über 4.000 Hektar Moorböden wiedervernässen. Die Ackernutzungen auf Moorböden wollen wir konsequent auf Nachhaltigkeit umstellen. Hierfür setzen wir auf attraktive Förderungen für Landwirt*innen für eine moorerhaltende Bewirtschaftung. Wir passen das Instrument der Flurneuordnung an, vereinfachen den Flächenankauf und aktivieren auch privates Kapital,~~ Wir schaffen Anreize, damit Moorböden unter landwirtschaftlicher Nutzung gemäßg den Klimaziele der Landesregierung wiedervernässt und moorerhaltend genutzt werden. Dabei setzen wir beispielweisen auf Paludikultur und innovative Methoden zur Verwertung von Grünland. Wir passen das Instrument der Flurneuordnung an und vereinfachen den Flächenankauf und um Moorschutzprojekte schneller umsetzen zu können. Projekte wie die der Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg dienen dabei als Vorbild.

Begründung

Die Wiedervernässung drainierter Flächen ist in unseren Landschaften mit ihren kleinstrukturierten Besitzverhältnissen sehr aufwändig und komplex. Dafür müssen ALLE Flächen eines Grundwasserkörpers wiedervernässt werden, denn der Grundwasserspiegel wird auf allen betroffenen Flächen steigen. Es sind also meist eine große Zahl Besitzer*innen betroffen. Es ist extrem schwierig und eine mittelfristige Aufgabe (beispielsweise dauern alleine Flurneuordnungsverfahren rund 10 Jahre) alle Bäuer*innen dazu zu bewegen, ihre jeweilige Fläche zur Wiedervernässung frei zugeben. Auf humusreichen Böden sind die Erträge hoch und die Kulturen meist intensiv. Es braucht pro ha sehr hohe Anreize (siehe beispielsweise Steillagenförderung Weinbau mit 7000 €/ha/Jahr) und selbst wenn es die gibt, gibt es weiterhin viele Gründe, warum es sich für die Betriebe nicht lohnt, umzusteigen. Die Betriebe alleine mit finanziellen Anreizen zu einer moorschonenden Bewirtschaftung zu bewegen wird nicht in ausreichendem Umfang möglich sein. Es braucht zusätzlich die entsprechenden Wertschöpfungsketten für die Produkte. Der Aufbau von Verarbeitungsstrukturen für beispielsweise Paludikulturen, die höhere Wasserspiegel vertragen wie Schilfgras steckt in BW in den Anfängen. Ebenso sollten die Ackerböden nicht der erste Fokus sein, denn genau auf denen wird eine sehr hohe Wertschöpfung erzielt und sie machen nur einen sehr kleinen Teil der bewirtschafteten Moorstandorte aus (rund 5%).

Die Aktivierung privaten Kapitals ist gestrichen, weil sie bei den Landnutzern die Sorge vor Flächenverlust verschärft und als Affront wahrgenommen werden könnte. Grund ist der hohe Anteil an Pachtflächen, den die Betriebe in Baden-Württemberg und auch in Oberschwaben aufweisen. Durchschnittlich sind über 60% der bewirtschafteten Flächen der Betriebe Pachtflächen (2023), historisch ist das u.a. der Realteilung geschuldet, inzwischen wächst der Anteil jährlich. Die Flächen

werden für das wirtschaftliche Überleben der Betriebe -egal ob als Futterfläche (Grünland) oder Ackerfläche, die Wertschöpfung generiert, dringend benötigt. Bei entsprechend hohen Angeboten verlieren die Bauern die Flächen – Geld geht an die Besitzer, den Bäuerinnen und Bauern fehlt ihr Land. Der Passus kann gelesen werden wie „externe Investoren kaufen Flächen auf“. Die LAG bittet den Teil zu streichen, da er so konkret für das Wahlprogramm nicht nötig ist.

Die Zahlen sowie der Fokus auf Ackerstandorte sind unrealistisch bzw. nicht sachgemäß. Deshalb nimmt der Änderungsantrag sowohl die Zahlen als auch den Fokus auf Ackerböden raus und formuliert die Passage für Moorböden unter land- und forstwirtschaftlicher Nutzung etwas anders.

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Johannes Enssle (KV Schwäbisch Hall)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 263 bis 265:
Naturschutzes. Bis 2030 werden wir über 4.000 Hektar Moorböden wiedervernässen. Die ~~Ackernutzungen~~landwirtschaftliche Bewirtschaftung auf Moorböden wollen wir konsequent auf Nachhaltigkeit umstellen. Hierfür setzen wir auf attraktive Förderungen für Landwirt*innen für

Begründung

Der Antrag ist lediglich eine Präzsisierung: Es geht bei der Nutzung von Moorböden nicht nur um Ackerböden sondern auch um Grünland und Waldflächen. Die Ackerflächen sind nur für 10% der Emissionen aus Mooren in BW verantwortlich. Haupttreiber ist das intensiv genutzte Grünland mit über 50%. Sogar der Wald liegt mit 22% mehr als doppelt so hoch. Programmatisch braucht es Förderangebote für die Grünlandbetriebe oder auch eine eigene Förderrichtlinie für Waldmoore im Waldnaturschutz.

Unterstützer*innen

Johanna Enssle (KV Schwäbisch Hall); Karl-Heinz Lasch (KV Schwäbisch Hall); Andrea Molkenthin-Kessler (KV Ludwigsburg); Joachim Härtig (KV Schwäbisch Hall); Harald Ebner (KV Schwäbisch Hall); Jutta Niemann (KV Schwäbisch Hall); Oliver Fatzaun (KV Schwäbisch Hall); Christine Knoß (KV Ludwigsburg); Ingrid Hönlinger (KV Ludwigsburg); Sylvia Pilarsky-Grosch (KV Esslingen); Tobias Obenland (KV Schwäbisch Hall); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Gerhard Bronner (KV Schwarzwald-Baar)

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Diana Pretzell (KV Mannheim)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 268 bis 269 einfügen:
Kapital, um Moorschutzprojekte schneller umsetzen zu können. Projekte wie die der Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg dienen dabei als Vorbild.

Beim Herdenschutz wollen wir den bisher erfolgreichen Weg der guten Kooperation mit den Weidetierhalter*innen fortführen. Naturverträgliche Weidetierhaltung trägt zum Erhalt unserer artenreichen und vielfältigen Kulturlandschaften wie der Wacholderheiden bei. Konsequenter Herdenschutz verringert die Anzahl von Übergriffen sowohl von wildernden Hunden als auch von Beutegreifern ganz entscheidend. Wir setzen hier auf Fakten statt auf Populismus, auf Erfahrungen von anderen Regionen und Ländern sowie insbesondere auf vorbildliche Kooperationen wie zum Beispiel von Weidetier-, Umwelt- Landwirtschaftsverbänden sowie der Großschutzgebiete.

Unterstützer*innen

Markus Rösler (KV Ludwigsburg); Gerhard Bronner (KV Schwarzwald-Baar); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Johannes Enssle (KV Schwäbisch Hall); Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Cornelia Kunkis (KV Schwarzwald-Baar); Bettina Lisbach (KV Karlsruhe); Jutta Niemann (KV Schwäbisch Hall); Harald Ebner (KV Schwäbisch Hall); Sylvia Pilarsky-Grosch (KV Esslingen); Theresa Fidusek (KV Heidelberg)

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 268 bis 269 einfügen:
Kapital, um Moorschutzprojekte schneller umsetzen zu können. Projekte wie die der Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg dienen dabei als Vorbild.

Durch die Klimakrise und die starke Globalisierung steigt das Risiko invasiver Tiere und Pflanzen. Nicht jede invasive Spezies ist eine Gefahr, aber einige bedrohen unsere heimische Biodiversität. Die asiatische Hornisse hat sich in Baden-Württemberg stark ausgebreitet und bedroht lokale Bienen und Hummeln, dabei stellt sie gerade für Imker*innen ein Problem dar. Wir unterstützen die wichtige Arbeit der Imkerverbände beim Hornissenmanagement durch eine Nestentfernungsprämie von 50€ pro entferntem Nest. Den Einsatz von Pestiziden als Mittel der Hornissenbekämpfung lehnen wir ab.

Begründung

Die asiatische Hornisse breitet sich in Baden Württemberg stark aus. Die Imkerverbände entfernen ehrenamtlich Nester ökologisch minimalinvasiv, dabei geht ihnen Zeit und Mittel für ihre eigentliche Tätigkeit verloren. Wir wollen sie daher unterstützen.

Situation der Imkerverbände: https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/umstufung-asiatische-hornisse-rheinstetten-dreiland-aktuell-100.html

BUND zur asiatischen Hornisse: https://www.bund-bawue.de/tiere-pflanzen/artenschutz/invasive-arten-in-baden-wuerttemberg/asiatische-hornisse/

LUBW zur asiatischen Hornisse: https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/natur-und-landschaft/asiatische-hornisse-fundortkarte

Unterstützer*innen

Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Finn Schwarz (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Josephine Füger (KV Tübingen); Peter Bering (KV Tübingen); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Daniel Burgstaller (KV Ludwigsburg); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Jakob Feldner (KV Tübingen); Hendrik Jansen (KV Tübingen); Benedikt Döllmann (KV Tübingen); Lars Galley (KV Tübingen); Ninoska Wassner (KV Tübingen); Cornelius Klodt (KV Tübingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Patrick Vexler (KV Stuttgart)

PRO-3-270

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 270 bis 272:
Wir wollen Umweltbildung in allen Lebensbereichen stärken – in Schulen,

~~Wir wollen Umweltbildung in allen Lebensbereichen stärken – in Schulen~~Kindertagesstätten, in der außerschulischen Bildung und in kommunalen Angeboten. Bildungsarbeit für

Von Zeile 275 bis 277 einfügen:
werden. Schutzgebiete machen wir zugänglich und erlebbar. Gleichzeitig wollen wir mehr Natur in den Alltag der Städte bringen – durch grüne Schulhöfe, Kindertagesstätten, renaturierte Stadträume und wohnortnahe Erholungsräume.

Begründung

Gerade in der frühkindlichen Bildung sollte die Umwelt eine starke Rolle spielen und den Kindern spielerisch nahegebracht werden.

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Markus Rösler (KV Ludwigsburg)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 271 bis 275:
Wir wollen Umweltbildung und Artenkenntnis in allen Lebensbereichen stärken – in Kindergärten, Schulen, Hochschulen, in der außerschulischen Bildung und in kommunalen Angeboten. Denn Bildungsarbeit für Biodiversität und Klimaschutz sehen wir als Grundpfeiler einer ~~aufgeklärten~~nachhaltigen Gesellschaft. Dazu streben wir in einem Dreiklang an: Wir erreichen erstens für die berufliche Ausbildung im Bereich Artenkenntnis die Aufnahme des Naturkundemuseums Stuttgart mit dem europaweit einzigartigen Kompetenzzentrums für Biologische Vielfalt und Integrative Taxonomie (KomBioTa) in die Leibniz-Gemeinschaft. Für die Fortbildung ehrenamtlich und hauptamtlich tätiger Menschen als Artenkenner*innen werden wir zweitens die Umweltakademie BW und drittens für Kinder und Jugendliche die Programme zum Heranführen an Natur und Artenkenntnisse stärken.
Zum Verständnis natürlicher Prozesse werden wir die Wildnisbildung im Nationalpark Schwarzwald, in den Kernzonen der Biosphärengebiete sowie in anderen streng geschützten Gebieten in Mooren, Flussauen und Wälder miteinander vernetzen. Wir halten hierbei auch künftig internationale Kriterien der IUCN und der UNESCO in den Schutzgebieten des Landes ein, setzen das 2022 weltweit beschlossene Ziel von 30 Prozent Schutzgebieten um und setzen uns für die Finanzierung auch über die Weiterführung der EU-Life-Projekte ein. Wir vernetzen und stärken die Zusammenarbeit von Nationalpark, Biosphärengebieten und Naturparken im Rahmen des Tourismusmarketings, mit der konsequenten Nutzung der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“, der engen Zusammenarbeit bei „Fahrtziel Natur“ und entwickeln die hauptamtliche Schutzgebietsbetreuung weiter.

Begründung

Um das dramatische Artensterben zu stoppen, ist die Umsetzung und Berücksichtigung internationaler Kriterien, Vernetzung und Förderung. Für erfolgreiche Naturschutzarbeit bedarf es zudem einer möglichst umfassende Umweltbildung. Dazu gehören Kenntnisse von Ökologie und von Arten sowohl in genutzten Kulturlandschaften wie in Schutzgebieten inklusive natürlicher Prozesse in den streng geschützten Gebieten.

Unterstützer*innen

Cornelia Kunkis (KV Schwarzwald-Baar); Ann-Margret Amui-Vedel (KV Ortenau); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg); Sylvia Pilarsky-Grosch (KV Esslingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Gerhard Bronner (KV Schwarzwald-Baar); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Bettina Lisbach (KV Karlsruhe); Swantje Uhde-Sailer (KV Tübingen); Claudia Wild (KV Esslingen); Theresa Fidusek (KV Heidelberg)

PRO-3-272

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 271 bis 273 einfügen:
Wir wollen Umweltbildung in allen Lebensbereichen stärken – in Schulen, in der außerschulischen Bildung und in kommunalen Angeboten. **Tierschutzbildung soll fester Bestandteil schulischer und außerschulischer Lernangebote werden und Kinder und Jugendliche für einen respektvollen Umgang mit Tieren sensibilisieren.**

Begründung

Tierschutzbildung stärkt ein grundlegendes Werteverständnis, das für eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Gesellschaft zentral ist. Indem Kinder und Jugendliche früh für den respektvollen Umgang mit Tieren sensibilisiert werden, fördern wir soziale Kompetenzen und stärken das Bewusstsein für ethische Entscheidungen. Eine verbindliche Verankerung in schulischen und außerschulischen Angeboten setzt damit ein klares politisches Signal für gelebten Tierschutz und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

PRO-3-277

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Eleanor Weber (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-3

Nach Zeile 277 einfügen:
Den Tierschutz stärken!

Tierheime und Tierschutzorganisationen sind an ihrer Belastungsgrenze und müssen dringend gestärkt werden! Wir wollen einmalig 20 Millionen Euro investieren und in Zukunft jährlich mindestens 5 Millionen Euro für Bau- und Sanierungsmaßnahmen, laufende Sach-, Futter- und Energiekosten, tiermedizinische Versorgung und Personal in Tierheimen bereitstellen.

Zusätzlich setzen wir uns für eine landesweite Katzenschutzverordnung, also die Kennzeichnungs-, Registrierungs- und Kastrationspflicht freilaufender Katzen, ein. Auch so können Tierheime entlastet und Tierleid verringert werden.

Begründung

Die Tierheime in Baden-Württemberg sind stark überlastet. Der Sanierungsstau in Tierheimen beträgt laut dem Tierschutzbund bundesweit schätzungsweise knapp 200 Millionen Euro. Gleichzeitig stehen die dringend benötigten Bundesförderprogramme auf der Kippe. Der Bedarf von Tierheimen steigt weiter, dies führt dazu, dass viele Tierheime in Baden-Württemberg immer wieder Aufnahmestopps verhängen müssen, was verheerende Folgen für Tiere hat.

Die Überlastung der Tierheime ist nicht nur eine Folge fehlender Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Sie ist auch Folge des Mangels von Personal und tiermedizinischer Versorgung sowie gestiegenen Energie-, Sach- und Futterkosten.

Wir haben eine Verantwortung für alle Tiere, die gezüchtet und damit in die Welt gesetzt werden. Dem müssen wir gerecht werden und dafür braucht es sowohl kurzfristig, als auch langfristig Investitionen in den Tierschutz.

Durch eine landesweite Katzenschutzverordnung müssten freilaufende Katzen gekennzeichnet, registriert und vor allem kastriert werden. Dies könnte die Zahl streunender Katzen maßgeblich verringern. So werden langfristig nicht nur Tierheime entlastet, auch wird dem Leid streunender Katzen entgegengewirkt.

Unterstützer*innen

Lisa Kreitmeier (KV Konstanz); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Jaron Immer (KV Reutlingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Samuel Reusch (KV Reutlingen); Flora Wagner (KV Ravensburg); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Helena Gessert (KV Reutlingen); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Pascal Metzger (KV Reutlingen); Sibylle De Mott (KV Böblingen); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Jonas Haug (KV Reutlingen); Ana Sauter (KV Reutlingen); Christine

Knoß (KV Ludwigsburg); Alexander Nurnat (KV Reutlingen); Aline Radimersky (KV Karlsruhe); Sarah Rahel Koller (KV Freiburg)

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 287 bis 289 löschen:
~~Mit der Kantinenrichtlinie haben wir es bereits geschafft, dass in Landeskantinen verbindlich regional-ökologisches Essen angeboten wird.~~ Um das Thema nachhaltiges Lebensmittelangebot auch vor Ort besser zu verankern, fördern

Begründung

Wir sollten die Regelungen auch für öffentliche Einrichtungen vereinfachen. Die gesellschaftliche Stimmung hat sich in Bezug auf alles was nach "Bevormundung" oder "Pflicht" klingt stark verschlechtert. Dies muss, auch bei Erfolgskommunikationen, bedacht werden. Die gesellschaftliche Akzeptanz ist für eine Ernährungswende entscheidend. Dabei darf nicht der Eindruck erweckt werden, wir würden in höchstpersönliche Bereiche des Lebens, wie der Ernährung, dirigistisch und paternalistisch eingreifen.

PRO-3-288

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 287 bis 289 einfügen:
Mit der Kantinenrichtlinie haben wir es bereits geschafft, dass in Landeskantinen verbindlich regional-ökologisches Essen angeboten wird. Wir wollen das pflanzliche Angebot weiter ausbauen und dadurch eine gesunde, klimafreundliche und tierwohlgerechte Ernährung fördern.

Begründung

Die Förderung pflanzlicher Ernährungsangebote stärkt Gesundheit, Klimaschutz und regionale Wertschöpfung zugleich und entspricht damit zentralen politischen Zukunftszielen. Mit einem erweiterten pflanzlichen Angebot unterstützen wir eine nachhaltige Ernährungswende, die sozial gerecht, ökologisch sinnvoll und für alle zugänglich ist. Die Ergänzung setzt ein klares politisches Signal, dass öffentliche Verpflegung ihrer Vorbildrolle gerecht wird und Veränderung aktiv vorantreibt.

PRO-3-289

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 288 bis 293 einfügen:
Landeskantinen verbindlich regional-ökologisches Essen angeboten wird. Um das Thema nachhaltiges Lebensmittelangebot und Ernährungsbildung auch vor Ort besser zu verankern, fördern wir weiterhin Ernährungsräte, die beispielsweise Bürger*innen über Veranstaltungen und Schulungen vor Ort über gesunde und nachhaltige Ernährung aus regionaler Erzeugung informieren und unterstützen weiterhin das Landesprojekt Lernort Bauernhof und die Einrichtung von Schulbauernhöfen. Zudem unterstützen wir vielfältige Maßnahmen und Aktionen zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung, unter

Begründung

Ernährungsbildung fängt schon bei den Jüngsten an, deshalb ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche über projekte wie den Lernort Bauernhof direkt vor Ort bei den Landwirt*innen erleben könnne, wie Lebensmittel produziert werden. Da die Erzeuger*innen diese Arbeit aber nicht unentgeltlich machen können und es für die Schulen alleine nicht finanzierbar ist, ist die Landesfinanzierung von großer Bedeutung.

PRO-3-298

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 297 bis 299 einfügen:
Obst und Gemüse, und dabei noch Pflanzenschutz einsparen, das ist Baden-Württemberg. Robotik einsetzen, um Bodenbrüter wie die Feldlerche zu schützen und Wasser, Dünger und Pflanzenschutzmittel zu sparen, das ist ebenfalls Baden-Württemberg. Hightech und Tradition, bestes Essen und

Begründung

Robotikansätze wie mechanisches Jäten und Precision Farming sind signifikant ressourcensparend, als Umweltpartei sollten wir diese Aspekte der Technologie explizit hervorheben.

PRO-3-301

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 301 bis 309 löschen:
~~Um das Ziel einer zukunftssicheren Landwirtschaft zu erreichen, müssen die Ideen und Perspektiven aller relevanten Akteur*innen berücksichtigt werden. Wir haben den Strategiedialog Landwirtschaft geschaffen, um beispielsweise Handel, Landwirtschaft Naturschutz und Verbraucherschutz an einen Tisch zu bringen und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln, um die kleinstrukturierte, bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten und die biologische Vielfalt in der Kulturlandschaft zu stärken. Die Landesregierung unterstützt diese Maßnahmen mit mehr als hundert Millionen Euro.~~ Wir haben in Baden-Württemberg den Ökolandbau seit 2011 verdoppelt und den Pflanzenschutzmitteleinsatz kontinuierlich verringert.

Begründung

Soll zusammengeführt werden mit dem Absatz zum Strategiedialog in ab Zeile 336, siehe ÄA dort

PRO-3-313

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 312 bis 314 einfügen:
in Landesbesitz sowie ein Teil der verpachteten Landesflächen wurden inzwischen auf Ökolandbau umgestellt. Wir wollen die vollständige Umstellung auf Ökolandbau in landeseigenen Betrieben und auf landeseigenen Flächen in den nächsten 5 Jahren abschließen und andeseigene Flächen bei Neuverpachtungen nur noch an Betriebe mit reduzierter, flächengebundener Tierhaltung vergeben. Die Agrarförderung wurde an Natur- und Klimaschutzanforderungen ausgerichtet.

Begründung

Wir wollen den Anteil von Ökolandbau vorantreiben und unsere Ziele erreichen. Dafür sollten wir als Land vorangehen und statt einer Vagen zukunftsaussicht klar machen: Die vollständige Umstellung auf unseren Flächen ist machbar und wir wollen dahinter einen Haken setzen. Ökolandbau reduziert Treibhausgasemmisionen im Vergleich zu konventioneller Landwirtschaft und setzt auf Stoffkreisläufe und Biodiversität. Auch bei der Umstellung weg von industrieller Tierhaltung wollen wir als Land weiterkommen. Wenn wir Landwirte dafür begeistern wollen nachhaltige Tierarme Betriebe von Morgen zu gestalten, müssen wir als Land mit gutem Beispiel vorangehen

PRO-3-314

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 313 bis 314 einfügen:
auf Ökolandbau umgestellt. Die Agrarförderung wurde an Natur- und Klimaschutzanforderungen ausgerichtet. Die Agroforstwirtschaft stellt eine Klimaanpassungsmaßnahme innerhalb der Landwirtschaft dar. Durch sie wird Verdunstung reduziert, Wasser im Boden gehalten, Erosion vorgebeugt und das Bodenleben gefördert. Deshalb werden wir uns für diese einsetzen.

Begründung

Agroforstwirtschaft wird zunehmend an Relevanz auf Betrieben erhalten. Da die Pflanzung von Gehölzen oft sehr Investitionsintensiv ist und zumindest am Anfang durch Flächenverlust zu Mindereinnahmen führt, müssen wir hier attraktive Rahmenbedinungen schaffen. Agroforst ist ein wichtiger Baustein zum Erhalt der Fruchtbarkeit unserer Böden.

PRO-3-317

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 316 bis 318 einfügen:
so gestalten, dass Tiere als empfindsame Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert werden. Dafür müssen Tiere besser geschützt werden. Wir wollen die von uns initiierte Tierschutzstrategie konsequent umsetzen und damit den Tierschutz im Land dauerhaft stärken. Dazu gehören ein verpflichtender Sachkundenachweis für Hundehalter*innen und für die Haltung gefährlicher Tiere sowie eine auskömmliche Finanzierung der Tierheime, die wir zusätzlich durch eine landesweite Kennzeichnung, Registrierung und Kastration von Freigängerkatzen entlasten. Wir werden den illegalen Welpen- und Exotenhandel entschieden bekämpfen und eine unabhängige Qualzucht-Kommission einrichten, die das bestehende Qualzuchtverbot wirksam durchsetzt und Behörden bei der Bewertung unterstützt. Unsere Vision ist ein Baden-Württemberg, in dem auch Wildtiere einen Lebensraum haben und das

Begründung

Antragsbegründung:

Tierschutz gehört zum Kern grüner Politik, weil der respektvolle Umgang mit Tieren Ausdruck einer verantwortungsvollen und zukunftsfähigen Gesellschaft ist. Mit der konsequenten Umsetzung der Tierschutzstrategie und wirksamen Maßnahmen gegen illegalen Handel stärken wir nicht nur das Wohl der Tiere, sondern auch das Vertrauen der Bürger*innen in staatliches Handeln. Ein wirksamer Tierschutz braucht dabei konsequenten Vollzug – gerade dort, wo bestehende Regeln bislang zu selten durchgesetzt werden. Die vorgeschlagenen Instrumente greifen zentrale Herausforderungen auf, mit denen Tierschutz, Kommunen und Vereine seit Jahren konfrontiert sind: überlastete Tierheime, fehlende Kennzeichnung von Haustieren, zunehmender illegaler Handel und weiterhin bestehende Qualzuchtprobleme. Mit einem verpflichtenden Sachkundenachweis, einer landesweiten Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht für Freigängerkatzen sowie der Einrichtung einer Qualzucht-Kommission stärken wir sowohl den Tierschutz als auch die Handlungsfähigkeit der Behörden. Diese Maßnahmen zeigen, dass ambitionierter Tierschutz ein Motor für faire Verantwortungsverteilung, moderne Strukturen und hohe gesellschaftliche Akzeptanz ist. So verbinden wir grünes Grundanliegen mit konkreten Lösungen, die Tiere schützen und zugleich Kommunen, Ehrenamt und Vollzugsbehörden stärken.

PRO-3-317-2

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Zoe Mayer (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 316 bis 318 einfügen:
so gestalten, dass Tiere als empfindsame Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert werden. Dafür müssen Tiere besser geschützt und geltendes Tierschutzrecht wirksam durchgesetzt werden. Den Veterinärämtern stärken wir mit mehr Personal für modernen Tierschutz-Vollzug den Rücken und geben der Stabsstelle Tiergesundheit, Tierschutz und Verbraucherschutz (STV) mehr Beinfreiheit. Wir schaffen eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Tierschutzrecht und nehmen Tierschutzrecht als Pflichtbestandteil in die Jurist*innenausbildung auf. Sachkundeprüfungen und Tierschutzgutachten, beispielsweise im Rahmen gerichtlicher Verfahren, sollen nur noch ausschließlich von anerkannten, besonders qualifizierten Sachverständigen erbracht werden dürfen. Wir stellen die Einhaltung des Aktionsplans zum Verzicht auf das Kürzen von Ringelschwänzen bei Schweinen sicher, um das seit 30 Jahren europaweit geltende Verbot wirksam umzusetzen.Unsere Vision ist ein Baden-Württemberg, in dem auch Wildtiere einen Lebensraum haben und das

Unterstützer*innen

Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Linus Wöllner (KV Mannheim); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Stefan Hubertus (KV Rastatt/Baden-Baden); Florian Bieck (KV Freiburg); Maria Flendt (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Richard Langer (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Nick Marx (KV Karlsruhe); Julia Uebele (KV Göppingen)

PRO-3-320

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 319 bis 321 einfügen:
ökologische Gleichgewicht gewahrt bleibt. Wir machen uns stark für unsere heimische Artenvielfalt und aktiven Natur- und Artenschutz, der durch modernes tierschutzgerechtes Wildtiermanagement ermöglicht wird.

Begründung

Ein tierschutzgerechter Ansatz beim Wildtiermanagement zeigt, dass Naturschutz und Ethik Hand in Hand gehen können und müssen. Denn der Schutz von Wildtieren ist genauso wichtig ist wie der Erhalt der Artenvielfalt. Nur mit einem tierschutzgerechten Wildtiermanagement können erforderliche Schutzmaßnahmen nachhaltig und gesellschaftlich akzeptiert umgesetzt werden.

PRO-3-323

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 322 bis 323 einfügen:
In Baden-Württemberg haben wir mit unserem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz (JWMG) das ökologischste Jagdgesetz in ganz Deutschland, das sich bewährt hat.Wir setzen uns dafür ein alle geschützten Tiere wie Wolf, Biber und Saatkrähe, die zu managen sind, ins JWMG aufzunehmen.

Begründung

Tiere, wie Wolf, Biber und Saatkrähe, müssen gemanagte werden. Eine Einbindung aller betroffenen Akteursgruppen in BW ist dafür zentral und verlangt eine Aufnahme aller zu managen Tierarten ins JWMG.

PRO-3-334

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 333 bis 334 einfügen:
für die ländlichen Räume und unterstützt das Erreichen von Klimaschutzzielen für Baden-Württemberg, wir werden diese Holzbauoffensive weiterführen.

Begründung

Die Holzbauoffensive Baden-Württemberg ist ein entscheidender Baustein, um das Bauen mit Holz weiter zu fördern, den Klimaschutz zu verbessern und eine nachhaltigere Baukultur zu etablieren. Die breit angelegte Unterstützung des Bauens mit Holz (Architektenschulungen, Vernetzung mit anderen Holzbau-Ländern, Beratung von Kommunen und die Förderung besonders innovativer Bauten) zeigt überregionale Signalwirkung und beweist, dass eine nachhaltige Baukultur gelingen kann.

Unterstützer*innen

Trudis Fisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Claudia Mayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Rabe-Lockhorn (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Krückels (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beatrix Steinsiepe (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Günther Kaiser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hanja Hoffmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Gaby Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sonja Rajsp-Lauer (KV Rottweil); Alexander Held (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Walter Witzel (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Reinhold Pix (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jonathan Hanser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Stephan Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sven Seitola (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-3-334-2

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 333 bis 334 einfügen:
für die ländlichen Räume und unterstützt das Erreichen von Klimaschutzzielen für Baden-Württemberg.

Eine starke Landwirtschaft braucht gut ausgebildete Landwirt*innen, Gärtner*innen und Winzer*innen. Daher modernisieren wir die Ausbildung in allen 14 Grünen Berufen. Wir verstetigen die begonnene Fachschulkonzentration und stärken die Verankerung von Ökolandbau, Biodiversität, Klimaschutz und Klimawandelanpassung in Forschung, Lehre und Ausbildung. Für mehr Vielfalt in der Ausbildung stärken wir alternative Ausbildungsinitiativen. Wir prüfen zudem für den Lernort Bauernhof, aber auch für weitere Landesinitiativen wie NaturErleben PLUS, die untersützende Fortführung und die Verstetigung eigener Agrarpädagog*innen.

Begründung

Die Bildung ist ein zentraler Baustein für Zukunftsfähigkeit, Flexibilität, Nachhaltigkeit und Innovationskraft unserer Höfe. Der Absatz formuliert die politische Zielsetzung für die kommende Legislatur. Um den Ökolandbau nachhaltig zu stärken, müssen wir die ökologische Landwirtschaft in allen Bereichen der Lehre und Forschung fest verankern.

PRO-3-335

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 335 bis 336 einfügen:

Die gemeinsame Agrarpolitik der europäischen Union muss fairer und ökologischer werden. Sie muss dem Leitprinzip öffentliches Geld für öffentliche Leistungen folgen. Um die großen Herausforderungen im Agrarsektor meistern zu können und um unsere Höfe auf eine solidere finanzielle Basis zu stellen, braucht es eine einkommenswirksame Komponente der europäischen Zahlungen. Die soll aber anders als bisher als Anreizkomponente an Agrarumweltleistungen gekoppelt werden. Wir setzen uns ein für eine ausreichende Finanzierung der Herausforderungen der Landwirtschaft auf Seiten EU, Bund und wollen auch im Land unseren Beitrag leisten. Es braucht einen eigenständigen und starken Fonds für Agrarpolitik und ländliche Entwicklung, der sich in der Höhe an der aktuellen Auszahlung orierntiert. Unsere kleinstrukturierete Landwirtschaft bringt mehr Artenvielfalt hervor, deshalb setzen wir uns weiterhin für mehr geld für die ersten Hektare ein.

Begründung

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union hat große Auswirkungen auf unsere landwirtschaftlichen Betriebe, derzeit generieren sie im Durchschnitt in Baden-Württemberg ca. 40% ihres Einkommens aus Direktzahlungen. Der Absatz formuliert die Forderungen an die GAP ab 2028.

Inhaltlich passt der GAP Absatz hier besser als in Zeile 462

PRO-3-342

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 341 bis 344 löschen:
Betriebskosten, Klimaschutz und Klimawandelanpassung in der Landwirtschaft, geringe Planungssicherheit und unattraktive Bedingungen für eine Hofnachfolge. ~~Dafür hat der Strategiedialog in fünf Arbeitsgruppen sowie in einem Bürgerforum Lösungsansätze gefunden.~~

Begründung

Unnötige Detailinformation

PRO-3-348

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 347 bis 350:
gesellschaftliche Anforderungen und Krisen reagieren und die Betriebsnachfolge sichern. ~~Für Junglandwirt*innen braucht es eine individuelle Unterstützung, die sich am jeweiligen Betriebskonzept orientiert.~~Wir wollen die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Baden-Württemberg erhalten und dem Höfesterben entgegenwirken. Junglandwirt*innen brauchen individuelle Beratung und finanzielle Unterstützung, wofür wir eine Existenzgründungsprämie einführen werden. Wir arbeiten unter Berücksichtigung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse an Konzepten, um

Begründung

Das Höfesterben ist immens und schreitet voran. Beratung allein ist aber nicht ausreichend, um dem Trend entgegenzuwirken. Junge Landwirt*innen sind hoch motiviert und engagiert, aber es fehlt allzu oft an finanziellen Ressourcen. Durch den zunehmenden Druck auf den Bodenmarkt und außerlandwirtschaftliche Investoren, sowie den starken Investitionsstau in der Landwirtschaft müssen Junglandwirt*innen oft mehrere Millionen aufbringen, um einen Betrieb zu übernehmen und für die Zukunft neu aufzustellen. Diese Summen sind für einzelne Personen unmöglich alleine stemmbar, ein Kredit von der Bank nur bei hohem Eigenkapital möglich und auch dann nur mit lebenslangen Schulden realisierbar. Das sind keine gründungsfreundlichen Konditionen. Mit einer Existenzgründungsprämie, wie es sie in anderen Bundesländern schon gibt, können wir ganz aktiv und daran mitwirken, dass Nachfolgeregelungen gefunden werden.

PRO-3-348-2

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 347 bis 350:
gesellschaftliche Anforderungen und Krisen reagieren und die Betriebsnachfolge sichern. ~~Für~~ Junglandwirt*innen ~~braucht es eine~~brauchen individuelle Beratung und finanzielle Unterstützung, weshalb wir eine Existenzgründungsprämie einführen werden, die sich am jeweiligen Betriebskonzept orientiert, analog einer Start-Up-Förderung. Wir arbeiten unter Berücksichtigung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse an Konzepten, um

Von Zeile 352 bis 353:
Höfe klimabedingt bedrohen, schnell und vor allem nachhaltig begegnen zu können – damit ~~aus Familienhöfen~~bäuerliche Familienbetriebe wieder ~~Zukunftshöfe werden~~eine Zukunft haben. Grundvoraussetzung dafür ist die Fläche, davon leben unsere Landwirtschaft. Täglich gehen der Landwirtschaft in Baden-Württemberg ca. 5 ha Fläche verloren. Steigende Boden- und Pachtpreise sowie außerlandwirtschaftliche Investor*innen sind eine große Herausforderung für die Betriebe. Unter anderem mit einer Reform des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes weden wir besssere Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Boden dauerhaft in den Händen der Landwirt*innen bliebt.

Begründung

Für den Erhalt der Landwirtschaft ist es essentiell, dass der Zugang zu Fläche zur Lebensmittelerzeugung zu fairen Bedingungen und Preisen dauerhaft in allen Regionen gewahrt bliebt.
Gerade für Junglandwirt*innen ist der Zugang zu Land besonders herausfordernd, und die Gründung oder Übernahme einen betriebs sehr kostenintensiv. Um das Höfesterben in BW zu verlangsamen, müssen wir den Nachwuchs stärker fördern.

PRO-3-354

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 354 bis 357:
Aber auch Natur- Klima und ~~Klimaschutz~~Tierschutz müssen sich für die Landwirt*innen stärker lohnen. Wertschöpfung aus unseren landwirtschaftlich genutzten naturschutzfachlich wertvollen Flächen wollen wir unterstützen. Förderungen wollen wir künftig gezielt an hohe Tierschutzstandards koppeln und Betriebe unterstützen, die deutlich über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehen.Wir setzen uns deshalb für eine einkommenswirksame Komponente bei den Agrarumweltmaßnahmen ein

Begründung

Mit der gezielten Förderung landwirtschaftlicher Betriebe, die höhere Tierschutzstandards umsetzen, stärken wir sowohl das Tierwohl als auch die wirtschaftliche Perspektive der Landwirt*innen. Die Förderung bietet verlässliche Rahmenbedingungen, sodass Betriebe langfristig planen und von ihrem Engagement für Tierwohl profitieren können. Gleichzeitig werden ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Stabilität miteinander verbunden.

PRO-3-368

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Eleanor Weber (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-3

Nach Zeile 368 einfügen:
Die Brandschutzvorkehrungen in Tierhaltungsanlagen wollen wir durch einen Aktionsplan deutlich verbessern.

Begründung

Die aktuellen Brandschutzstandards in Tierhaltungsanlagen sind mehr als unzureichend. Auch in Baden-Württemberg gibt es regelmäßig Brände mit schrecklichen Folgen. Bis die industrielle Tierhaltung überwunden wird, müssen sich die Brandschutzvorkehrungen deutlich verbessern. Dies soll in Form eines Aktionsplans erarbeitet werden.

Unterstützer*innen

Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Amelie Arway (KV Reutlingen); Samuel Reusch (KV Reutlingen); Flora Wagner (KV Ravensburg); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Helena Gessert (KV Reutlingen); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Christina Eberle (KV Mannheim); Pascal Metzger (KV Reutlingen); Sibylle De Mott (KV Böblingen); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Jonas Haug (KV Reutlingen); Ana Sauter (KV Reutlingen); Christine Knoß (KV Ludwigsburg); Alexander Nurnat (KV Reutlingen); Aline Radimersky (KV Karlsruhe); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Sarah Rahel Koller (KV Freiburg)

PRO-3-368-2

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 367 bis 368 einfügen:
Rahmenbedingungen zur Umrüstung der Anlagen hin zu Reststoffen wie Bioabfällen und Wärmenutzung setzen wir uns auf europäischer Ebene und beim Bund ein.
Vielversprechende Digitalisierungsansätze in der Landwirtschaft wie Precision Farming, Robotik und automatisiertes Jäten wollen wir stärken und voranbringen, um Ressourcenersparnis, Umweltverträglichkeit und Qualität zu steigern. Wir legen dabei Wert auf Datensouveränität und jene Konzepte, die besonders gut zu unseren heimischen Strukturen passen.

Begründung

Digitalisierungsansätze wie Robotik, Smart&Precision-Farming, mechnisches Jäten etc haben große Potenziale, Landwirtschaft und Umweltschutz besser zu verzahnen, indem Überdüngung vermieden wird und Wasser gespart, mechanisch gejätet wird anstatt mit Pflanzenschutzmitteln usw. Es gibt aber in der Branche auch starke Monopoltendenzen was Geräte und Datenhoheit angeht, wodurch die Unabhägigkeit der Landwirt*innen gefährdet wird. Deshalb braucht es gezielte Politik, die Ansätze fördert, die zu unseren Strukturen passen.

PRO-3-369

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 369 bis 373:
Die Fischerei ~~– beruflich wie als Hobby – leistet~~kann einen ~~wichtigen~~ Beitrag zum Schutz der Gewässer und ~~der Uferbereiche, hier wollen wir weiterhin~~ihrer Uferbereiche leisten, wenn sie ökologisch und tierschutzgerecht erfolgt. Wir unterstützen ~~– gerade bei~~entsprechende Maßnahmen wie Schutz der Artenvielfalt, die naturnahe Gestaltung der Ufersäume, Renaturierung sowie Beschattung von Gewässern, die dem Schutz von Fischen und Gewässern vor den Auswirkungen der Klimakrise dienen.~~[Leerzeichen]~~

Begründung

Die Ergänzung betont, dass bei der Fischerei Naturschutz und Tierwohl Hand in Hand gehen müssen. Denn Fische sind Lebewesen mit einem ausgeprägten Empfindungsvermögen. Durch Angeln werden ihnen erhebliche Schmerzen zugefügt. Sie leiden stumm. Da neben der gewerblichen Fischerei auch privates Angeln mit Angelschein in Deutschland ausdrücklich erlaubt ist, ist es unverzichtbar, dass bei der Fischerei Tierwohl und Naturschutz prioritär berücksichtigt werden. Wir fordern deshalb eine ökologisch und tierschutzgerecht betriebene Fischerei, bei der Artenschutz und Tierschutz aktiv zum Schutz von Gewässern und Uferbereichen beitragen. Dadurch werden klare politische Leitlinien gesetzt, die nachhaltige Fischerei fördern und verantwortungsvolles Handeln honorieren.

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Eleanor Weber (KV Reutlingen)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-3

Nach Zeile 378 einfügen:
Der Pferdesport und die Pferdehaltung müssen tiergerechter gestaltet werden. Dafür braucht es einen starken Ausbau der Offenstallhaltung. Wir wollen eine landesweite Leitlinie „Gute Pferdehaltung Baden-Württemberg“ mit verbindlichen Mindeststandards, die über die bundesweite Leitlinie hinausgehen, erarbeiten. Zusätzlich wollen wir ein Zertifikatssystem für tierschutzgerechte Reitbetriebe entwickeln.

Begründung

Pferde sind Lauf- und Herdentiere. Die Haltung im Pferdesport wird ihren Bedürfnissen häufig nicht gerecht, was dazu führt, dass viele Pferde in Reitbetrieben leiden. Durch verbindliche Mindeststandards mit dem Ziel der Offenstallhaltung und einem Zertifikatssystem soll die Pferdehaltung verbessert werden.

Unterstützer*innen

Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Flora Wagner (KV Ravensburg); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Helena Gessert (KV Reutlingen); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Christina Eberle (KV Mannheim); Pascal Metzger (KV Reutlingen); Sibylle De Mott (KV Böblingen); Ana Sauter (KV Reutlingen); Christine Knoß (KV Ludwigsburg); Aline Radimersky (KV Karlsruhe); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Sarah Rahel Koller (KV Freiburg)

PRO-3-379

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

In Zeile 379 löschen:
~~**Für einen starken Verbraucherschutz im Land**~~

Begründung

Den Absatz zum Verbraucherschutz mitten in das Kapitel zur Landwirtschaft zu setzen, erschließt sich uns inhaltlich nicht.
Wir beantragen den Absatz oben komplett zu streichen und ans Ende des Kapitel 3 zu setzen, s.a entsprechende ÄA in den zeilen 379-411

PRO-3-380

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 380 bis 384 löschen:
~~Faire Verträge und einklagbare Verbraucherrechte – darauf müssen sich Verbraucher*innen in Baden-Württemberg verlassen können. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten kann und muss Verbraucherschutz dazu beitragen, das Leben einfacher zu machen und Menschen vor unfairen Preisen, Intransparenz und Betrug zu schützen.~~

Begründung

Den Absatz zum Verbraucherschutz mitten in das Kapitel zur Landwirtschaft zu setzen, erschließt sich uns inhaltlich nicht.
Wir beantragen den Absatz oben komplett zu streichen und ans Ende des Kapitel 3 zu setzen, s.a entsprechende ÄA in den zeilen 379-411

PRO-3-385

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 385 bis 389 löschen:
~~Wir sorgen für eine gute Finanzierung der Verbraucherzentrale (Baden-Württemberg) und wollen auch die Arbeit des Zentrums für europäischen Verbraucherschutz in Kehl finanziell stärker unterstützen. Die Möglichkeit der Sammelklagen durch die Verbraucherzentrale werden wir von Seiten des Landes stärken.~~

Begründung

Den Absatz zum Verbraucherschutz mitten in das Kapitel zur Landwirtschaft zu setzen, erschließt sich uns inhaltlich nicht.
Wir beantragen den Absatz oben komplett zu streichen und ans Ende des Kapitel 3 zu setzen, s.a entsprechende ÄA in den zeilen 379-411

PRO-3-390

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 390 bis 394 löschen:
~~Verbraucherbildung hat für uns eine zentrale Bedeutung im Verbraucherschutz. Wir werden alle im Verbraucherschutz Beteiligten einbinden und eine neue Konzeption für Verbraucherbildung erstellen – dabei muss das für Verbraucherschutz zuständige Ministerium die Federführung haben. Zentral ist für uns die Gewährleistung einer von Wirtschaftsinteressen unabhängigen Verbraucherbildung.~~

Begründung

Den Absatz zum Verbraucherschutz mitten in das Kapitel zur Landwirtschaft zu setzen, erschließt sich uns inhaltlich nicht.
Wir beantragen den Absatz oben komplett zu streichen und ans Ende des Kapitel 3 zu setzen, s.a entsprechende ÄA in den zeilen 379-411

PRO-3-395

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 395 bis 399 löschen:

~~Digitaler Verbraucherschutz ist wichtiger denn je. Der digitale Fairnesscheck der EU-Kommission ergab erhebliche rechtliche Lücken, die geschlossen werden müssen. Wir starten eine Bundesratsinitiative zur Umsetzung der zentralen Ergebnisse des digitalen Fairnesschecks. Dazu gehört auch die verbraucherfreundliche Regulierung von Online-Märkten wie TEMU oder SHEIN.~~

Begründung

Den Absatz zum Verbraucherschutz mitten in das Kapitel zur Landwirtschaft zu setzen, erschließt sich uns inhaltlich nicht.
Wir beantragen den Absatz oben komplett zu streichen und ans Ende des Kapitel 3 zu setzen, s.a entsprechende ÄA in den zeilen 379-411

PRO-3-400

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 400 bis 411 löschen:

~~Wir werden an die Erfolge der aufsuchenden Verbraucherarbeit anknüpfen, bei der durch niedrigschwellige Angebote im direkten Wohnumfeld Verbraucherschutzinformationen an die Hand gegeben werden. Alle Menschen in Baden-Württemberg sollen besseren Zugang zu Dienstleistungen der Verbraucherzentrale und weiterer beratender Einrichtungen haben. Wir prüfen, wie wir die aufsuchende Verbraucherarbeit in das Stadtentwicklungsprogramm „Quartier 2030“ einbinden können.~~

~~Wir setzen uns mit einer Bundesratsinitiative für transparente Spritpreise nach österreichischem Vorbild ein. Indem Benzinpreise nur noch einmal täglich erhöht werden dürfen, sorgen wir für klarere Preisstrukturen. Verbraucher*innen sollen nicht mehr durch falsche Lockangebote getäuscht werden.~~

Begründung

Den Absatz zum Verbraucherschutz mitten in das Kapitel zur Landwirtschaft zu setzen, erschließt sich uns inhaltlich nicht.
Wir beantragen den Absatz oben komplett zu streichen und ans Ende des Kapitel 3 zu setzen, s.a entsprechende ÄA in den zeilen 379-411

PRO-3-411

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 410 bis 411 einfügen:
werden dürfen, sorgen wir für klarere Preisstrukturen. Verbraucher*innen sollen nicht mehr durch falsche Lockangebote getäuscht werden. Wir setzen uns für eine transparente und öffentliche Auszeichnung von Strompreisen an E-Ladensäulen. Wir setzen uns für eine Bundesratsinitiative ein, womit an allen E-Ladesäulen das Bezahlen mit EC/Kreditkarte möglich wird.

Begründung

Das Benzinpreise an Tankstellen angezeigt werden, wurde gerade im Bundesrat verhandelt.

Bei der von uns forcierten E-Mobilität werden an den allermeisten Zapfsäulen gar keine Preise angegeben und gleichzeitig variieren sie, je nachdem von welchem Anbieter die Tankkarte kommt. Hier braucht es transparente und einheitliche Preise, die VOR dem Tankvorgang ersichtlich sind.

PRO-3-419

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 419 bis 427:
Zur Sicherung der Wertschöpfungsketten, des Ökolandbaus und der Qualitätsstrategie des Landes setzen wir uns für den Schutz der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft ein.

Gleichzeitig wollen wir eine moderne, nachhaltige Landwirtschaft fördern, die neue, sichere Züchtungstechnologien verantwortungsvoll einsetzt. Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Landwirtinnen sichern wir durch verlässliche Information, Transparenz und klare Kennzeichnung. Maßgeblich sind die Eigenschaften, die Sicherheit und die Nachhaltigkeit einer Pflanze, nicht die Züchtungsmethode. Die baden-württembergischen Qualitätszeichen für Lebensmittel garantieren weiterhin hohe Standards und transparente Erzeugung.

~~Zur Sicherung der Wertschöpfungsketten, des Ökolandbaus und der Qualitätsstrategie des Landes setzen wir uns für den Schutz der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft und damit für Wahlfreiheit für Verbraucher*innen und Landwirt*innen ein. Information, Transparenz und Kennzeichnung sind elementar für einen funktionierenden Verbraucherschutz. Die baden-württembergischen Qualitätszeichen für Lebensmittel bleiben gentechnikfrei sowohl im Anbau als auch beim Tierfutter.~~

Begründung

Pestizidreduktion, Klimaanpassung und die Sicherung der Welternährung verlangen neue, schnelle und wirksame Lösungen in der Landwirtschaft. Ökologie und moderne Technologie sind dabei kein Gegensatz – im Gegenteil: Wir brauchen beides, um Landwirtschaft nachhaltig zu gestalten. Im Mittelpunkt stehen nicht die Methoden selbst, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen.

Gerade für Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit bieten neue genomische Verfahren und die damit gezüchteten NGT-Pflanzen große Vorteile, von denen auch Baden-Württemberg profitieren sollte. Besonders für den konventionellen Anbau sind NGT-Pflanzen ein zentraler Hebel, um den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren, die Klimarobustheit zu erhöhen und Erträge zu sichern. Gleichzeitig gilt im Sinne des Vorsorgeprinzips: Nicht zu handeln kann ebenso ein Risiko darstellen wie falsches Handeln. In diesem Fall würde der Verzicht auf moderne Technologien dem Vorsorgeprinzip sogar widersprechen.

Naturidentische NGT-Pflanzen unterscheiden sich nicht von Pflanzen, die durch herkömmliche Züchtung entstanden sind. Deshalb sollte nicht die eingesetzte Methode bewertet werden, sondern die Eigenschaften der jeweiligen Pflanze. Für die Sicherheit des Endprodukts ist entscheidend, welche Merkmale eine Pflanze besitzt – nicht, wie sie erzeugt wurde.

Es ist überfällig, Pflanzen, die auf natürlichem Wege oder durch klassische Züchtung entstehen könnten, auch genauso zu regulieren. Wissenschaftliche Risikobewertungen zeigen seit Jahren: Zwischen solchen Pflanzen gibt es keine Sicherheitsunterschiede. Daher sollten wir die Chancen nutzen, die uns moderne Verfahren bieten.

Der verantwortungsvolle Einsatz neuer genomischer Techniken eröffnet die Chance, Landwirtschaft gleichzeitig nachhaltiger, widerstandsfähiger und produktiver zu machen. Wenn wir ökologische Ziele ernst nehmen und zugleich Ernährungssicherheit gewährleisten wollen, dürfen wir bewährte wissenschaftliche Erkenntnisse nicht ignorieren. Eine pauschale Forderung nach „Gentechnikfreiheit“ hilft dabei nicht weiter – denn sie sagt nichts über die tatsächlichen Eigenschaften, Risiken oder Vorteile einer Pflanze aus. Entscheidend ist, was eine Pflanze kann, nicht wie sie gezüchtet wurde.

Mehr hierzu: https://evidenzbasierte-politik.de/2024/01/23/faktencheck-neue-gentechniken-in-der-landwirtschaft/

Unterstützer*innen

Kevin Roth (KV Odenwald-Kraichgau); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Marvin Sipp (KV Heidelberg); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Noah Ries (KV Heidelberg); Franziska Hentzschel (KV Heidelberg); Andreas Brunner (KV Heidelberg); Holger Ludwig Eichhorn (KV Heidelberg); Florian Kollmann (KV Heidelberg); Charlotte Syren (KV Heidelberg); Steffen Pauly (KV Heidelberg); Christopher Marker (KV Heidelberg); Aysche Maren Landmann (KV Heidelberg); Jan Korten (KV Odenwald-Kraichgau); Wolfgang Huber (KV Heidelberg); Alexander Link (KV Heidelberg); Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Kjeld Ziegler (KV Odenwald-Kraichgau); Friederike Greeb (KV Heidelberg)

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025
Status:	Eingereicht (ungeprüft)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 420 bis 427:
Zur Sicherung ~~der~~gentechnikfreier Wertschöpfungsketten, des Ökolandbaus, des gentechnikfreien konventionellen Anbaus, der Kulturpflanzenvielfalt und der ~~Qualitätsstrategie des Landes setzen~~Wahlfreiheit der Verbraucher*innen und Bäur*innen halten wir ~~uns für den Schutz~~an der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft ~~und damit für Wahlfreiheit für Verbraucher*innen~~ und ~~Landwirt*innen ein~~ihrer gegenwärtigen Regulierung fest. Information, Transparenz ~~und~~, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit sind elementar für einen funktionierenden Verbraucherschutz. Die baden-württembergischen Qualitätszeichen für Lebensmittel bleiben gentechnikfrei sowohl im Anbau von Lebensmitteln als auch beim Tierfutter. Wir halten am europäisch verankterten Vorsorgeprinzip fest. Bis 2040 wollen wir in den Landeskantinen 70 Prozent regionales Essen, frisch, lecker und klimagerecht,

Begründung

Für die baden-württembergische Land- und Lebensmittelwirtschaft stünde mit dem Verlust der Gentechnikfreiheit der gesamte Qualitätsmarkt auf dem Spiel vom Ökolandbau bis zu den Qualitätszeichen des Landes. Er lebt unter anderem vom Versprechend er Gentechnikfreiheit. Die Änderungen präzisieren die im Entwurf genannten Aussagen und vermeiden Missverständnisse.

PRO-3-427

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 426 bis 429 einfügen:
sowohl im Anbau als auch beim Tierfutter. Bis 2040 wollen wir in den Landeskantinen über 70 Prozent regionales und bio-regionales Essen, frisch, lecker und klimagerecht, anbieten und die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung umsetzen. Auch die Uni-Mensen und Kantinen der Uni-Kliniken wollen wir einbeziehen. Außerdem wollen wir die Kantinenrichtlinie in einer Modellregion

Begründung

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung hat klare wissenschftliche Standard, wie eine gesunde Ernährung aussieht. Indem wir uns an ihre Empfehlungen halten, stellen wir die Essensauswahl in den Kantinen auf eine wissenschftliche Basis und stärken durch regionales und bio-regionales Angebot die Landwirtschaft der Umgebung.

PRO-3-428

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	02.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 427 bis 429 einfügen:
Landeskantinen 70 Prozent regionales Essen, frisch, lecker und klimagerecht, anbieten. Auch die Uni-Mensen und Kantinen der Uni-Kliniken, die Krankenhäuser und Senioren- und Pflegeeinrichtungen wollen wir einbeziehen. Außerdem wollen wir die Kantinenrichtlinie in einer Modellregion

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025
Status:	Eingereicht (ungeprüft)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 433 bis 441:

~~Gesundheitsvorsorge durch gesunde Ernährung gewinnt immer mehr an Bedeutung. Wir werden die Ernährungsstrategie des Landes überprüfen und weiterentwickeln sowie Prävention und Aufklärung gemeinsam mit den Akteur*innen des Gesundheitssektors voranbringen. Unser Ziel ist es, dass sich die Menschen in Baden-Württemberg in Zukunft gesund und nachhaltig ernähren können. Deshalb wollen wir die Ernährungsstrategie des Landes weiterentwickeln – gemeinsam mit Gesundheitsexpert*innen, Landwirtschaft und Bildung. In Schulen, Kitas und Hochschulen sollen gesunde und regionale Angebote Standard werden.~~Unser Ziel ist es, dass sich die Menschen in Baden-Württemberg in Zukunft gesund und nachhaltig ernähren können. Deshalb wollen wir die Ernährungsstrategie des Landes weiterentwickeln – gemeinsam mit Gesundheitsexpert*innen, Landwirtschaft und Bildung. Wir werden Prävention und Aufklärung mit den Akteur*innen des Gesundheitssektors voranbringen.In Schulen, Kitas und Hochschulen sollen gesunde und bio-regionale Angebote Standard werden. Wir setzen auf mehr Bildungsangebote zur Ernährung, von der Kita bis zur Berufsschule. So

Begründung

Dopplung. Inhaltlich geht nichts verloren

PRO-3-440

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 439 bis 441 einfügen:
Gesundheitsexpert*innen, Landwirtschaft und Bildung. In Schulen, Kitas und Hochschulen sollen gesunde und regionale Angebote Standard sein und die Emphehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) verbindlich eingehalten werden. Wir setzen auf mehr Bildungsangebote zur Ernährung, von der Kita bis zur Berufsschule. So

Begründung

Die verbindliche Einhaltung der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) in Kitas und Schulen ist entscheidend, um Kindern und Jugendlichen von Anfang an eine gesunde und ausgewogene Ernährung zu ermöglichen. Sie schafft klare Qualitätsstandards, die sowohl die Nährstoffversorgung als auch die Lebensmittelqualität sichern, und unterstützt Bildungseinrichtungen dabei, präventiv die Gesundheit der Kinder zu stärken. Darüber hinaus fördert sie Chancengleichheit, indem alle Kinder – unabhängig von sozialer Herkunft – Zugang zu gesunden Mahlzeiten erhalten, und trägt langfristig dazu bei, Ernährungsbewusstsein, Esskompetenz und nachhaltige Essgewohnheiten in der Gesellschaft zu verankern.

PRO-3-444

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 443 bis 444 einfügen:
legen auch das Fundament für eine bewusste, gesunde und faire Ernährung im ganzen Land. Dabei verbinden wir Tradition mit Fortschritt: Wir stärken die heimische Eiweißpflanzenproduktion, halten unsere Böden fruchtbar und integrieren innovative Proteine sowie klimafreundliche Lebensmittel in Agrarstrukturen, Verarbeitungs- und Wertschöpfungsketten. Gleichzeitig erhöhen wir die Wahlfreiheit für unsere Ernährung, indem wir das Angebot pflanzlicher und alternativer tierfreier Proteine verbessern und leichter zugänglich machen.

Begründung

Gesunde und nachhaltige Ernährung ist ein zentrales Zukunftsthema, das Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucher*innen gleichermaßen betrifft. Mit der Stärkung heimischer Eiweißpflanzen erhöhen wir den Eiweißselbstversorgungsgrad, verringern Importe und fördern die Bodenfruchtbarkeit. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale der Proteindiversifizierung ausschöpfen und dabei die ernährungs- und agrarwissenschaftliche Expertise Baden-Württembergs stärker einbringen. Durch die Integration innovativer und pflanzlicher Proteine in unsere Wertschöpfungsketten schaffen wir zusätzliche Wahlmöglichkeiten – ohne bestehende Ernährungsgewohnheiten einzuschränken. So verbinden wir Tradition mit Fortschritt, sichern die Vielfalt und Qualität unserer heimischen Landwirtschaft und ermöglichen allen Menschen bewusste, gesunde und faire Ernährungsentscheidungen.

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025
Status:	Eingereicht (ungeprüft)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 443 bis 444 einfügen:
legen auch das Fundament für eine bewusste, gesunde und faire Ernährung im ganzen Land. Dabei verbinden wir Tradition mit Fortschritt: Wir stärken die vielfältige Einweißpflanzenproduktion, halten unsere Böden fruchtbar und integrieren pflanzliche Proteine in Agrarstrukturen, Verarbeitungs- und Wertschöpfungsketten. Gleichzeitig erhöhen wir die Wahlfreiheit für unsere Ernährung, indem wir das Angebot pflanzlicher Proteine verbessern und leichter zugänglich machen.

Begründung

Bereits jetzt ist Baden-Württemberg Vorreiterin was den Anbau, die Verarbeitung und Vermarktung von Soja und Sojaprodukten angeht. Wir wollen die Wertschöpfung weiterer Eiweißpflanzen, wie Kichererbsen, Ackerbohnen und ähnlichen Leguminosen, weiter stärken. So steigern wir die Bodenfruchtbarkeit und machen Ernährung vielfältiger.

PRO-3-462

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 462 bis 465 löschen:
~~Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene und im Bund für Umverteilungsprämien und Erschwerniszulagen zugunsten unserer vielfältigen kleinstrukturierten Landwirtschaft ein.~~ Um die Vielfalt und den besonderen Charakter unserer Landwirtschaft zu erhalten, werden wir das Streuobstland

Begründung

Neuer GAP Absatz als ÄA in Zeile 335, da er dort inhaltlich besser passt.

PRO-3-471

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 470 bis 473:
Kommunen gründen und sehen dafür einen Streuobstfonds vor. Wir stärken die ökologische Landwirtschaft. ~~Dafür wollen wir landesweit vier Wertschöpfungskettenmanager*innen einstellen, die den Ausbau des Ökolandbaus entlang der gesamten Kette überregional begleiten.~~Dafür wollen wir die bereits erfolgreich bestehenden Biomusterregionen verstetigen und weitere Biomusterregionen in naher Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen gründen. Dafür setzen wir uns für eine erneute Auslobung von Biomusterregionen ein.

Begründung

Die bestehenden **Biomusterregionen** und ihre Manager*innen sind durch ihre überschaubare Größe wesentlich näher an den **lokalen Akteur*innen** dran. In den bestehenden Biomusterregionen sind schon **viele wertvolle Partnerschaften** entlang der **Wertschöpfungskette** entstanden. Die 14 bestehenden Biomusterregionen pflegen einen engen **Austausch** untereinander.

Eine Beschränkung auf vier Wertschöpfungskettenmanager*innen würde sicherlich zu einer Verschlechterung der persönlichen Vernetzung vor Ort führen. Um weitere Biomusterregionen ins Leben zu rufen und am Markt zu etablieren, bedarf es eines **hohen Personaleinsatzes**, vor allem **vor Ort.** Dieserkann mitnichten für das ganze Bundesland von nur vier Personen geleistet werden.

Viel effektiver ist es Biomusterregionen **erneut auszuloben**, auf die sich engagierte Zusammenschlüsse von vor Ort bewerben können.

Die bestehenden 14 Biomusterregionen leisten einen **wertvollen Beitrag für ökologischen Landbau** sowie für **regionale Bio-Lebensmittel.**

Das ist ein wertvoller Beitrag für mehr **Nachhaltigkeit** und die **Stärkung unserer ländlichen Räume.**

Deswegen bitte ich um die Unterstützung dieses Änderungsantrags.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Richard Langer (KV Tübingen); Lisa Kreitmeier (KV Konstanz); Valerie Fischer (KV Tübingen); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Marin Juric (KV Schwarzwald-Baar); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Antonia Kind (KV Ulm); Jakob Feldner (KV Tübingen); Eleanor Weber (KV Reutlingen); Christiane Kreitmeier (KV Konstanz);

Jaron Immer (KV Reutlingen); Nathalie Ibeh (KV Tübingen); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Alica Leonie Scherer (KV Schwarzwald-Baar)

PRO-3-471-2

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 470 bis 473:
Kommunen gründen und sehen dafür einen Streuobstfonds vor. Wir stärken die ökologische Landwirtschaft. Dafür wollen wir landesweit ~~vier~~ Wertschöpfungskettenmanager*innen einstellen, die die bereits bestehenden Biomusterregionen verstetigen und den Ausbau des Ökolandbaus entlang der gesamten Kette überregional begleiten. Dabei wollen wir besonders das regionale Lebensmittelhandwerk einbinden. Wir bleiben mit dem Handel im Gespräch, um faire Lieferketten und auskömmliche Erzeugerpreise zu erreichen und zu stützen. Denn Preisdumping und der Wettbewerb um die günstigsten Lebensmittel zerstört Höfe und Natur. Den erfolgreichen Bio-Aktionsplan des Landes wollen wir regelmäßig evaluieren und maßnahmen priorisieren.

Die unabhängige Züchtung an den Landesanstalten und im bereich des Ökolandbaus wollen wir unterstützen - im Getreidebau, Obst- und Weinbau sowie traditioneller Kulturpflanzen. Mit Kommunikations- und Werbemaßnahmen bringen wir den Ausbau bio-regionaler und regionaler Sortimente in Handel und Verarbeitung voran und monitoren den Fortschritt.

Begründung

Der Ökolandbau ist die ökologischste Form der Lebensmittelerzeugung, das haben viele Studien, unter anderem des Thünen-Instituts und des FIBL wissenschaftlich bestätigt. Es ist wichtig, hier mit vielfältigen Maßnahmen voranzukommen, um dem Ziel des Biodiversitätsstärkungsgesetzes 30-40% Biolandbau bis 2030 so nah wie möglich zu kommen.
Die Biomusterreegionen sind ein wichtiger Bestandteil auf diesem Weg. Vier Wertschöpfungskettenmanager*innen können die intensive Arbeit vorort niemals leisten, deshalb streichen wir an dieser Stelle die Anzahl.

PRO-3-479

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-3

Nach Zeile 479 einfügen:

Die Grün-geführte Landesregierung hat mit dem Strategiedialog Landwirtschaft ein Erfolgsmodell konzipiert. Um den besonderen Herausforderungen des aktuellen Weinmarktes zu begegnen, werden wir in der kommenden Legislatur den „Strategiedialog Weinbau“ ins Leben rufen und alle relevanten Akteure, vom Weingut über die Weingenossenschaften bis hin zu den Weinbauverbänden und der Forschung, beteiligen.

Begründung

Der Weinbau in Baden-Württemberg hat noch immer mit der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zu kämpfen. International wird mehr Wein produziert als konsumiert, gleichzeitig drückt Billigwein aus dem Ausland, der meist unter schlechteren Bedingungen produziert wurde, auf den nationalen und regionalen Markt. Das Land versucht sein Möglichstes, um gegenzusteuern den nicht aufzuhaltenden Strukturwandel zu steuern und unsere vom Weinbau geprägten Kulturlandschaften zu erhalten.

Unterstützer*innen

Trudis Fisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Claudia Mayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Rabe-Lockhorn (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Krückels (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beatrix Steinsiepe (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Günther Kaiser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Gaby Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sonja Rajsp-Lauer (KV Rottweil); Reinhold Pix (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Stephan Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sven Seitola (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sibylle Klos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Marlene Krüger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Felix Treiber (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Marliese Sitter (KV Stuttgart)

PRO-3-483

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 482 bis 487:
sondern auch für Tiere und Umwelt. Wir wollen dabei unterstützen, die Haltungsbedingungen für Nutztiere weiter zu verbessern. Das bedeutet ~~auch~~insbesondere, die ~~Züchtung~~Anbindehaltung bis 2030 zu überwinden. Weiterhin werden wir stärker auf die Züchtung in Richtung Tiergesundheit und Zweinutzungsrassen, die nicht einseitig auf ein Leistungsmerkmal ausgerichtet sind, ~~zu setzen und das~~setzen. Das Wohlbefinden der Tiere auch bei Transport und Schlachtung ~~zu gewährleisten~~sind zugewährleisten. Wir werden das unabhängige Amt der Landesbeauftragten für Tierschutz fortführen.

Begründung

Noch immer ist Baden-Württemberg eines der Bundesländer mit dem höchsten Anteil an Anbindehaltung. Das kann so nicht bleiben. Die Anbindehaltung ist leider sowohl bei Milchkühen als auch bei Rindern jeden Alters und Geschlechts verbreitet. Dabei wissen wir alle, dass Rinder von Natur aus Weidetiere und vor allem Zugtiere sind, die sich stetig in Bewegung befinden. Es entspricht keinesfalls der Natur eines Rinds, sich an Ort und Stelle zu platzieren und nicht fortzubewegen. Wenn wir Tierschutz ernst nehmen, muss die Anbindehaltung endlich überwunden werden. Anbindeställe sind in der Regel alte Wirtschaftsgebäude, die mit kleinrahmigen Tieren gearbeitet haben. Durch die Weiterentwicklung der Rinderrassen, sind die Tiere großrahmiger geworden. Dadurch sind die Anbindeställe für die Tiergrößen nicht mehr angepasst und die Tiere stehen mit den Hinterklauen auf Kotgittern. Weiterhin entstehen durch Ketten und Halsbänder Abschürfungen an den Hälsen. Durch den Mangel an Bewegung wird zum einen der natürliche Klauenabrieb verhindert, was zu die Klauengesundheit beeinträchtig, und zum anderen entstehen schmerzhafte Gelenködeme.

PRO-3-483-2

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 482 bis 484:
sondern auch für Tiere und Umwelt. Wir wollen dabei unterstützen, die Haltungsbedingungen für ~~Nutztiere~~landwirtschaftlich genutzte Tiere weiter zu verbessern. Das bedeutet auch, die Züchtung stärker auf Tiergesundheit und Zweinutzungsrassen, die nicht einseitig

Begründung

Die Formulierung „landwirtschaftlich genutzte Tiere“ entspricht der Wortwahl, die Bündnis 90/Die Grünen auch auf Bundesebene verwenden und unterstreicht die Verantwortung der Landwirtschaft für Tierwohl auf allen Betrieben. Mit dieser Formulierung wird die Aussage klarer, fachlich korrekt und politisch konsistent mit bestehenden Positionen der Partei.

(Z.B.: https://www.gruene-bundestag.de/unsere-politik/fachtexte/die-novelle-des-tierschutzgesetzes-kommt/?utm_source=chatgpt.com)

PRO-3-485

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 484 bis 487:
Züchtung stärker auf Tiergesundheit und Zweinutzungsrassen, die nicht einseitig auf ein Leistungsmerkmal ausgerichtet sind, zu setzen ~~und das Wohlbefinden der Tiere auch bei Transport und Schlachtung zu gewährleisten. Wir werden das unabhängige Amt der Landesbeauftragten für Tierschutz fortführen.~~. Wir werden das unabhängige Amt der Landesbeauftragten für Tierschutz fortführen.
Ebenso wollen wir Haltungsformen stärken, die Rindern maximal möglichen Auslauf oder Weidegang gewähren. Die Anbindehaltung wollen wir beenden. Wenn Tiere transportiert werden, muss dies tierschutz- und rechtskonform geschehen. Die „Taskforce Tiertransporte“ soll erweitert werden und künftig aus Polizei, Staatsanwaltschaft und Veterinärbehörden bestehen. sowie die Einrichtung von Notversorgungsstellen können Verstöße bei Tiertransporten konsequent geahndet werden. Um lange Transportwege zu vermeiden und das Tierwohl zu sichern, fördern wir die regionale Kälberaufzucht und Vermarktung und stärken damit nachhaltige, lokale Strukturen in der Landwirtschaft. So soll auch der Langzeit-Transport nicht-abgesetzter Kälber über 50 km hinaus nicht mehr genehmigt werden.
Die Einhaltung gesetzlicher Tierschutzstandards muss auch bei der Schlachtung gewährleistet sein, was durch eine lückenlose Überwachung aller tierschutzrelevanten Bereiche sichergestellt wird.

Begründung

Tiertransporte und Schlachtprozesse stehen seit Jahren im Fokus öffentlicher Kritik, weil Verstöße immer wieder massive Tierschutzprobleme sichtbar machen. Ein glaubwürdiger und moderner Tierschutz braucht deshalb funktionierende Kontrollstrukturen, die konsequent durchgreifen können und Rechtssicherheit für alle Beteiligten schaffen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stärken nicht nur den Vollzug, sondern setzen ein klares Signal, dass Tierschutz als staatliche Aufgabe ernst genommen wird und Verstöße nicht länger folgenlos bleiben. Gleichzeitig unterstützt die Förderung regionaler Kälberaufzucht eine Landwirtschaft, die auf kurze Wege, Transparenz und verantwortungsvolle Tierhaltung setzt. Das stärkt regionale Betriebe, verbessert die Wirtschaftskreisläufe vor Ort und reduziert die Abhängigkeit von problematischen Langstreckentransporten.

Der Transport nicht abgesetzter Kälber ist aus Tierschutzsicht besonders problematisch, weil diese Tiere ein unreifes Immunsystem haben, auf regelmäßige Milchgaben angewiesen sind – was auf Transporten praktisch nicht gewährleistet werden kann - und Transportstress deutlich schlechter verkraften. Lange und belastende Transporte gefährden daher ihr Wohl erheblich. Ein Verzicht auf

solche Transporte setzt einen klaren Schutzstandard für die empfindlichsten Tiere und stärkt zugleich regionale Aufzuchtstrukturen, die höhere Tierwohlanforderungen besser erfüllen können.

Maximal möglicher Auslauf oder Weidegang fördert nicht nur das Tierwohl, sondern unterstützt auch die Biodiversität, bindet Kohlenstoff im Boden, reduziert Stallemissionen und verringert den Bedarf an importiertem Futtermittel – und leistet so einen wichtigen Beitrag zu Klima- und Umweltschutz.

PRO-3-486

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 485 bis 487:
auf ein Leistungsmerkmal ausgerichtet sind, zu setzen und das Wohlbefinden der Tiere auch bei Transport und Schlachtung zu gewährleisten. ~~Wir werden das unabhängige Amt der Landesbeauftragten für Tierschutz fortführen.~~

Tierschutzvorgaben müssen nicht nur bestehen, sondern auch konsequent umgesetzt werden. Deshalb setzen wir auf häufigere und wirksamere Kontrollen von Betrieben und Transporten, die systematische Erhebung der Kontrolldaten, sowie die transparente Veröffentlichung der Ergebnisse und klare Sanktionen bei Verstößen. Um all diese Aufgaben verlässlich erfüllen zu können, stärken wir die Veterinärämter im Bereich Tierschutz personell und organisatorisch. Zudem werden wir das unabhängige Amt der Landesbeauftragten für Tierschutz fortführen. **Höhere Standards gelingen nur gemeinsam mit den Betrieben. Deshalb unterstützen wir Landwirt*innen beim tiergerechten Umbau ihrer Ställe durch fachliche Beratung und praxisnahe Begleitung. Gleichzeitig wollen wir Aufklärung und Bildung rund um Tierwohl, artgerechte Haltung und nachhaltige Landwirtschaft stärken, um Wissen, Transparenz und Akzeptanz weiter zu erhöhen.**

Begründung

Die vorliegenden Daten aus den Jahren 2009–2020 zeigen, dass die Tierschutzkontrollen in Deutschland seit Jahren unzureichend sind. Laut einer bundesweiten Auswertung finden im Durchschnitt in Baden-Württemberg nur bei 5,7 % der Nutztierhaltungsbetriebe jährliche Kontrollen statt, was rechnerisch bedeutet, dass ein Betrieb nur alle 17,6 Jahre überprüft wird. Trotz dieser geringen Kontrollfrequenz werden bei einem erheblichen Anteil der Betriebe Verstöße festgestellt – im Schnitt bei 24,5 % der kontrollierten Höfe. Dies verdeutlicht, dass das bestehende System keine ausreichende Präventionswirkung entfaltet und Tierschutzverstöße häufig unentdeckt bleiben.

Fachgremien wie der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik und der Europäische Rechnungshof kritisieren seit Jahren „Kontrolllücken“, „unzureichende Durchsetzung“ und fehlende „abschreckende Wirkung“ der bestehenden Strukturen. Auch das größte Problem – der Personalmangel in den Veterinärämtern – wird immer wieder als zentrale Ursache für die geringe Kontrolldichte benannt.

Damit Tierschutzgesetze nicht nur auf dem Papier existieren, sondern tatsächlich wirksam sind, ist eine umfassende Stärkung der Kontrollstrukturen unabdingbar: Personelle und organisatorische Kapazitäten der Veterinärämter müssen erhöht, Kontrollen häufiger und gezielter durchgeführt sowie Verstöße transparent dokumentiert und konsequent geahndet werden.

Zudem weisen Tierschutzorganisationen darauf hin, dass es keine verlässlichen Statistiken zur Zahl der kontrollierten Transporte oder zu Verstößen gibt – ein Dunkelfeld, das viele Missstände

verschleiert. Daher setzen wir uns für eine systematische, bundesweite Erhebung der Kontrolldaten ein, um Missstände transparent zu machen, Handlungsbedarf zu erkennen und die Effektivität der Kontrollen evidenzbasiert zu erhöhen.

Gleichzeitig zeigt die Erfahrung, dass Tierschutz nur dann nachhaltig verbessert werden kann, wenn Betriebe aktiv eingebunden werden. Wissenschaftliche Projekte wie Welfare Quality haben gezeigt, dass Tierwohl messbar steigt, wenn Landwirt*innen praxisnah begleitet, geschult und beraten werden. Beratung, Wissenstransfer und praxisnahe Begleitung ermöglichen es Betrieben, ihre Haltungssysteme tiergerecht und wirtschaftlich tragfähig zu gestalten. Nur durch dieses Zusammenspiel von verbindlicher Kontrolle und kooperativer Unterstützung können gesetzliche Vorgaben eingehalten, Tierwohl tatsächlich verbessert und das Vertrauen der Gesellschaft in die Landwirtschaft gestärkt werden.

Quellen:

https://media.4-paws.org/f/c/4/0/fc40339fb06bdde02865515670ff51c90a3736f7/Report%20%27Blackbox%20Tiertransporte%27_highRes.pdf

https://media.4-paws.org/c/a/5/6/ca5652787b3a940a76064746c8bf685f9f61ad36/2022-07-08_VIER-PFOTEN_Tierschutzkontrollen-in-Deutschland-FINAL.pdf

https://media.4-paws.org/4/3/a/a/43aa99614f62c62efbcaa8ea9759bf2202c72963/VP_Report-Tierschutzkontrollen_ANHANG-Tabelle-1_220701.pdf

Blokhuis, Harry & Veissier, Isabelle & Miele, M. & D, B. (2010). The Welfare Quality Project and Beyond: Safeguarding Farm Animal Well-Being. Acta Agriculturae Scandinavica A. 60. 129-140. 10.1080/09064702.2010.523480.

PRO-3-487

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 486 bis 487:
Tiere auch bei Transport und Schlachtung zu gewährleisten. Wir werden das unabhängige Amt der Landesbeauftragten für Tierschutz ~~fortführen~~stärken und gesetzlich verankern.

Begründung

Mit der gesetzlichen Verankerung des Amtes der Landesbeauftragten für Tierschutz wird dessen Unabhängigkeit dauerhaft gesichert und der Tierschutz fest landesgesetzlich verankert. Dies stärkt die Rechtsverbindlichkeit der Aufgaben, sorgt für Kontinuität in der Arbeit des Amtes und unterstreicht das klare politische Bekenntnis zu einem wirksamen Tierschutz.

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Markus Rösler (KV Ludwigsburg)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 488 bis 494:
Unsere Vision ist ein Baden-Württemberg, in dem Wildtierpopulationen geschützt werden und nicht mehr gefährdet sind. Wir setzen uns auch in Zukunft für ein ganzheitliches und tierschutzgerechtes Wildtiermanagement ein, das ~~alle wildlebenden Tiere in den Blick nimmt,~~ den Erhalt überlebensfähiger Wildtierpopulationen in unserer Kulturlandschaft gewährleistet und gleichzeitig Zielkonflikte zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Jagd sowie Tierschutz entschärft. Hierbei ist die Zuständigkeit des Naturschutzes für geschützte Tierarten in besonderem Maße zu beachten. Konkret werden wir ein landesweites wissenschaftsbasiertes und tierschutzgerechtes Rotwildmanagement mit

Begründung

Im Wesentlichen ein Kürzungs- und Konkretisierungsvorschlag, der sich auf den gefundenen Konsens von LAGs Ökologie, Ländlicher Raum und Tierschutz in den Zeilen 500-502 konzentriert, die wie bisher bleiben sollen:

"Unser Jagd- und Wildtiermanagementgesetz werden wir entlang der aktuellen wildbiologischen Erkenntnisse, den Erfordernissen des Waldumbaus, des Tier- und Naturschutzes sowie zur effektiven Eindämmung invasiver Arten weiterentwickeln."

Um Doppelnennungen zum Wildtiermanagement an unterschiedlichen Stellen zu vermeiden, sollten die folgenden Sätze in den Zeilen 317-323

317 "Unsere Vision

318 ist ein Baden-Württemberg, in dem auch Wildtiere einen Lebensraum haben und das
319 ökologische Gleichgewicht gewahrt bleibt. Wir machen uns stark für unsere
320 heimische Artenvielfalt und aktiven Natur- und Artenschutz, der durch modernes
321Wildtiermanagement ermöglicht wird.

322 In Baden-Württemberg haben wir mit unserem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz
323 (JWMG) das ökologischste Jagdgesetz in ganz Deutschland, das sich bewährt hat."

deutlich gekürzt in die Zeilen 488ff eingebunden und dort umformuliert werden (s.o.).

Konkret:
Umformulieren des Satzes mit dem Begriff "ökologische Gleichgewicht" in Zeile 319: Das ist wissenschaftlich überholt. Natur und Populationsentwicklungen sind dynamisch und statisch. Daher wie weiter unten den Begriff der Wildtierpopulationen verwenden.

Streichen des Satzes in den Zeilen 319-321 Erfolgreicher Natur- und Artenschutz hängt von vielen Faktoren ab. „Wildtiermanagement“ ist ein hierbei im Vergleich zu anderen Faktoren wie

Versiegelung, Zerschneidung, Verlust an Biotopstrukturen, Nitrat- und Schadstoffeinträgen… für die große Mehrzahl Wildtierarten untergeordneter Einflussfaktor. Daher ist der Satz in Zeilen 319-321 nicht zutreffend und sollte gestrichen werden.

Streichen der Zeilen 322-323: Die im JWMG vorgenommene "Verschränkung der Rechtskreise" von Jagd und Naturschutz war gut gemeint, hat aber nicht die erwünschten Fortschritte gebracht. Im Gegenteil: Das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz JWMG hat spätestens mit dem Streichen der Einvernehmensregelung des MLR mit dem Umweltministerium für geschützte Arten im Wildtierbericht den Anspruch auf ein Miteinander von Jagd und Naturschutz verloren. Es gibt gravierende fachliche und sogar verfassungsrechtliche Bedenken (MÖCKEL & KÖCK 2014 - verfassungsrechtliches Gutachten im Auftrag des Bundesumweltministeriums) bezüglich der Tatsache, dass im Jagdrecht der Länder Regelungen zum Artenschutz enthalten sind. Daher Streichen des entsprechenden Satzes.

Kürzen von "alle wildlebenden Tiere..." in Zeile 490, weil sich Wildtiermanagement nicht mit allen wildlebenden Tieren beschäftigt, denn das wären auch Frösche, Mäuse und Insekten.

Ergänzen der Konfliktfelder in Zeile 493 zwischen Forstwirtschaft und Jagd sowie zwischen Jagd und Tierschutz, da wir Wildtiermanagement ganzheitlich betrachtet wissen wollen.

Ergänzen des Hinweises auf die Zuständigkeit des Naturschutzes für streng geschützte Arten in Zeile 493. Dies auch vor dem Hintergrund, dass im Wildtierbericht künftig bei streng geschützten Arten kein Einvernehmen mehr mit der für Naturschutz zuständigen Abteilung (im Umweltministerium) hergestellt werden muss.

Unterstützer*innen

Johannes Enssle (KV Schwäbisch Hall); Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Sylvia Pilarsky-Grosch (KV Esslingen); Gerhard Bronner (KV Schwarzwald-Baar); Cornelia Kunkis (KV Schwarzwald-Baar); Bettina Lisbach (KV Karlsruhe); Swantje Uhde-Sailer (KV Tübingen); Ann-Margret Amui-Vedel (KV Ortenau); Theresa Fidusek (KV Heidelberg); Harald Ebner (KV Schwäbisch Hall)

PRO-3-493

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 492 bis 496:
gewährleistet und gleichzeitig Zielkonflikte zwischen Naturschutz und Landwirtschaft entschärft. Konkret werden wir einen jährlich zu erbringenden Treffsicherheitsnachweis, wie die Landeskeilernadel, für alle Jäger*innen einführen. Weiter etablieren wir ein landesweites wissenschaftsbasiertes und tierschutzgerechtes Rotwildmanagement mit entsprechendem Monitoring und Fachberatung ~~etablieren~~. Unseren Generalwildwegeplan werden wir aktualisieren und umsetzen. Er ermöglicht die

Begründung

Entsprechend §31 JWMG ist rechtlich aktuell nur ein jährlich zu erbringender Schießnachweis für die Teilnahme an Bewegungsjagden vorgeschrieben. Dieser Schießnachweis sagt jedoch noch nichts aus über die Treffsicherheit die existenziell für ein tierschutzkonformes Wildtiermanagement ist. Erfreulicherweise haben in den letzten Jahren viele Jäger*innenvereinigungen reagiert und händigen im Grunde nur noch Treffsicherheitsnachweise, wie die Landeskeilernadel oder die Landesflintennadel, nach erbrachter Leistung, aus. Weiter fordern immer mehr Ausrichter von Bewegungsjagden einen Treffsichereitsnachweis, um an einer Jagd teilnehmen zu dürfen. Die von vielen Jäger*innen gelebte Praxis, im Sinne des Tierschutzes und eines modernen Wildtiermanagements, wollen wir zum Standard machen.

Unterstützer*innen

Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Bettina Reif (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Rabe-Lockhorn (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beatrix Steinsiepe (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hanja Hoffmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Gaby Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sonja Rajsp-Lauer (KV Rottweil); Alexander Held (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jonathan Hanser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Stephan Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Trudis Fisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sven Seitola (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Marlene Krüger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Felix Treiber (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Marliese Sitter (KV Stuttgart); Reinhold Pix (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-3-495

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 494 bis 496 einfügen:
wissenschaftsbasiertes und tierschutzgerechtes Rotwildmanagement mit entsprechendem Monitoring und Fachberatung etablieren und unverzüglich die Sonderregelung streichen, weibliches Rotwild und Rotwilkälber bis 22 Uhr erlegen zu dürfen. Unseren Generalwildwegeplan werden wir aktualisieren und umsetzen. Er ermöglicht die

Begründung

§31 JWMG ermöglicht aktuell noch weibliches Rotwild und Rotwilkälber bis 22 Uhr zur erlegen, eine Regel die einem modernen Wildtiermanagement widerspricht. Rotwild ist eine störungsempfindliche Wildtierart, die wie alles andere wiederkäuende Schalenwild, nicht nachts sondern nur im Zeitraum (bis eineinhalb Stunden nach Sonnenuntergang bzw. ab eineinhalb Stunden vor Sonnenaufgang) bejagd werden sollte. Die alte Regelung ist einer Zeit geschuldet in der gerade weibliches Rotwild als Schädling im Wald gesehen wurde. Diese Zeiten sind zum Glück vorbei. Mit dem richtigen Management, ohne Nachtgjagd, die beim Rotwild teilweise zu noch mehr Schäden führt, ist Rotwild auch im Wirtschaftswald kein Schädling sondern ein wichtiger Teil der Biodiversität.

Unterstützer*innen

Trudis Fisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Claudia Mayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Bettina Reif (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Rabe-Lockhorn (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Krückels (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hanja Hoffmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Gaby Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sonja Rajsp-Lauer (KV Rottweil); Alexander Held (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beatrix Steinsiepe (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jonathan Hanser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Stephan Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sven Seitola (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Marlene Krüger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Felix Treiber (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Marliese Sitter (KV Stuttgart)

PRO-3-495-2

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Leo Hartmann (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 494 bis 496 einfügen:
wissenschaftsbasiertes und tierschutzgerechtes Rotwildmanagement mit entsprechendem Monitoring und Fachberatung etablieren. Weitere Schritte wie einen verpflichtenden Treffsicherheitsnachweis planen wir nicht. Unseren Generalwildwegeplan werden wir aktualisieren und umsetzen. Er ermöglicht die

Begründung

Wir wollen Jägerinnen und Jägern keine weitere Bürokratie aufbürden.
Die Gemeinschaft der Jägerinnen und Jäger schaut selbst unter sich, dass sie in Übung bleiben, wie etwa in Schießzentren.
Wer schlecht schießt ist meist bekannt, wird nicht zu Jagden eingeladen und bekommt auch kein eigenes Revier.

Unterstützer*innen

Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Michael Jahn (KV Esslingen); Rose Lutz (KV Esslingen); Benjamin Baecker (KV Esslingen); Melanie Koch (KV Esslingen); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Colin Christ (KV Heilbronn); Simon Hauser (KV Esslingen); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Hannes Sturm (KV Freiburg); Aaron Ludwig (KV Böblingen); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Dirk Zimmermann (KV Esslingen); Daniel Burgstaller (KV Ludwigsburg); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Raphael Putz (KV Esslingen)

PRO-3-497

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 496 bis 498 einfügen:
Generalwildwegeplan werden wir aktualisieren und umsetzen. Er ermöglicht die Vernetzung von Populationen und damit genetischen Austausch. Die bereits ausgewiesenen Wildruhegebiete passen wir an die Anforderungen des modernen Wildtiermanagement an und reformieren den Ausweisungsprozess neuer Wildruhegebiete. So schaffen wir wertvollere Lebensräume für seltene Leitarten wie das Auerhuhn. Invasive Arten und Neozoen gefährden zunehmend die heimische Biodiversität. Deshalb werden wir

Begründung

Die bestehenden Wildschutz- und Wildruhegebiete entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Viele der Gebiete wurden bereits in den 1980er ausgewiesen und dann nicht mehr an neue Herausforderungen angepasst. Seit Inkrafttreten des JWMG (Jagd- und Wildtiermanagementgesetz) bietet das Land zwar den Rahmen diese Gebiete weiterzuentwickeln, jedoch gibt es bisher keine Neuausweisung oder Novellierung eines Wildruhegebiets: Eine Neuausrichtung der Wildruhegebiete ist dringend notwendig, um die Lebensraumnutzung von Wildtieren und die menschlichen Nutzungsinteressen besser in Einklang zu bringen.
Das JWMG bietet mit der Möglichkeit, Wildruhegebiete per Allgemeinverfügung (§ 42 JWMG) auszuweisen, ein rechtlich bindendes Instrument. Damit können aktuelle Erkenntnisse der Wildtierforschung und bestehende Nutzungsinteressen berücksichtigt werden.

Unterstützer*innen

Trudis Fisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Claudia Mayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Bettina Reif (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Rabe-Lockhorn (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Krückels (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beatrix Steinsiepe (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hanja Hoffmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Gaby Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Alexander Held (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Reinhold Pix (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jonathan Hanser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Stephan Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sven Seitola (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Sibylle Klos (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-3-499

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-3

Nach Zeile 499 einfügen:
Weiter werden wir mit der Einrichtung eines Wolfskompetenzzentrums und der Erstellung eines Managementplans für Wölfe in Baden-Württemberg die Landnutzer*innen beim Schutz der Weidetiere unterstützen.

Begründung

Das Wolfskompetenzzentrum soll als neutrales Institut ein zentraler, kompetenter Ansprechpartner für Beratung und Fragen rund um den Wolf werden: durch Monitoring, Expertise und Erfahrungen, beispielsweise zum effektiven Herdenschutz. Auch die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Koordination der Arbeiten rund um den Wolf in Baden-Württemberg werden so bestmöglich gebündelt. Ein rechtssicherer Managementplan dient einem bürokratiearmen und abgestimmten Umgang und trägt zur Lösung des Mensch-Wildtier-Konfliktes bei.

Unterstützer*innen

Trudis Fisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Claudia Mayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Rabe-Lockhorn (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beatrix Steinsiepe (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hanja Hoffmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Gaby Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sonja Rajsp-Lauer (KV Rottweil); Alexander Held (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Reinhold Pix (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jonathan Hanser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Stephan Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sven Seitola (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sibylle Klos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Marlene Krüger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Felix Treiber (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-3-502

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Eleanor Weber (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-3

Nach Zeile 502 einfügen:

Die Wildtierhaltung in Zirkussen muss überwunden werden. Wildtiere gehören nicht in Zirkusmanegen, denn das ist Tierquälerei und Tierausbeutung! In Zukunft sollen keine bezirks- oder landeseigenen Flächen mehr an Zirkusse vermietet werden, die Wildtiere mit sich führen. Mit privaten Flächeninhaber*innen soll eine entsprechende Selbstverpflichtung angestrebt werden.

Begründung

Wildtiere in Zirkussen artgerecht zu halten, ist unmöglich. Sie leiden immer unter extremem Platzmangel, der Dressur und Todesangst. Einige Kommunen in Baden-Württemberg haben ein Wildtierverbot bei der Vermietung von Flächen an Zirkusbetriebe bereits umgesetzt. Das braucht es landesweit!

Unterstützer*innen

Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Amelie Arway (KV Reutlingen); Samuel Reusch (KV Reutlingen); Flora Wagner (KV Ravensburg); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Helena Gessert (KV Reutlingen); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Charlotte Basaric-Steinhübl (KV Mannheim); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Christina Eberle (KV Mannheim); Pascal Metzger (KV Reutlingen); Sibylle De Mott (KV Böblingen); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Jonas Haug (KV Reutlingen); Ana Sauter (KV Reutlingen); Christine Knoß (KV Ludwigsburg); Alexander Nurnat (KV Reutlingen); Aline Radimersky (KV Karlsruhe); Sarah Rahel Koller (KV Freiburg)

PRO-3-506

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 505 bis 508:
Trockenheit, Stürme und Schädlinge lassen große Flächen absterben. Viele Bürger*innen erleben das hautnah – beim Spaziergang durch lückige Wälder~~,~~ oder bei Hitzewellen ohne Schatten ~~oder durch steigende Holzpreise~~. Gleichzeitig steigt der Bedarf an dem nachhaltigem Baustoff Holz, und die Bedeutung des Waldes als

Begründung

Steigende Holzpreise sind keine Folge der Klimakrise. Im Gegenteil: in den Trocken- und Kalamitätsjahren 2018-2021 sanken die Holzpreise infolge des mit Kalamitätsholz/Schadholz überfluteten Marktes enorm ab. Schwankungen von Holzpreisen werden vor allem durch Angebot (beispielsweise Schadereignisse) und Nachfrage (beispielsweise im Bausektor), wirtschaftliche Faktoren oder politische Einflüsse beeinflusst.

Unterstützer*innen

Trudis Fisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Claudia Mayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Rabe-Lockhorn (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Krückels (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beatrix Steinsiepe (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Günther Kaiser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hanja Hoffmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Gaby Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sonja Rajsp-Lauer (KV Rottweil); Reinhold Pix (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jonathan Hanser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Stephan Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sven Seitola (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sibylle Klos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Marlene Krüger (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-3-512

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 512 bis 513 einfügen:
Deshalb führen wir den Waldumbau, hin zu einem naturnahen Dauerwald, aktiv fort. Wir machen unsere Wälder fit für die Zukunft – klimaresilient, artenreich und multifunktional. Mit arten- und

Begründung

Das Bewirtschaftungskonzept des naturnahen Dauerwaldes ist insbesondere mit Blick auf den Klimawandel besonders erfolgsversprechend. Im Durchschnitt sind Dauerwälder strukturreicher und vielfältiger als übliche Altersklassenwälder. Langfristig kann so das Schadrisiko im Wald reduziert und die Bewirtschaftung sowie der Erhalt der wichtigen Ökosystemleistungen gesichert werden.

Unterstützer*innen

Trudis Fisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Claudia Mayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Rabe-Lockhorn (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Krückels (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beatrix Steinsiepe (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hanja Hoffmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Gaby Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sonja Rajsp-Lauer (KV Rottweil); Alexander Held (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Reinhold Pix (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jonathan Hanser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Stephan Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sven Seitola (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Sibylle Klos (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-3-512-2

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 512 bis 513 einfügen:
Deshalb führen wir den Waldumbau aktiv fort und setzen auf flächendeckende nachhaltige Bewirtschaftung. Wir machen unsere Wälder fit für die Zukunft – klimaresilient, artenreich und multifunktional. Mit arten- und

Von Zeile 515 bis 519:
schaffen Lebensräume für bedrohte Arten. Der öffentliche Wald hat dabei Vorbildfunktion: Wir setzen das Landeswaldgesetz konsequent ökologisch um~~,~~ und bauen die Waldstrategie und das Konzept für Waldnaturschutz aus ~~und~~. Wir fördern gezielt die Wiedervernässung von Waldmooren, belassen 10% der Waldfläche ohne menschlichen Einfluss und schaffen so Rückzugsräume für bedrohte Arten. In Verantwortung für unsere öffentlichen Wälder wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Waldnaturschutz und Klimaschutz im

Begründung

Der Wald als einer der artenreichsten Ökosysteme und landschaftsprägendes Element im Ländle muss ambitioniert geschützt werden. Gerade durch Bannwaldzonen, in denen der Mensch nicht mehr eingreift, geben wir dem Wald die Gelegenheit sich selbst zu regenerieren. Im Nationalpark Schwarzwald können wir den Erfolg der Bannwälder erleben, und sehen, wie Populationen sich erholen. Gleichzeitig ist der Wald als CO2 Senke und Speicher von enormer Bedeutung. Durch eine Nachhaltige Bewirtschaftung sichern wir nicht nur Einkommen und Lebensräume sondern sorgen auch dafür, dass effektiv Kohlenstoff gespeichert wird.

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Johannes Enssle (KV Schwäbisch Hall)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 517 bis 519 einfügen:
die Waldstrategie und das Konzept für Waldnaturschutz aus und fördern gezielt die Wiedervernässung von Waldmooren. An der FSC-Zertifzierung des Staatswaldes halten wir fest. In Verantwortung für unsere öffentlichen Wälder wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Waldnaturschutz und Klimaschutz im

Begründung

In der Einführung dieses Kapitels wird auf die FSC-Zertifzierung des Staatswaldes hingewießen. Allerdings fehlt die Aussage, dass die FSC-Zertifzierung im Staatswald beibhalten werden soll. Die zuvor postulierte vorbildliche Bewirtschaftung wird durch FSC dokumentiert und von externen Sachverständigen bestätigt. Dieses Bekenntnis zu einer hochwertigen Zertifizierung nach FSC muss sich im Wahlporgramm wiederfinden.

Unterstützer*innen

Martina Braun (KV Schwarzwald-Baar); Elmar Seizinger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Harald Ebner (KV Schwäbisch Hall); Gerhard Bronner (KV Schwarzwald-Baar); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Bettina Lisbach (KV Karlsruhe); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Markus Rösler (KV Ludwigsburg); Cornelia Kunkis (KV Schwarzwald-Baar); Jutta Niemann (KV Schwäbisch Hall); Ann-Margret Amui-Vedel (KV Ortenau); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Reinhold Pix (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Anna Elisabeth Deparnay-Grunenberg (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sylvia Pilarsky-Grosch (KV Esslingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Felix Treiber (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Zoe Mayer (KV Karlsruhe)

PRO-3-521

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 520 bis 521 einfügen:
Wald weiter voranbringen. Zugleich stärken wir den Waldumbau im Privatwald: Wir unterstützen durch Beratung und Förderung.

Für einen starken Verbraucherschutz im Land
Faire Verträge und einklagbare Verbraucherrechte – darauf müssen sich Verbraucher*innen in Baden-Württemberg verlassen können. Gerade in Zeitensteigender Lebenshaltungskosten kann und muss Verbraucherschutz dazu beitragen,das Leben einfacher zu machen und Menschen vor unfairen Preisen, Intransparenz und Betrug zu schützen.

Wir sorgen für eine gute Finanzierung der Verbraucherzentrale (Baden-Württemberg) und wollen auch die Arbeit des Zentrums für europäischenVerbraucherschutz in Kehl finanziell stärker unterstützen. Die Möglichkeit der
Sammelklagen durch die Verbraucherzentrale werden wir von Seiten des Landes stärken.

Verbraucherbildung hat für uns eine zentrale Bedeutung im Verbraucherschutz. Wir werden alle im Verbraucherschutz Beteiligten einbinden und eine neue Konzeption für Verbraucherbildung erstellen – dabei muss das für Verbraucherschutz zuständige Ministerium die Federführung haben. Zentral ist für uns die Gewährleistung einer von Wirtschaftsinteressen unabhängigen Verbraucherbildung.

Digitaler Verbraucherschutz ist wichtiger denn je. Der digitale Fairnesscheck der EU-Kommission ergab erhebliche rechtliche Lücken, die geschlossen werden müssen. Wir starten eine Bundesratsinitiative zur Umsetzung der zentralen
Ergebnisse des digitalen Fairnesschecks. Dazu gehört auch die verbraucherfreundliche Regulierung von Online-Märkten wie TEMU oder SHEIN.

Wir werden an die Erfolge der aufsuchenden Verbraucherarbeit anknüpfen, bei der durch niedrigschwellige Angebote im direkten Wohnumfeld Verbraucherschutzinformationen an die Hand gegeben werden. Alle Menschen in
Baden-Württemberg sollen besseren Zugang zu Dienstleistungen der Verbraucherzentrale und weiterer beratender Einrichtungen haben. Wir prüfen, wie wir die aufsuchende Verbraucherarbeit in das Stadtentwicklungsprogramm „Quartier 2030“ einbinden können.

Wir setzen uns mit einer Bundesratsinitiative für transparente Spritpreise nach österreichischem Vorbild ein. Indem Benzinpreise nur noch einmal täglich erhöht werden dürfen, sorgen wir für klarere Preisstrukturen. Verbraucher*innen sollen nicht mehr durch falsche Lockangebote getäuscht werden.

Begründung

Den Absatz zum Verbraucherschutz mitten in das Kapitel zur Landwirtschaft zu setzen, erschließt sich uns inhaltlich nicht.
Wir beantragen den Absatz oben komplett zu streichen und ans Ende des Kapitel 3 zu setzen, s.a entsprechende ÄA in den zeilen 379-411.

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Sebastian Müller (Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-3

Von Zeile 173 bis 175 einfügen:

10.000-Sozial-Solar-Balkone-Programm

“Wir werden ein 10.000-Sozial-Solar-Balkone-Programm starten, um Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen bei der Anschaffung und Installation eines Steckersolargerätes am Balkon zu unterstützen. Dabei beraten und helfen wir Ihnen bei praktischen und rechtlichen Fragen. Zusammen mit der Wohnungswirtschaft werden wir Wege aufzeigen, wie die Ausstattung ganzer Häuser mit Steckersolargeräten gelingt, und dafür ein Förderprogramm entwickeln. Wir arbeiten dabei mit engagierten Zivilgesellschaftlichen Initiativen wie Solarcamps zusammen.”

Begründung

Grüne Erfolge weiterentwickeln - Steckersolar für Alle

Deutschland hat sich auch durch grüne Initiativen wie das Recht auf Steckersolar für Mieterinnen und Mieter im § 554 BGB und Wohnungseigentümer im § 20 WEG zum **Leitmarkt für Steckersolargeräte** entwickelt.

Wahrscheinlich gibt es derzeit etwa 4 Mio Steckersolargeräte in Deutschland. **Diese sind sicher und ermöglichen auch Personen ohne Eigenheim und mit geringem Einkommen sich an der Energiewende zu beteiligen,** bis zu 25% des Jahres Stromverbrauchs (Mit Kleinspeicher bis zu 70% selbst zu erzeugen) und erheblich an Geld zu sparen.

Bisher profitieren vor allem von dieser Entwicklung: Bewohner im eigenen Einfamilienhaus, **Mieterinnen und Mieter in großen kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen wohnen, kommen bislang nur selten in den Vorzug einer eigenen Steckersolargerätes.** Diese Haushalte sind oft mit einer großen Anzahl technisch nicht nachvollziehbarer und teurer Verhinderungsauflagen ihrer Vermieter konfrontiert. Es drängt sich der Eindruck auf einige große Vermieter sehen Mieterstrommodelle - häufig mit Stromkosten für den Mieter an der Schwelle des rechtlich zulässigen, daher 10% unter dem teuren Grundversorgertarif - als neues zusätzliches Geschäftsmodell sehen.

gezielten Förderprogramm für Personen mit geringem Einkommen

Darüber hinaus ist es Personen mit geringem Einkommen, die zur Miete wohnen, oft nicht möglich, selbst zu investieren. Im Gegenteil, sie werden über höhere Netzentgelte belastet. Aufgrund der großen Anzahl von Eigenstromanlagen im Eigenheim auf weniger Kilowattstunden umgelegt werden müssen. Deshalb soll es zum einen eine Förderung für Mieter mit geringem Einkommen geben., die

ien Steckersolgarät nutzen wollen. Die Anrechnung auf Transferleistungen kann vermieden werden, wenn die Regelungen in § 84 SGB XII beachtet und die Zuwendung entsprechend strukturiert werden.

Vermieter fördern, die ganze Häuser mit BalkonSolar austatten

Zum anderen soll ein weiterer Teil der **Förderung direkt über Wohnungsbauunternehmen gegeben werden,** die viele Sozialwohnungen oder in Quartieren mit sozialen Herausforderungen vermieten. Sie sollen dadurch motiviert werden von sich aus ganze Häuser mit Steckersolargeräten auszustatten und dabei Skaleneffekte (ähnliche Balkone, Beauftragung eines Elektrikers, ggf. Hubsteigers zur fachgerechten Anbringung usw.) zu nutzen.

Halterung für alle Balkone verfügbar

Für jede Art Balkon gibt es inzwischen zertifizierte Halterungen, auch für dicke Betonbalkone. Steckersolargeräte müssen dabei nicht immer am Balkon hängen, sondern ein Wohnungsunternehmen kann sie auch an der Fassade, dem Dach, Zaun oder im Garten den Mietenden zur Verfügung stellen.

Neue Norm bringt Rechtssicherheit

Die vom VDE für Dezember angekündigte neue Steckersolarnorm bietet die technische Grundlage eine bürokratiearme Installation noch rechtssicherer möglich zu machen. Auch wenn ein Anschluss ohne spezielle Einspeisteckdose schon heute möglich ist und auch keine Außensteckdose benötigt wird.

Unterstützer*innen

Jochen Seeber (KV Stuttgart); Jonas Prinzing (KV Stuttgart); Dieter Greiner (KV Stuttgart); Ilse Ritz (KV Freiburg); Paul Rögler (KV Freiburg); Malte Pullich (KV Freiburg); Nicholas Eschenbruch (KV Freiburg); Vanessa Hüber (KV Karlsruhe); David Fuchs (KV Mannheim); Timothy Simms (KV Freiburg); Sophia Kilian (KV Freiburg); Gustav Schmid (KV Freiburg); Olaf Haas (KV Freiburg); Patric Grauberger (KV Karlsruhe); Florian Brenner (KV Freiburg); Sonja Klingert (KV Karlsruhe); Silke Kilius (KV Freiburg); Tobias Kraft (KV Rems/Murr); Daniel Klein (KV Ulm); Barbara König (KV Odenwald-Kraichgau); Herbert Zimmermann (KV Esslingen); Klaus Dieter Horlacher (KV Neckar-Bergstraße); Damian Haller (KV Stuttgart); Alexander Eberspächer (KV Aalen-Ellwangen); Volker Weinfurter (KV Göppingen); Hannes Fugmann (KV Freiburg); Michael Joukov (KV Ulm); Oli Merten (KV Mannheim); Peter Neubauer (KV Odenwald-Kraichgau); Kornelia Müller (KV Freiburg); Thomas Schurr (KV Freiburg); Martin Wilhelm Leidig (KV Neckar-Bergstraße); Beate Noll (KV Mannheim); Lars Buntz (KV Ulm); Olivia Küster (KV Ulm); Dieter Saha (KV Freiburg); Jasmin Kindt (KV Ulm)

PRO-4-012

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 12 bis 13:
Mobilität muss für alle alltagstauglich, klimafreundlich und bezahlbar ~~und~~ sein – ob auf dem Land oder in der Stadt und ob für Pendler*innen in Auto, Bus oder Bahn oder

PRO-4-012-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:
Mobilität muss alltagstauglich, klimafreundlich, barrierefrei und bezahlbar und sein – ob auf dem Land oder in der Stadt und ob für Pendler*innen in Auto, Bus oder Bahn, auf dem Schulweg, in der Freizeit oder beim Transport von Wirtschaftsgütern. Wir investieren daher in Sanierung und

Von Zeile 17 bis 19 einfügen:
Lebensqualität vielerorts: Wir binden ländliche Räume mit Bus und Bahn ein und ermöglichen einen dichteren Takt auch in den Abendstunden und in der Nacht im Nahverkehr, fördern sichere Fuß- und Radwege und bauen barrierefreie Mobilitätsangebote aus.

Begründung

Ein ÖPNV für alle setzt dessen Barrierfreiheit voraus. Barrierefrei heißt auch, komfortabel sein und damit attraktiv für eine größere Personengruppe, die sonst weiterhin aufs eigene Auto setzen würde. Damit mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen, ist auch entscheidend, dass sie auch in Randzeiten, am Abend oder in der Nacht von A nach B kommen.

PRO-4-013

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 12 bis 16:
Mobilität muss alltagstauglich, klimafreundlich und bezahlbar und sein – ob auf dem Land oder in der Stadt und ob für Pendler*innen in Auto, Bus oder Bahn, zu Fuß, auf dem Rad oder beim Transport von Wirtschaftsgütern. Wir investieren daher in Sanierung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, in Brücken ~~und Straßen~~, Straßen Radwege, und in einen zuverlässigen öffentlichen Personennahverkehr. Und gleichzeitig steigen wir die

PRO-4-013-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 12 bis 14:
Mobilität muss alltagstauglich, klimafreundlich und bezahlbar und sein – ob auf dem Land oder in der Stadt ~~und~~, ob für Pendler*innen in Auto, Bus oder Bahn, zu Fuß, auf dem Rad oder beim Transport von Wirtschaftsgütern. Wir investieren daher in Sanierung und

Begründung

redaktionell / fachliche Ergänzung

Unterstützer*innen

Werner Korn (KV Ulm); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Alexander Kohn (KV Mannheim); Gerhard Fontagnier (KV Mannheim); Beate Noll (KV Mannheim); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Nina Wienhöfer (KV Karlsruhe-Land); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Josef Frey (KV Lörrach); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut)

PRO-4-014

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	OV Kenzingen
Beschlussdatum:	17.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 13 bis 17:
dem Land oder in der Stadt und ob für Pendler*innen in Auto, Bus oder Bahn oder beim Transport von Wirtschaftsgütern. ~~Wir investieren daher in Sanierung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, in Brücken und Straßen, und in einen zuverlässigen öffentlichen Personennahverkehr. Und gleichzeitig steigen~~Wir investieren daher in einen zuverlässigen öffentlichen Personennahverkehr und in die Sanierung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur. Und gleichzeitig steigern wir die Lebensqualität vielerorts: Wir binden ländliche Räume mit Bus und Bahn ein und

Begründung

Der Schwerpunkt soll der ÖPNV sein und nicht der Individualverkehr.

PRO-4-019

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:
ermöglichen einen dichteren Takt im Nahverkehr, fördern sichere Fuß- und Radwege und bauen barrierefreie Mobilitätsangebote aus. Die "Vision Zero" bleibt in Baden-Württemberg politisches Leitbild.

PRO-4-034

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Kultur
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 33 bis 38:
Blaskapelle bis zum Club, vom Heimatmuseum bis zur freien Szene – im Stadtviertel wie im Dorf. Kunst und Kultur ~~ist~~sind frei und daher von unschätzbarem Wert für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft~~, indem sie~~. Kunst und Kultur bringen die Menschen ~~zusammenbringt~~zusammen und ~~Identität stiftet~~stiften Identität. Diesen Stellenwert von Kultur erhalten wir, indem Kunst, Musik und Kultur Kindern von Anfang zugänglich und in ihrer Entstehung erfahrbar machen und wir beispielsweise Jugendmusik- und Jugendkunstschulen im ganzen Land fördern.

PRO-4-042

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 42 bis 44:
Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge und muss sozial gerecht gestaltet werden. Sie ist eine ~~wichtige~~ Voraussetzung für ~~Teilhabe an unserer Gesellschaft~~gesellschaftliche, kulturelle und berufliche Teilhabe. Sie verbindet Menschen mit Orten, mit Chancen, mit Alltag. *Menschen mit geringem Einkommen, Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sind besonders auf bezahlbare und umfassend barrierefreie Mobilitätsangebote angewiesen.*

PRO-4-045

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 44 bis 46 einfügen:
manchmal noch anders: Zugverspätungen, Stau, unzuverlässige Verbindungen, Barrieren und hohe Kosten erschweren oder verhindern den Zugang. Unsere Vision bleibt ein Baden-Württemberg, in dem Mobilität für alle funktioniert – zuverlässig, barrierefrei,

Begründung

Zu hohe Kosten und vor allem fehlende Barrierefreiheit schränken die Nutzung des ÖPNV für einigen Menschen nicht nur ein, sondern schließen sie von der Nutzung aus.

PRO-4-047

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 46 bis 48:
Württemberg, in dem Mobilität für alle funktioniert – zuverlässig, barrierefrei, bezahlbar, klimafreundlich. Und das überall im Land, in ~~Stadt~~städischen und ~~Land~~ländlichen Räumen, am Lenker und am Steuer, in Bussen und Bahnen. Dafür haben wir viel erreicht, und

Begründung

redaktionell (Wdh. vermeiden)

Unterstützer*innen

Werner Korn (KV Ulm); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Thomas Hentschel (KV Rastatt/ Baden-Baden); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Colin Christ (KV Heilbronn); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis); Annika Franz (KV Tübingen)

PRO-4-049

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 48 bis 49 einfügen:
Lenker und am Steuer, in Bussen und Bahnen. Dafür haben wir viel erreicht, und in den nächsten fünf Jahren noch mehr vor. So sollen zum Beispiel Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung sowie Senior*innen an kommunalen Verkehrsplanungen beteiligt werden. Es soll sichere, kindgerechte und barrierefreie Fuß- und Radwege sowie Leihangebote für Fahrräder und Roller geben.

PRO-4-056

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ines Link (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 56 bis 57 löschen:
Wir Grüne kämpfen dafür, dass auch in Zukunft Tarife ~~und~~ für alle bezahlbar bleiben. Denn ein gut ausgebauter, zuverlässiger und bezahlbarer Bus- und

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Julia Uebele (KV Göppingen); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jan Marczona (KV Stuttgart); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Laura-Luise Hammel (KV Esslingen); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Nick Marx (KV Karlsruhe); Lea Elsemüller (KV Tübingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Simone Fischer (KV Stuttgart); Sabine Zilligen (KV Schwäbisch Gmünd)

PRO-4-057

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 56 bis 58 einfügen:
Wir Grüne kämpfen dafür, dass auch in Zukunft Tarife und für alle bezahlbar bleiben. Denn ein gut ausgebauter, barrierefreier, zuverlässiger und bezahlbarer Bus- und Bahnverkehr führt nicht nur zu mehr Klimaschutz und weniger Verkehr auf den

Von Zeile 61 bis 65 einfügen:
der grün-geführten Landesregierung die Lebensqualität deutlich verbessert. Durch eine aktive Fußverkehrsförderung sind für viele Menschen alltägliche Wege barrirefreier, leichter und sicherer zu Fuß möglich als zuvor. Zugleich haben Rahmenbedingungen für den Hochlauf der Elektromobilität geschaffen und dafür gesorgt, dass das Laden von E-Fahrzeugen im ganzen Land einfach möglich ist. Wir setzen uns für eine Barrirefreiheit der Ladeindfrastruktur ein.

Begründung

Menschen mit Behinderungen sind auf einen barrirefreien ÖPNV angewiesen. Auch Menschen mit Mobilitätseinschränkungen fahren E-Autos. Damit muss die Ladeinfrastruktur barrierefrei sein, damit sie auch für alle nutzbar ist.

PRO-4-058

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 57 bis 59:
bleiben. Denn ein gut ausgebauter, zuverlässiger und bezahlbarer Bus- und Bahnverkehr führt nicht nur zu mehr Klimaschutz und weniger ~~Verkehr~~Autoverkehr auf den Straßen, sondern ist eine Basis für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe.

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Arne Kotzerke (KV Göppingen); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Alexander Kohn (KV Mannheim); Beate Noll (KV Mannheim); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn)

PRO-4-058-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 57 bis 60:
bleiben. Denn ein gut ausgebauter, zuverlässiger und bezahlbarer Bus- und Bahnverkehr führt nicht nur zu mehr Klimaschutz ~~und~~ , weniger Verkehr auf den Straßen und damit mehr Sicherheit für alle, sondern ist eine Basis für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe. Vielerorts hat die Aufwertung und Begrünung der Ortsmitten durch Unterstützung

Begründung

Gerade Kinder, Alte und Behinderte sind im Straßenverkehr gefährdet. Jede Maßnahme, die das begrenzt, ist zu begrüßen.

PRO-4-059

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 58 bis 60 einfügen:
Bahnverkehr führt nicht nur zu mehr Klimaschutz und weniger Verkehr auf den Straßen, sondern ist eine Basis für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe. Die Mobilitätswende sehen wir als zentralen Hebel, soziale Ungleichheiten zu überwinden. Daher soll das ÖPNV-Angebot gemäß der ÖPNV-Strategie 2030 ausgebaut werden, insbesondere in ländlichen Räumen.

PRO-4-061

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 60 bis 62 einfügen:
Vielerorts hat die Aufwertung und Begrünung der Ortsmitten durch Unterstützung der grün-geführten Landesregierung die Lebensqualität deutlich verbessert. Zudem wurde die Infrastruktur für den Radverkehr massiv ausgebaut, wodurch das Fahrrad als schnelles und umweltfreundliches Verkehrsmittel gestärkt wird. Durch eine aktive Fußverkehrsförderung sind für viele Menschen alltägliche Wege

PRO-4-067

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 66 bis 68:
Unsere Vision sind Mobilitätsangebote, die mit intelligenten, klimaneutralen ~~Fahrzeugen~~und barrierefreienFahrzeugen, digital vernetzten Verkehrssystemen und modernen Mobilitätsstationen Maßstäbe setzen. So sichern wir unsere Lebensqualität im Land und bleiben

Begründung

Ein ÖPNV für alle muss auch barrierefrei sein.

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 74 bis 81:
Erweiterung auf Lkw geben wir dem Umstieg auf klimafreundliche Antriebe den nötigen Booster. Mit Programmen wie „SAFE“ oder „Charge@BW“ ~~sorgen~~haben wir dafür gesorgt, dass das Laden eines E-Autos ~~oder E-Lkws im ganzen Land einfach möglich ist und~~überall in Baden-Württemberg leicht fällt. So erleichtern wir den Umstieg auf klimafreundliche Antriebe. Wir fördern Ladepunkte im privaten und halböffentlichen Bereich wie in Firmen, damit das Laden eines E-Autos oder eines E-Lkws im ganzen Land einfach möglich ist. 2015 gab es ca. 240 Ladepunkte, heute sind es weit über ~~27~~30.000 in ganz Baden-Württemberg, ein dynamisches Signal für die Zukunft der Mobilität in Baden-Württemberg. Mit dem weiteren Ausbau des

Begründung

Sprachlich: Vermeidung der Wdh.

Fachlich: Präzisierung - Das Programm SAFE ist abgeschlossen, Charge@BW gibt’s noch. Und Stand 01.10.2025 sind es laut Bundesnetzagentur mehr als 30.000 öffentliche Ladepunkte, davon mehr als 5.000 Schnellladepunkte. Es sollte die aktuellste, verfügbare Zahl eingefügt werden.

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Werner Korn (KV Ulm); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Josef Frey (KV Lörrach); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Colin Christ (KV Heilbronn); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis)

PRO-4-084

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 83 bis 84:
klimafreundliche Antriebe den nötigen Booster. Dazu gehört darüber hinaus günstiger Ladestrom für ~~Elektrofahrzeuge~~Elektrofahrzeugeauch bei Adhoc-Laden und transparente Preisangaben an der Ladesäule.

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Vincent Rieder (KV Stuttgart)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 86 bis 88 einfügen:
gestellt. Wir setzen den Schwerpunkt auf Erhalt und Modernisierung bestehender Brücken und Straßen -vor Aus- und Neubauprojekten. Wir haben die Mittel für die Sanierung der Brücken und Straßen in Baden-Württemberg mehr als verdoppelt.

Von Zeile 91 bis 96:
Infrastruktur angesichts der Klimafolgen resilienter zu machen, insbesondere gegen Extremwetterereignisse. Neue Straßenbauprojekte ~~wie zum Beispiel Ortsumfahrungen werden~~wollen wir auf kleine Maßnahmen beschränken. Diese sollen nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien priorisiert werden. ~~Gleichzeitig schützen~~Beispiele für solche Kriterien sind Klimaschutz, Landschafts- und ~~erhalten~~Artenschutz, Schutz der Anwohner*innen, wirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Faktor. Als aktiven Beitrag zum Naturschtz setzten wir ~~unsere Natur durch~~auf die Wiedervernetzung von Lebensräumen und ~~mit naturnaher~~eine naturnahe Begrünung der Straßenränder. Und wir nutzen die Infrastruktur auch für den Klimaschutz. Mit

Begründung

Für eine nachhaltige Verkehrswende ist es notwendig sich auf die Erhaltung unserer Straßen zu beschränken. Neubauten sind fast immer mit massiven ökologischen Einschnitten verbunden. Insbesondere sind große Projekte nicht nachhaltig.

Bestes Beispiel ist der Nord-Ost-Ring im Nord-Osten Stuttgarts, eine großflächige autobahnähnliche Bundestraße die derzeit wieder verstärkt gefordert wird. Es ist damit zu rechnen, dass getrieben durch die Bundespolitik große Neubautprojekte vermehrt diskutiert werden. Der aktuelle Text ist als Antwort darauf nur vage gehalten.

Mit der Beschänklung auf kleine Straßenprojekte, soll der Schwerpunkt auf Erhalt vor Neubaut explitzt untermauert werden.

Bereits heute findet eine Prisorisierung von Straßenneubauten statt. Der Antrag zielt darauf ab, Kriterien, die uns als Partei besonders wichtig sind, explizit zu benennen.

Unterstützer*innen

Hanna Gutknecht (KV Stuttgart); Stefan Biebl (KV Stuttgart); Klaus-Dieter Przybyl (KV Rems/Murr); Sinisa Rosic (KV Rems/Murr); Heidi Apel (KV Rems/Murr); Irmela Neipp-Gereke (KV Stuttgart); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Silvan Kloß (KV Stuttgart); Jonny Wetsch (KV Böblingen); Hagen Carstensen (KV Stuttgart); Julian Haarer (KV Stuttgart); Ulrike Rosina (KV Rems/Murr)

PRO-4-093

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 92 bis 94 einfügen:
gegen Extremwetterereignisse. Neue Straßenbauprojekte wie zum Beispiel Ortsumfahrungen werden nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien - inklusive eines Klima-Checks - priorisiert. Gleichzeitig schützen und erhalten wir unsere Natur durch die

Begründung

Fachliche Präzisierung

Unterstützer*innen

Werner Korn (KV Ulm); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Arne Kotzerke (KV Göppingen); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Colin Christ (KV Heilbronn); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis); Annika Franz (KV Tübingen); Markus Helms (KV Böblingen)

PRO-4-098

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 97 bis 98 einfügen:
Photovoltaik an Straßen und Tunneln treiben wir den Ausbau erneuerbarer Energien im Land weiter voran. Konkret wollen wir eine Überdachung mit Photovoltaikanlagen von großen Parkplätzen auch im Bestand vorschreiben. Die bisherigen Photovoltaikpflicht beim Neubau von Parkplätzen ab einer Größe von 35 Stellplätzen soll bereits ab 20 Parkplätzen gelten und auch für Bestandsflächen der Größe angewendet werden.

Begründung

Für die Energiewende müsen wir das volle Potenzial von Photovoltaik ausnutzen. Gerade auf versiegelten Flächen müssen wir PV ausbauen. Die bisherige Regelung für den Neubau greift zu kurz, da der Zubau solch großer Parkflächen zurückgeht. Darüberhinaus geht es uns explizit um Bestandsflächen, die bereits versiegelt sind, diese Flächen müssen wir endlich nutzen.

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Maximilian Betten (KV Bodenseekreis)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 97 bis 98 einfügen:
Photovoltaik an Straßen und Tunneln treiben wir den Ausbau erneuerbarer Energien im Land weiter voran. Die seit 2022 bestehende PV-Pflicht für neugebaute Parkplätze über 35 Stellplätze wollen wir evaluieren, auf ihre Wirkung hin überprüfen und ggf. nachschärfen.

Begründung

Die bestehende Pflicht sollten wir zuerst wirken lassen, bevor wie sie reformieren

PRO-4-106

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Nach Zeile 106 einfügen:

Uns liegt der Schutz vor Lärm auch besonders im Bereich Fluglärm und Grenzüberschreitend in Bezug auf die Lärmbelastung durch den Flughafen Zürich sehr am Herzen. Die deutschen Gemeinden am Hochrhein, die unmittelbar in der Einflugschneise des größten Schweizer Flughafens liegen, wollen wir dabei unterstützen, dieses Thema engagiert angehen zu können. Der Flughafen Zürich wird bekanntlich zeitnah ausgebaut. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Ausbau nicht zu einer Mehrbelastung der deutschen Gemeinden in Südbaden führt.

Begründung

Die Situation durch die Lärmbelastung durch den Flughafen Zürich belastet viele Gemeinden am Hochrhein. Der Flughafen soll dabei weiter ausgebaut werden. Wir müssen dabei sicherstellen, dass dieser Ausbau nur der Sicherheit dient und nicht über die Hintertür für mehr Fluglärm in Südbaden sorgt.

PRO-4-109

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 108 bis 110:
geschaffen und Straßenräume zurückgewonnen. Projekte aus der Städtebauförderung, dem Programm „Lebendige ~~Zentren“~~Ortsmitten“ oder die Förderung klimaangepasster Infrastruktur haben hier neue Maßstäbe gesetzt. Moderne, renovierte Bahnhöfe

Begründung

Redaktionell: korrekter Name des hier gemeinten Programms

Unterstützer*innen

Werner Korn (KV Ulm); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Arne Kotzerke (KV Göppingen); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Josef Frey (KV Lörrach); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Colin Christ (KV Heilbronn); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis); Markus Helms (KV Böblingen); Fabian Holl (KV Rastatt/Baden-Baden)

PRO-4-112

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 111 bis 112 einfügen:
haben mit Photovoltaik überdachten Parkplätzen, überdachte Radabstellanlagen und Anschlüsse an Leihräder und Carsharing-Fahrzeuge stark an Qualität gewonnen. Mit dem Landes-Portal Mitfahren-bw.de stärkt Baden-Württemberg die vielen Pendler-Portale, die es schon gibt. Fahrgemeinschaften sind ein besonders effizientes Mittel, die Verkehrsmenge zu verringern. Wir werden sie weiterhin stärken.

PRO-4-118

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 117 bis 118 einfügen:
beschleunigt. Um Pendler*innen attraktive und schnelle Radverbindungen zu bieten, werden wir bis 2030 mindestens 20 dieser Radschnellwege und unser knapp 8.000 Km langes RadNETZ fertigstellen.

PRO-4-121

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 120 bis 122:
Ein moderner Bus- und Bahnverkehr macht den Um- und Einstieg leicht: Dichte Takte, zunehmend barrierefreie ~~Bahnhöfe,~~und komfortable Bahnhöfe und Fahrzeuge und einfache Tarife sorgen für ein neues Mobilitätserlebnis. So wird Bus- und Bahnfahren zur

Begründung

so beziehen sich die Adjektive 'barrierefrei' und 'komfortabel' auf Bahnhöfe und Fahrzeuge.

PRO-4-121-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 120 bis 122 einfügen:
Ein moderner Bus- und Bahnverkehr macht den Um- und Einstieg leicht: Dichte Takte, zunehmend barrierefreie Bahnhöfe, Haltestellen komfortable Fahrzeuge und einfache Tarife sorgen für ein neues Mobilitätserlebnis. So wird Bus- und Bahnfahren zur

PRO-4-127

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 126 bis 127 einfügen:
Regiobus-Linien haben wir in großem Umfang die Lücken im Schienennetz in Baden-Württemberg geschlossen. Wir unterstützen die Verkehrsverbünde dabei, ihre Strukturen zu verschlanken und Verwaltungsapparate effizienter aufzustellen. Wo Fusionen oder engere Kooperationen sinnvoll sind, begleiten wir diese Schritte aktiv und helfen Regionen mit schwacher eigener Aufstellung, besser integriert zu werden. So entstehen zukunftssichere Verbünde, die ihr ÖPNV-Potenzial voll ausschöpfen und Lösungen bieten, die auch für die kommunalen Haushalte tragfähig sind.

PRO-4-127-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Nach Zeile 127 einfügen:

Wir haben die Kapazitäten für den Radtransport im Zug deutlich ausgeweitet. Wir wollen auch auf wichtigen Regiobuslinien weitere Transportkapazitäten für die Mitnahme von Fahrrädern ausbauen.

PRO-4-127-4

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Christian Klinkhardt (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 126 bis 127 einfügen:
Regiobus-Linien haben wir in großem Umfang die Lücken im Schienennetz in Baden-Württemberg geschlossen.
Wir unterstützen die Verkehrsverbünde dabei, ihre Strukturen zu verschlanken und Verwaltungsapparate effizienter aufzustellen. Hierzu gehört die weitere massive Vereinfachung und mindestens landesweite Vereinheitlichung der lokalen Tarifstrukturen. Künftig soll ein distanz- oder zeitabhängiger Einzelfahrschein, ein Tagesticket und das D-Ticket als Monatsabo reichen. Auch treiben wir die Vereinheitlichung der verschiedenen technischen Hintergrundsysteme wie Ticketing und Vertriebssysteme an um Kosten zu sparen und einen besseren Service für die Kunden bieten zu können. Wo Fusionen oder engere Kooperationen sinnvoll sind, begleiten wir diese Schritte aktiv und helfen Regionen mit schwacher eigener Aufstellung, besser integriert zu werden. So entstehen zukunftssichere Verbünde, die ihr ÖPNV-Potenzial voll ausschöpfen und Lösungen bieten, die auch für die kommunalen Haushalte tragfähig sind.

Begründung

Beim Thema Verbünde können wir noch weiter gehen.

Unterstützer*innen

Thomas Ambrus (KV Karlsruhe); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Christine Tisch (KV Karlsruhe); Ulrich Bauer (KV Karlsruhe); Patrick Bass (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Sebastian Kreiner (KV Karlsruhe); Jonny Wetsch (KV Böblingen); Fabian Holl (KV Rastatt/Baden-Baden); Aljoscha Löffler (KV Karlsruhe); Johannes Methfessel (KV Karlsruhe); Mara Hartig (KV Karlsruhe); Jordan Körte (KV Karlsruhe); Aline Radimersky (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Markus Barbian (KV Karlsruhe); Noah Konstantin Herbertz (KV Karlsruhe)

PRO-4-127-5

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 126 bis 127 einfügen:
Regiobus-Linien haben wir in großem Umfang die Lücken im Schienennetz in Baden-Württemberg geschlossen.
Wir setzen die Förderung der Anschaffung von E-Bussen fort und bauen sie aus.

Begründung

E-Busse bedürfen noch einer Förderung vom Land. Die Effektivität des Elektroantriebs ist höher als bei fossilen Motoren. Zusätzlich werden Abgase und Lärm der fossilen Motoren vermieden. Die hohen Verbräuche bei der Beschleunigung nach Stops wie Haltestellen oder Ampeln fallen auch weg.
Damit fördern wir auch direkt die Produktion von E-Bussen in Deutschland.

PRO-4-129

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 128 bis 130 einfügen:
Ehrgeizige Ziele und Innovationen treiben uns weiter an: Mit der intelligenten und digitalen Vernetzung der Verkehrsträger und dem Ausbau umweltfreundlicher und barrierefreier Mobilitätsangebote wollen wir bis 2030 die Fahrgastzahlen im öffentlichen

Begründung

Ein barrierefreier (und zuverlässiger) ÖPNV spricht viele Menschen an, die momentan aufs Auto setzen. Menschen mit Behinderungen benötigen in vielen Fällen die Sicherheit, dass sie den Nahverkehr regelmäßig zuverlässig nutzen können und nicht vor einem Verkehrsmittel stehen, das ihnen die Mitfahrt unmöglich macht.

PRO-4-132

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 131 bis 132 einfügen:
Verkehr im Vergleich zum Jahr 2011 verdoppeln. Wir wollen, dass Baden-Württemberg seine Rolle als führendes Bahnland weiter ausbaut!

Begründung

Präzisierung: Jedes Land ist Bahnland, aber nicht jedes ist so gut wie BW.

Unterstützer*innen

Werner Korn (KV Ulm); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Josef Frey (KV Lörrach); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Colin Christ (KV Heilbronn)

PRO-4-133

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Hendrik Auhagen (KV Konstanz)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 133 bis 143:

~~Dazu haben wir gute Chancen. Die Dauerbaustelle Stuttgart 21 mit zahllosen Störungen im System kommt zum Ende. Stuttgart 21 war und bleibt eine teure Fehlentscheidung. Das Ergebnis des Volksentscheids war für uns der Auftrag, Stuttgart 21 besser zu machen: beispielsweise durch den Ausbau und die Verbesserung der Zuläufe zum Tiefbahnhof, wie den Ausbau der Wendlinger Kurve und die bessere Anbindung des Flughafens (Umsteigebahnhof Vaihingen und Pfaffensteigtunnel). Die wichtigste Verbesserung besteht in der kompletten Digitalisierung des Schienenknotens, wodurch die Kapazität auf der Infrastruktur deutlich erhöht sein wird. Bei Stuttgart 21 setzen wir uns aktiv für weitere Ergänzungen ein, die die Kapazitäten von Regionalverkehr und S-Bahn einschließlich verbesserter Robustheit bei Störfällen erweitern.~~

Dazu haben wir gute Chancen. Auch für das größte Problem von Baden-Württemberg, den Stuttgarter Hauptbahnhof, bietet sich nach den unendlichen Verschiebungen und Kostensteigerungen eine kostengünstigere und klimaschonende Lösung an - nämlich ein Kombibahnhof von neuem unterirdischen Tunnelbahnhof und dem bisherigen oberirdischen Kopfbahnhof. Die DB-AG ist gerade dabei, diesen Kombibahnhof, also die Verbindung von Unten und Oben praktisch vorzubereiten. Indem aus diesem erst nur für 2027 gedachten Provisorium eine Dauerlösung wird, stehen statt nur acht unterirdischen Gleisen auch die oberirdischen Kapazitäten zur Verfügung. So können die Zukunftsfähigkeit und das klimanotwendige Wachstum des Schienenverkehrs sichergestellt und das Ziel der Zuverlässigkeit der Bahnverkehrs auch bei Störungen des vulnerablen Tunnelbahnhofs erreicht werden.

Mit dem Kombibahnhof, der durchaus mit der Wohnbebauung eines großen Teils der Fläachen über und neben den oberirdischen Bahnanlagen vereinbar ist, bleibt der direkte Anschluss von Rottenburg, Balingen, Sigmaringen und Albstadt erhalten. Vor allem aber entfällt so die langjährige Kappung der auch international wichtigen Hauptstrecke Zürich - Singen - Stuttgart, der sogenannten Gäubahn. Und es kann verzichtet werden auf das völlig aus der Zeit gefallene Projekt eines der längsten Bahntunnels in Deutschland - nämlich von Böblingen zum Flughafen Echetrdingen. Diesen Pfaffensteigtunnel, der ein neues S-21 wäre mit unendlichen Bauzeiten, immer wieder durch die Decke gehenden Kosten und dazu noch enormen Klimagasemissionen, vermeidet der Kombibahnhof Stuttgart. Ebenso kann die vielmonatige Totalsperrung der Fern- und S-Bahn für den Bau des Pfaffensteigtunnels und damit ein Verkehrskollaps im Süden von Stuttgart , vermieden werden

Unterstützer*innen

Tina Stefanie Eikmann (KV Konstanz); Till Seiler (KV Konstanz); Olaf Haas (KV Freiburg); Markus Helms (KV Böblingen); Daniel Klein (KV Ulm); Barbara Ferkinghoff-Wiese (KV Böblingen); Ulrich Kurz (KV Böblingen); Frithjof Rittberger (KV Tübingen); Jürgen Scheef (KV Böblingen); David Bieg (KV

Ulm); Sabine Seeliger (KV Konstanz); Ada Böhme (KV Böblingen); Petra Höring (KV Böblingen); Christoph Lukas (KV Konstanz); Arne Kotzerke (KV Göppingen); Angelika Baur (KV Freudenstadt); Christian Klinkhardt (KV Karlsruhe); Gisela Kusche (KV Konstanz); Nikolas Baur (KV Konstanz)

PRO-4-133-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 133 bis 143:

~~Dazu haben wir gute Chancen. Die Dauerbaustelle Stuttgart 21 mit zahllosen Störungen im System kommt zum Ende. Stuttgart 21 war und bleibt eine teure Fehlentscheidung. Das Ergebnis des Volksentscheids war für uns der Auftrag, Stuttgart 21 besser zu machen: beispielsweise durch den Ausbau und die Verbesserung der Zuläufe zum Tiefbahnhof, wie den Ausbau der Wendlinger Kurve und die bessere Anbindung des Flughafens (Umsteigebahnhof Vaihingen und Pfaffensteigtunnel). Die wichtigste Verbesserung besteht in der kompletten Digitalisierung des Schienenknotens, wodurch die Kapazität auf der Infrastruktur deutlich erhöht sein wird. Bei Stuttgart 21 setzen wir uns aktiv für weitere Ergänzungen ein, die die Kapazitäten von Regionalverkehr und S-Bahn einschließlich verbesserter Robustheit bei Störfällen erweitern.~~

Daher haben wir alles unternommen, dass auch Stuttgart 21 (bei allen Herausforderungen) dazu beiträgt. Das Milliardenprojekt ist und bleibt eine teure Fehlentscheidung, die wir dem Land und den Fahrgästen zugunsten eines von Grund auf gut durchdachten Bahnknotens gerne erspart hätten. Doch das Ergebnis der Volksabstimmung haben wir selbstverständlich akzeptiert und seither etliche Verbesserungen durchgesetzt: Dazu gehören die leistungsfähigere große Wendlinger Kurve und zwei zusätzliche Gleise im Nordzulauf auf den Stuttgarter Hauptbahnhof. Ein verspätungsanfälliger Mischverkehr mit Fern- und Regionalzügen der Gäubahn auf der S-Bahn-Strecke zum Flughafen konnte vermieden werden. Eine weitere wichtige Verbesserung liegt in der kompletten Digitalisierung des Schienenknotens, für dessen drei Ausbaustufen wir uns eingesetzt haben und weiter einsetzen werden. Die Kapazität des Netzes wird damit erhöht, andernfalls würde der Verkehrsinfarkt wenige Jahre nach Fertigstellung drohen.
Im Bahnknoten Stuttgart setzen wir uns aktiv für weitere Ergänzungen ein, die die Kapazitäten und die betrieblichen Möglichkeiten von Regionalverkehr und S-Bahn erweitern und die Robustheit bei Störfällen verbessern. Hierzu gehört insbesondere das Nordkreuz, das Verbindungen von der Panoramabahn nach Feuerbach sowie von Feuerbach nach Bad Cannstatt ausbaut bzw. möglich macht. Von der Deutschen Bahn als Bauherrin von Stuttgart 21 erwarten wir ein belastbares Inbetriebnahmekonzept für den Tiefbahnhof und die Zulaufstrecken. Die oberirdische Gleisanlage muss so lange betriebsbereit gehalten werden, wie sich der Betrieb im neuen Tiefbahnhof bewährt hat. Es ist eine umsteigefreie Anbindung der Gäubahn-Reisenden an den Stuttgarter Hauptbahnhof zu gewährleisten. Eine gleichzeitige Sperrung von Panoramabahn an den Hauptbahnhof und der Stammstrecke der S-Bahn muss vermieden werden.

Begründung

Wir wollen ein starkes Bekenntnis zur Bahn und dabei unseren großen Beiträgen in den letzten Jahren/ Jahrzehnten wie auch in der Zukunft für den Bahnknoten Stuttgart noch stärker

herausarbeiten. Dabei spielen auch das Inbetriebnahmekonzept, maximale Digitalisierung wie auch die durchgängige Verfügbarkeit viel genutzter Anbindungen eine wichtige Rolle.

PRO-4-140

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 139 bis 142:
Pfaffensteigtunnel). Die wichtigste Verbesserung besteht in der kompletten Digitalisierung des Schienenknotens, wodurch die Kapazität ~~auf~~ der Infrastruktur ~~deutlich~~ erhöht und der Betrieb deutlich zuverlässiger sein wird. Bei Stuttgart 21 setzen wir uns aktiv für weitere Ergänzungen ein, die die Kapazitäten von Regionalverkehr und S-Bahn

Begründung

Fachliche Präzisierung: Es ist noch nicht raus, wie deutlich ETCS die Kapazität erhöhen kann. Die Auswirkungen auf die Zuverlässigkeit des laufenden Betriebs sind hoffentlich spürbar.

Unterstützer*innen

Werner Korn (KV Ulm); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Thomas Hentschel (KV Rastatt/ Baden-Baden); Josef Frey (KV Lörrach); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Colin Christ (KV Heilbronn); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis)

PRO-4-145

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 144 bis 147:
Auch in Zukunft wollen wir Grüne den Ausbau der Schieneninfrastruktur und die Modernisierung der Zugflotte mit neuen ~~längeren~~ Fahrzeugen vorantreiben, die eine höhere Kapazität für mehr Fahrgäste ~~vorantreiben~~aufweisen und komfortabler sind. Wir stärken das Vertrauen in den öffentlichen Nahverkehr durch höhere Zuverlässigkeit und aufeinander abgestimmte Verkehrsangebote im ganzen

Begründung

Fachliche Präzisierung:

Erst einmal wird eine Flotte von Doppelstock-Zügen beschafft. Die sind nicht länger, haben aber trotzdem mehr Fahrgastkapazitäten.

Für längere Züge bräuchte man an vielen Halten längere Bahnsteige, die wir nicht bekommen werden.

Unterstützer*innen

Werner Korn (KV Ulm); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Arne Kotzerke (KV Göppingen); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Colin Christ (KV Heilbronn); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis)

PRO-4-149

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Christian Klinkhardt (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 148 bis 149 einfügen:
Land. Wir arbeiten an einem Zukunftsfahrplan 2040 mit dichtem Takt und hoher Zuverlässigkeit. Zur Erhöhung der Zuverlässigkeit setzt das Land den Verkehrsvertrag 2.0 konsequent um und übernimmt eine stärkere Rolle bei der landesweiten Anschlusssicherung, der Echtzeit-Fahrgastinformation und bei der Bewältigung von Störungen ein. Denn am Ende des Tages muss jede Person sicher nachhause kommen und darf nicht sitzen gelassen werden.

Begründung

Zuverlässigkeit zu benennen reicht nicht aus. Auch Fahrgastinformation und Anschlusssicherung sind wichtig und derzeit nicht ausreichend.

Unterstützer*innen

Thomas Ambrus (KV Karlsruhe); Christine Tisch (KV Karlsruhe); Ulrich Bauer (KV Karlsruhe); Michael Joukov (KV Ulm); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Fabian Holl (KV Rastatt/Baden-Baden); Aljoscha Löffler (KV Karlsruhe); Markus Helms (KV Böblingen); Silke Wüstholz (KV Karlsruhe); Johannes Methfessel (KV Karlsruhe); Mara Hartig (KV Karlsruhe); Aline Radimersky (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Markus Barbian (KV Karlsruhe); Noah Konstantin Herbertz (KV Karlsruhe); Vincent Witt (KV Karlsruhe)

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Jonas Heinrich (KV Karlsruhe)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 150 bis 151:
~~Dafür~~ Um die Kapazitäten im Regionalverkehr effizienter zu nutzen und das Angebot gerechter zu gestalten, wollen wir prüfen, ob auf Strecken mit dauerhaft geringer Auslastung der ersten Klasse deren Abschaffung oder Umwidmung sinnvoll ist. Wo die erste Klasse regelmäßig kaum genutzt wird, sollen diese Bereiche stattdessen für zusätzliche Sitzplätze in der zweiten Klasse oder für flexible Mehrzweckräume – etwa für Fahrräder, Kinderwagen oder Rollstühle – genutzt werden. So schaffen wir mehr Platz, mehr Komfort und fördern die Nutzung des ÖPNV für alle.

Desweiteren wollen wir möglichst viele stillgelegte Schienenstrecken wieder in Betrieb nehmen. Unsere Reaktivierungsstrategie werden wir weiterentwickeln, die

Begründung

Mit dieser Ergänzung soll eine Prüfung angeregt werden, ob die Erste Klasse im Regionalverkehr auf Strecken mit dauerhaft geringer Auslastung abgeschafft oder umgewidmet werden kann. Ziel ist es, bestehende Kapazitäten im Sinne einer ressourcenschonenden, sozial gerechten und bedarfsgerechten Nutzung zu optimieren.

In vielen Regionalzügen ist die Auslastung der Ersten Klasse im Vergleich zur Zweiten Klasse deutlich geringer. Gleichzeitig kommt es in stark frequentierten Zügen regelmäßig zu Platzmangel in der Zweiten Klasse, insbesondere zu Pendelzeiten oder bei Freizeitverkehren am Wochenende. Eine Umnutzung kaum genutzter Erste-Klasse-Abteile für zusätzliche Sitzplätze oder Mehrzweckflächen (z. B. für Fahrräder, Kinderwagen oder Rollstühle) kann daher einen spürbaren Beitrag zu mehr Fahrgastkomfort, Barrierefreiheit und Effizienz im ÖPNV leisten – ohne dass zusätzliche Ressourcen für neue Fahrzeuge oder Energieeinsatz erforderlich wären.

Ich habe beim Landesverkehrsministerium bereits die entsprechenden Statistiken zur Nutzung der Ersten Klasse in Regionalzügen angefragt, um eine fundierte Datengrundlage für diese Diskussion zu schaffen (siehe Anfrage auf FragDenStaat https://fragdenstaat.de/anfrage/statistiken-zur-nutzung-der-1-klasse-in-regionalzuegen-in-baden-wuerttemberg/). Diese Daten können helfen, objektiv zu bewerten, auf welchen Strecken eine solche Maßnahme sinnvoll und umsetzbar wäre.

Die vorgeschlagene Ergänzung zielt nicht auf eine pauschale Abschaffung der Ersten Klasse, sondern auf eine sachorientierte, datenbasierte Prüfung und Anpassung dort, wo dies verkehrlich und wirtschaftlich sinnvoll ist. So kann das Land Baden-Württemberg einen weiteren Beitrag zur effizienten, gerechten und nachhaltigen Nutzung öffentlicher Verkehrskapazitäten leisten.

Unterstützer*innen

Petra Sander (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Andreas Mössinger (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Julia von Oertzen (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Kellya Clanzig (KV Karlsruhe); Benjamin Reif (KV Karlsruhe); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Aljoscha Löffler (KV Karlsruhe); Maximilian Kruse (KV Karlsruhe); Björn Herrmann (KV Karlsruhe); Johannes Methfessel (KV Karlsruhe); Karin Fendler (KV Karlsruhe); Tobias Riedel (KV Karlsruhe)

PRO-4-154

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 153 bis 155 einfügen:
späteren Betrieb sichern. Um Lücken zu schießen, wollen wir gemeinsam mit den Kommunen das Netz an Regiobuslinien weiter ausbauen. Dafür muss die aktuelle Form der Regiobusförderung beibehalten werden. Auch in bisher nicht angebundenen Orten hält dann jede Stunde ein Bus – von früh bis spät. Regiobusse

Begründung

Das sehr wertvolle Instrument der Regiobusse wird derzeit nur möglich durch die Finanzierung über Förderung - bis zu einer möglichen künftigen Umstellung in Richtung der später genannten Aufgabenträgerschaft des Landes.

PRO-4-163

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Kai-Uwe Berroth (KV Alb-Donau)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 162 bis 166:
geschaffen, der Verbundgrenzen überwindet und das Deutschlandticket auf den Weg gebracht. ~~Gerade das „D-Ticket JugendBW“ hat eine einmalig preisgünstige Mobilität für Jugendliche geschaffen und Familien entlastet. So machen wir Schluss mit dem Tarifdschungel und Bus- und Bahnfahren für die Fahrgäste noch einfacher.~~

Damit das „D-Ticket JugendBW“ weiterhin die preisgüntsige Alternative für Kinder, Jugendliche und Familien darstellt, soll es stärker bezuschusst werden, so dass der Preis ab 2027 auf 300€ im Jahr für das erste Ticket abgesenkt werden kann. Für Familien mit mehr als einem Kind werden die Ticketkosten auf 500€ im Jahr begrenzt, alle weitere Ticketkosten übernimmt das Land Baden-Württemberg komplett. So machen wir Schluß mit dem Tarifdschungel von Bus- und Bahnfarten und Familien, vor allem im ländlichen Raum, werden deutlich entlastet.

Begründung

Das D-Ticket JugendBW wird 2026 auf 540€/Jahr verteuert. Wir wollen, dass Familien 2 Kinder haben – viele Familien können sich 1080€ alleine dafür, dass die Kinder in die Nachbarortschaft kommen, nicht problemlos leisten. Unser Nachbarland Bayern bietet einen Zuschuss ab 320€/Kind, bzw. 490€/Familie an. Wir sollten uns an diesen Zahlen orientieren. Wir können im Gegensatz zu Bayern unseren Mitbürger anbieten, dass diese die Tickets nicht ein Jahr vorstrecken müssen.

Unterstützer*innen

Irmtraud Schmidt (KV Alb-Donau); Dorothea Kleinknecht (KV Alb-Donau); Antonia Kind (KV Ulm); Matthias Cöster (KV Alb-Donau); Martin Eppler (KV Alb-Donau); Siegfried Heim (KV Ulm); Gerhard Hege-Scheuing (KV Ulm); Mariska Stephanie Ott (KV Göppingen); Arne Kotzerke (KV Göppingen); Christian Groß (KV Rottweil); Daniel Klein (KV Ulm); Jasmin Kindt (KV Ulm); Susanne Wucher (KV Alb-Donau); Niklas Pasemko (KV Ulm); Iris Förster (KV Rems/Murr); Cornelia Sophia Hipp (KV Ulm); Karin Pfohl (KV Ulm); Fabian Holl (KV Rastatt/Baden-Baden); Dominik Schrade-Köhn (KV Alb-Donau)

PRO-4-164

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 163 bis 165:
gebracht. Gerade das „D-Ticket JugendBW“ hat eine einmalig preisgünstige Mobilität für Jugendliche geschaffen und Familien entlastet. ~~So~~Mit einem zentralen, landesweiten Verkehrsverbundes für Baden-Württemberg machen wir Schluss mit dem Tarifdschungel und Bus- und Bahnfahren für die Fahrgäste noch

Begründung

Ein zentraler Verkehrsverbund schafft gleiche Mobilitätschancen für alle. Trotz BW-Tarif bestehen in Baden-Württemberg viele unterschiedliche Verbundgrenzen, Tarife und Systeme, die gerade für Menschen mit geringem Einkommen oder ohne Auto Hürden darstellen. Ein landesweiter Verbund bündelt Informationen, vereinfacht den Zugang und macht Bus und Bahn verlässlich nutzbar.
Einfach und sozial:
Ein einheitlicher Verbund reduziert Verwaltungsaufwand und Doppelstrukturen. Gleichzeitig stärkt ein einfaches ÖPNV-System den Arbeitsmarkt, weil Pendeln leichter wird und Mobilität nicht länger vom Geldbeutel abhängt.
Förderungen bieten – Mobilität zugänglich machen
Durch einen zentralen Verbund können Mittel gezielt eingesetzt werden, um Barrieren abzubauen und Mobilität im ganzen Land zuverlässig und gerecht zu gestalten.

PRO-4-164-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Freiburg
Beschlussdatum:	21.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 163 bis 166:
gebracht. Gerade das „D-Ticket JugendBW“ hat eine einmalig preisgünstige Mobilität für Jugendliche geschaffen und Familien entlastet. ~~So machen wir Schluss mit dem Tarifdschungel und Bus- und Bahnfahren für die Fahrgäste noch einfacher.~~Als nächsten Schritt streben wir einen einheitlichen Sozialtarif für Menschen mit geringen Einkommen an - damit bezahlbare Mobilität nicht länger eine Frage des Wohnorts und der Kassenlage der Kommunen ist.

Begründung

Mobilität ist grundlegend für soziale Teilhabe, wer sich das Ticket in die Stadt nicht leisten kann, kann auch die dortigen Kultur-, Freizeit-, und Beratungsangebote nicht nutzen. Während viele Stadtkreise mit kommunalen Finanzmitteln ihren Einwohner*innen Sozial-Tickets anbieten, ist dies in der Fläche des Landes nicht der Fall. Wer einheitliche Lebensverhältnisse und Chancen möchte, sollte daher für ein landesweites Sozialticket eintreten. Damit stärken wir die Teilhabemöglichkeiten insbesondere für die Menschen im ländlichen Raum und entlasten die Kommunen, die bisher ein Sozialticket finanzieren.

PRO-4-164-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 163 bis 165 einfügen:
gebracht. Gerade das „D-Ticket JugendBW“ hat eine einmalig preisgünstige Mobilität für Jugendliche geschaffen und Familien entlastet. Dasselbe soll zukünftig auch für Senior*innen möglich sein. So machen wir Schluss mit dem Tarifdschungel und Bus- und Bahnfahren für die Fahrgäste noch

PRO-4-166

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 165 bis 166 einfügen:
Schluss mit dem Tarifdschungel und Bus- und Bahnfahren für die Fahrgäste noch einfacher.
Zusätzlich werden wir einen landesweiten Sozialtarif einführen.

PRO-4-166-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 165 bis 166 einfügen:
Schluss mit dem Tarifdschungel und Bus- und Bahnfahren für die Fahrgäste noch einfacher. Attraktive Angebote wie das Eintauschen des Führerscheins gegen ein Deutschlandticket (für ein Jahr) wollen wir gezielt unterstützen.

PRO-4-166-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jonas Rösch (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 165 bis 166 einfügen:
Schluss mit dem Tarifdschungel und Bus- und Bahnfahren für die Fahrgäste noch einfacher. Wir denken nachhaltige Mobilität konsequent grenzüberschreitend. Daher soll das Deutschlandticket bis Strasbourg, Colmar und Mulhouse gelten. Im Gegenzug erkennen wir die Carte FLUO in den Verbünden am Oberrhein an. Damit schaffen wir grenzenlose, flexible Mobilität und stärken nachhaltig den gemeinsamen Wirtschaftsraum am Oberrhein.

Begründung

Der Oberrhein gehört zu den am stärksten verflochtenen Grenzregionen Europas. Täglich pendeln zehntausende Menschen zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass - viele davon aufgrund unzureichender tariflicher Harmonisierung noch immer mit dem Auto. Die gegenseitige Anerkennung des Deutschlandtickets und der Carte FLUO schließt eine zentrale Lücke im grenzüberschreitenden ÖPNV und schafft ein einfaches, sozial gerechtes und barrierefreies Tarifsystem für die gesamte Region.

Die Anbindung deutscher Grenzräume bis Strasbourg, Colmar und Mulhouse stärkt die Schiene als klimafreundliche Alternative insbesondere für kurze und mittlere Distanzen, auf denen heute ein erheblicher Teil des Pkw- und Lieferverkehrs stattfindet. Gleichzeitig eröffnet die Anerkennung der FLUO-Abos auf deutscher Seite neue Möglichkeiten für Beschäftigte, Auszubildende und Studierende, ohne tarifliche Hürden mobil zu sein.

Ein harmonisiertes Ticketangebot trägt dazu bei, Straßen und Ortsdurchfahrten spürbar vom Autoverkehr zu entlasten, was auch dem regionalen Wirtschaftsverkehr zugutekommt. Durch mehr Fahrgäste im grenzüberschreitenden Schienenverkehr wird zudem die Wirtschaftskraft des gemeinsamen Arbeitsmarkts Oberrhein gestärkt und der europäische Gedanke im Alltag erfahrbar. Gerade da neue, moderne Fahrzeuge für diese Strecken beschafft wurden, sollte auch das Angebot dieser Modernisierung Rechung tragen und ausgebaut werden.

Mit dieser Maßnahme setzen wir ein starkes Signal für gelebte europäische Integration, leistungsfähige klimafreundliche Mobilität und die weitere Entwicklung eines vernetzten, leistungsstarken und zukunftsfähigen Wirtschaftsraums am Oberrhein.

Unterstützer*innen

Sophia Kilian (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Paul Vogel (KV Freiburg); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Santino Petermann (KV Freiburg); Domenic Markus Preukschas (KV Ortenau); Lara Jauch (KV Ortenau); Jannick Frank Roller (KV Freiburg); Jürgen Mohrbacher (KV Ortenau); Thomas Schorr (KV Freiburg); Peter Koderisch (KV Freiburg); Andre Tackenberg (KV Ortenau);

Gerhard Tschöpe (KV Freiburg); Pauline Valentin (KV Freiburg); Dieter Saha (KV Freiburg); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Thomas Knoll (KV Freiburg); Janine von Hodenberg (KV Freiburg); Olaf Haas (KV Freiburg)

PRO-4-168

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 167 bis 169 einfügen:
Mit dem Mobilitätspass hat die grün-geführte Landesregierung den Kommunen und Städten ein Finanzierungsinstrument für mehr Bus- und Bahnverkehr sowie Tarifverbesserungen wie Sozialtickets an die Hand gegeben. Er gibt den Kommunen die Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen für den

PRO-4-172

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 171 bis 175:
Region den Mobilitätspass einführt, kann sie eine Abgabe erheben, die direkt in besseren öffentlichen Personennahverkehr fließt. ~~Daher ermöglicht der Mobilitätspass den Kommunen eine faire Finanzierung des Angebots und stärkt den Ausbau insbesondere im ländlichen Raum.~~ Da sich Städte und Regionen deutlich unterscheiden, sollen sie unterschiedliche Instrumente dabei unterstützen. Daher wollen wir die möglichen Modelle künftig um die Arbeitgeberabgabe und die sogenannte CityMaut (Nutzungsgebühr für innerstädtische Verkehrsinfrastruktur) ergänzen. Über deren Einsatz können die Kommunen vor Ort selbst entscheiden.Mit den Einnahmen kann der öffentliche Personennahverkehr auch in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte stabilisiert

Begründung

Bei den Verhandlungen zum Landesmobilitätsgesetz sind leider die beiden effektivsten und von den Kommunen und den öffentlichen Verkehrsunternehmen befürworteten Methoden – die Arbeitgeberabgabe und die City-Maut – wieder gestrichen worden.
Wir müssen alles dafür tun, dass diese wieder hereinkommen. Städte wie Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg brauchen gerade diese Optionen, da sie unter dem Pendlerverkehr leiden. Die eigenen Einwohner:innen bewegen sich aber bereits zum großen Teil mit dem Umweltverbund, die Einwohnerabgabe und die Pkw-Halterabgabe machen alsowenig Sinn und wären politisch nicht durchsetzbar.

PRO-4-174

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 173 bis 175:
Mobilitätspass den Kommunen eine faire Finanzierung des Angebots und stärkt den Ausbau insbesondere ~~im~~in ländlichen ~~Raum~~Räumen . Mit den Einnahmen kann der öffentliche Personennahverkehr auch in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte stabilisiert

PRO-4-176

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 175 bis 177 einfügen:
Personennahverkehr auch in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte stabilisiert und ausgebaut werden. Neben den bestehenden Modellen des Mobilitätspass wollen wir eine Ausweitung mit zusätzlichen Modellen wie einer City Maut und einem Arbeitgebermodel, so dass Kommunen auch die Pendler*innen an den Kosten für den ÖPNV beteiligen können. Mit den Einnahmen kann der öffentliche Personennahverkehr auch in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte stabilisiert und ausgebaut werden. Nun unterstützen wir die Einführung der Mobilitätspass mit aller Kraft. Dafür schaffen wir eine landesweite digitale Infrastruktur für die Auszahlung von Mobilitätsguthaben.

Begründung

Auch wenn das mit der CDU nicht umsetzbar war, stehen wir weiterhin zur Citymaut und zur Arbeitgeberabgabe, damit auch Pendler*innen an den ÖPNV Kosten beteiligt werden. Jetzt müssen wir schauen, dass viel Kommunen den Mobilitätspass umsetzen, dafür braucht es schnell die entsprechende Infrastruktur.

PRO-4-176-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Freiburg
Beschlussdatum:	21.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 175 bis 177:
Personennahverkehr auch in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte stabilisiert und ausgebaut werden. Nun ~~unterstützen~~wollen wir ~~die Einführung der~~den neu eingeführten Mobilitätspass ~~mit aller Kraft~~weiterentwickeln. Um eine stabile und sozial gerechte Finanzierung des ÖPNV-Ausbaus zu ermöglichen, wollen wir die Möglichkeit einer Arbeitgeberabgabe schaffen, wie sie z.B. in unserem Nachbarland Frankreich erfolgreich genutzt wird.

Begründung

Es ist bislang nicht absehbar, dass die beiden beschlossenen Instrumente einer KfZ-Halterabgabe oder einer Mobilitätsabgabe von Gebietskörperschaften tatsächlich genutzt werden, haben diese beiden Instrumente doch sehr klare Nachteile, die gegen ihre Nutzung sprechen. Deshalb erwarten wir von einer künftigen grüngeführten Landesregierung, dass eine Arbeitgeberabgabe nach französischem Vorbild, wie sie auch der baden-württembergische Städtetag befürwortet, auf den Weg gebracht wird.

PRO-4-177

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 176 bis 177 einfügen:
und ausgebaut werden. Nun unterstützen wir die Einführung der Mobilitätspass mit aller Kraft. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber künftig im Rahmen des Mobilitätspasses über eine kommunal gesteuerte **Arbeitgeberabgabe** einen fairen Beitrag zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs leisten können. Kommunen sollen künftig auch die Möglichkeit erhalten, im Rahmen des Mobilitätspasses eine **Citymaut** einzuführen, um Verkehr zu lenken, Innenstädte zu entlasten und die Finanzierung des ÖPNV zu stärken.

PRO-4-180

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 179 bis 182:
Fläche systematisch ausbauen. Bestehende eingleisige Strecken wie zum Beispiel ~~die Bodenseegürtelbahn, die Brenzbahn, die Hochrheinbahn und die Donautalbahn wollen wir erweitern und elektrifizieren.~~die Donautalbahn oder die Murrbahn wollen wir elektrifizieren und ausbauen, ein Prozess, der bei der Brenzbahn, der Bodenseegürtelbahn und der Hochrheinbahn bereits aufs Gleis gesetzt wurde. Mit der Regionalstadtbahn Neckar-Alb, der S-Bahn Donau-Iller oder der grenzüberschreitenden Bahnstrecke Freiburg-

PRO-4-181

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 180 bis 183:
die Bodenseegürtelbahn, die Brenzbahn, die Hochrheinbahn und die Donautalbahn wollen wir erweitern und elektrifizieren. ~~Mit~~Beispielsweise mit der Regionalstadtbahn Neckar-Alb, der S-Bahn Donau-Iller ~~oder~~und dem Ausbau der Breisgau S-Bahn um Freiburg mit der grenzüberschreitenden Bahnstrecke Freiburg-Colmar wollen wir neue Verbindungen schaffen. Wo sich eine Oberleitung nicht

PRO-4-182-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Freiburg
Beschlussdatum:	21.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 181 bis 184:
wollen wir erweitern und elektrifizieren. Mit der Regionalstadtbahn Neckar-Alb, der S-Bahn Donau-Iller ~~oder~~, dem Ausbau der Breisgau-S-Bahn und der grenzüberschreitenden Bahnstrecke Freiburg-Colmar wollen wir neue Verbindungen schaffen. Um die deutsch-französischen Beziehungen zu stärken, setzen wir zwischen Müllheim-Mulhouse und Offenburg-Strasbourg auf einen schnellen Einsatz moderner, elektrischer Züge. Wo sich eine Oberleitung nicht rechnet, übernehmen batterieelektrische Züge statt Dieselfahrzeuge den Betrieb

Begründung

Es werden 7 Schienenpersonennahverkehrs-Projekte in Baden Württemberg namentlich aufgezählt. Die Region Freiburg ist nur mit dem Teil-Aspekt Freiburg-Colmar erwähnt, was nur ca. 10% der Bahnprojekte der Region erwähnt aber den grössten Teil ungenannt lässt.

Dabei besteht mit dem laufenden Bahnprojekt Karlsruhe-Basel jetzt, **150 Jahre nach dem ersten Streckenbau die einmalige Chance, die neu zu bauende Schieneninfrastruktur so anzupassen, dass auch endlich ein leistungsfähiger Nahverkehr möglich wird.** Jedoch bedeuten die aktuellen Planungen der DB wider Erwarten kaum Vorteile für den Nahverkehr.

Wie wir im AK Mobilität Freiburg & Region/AG Schiene in enger Abstimmung mit den Schienenverkehrsingenieur:innen des Büros Matthias Gastel, MdB erarbeitet haben, besteht deshalb ein drängender Bedarf an konkreten Verbesserungen.

Um den Hbf Freiburg, zwischen Denzlingen und Bad Krozingen - wo Strecken aus dem **ländlichen Raum** in die Rheintalstrecke münden - bestehen massive Infrastrukturengpässe. Leider werden diese durch den aktuell geplanten 2-gleisigen Neuaufbau der bisherigen Rheintalstrecke nicht behoben. Die geplante neue autobahnparallele Güterbahnstrecke bietet für den Personenverkehr um Freiburg nur minimale Entlastung. Deshalb leitet die DB sogar im Deutschlandtakt 2040 die geplante zusätzliche ICE-Linie von Basel nach Norden über die neue autobahnparallele Güterverkehrstrasse weit um Freiburg herum, was für die Region Freiburg fatal wäre.

Deshalb sehen wir es als dringend erforderlich an, in diesem Bereich eine durchgehende Drei- bis Viergleisigkeit herzustellen. Durch **Einbeziehen der Gleise der Güterumgehungsbahn im Freiburger Westen (Westbahn)** mit **6 neuen S-Bahn Stationen für über 50.000 Menschen** (Industriegebiet Nord, Tullastraße, Messe/Uniklinikum, Regierungspräsidium, Weingarten-Haslach, St. Georgen West) und durch zwei ca. 2 km zusätzliche Gleisabschnitte - nördlich nach **Denzlingen** und südlich bis **Bad Krozingen** - ist dies mit vergleichsweise wenig Aufwand erreichbar.

Die Zuverlässigkeit der Breisgau S-Bahn Ost-West kann zudem im Rahmen des Umleitungskonzepts zum Rheintalbahnausbau nachhaltig verbessert werden, da es einen **zweigleisigen Ausbau der**

Breisacher Bahn vorsieht. So kann ein leistungsfähiger **Umstiegsknoten (Westkreuz)** in alle Himmelsrichtungen am Uniklinikum enstehen, der zudem den Hauptbahnhof massiv entlasten kann. So können wir das Pendeln mit der Bahn für alle Menschen wieder **attraktiv und angenehm** machen und kommen unseren drängenden Verpflichtungen zum **Klimaschutz im Verkehrssektor** nach.

Seit mehreren Jahren wurde der Einsatz der **modernen Elektrotriebzüge** vom Typ *Régiolis TFA* (die bereits fertiggestellt und in der Région Grand Est im Einsatz sind) zwischen Mulhouse und Freiburg sowie zwischen Strasbourg und Offenburg wiederholt verschoben. Als aktueller Termin wurde Ende 2027 genannt. **Die Menschen auf beiden Seiten des Rheins verdienen endlich eine zeitgemäße, moderne Verbindung** mit Fahrradmitnahme und ausreichender Sitzplatzkapazität. Hier werden wir unseren Ansprüchen an eine gute Partnerschaft mit unseren **Nachbarn in Europa** derzeit nicht gerecht.

Hier auf Verbesserungen hinzuarbeiten trifft auf ein großes Bedürfnis von sehr vielen Menschen in der Region **Breisgau - Freiburg - Markgräfler Land** nach einem leistungsfähigen und vor allem zuverlässigen Personenverkehr, das wir im Landtagswahlkampf adressieren können.

Der **AK Mobilität Freiburg & Region** hat dazu ein detailliertes Konzept erarbeitet, das wir bei Interesse gerne vorstellen.

PRO-4-188

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Christian Klinkhardt (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 187 bis 188 einfügen:
Land kann große Infrastrukturprojekte gemeinsam mit Kommunen und der Deutschen Bahn auch gut zügig umsetzen.
Damit Schieneninfrastrukturprojekte auch künftig umgesetzt werden können, bekämpfen wir den Fachkräftemangel in dem wir die Ausbildungen und Studiengänge im Bereich der Eisenbahn stärker unterstützen.

Begründung

Der Fachkräftemangel hemmt bereits heute schon die Inbetriebnahme vieler Schienenstrecken.

Unterstützer*innen

Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Christine Tisch (KV Karlsruhe); Ulrich Bauer (KV Karlsruhe); Michael Joukov (KV Ulm); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Patrick Bass (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Aljoscha Löffler (KV Karlsruhe); Fabian Holl (KV Rastatt/Baden-Baden); Silke Wüstholz (KV Karlsruhe); Johannes Methfessel (KV Karlsruhe); Mara Hartig (KV Karlsruhe); Jordan Körte (KV Karlsruhe); Aline Radimersky (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Markus Barbian (KV Karlsruhe)

PRO-4-198

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 197 bis 199:

Wir sichern den Finanzierungsanteil des Landes ~~an~~beim Ausbau der regionalen Schieneninfrastruktur in Baden-Württemberg planbar und bedarfsgerecht ab. Das

Begründung

Redaktionell

Hier ist das GVFG-Regime gemeint ist: dabei geht’s erst einmal nur um den Ausbau.

Der laufende Unterhalt ist Sache der Eisenbahninfrastrukturunternehmen.

Unterstützer*innen

Werner Korn (KV Ulm); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Arne Kotzerke (KV Göppingen); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Josef Frey (KV Lörrach); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Colin Christ (KV Heilbronn); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis); Markus Helms (KV Böblingen)

PRO-4-205

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 204 bis 208:
öffentliches Verkehrsmittel fahren – sei es Linienverkehr oder flexibler On-Demand-Verkehr, in Ballungsräumen soll der 15-Minuten-Takt gelten. ~~Wie~~Wir wollen die Aufgabenträger finanziell unterstützen, dieses Mindestangebot im ÖPNV zu betreiben. Damit realisieren wir dann die Garantie, wie etwa in der Schweiz oder in der Region Vorarlberg ~~gilt dann die Garantie für die Bürger*innen~~, dass sie ganztägig per Bus, Shuttle oder Bahn mobil und erreichbar sein können.

PRO-4-208

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Silke Gericke (KV Ludwigsburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 207 bis 208 einfügen:
Bürger*innen, dass sie ganztägig per Bus, Shuttle oder Bahn mobil und erreichbar sein können.

Auch Gemeinschaftsverkehre wie Bürgerbusse leisten hierbei einen wichtigen Beitrag. Sie verbinden Engagement mit Versorgungssicherheit, schließen Lücken im Liniennetz und stärken den sozialen Zusammenhalt. Das Land unterstützt in Zukunft noch stärker Bürgerbus-Initiativen bei Gründung, Finanzierung, Fahrzeugbeschaffung und der Nachwuchsfahrer*innen-Frage.

Begründung

Bürgerbusse sind gelebte Nachbarschaft auf Rädern: Sie verbinden Orte, Generationen und halten Gemeinden lebendig. Das Engagement der Menschen vor Ort schließt Lücken im Liniennetz, stärkt den sozialen Zusammenhalt und sorgt dafür, dass niemand abgehängt wird. Wer Bürgerbusse unterstützt, fördert Soziale Teilhabe, Ehrenamt und Mobilität zugleich – pragmatisch, nah am Alltag und zuverlässig. Wir haben in den letzten 10 Jahren eine Verdopplung der Anzahl von Bürgerbusvereinen auf den Weg gebracht. Jedoch fehlt es in der Fläche an Finanzierungsmöglichkeiten. Hier müssen wir noch stärker in die Unterstützung gehen, um bestehende Strukturen zu stabilisieren und weitere Vereinsgründungen auf den Weg zu bringen

Unterstützer*innen

Katja Fischer (KV Ludwigsburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Markus Helms (KV Böblingen); Kathrin Werner (KV Ludwigsburg); Werner Korn (KV Ulm); Klaus Hartnegg (KV Emmendingen); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Daniel Klein (KV Ulm); Meike Günter (KV Ludwigsburg); Arne Kotzerke (KV Göppingen); Sibylle Riegger-Gnamm (KV Heilbronn); Stephanie Barthau (KV Heilbronn); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Helga Kaiser (KV Stuttgart); Nadja Gölz (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Florian Große (KV Freiburg); Erwin Köhler (KV Heilbronn)

PRO-4-215

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 214 bis 215 einfügen:
werden, begegnen dem Fachkräftemangel und bringen auch Innovationen *made in Baden-Württemberg* auf die Straße.

Der Linien- und Pendelverkehr auf dem Bodensee, inklusive der Schiffsfahrten zu unseren Nachbarn in die Schweiz und Österreich, soll endlich Teil des öffentlichen Nahverkehrs werden. Dieser soll mit einem einheitlichen Tarif wie dem Deutschlandticket, ggf. mit Aufpreis nutzbar sein. Zudem soll die Taktung erhöht werden, damit der Schiffsverkehr, welcher mit klimafreundlichen Fahrzeugen vollzogen werden soll, noch besser und einfacher im Alltag nutzbar ist.

PRO-4-222

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales & Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 222 bis 227:

Wir fördern Mobilitätsstationen, die Bus, Bahn, Sharing und Ladeinfrastruktur bündeln und den Umstieg erleichtern. Bahnhöfe mit PV-überdachten Parkplätzen, überdachten Radabstellanlagen und Car-Sharing sind Beispiele dafür, wie unsere Verkehrspolitik den Alltag der Menschen konkret verbessert. D

~~Wir fördern Mobilitätsstationen, die Bus, Bahn, Sharing und Ladeinfrastruktur bündeln und den Umstieg erleichtern. Bahnhöfe mit PV-überdachten Parkplätzen, überdachten Radabstellanlagen und Car-Sharing sind Beispiele dafür, wie unsere Verkehrspolitik den Alltag der Menschen konkret verbessert.~~en Umstieg zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln wollen wir mit immer besseren digitalen Auskunftsdiensten und offenen Daten zur Verfügbarkeit etwa von P+R-Parkplätzen, Radabstellanlagen und Sharingangeboten erleichtern. Die Datenplattform MobiData BW soll dafür die flächendeckende Datengrundlage liefern. Die elektronische Fahrplanauskunft EFA-BW und Auskunftssysteme wie die bwegt-App wollen wir zu multimodalen Informationsplattformen ausbauen. Lebendige Ortsmitten sind das Herz jeder Gemeinde – hier begegnen sich Menschen, hier spielt sich der

Begründung

Uns ist wichtig, dass wir nicht nur darauf verweisen, was im grün geführten Verkehrsministerium sowieso passiert, sondern auch aufzeigen, dass wir hier echte Erfolge vorweisen können, die es fortschreiben zu gilt. Vor allem im bereich der digitalen Anwendunge für Bürger:innen hat das Land noch viel Luft nach oben. Die Grundlagen dafür sind aber gut.

PRO-4-231

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 230 bis 233 einfügen:
Umbau zu lebendigen und verkehrsberuhigten Ortsmitten und entschleunigen den Autoverkehr. Dafür legen wir ein Impulsprogramm zur flächendeckenden Verkehrsberuhigung in Innenstädten auf, das Kommunen beim Umbau ihrer Straßenräume unterstützt. Auch zugeparkte Wohngebiete, die unter Schleichverkehr leiden, können durch Parkplatzmanagement und Fußverkehrsförderung aufatmen. Kommunen, die mit Superblocks oder autofreien Altstädten vorangehen wollen, unterstützen wir finanziell und fachlich. Moderne Stadtgestaltung ermöglicht grüne Plätze, sichere Wege und belebte Ortsmitten.

Begründung

Ein Impulsprogramm zur Verkehrsberuhigung sowie gezielte Unterstützung für Superblocks und autofreie Altstädte schafft Planungssicherheit und ermöglicht mutige Schritte vor Ort. Erfahrungen aus europäischen Städten zeigen, dass der Wegfall von Fahr- und Parkflächen dem lokalen Handel, der Verkehrssicherheit und dem sozialen Leben zugutekommt. Mit unseren Änderungen stärken wir lebenswerte Ortsmitten, Klimaanpassung und echte Mobilitätsgerechtigkeit für alle Generationen.

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Lukas Hartlieb (KV Heilbronn)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 230 bis 233:
Umbau zu lebendigen und verkehrsberuhigten Ortsmitten und entschleunigen den Autoverkehr. ~~Auch zugeparkte Wohngebiete, die unter Schleichverkehr leiden, können durch Parkplatzmanagement und Fußverkehrsförderung aufatmen.~~ Moderne Stadtgestaltung ermöglicht grüne Plätze, sichere Wege und belebte Ortsmitten.

Das Land hat den Kommunen alle Werkzeuge für ein zukunftweisendes Parkraummanagement ermöglicht.

Zugeparkte Wohngebiete, die unter Schleichverkehr leiden, können durch Parkplatzmanagement und Fußverkehrsförderung aufatmen.

Begründung

Die Intention des Änderungsantrags der GJ Pro-4-232 (kostendeckende Parkraumbewirtschaftung) wird bereits im erweiterten ÄA-Antrag der LAG Mobilität Pro-4-233 aufgegriffen. Parkraummanagement ist eine Aufgabe der Kommunen und sollte nicht an eine übergeordnete Behörde gehen.

Parkraummanagement ist ein wichtiges politisches Mittel in der Verkehrspolitik, weshalb das Land den Kommunen mit der Parkraumgebührenverordnung und auch dem Landesmobilitätsgesetz flexible Möglichkeiten an die Hand gegeben hat. Ein landesweit gestaffelter Mindestpreis würde allerdings in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen und den Kommunen die individuell vor Ort benötigte Flexibilität nehmen.

Nicht jede Kommune in BW hat gleiche Vorraussetzungen und Gegebenheiten. Beim Bewohnendenparken müssen Kommunen vor Ort auf die Preise anderer Parkraumanbieter eingehen können. Deshalb sollte die Landesregierung über die schon an die Hand gegebenen Möglichkeiten hinaus keine weiteren Vorgaben machen. Stattdessen kann Überzeugungsarbeit vor Ort durch Beratung geleistet werden.

Auch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts über die Gebührensatzung für das Bewohnendenparken der Stadt Freiburg hat klargestellt welche Möglichkeiten der Bund den Ländern für die Kommunen eröffnet hat und welche nicht. (Pressemitteilung Nr. 47/2023 | Bundesverwaltungsgericht)

Kommunen wie Landau in der Pfalz haben gezeigt, dass es nicht unbedingt das Bewohnendenparken sein muss, auch über eine Parkraumbewirtschaftung, die weniger Voraussetzungen benötigt, können die Flächen zwischen den Verkehrsträgern des Umweltverbunds besser aufgeteilt werden. Auch müssen die Neuerrungen der letzten StVO-Novelle, die es

vereinfachen Parkraummanagement in Form des Bewohnendenparkens einzurichten, vor Ort ankommen. Hier wollen wir unterstützen.

Unterstützer*innen

Colin Christ (KV Heilbronn); Heike Ruck (KV Stuttgart); Lena Marie Weithofer (KV Esslingen); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Hünkar Aras (KV Ravensburg); Rose Lutz (KV Esslingen); Michael Jahn (KV Esslingen); Daniel Christen (KV Ludwigsburg); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Karen Tiede (KV Esslingen); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)

PRO-4-232

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 231 bis 233 einfügen:
Autoverkehr. Auch zugeparkte Wohngebiete, die unter Schleichverkehr leiden, können durch Parkplatzmanagement, einem landesweiten und gestaffelten Mindestpreis für Anwohnendenparken und Fußverkehrsförderung aufatmen. Moderne Stadtgestaltung ermöglicht grüne Plätze, sichere Wege und belebte Ortsmitten.

Begründung

Ein gestaffelter Mindestpreis für Anwohnende Parken sorgt für fairen Umgang mit dem begrenzten öffentlichen Raum. Parkplätze im Straßenraum bleiben vielerorts extrem günstig, obwohl sie viel Fläche beanspruchen und zugeparkte Wohngebiete die Lebensqualität einschränken. Eine sozial ausgestaltete Preisstruktur schafft hier Ausgleich, entlastet die Orte und ermöglicht mehr Platz für sichere Wege und Begegnungsräume.
Kommunen können die Einnahmen gezielt in barrierefreie Wege, bessere Beleuchtung oder Aufenthaltsqualität investieren. Das stärkt lokale Infrastruktur und macht Ortszentren attraktiv.

PRO-4-232-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 231 bis 233 einfügen:
Autoverkehr. Auch zugeparkte Wohngebiete, die unter Schleichverkehr leiden, können durch Parkplatzmanagement, Quartiersgaragen und Fußverkehrsförderung aufatmen. Moderne Stadtgestaltung ermöglicht grüne Plätze, sichere Wege und belebte Ortsmitten.

PRO-4-232-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 231 bis 233 einfügen:
Autoverkehr. Auch zugeparkte Wohngebiete, die unter Schleichverkehr leiden, können durch Parkplatzmanagement und Fußverkehrsförderung aufatmen. Indem wir Flächen entsiegeln und den öffentlichen Raum gezielt begrünen, stärken wir die Resilienz gegenüber Hitze und Starkregen, schützen die Gesundheit der Menschen und vermeiden hohe Folgekosten durch klimabedingte Schäden. Moderne Stadtgestaltung ermöglicht grüne Plätze, sichere Wege und belebte Ortsmitten.

PRO-4-233

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 232 bis 233 einfügen:
können durch Parkplatzmanagement und Fußverkehrsförderung aufatmen. Moderne Stadtgestaltung ermöglicht grüne Plätze, sichere Wege und belebte Ortsmitten. Ein zentrales Instrument für mehr Lebensqualität in den Städten und die Entlastung der Straßen von parkenden Pkw ist eine kostendeckende **Parkraumbewirtschaftung**. Parkgebühren sollten dabei den lokalen Mobilitätsbedürfnissen gerecht und für die Stärkung des Umweltverbundes und die Aufwertung des öffentlichen Raums genutzt werden. Mit dem Landesmobilitätsgesetz haben wir den Kommunen die Möglichkeit zur digitalen Parkraumkontrolle an die Hand gegeben. So können die Kommunen regelwidrig geparkte Fahrzeuge effektiver kontrollieren. Wir wollen zudem die Kommunen unterstützen, das Parken vermehrt in Parkhäusern und Quartiersgaragen zu bündeln.

PRO-4-234

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 234 bis 236:
Viele wünschen sich mehr Grün, mehr Platz zum Verweilen, sicherere und barrierefreie Wege für ~~Kinder~~alle und Raum für Begegnung. Wir unterstützen die Kommunen dabei, diese Wünsche Wirklichkeit werden zu lassen. Mit gezielten Angeboten fördern wir die

Begründung

Am Ende müssen unsere Wege für alle Menschen funktionieren.

PRO-4-240

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 239 bis 241 einfügen:
Sitzgelegenheiten. Statt immer breiterer Straßen schaffen wir Platz für das, was das Miteinander stärkt. 20 % der innerstädtischen Parkflächen wollen wir in der nächsten Legislatur entsiegeln und für mehr Grün, Aufenthaltsqualität und sichere Wege nutzbar machen. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Tagen mit extremer Hitzebelastung machen grüngestaltete Ortsmitten den Unterschied – für

Begründung

Die Entsiegelung innerstädtischer Parkflächen verbessert das Mikroklima, reduziert Hitzeinseln und schafft Platz für Grün, sichere Wege und Aufenthaltsqualität. Viele Kommunen wollen ihre Ortsmitten klimafest und lebensfreundlich gestalten, sind aber durch enge Budgets ausgebremst. Erfahrungen aus europäischen Städten zeigen, dass der Wegfall von Fahr- und Parkflächen dem lokalen Handel, der Verkehrssicherheit und dem sozialen Leben zugutekommt. Mit unseren Änderungen stärken wir lebenswerte Ortsmitten, Klimaanpassung und echte Mobilitätsgerechtigkeit für alle Generationen.

PRO-4-242

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 241 bis 242 einfügen:
extremer Hitzebelastung machen grüngestaltete Ortsmitten den Unterschied – für ein gutes Leben direkt vor der Haustür.

Mit den **Klimamobilitätsplänen** auf kommunaler Ebene haben wir einen Handlungsrahmen für eine strategische, ganzheitliche und klimaschutzorientierte Verkehrsplanung vor Ort geschaffen. Bis 2030 wollen wir flächendeckend Klimamobilitätspläne im Land verankert haben – für mehr Klimaschutz, Lebensqualität und Mobilität für Alle in den unseren Kommunen.

PRO-4-243

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 243 bis 244 einfügen:

In Baden-Württemberg wurde das Fahrrad erfunden und auch heute ist das Land starker und innovativer Standort der Fahrradwirtschaft. Wir wollen diese führende Stellung halten und weiter ausbauen. Dafür verbessern wir die Ausbildungsangebote für Fahrradberufe und richten unter anderem einen zweiten Standort ein. Und wir gründen den deutschlandweit ersten Lehrstuhl für Ingenieurswissenschaften im Bereich Fahrradtechnik. Zudem integrieren wir die Fahrradwirtschaft und das Erfolgsprodukt E-Bike in die Clusterlandschaft zur Elektromobilitätsförderung. Damit geht Baden-Württemberg als Mobilitäts- und Wirtschaftsstandort voran.

Begründung

Das Fahrrad ist alltäglicher Gegenstand, sehr viele Menschen in Deutschland besitzen mehrere Fahrräder und spätestens seit den Zeiten der E-Bikes stellt Radfahren bzw. der Erwerb von Fahrrädern einen nicht zu vernachlässigenden Wirtschaftsfaktor dar. Eine entsprechende Fahrradwirtschaft muss mit passender Ausbildung und wissenschaftlich-technischen Hintergrund untermauert werden - für ein Baden-Württemberg als Innovations- und Fachkräfte-Standort.

PRO-4-246

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 245 bis 247:
sind Teil des Bewegungsalltags. Breite, sichere Gehwege, beschattete Plätze und durchgängige Radnetze verbessern die ~~Nahmobilität~~Mobilität für alle Generationen. Davon profitiert die Gesundheit des Einzelnen – und unser Stadtklima. Wir wollen den

PRO-4-247

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Kv Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 246 bis 252:
durchgängige Radnetze verbessern die Nahmobilität für alle Generationen. Davon profitiert die Gesundheit des Einzelnen – und unser Stadtklima. ~~Wir wollen den Verkehr gleichzeitig noch sicherer machen: Niemand soll im Straßenverkehr sterben, die Zahl der Verletzten wollen wir deutlich reduzieren. Was in Helsinki geht, muss auch in Baden-Württemberg möglich sein: keine Verkehrstoten dank geringerer Geschwindigkeit, sicherer Überwege, fußgängerfreundlicher Ampelschaltungen.~~

Vision Zero – Verkehrssicherheit ohne Kompromisse

Wir wollen den Verkehr gleichzeitig noch sicherer machen: Niemand soll im Straßenverkehr sterben, die Zahl der Verletzten wollen wir deutlich reduzieren.

Baden-Württemberg hat mit dem „Team Vision Zero“, den landesweiten Verkehrssicherheitskonferenzen und mehreren Schwerpunktprojekten bereits starke Schritte in der Präventionsarbeit gesetzt. Diese wichtige Arbeit für mehr Verkehrssicherheit wollen wir fortführen und weiterentwickeln. Darüber hinaus unterstützen wir die Kommunen gezielt dabei, gefährliche Stellen zu entschärfen, sichere und gut beleuchtete Querungen zu schaffen und wirksame Geschwindigkeitsmaßnahmen durchzusetzen. Unser Ziel bleibt unverändert: keine Verkehrstote mehr im Land.

Was in Helsinki geht, muss auch in Baden-Württemberg möglich sein: keine Verkehrstoten dank geringerer Geschwindigkeit, sicherer Überwege, fußgängerfreundlicher Ampelschaltungen.

Begründung

Der Begriff „Vision Zero“ fehlt bisher im Text – muss aber vorkommen, da z.B. Verbände und Journalist.innen danach suchen werden. Und das Thema ist so wichtig, dass es einen eigenen Absatz verdient. Wir haben in den letzten Jahren schon viel unternommen – was aber noch ausgebaut werden sollte.

PRO-4-251

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 250 bis 252:
geht, muss auch in Baden-Württemberg möglich sein: keine Verkehrstoten dank geringerer Geschwindigkeit, sicherer Überwege, ~~fußgängerfreundlicher Ampelschaltungen.~~

fußgänger- und fahrradfreundlicher Ampelschaltungen.

PRO-4-256

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 255 bis 257:
Bewegungskultur im Alltag. Der Ausbau der Radwege und Radschnellwege läuft auf Hochtouren dank unserer umfassenden ~~Radstrategie~~RadSTRATEGIE. Mit dem Umsetzungsprogramm 2025-2030 zur RadSTRATEGIE haben wir jüngst einen Fahrplan zur Umsetzung mit konkreten Maßnahmen und Vereinfachungen für die Kommunen vorgestellt - dieses ist unsere Handlungsgrundlage für die kommende Legislatur. Bis 2030 wollen wir ein Radnetz mit ca. 8.000 km, guter Qualität und mindestens 20 Radschnellwege

PRO-4-256-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 255 bis 257:
Bewegungskultur im Alltag. Der Ausbau der Radwege und Radschnellwege läuft auf Hochtouren dank unserer umfassenden Radstrategie. Bis 2030 ~~wollen~~werden wir ein Radnetz mit ca. 8.000 km, guter Qualität und mindestens 20 Radschnellwege

PRO-4-259

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 258 bis 259 einfügen:
fertigstellen, damit Radfahren auf möglichst vielen eigenständigen Radwegen sicherer und noch attraktiver wird. Wir wollen das Radfahren grundsätzlich auch auf schmalen Wegen im Wald erlauben. Bei Wegen mit hoher Nutzung durch Wanderer*innen oder aus Gründen des Natur- und Artenschutzes sollen temporäre oder dauerhafte Sperrungen einfach möglich sein.

PRO-4-259-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 258 bis 259 einfügen:
fertigstellen, damit Radfahren auf möglichst vielen eigenständigen Radwegen sicherer und noch attraktiver wird. Ab 2030 muss es darum gehen, dieses Radnetz weiterzuentwickeln und zu verdichten. Die Vorbereitungen dafür sollen baldmöglichst beginnen, denn Planungen brauchen ihre Zeit.

PRO-4-259-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 258 bis 259 einfügen:
fertigstellen, damit Radfahren auf möglichst vielen eigenständigen Radwegen sicherer und noch attraktiver wird. Wir wollen es zur kommunalen Pflichtaufgabe machen, den Ausbau des landesweiten Radnetzes zu unterstützen und eigene Netze zu entwickeln. Selbstverständlich müssen die Kommunen hierfür finanziell entsprechend ausgestattet werden.

PRO-4-259-4

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 258 bis 259 einfügen:
fertigstellen, damit Radfahren auf möglichst vielen eigenständigen Radwegen sicherer und noch attraktiver wird. S-Pedelecs sind eine starke Alternative zum Auto, sie ermöglichen das Pendeln auf deutlich längeren Strecken. Sie dürfen jedoch derzeit Radwege nicht benutzen, was insbesondere außerorts problematisch ist und ihre Nutzung hemmt. Daher werden wir den Spielraum des Landes ausnutzen und Radschnellverbindungen sowie straßenbegleitende Rad- und Wirtschaftwege außerorts zur Nutzung durch S-Pedelecs grundsätzlich freigeben. Tübingen hat es vorgemacht: auch innerorts ist nach sorgfältiger Prüfung die Freigabe auf hinreichend breiten Radwegen problemlos möglich - diesem Beispiel wollen wir weitere folgen lassen.

PRO-4-262

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 261 bis 263 einfügen:
Radweg dann gut, wenn Eltern ihre Kinder allein dort fahren lassen. Dies gelingt auf sicheren Schulwegen, ergänzt durch Schulstraßen und Schulzonen. Dazu werden wir alle Schulstandorte auf ihre Eignung hin prüfen. Wo immer es möglich ist, soll der Radverkehr eine eigene Trasse haben. Wir setzen uns für

PRO-4-262-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Christian Klinkhardt (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 261 bis 263 einfügen:
Radweg dann gut, wenn Eltern ihre Kinder allein dort fahren lassen. Dies gelingt auf sicheren Schulwegen, ergänzt durch Schulstraßen und Schulzonen. Bürokratische aufwändige Verfahren wie das Einziehungsverfahren bei der Einrichtung von Schulstraßen oder bei anderen Maßnahmen im Sinne einer lebenswerten Stadt wollen wir reduzieren und vereinfachen. Wo immer es möglich ist, soll der Radverkehr eine eigene Trasse haben. Wir setzen uns für

Begründung

Das jetzt vorgeschriebene (Teil-)einziehungsverfahren sorgt dafür, dass unsere Straßenverkehrsbehörde die Umsetzung für eine größere Anzahl an Schulen nicht als umsetzbar ansieht auf Grund des Aufwands. Es wäre sehr schön, wenn durch Landesgesetzgebung oder Erlässe das Verfahren vereinfacht wird.

Unterstützer*innen

Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Christine Tisch (KV Karlsruhe); Ulrich Bauer (KV Karlsruhe); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Aljoscha Löffler (KV Karlsruhe); Fabian Holl (KV Rastatt/Baden-Baden); Silke Wüstholz (KV Karlsruhe); Johannes Methfessel (KV Karlsruhe); Mara Hartig (KV Karlsruhe); Benjamin Rogge (KV Karlsruhe); Jordan Körte (KV Karlsruhe); Aline Radimersky (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Markus Barbian (KV Karlsruhe); Noah Konstantin Herbertz (KV Karlsruhe)

PRO-4-263

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 262 bis 264 einfügen:
auf sicheren Schulwegen, ergänzt durch Schulstraßen und Schulzonen. Wo immer es möglich ist, soll der Radverkehr eine eigene Trasse haben. Daher werden wir ein Programm ins Leben rufen, dass an klassifizierten Straßen (Bundes-, Land-, Kreisstraßen) außerorts ein separater Radweg errichtet wird. Wir setzen uns für größere Entscheidungsfreiheiten der Kommunen ein, um beispielsweise

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Maximilian Betten (KV Bodenseekreis)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 264 bis 266 einfügen:
größere Entscheidungsfreiheiten der Kommunen ein, um beispielsweise entsprechende Geschwindigkeitsbeschränkungen umsetzen zu können. Hierfür haben wir in der Bundesregierung die Voraussetzungen in der Straßenverkehrsordnung geschaffen, denn die kommunalen Gremien wissen am Besten, was vor Ort wichtig ist. Mit gezielten Investitionen in Fuß- und Radwege machen wir Zu-Fuß-Gehen und Radfahren sicher

Begründung

erfolgt mündlich

PRO-4-267

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 266 bis 267 einfügen:
Investitionen in Fuß- und Radwege machen wir Zu-Fuß-Gehen und Radfahren sicher und attraktiv – überall im Land. Mit dem Programm MOVERS – Aktiv zur Schule bündelt das Land Baden-Württemberg Maßnahmen für sichere und aktiv zurückgelegte Schulwege. Wir werden das interministerielle Landesprogramm fortsetzen, welches Schulen und Kommunen bei der Planung und Umsetzung von verschiedenen Bausteinen berät, die Kindern und Jugendlichen eine sichere und selbstaktive Mobilität ermöglichen.

PRO-4-267-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 266 bis 267 einfügen:
Investitionen in Fuß- und Radwege machen wir Zu-Fuß-Gehen und Radfahren sicher und attraktiv – überall im Land. Die Fußverkehrschecks werden wir fortführen und um Evaluation und auf Umsetzung von Maßnahmen aus den Empfehlungen des Fachbüros pochen.

PRO-4-267-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 266 bis 267 einfügen:
Investitionen in Fuß- und Radwege machen wir Zu-Fuß-Gehen und Radfahren sicher und attraktiv – überall im Land. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass sich Baden-Württemberg in einer Bundesratsinitiative für eine Regelgeschwindigkeit von Tempo 30 (innerorts) und Tempo 80 (außerorts) stark macht. Während beide Maßnahmen zur Verkehrssicherheit beitragen, erhöht ein innerörtliches Tempolimit durch eine Lärmreduktion zudem die Lebensqualität, während Tempo 80 (außerorts) zusätzlich ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz darstellt.

PRO-4-269

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 268 bis 273:
Wir machen die Umgestaltung von Kreuzungen, sichere Querungen mit besserer Beleuchtung und Barrierefreiheit zur Priorität. Falsch geparkte Autos sind nicht nur ein Ärgernis, sondern oft auch ein Sichthindernis und damit eine Gefahr, insbesondere für Kinder, Menschen mit Behinderungen und Mobilitätseinschränkungen. ~~Wir ermutigen die Kommunen,~~Kommunen müssen entschieden gegen gefährdendes Falschparken vor~~zu~~gehen. Durch Schulstraßen und Schulzonen sollen als erstes die Kleinsten mehr Bewegungsraum bekommen.

Begründung

Gefährdendes Gehwegparken ist nicht nur ein Problem für Kinder, sondern insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, die durch Hilfsmittel (Rollstühle, Rollatoren) notwendig auf eine gewisse Breite angewiesen sind.

PRO-4-271

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 270 bis 272:
sondern oft auch ein Sichthindernis und damit eine Gefahr, insbesondere für Kinder. Wir ~~ermutigen~~begleiten die Kommunen, entschieden gegen gefährdendes Falschparken vorzugehen. Durch Schulstraßen und Schulzonen sollen als erstes die Kleinsten

PRO-4-271-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Christian Klinkhardt (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 270 bis 272:
sondern oft auch ein Sichthindernis und damit eine Gefahr, insbesondere für Kinder. Wir ~~ermutigen~~nehmen die ~~Kommunen~~die Kommunen weiterhin in die Pflicht, entschieden gegen gefährdendes Falschparken und illegales Gehwegparken vorzugehen. Durch Schulstraßen und Schulzonen sollen als erstes die Kleinsten

Begründung

Das Ministerium hat bereits in der Vergangenheit Kommunen explizit aufgefordert, das illegale Gehwegparken zu unterbinden. Auch der Falschparker-Erlass wurde bereits 2020 erlassen. Solche Vorgehensweisen sollen weiterhin ausgebaut werden und sind bereits der aktuelle Stand. Das Wahlprogramm muss nicht hinter der Realität zurück bleiben.

Unterstützer*innen

Noah Konstantin Herbertz (KV Karlsruhe); Klaus Hartnegg (KV Emmendingen); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Christine Tisch (KV Karlsruhe); Ulrich Bauer (KV Karlsruhe); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Fabian Holl (KV Rastatt/Baden-Baden); Aljoscha Löffler (KV Karlsruhe); Markus Helms (KV Böblingen); Silke Wüstholz (KV Karlsruhe); Johannes Methfessel (KV Karlsruhe); Mara Hartig (KV Karlsruhe); Jordan Körte (KV Karlsruhe); Aline Radimersky (KV Karlsruhe); Markus Barbian (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe)

PRO-4-272

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 271 bis 273 löschen:
Kinder. Wir ermutigen die Kommunen, entschieden gegen gefährdendes Falschparken vorzugehen. ~~Durch Schulstraßen und Schulzonen sollen als erstes die Kleinsten mehr Bewegungsraum bekommen.~~

Begründung

Dopplung

PRO-4-272-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 271 bis 273 löschen:
Kinder. Wir ermutigen die Kommunen, entschieden gegen gefährdendes Falschparken vorzugehen. ~~Durch Schulstraßen und Schulzonen sollen als erstes die Kleinsten mehr Bewegungsraum bekommen.~~

Begründung

Dopplung mit 262

Unterstützer*innen

Werner Korn (KV Ulm); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Josef Frey (KV Lörrach); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Colin Christ (KV Heilbronn); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis); Markus Helms (KV Böblingen); Kalliopi Giannadaki (KV Tübingen)

PRO-4-273

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 272 bis 273 einfügen:
vorzugehen. Durch Schulstraßen und Schulzonen sollen als erstes die Kleinsten mehr Bewegungsraum bekommen. Seit einigen Jahren gilt ein Mindestabstand für Kfz beim Überholen von Radfahrern von innerorts 1,5 m und außerorts 2 m. Diese Regel wollen wir bekannter machen und durchsetzen.

PRO-4-273-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 272 bis 273 einfügen:
vorzugehen. Durch Schulstraßen und Schulzonen sollen als erstes die Kleinsten mehr Bewegungsraum bekommen. Außerorts müssen sichere Querungshilfen systematisch überall ergänzt werden, wo sie erforderlich sind, denn dort geschehen die meisten schweren Unfälle.

PRO-4-273-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Christian Klinkhardt (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-4

Nach Zeile 273 einfügen:

Den Mindestabstand für Kfz beim Überholen von Radfahrenden von innerorts 1,5 m und außerorts 2 m wollen wir bekannter machen und durchsetzen. Hierfür wollen wir eine rechtssichere Kontrolle der Überholabstände technisch möglich machen. Die Kommunen wollen wir ermutigen, an Engstellen das Überholen von einspurigen Fahrzeugen per Anordnung des entsprechenden Verkehrsschildes zu verbieten.

Begründung

Eine Kontrolle ist derzeit rechtssicher nicht möglich. Ohne Kontrolle wird aber kein Kulturwandel stattfinden.

Eine Beschilderung würde die Kontrollen eindeutig machen.

Unterstützer*innen

Christine Tisch (KV Karlsruhe); Ulrich Bauer (KV Karlsruhe); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Fabian Holl (KV Rastatt/Baden-Baden); Aljoscha Löffler (KV Karlsruhe); Silke Wüstholz (KV Karlsruhe); Markus Helms (KV Böblingen); Johannes Methfessel (KV Karlsruhe); Mara Hartig (KV Karlsruhe); Jordan Körte (KV Karlsruhe); Aline Radimersky (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Markus Barbian (KV Karlsruhe); Noah Konstantin Herbertz (KV Karlsruhe); Hermino Katzenstein (KV Odenwald-Kraichgau)

PRO-4-286

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 285 bis 289:
Deshalb treiben wir den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur weiter voran – mit E-Quartiershubs, ~~Schnellladeachsen für E-Lkw und verlässlichen Netzkapazitäten. Förderprojekte für elektrifizierten Gütertransport und multimodalen Logistik-Hubs ermöglichen saubere City-Logistik und eine klimafreundliche Versorgung.~~einem Schnellladenetz für E-Lkw und verlässlichen Netzkapazitäten. Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass Baden-Württemberg zum Standort

Begründung

Schnellladeachse klingt wie ein Bauteil von Bosch wie die E-Achse für Pkw. Gemeint ist vermutlich Schnellladepunkte für Lkw an bedeutenden Verkehrsachsen.

Streichung "Förderprojekte ..." wegen Dopplung mit Zeilen 310 - 311

Unterstützer*innen

Werner Korn (KV Ulm); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Thomas Hentschel (KV Rastatt/ Baden-Baden); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Colin Christ (KV Heilbronn); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis); Markus Helms (KV Böblingen)

PRO-4-295

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales & Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 294 bis 298:
Mobilitätsprobleme mit Hilfe von Software zu lösen. Die vorhandene Infrastruktur kann intelligenter genutzt werden. ~~Wir wollen die Datenplattform „MobiDataBW“ weiter ausbauen. Unser Ziel ist eine effiziente und intelligente Verkehrsplanung und -steuerung. Die offene Plattform soll zudem neue Mobilitätsinformationen und Dienstleistungen für nachhaltige Mobilität ermöglichen.~~

Mit MobiData BW ist Baden-Württemberg bundesweit führend in der Bündelung und der Bereitstellung offener Mobilitätsdaten in homogenen, international üblichen Formaten. Wir wollen Kommunen, Verkehrsverbünde und -Betriebe wie auch privatwirtschaftliche Anbieter dabei unterstützen, Mobilitätsdaten zu erschließen und diese in praktischen Anwendungen zu nutzen. Von Routing-Apps für diverse, indviduelle Ansprüche an Barrierefreiheit über die intelligente Verkehrsplanung bis hin zu voll integrierten Mobility-as-a-Service-Anwendungen (MaaS). Unser Ziel ist eine effiziente und intelligente Verkehrsplanung und -steuerung.

Begründung

Im Zusammenhang mit der Digitalisierung und Open Data Plattform MobiData BW sollte es vor allem darum gehen, welche konkreten Mehrwerte und Anwendungen sich mit offen bereitgestellten Daten schaffen lassen. Das passiert bereits heute, aber wir haben hier noch viel Luft nach oben. Das sollte im Programm zumindest in groben Zügen auch anhand konkreterAnwendungen rüberkommen.

PRO-4-300

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 300 bis 302:
Der Güterverkehr, insbesondere auf der Straße, aber auch auf der Schiene, wird voraussichtlich weiter steigen ~~wird~~. Unsere Wirtschaft ist auf eine zuverlässige und klimafreundliche Logistik angewiesen.

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Werner Korn (KV Ulm); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Arne Kotzerke (KV Göppingen); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Philipp Hetzler (KV Ettlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Caroline Müller (KV Emmendingen); Siglinde Schäfer (KV Heilbronn); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Colin Christ (KV Heilbronn)

PRO-4-314

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 313 bis 316 löschen:
Fahrzeugtechnologien wird und zur Region, in der saubere Mobilität im Alltag nicht einfach nur funktioniert, sondern zukunftsweisend gestaltet wird. ~~Ergänzt wird die Elektromobilität durch Wasserstoffantriebe für spezielle Einsatzfelder mit hohen Anforderungen.~~

Begründung

Auch für spezielle Einsatzfelder wie Asphaltfertiger, Walzen, oder Bagger sind Batterieantriebe inzwischen bereits verfügbar, und weiter fortgeschritten als Wasserstoffantriebe. Selbst wenn es irgendwann mal einen sinnvollen Einsatzfall gäbe, was bisher nicht absehrbar ist, ist es nicht sinnvoll für solche Eventualitäten einen extra Satz im Wahlprogramm zu haben.

PRO-4-321

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Mobilität
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 320 bis 322 einfügen:
in Zukunft deutlich mehr Güter klimafreundlich auf Schienen transportiert werden können, braucht es einen umfassenden Ausbau der Infrastruktur, insbesondere Digitalisierung der Zugsicherung sowie die Einführung der digitalen automatischen Kupplung (DAK). Modernisierte Strecken und leistungsfähige Umschlagsplätze sind die Grundlage für die

PRO-4-321-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Alexander Geiger (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 320 bis 322 einfügen:
in Zukunft deutlich mehr Güter klimafreundlich auf Schienen transportiert werden können, braucht es einen umfassenden Ausbau der Infrastruktur. Beim großen Projekt Neubaustrecke/ Ausbaustrecke Mannheim-Karlsruhe, einer Teilstrecke des dringend benötigten Ausbaus der Rheintalbahn, setzen wir uns entschieden für die Realisierung übergesetzlichen Lärmschutzes ein, wie wir es bereits beim Ausbau zwischen Karlsruhe und Basel getan haben. Wir bleiben verlässlich an der Seite der Anwohner*innen, um dieses entscheidende Bahnprojekt schnell und verträglich umzusetzen. Modernisierte Strecken und leistungsfähige Umschlagsplätze sind die Grundlage für die

Begründung

Die Neubaustrecke Mannheim-Karlsruhe ist Bestandteil des Ausbaus der Rheintalbahn, die gerade für die Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene eine maßgebliche Rolle spielt. So stärken wir auch den europäischen Korridor Rotterdam-Genua und leisten einen wesentlichen Beitrag für die Stärkung des europäischen Wirtschaftsraums. Lärmschutz über den gesetzlichen Standard wird für die Akzeptanz eine wesentliche Rolle spielen. Zudem wird es kaum vermittelbar sein wenn wir uns hier nicht genauso klar zum Anwohner+innenschutz bekennen, wie wir es beim Ausbauabschnitt zwischen Karlsruhe und Basel getan haben.

Unterstützer*innen

Christian Klinkhardt (KV Karlsruhe); Siglinde Andor (KV Karlsruhe); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Michael Pollich (KV Ettlingen); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Bettina Lisbach (KV Karlsruhe); Paul Pasler (KV Karlsruhe); Petra Sander (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Andreas Mössinger (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Steffen Wesche (KV Karlsruhe); Franz Polzer (KV Karlsruhe); Benjamin Reif (KV Karlsruhe); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Aljoscha Löffler (KV Karlsruhe); Manuel Hummel (KV Rastatt/Baden-Baden)

PRO-4-338

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 337 bis 339 einfügen:
steigen weiter an. Zusätzlich angestiegene Lebenshaltungskosten bringen viele Baden-Württemberger*innen an ihre Grenzen. In Baden-Württemberg geben Land und Kommunen jährlich fast eine halbe Milliarde Euro für Kosten der Unterkunft (KdU) und Wohngeld aus. Bezahlbarer Wohnraum entlastet damit unmittelbar die kommunalen Haushalte und senkt den Druck auf die öffentlichen Finanzen. Zudem ist bezahlbarer Wohnraum ein entscheidender Standortfaktor für die Wirtschaft: Arbeitnehmerinnen brauchen Wohnraum, hohe Mieten steigern Lohnkosten und schwächen so die Wettbewerbsfähigkeit.

Begründung

Zu hohe Mieten stellen auch immer mehr eine Belastung für die öffentlichen Haushalte und den Wirtschaftsstandort dar. Es ist zentral ein Gesamtbild der Problemstellung zu nennen.

PRO-4-341

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 340 bis 341 einfügen:
die Mieten stabilisieren und Wohneigentum leichter möglich machen – bezahlbar und langfristig.
Wir setzen uns als Ziel 14.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr zu schaffen.

Begründung

In den letzten Jahren fand ein Abschmelzen des Sozialwohnungsbestands statt. In den letzten Jahren konnten nur knapp über 10% des Sozialwohnungsbedarfs in Baden-Württemberg gedeckt werden. Um diesem Trend entgegenzuwirken hat die Ampel-Regierung im Bund eine Zielsetzung erlassen, pro Jahr 100.000 neue Sozialwohnungen zu schaffen. Diese Zielsetzung wurde leider weit verfehlt, jedoch ist ein solcher Ausbau des Sozialwohnungsbestands weiterhin dringend notwendig. Runtergerechnet auf die Bundesländer beträgt der notwendige Anteil Baden-Württembergs knapp 14.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr.

PRO-4-342

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 342 bis 343 einfügen:
Bauen ist zuletzt immer teuer geworden und Umbauen ist häufig kompliziert. Dies wollen wir vereinfachen und so beispielsweise den Stellplatzschlüssel abschaffen. Die Wohnraumsuche ist für viele ein Kraftakt – für Familien, für Ältere, für junge

Begründung

Bauen ist zuletzt immer teuer geworden und Umbauen ist häufig kompliziert. Dies wollen wir vereinfachen und so beispielsweise den Stellplatzschlüssel abschaffen. Die Wohnraumsuche ist für viele ein Kraftakt – für Familien, für Ältere, für junge Menschen, für Menschen mit wenig Einkommen, für dringend benötigte Fachkräfte.

PRO-4-344

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 343 bis 344 einfügen:
Wohnraumsuche ist für viele ein Kraftakt – für Familien, für Ältere, für junge Menschen, für Menschen mit Behinderungen, für Menschen mit wenig Einkommen, für dringend benötigte Fachkräfte.

Begründung

Insbesondere für Menschen mit Behinderungen wird es immer schwieriger, leistbaren und barrierefreien Wohnraum zu finden.

PRO-4-347

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 346 bis 348 einfügen:
einen wirksamen Mieterschutz, auf die kluge Umnutzung bestehender Gebäude, bezahlbare Standards beim Bau, auf gemeinschaftliche und inklusive Wohnformen bis hin zu Wohnungstausch. Mit gezielter Unterstützung für Menschen, die sonst durchs Raster fallen. Mit

PRO-4-351

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 350 bis 351 einfügen:
die Umbauen leichter macht und Ressourcen schont. Und mit einer öffentlichen Hand, die selbst vermietet und baut, mit einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft.

Mit dem Ziel einer gemeinwohlorientierten Wohnraumpolitik wollen wir Wohnraum in die öffentliche Hand zurückholen: Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft soll gezielt Großbestände von privaten Wohnungsunternehmen wie Vonovia zurückkaufen, während ein landesweites Förderprogramm den Kommunen den Erwerb von Wohnraum ermöglicht. Es soll bei fehlenden Rückkaufmöglichkeiten geprüft werden, ob Enteignungen großer privater Wohnungsunternehmen wie Vonovia möglich sind.

Begründung

Der angespannten Wohnraumsituation kann langfristig nur begegnet werden, wenn ein relevanter Teil des Wohnungsbestands dauerhaft dem Gemeinwohl verpflichtet wird. Gerade große private Wohnungsunternehmen verfolgen vorrangig renditeorientierte Geschäftsmodelle, die in vielen Fällen zu steigenden Mieten, Vernachlässigung von Beständen und der Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte führen. Dies verschärft soziale Ungleichheit, überlastet kommunale Unterstützungsstrukturen und trifft besonders Menschen, die bereits strukturell benachteiligt sind.

Die Stärkung der öffentlichen Hand durch gezielte Rückkäufe großer Wohnungsbestände ermöglicht stabile Mieten, verlässliche Bewirtschaftung und dauerhafte soziale Bindungen. Kommunen und eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft können so sicherstellen, dass Wohnraum sozial, inklusiv und langfristig bezahlbar bleibt. Wo Rückkaufoptionen fehlen oder Unternehmen nicht kooperationsbereit sind, muss rechtlich geprüft werden, ob Enteignungen als letztes Mittel möglich sind. Das Grundgesetz eröffnet diese Option ausdrücklich, wenn sie dem Gemeinwohl dient und sozialpolitische Ziele anders nicht zu erreichen sind.

Eine solche Prüfung schafft keine automatische Enteignung, sondern stellt sicher, dass alle verfügbaren Instrumente für eine gerechte Wohnraumpolitik genutzt werden können. Angesichts zunehmender Wohnungsnot ist es eine Frage sozialer Verantwortung, alle möglichen Handlungsspielräume zu prüfen.

PRO-4-352

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Simon Hauser (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 352 bis 356:

~~Mit dem Ziel einer gemeinwohlorientierten Wohnraumpolitik wollen wir Wohnraum in die öffentliche Hand zurückholen: Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft soll gezielt Großbestände von privaten Wohnungsunternehmen wie Vonovia zurückkaufen, während ein landesweites Förderprogramm den Kommunen den Erwerb von Wohnraum ermöglicht.~~

Mit dem Ziel einer gemeinwohlorientierten Wohnraumpolitik wollen wir neuen Wohnraum schaffen. Hierfür bedarf es einer starken Kooperation zwischen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft und den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Lea Rocca (KV Böblingen); Benjamin Baecker (KV Esslingen); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Colin Christ (KV Heilbronn); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Hannes Sturm (KV Freiburg); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Tim Schwab (KV Böblingen); David Bieg (KV Ulm); Wenzel Ormos (KV Böblingen); Manoah Kunze (KV Tübingen); Michael Jahn (KV Esslingen)

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 353 bis 355 löschen:
die öffentliche Hand zurückholen: Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft soll gezielt Großbestände von privaten Wohnungsunternehmen ~~wie Vonovia~~ zurückkaufen, während ein landesweites Förderprogramm den Kommunen den Erwerb von Wohnraum

Begründung

wir sollten im Wahlprogramm keine Unternehmen einzeln herausnehmen.

PRO-4-356

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 355 bis 356 einfügen:
während ein landesweites Förderprogramm den Kommunen den Erwerb von Wohnraum ermöglicht. Durch die Wohnungsbaugesellschaft soll ein Wohnungspool nach niederländischem Vorbild entstehen, der Wohnraummanagement beispielsweise auch mit Möglichkeiten des Wohnungstauschs ermöglicht.

Begründung

Eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft soll nicht nur Neubau ermöglichen und Wohnungsbestände zurückkaufen, sondern auch eine bessere Allokation von Wohnraum ermöglichen und Leerstände vermeiden.

PRO-4-366

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 365 bis 367 einfügen:
Wohnraum zu schaffen oder Gewerbe anzusiedeln, ohne dabei neue Flächen auf der grünen Wiese zu versiegeln. **Ein Leerstandskataster auf Ebene der Regionalverbände – gemeinsam mit den Kommunen entwickelt und getragen – schafft endlich den Überblick, den wir für eine wirksame Wohnraumpolitik brauchen. Viele Gemeinden wissen heute nicht genau, wo Wohnungen ungenutzt bleiben, obwohl sie dringend gebraucht werden. Mit einer gemeinsamen Datengrundlage können Land, Regionalverbände und Kommunen Leerstände systematisch erfassen, Eigentümer:innen aktiv ansprechen und Sanierungs- oder Aktivierungsprozesse gezielt anstoßen. So nutzen wir bestehende Potenziale besser aus, stärken den Bestand und schaffen spürbare Entlastung auf angespannten Wohnungsmärkten.**

PRO-4-370

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 369 bis 372:
heute die Bürger*innen genau so wie Unternehmen und Bauherr*innen bei der Bearbeitung von Bauanträgen. ~~Mit dem Denkmalnetz Baden-Württemberg beleben wir unseren baukulturellen Schatz und machen ihn bewohnbar.~~ Mit dem institutionell geförderten DenkmalnetzBW aus Ehrenamt und beruflicher Denkmalpflege tragen wir die Vorteile von Reparierbarkeit des Bestands und den Wert des baukulturellen Erbes in die Öffentlichkeit: Umbauen statt abreissen, Ressourcen schonendes Sanieren und Heimatpflege als Tourismusfaktor. Dies unterstützen wir planerisch und baulich durch Programme wie "Wohnen im Denkmal" oder Förderungen aus dem Entwicklungsprogramm ländlicher Raum. Das DenkmalnetzBW setzt sich gleichzeitig für den Fachkräftenachwuchs ein, insbesondere für einen neuen fächerübergreifenden und praxisorientierten Studiengang Denkmalpflege.

Begründung

Die vertiefende Ergänzung des DenkmalnetzBW macht die Arbeit des Programms anschaulicher und greifbarer. Sie zeigt klar, dass das DenkmalnetzBW den Wert und die Reparierbarkeit des Bestands vermittelt, nachhaltiges Sanieren unterstützt, Heimatpflege als Tourismusfaktor stärkt und gleichzeitig den Fachkräftenachwuchs in der Denkmalpflege gezielt fördert. So wird der Beitrag zur Wohnraumentwicklung, Ressourcenschonung und baukulturellen Bildung klar abgebildet.

PRO-4-385

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 384 bis 386 einfügen:
Monitoring der Mietpreisbremse stark und gegen Umgehungsmöglichkeiten wie Kurzzeitmieten, Indexmieten ohne Kappungsgrenzen und Möblierungszuschläge ein. Analog zur Kappungsgrenze soll die Mietpreisbremse für alle Wohnungsmärkte zeitlich unbegrenzt gelten. Mieter*innen sollen ihre Rechte durchsetzen können.

Begründung

Die Mietpreisbremse entfaltet derzeit nur begrenzte Wirkung. Zum einen weist sie zahlreiche Ausnahmen auf – etwa bei vorherigen hohen Mieten, möblierter Vermietung oder umfassender Modernisierung. Doch selbst wenn diese Schwachstellen beseitigt würden, könnte die Mietpreisbremse nur eingeschränkt wirken, weil ihre Anwendbarkeit an die Länderregelung nach § 201a BauGB gebunden ist. Nach dieser Vorschrift müssen die Bundesländer „angespannte Wohnungsmärkte“ per Rechtsverordnung festlegen, damit Instrumente wie die Mietpreisbremse überhaupt greifen können.

In Baden-Württemberg betrifft diese Einstufung aktuell lediglich 89 Kommunen. Das bedeutet: Selbst eine funktionierende Mietpreisbremse würde im überwiegenden Teil des Landes nicht gelten. Angespannter Wohnraum entsteht längst nicht mehr nur in Großstädten wie Stuttgart, Freiburg oder Heidelberg, sondern zunehmend auch im Umland und in mittelgroßen oder kleineren Kommunen. Auch viele mittelgroße Städte und kleinere Kommunen im Umland – etwa rund um Stuttgart – stehen unter massivem Mietdruck, ohne dass die Mietpreisbremse heute Anwendung findet.

Analog zur bereits bundesweit dauerhaft geltenden Kappungsgrenze bei bestehenden Mietverhältnissen wollen wir daher die Mietpreisbremse auch bei Neuvermietungen **zeitlich unbegrenzt und flächendeckend gelten lassen – in allen Wohnungsmärkten.** Damit schließen wir uns der Forderung der BAG Planen, Bauen, Wohnen an: Ein wirksamer Schutz vor überhöhenden Mieten muss dauerhaft gelten. Nur so kann die Mietpreisbremse tatsächlich ihren Zweck erfüllen und für Mieterinnen und Mieter eine spürbare Entlastung schaffen.

PRO-4-385-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 384 bis 386 einfügen:
Monitoring der Mietpreisbremse stark und gegen Umgehungsmöglichkeiten wie Kurzzeitmieten, Indexmieten ohne Kappungsgrenzen und Möblierungszuschläge ein. Wir wollen, dass angespannte Wohnungsmärkte endlich auch als solche anerkannt werden, denn viele kleinere Kommunen in Ballungsräumen bleiben bislang außen vor – obwohl sie längst unter dem Druck steigender Mieten und fehlendem Wohnraum leiden. Mieter*innen sollen ihre Rechte durchsetzen können.

Begründung

Wir wollen, dass angespannte Wohnungsmärkte endlich auch als solche anerkannt werden, denn viele kleinere und mittlere Kommunen in Verdichtungsräumen bleiben bislang außen vor – obwohl sie längst unter massivem Mietdruck und fehlendem Wohnraum leiden. Der Mechanismus im Baugesetzbuch sieht vor, dass die Länder nach § 201a BauGB Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten formell feststellen müssen, bevor weitere wohnungspolitische Instrumente überhaupt zur Anwendung kommen können. **In Baden-Württemberg betrifft diese Feststellung jedoch derzeit nur 89 Kommunen**, obwohl sich deutlich mehr Städte und Gemeinden nach allen marktüblichen Indikatoren (Mietanstieg, Wohnungsleerstandsquote, Wohnungsversorgungsgrad, Nachfrageüberhang) ebenfalls in klar angespannten Wohnungsmärkten befinden.

Die Folge: selbst dort, wo die Probleme längst bestehen, greifen zentrale Schutzinstrumente für Mieter:innen und Kommunen nicht, weil sie an die Aktivierung des § 201a BauGB gebunden sind. Zu diesen Instrumenten gehören unter anderem:

- **§ 556d BGB – Mietpreisbremse bei Wiedervermietung**, die nur in Gebieten mit festgestelltem angespannten Wohnungsmarkt gilt.
- **§ 558 Abs. 3 BGB – Absenkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen** von 20 auf 15 %, ebenfalls nur in ausgewiesenen Gebieten.
- **§ 577a BGB – längere Kündigungssperrfrist nach Umwandlung in Eigentum**, ebenfalls nur in angespannten Märkten möglich.
- **Verordnungsmöglichkeiten der Länder, um spekulativen Leerstand, Umwandlung und kurzfristige Entmietung einzuschränken**, die ohne vorherige Feststellung nach § 201a BauGB nicht gezogen werden können.

Damit entscheidet die bloße Nicht-Ausweisung einer Kommune faktisch darüber, ob Mieterschutz wirkt – oder ob er trotz vorhandener Probleme ausfällt. Inzwischen erleben aber nicht nur die

großen Kernstädte den Druck des Wohnungsmarktes, sondern ebenso die vielen mittelgroßen und kleineren Umlandkommunen.

Deshalb müssen wir uns dafür einsetzen, dass angespannte Wohnungsmärkte flächendeckend und realitätsgerecht anerkannt werden, sodass Mieterschutz und kommunale Steuerungsinstrumente nicht weiter von einer zu restriktiven Ausweisungspraxis abhängig bleiben.

PRO-4-386

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 385 bis 386 einfügen:
Kurzzeitmieten, Indexmieten ohne Kappungsgrenzen und Möblierungszuschläge ein. Mieter*innen sollen ihre Rechte durchsetzen können. Die Gebietskulisse in Baden-Württemberg wollen wir ausweiten, sodass mehr Menschen unter die Mietpreisbremse fallen.

Begründung

In vielen Städten Baden-Württembergs steigen die Mieten deutlich schneller als die Einkommen, und Haushalte mit kleinen und mittleren Budgets geraten immer stärker unter Druck. Trotzdem erfasst die aktuelle Gebietskulisse nur einen Teil der tatsächlich angespannten Wohnungsmärkte.

Zudem zeigt sich, dass der bisherige Kriterienkatalog aus der Zeit gefallen ist: Aktuell müssen vier von fünf Indikatoren erfüllt sein, um als „angespannter Wohnungsmarkt“ eingestuft zu werden. Expertinnen sowie die kommunale Ebene weisen jedoch darauf hin, dass diese Hürde zu hoch ist und die Realität vieler Städte nicht mehr abbildet. Eine Absenkung auf drei Kriterien ermöglicht es, die Mietpreisbremse dort anzuwenden, wo sie sozial dringend notwendig ist. So können mehr Mieterinnen wirksam vor übermäßigen Mietsteigerungen geschützt werden, und Kommunen behalten Zugang zu wichtigen wohnungspolitischen Steuerungsinstrumenten.

PRO-4-386-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 385 bis 386 einfügen:
Kurzzeitmieten, Indexmieten ohne Kappungsgrenzen und Möblierungszuschläge ein. Mieter*innen sollen ihre Rechte durchsetzen können. Mieter*innen sollen ihre Rechte durchsetzen können. Im Bundesrat setzen wir uns für die Etablierung eines Mietendeckels ein.

Begründung

Für viele Menschen wird Wohnen zur immer größeren finanziellen Belastung. In zahlreichen Städten liegen die Angebotsmieten deutlich über dem, was Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen stemmen können. Die bestehenden Regelungen begrenzen diese Entwicklungen nur unzureichend und lassen Mieter*innen oft ohne wirksame Schutzmechanismen zurück.

Für Mieter*innen bedeutet ein bundesweiter Mietendeckel vor allem eines: Verlässlichkeit und Schutz vor Überforderung. Ein Mietendeckel begrenzt Mietsteigerungen klar und transparent, sodass Menschen nicht bei jeder Neuvermietung oder Vertragsverlängerung mit drastischen Aufschlägen rechnen müssen. Das schafft Planungssicherheit für Familien, Studierende, Alleinerziehende und Menschen mit geringem Einkommen, die heute oft einen großen Teil ihres verfügbaren Einkommens für Miete aufbringen müssen. Zugleich greift ein Mietendeckel auch da, wo Mieten schon heute überhöht sind.

PRO-4-386-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 385 bis 386 einfügen:
Kurzzeitmieten, Indexmieten ohne Kappungsgrenzen und Möblierungszuschläge ein. Mieter*innen sollen ihre Rechte durchsetzen können. Zudem setzen wir uns dafür ein Mietenstopps temporär in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten zu ermöglichen.

Begründung

Die temporäre Einführung von Mietenstopps in angespannten Wohnungsmärkten ist ein direktes Instrument, um auf akute Mietdrucklagen zu reagieren. Sie stärkt den Mieterschutz vor übermäßigen Preissteigerungen, schafft Sicherheit für Mieterinnen und Mieter und ermöglicht gezieltes Handeln dort, wo der Wohnungsmarkt besonders unter Druck steht.

PRO-4-396

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 395 bis 396 einfügen:
Missstände zu beheben. Damit stärken wir die Mietpreisbremse im Alltag zugunsten der Bürger*innen – rechtssicher und praxisnah. Vermieter*innen von vielen Wohneinheiten wollen wir Wissen an die Hand geben, damit sie ihrer Verantwortung und ihren Verpflichtungen bestmöglich nachkommen können. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Einführung eines Vermietendenführerscheins ein.

Begründung

Viele Fälle von Mietwucher und fehlendem Verantwortungsbewusstsein durch Vermieter*innen geschieht nicht zuletzt durch Unwissen und Unkentniss über Pflichten und Rechte der Vermieter*innen. Hier wollen wir mit einem Vermieter*innenführerschein nach dem Vorbild anderer Grünen Landesverbände Abhilfe schaffen. Explizit geht es dabei nicht um Diffamierung von Vermieter*innen. Im Rahmen des Führerscheins, sollen Vermieter*innen auch über ihre Rechte informiert werden aber eben auch über ihre Pflichten und ihre Verantwortung als Vermieter*innen.

PRO-4-397

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 397 bis 398 einfügen:
Wir werden das Zweckentfremdungsverbot gezielter zur Wirkung bringen. Das heißt für uns, wir werden das Zweckentfremdungsverbot vollständig zurück in die Landesgesetzgebung überführen und wirksame Sanktionierungen für Wohnraum Leerstand durchsetzen. Gleichzeitig richten wir eine Landeskoordinierungsstelle gegen Leerstand ein, die Kommunen gezielt bei der Bekämpfung von Leerständen unterstützt. und unterstützen Städte und Gemeinden besonders dort, wo der Wohnungsmarkt

Begründung

Das bisherige Zweckentfremdungsverbot wirkt in vielen Kommunen zu schwach, weil Zuständigkeiten zersplittert sind, Satzungen freiwillig bleiben und vielerorts Kapazitäten fehlen, um Leerstand konsequent zu erfassen und zu sanktionieren. Der Mieterbund weist seit Jahren darauf hin, dass Leerstand oft ungenutzt bleibt, weil Kommunen weder die personellen Mittel noch einheitliche Werkzeuge haben, um wirksam vorzugehen.
Eine Rückführung des Zweckentfremdungsverbots in die Landesverantwortung schafft klare Regeln, wirksame Sanktionen und eine landesweite Koordinierung. Mit einer Landesstelle gegen Leerstand und gezielter Unterstützung für Kommunen können zweckentfremdete oder leerstehende Wohnungen schneller wieder nutzbar gemacht werden. In Zeiten von Wohnraummangel zählt jede Wohnung – daher braucht es ein starkes, landesweit wirksames Zweckentfremdungsverbot.

PRO-4-403

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 402 bis 403 einfügen:
wieder für Menschen nutzbar zu machen – denn in Zeiten von Wohnnraummangel zählt jede Wohnung und jedes Haus.

Wir ermöglichen es den Kommunen ohne Vorbedingungen räumlich und zeitlich begrenzte Zweckentfremdungssatzungen zu erlassen.

Begründung

Vom Land gibt es eine fachliche Untersuchung des Wohnungsmarktes der Kommunen. Von den über 1000 Kommunen werden in der Untersuchung nur rund 100 als Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt eingestuft. Die kleineren Kommunen ohne diese Einstufung können die Anforderung der Arbeitshilfe zum Zweckentfremdungsverbotsgesetzes nicht einfach erfüllen. Bspw. Die Kommune muß nachweisen, das eine Entspannung des Wohnungsmarktes mit keiner anderen Methode erreichbar wäre.

Daher sollte es im Ermessen der Kommune liegen eine Zweckentfremdungssatzung zu erlassen. Darin kann der Zugriff auf externe Daten zur systematischen Ermittlung von Leerständen geregelt werden. Zusätzlich ist eine Meldepflicht von Leerständen und evtl. Bussgelder bei längerem Leerstand möglich.

Damit kann die Kommune gezielt den Kontakt mit den Eigentümern suchen und versuchen den Wohnraum zu reaktivieren. Dazu gibt es ein breites Spektrum von Maßnahmen von einer Wiedervermietungsprämie des Landes bis zu einem Erwerb der Immobilie.

Links:
Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraumhttps://mlw.baden-wuerttemberg.de/de/bauen-wohnen/wohnungsbau/zweckentfremdungsverbot/

Arbeitshilfe des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zum Gesetz über das Verbeot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwEWG)
https://mlw.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlw/intern/Dateien/03_Bauen-Wohnen/Wohnungsbau/ArbeitshilfenZweckentfremdungsverbot20210331.pdf

PRO-4-408

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 407 bis 408 einfügen:
länger zu günstigen Preisen vermietet werden. Dafür fördern wir längere Bindungsdauern. Grundsätzlich muss das Ziel jedoch sein, dauerhaft und nicht nur temporär gebundenen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deshalb wollen wir die aktive Bodenpolitik weiter stärken: Der bestehende Grundstücksfonds soll als wichtiger Bestandteil der Wohnraumoffensive um einen Fond für Flächentausch erweitert werden. Kommunen wie Ulm zeigen, wie erfolgreiche Bodenpolitik wirken kann.

Begründung

Die soziale Wohnraumförderung schafft dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum, doch nach Ablauf der Förderfristen fallen viele Wohnungen wieder dem freien Markt zu – und damit steigen die Mieten erneut. In Baden-Württemberg verlieren wir jedes Jahr mehr preisgebundene Wohnungen, als durch Förderung neu entstehen. Dieses „Drehtür-Prinzip“ verstärkt die Wohnungsnot langfristig, statt sie zu lösen.

Eine aktive Bodenpolitik setzt hier früher an: Wer den Boden in öffentlicher Hand hält, sichert dauerhaft die Kontrolle über Mietpreisgestaltung und Belegungsbindung. Erfolgreiche Beispiele wie die Stadt Ulm zeigen, dass kommunaler Zwischenerwerb, kluge Baulandpolitik und Erbpacht ein wirksames Instrument sind, um Boden dauerhaft dem Spekulationsdruck zu entziehen und bezahlbares Wohnen generationengerecht abzusichern. Mit der Erweiterung des Grundstücksfonds um einen landesweiten Flächentauschfonds schaffen wir ein zusätzliches Werkzeug, das Kommunen handlungsfähiger macht – und die Voraussetzungen für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum in der Fläche verbessert.

PRO-4-414

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 413 bis 415 einfügen:
Freiwilligendiestler richtet,wollen wir verstetigen und mit dem Bau von deutlich mehr Wohnheimplätzen versehen. Bis 2030 wollen wir 30% der Studierenden in Baden-Württemberg einen Wohnheimplatz anbieten können und eine eigene Förderrichtlinie mit ausreichend Mitteln für Auszubildendenwohnen aufsetzen. Wir senken die Hürden: Statt langer Mietverträge reichen in Zukunft drei Monate Mindestmietdauer, für einen Mietvertrag reicht

Begründung

Laut der Statistik des Deutsches Studierendenwerk für Januar 2024 liegt die Unterbringungsquote bei öffentlich geförderten Wohnheimplätzen bundesweit bei nur 10,05 %, obwohl die Studierendenzahl im gleichen Zeitraum um rund 28 % gestiegen ist. In Baden-Württemberg zeigen einzelne Hochschulorte Unterbringungsquoten von teils unter 12 %.
Diese Zahlen verdeutlichen, dass der Anteil der Studierenden mit Zugang zu Wohnheimplätzen deutlich zu niedrig ist und gerade in einem angespannten Wohnungsmarkt eine erste Zielmarke von 30 % bis 2030 damit dringend notwendig ist.

Für Auszubildende reichen die bestehenden Förderinstrumente nicht aus, weil ihre Wohnprojekte derzeit aus einem allgemeinen Fördertopf finanziert werden. In der Praxis führt das dazu, dass die Mittel oft schon früh im Jahr ausgeschöpft sind. Eine eigene, verlässlich ausgestattete Förderrichtlinie stellt sicher, dass Wohnraum für Auszubildende planbar gefördert, Projekte tatsächlich umgesetzt und jungen Menschen unabhängig vom Einkommen ihrer Familien ausreichende Wohnangebote gemacht werden können.

PRO-4-414-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 413 bis 415 einfügen:
Freiwilligendiestler richtet,wollen wir verstetigen und mit dem Bau von deutlich mehr Wohnheimplätzen versehen. Denn junge Menschen brauchen nicht irgendwann, sondern jetzt verlässliche Perspektiven – bezahlbar, gut erreichbar und frei von Existenzdruck. Mit einem entschlossen ausgebauten Programm setzen wir ein klares Signal: Ihre Zukunft ist uns etwas wert, und wir schaffen den Raum, den sie dafür brauchen.

Begründung

Eine Verstetigung und deutliche Ausweitung von „Junges Wohnen“ ist notwendig, weil die Wohnungsnot junge Menschen besonders hart trifft und ihre Ausbildungs- oder Studienentscheidungen immer stärker beeinflusst. Überfüllte Märkte, steigende Mieten und fehlende Wohnheimplätze bremsen Chancen aus, bevor sie überhaupt entstehen können. Wenn wir hier kraftvoll gegensteuern, schaffen wir soziale Teilhabe, sichern Fachkräfte von morgen und entlasten gleichzeitig die angespannten Wohnungsmärkte in den Städten.

PRO-4-425

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 424 bis 425 einfügen:
studentischen Wohnprojekt bis zur Alters-WG. So entstehen neue Wohnperspektiven für alle Generationen – bezahlbar und verbunden. Wir unterstützen und fördern die Entwicklung von Quartieren mit gemeinwohlorientierten Partnern durch die Anwendung **entsprechender** Konzeptvergaben, wie z.B. **im Baugebiet Kleineschholz in Freiburg**.

Begründung

Gemeinwohlorientierte Wohnquartiere leisten einen entscheidenden Beitrag zu bezahlbaren Mieten, sozialer Teilhabe und stabilen Nachbarschaften. Konzeptvergaben stellen sicher, dass Grundstücke nicht allein nach dem Höchstpreis vergeben werden, sondern nach gesellschaftlichem Mehrwert: nachhaltige Bauweisen, barrierefreie Zugänge, soziale Infrastruktur und langfristig günstige Mieten. Projekte wie im Baugebiet Kleineschholz in Freiburg zeigen, wie Kommunen durch Zusammenarbeit mit Genossenschaften, Stiftungen und anderen gemeinwohlorientierten Trägern Wohnraum schaffen können, der lebendige, vielfältige Quartiere entstehen lässt.

PRO-4-440

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

In Zeile 440:
Ein Traum wird wahr: ~~Häusle bauen~~Bauen und umbauen mit unserer Unterstützung

Begründung

Einfamilienhäuser auf der grünen Wiese verbrauchen überdurchschnittlich viel Fläche, führen zu zusätzlicher Versiegelung und verursachen hohe Folgekosten für öffentliche Infrastruktur. Diese Form des Wohnens trägt zur Zersiedelung bei und steht den Klima- und Flächenschutzzielen des Landes entgegen. Gleichzeitig bieten innerörtliche Bestände, Nachverdichtung und gemeinschaftliche Eigentumsmodelle deutlich mehr Potenzial, bezahlbaren und ressourcenschonenden Wohnraum zu schaffen.
Deshalb wollen wir das „Häusle auf der grünen Wiese“ aus der zukünftigen Siedlungsentwicklung raus haben und stattdessen Eigentumsmodelle stärken, die weniger Fläche verbrauchen und bestehende Strukturen besser nutzen. So ermöglichen wir Eigentum, ohne wertvolle Landschaft weiter zu zerschneiden.

PRO-4-446

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 446 bis 447:
Wir wollen den Weg ins ~~Eigenheim~~Eigentum spürbar erleichtern – besonders für Menschen, die zum ersten Mal kaufen und die Immobilie selbst nutzen wollen. Deshalb senken

Begründung

Der Begriff „Eigenheim“ wird häufig eng mit dem Einfamilienhaus verbunden. Mit „Eigentum“ stellen wir klar, dass wir alle Formen von selbstgenutztem Wohneigentum fördern wollen – auch Eigentumswohnungen in verdichteten Lagen. Das stärkt die soziale Zielrichtung der Förderung, vermeidet Fehlanreize beim Flächenverbrauch und eröffnet mehr Menschen den Weg in die eigenen vier Wände.

PRO-4-448

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 447 bis 449:
die zum ersten Mal kaufen und die Immobilie selbst nutzen wollen. Deshalb senken wir gezielt die Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb einer Immobilie**, sobald der Bundesgesetzgeber dies ermöglicht.~~[Leerzeichen]~~**Dabei achten wir auf eine sozial gerechte Ausgestaltung, damit gerade die profitieren, die

Begründung

Momentan ist nur eine Grundsätzliche Senkung der Grunderwerbsteuer möglich, wir wollen dies aber nur für den Ersterwerb, dazu muss der Bund dies den Ländern ermöglichen. Angekündigt war es sowohl im Koavertrag der Ampel als auch im jetzigen Koavertrag.

PRO-4-451

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Nach Zeile 451 einfügen:

Ein eigenes Zuhause ist eine wichtige Grundlage für ein Leben in Würde. Um Obdach- und Wohnungslosigkeit langfristig entgegenzuwirken und eine möglichst hohe Wohnstabilität von betroffenen Menschen auf dem Wohnungsmarkt zu gewährleisten, werden wir deshalb die Förderung des „Housing First“-Ansatzes ausweiten. Dafür werden wir die bestehenden Modellprojekte verstetigen und die Etablierung von „Housing First“-Projekten an weiteren Standorten finanziell und konsultativ unterstützen. Die bestehenden Förderprogramme werden wir stärken.

Begründung

Das Konzept „Housing First“ hat sich bereits in unterschiedlichsten Ländern als effektives Mittel zur Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit erwiesen. Verschiedenste Evaluationsstudien konnten positive Effekte wie eine im Vergleich zum klassischen Stufensystem deutlich höhere Wohnbindungsquote von 80-90 % ein Jahr nach Einzug feststellen. Studien aus den USA und Großbritannien legen ferner nahe, dass „Housing First“ mit niedrigeren finanziellen Aufwendungen als konventionelle Formen der Wohnungslosenhilfe verbunden ist, was z.B. auf Kosteneinsparungen durch eine geringe Einsatzzahl des Rettungsdienstes zurückzuführen ist.
Schon der Koalitionsvertrag der aktuellen Legislaturperiode beinhaltet ein Bekenntnis zum Ziel der Überwindung von Wohnungslosigkeit und die Förderung des „Housing First“-Ansatzes durch Modellprojekte. Bislang sind infolgedessen an sechs Standorten in Baden-Württemberg entsprechende Projekte entstanden. Damit diese Projekte ihre maximale Wirkung entfalten können, muss nun ihre Verstetigung entschlossen vorangetrieben werden, indem bestehende Förderprogramme ausgebaut werden. Auch der Aufbau von Projekten an weiteren Standorten in Baden-Württemberg muss durch das Land sowohl finanziell als auch durch qualitative Beratung gefördert werden.

PRO-4-459

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 458 bis 459 einfügen:
Wohnungsneubau sind Einsparungen bis zu 2.000 Euro brutto pro Quadratmeter möglich. So wird bezahlbarer Wohnraum und auch privates Eigentum ermöglicht. Dabei setzen wir auf die barrierefreie Nutzbarkeit von Wohnraum.

Begründung

Wo über eine Absenkung von Standards gesprochen wird, sollte klar sein: Absenkungen bei den Anforderungen an die barrierefreie Nutzung sind nicht nachhaltig, wenn wir in einer alternden Gesellschaft nachhaltig Wohnraum schaffen und Menschen lange ein Wohnen im gewohnten Umfeld ermöglichen wollen.

PRO-4-466

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 465 bis 466 einfügen:
Anpassung ihrer Bauleitplanung – damit auch das Planungsrecht dem Umbauen nicht länger im Weg steht. Auch die Umnutzung und Änderung von Büro- und Gewerbeflächen wollen wir erleichtern und Zwischennutzungen von Leerständen rechtlich vereinfachen.

Begründung

Gerade in angespannten Wohnungsmärkten ist die Aktivierung bestehender Gebäude einer der schnellsten und ressourcenschonendsten Wege, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Viele ehemalige Büro- oder Gewerbeflächen stehen leer oder werden nicht effizient genutzt, während gleichzeitig die Nachfrage nach Wohnraum steigt. Durch vereinfachte Genehmigungsverfahren, flexible Nutzungsänderungen und rechtssichere Zwischennutzungen können Kommunen schneller handeln, Leerstände vermeiden und innerstädtische Strukturen stärken.

Die Ergänzung des Satzes macht deutlich: Wir wollen die bestehenden Potenziale im Gebäudebestand heben und dafür die bürokratischen Hürden deutlich senken. Damit leisten wir nicht nur einen Beitrag zu mehr bezahlbarem Wohnen, sondern auch zu Klimaschutz, Flächensparen und lebendigen Quartieren.

PRO-4-466-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 465 bis 466 einfügen:
Anpassung ihrer Bauleitplanung – damit auch das Planungsrecht dem Umbauen nicht länger im Weg steht.

Ein Sanierungssprint im Bestand kann den dringend nötigen Schub geben, um Gebäude schneller energieeffizient und zukunftsfest zu machen. Wenn wir Hürden abbauen, Eigentümer:innen verlässlich unterstützen und das regionale Handwerk stärken, entsteht bezahlbarer Wohnraum statt weiter steigender Kosten. Und klar ist: Wir brauchen beides – die individuelle Sanierung genauso wie das serielle Sanieren. Viele Mehrparteienhäuser und Geschosswohnungsbauten ähneln sich, oft sogar im Baujahr. Wenn wir diese Gemeinsamkeiten nutzen und das serielle Bauen gezielt fördern, wird der Sanierungssprint praktikabler, günstiger und wirksamer – ein echter Gewinn für die Menschen, das Handwerk und das Klima.

Begründung

Damit wir die Sanierungsquote endlich deutlich steigern, müssen wir die vorhandenen Potenziale konsequent nutzen. Viele Gebäude warten seit Jahrzehnten auf eine grundlegende Modernisierung – und genau hier setzt der Sanierungssprint an: klare Prozesse, verlässliche Förderung und ein starker Schulterschluss mit dem regionalen Handwerk. Wenn wir zusätzlich serielle Lösungen ausbauen, beschleunigen wir den Ablauf, reduzieren Kosten und erleichtern Eigentümer:innen den Einstieg. So schaffen wir den Sprung von punktuellen Einzelmaßnahmen hin zu einer flächendeckenden energetischen Erneuerung, die sowohl dem Klima als auch den Menschen zugutekommt.

PRO-4-475

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 475 bis 482:

~~Modellprojekte für energieeffizientes Bauen machen deutlich: Klimaschutz und Komfort müssen kein Widerspruch sein. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem zirkulären Bauen: Ressourcen können im Produktkreislauf bleiben statt verloren zu gehen. Dafür wollen wir ein Start-up-Zentrum für nachhaltiges Bauen aufbauen sowie temporäre Rohstoffzentren, in denen wiederverwendbare Baumaterialien gesammelt, aufbereitet und in neue Projekte eingebracht werden können. Das bringt Nachhaltigkeit auf die Baustelle und spart auf Dauer nicht nur Ressourcen, sondern auch bares Geld.~~

Modellprojekte für energieeffizientes Bauen zeigen: Klimaschutz, Komfort und Wirtschaftlichkeit schließen sich nicht aus. Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf dem zirkulären Bauen – Ressourcen sollen im Kreislauf bleiben, statt verloren zu gehen. Der Abriss von Gebäuden muss daher unter ökologischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten bewertet werden. Lebenszyklusbetrachtungen wollen wir bei landeseigenen Projekten zum Standard machen. Abrisse sollen künftig wieder mindestens anzeigepflichtig sein – perspektivisch braucht es eine echte Abrissgenehmigung. Willkürliche Rückbauten ohne Nachnutzung ganzer Bauteile oder Materialien können wir uns angesichts von täglich rund 500.000 Tonnen Bauabfall in Deutschland nicht länger leisten.

Im Falle eines Rückbaus sollen Bauteile und Materialien wiederverwendet werden können. Dafür wollen wir die Gründung und Organisation von Kreislaufbörsen fördern und temporäre Rohstoffzentren schaffen, in denen wiederverwendbare Baustoffe gesammelt, aufbereitet und in neue Projekte eingebracht werden. Bei Neubauten soll zudem ein Gebäude-Material-Pass eingeführt werden, der die verbauten Materialien und Verbindungen dokumentiert. Als Standard bei landeseigenen Projekten gilt künftig: Neubauten werden nur noch recyclingfähig und möglichst sortenrein errichtet. Mit einem Start-up-Zentrum für nachhaltiges Bauen wollen wir Innovation und Praxis verknüpfen – damit Nachhaltigkeit auf der Baustelle ankommt und langfristig Ressourcen wie Kosten spart.

Begründung

Die bisherige Passage zur Kreislaufwirtschaft griff das Thema nur oberflächlich auf und blieb hinter der Dringlichkeit der Herausforderung zurück. Der Gebäudesektor verursacht jährlich rund 500.000 Tonnen Bauabfall in Deutschland – Tendenz steigend. Gleichzeitig gehen wertvolle Ressourcen verloren, die in Zeiten knapper Rohstoffe dringend gebraucht werden. Eine moderne Wohnungspolitik muss deshalb deutlich stärker auf den Lebenszyklus von Gebäuden und eine konsequente Kreislaufwirtschaft ausgerichtet sein.

Die neuen Formulierungen machen klar:

- **Umbau vor Abriss** wird zur Leitlinie, unterstützt durch verpflichtende Lebenszyklusbewertungen.
- **Abrisse werden kontrolliert**, um willkürlichen Rückbau ohne Wiederverwertung zu verhindern.
- **Baumaterialien bleiben im Kreislauf**, durch Materialpässe, Kreislaufbörsen und Rohstoffzentren.
- **Landesbauten werden zum Vorbild**, indem nur noch recyclingfähige, sortenreine Bauweisen zum Standard werden.
- **Innovation wird gestärkt**, etwa durch ein Start-up-Zentrum für nachhaltiges Bauen.

Diese Ergänzungen schaffen einen klaren politischen Rahmen für den notwendigen Paradigmenwechsel in der Bauwirtschaft: weg von der linearen Wegwerfstruktur hin zu einer echten Kreislaufökonomie. Damit sparen wir langfristig Kosten, vermeiden Ressourcenverschwendung und leisten einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz – ohne den Wohnraumbedarf aus dem Blick zu verlieren.

PRO-4-485

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 484 bis 485 einfügen:
unterstützen wir Unternehmen gezielt bei der Entwicklung und Markteinführung neuer Baustoffe, Recycling-Baustoffe, Verfahren und Wohnkonzepte.

Wir wollen die Baukultur in Baden-Württemberg stärken. Dazu gehört auch eine breitere gesamtgesellschaftliche Bildung, die bereits im Schulunterricht ansetzt und ein Bewusstsein für gutes, nachhaltiges und sozialverträgliches Bauen schafft. Die große Anzahl und Qualität an Planungswettbewerben wollen wir weiter verbessern und die frühzeitige Partizipation sowie Einbindung von Bürger*innen fest verankern.

Ein Zentrum für Baukultur Baden-Württemberg soll dabei als Plattform dienen, um die Erkenntnisse aus dem Strategiedialog Bauen und Wohnen sowie der Internationalen Bauausstellung 2027 zu bündeln, weiterzuentwickeln und dauerhaft in Praxis, Forschung und Ausbildung zu verankern. So schaffen wir einen Ort, an dem Innovation, Architekturqualität und gesellschaftlicher Dialog zusammengeführt werden. Wir wollen weiterhin Gestaltungsbeiräte fördern.

Begründung

Die Baukultur in Baden-Württemberg soll für Qualität, Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Mehrwert stehen. Um diese Rolle zu stärken, braucht es institutionelle Strukturen, die Wissen vernetzen, Innovation fördern und Beteiligung stärken. Die Ergänzungen im Text stellen sicher, dass die Erkenntnisse der Internationalen Bauausstellung 2027 sowie des Strategiedialogs „Bauen und Wohnen“ nicht als einmalige Impulse verpuffen, sondern dauerhaft in die Planungskultur einfließen.

Ein **Zentrum für Baukultur Baden-Württemberg** schafft genau diesen Ort:
• als Plattform für Austausch zwischen Architektur, Bauwirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft
• zur Verbreitung erfolgreicher Modellprojekte in die Breite
• zur Stärkung von Baukultur als Bildungsaufgabe bereits in Schulen
• zur Professionalisierung frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung
• als Motor für nachhaltiges und sozialverträgliches Planen und Bauen

Durch die zusätzliche Förderung von Gestaltungsbeiräten wird die kommunale Bauqualität weiter gestärkt – insbesondere dort, wo Ressourcen und Expertise begrenzt sind.

Damit werden Bauqualität, Klimaschutz, Flächeneffizienz und soziale Funktionen des Wohnens zusammen gedacht. Das Land übernimmt Verantwortung dafür, dass gutes Bauen nicht die Ausnahme bleibt, sondern der neue Standard wird.

PRO-4-489

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 488 bis 490 einfügen:
Überhitzung von Städten und zum Verlust von Biodiversität führen. Unser Ziel bleibt daher, Neuversiegelung zu vermeiden und 2035 die Nettonull im Flächenverbrauch zu erreichen. Denn Flächenversiegelung verdrängt Landwirtschaft oder zerstört natürliche Böden. Mit der Förderung von

Begründung

Der Schutz unserer natürlichen Lebensräume ist eine zentrale Voraussetzung für wirksamen Klima- und Artenschutz. Deshalb muss klar erkennbar sein, wohin Baden-Württemberg steuern will. Die Netto-Null im Flächenverbrauch bis 2035 zeigt, dass wir Verantwortung übernehmen, Freiräume bewahren und den Flächenverbrauch konsequent reduzieren wollen. Gleichzeitig nutzen wir die Chancen der Innenentwicklung – für lebendige Quartiere, kurze Wege und klimastarke Kommunen. Der intelligente Umgang mit Flächen schafft Lebensqualität, stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe und sichert die Vielfalt unserer Landschaften für kommende Generationen.

PRO-4-489-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 488 bis 494:
Überhitzung von Städten und zum Verlust von Biodiversität führen. Unser Ziel bleibt daher, Neuversiegelung zu vermeiden. ~~Denn~~ Flächenversiegelung verdrängt Landwirtschaft oder zerstört dauerhaft natürliche Böden. Mit der Förderung von Innenentwicklungsprojekten wurden bereits wertvolle Flächen im Land gespart. Die von uns eingesetzten Flächenmanager*innen sorgen dafür, dass Brachflächen oder untergenutzte Flächen neu genutzt werden. Mit der neuen Landesbauordnung ~~und~~ ,der Digitalisierung der Verfahren ~~haben~~und der Einführung einer nachhaltigen Baukultur, einschließlich Schwammarchitektur, erleichtern wir ~~auch~~ das Umbauen deutlich ~~erleichtert~~. Denn beispielsweise ein erleichterter Dachgeschossausbau macht keine neue Flächenneuversiegelung notwendig und Wohnraum kann schnell und kostengünstig geschaffen werden.

Begründung

Die Anpassung des Absatzes macht deutlich, dass die Landespolitik auch eine nachhaltige Baukultur fördern will. Durch die Ergänzung von „nachhaltiger Baukultur (Schwammarchitektur)“ wird hervorgehoben, dass innovative Planungs- und Baukonzepte – wie Schwammstadt-Ansätze oder Dachgeschossausbauten – dazu beitragen, bestehende Flächen effizient zu nutzen und neue Versiegelung zu vermeiden. Damit wird der Bezug zu den Zielen des Landesentwicklungsplans („Raum für Morgen“) gestärkt, insbesondere die Verbindung von Innenentwicklung, Klimaschutz, Biodiversität und nachhaltiger Raumnutzung. Gleichzeitig verdeutlicht der Text, dass Umbau- und Nachverdichtungsmaßnahmen schnelle, kostengünstige und ökologische Lösungen für den Wohnraummangel ermöglichen, ohne die natürlichen Böden weiter zu belasten.

PRO-4-495

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 495 bis 497:
~~Denn grundsätzlich~~Grundsätzlich gilt für uns weiterhin: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Eine moderne Umbaukultur, Innenraumverdichtungen und die Steigerung der Flächeneffizienz ~~haben Vorrang vor Flächenversiegelung~~wird unterstützt durch die Einführung einer Flächenkreislaufwirtschaft. Diese umfasst den kommunalen Nachweis nach Flächenerfordernis im Außenbereich, bzw. eine Alternativenprüfung zur Vermeidung einer Neuerschließung. Dies erspart den Kommunen die Erstellung und Unterhalt teurer technischer und sozialer Erschließungsmaßnahmen in den Außenbereichen. Ebenso ist der ökologische und ökonomische Wert der Ökosystemleistung des Freiraums bei jeder Neuversiegelung mit einzupreisen.

Begründung

Die Flächenkreislaufwirtschaft ermöglicht eine nachhaltige und wirtschaftlich effiziente Steuerung von Flächenressourcen. Indem Kommunen den Wert von Freiraum und Ökosystemleistungen berücksichtigen, können sie neue Versiegelungen vermeiden und langfristige Kosten reduzieren.

PRO-4-498

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 498 bis 501:
~~Um unsere heimischen Landschaften zu erhalten und gewachsene Strukturen zu nutzen, hat~~Eine qualifizierte Innenentwicklung ~~in Gemeinden~~muss jedoch durch eine Stärkung der Grünstrukturen begleitet werden. Wir werden die Kommunen durch entsprechende Förderungen unterstützen. Ferner möchten wir die Kommunen bei der Einhaltung städtebaulicher Mindestdichten und ~~Städten zunächst Vorrang – denn sie spart Fläche, reduziert Kosten~~flächeneffizienter Bautypologien sowie Ausweisung „grüner, blauer und ~~stärkt das Miteinander~~naturverträglicher“ Baugebiete fördern.~~[Leerzeichen]~~

Von Zeile 506 bis 507 einfügen:
wir grundsätzlich darauf, dass prioritär baureife, aber unbebaute Grundstücke in der Innenstadt entwickelt werden. Kommunen werden hier weiterhin beim Grundstückserwerb unterstützt durch den „landeseigenen Bodenfond“.

Begründung

Die Anpassung des Absatzes unterstreicht, dass Innenentwicklung nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern eng mit der Stärkung von Grün- und Freiflächen verbunden sein muss. Durch gezielte Förderung und Unterstützung der Kommunen bei flächeneffizienten Bautypologien, städtebaulichen Mindestdichten und der Aktivierung bereits vorhandener Flächen wird eine nachhaltige, sozial und ökologisch verträgliche Stadtentwicklung ermöglicht. Gleichzeitig sichern Instrumente wie die Grundsteuer C und der landeseigene Bodenfonds Anreize für die Mobilisierung innerörtlicher Grundstücke und verhindern spekulative Flächeninanspruchnahme am Ortsrand.

PRO-4-511

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 510 bis 511 einfügen:
Überblick über ungenutzte Potenziale. Wer leerstehende Gebäude wieder in Wohnraum verwandelt, soll dafür zweckmäßige finanzielle Unterstützung erhalten. Wichtige Themen wie Flächenressourcenschutz und damit auch Klima- und Biodiversitätsschutz wollen wir langfristig durch unabhängige Agenturen, wie die Klima- und Energieagenturen begleitet lassen. Diese können, insbesondere kleine Kommunen, die nicht über genügend fachliche und personelle Kapazitäten verfügen, unterstützen und beraten.

Begründung

Die Einbindung unabhängiger Agenturen wie der Klima- und Energieagenturen gewährleistet eine fachlich fundierte Begleitung von Maßnahmen zum Flächenressourcenschutz, Klima- und Biodiversitätsschutz. Gerade kleinere Kommunen erhalten so die notwendige Unterstützung und Beratung, um komplexe Vorgaben effektiv umzusetzen und langfristig nachhaltige, klimaresiliente Stadt- und Regionalentwicklung zu fördern.

PRO-4-511-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 510 bis 511 einfügen:
Überblick über ungenutzte Potenziale. Wer leerstehende Gebäude wieder in Wohnraum verwandelt, soll dafür zweckmäßige finanzielle Unterstützung erhalten. Eine naturverträgliche Energieversorgung ist wichtige Voraussetzung für Arbeiten und Leben in unserem Land. Hierzu möchten wir durch die verbindliche Festlegung von **qualitativen Zielen** bei der Errichtung von Energieerzeugeranlagen, bspw. von „naturverträglichen PV-FF-Anlagen“, mit Monitoring der Umweltfolgen beitragen.

Begründung

Durch die verbindliche Festlegung qualitativer Ziele und ein begleitendes Monitoring wird sichergestellt, dass der Ausbau erneuerbarer Energien im Einklang mit ökologischen Vorgaben erfolgt. So schützen wir Natur und Biodiversität, während wir gleichzeitig eine verlässliche und zukunftsfähige Energieversorgung für Arbeiten und Leben in Baden-Württemberg sicherstellen.

PRO-4-524

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Energie
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 523 bis 524 einfügen:
einerseits eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, aber auch eine gut geplante soziale Infrastruktur und ein Energiemanagement auf Quartierssebene.

PRO-4-541

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 540 bis 542 einfügen:
Lebensräumen. Dafür haben wir die Strategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten“ auf den Weg gebracht und führen sie fort. Diese Quartierstrategie enthält Maßnahmen, die Kommunen, Landkreise und zivilgesellschaftliche Akteure dabei

PRO-4-553

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 552 bis 553 einfügen:
Hitzebelastung. So entstehen Nachbarschaften, in denen ältere Menschen sicher, selbstbestimmt und mit guter Lebensqualität alt werden können.

Jugendliche im ländlichen Raum brauchen verlässliche Strukturen, die ihnen echte Perspektiven eröffnen - unabhängig davon, wo sie aufwachsen. Dazu gehören gut erreichbare Begegnungsorte, stabile Jugendhilfestrukturen, sichere Verkehrsanbindungen und digitale Angebote, die Teilhabe nicht vom Wohnort abhängig machen. Wenn wir Vereine, Jugendhäuser, mobile Angebote und regionale Netzwerke stärken, schaffen wir Räume, in denen junge Menschen gehört werden, sich entwickeln können und Lust haben, ihre Heimat aktiv mitzugestalten. So wächst nicht nur Gemeinschaft, sondern auch Zukunftskraft für ganze Regionen.

Begründung

Die Bedarfe von Jungen Menschen, gerade im ländlichen Raum, müssen im Quartier 2030 mitgedacht werden.

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Erwin Köhler (KV Heilbronn)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-4

Nach Zeile 553 einfügen:

Wir setzen uns für eine höhere Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ein – als Raum für alle Generationen. Gesellschaft braucht frei zugängliche Orte ohne Konsumzwang, in denen Konflikte moderiert statt einzelne Gruppen verdrängt werden. Auch Kinder und Jugendliche brauchen altersgerechte Frei- und Schutzräume. Dazu gehören insbesondere Bolzplätze als niedrigschwellige Begegnungsorte über soziale Grenzen hinweg. Wir wollen ihren Erhalt sichern und Kommunen Spielräume für Sanierung und Neubau geben.

Unterstützer*innen

Julia Ines Link (KV Stuttgart); Susanne Aschhoff (KV Mannheim); Thomas Gönner (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Ana Sauter (KV Reutlingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Niklas Becker (KV Konstanz); Margrit Liedloff (KV Neckar-Bergstraße); Colin Christ (KV Heilbronn); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Zora Brändle (KV Mannheim); Nick Dreyzehner (KV Mannheim)

PRO-4-553-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Planen, Bauen, Wohnen
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 552 bis 553 einfügen:
Hitzebelastung. So entstehen Nachbarschaften, in denen ältere Menschen sicher, selbstbestimmt und mit guter Lebensqualität alt werden können.

Wenn kirchliche Flächen zum Verkauf stehen, droht wertvoller Boden allzu leicht in spekulative Hände zu geraten – und damit gehen Chancen für bezahlbaren Wohnraum und gemeinwohlorientierte Nutzung verloren. Damit Kommunen handlungsfähig bleiben, kann das Land sie über den Grundstücksfonds gezielt unterstützen: schnell, verlässlich und mit klarer Priorität für nachhaltige Entwicklung. Genau deshalb wollen wir den Grundstücksfonds weiterentwickeln – damit das Land aktive Bodenpolitik der Kommunen noch besser absichern und strategisch flankieren kann. So sichern wir wichtige Flächen für soziale, ökologische und öffentliche Zwecke und stärken die kommunale Gestaltungskraft dort, wo es drauf ankommt.

Begründung

Eine Weiterentwicklung des Grundstücksfonds ist notwendig, weil viele Kommunen heute trotz klarer wohnungs- und strukturpolitischer Ziele finanziell oder zeitlich an ihre Grenzen stoßen. Der Druck auf den Bodenmarkt wächst, kirchliche und andere strategisch wichtige Flächen werden häufiger veräußert – oft schneller, als Kommunen reagieren können. Wenn das Land hier stärker an ihrer Seite steht, können Grundstücke rechtzeitig gesichert, Spekulation begrenzt und gemeinwohlorientierte Nutzungen dauerhaft ermöglicht werden. Ein moderner, schlagkräftiger Grundstücksfonds gibt Kommunen genau die Rückendeckung, die sie brauchen, um aktive Bodenpolitik zu betreiben und langfristig stabile, nachhaltige Wohn- und Lebensräume zu schaffen.

PRO-4-558

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 557 bis 559 einfügen:
Baden-Württemberg leben Menschen, die sich sicher fühlen, weil sie auf eine gute und moderne medizinische und pflegerische Versorgung zählen können. Unser Ziel ist es, Menschen ein langes, gesundes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir denken

PRO-4-568

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 568 bis 572:

~~Das Leben ist voller Höhen und Tiefen und manchmal gehören auch Krankheiten und Unfälle dazu. Deshalb setzen wir auf ein starkes öffentliches Gesundheitssystem, das allen Patient*innen die richtige Hilfe zur richtigen Zeit am richtigen Ort bietet. Wir setzen uns bei der Bundesregierung~~ Wir setzen auf ein starkes öffentliches Gesundheitssystem, das allen Patient*innen die richtige Hilfe zur richtigen Zeit am richtigen Ort bietet. Bei der Bundesregierung setzen wir uns

PRO-4-571

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 570 bis 573:
das allen Patient*innen die richtige Hilfe zur richtigen Zeit am richtigen Ort bietet. ~~Wir setzen uns bei der Bundesregierung für eine verlässliche Krankenhausfinanzierung ein, damit unsere Krankenhäuser gut ausgestattet sind und unsere Ärzt*innen und Pflegekräfte ihrer Arbeit optimal nachkommen können.~~Ärzt*innen, Pflegefachkräfte und viele weitere Beschäftigte leisten in unseren Krankenhäusern täglich Großartiges. Damit sie ihre Arbeit gut machen können, setzen wir uns für eine verlässliche Finanzierung der Krankenhausbehandlung durch den Bund ein. Im Land wollen wir die Investitionsförderung deutlich erhöhen – dabei sollen neben einer guten Ausstattung Investitionen in die Nachhaltigkeit besonders berücksichtigt werden.

PRO-4-582

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG FrauenPolitik
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 581 bis 583 einfügen:
Familien leisten hier Enormes. Der Großteil der Arbeit und Fürsorge wird von pflegenden Angehörigen und Lebensgefährt*innen übernommen. Insbesondere von Frauen, die sich um Eltern, Schwiegereltern und Kinder kümmern und noch einer Erwerbsarbeit nachgehen.

PRO-4-587

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 586 bis 590:
Versorgung weiterentwickeln. Wir verbessern aber auch den Zugang und die Qualität niedrigschwelliger Betreuungs- und Entlastungsangebote. ~~Die Ausbildung in der Pflegehilfe haben wir modernisiert und attraktiver gestaltet. Mit dem Ausbau der assistierten Ausbildung der Pflegehilfe und Alltagsbetreuung wirken wir dem Fachkräftemangel entgegen.~~Wir ergänzen die Pflegeassistenzausbildung gezielt durch intensive Deutschförderung für Migrant*innen. So schaffen wir neue Chancen für Integration und sichern zugleich qualifizierte Fachkräfte für unsere Pflege.
Wir setzen uns für die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen (z.B. Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie) ein, weil sie allen Menschen – unabhängig von ihrer finanziellen Situation – den Zugang zu einer hochwertigen Ausbildung ermöglicht und so langfristig die Versorgung im Gesundheitswesen stärkt

PRO-4-601

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 600 bis 602 einfügen:
interdisziplinäre Kommunikation zwischen Ärzt*innen unter Einbeziehung der Patient*innen und gewährleisten so die bestmögliche Behandlung. Durch eine zeitgemäße digitale Erreichbarkeit und Beratung durch die Hausarztpraxis lassen sich viele Fragen und Sorgen von Patient*innen niederschwellig klären und ungezielte Inanspruchnahme im hochspezialisierten Medizinsystem vermeiden.

PRO-4-606

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 605 bis 607 einfügen:
Die Gesundheitsversorgung ist die vergangenen Jahre in Bewegung geraten. Wir wollen Schritt halten und neue Maßstäbe setzen. Die Gesundheitsversorgung ist die vergangenen Jahre in Bewegung geraten. Wir
wollen Schritt halten und neue Maßstäbe setzen. Eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik muss aus unserer Perspektive die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Forschung, Diagnostik und Versorgung konsequent berücksichtigen. Noch immer prägt die „männliche Norm“ große Teile der medizinischen Standards. Um eine gerechte Gesundheitsversorgung für alle zu gewährleisten ist eine Repräsentation von FINTA*- Personen in Lehrmaterial, Studien und der weiteren Forschung allgemein zwingend zu berücksichtigen. Wir finden, es braucht eine Gesundheitsstrategie, die konsequent machtkritisch, intersektional und diskriminierungsfrei gestaltet ist.
FINTA*-Personen und marginalisierte Gruppen müssen in ihren Beschwerden, Erfahrungen und Bedarfen ernst genommen und in Forschung, Ausbildung und Versorgung strukturell sichtbar gemacht werden. Nur eine genderinklusive und diverse Medizin kann Gesundheit für alle ermöglichen. Unser Ziel ist es, überall im Land eine Versorgung nach bestem Forschungsstand und bester medizinischer Praxis
zu gewährleisten – für jeden Menschen, egal wo er oder sie lebt. Unser Ziel ist es, überall im Land eine Versorgung nach bestem Forschungsstand und bester medizinischer Praxis

Begründung

Wer diskriminiert wird, hat schlechtere Chancen, gesund zu bleiben oder im Krankheitsfall angemessen versorgt zu werden. Dieser Realität sind aktuell FINTA*-Personen (Frauen, inter, nicht-binäre, trans und agender Menschen) in unserem medizinischen System ausgesetzt. Tagtäglich erleben sie nach wie vor strukturelle Ausschlüsse und sind damit einem erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Um diesem entgegenzuwirken, benötigt es ein Voranbringen des aktuellen Gesundheitssystem mit dem Ziel geschlechtssensibel und intersektional zu behandeln.

PRO-4-608

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 607 bis 608 einfügen:
Land eine Versorgung nach bestem Forschungsstand und bester medizinischer Praxis zu gewährleisten – für jeden Menschen, egal wo er oder sie lebt.

Wir setzen uns dafür ein, die medizinische Versorgung für sich als inter, nicht-binäre, trans und agender definierende Personen umfassend auszubauen und diskriminierungsfrei zu gestalten. Dazu gehören flächendeckend qualifizierte Fachstellen, verbindliche Fortbildungen zu geschlechtlicher Vielfalt, klare Finanzierung und ein bürokratieärmerer Zugang zu hormonellen, operativen und psychosozialen Leistungen. Nur eine gut erreichbare, sensible und respektvolle Gesundheitsversorgung ermöglicht diesen Menschen echte Selbstbestimmung, Sicherheit und Teilhabe. Auch psychologische Unterstützung, reproduktive Gesundheitsangebote und die Versorgung in der Grundmedizin möchten wir aktiv inklusiv gestalten, damit inter, nicht-binäre, trans- und agender Menschen nicht länger durch strukturelle Hürden von einer angemessenen Behandlung ausgeschlossen werden. Nur eine gut erreichbare, kompetente und respektvolle Gesundheitsversorgung ermöglicht aus unserer Sicht echte Selbstbestimmung, Sicherheit und gleichberechtigte Teilhabe.

Begründung

Inter, nicht-binäre, trans und agender Personen stoßen im Gesundheitssystem weiterhin auf strukturelle Hürden, die eine angemessene Versorgung und den Umgang mit ihrer Geschlechtsidentität verhindern. Flächendeckend qualifizierte Fachstellen, verbindliche Fortbildungen und ein bürokratiearmer Zugang zu medizinischen und psychosozialen Leistungen sind daher essenziell. Nur eine erreichbare, kompetente und respektvolle Gesundheitsversorgung gewährleistet echte Selbstbestimmung, Sicherheit und die gleichberechtigte Teilhabe aller.

PRO-4-608-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 607 bis 608:
Land eine Versorgung nach bestem Forschungsstand und bester medizinischer Praxis zu gewährleisten – für jeden Menschen, egal wo ~~er~~ eine Person lebt.

Und egal welchem biologischen oder sozialen Geschlecht sie ~~lebt~~sich zuordnet.
Deshalb legen wir Förderprogramme[1] für die Erforschung genderspezifischer Krankheiten sowie genderspezifischer Unterschiede bei allgemeinen Erkrankungen auf, um beides stärker zu berücksichtigen. Dies umfasst weit mehr als die Berücksichtigung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen. So spielt unter anderem die genetische Ausstattung, die Anatomie, die Immunabwehr und die Sexualhormone eine erhebliche Rolle für die Entwicklung von Medikamenten, Diagnostik und Therapien.
Um die vorhandenen Förderinstrumente auf gendergerechte Gesundheitsversorgung auszurichten, werden wir gezielt Kontingente hierauf ausrichten — z. B. durch passgenaue Förderlinien, Netzwerke, Partnerschaften und Monitoring. Da das Thema mit anderen Innovationsfeldern konkurriert, werden wir genügend finanzielle Mittel bereitstellen und Prioritäten setzen. Mit diesen Maßnahmen werden wir nicht nur Innovationen stimulieren, sondern auch dazu beitragen, Versorgungslücken zu schließen, die aufgrund geschlechtsspezifischer Unterschiede bisher wenig adressiert werden.
Etwa ermutigen wir Unternehmen in Baden-Württemberg[2], in die Entwicklung einer Gesundheitsversorgung zu investieren, die diese Vieldimensionalität berücksichtigt. Dies kann beispielsweise Stipendien und Preise für Start-ups oder Unternehmen, die entsprechende Innovationen vorantreiben, beinhalten. Dabei müssen grundsätzlich alle gesundheitlichen Daten nach Geschlecht, Gender und Ethnie differenziert erfasst werden, um den Unternehmen belastbare geschlechtsspezifische Daten zur Verfügung zu stellen. Neben direkten Fördergeldern stellen wir Beratung, Netzwerke und Plattformen bereit, die die Unternehmen bei der Entwicklung gendergerechter Gesundheitsdienstleistungen unterstützen – z. B. über Innovationsagenturen, Vernetzungsstrukturen, Mentoring und Qualifizierungsprogramme.
Wir richten für alle Gesundheitsberufe Förderprogramme für gendermedizinische Lehre an Universitäten ein, um diese im Lehrplan zu verankern und – wo bestehend – weiterzuentwickeln.
Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass die Leitlinien im Gesundheitswesen gender- und geschlechtsspezifische Unterschiede berücksichtigen.

Begründung

[1] https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/forschung/forschungsfoerderung/foerderprogramme

[2] Wie z.B. durch Programme von Invest BW, dem größten einzelbetrieblichen Förderprogramm in Baden-Württemberg. Hier könnten durch einen dedizierten „Gender-Health“-Förderaufruf Projekte zur geschlechterspezifischen Diagnostik, Therapie, Prävention und Versorgungskonzepten (z. B. für Frauengesundheit, Geschlechtsdiversität) initiiert werden. https://www.gesundheitswirtschaft.ihk.de/netzwerke/foerdermittel/foerderaufruf-invest-bw-gesundheit-und-leben-6707988?

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Julian Pascal Beier (KV Göppingen)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 607 bis 608 einfügen:
Land eine Versorgung nach bestem Forschungsstand und bester medizinischer Praxis zu gewährleisten – für jeden Menschen, egal wo er oder sie lebt.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst – Rückgrat der Gesundheitsversorgung von morgen

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist, als dritte Säule neben der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung, das Rückgrat einer bedarfsgerechten und präventiven Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg. In den vergangenen 15 Jahren haben wir Grünen die Gesundheitsämter durch die Schaffung von 700 neuen, unbefristeten Vollzeitstellen massiv gestärkt und damit die Infrastruktur für einen modernen Gesundheitsschutz aufgebaut. Die Corona-Pandemie hat eindrucksvoll gezeigt, wie unverzichtbar ein funktionierender ÖGD für den Schutz der Bevölkerung ist. Jetzt geht es darum, diese Stärke strategisch weiter auszubauen und die Gesundheitsämter verstärkt als Motoren für Gesundheitsförderung und Prävention in den Kommunen zu etablieren.

Wir wollen den Öffentlichen Gesundheitsdienst konsequent in Richtung Gesundheitsplanung, Gesundheitsförderung und Prävention weiterentwickeln. Gerade in den Kommunen liegt großes Potenzial: Hier werden gesundheitsfördernde Maßnahmen für Bürger*innen konkret spürbar – von der Kita über die Schule bis ins Quartier. Durch eine spezialisierte Kompetenzstelle "Gesunde Lebenswelten/Gesunde Kommune" wollen wir die Gesundheitsämter darin unterstützen, systematische gesundheitsfördernde Entwicklungsprozesse in Städten und Gemeinden anzustoßen, zu koordinieren und nachhaltig zu begleiten. Dabei rückt auch die mentale Gesundheit stärker in den Fokus: Einsamkeit, psychische Belastungen durch Arbeitsverdichtung, Zukunftsängste und die Folgen der Klimakrise betreffen immer mehr Menschen. Der ÖGD kann hier präventiv wirken, indem er kommunale Strategien zur Förderung psychischer Gesundheit entwickelt, Netzwerke zwischen Beratungsstellen, Schulen und Selbsthilfegruppen aufbaut und niedrigschwellige Angebote koordiniert.

Baden-Württemberg ist mit der flächendeckenden Einrichtung von Kommunalen Gesundheitskonferenzen als zentrales Gremium für lokale Gesundheitsfragen bundesweit Vorreiter – diesen Weg werden wir weiter stärken und mit Leben füllen. Diese Konferenzen bringen alle relevanten Akteur*innen vor Ort zusammen und ermöglichen eine koordinierte, bedarfsgerechte Gesundheitsplanung, die körperliche wie seelische Gesundheit gleichermaßen berücksichtigt.

Eine ressortübergreifende Gesundheitsstrategie mit klar definierten Gesundheitszielen ist der

Schlüssel, um ein ganzheitliches Verständnis von Gesundheit nach dem Grundsatz "Health in All Policies" zu verankern. Der ÖGD wird dabei eine zentrale Rolle spielen: Er koordiniert zwischen Stadtplanung, Umweltschutz, Bildung, Sozialem und Wirtschaft, um gesundheitsfördernde Rahmenbedingungen für alle zu schaffen, unabhängig von Geldbeutel und Wohnort.

Besondere Aufmerksamkeit richten wir auf gesundheitliche Chancengleichheit, den Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen und die Bekämpfung von Gesundheitsungleichheiten. Menschen ohne Krankenversicherung, Geflüchtete, Menschen in Armut sowie Menschen mit Behinderungen erhalten durch niedrigschwellige Angebote und den konsequenten Abbau von Barrieren besseren Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und Prävention. Gerade bei der mentalen Gesundheit zeigt sich, wie sehr soziale Faktoren über Wohlbefinden entscheiden: Wer in prekären Verhältnissen lebt, ist deutlich höheren psychischen Belastungen ausgesetzt. Der ÖGD kann hier als Lotse fungieren, der Menschen den Zugang zu psychosozialer Beratung, Selbsthilfegruppen und therapeutischen Angeboten erleichtert und gleichzeitig präventive Strukturen vor Ort aufbaut.

Um den ÖGD auch wissenschaftlich zu stärken und als attraktives Arbeitsfeld für Mediziner*innen zu etablieren, setzen wir uns, analog zu den bewährten Instituten für Allgemeinmedizin, für die Einrichtung von Instituten für Öffentliches Gesundheitswesen/Public Health an allen Medizinischen Fakultäten des Landes ein. Diese Institute sollen Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung im Bereich Public Health vorantreiben, Studierende frühzeitig für die wichtige Arbeit im ÖGD begeistern und die wissenschaftliche Fundierung der öffentlichen Gesundheitsarbeit sicherstellen. Ein Schwerpunkt muss dabei auf der Erforschung und Vermittlung von Mental Health liegen, denn psychische Gesundheit ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit und wird in der medizinischen Ausbildung noch immer zu wenig berücksichtigt.

Die Herausforderungen der Zukunft – von Epidemien über den Klimawandel bis hin zu neuen Infektionskrankheiten, den gesundheitlichen Folgen sozialer Ungleichheit und der steigenden Bedeutung psychischer Gesundheit – erfordern einen gestärkten ÖGD mit modernen Instrumenten, digitaler Infrastruktur und hochqualifiziertem Personal. Mit innovativen Projekten wie unserem Hitzeaktionsplan Öffentlicher Gesundheitsdienst Baden-Württemberg (HOT-BW) zeigen wir bereits heute, wie der ÖGD Gesundheitsrisiken in sich verändernden Zeiten aktiv gestalten und schützen kann. Gleichzeitig brauchen wir kommunale Strategien gegen Einsamkeit und für psychisches Wohlbefinden, die der ÖGD koordinieren und wissenschaftlich begleiten kann.

Ein moderner Öffentlicher Gesundheitsdienst ist nicht nur für Krisen notwendig, sondern hat vor allem einen Gestaltungsauftrag für eine gesunde Gesellschaft – körperlich wie seelisch. Wir werden ihn personell, finanziell und strukturell so ausstatten, dass Gesundheitsschutz, Prävention und Chancengleichheit für alle Menschen in Baden-Württemberg Wirklichkeit werden.

Begründung

Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist im aktuellen Programmentwurf nicht ausreichend gewürdigt, obwohl er eine zentrale Säule unserer Gesundheitsversorgung darstellt. Die Corona-Pandemie hat

die elementare Bedeutung funktionierender Gesundheitsämter für den Schutz der Bevölkerung drastisch vor Augen geführt.

Warum dieser Änderungsantrag notwendig ist:

1. **Würdigung grüner Erfolge:** In 14 Jahren grün-geführter Landesregierung wurden 700 neue Vollzeitstellen im ÖGD geschaffen – ein enormer Kraftakt, der im Programm sichtbar sein muss.
2. **Strategische Neuausrichtung:** Der ÖGD muss vom reaktiven Krisenmanager zum proaktiven Gestalter von Gesundheitsförderung und Prävention werden. Dies entspricht unserem Leitmotiv „präventiv vor ambulant, ambulant vor stationär".
3. **Mental Health als Public-Health-Thema:** Die psychische Gesundheit der Bevölkerung ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Die WHO schätzt, dass bis 2030 psychische Erkrankungen die häufigste Krankheitsgruppe weltweit sein werden. Der ÖGD kann hier präventiv wirken:
    1. Koordination von Präventionsangeboten in Schulen, Betrieben und Quartieren.
    2. Aufbau von Netzwerken zwischen psychosozialen Beratungsstellen.
    3. Entwicklung kommunaler Strategien gegen Einsamkeit.
    4. Niedrigschwellige Zugänge zu Unterstützungsangeboten.
    5. Früherkennung psychischer Belastungen in vulnerablen Gruppen.
4. **Ganzheitlicher Gesundheitsbegriff:** Mental Health ist untrennbar mit körperlicher Gesundheit, sozialen Faktoren und Umweltbedingungen verbunden. Der ÖGD kann diese Zusammenhänge in der kommunalen Planung sichtbar machen und gesundheitsfördernde Strukturen schaffen.
5. **Gesundheitliche Chancengleichheit:** Der ÖGD ist der zentrale Akteur, um vulnerable Gruppen zu erreichen und Gesundheitsungleichheiten abzubauen – gerade bei psychischer Gesundheit zeigt sich der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Erkrankungsrisiko besonders deutlich.
6. **Wissenschaftliche Fundierung:** Die Forderung nach Instituten für Public Health an allen Medizinischen Fakultäten ist essentiell, um:
    1. Die wissenschaftliche Qualität der Arbeit zu steigern.
    2. Mental Public Health als integralen Bestandteil von Public Health zu etablieren.
    3. Nachwuchs für den ÖGD zu gewinnen.
    4. Die Attraktivität des Berufsfeldes zu erhöhen.
    5. Forschung zu gesundheitlicher Chancengleichheit und psychischer Gesundheit zu stärken.
7. **Klimakrise und Gesundheit:** Mit Projekten wie dem Hitzeaktionsplan zeigen wir, dass der ÖGD zentral für die Bewältigung klimabedingter Gesundheitsrisiken ist – auch für die psychischen Folgen der Klimakrise wie Zukunftsängste und klimafolgenbedingte Traumata, beispielsweise nach Hochwasserkatastrophen.
8. **Kommunale Verankerung:** Die Gesundheitsämter sind die Schnittstelle zwischen Landesgesundheitspolitik und konkreter Lebensrealität der Menschen vor Ort. Gerade in der Prävention braucht es wohnortnahe, niedrigschwellige Angebote.

9. **Kohärenz mit dem Gesamtprogramm:** Die Ergänzung fügt sich nahtlos in die Gesamtstrategie ein und konkretisiert:
    1. Den Anspruch "Health in All Policies".
    2. Die bereits im Programm erwähnte Strategie gegen Einsamkeit.
    3. Den Ausbau psychosozialer Beratung.
    4. Die Quartiersstrategie.
10. **Aktualität und gesellschaftliche Relevanz:** Die psychische Gesundheit, insbesondere von jungen Menschen, hat sich seit der Pandemie deutlich verschlechtert. Der ÖGD kann hier strukturell gegensteuern.

Der ÖGD bildet die Brücke zwischen Prävention und Versorgung.

Dieser Änderungsantrag stärkt unser Profil als Partei, die Gesundheit ganzheitlich denkt, Prävention ernst nimmt, Mental Health als gleichwertiges Gesundheitsthema anerkennt und alle Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Lage, im Blick hat.

Unterstützer*innen

Julia Uebele (KV Göppingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Leni Reiland (KV Mannheim); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Niklas Becker (KV Konstanz); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Richard Langer (KV Tübingen); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen)

PRO-4-621

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 620 bis 622:
Egal ob jung oder alt, zugezogen oder hier geboren, Menschen mit ~~Inklusionsbedarf~~Behinderungen oder ohne – alle gehören dazu. Ein Leben in Selbstbestimmung für alle ist unser Ziel. Wir Grüne wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Begründung

Statt "Menschen mit Inkusionsbedarf" sollten wir durchgängig "Menschen mit Behinderungen" verwenden.

PRO-4-622

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 621 bis 623 einfügen:
Inklusionsbedarf oder ohne – alle gehören dazu. Ein Leben in Selbstbestimmung für alle ist unser Ziel. Das gilt auch und besonders für mehrfach benachteiligte Menschen (Alte, Behinderte, Frauen, Migranten, Queere). Wir Grüne wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das unsichtbare Band zwischen den Generationen festigen.

PRO-4-626

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 625 bis 629:
viele Projekte auf den Weg gebracht, die soziale Teilhabe, Barrierefreiheit und altersgerechtes Wohnen und Leben fördern. Wir sorgen dafür, dass Quartiere für alle Generationen ein gutes Leben bieten. Ein wichtiger ~~Aspekt~~Baustein der Strategie ist die Förderung von Mehrgenerationenhäuser~~n~~, die als Orte ~~des generationsübergreifenden Lebens und~~ der generationenübergreifenden Begegnung und Teilhabe dienen. Auch inklusive Wohnformen und neue Unterstützungsnetzwerke wurden aufgebaut.

PRO-4-632

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 631 bis 633 einfügen:
Städte nach dem Vorbild der „*Age Friendly Cities*“ der Weltgesundheitsorganisation WHO. „Age friendly cities“ meint die altersfreundliche, aber auch generationenfreundliche Stadt oder Gemeinde, die das Wohlbefinden aller Menschen entsprechend ihres Alters fördert und ihre Lebensqualität verbessert, in dem sie eine Anpassung von Infrastruktur, Diensten und Angeboten ermöglicht. . Ambulant betreute Wohngemeinschaften stärken wir finanziell und rechtlich, damit mehr Menschen eine echte Wahl haben, wie sie im

Begründung

Präzisierung eines wenig bekannten Begriffes.

PRO-4-634

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 634 bis 635 einfügen:
Zugang zu Menstruationsprodukten ist eine Frage der Gleichberechtigung und der gesundheitlichen Grundversorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Universitäten, Rathäusern und Behörden kostenfreie Periodenprodukte flächendeckend bereitgestellt werden. Dazu gehören nicht nur einfache Verfügbarkeit, sondern auch niedrigschwellige Zugänge und diskriminierungsfreie Informationsangebote.
Auf diese Weise wird über den Zyklus von Menschen mit Gebärmutter aufgeklärt und die Menstruation enttabuisiert. Durch das Abbauen finanzieller Barrieren, werden Menstruierende unabhängig von Alter, sozialer Lage oder Wohnort in ihrer Selbstbestimmung und der Möglichkeit von sozialer Teilhabe unterstützt. Kostenfreie Periodenprodukte empfinden wir als einfacher, aber wirkungsvoller Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung und der Gesundheit aller Menschen.

Begründung

Der verlässliche Zugang zu Menstruationsprodukten ist ein grundlegender Baustein für Gleichberechtigung und gesundheitliche Versorgung. Kostenfreie und niedrigschwellige Angebote in öffentlichen Gebäuden bauen finanzielle Hürden ab, fördern Aufklärung, enttabuisieren die Menstruation und stärken die Selbstbestimmung sowie soziale Teilhabe aller Menstruierenden.

PRO-4-634-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 634 bis 638:
Mentale Gesundheit für alle

~~Wir setzen uns mit aller Kraft gegen Einsamkeit ein, die so viele Menschen betrifft und ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden gefährdet. Wir wollen eine Strategie gegen Einsamkeit entwickelt und setzen auf eine zentrale Anlaufstelle, die denen, die sich einsam fühlen, Hilfe und Unterstützung anbietet.~~

Eine gute Gesundheitsversorgung muss die psychische Gesundheit (mental health) der Menschen in den Blick nehmen. In allen Altersgruppen wächst die Zahl der Betroffenen, die unter Erkrankungen wie Depressionen, Belastungsstörungen etc. leiden, oder die in ihrer Lebenssituation Einsamkeit oder Mobbing erleben. Das ist nicht nur eine Belastung für die Betroffenen selbst, sondern oft auch für ihre Angehörigen. Zudem gehen viele psychische Erkrankungen mit einem stark erhöhten Risiko für körperliche Krankheiten einher. Es ist deshalb wichtig, dass psychische Erkrankungen früh erkannt werden, dass es ausreichend vorbeugende und aufklärende Angebote gibt und Betroffene schnell in Behandlung kommen können.

Wir wollen passgenaue Hilfen erhalten und bedarfsgerecht ausbauen. Wichtig sind wohnortnahe niederschwellige Angebote. Das umfasst sowohl Anlaufstellen als auch aufsuchende Arbeit. Ehrenamtliche Helfer*innen und Selbsthilfegruppen sind eine wertvolle Ergänzung eines umfassenden Angebots.

Begründung

Mentale Gesundheit ist ein sehr wesentliches Thema, das durchaus nicht nur Kinder und Jugendliche betrifft (s. Z. 746ff., dort erwähnt) und Einsamkeit im Alter (s. o.). Die Probleme mit psychischen Erkrankungen nehmen in allen Altersgruppen zu. Die Versorgung ist oft unzureichend, und es dauert zu lange, bis Betroffene Hilfe finden. Das ist nicht nur ein individuelles Problem, sondern hat auch gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen. Deshalb sollte das Thema „mental health“ als eigenes Kapitel hervorgehoben werden.

PRO-4-635

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 635 bis 638 löschen:
~~Wir setzen uns mit aller Kraft gegen Einsamkeit ein, die so viele Menschen betrifft und ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden gefährdet. Wir wollen eine Strategie gegen Einsamkeit entwickelt und setzen auf eine zentrale Anlaufstelle, die denen, die sich einsam fühlen, Hilfe und Unterstützung anbietet.~~

Begründung

Soll eine Extra Absatz bekommen um Relevanz zu verdeutlichen

PRO-4-638

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nathalie Ibeh (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 637 bis 638 einfügen:
Strategie gegen Einsamkeit entwickelt und setzen auf eine zentrale Anlaufstelle, die denen, die sich einsam fühlen, Hilfe und Unterstützung anbietet.

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

Die Klimakrise stellt „die größte Gesundheitsbedrohung für die Menschheit“ dar, so die World Health Organisation (WHO) 2023. Auf lange Sicht sind unsere Lebensgrundlagen und die Basis für eine gesunde Gesellschaft – sauberes Wasser und saubere Luft, eine stabile Nährstoffversorgung und ein Dach über dem Kopf – durch den Klimawandel bedroht.

Allein in Deutschland sind in den Sommern 2023 und 2024 etwa 6000 Menschen an den Folgen extremer Hitze gestorben. Die Bedrohungen durch Flüssigkeitsmangel, Hitzeerschöpfung und Hitzeschläge nehmen zu und gefährden besonders die Gesundheit von älterern Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen, Kindern, Schwangeren und Neugeborenen. Wissenschaftler*innen befürchten zudem eine bisher nicht gekannte Verschlimmerung bestehender Krankheiten, sollte sich das Klima weiter so rasant verändern wie bisher. Nicht zuletzt nimmt das Risiko für Infektionskrankheiten durch steigende Temperaturen oder stehende Gewässer, welche durch Stürme oder Überflutungen entstehen, auch bei uns von Jahr zu Jahr zu.

Die Angst vor den Folgen des Klimawandel trägt gerade bei der jungen Generation schon heute zu einer starken psychischen Belastung in Form von Angstzuständen, Depressionen oder sogar posttraumatischen Belastungsstörungen bei. All das kann, wenn wir nicht rechtzeitig und entschlossen genug handeln, zu einer fatalen Mehrfachbelastung des Gesundheitssystems führen.

Wir verschließen unsere Augen nicht vor den Bedrohungen, die von dem Klimawandel und der zunehmenden Erderhitzung ausgehen. Wir Blicken nach vorne und gehen die nötigen Schritte um unsere Gesundheit nicht nur heute, sondern auch in Zukunft zu sichern.

Ein wichtiges und effektives Mittel, um die Kommunen auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten ist die Ausarbeitung und Umsetzung von Hitzeaktionsplänen. Deshalb haben wir das Verbundprojekt „HOT-BW“ zum Schutz vor Hitze auf den Weg gebracht. Das Ziel dieses Projektes war es die Entwicklung und Umsetzung von Hitzeaktionsplänen durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) voranzutreiben und so eine Vorbildfunktion für andere Bundesländer einzunehmen, die auf die hier gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse zurückgreifen können. Die Umsetzung und Planung von Hitzeschutzmaßnahmen, sowie die Erstellung von Hitzeaktionsplänen findet in immer mehr Gemeinden, Kommunen und Kreisen statt. Dies ist ein

wichtiger Erfolg und zeigt uns, dass dieser Weg weiter gegangen werden muss.

Wir wissen, der Klimawandel stellt eine ernstzunehmende Bedrohung dar, doch wir kennen auch Lösungen um diese zu adressieren. Wir müssen für mehr Schatten an öffentlichen Plätzen, die Entsiegelung von Flächen und eine einfache Verfügbarkeit von Trinkwasser im öffentlichen Raum sorgen um Städte hitzeresistent zu machen. Durch Hitzeaktionspläne kann dies umgesetzt werden. Deshalb setzen wir uns mit all unserer Kraft für deren landesweite Umsetzung ein. Nachhaltige und generationenübergreifende Gesundheit kann nicht ohne Klimaschutz gedacht werden und bildet deshalb die Basis für unsere weiteren Ziele und Forderungen.

Begründung

Der Klimawandel stellt laut der WHO die größte Bedrohung für unsere Gesundheit und unser Gesundheitssystem dar. Dies muss bei der Planung und Umsetzung politischer Maßnahmen im Gesundheitssektor beachtet werden. Zudem muss deutlich gemacht werden, dass die Gestaltung eines zukunftsfähigen Gesundheitssektors auch die Vorbereitung auf zusätzliche Belastungen durch die Klimakrise miteinschließt. Die Projekte, die beispielsweise im Bereich des Hitzeschutzes, bereits erarbeitet wurden, sollten genannt und aber auch verbessert und elaboriert werden. Die Klimakrise betrifft mittlerweile jeden Sektor. Und gerade im Gesundheitssektor ist es relevant die Verbindungen zwischen Klimakrise und physischer, sowie mentaler Gesundheit klar zu benennen und zu adressieren.

Unterstützer*innen

Richard Langer (KV Tübingen); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Katrin Herbel (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Julia Uebele (KV Göppingen); Leni Reiland (KV Mannheim); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Valerie Fischer (KV Tübingen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Hannelore Schult (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); David Gorré (KV Konstanz); Niklas Becker (KV Konstanz)

PRO-4-642

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 641 bis 643 einfügen:
Pflege- und Unterstützungsbedarf haben. Der Großteil wird von pflegenden Angehörigen übernommen. Vor allem Frauen führen den Haushalt, übernehmen die Carearbeit und die Verantwortung für die Eltern und Schwiegereltern, ziehen die eigenen Kinder groß

Begründung

Es wird oft übersehen, dass auch die Hausarbeit zum großen Teil von Frauen übernommen wird. Dies gilt es ebenso zu würdigen, wie die darüber hinausgehende unbezahlte Verantwortungsübernahme.

PRO-4-645

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 644 bis 645:
und gehen einer Erwerbsarbeit nach. Wir unterstützen pflegende Angehörige durch niederschwellige Unterstützungsangebote wie dem Ausbau der Tages- und ~~nutzen jede helfende Hand~~Kurzzeitpflegeplätze.

PRO-4-646

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 646 bis 649 löschen:

~~In einer immer älter werdenden Gesellschaft gewinnt die Pflege als Berufsbild immer mehr an Bedeutung. Deshalb wollen wir Pflegekräfte entlasten, neue Menschen für diesen Beruf gewinnen und gute Arbeitsbedingungen schaffen. Pflege muss attraktiv sein – in Ausbildung, Alltag und Aufstieg.~~

PRO-4-657

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2026

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 656 bis 657 einfügen:
entgegen. Pflegefachkräfte unterstützen wir bei der Einwanderung nach Baden-Württemberg durch die neue Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften.*Wir werden die professionelle Pflege auf allen Ebenen stärken.*
Im Rahmen eines dauerhaften Strategiedialogs Pflege bringen wir Fachkräfte, Wissenschaft, Verbände und Politik zusammen, um gemeinsam tragfähige Lösungen für die Zukunft zu entwickeln und auf Entwicklungen schnell reagieren zu können
Wir wollen die Pflegebildung modernisieren und ausbauen – von der Pflegeassistenz bis zum Masterabschluss. Mit gezielten Maßnahmen werden wir Menschen für dieses Berufsbild gewinnen. Dazu gehören neue Berufsbilder wie die Community Health Nurse, die wohnortnahe Versorgung, Prävention und Gesundheitsförderung stärkt. Gleichzeitig wollen wir die Pflegeforschung im Land ausbauen, um innovative Versorgungskonzepte zu entwickeln und die Pflegewissenschaft zu stärken.“

PRO-4-658

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 658 bis 660:

~~Um die Pflege als Beruf attraktiver zu machen, bringen wir eine umfassende „Fachkräftestrategie Pflege“ auf den Weg.~~. Pflegekräfte brauchen Mitsprache – deshalb wollen wir den Landespflegerat zu einer starken und professionellen

PRO-4-664

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2026

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 663 bis 664 einfügen:
kultursensible Pflege nehmen wir stärker in den Blick und fördern interkulturelle Kompetenz und Kompetenzen entlang aller Vielfaltsdimensionen.

Begründung

Die Gesellschaft ist vielfältig. Nicht nur kultursensible Kompetenzen sind in der Pflege erforderlich, sondern beispielsweise auch behinderungs- und queersensible Kompetenzen.

PRO-4-675

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 674 bis 679:
sektorenübergreifen Versorgung unerlässlich, für den wir uns beim Bund weiterhin einsetzen werden. ~~Die Schaffung von Primärversorgungszentren und die Finanzierung von Case-Management-Aufgaben durch nicht-ärztliche Fachkräfte muss Teil der Regelversorgung werden, damit Patientinnen und Patienten die bestmögliche Versorgung erhalten und die kostbare Ressource Arzt-Zeit effizient eingesetzt wird.~~Die Gesundheitsversorgung der Zukunft setzt auf multiprofessionelle Teams, um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen und die knappe Arztzeit dort einzusetzen, wo sie wirklich gebraucht wird. Dafür müssen Primärversorgungszentren sowie die unabhängige Finanzierung von Case-Management-Aufgaben durch Pflegefachpersonen und andere Gesundheitsberufe fester Bestandteil der Regelversorgung werden. Wir lehnen investorengeführte MVZ´s ab. Immer wieder werden dort Profitinteressen über das Patientenwohl gestellt und sich auf profitable Leistungen konzentriert. Kommunale, genossenschaftlich geführt gGmH`s sollen gefördert werden. Wir erwarten zumindest, dass auf jedem Praxisschild auf den Träger deutlich hingewiesen wird.

PRO-4-679

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 678 bis 679 einfügen:
bestmögliche Versorgung erhalten und die kostbare Ressource Arzt-Zeit effizient eingesetzt wird.
Die Sätze für die Hebammen sind mit den Krankenkassen immer noch zu niedrig ausgehandelt. Wir setzen uns für ein gutes Einkommen für Hebammen und in der Pflege ein.

Begründung

Hebammen sind wichtig. Sie brauchen ein Einkommen von dem sie leben können. Die aktuellen Sätze sind mit den Krankenkassen zu gering ausgehandelt. Auch Menschen, die in der Pflege arbeiten, brauchen ein gutes Einkommen. Hebammen und Pflegekräfte sind systemrelevant für eine resiliente Gesellschaft.

PRO-4-679-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Simone Fischer (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 678 bis 679 einfügen:
bestmögliche Versorgung erhalten und die kostbare Ressource Arzt-Zeit effizient eingesetzt wird. Dazu stärken wir die interprofessionelle Zusammenarbeit von Ärzt*innen und Angehörigen anderer Gesundheitsbezrufe wie zum Beispiel Community Health Nurses, Hebammen, Therapeut*innen und Pflegefachpersonen.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Maria Flendt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Sascha Müller (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Damian Kunkis (KV Reutlingen); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Vanessa Herbert (KV Stuttgart); Anette Vogt (KV Stuttgart); Birgit Zauner (KV Bodenseekreis); Amelie Montigel (KV Stuttgart); Anke Weber (KV Stuttgart); Estrella Rödel (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Nadine Candelaresi (KV Böblingen); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land)

PRO-4-696

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Wanja Pasdzierny (KV Mannheim)

Änderungsantrag zu PRO-4

Nach Zeile 696 einfügen:
Das Praktische Jahr ist zentral für die Ausbildung angehender Ärztinnen und Ärzte und prägt maßgeblich die Wahl ihres späteren Berufsorts. Um die gesundheitliche Versorgung in Baden-Württemberg langfristig zu sichern, setzen wir Grüne uns für bessere Bedingungen im PJ ein: durch eine existenzsichernde Mindestvergütung, eine strukturierte und qualitativ hochwertige Lehre in den Kliniken sowie die Anerkennung von Krankheitstagen.

Begründung

Anders als Referendar*innen in Jura oder Lehramt, die monatlich deutlich über 1.000 Euro erhalten, bekommen PJ-Studierende keine festehende Mindestvergütung, sodass an manchen Standorten lediglich rund 300 Euro Entschädigung gezahlt werden. Dies steht in keinem Verhältnis zu der Verantwortung und Arbeitsbelastung, die im PJ bei Vollzeitarbeit im Krankenhaus in der Patientenversorgung getragen werden. Angesichts des dringenden Bedarfs an Nachwuchsmediziner*innen ist diese Ungleichbehandlung weder zeitgemäß noch vermittelbar.

Zudem führt die aktuelle Regelung von Fehl- und Krankheitstagen zu unhaltbaren Situationen: Wer im PJ erkrankt, muss dafür häufig die wenigen Urlaubstage einsetzen. Das setzt Studierende unter erheblichen Druck, begünstigt selbstgefährdende Entscheidungen und ist auch im Interesse der Patientensicherheit nicht vertretbar.

Auch die Ausbildungsqualität unterscheidet sich landesweit stark. An manchen Standorten werden die vorgesehenen wöchentlichen Lerneinheiten sehr mangelhaft umgesetzt. Um eine hochwertige und verlässliche medizinische Ausbildung sicherzustellen, braucht es deshalb verbindliche, landesweit einheitliche Qualitätsstandards im PJ.

Unterstützer*innen

Leni Reiland (KV Mannheim); Daniel Jobke (KV Mannheim); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Sara Lena Rumpf (KV Mannheim); Julia Gast-Federspiel (KV Mannheim); Alexander Kohn (KV Mannheim); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Riley Dresen (KV Mannheim); Harald Knecht (KV Mannheim); Linus Wöllner (KV Mannheim); Nadyne Saint-Cast (KV Freiburg); Tamara Beckh (KV Mannheim); Rosa Valerie Buss (KV Konstanz); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Antonia Kind (KV Ulm); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Julia Uebele (KV Göppingen)

PRO-4-706

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Frauenpolitik
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 705 bis 707:
unbürokratisch und im engen Schulterschluss mit den Kommunen vor Ort. So sorgen wir dafür, dass überall im Land eine verlässliche medizinische Grundversorgung[Zeilenumbruch] gewährleistet bleibt.

Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung stärken

Die Gesundheitsversorgung von Frauen wollen wir gezielt verbessern. Dazu fördern wir ein Forschungsprojekt zum Gender Data Gap in der Medizin, um die Grundlage für eine geschlechtergerechte medizinische Versorgung zu schaffen. Medizinische Forschung und Versorgung müssen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern besser berücksichtigen – von Diagnostik und Therapie bis hin zu Prävention und Rehabilitation.
Vor, während und nach der Geburt sind Hebammen unverzichtbar für die physische und psychische Gesundheit von Mutter und Kind. Wir setzen uns dafür ein, die Hebammenversorgung flächendeckend und verlässlich sicherzustellen. Jede Frau soll eine Hebamme an ihrer Seite haben – in der Schwangerschaft, bei der Geburtsvorbereitung, während der Geburt sowie in der wichtigen Nachsorge im Wochenbett.
Dafür braucht es eine angemessene Vergütung der Hebammenleistungen und eine zeitgemäße Ausgestaltung der Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Hebammen und Familien. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Verbesserung des Hebammenhilfevertrags in der gesetzlichen Krankenversicherung einsetzen – für eine sichere und verlässliche Versorgung von Müttern, Kindern und Familien.
Zu einer guten medizinischen Versorgung gehört, dass jede Frau Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen bekommt, um eine selbstbestimmte Entscheidung zu treffen. Wir setzen uns für eine flächendeckende Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen ein - insbesondere im ländlichen Raum von Baden-Württemberg. Auf Bundesebene wirken wir darauf hin, dass selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in § 218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert, sondern grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden.
Wir setzen uns für eine diskriminierungsfreie, bedarfsgerechte und sichere Gesundheitsversorgung für LSBTIQ*-Personen ein. Queere Menschen haben ein Recht auf medizinische Betreuung, die ihre Lebensrealitäten respektiert – frei von Vorurteilen, Ausgrenzung oder strukturellen Barrieren. Deshalb machen wir uns für den Ausbau von Fortbildungen zu LSBTIQ*-Sensibilität im Gesundheitswesen stark. Spezialisierte Beratungs- und Versorgungsangebote fördern wir und queere Perspektiven in der Gesundheitsforschung und -planung wollen wir stärker berücksichtigen. Zentral ist dabei der Schutz vor Diskriminierung in medizinischen Einrichtungen. Denn Gesundheit darf keine Frage der sexuellen Orientierung oder

geschlechtlichen Identität sein – sondern ein Menschenrecht für alle.
Außerdem legen wir besonderen Fokus auf ein barrierefreies und inklusives Gesundheitssystem im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wollen die Selbsthilfe weiter stärken und die Patient*innenbeteiligung in der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens ausbauen.

Begründung

Es gibt auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung, nach wie vor einen großen Bedarf, auf die Geschlechtergerechtigkeit einzugehen., unterschiedliche Bedürfnisse, unterschiedliche Datengrundlagen und unterschiedliche Ausgangssituation machen dies nötig. In unserem Antrag gehen wir auf diese Punkte ein.

Wir brauchen eine flächendeckende Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen, besonders im ländlichen Raum sind wir nicht gut aufgestellt.

Wir Grüne müssen zu diesem wichtigen Thema der Selbstbestimmung, Stellung beziehen und können ein, uns so wichtiges Thema, im Wahlprogramm nicht unerwähnt lassen.

PRO-4-707

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 706 bis 707 einfügen:
wir dafür, dass überall im Land eine verlässliche medizinische Grundversorgung gewährleistet bleibt.

Wir setzen uns für eine diskriminierungsfreie, flächendeckende und rechtlich abgesicherte rechtsmedizinische Versorgung ein, die die Bedürfnisse und Realitäten insbesondere von FINTA*-Personen (Frauen, inter, nicht-binäre, trans und agender Menschen) ernst nimmt. Rechtsmedizinische Unterstützung darf nicht an eine Strafanzeige gebunden sein, sondern muss barrierefrei, anonym, niedrigschwellig und intersektional zugänglich sein – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Wohnort oder Versicherungssituation.
Um dies zu erreichen, möchten wir den Ausbau von Gewaltschutzambulanzen und rechtsmedizinischen Versorgungseinheiten mit spezifischer FINTA*-Kompetenz im ganzen Land vorantreiben. Eine gesetzlich verankerte, kostenlose und anonyme Spurensicherung muss landesweit verfügbar sein. Begleitend dazu sehen wir mehrsprachige und barrierefreie Informationsangebote, verpflichtende Fortbildungen für Fachkräfte zu Geschlechtervielfalt, Diskriminierungsschutz sowie die Zusammenarbeit mit queeren, feministischen und migrantischen Beratungsstellen als notwendig. Um eine Versorgung zu garantieren, die allen Menschen schützt und ernst nimmt, möchten wir geschlechtersensible Datenerhebungen zur Nutzung rechtsmedizinischer Angebote etablieren und Forschung zu Barrieren, Bedarfen und Erfahrungen marginalisierter Gruppen gezielt fördern.

Begründung

Eine diskriminierungsfreie, niedrigschwellige und rechtlich abgesicherte rechtsmedizinische Versorgung ist essenziell, um Betroffene von Gewalt wirksam zu schützen. Barrierefreie und anonyme Spurensicherung, spezialisierte Gewaltschutzambulanzen sowie qualifizierte Fachkräfte stellen sicher, dass Gewaltopfer ernst genommen und abgesichert werden. Nur durch flächendeckende Angebote, zugängliche Informationen und geschlechtersensible Strukturen kann eine Versorgung gewährleistet werden, die Betroffene schützt und ihre Rechte wahrt.

PRO-4-722

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG WiFiSo
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 721 bis 723 einfügen:
Aufmerksamkeit. Wir brauchen ein starkes Netz aus früher Hilfe, Beratung und Schutz – analog wie digital.
Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz vor sexualisierter Gewalt. Wir wollen das Thema dauerhaft aus der Tabuzone holen und Betroffene wirksam stärken. Deshalb schaffen wir eine unabhängige Landesbeauftragtenstelle gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Sie bündelt die Aktivitäten des Landes, sorgt für wirksame Prävention, Intervention und Aufarbeitung und ist zentrale Ansprechstelle für Betroffene und Institutionen. Nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz und Thüringen richten wir zudem einen Landesbetroffenenrat ein. So werden die Erfahrungen und Perspektiven von Betroffenen systematisch in politische Entscheidungsprozesse eingebracht und die Schutz- und Hilfestrukturen im Land kontinuierlich weiterentwickelt.

Begründung

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ist ein gravierendes gesellschaftliches Problem, das entschlossenes Handeln erfordert. Mit einer unabhängigen Landesbeauftragtenstelle und einem Landesbetroffenenrat wird der Kinderschutz in Baden-Württemberg strukturell gestärkt, die Zusammenarbeit der Akteur*innen verbessert und die Stimme der Betroffenen dauerhaft gehört.

PRO-4-723

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 722 bis 725:
Schutz – analog wie digital. Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder vor Gewalt geschützt und in ihrer Entwicklung gestärkt werden. ~~Unser Ziel ist eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft, in der Familien Wertschätzung, Unterstützung und echte Entlastung erfahren.~~

Regionale Netzwerke für Kinderschutz, wie wir sie in Modellprojekten gefördert haben, wollen wir im ganzen Land gewährleisten.

Unser Ziel ist eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft, in der Familien Wertschätzung, Unterstützung und echte Entlastung erfahren.

Begründung

Bei den regionalen Netzwerken für Kinderschutz haben wir Gutes und Wichtiges auf den Weg gebracht - und noch einiges vor. Das hat nicht nur für die Fachöffentlichkeit eine hohe Relevanz, die sich auch im Programm widerspiegeln muss.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Carina Häussler (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Anke Weber (KV Stuttgart); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Simone Fischer (KV Stuttgart)

PRO-4-723-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Sabrina Bauer (KV Pforzheim und Enzkreis)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 722 bis 725 einfügen:
Schutz – analog wie digital. Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder vor Gewalt geschützt und in ihrer Entwicklung gestärkt werden. Dafür bauen wir das Beratungs- und Fortbildungsangebot für Lehrkräfte und Schulleitungen für die Erstellung von wirksamen Schutzkonzepten an Schulen im ganzen Land stetig aus. Unser Ziel ist eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft, in der Familien Wertschätzung, Unterstützung und echte Entlastung erfahren. **Dazu gehören auch Erwachsene, die in ihrer Kindheit oder Jugend von sexualisierter Gewalt betroffen waren. Künftig wollen wir das Beratungs- und Therapieangebote für diese Gruppe stärken.**

Begründung

Der erfolgreiche Masterplan Kinderschutz BW zeigt, dass die Landespolitik Kinderschutz systematisch stärken kann. Doch für wirksame Schutzkonzepte an Schulen reichen die bestehenden Fortbildungsangebote vom Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) nicht aus. Schulen brauchen zusätzlich kontinuierliche Begleitung und Fortbildungen durch die regionalen spezialisierten Fachberatungsstellen – dafür müssen weitere Landesmittel bereitgestellt werden.

Prävention ist aktiver Schutz vor sexualisierter Gewalt und muss auch direkt mit Schüler*innen stattfinden. Gleichzeitig ist die Finanzierung der schulischen Prävention zwischen Kultus- und Sozialministerium aktuell ungeklärt, was zu Lücken im Präventionsangebot vor Ort führt. Die Praxis zeigt die Notwendigkeit deutlich: in präventiven Angeboten wie Workshops für Schüler*innen, Elternabenden oder Fortbildungen für Fachkräfte treten regelmäßig neue Fälle an Licht, die ohne diese Angebote häufig weiter im Dunkelfeld geblieben wären. Eine aktuelle Dunkelfeldstudie des ZSI Mannheim (Zentrum für seelische Gesundheit) zeigt, dass 12,7 % der Erwachsenen, bei Frauen sogar 20,6 %, in Kindheit oder Jugend sexualisierte Gewalt erlebt haben.

Daher ist zudem die Beratung und therapeutische Unterstützung erwachsener Betroffener aktiver Kinderschutz, weil eigene Traumafolgen die Wahrnehmung von Risiken für oder die Betroffenheit bei eigenen Kinder beeinträchtigen können. Eine Befragung zur flächendeckenden Versorgung zu diesem Themenbereich der DHBW Stuttgart bestätigt den hohen Bedarf an gut ausgebauten Angeboten.

Unterstützer*innen

Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Julia Uebele (KV Göppingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Ursula Häffner (KV Karlsruhe-Land); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Verena Anlauf (KV

Karlsruhe); Marc Keil (KV Pforzheim und Enzkreis); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Richard Langer (KV Tübingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Leni Reiland (KV Mannheim); Fynn Rubehn (KV Böblingen)

PRO-4-731

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julian Pascal Beier (KV Göppingen)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 730 bis 731 einfügen:
frühzeitig begegnen. So schaffen wir Sicherheit in einer zunehmend digitalen Lebenswelt – zu Hause, in der Schule und unterwegs.

Kinder und Jugendliche gehören zu den verletzlichsten Gruppen in unserer Gesellschaft und verdienen besonderen Schutz – auch in unserem Gesundheitssystem. Ärzt*innen, Pflegekräfte und weiteres medizinisches Fachpersonal, ob in der Klinik, in der Praxis oder in anderen Einrichtungen, sind oft die ersten, die mit Fällen von Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung in Berührung kommen. Deshalb wollen wir nach den Kriterien der **Deutschen Gesellschaft für Kinderschutz in der Medizin e.V. akkreditierte,** multiprofessionelle Kinderschutzgruppen in allen Kinderkliniken des Landes etablieren und dauerhaft mit ausreichend Personal und Ressourcen ausstatten. Diese Teams aus Ärzt*innen, Pflegefachkräften, Psycholog*innen sowie Sozialarbeiter*innen bearbeiten Verdachtsfälle systematisch und fachkundig, beraten niedergelassene Ärzt*innen, Praxisteams, Hebammen, Schulen und andere Einrichtungen im Umgang mit möglichen Kindeswohlgefährdungen und geben allen Beschäftigten im Gesundheitswesen Handlungssicherheit. Sie entwickeln in Kooperation mit den Gewaltschutzambulanzen klare Verfahrenswege und Standards zur Erkennung, Dokumentation und Intervention bei Kindeswohlgefährdungen und sorgen über regelmäßige Schulungen und Sensibilisierung für eine Kultur des Hinschauens. Besonders wichtig ist uns die enge Vernetzung dieser Kinderschutzteams mit Jugendämtern, dem (kinder-)ärztlichen Bereitschaftsdienst sowie weiteren Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe. So schützen wir betroffene Kinder und Jugendliche besser, stärken das Vertrauen der Familien und setzen stärker als bisher auf Prävention, frühe Hilfen, Beratung und Unterstützung – damit Krisen möglichst gar nicht erst entstehen.

Begründung

Medizinische Fachkräfte sind in vielen Fällen die ersten Personen außerhalb der Familie, die Anzeichen von Vernachlässigung, Misshandlung oder sexuellem Missbrauch wahrnehmen können. Ohne klare Strukturen, feste Zuständigkeiten und abgestimmte Verfahren gehen wichtige Hinweise verloren, Handlungsspielräume bleiben ungenutzt oder es entstehen Unsicherheiten, wann wer wie eingreifen darf oder muss.

Spezialisierte, multiprofessionelle Kinderschutzteams schaffen hier Klarheit und Qualität:

- Sie bündeln die fachliche Expertise von Medizin, Pflege, Psychologie und Sozialarbeit.
- Sie sorgen für standardisierte Abläufe bei Verdachtsfällen, von der Diagnostik über die Dokumentation bis hin zur Kooperation mit Jugendämtern und anderen Stellen.

- Sie geben allen Mitarbeitenden im Gesundheitswesen konkrete Ansprechpartner*innen und klare Handlungswege an die Hand.

Durch regelmäßige Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen dieser Teams kann eine echte „Kultur des Hinschauens“ etabliert werden. So wird der im Text bereits beschriebene Anspruch eines starken Kinderschutzes – analog wie digital – um einen zentralen Baustein in der Gesundheitsversorgung ergänzt.

Gleichzeitig stärken Kinderschutzteams die Zusammenarbeit mit Jugendämtern, dem (kinder-)ärztlichen Bereitschaftsdienst und der Kinder- und Jugendhilfe. Strukturiertes Case-Management und festgelegte Kommunikationswege verhindern, dass Verantwortung zwischen Institutionen hin- und hergeschoben wird. Stattdessen entsteht ein verlässliches Netz aus medizinischen, psychosozialen und jugendhilflichen Angeboten, das Kinder und Jugendliche besser schützt und Familien frühzeitig unterstützt.

Die Einführung und institutionelle Verankerung solcher Teams erhöht:

- die Qualität der Versorgung betroffener Kinder,
- die Handlungssicherheit und Entlastung der Fachkräfte
- und die Chancen, Kindeswohlgefährdungen früh zu erkennen und zu vermeiden.

Damit wird die bereits im Programm angelegte Linie konsequent fortgeführt:

- Gesundheit und Kinderschutz werden zusammengedacht („Health in all Policies“).
- Prävention, frühe Hilfen und niedrigschwellige Unterstützung für Familien werden gestärkt.
- Strukturen werden so aufgebaut, dass Schutz nicht vom Zufall einzelner engagierter Personen, sondern von klaren, verlässlichen Standards abhängt.

Baden-Württemberg kann mit flächendeckend etablierten Kinderschutzteams in Krankenhäusern eine Vorreiterrolle einnehmen: als Land, das Kinderschutz nicht nur in Gesetzen und Leitlinien, sondern konkret im klinischen Alltag verankert – verbindlich, professionell und zum Wohl der Kinder und Jugendlichen.

Unterstützer*innen

Julia Uebele (KV Göppingen); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Petra Krebs (KV Wangen); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Philip Singer (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Pauline Valentin (KV Freiburg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Finn Schwarz (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe)

PRO-4-738

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 737 bis 738 einfügen:
Hilfsangeboten verlassen können – alltagsnah, unbürokratisch und in jeder Lebenslage.
Wir setzten uns für den Ausbau und die Absicherung landesweit verfügbarer, niedrigschwelliger und kostenfreier Beratungsangebote rund um ungewollte Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche ein. Unser Ziel ist hierbei, allen Betroffenen unabhängig von Wohnort, sozialer Situation, Herkunft, Alter oder anderen potenziellen Barrieren einen diskriminierungsfreien Zugang zu verlässlichen Informationen und professioneller Unterstützung zu ermöglichen.
Für die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung durch qualifizierte Beratungskräfte gehören aus unserer Perspektive, insbesondere mehrsprachige Informationsmöglichkeiten und digitale Beratungsformate. Zudem möchten wir die Zusammenarbeit zwischen Beratungsstellen und medizinischen Einrichtungen stärken, um Betroffene umfassend und respektvoll zu begleiten und Schwangerschaftsabbrüche zu entkriminalisieren.

Begründung

Der Ausbau niedrigschwelliger, kostenfreier und landesweit verfügbarer Beratungsangebote zu ungewollten Schwangerschaften ist entscheidend, um allen Betroffenen einen diskriminierungsfreien Zugang zu verlässlicher Information und professioneller Unterstützung zu sichern. Damit wird sichergestellt, dass Betroffene unabhängig von Wohnort oder Lebenssituation respektvoll begleitet werden und notwendige Hilfen ohne Hürden erhalten.

PRO-4-738-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG WiFiSo
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 737 bis 738 einfügen:
Hilfsangeboten verlassen können – alltagsnah, unbürokratisch und in jeder Lebenslage. Dazu bedarf es einer strukturellen Förderung von Koordinationsstellen in den Landkreisen und den Aufbau von Lotsensystemen für Familien vor Ort. Die Vielfalt von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Angeboten für Familien kann nur erhalten und qualifiziert werden, wenn Koordinations- und Netzwerkstrukturen ausgebaut werden. Gerade in den Quartieren und in der Fläche sorgen aktive Familien für Stabilität und Lebendigkeit und bilden die Grundlage für Demokratie und Resilienz in den Lebensräumen der Menschen im Land.

Begründung

Die Familienförderstrategie war eine Forderung aus dem letzten Wahlprogramm, erste Schritte wurden begonnen, aber für eine echte Strategie braucht es langfristige und nachhaltige Strukturen, für die Planung in den Landkreisen und vor Ort. Familien sind vielfältig und Angebote für sie müssen das auch sein. Dazu braucht es Netzwerkarbeit und Koordination, die vielfach nicht finanziert ist. Aktuell stehen viele Einrichtungen der Familienbildung vor den Aus, weil die Finanzierungen oft kurzfristig sind. Der Aufbau von nachhaltigen angeboten, die die Familien beteiligen, ist so nicht möglich. Wir brauchen eine Strategie, die nachhaltig und langfristig ist und die Vernetzung und Weiterentwicklung von Familienbildung ermöglicht. Damit familien überall im land verlässlich Unterstützung, Anregungen und Kontakte finden, die sie gerade brauchen.

PRO-4-738-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu PRO-4

Nach Zeile 738 einfügen:
Wir fördern mit dem grün geführten Sozialministerium erfolgreich regionale Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut – um allen Kindern volle soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Wir wollen solche Netzwerke landesweit etablieren.

Begründung

Das Thema Kinderarmut fehlt bisher im Programm, obwohl wir hier mit dem grün geführten Sozialministerium einiges auf den Weg gebracht haben - und noch sehr viel vorhaben.

Unterstützer*innen

Ulrike Felger (KV Böblingen); Peter Koderisch (KV Freiburg); Marius Blascheck (KV Stuttgart); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Carina Häussler (KV Stuttgart); Dirk Grunert (KV Mannheim); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Wolfgang Straub (KV Reutlingen); Annika Franz (KV Tübingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Martin Schüler (KV Tübingen); Anke Weber (KV Stuttgart); Johanna Thym (KV Stuttgart); Luca Secci (KV Stuttgart); Ursula Vaas-Hochradl (KV Esslingen); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Birgit Popp-Kreckel (KV Stuttgart); Eric Betzin (KV Karlsruhe-Land)

PRO-4-745

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 744 bis 745 einfügen:
vermitteln. Darüber hinaus setzen wir uns für die Entwicklung einer landesweiten Präventionsstrategie ein.
Mit der Einführung eines landesweit verpflichtenden Konzeptes zur mentalen Gesundheit in allen (Hoch-)Schulen, Kindergärten und Kindertageseinrichtungen kann die die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen frühzeitig gestärkt, Belastungen vorgebeugt und von bereits Betroffene wirksam geschützt werden.
Hierzu möchten wir klare Qualitätsstandards und verbindliche Strukturen entwickeln. Ebenso sind unter anderem regelmäßige Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte, Beratungsangebote, systematische Präventionsprogramme sowie die feste Verankerung psychosozialer Kompetenzen im pädagogischen Alltag umfasst werden. Die Zusammenarbeit der Einrichtungen mit Sozialarbeiter*innen oder Psycholog*innen ist aus unserer Perspektive essenziell.
Als Unterstützung für das pädagogische Fachpersonal benötigt es außerdem regelmäßige niedrigschwellige Supervisionsangebote und klar zugeteilte Beratungsstellen. Hervorzuheben ist, dass die Pädagog*innen keinem Fall als Alternative zu fachspezifischen Anlaufstellen fungieren.
Unser Ziel der Konzepteinführung ist es, den Kindern und Jugendlichen schon früh und unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status gute Bedingungen für eine gesunde Entwicklung zu bieten und psychische Belastungen frühzeitig zu erkennen und wirksam zu begegnen.

Begründung

Ein landesweit verpflichtendes Konzept zur mentalen Gesundheit in allen Bildungseinrichtungen ist notwendig, um Kinder und Jugendliche frühzeitig zu stärken und psychischen Belastungen wirksam vorzubeugen. Klare Qualitätsstandards, verbindliche Strukturen und regelmäßige Fortbildungen sichern eine professionelle Umsetzung und somit auch die Zukunft der Heranwachsenden.

PRO-4-745-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 744 bis 745 einfügen:
vermitteln. Darüber hinaus setzen wir uns für die Entwicklung einer landesweiten Präventionsstrategie ein.
Jugendarbeit spielt eine entscheidende Rolle dabei, junge Menschen dort zu erreichen, wo sie leben, sich treffen und Unterstützung benötigen. Hierzu benötigt es Orte, kostenlose Angebote und Ansprechpartner*innen, die ihnen Schutz, Beratung und Teilhabe ermöglichen.
Wir wollen die Jugendarbeit landesweit ausbauen, spezialisierte Teams fördern und die Angebote gezielt geschlechtersensibel und queerinklusiv gestalten. Dazu gehören qualifizierte Fachkräfte, sichere Begegnungsräume, aufsuchende Unterstützungsangebote und eine verlässliche Finanzierung. Nur durch starke, vielfältige und gut erreichbare Strukturen kann Jugendarbeit ein Umfeld schaffen, in dem speziell weibliche und queere Jugendliche gesehen werden. Unser übergreifendes Ziel ist es die Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit der Jugendlichen zu stärken und fördern.

Begründung

Jugendarbeit ist zentral, um junge Menschen in ihrem Alltag zu erreichen und zu unterstützen. Geschlechtersensible und queerinklusive Angebote, qualifizierte Fachkräfte, sichere Räume und verlässlich finanzierte Strukturen sind entscheidend, damit insbesondere weibliche und queere Jugendliche gesehen und gestärkt werden. Nur eine vielfältige, gut erreichbare Jugendarbeit bietet die Grundlage echter Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit.

PRO-4-745-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Nach Zeile 745 einfügen:

Prävention ist der Mittelpunkt unserer Drogen- und Suchtpolitik. Daher braucht es mehr Aufklärungsarbeit an Schulen. Wir wollen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchtgefährdeten Menschen. Durch Angebote zur Schadensminderung können gesundheitliche Risiken z.B. durch gestreckte Drogen reduziert werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Inhaltsstoffe von Drogen überprüfen zu lassen (Drug-Checking).

Begründung

Drogen/Suchtprävention als Thema fehlt.

PRO-4-746

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 746 bis 750 löschen:
~~Mentale Gesundheit wird zu einem festen Bestandteil unserer Gesundheitsstrategie. Mit mehr Schulpsycholog*innen, dem Ausbau von Therapieplätzen für Kinder und Jugendliche, der Stärkung Psychosoziale Beratung und einer gemeindepsychiatrisch organisierte Not- und Krisenversorgung packen wir das Thema entschieden an.~~

Begründung

Mentale Gesundheit ist eine sehr bedrohende Situation für Menschen und besonders junge Menschen in unserem Land, deshalb halten wir einen extra unterpunkt darüber für äuserst relevant.

PRO-4-746-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: David Marx-Stölting (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 746 bis 750:

~~Mentale Gesundheit wird zu einem festen Bestandteil unserer Gesundheitsstrategie. Mit mehr Schulpsycholog*innen, dem Ausbau von Therapieplätzen für Kinder und Jugendliche, der Stärkung Psychosoziale Beratung und einer gemeindepsychiatrisch organisierte Not- und Krisenversorgung packen wir das Thema entschieden an.~~

Somatische und psychische Gesundheit gehen Hand in Hand. Beide können jede:n treffen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass psychische Erkrankungen rechtlich und gesellschaftlich mit somatischen Erkrankungen gleichgestellt werden. Als zentralen Pfeiler dafür sehen wir die Psychoedukation.

Psychoedukation verfolgt das Ziel, komplexe medizinisch-wissenschaftliche Erkenntnisse bezüglich psychischer Erkrankungen für die allgemeine Bevölkerung, vor allem aber für Betroffene von psychischen Erkrankungen und ihre Angehörigen, verständlich zu vermitteln.

Das Wissen über Symptome und Verlauf einer Erkrankung, mögliche präventive Maßnahmen und Therapien reduziert Angst und Stigma. Außerdem kann es einen verantwortungsvollen Umgang mit sich selbst und betroffenen Mitmenschen fördern. Dadurch wirkt es präventiv und behandlungsunterstützend, was Behandlungskosten reduziert und das überbeanspruchte Gesundheitssystem entlastet.

Im Rahmen der Psychoedukation setzen wir uns für die Durchführung und Weiterentwicklung von Grundlagenschulungen (ähnlich zu Erste Hilfe Kursen im Bereich der somatischen Gesundheit) in Schulen, Universitäten, Betrieben und Altenheimen ein. Außerdem unterstützen wir gemeindepsychiatrische Projekte wie den Trialog, damit Betroffene, Angehörige und Gesundheitsangestellte mit- und voneinander lernen können.

Begründung

Insbesondere bei psychischen Erkrankungen ist die Zeit zwischen ersten Symptomen und Diagnosestellung häufig sehr lang (z.B. bei Psychosen im Mittel etwa 5 Jahre). Betroffenen kann durch Wissen über Warnsignale und Risikofaktoren dabei geholfen werden, diese zu erkennen und frühzeitig dagegen anzusteuern. Das reduziert die Behandlungsdauer und Rückfallhäufigkeit enorm – bei Psychosen beispielsweise können Interventionsprogramme bei Hochrisikopatient:innen die Anzahl derer, die tatsächlich erkranken mehr als halbieren.

Angehörige werden im Rahmen psychischer Erkrankungen häufig nicht mitgedacht und entwickeln mit deutlich erhöhtem Risiko (sowohl genetisch, als auch umgebungs- und erfahrungsbasiert) selbst eine psychische Erkrankung. Häufig kommt es zu einem Dilemma zwischen Trauer und Wut, zu Selbstvorwürfen und Überlastung und mit dem Wunsch zu helfen verbundenen, den

Krankheitsverlauf verlängernden, Maßnahmen, wie Co-Abhängigkeiten. Durch Psychoedukation kann Angehörigen enorm geholfen werden, sodass diese zu stabilisierenden Faktoren für Betroffene werden und das enorm hohe Rückfallrisiko verringern können.

Dadurch wird auch das überbeanspruchte Gesundheitssystem entlastet und Behandlungskosten können drastisch reduziert werden.

Unterstützer*innen

Finn Schwarz (KV Tübingen); Nathalie Ibeh (KV Tübingen); Valerie Fischer (KV Tübingen); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Nicola Frank (KV Tübingen); Alica Leonie Scherer (KV Schwarzwald-Baar); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Thomas Swain (KV Tübingen); Volker Dodillet (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Richard Langer (KV Tübingen); Edith Ailinger (KV Reutlingen); Antonia Kind (KV Ulm); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Reinhard August Josef Köcher (KV Calw); Mario Bott (KV Esslingen); Marie Hartung (KV Tübingen); Sylvia Schmieder (KV Ortenau)

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Quentin Gärtner (KV Rems/Murr)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 746 bis 750:
Mentale Gesundheit wird zu einem festen Bestandteil unserer Gesundheitsstrategie. ~~Mit mehr Schulpsycholog*innen, dem Ausbau von Therapieplätzen für Kinder und Jugendliche, der Stärkung Psychosoziale Beratung und einer gemeindepsychiatrisch organisierte Not- und Krisenversorgung packen wir das Thema entschieden an.~~Wir bekämpfen die Krise der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Dafür verankern wir mentale Gesundheit als verbindliche Querschnittsaufgabe in allen Schularten und gestalten Unterricht so, dass Resilienz, Selbstregulation und Stressbewältigung selbstverständlich vermittelt werden. Wir schaffen Schulen, die konsequent vor Mobbing, Diskriminierung und digitaler Gewalt schützen und dafür klare, verpflichtende Schutzkonzepte einsetzen. Wir stärken die Schulsozialarbeit und die schulpsychologischen Dienste so, dass sie präventiv wirken können und jungen Menschen frühzeitig Unterstützung bieten. Wir fördern eine zeitgemäße Medienbildung, die Kinder und Jugendliche befähigt, digitale Räume sicher und gesund zu nutzen. Wir entwickeln gesundheitsfördernde Lernumgebungen mit mehr Pausen, guter Akustik, ausreichendem Licht und echten Rückzugsräumen. Prävention und Gesundheitsbildung betrachten wir als Schlüssel zur nachhaltigen Verbesserung der psychischen Gesundheit unserer Gesellschaft. Darüber hinaus überarbeiten wir datengestützt die Bedarfsplanung von Therapieplätzen, um die Unterversorgung an Angeboten in diesem Bereich zu beenden. Konsequenterweise investieren wir dafür in die Aus- und Weiterbildung von Therapeut*innen. Außerdem stärken wir die Psychosoziale Beratung und sorgen für gemeindepsychiatrisch organisierte Not- und Krisenversorgung.

Unterstützer*innen

Lisa Obergföll (KV Rems/Murr); Klaus-Dieter Przybyl (KV Rems/Murr); Kelvin Keim (KV Rems/Murr); Ulrike Rosina (KV Rems/Murr); Iris Förster (KV Rems/Murr); Olivia Weber (KV Rems/Murr); Mechthild Dierlamm-Harth (KV Rems/Murr); Frank Bergler (KV Rems/Murr); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)

PRO-4-750

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 749 bis 750 einfügen:
und einer gemeindepsychiatrisch organisierte Not- und Krisenversorgung packen wir das Thema entschieden an. Wir wollen die Telemedizin fördern, um die Unterversorgung bei Psychotherapien im ländlichen Raum zu reduzieren. Darüber hinaus prüfen wir, inwiefern sich Maßnahmen zur Steigerung der Landärzt*innenquote auch bei Psychotherapeut*innen auf dem Land anwenden lassen.

Begründung

Gerade im ländlichen Raum ist es schwer einen Therapieplatz zu bekommen. Dieser Antrag ist ein Beitrag dazu für gleichwertige Versorgung und Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu sorgen.

PRO-4-753

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	16.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 752 bis 754:
sollen nicht wegen Lieferschwierigkeiten auf dem Weltmarkt um den Fiebersaft für ihre Kinder kämpfen müssen. Deshalb fördern wir die regionale und nachhaltige Produktion von Arzneimitteln und Medizinprodukten. Zudem stärken wir die Apotheke vor Ort, um eine wohnortnahe Versorgung sicherzustellen.

PRO-4-754

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Frauenpolitik
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 753 bis 754 einfügen:
ihre Kinder kämpfen müssen. Deshalb fördern wir die regionale Produktion von Arzneimitteln und Medizinprodukten.

Geschlechtergerechtigkeit leben

Wir treiben die umfassende Gleichstellung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereichen weiter voran. Mit der **ressortübergreifenden** Gleichstellungsstrategie wollen wir bestehende Strukturen stärken und neue Impulse setzen. Hier richten wir stärkeren Blick auch auf die intersektional betroffenen Frauen die mehrfachen Diskriminierungen ausgesetzt sind Die Istanbul-Konvention setzen wir mit dem neuen Landesaktionsplan konsequent um und bauen den Schutz vor Gewalt gegen Frauen weiter aus. Wir wollen eine flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern erreichen und die Beratungsstellen für Betroffene häuslicher und sexualisierter Gewalt weiter stärken und beides finanziell ausstatten.
außerdem stärken wir die Fachberatungsstellen zu Prostitution und Menschenhandel, fördern Ausstiegswohnungen und unterstützen Programme, die von Menschenhandel und Zwangsprostitution betroffenen Frauen neue Perspektiven und selbstbestimmte Lebenswege eröffnen

Mit unserer Kampagne „nachtsam“ machen wir uns weiterhin für ein sicheres Nachtleben stark. **Ein flächendeckendes Angebot von sog. "Frauentaxis" unterstützen wir mit Landesmitteln finanziell.** Die Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit werden wir ausbauen, um Betroffene besser zu unterstützen und demokratische Werte zu schützen. Wir **setzen uns für eine Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes ein, um Gleichstellung noch wirksamer und verbindlicher zu gestalten und** stärken die Beauftragten für Chancengleichheit in Kommunen und Landeseinrichtungen, damit Gleichstellung vor Ort sichtbar bleibt und weiter vorangebracht wird.

Begründung

Wir müssen uns klar zur Gleichstellungspolitik, zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Frauenpolitik äußern. Das sind Kernpolitikfelder von uns Grünen, diese müssen weiter berücksichtigt werden und somit auch im Wahlprogramm klar erkennbar sein.

PRO-4-754-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 753 bis 754 einfügen:
ihre Kinder kämpfen müssen. Deshalb fördern wir die regionale Produktion von Arzneimitteln und Medizinprodukten.

Psychische Gesundheit – Macht uns stark im Alltag

Psychische Gesundheit ist eine der wichtigen Grundlagen für ein starkes, selbstbestimmtes Leben. Sie entscheidet darüber, wie wir unseren Alltag bewältigen, Beziehungen gestalten und unsere Potenziale entfalten. Eine Gesellschaft, in der Menschen psychisch gesund sind und bei Bedarf frühzeitig Unterstützung erhalten, ist widerstandsfähiger gegenüber Krisen. Daher machen wir psychische Gesundheit zum zentralen und festen Bestandteil unserer Gesundheitsstrategie. Durch Aufklärung und Entstigmatisierung fördern wir ein gesellschaftliches Klima, in dem psychische Gesundheit selbstverständlich und sichtbar ist.
Damit dies gelingt, modernisieren wir die Bedarfsplanung: Die bisherige Bedarfsplanung bildet längst nicht mehr den realistischen Bedarf ab, wodurch es zu langen Wartezeiten auf Psychotherapieplätze und zu wenig Klinikkapazitäten kommt. Wir schaffen bessere Datengrundlagen zur Verbreitung psychischer Erkrankungen in der Gesellschaft und den Versorgungsstrukturen, weil wir die Versorgungsschlüssel modernisieren wollen.
Um der psychotherapeutischen Nachfrage nachkommen zu können, braucht es gut ausgebildetes Fachpersonal. Dass die psychotherapeutische Weiterbildung immer noch nicht finanziell abgesichert ist, stellt uns vor große Versorgungslücken. Daher setzen wir uns auf Bundesebene für eine rechtliche Absicherung der Weiterbildungsfinanzierung für Psychotherapeut*innen ein. Bis die Finanzierung auf fest steht, unterstützen wir Kliniken und Ambulanzen dabei, mehr Weiterbildungsstellen bereitzustellen.
Für eine gesunde Gesellschaft verbessern wir Zugänge strukturell und schaffen niedrigschwellige Angebote. Dafür braucht es eine strukturelle Finanzierung und den Ausbau von psychosozialen Beratungsstellen, insbesondere für Bezugspersonen der Betroffenen. Außerdem setzen wir uns für den schnellen Ausbau ambulanter und stationärer Therapieangebote durch die gezielte Förderung von Einrichtungen in Landeszuständigkeit ein. Um das Stadt-Land-Gefälle zu verringern, wollen wir bezuschusste Therapieangebote in ländlichen Regionen einführen.
Darüber hinaus braucht es aber auch schon präventive Maßnahmen und zugängliche Erstanlaufstellen - von Schulprogrammen über kommunale Angebote bis zu digitalen Hilfen. Konkret wollen wir gemeinsam mit Kommunen Konzepte zur Versorgung mit Seelsorger*innen im öffentlichen Raum entwickeln und umsetzen. Besonders vulnerable Gruppen wie Geflüchtete, Alleinerziehende oder LGBTQIA+ Personen benötigen spezifische Unterstützungsangebote, um ihre mentale Gesundheit nachhaltig zu stärken. Hierfür sollen gesonderte Angebote geschaffen werden.

Prävention für psychische Erkrankungen muss früh beginnen. Die meisten psychischen Erkrankungen manifestieren sich - wenn sie nicht behandelt werden - bereits im Kindesalter. Mit mehr Schulpsycholog*innen, dem Ausbau von Therapieplätzen für Kinder und Jugendliche, der Stärkung psychosozialer Beratung und einer gemeindepsychiatrisch organisierten Not- und Krisenversorgung packen wir das Thema entschieden an.
Ähnlich dem Modell anderer Bundesländer wollen wir einen Landesbeirat für psychische Gesundheit schaffen. Der Landesbeirat bringt Fachleute aus Prävention und Versorgung sowie Vertreter*innen von Betroffenen und Angehörigen zusammen, soll die bestehenden Bedarfe direkt einbringen können und auch die Entwicklung einer landesweiten Strategie gegen Einsamkeit mit uns zu konzipieren. Um die Teilhabe am sozialen Leben zu stärken und Isolation vorzubeugen, setzen wir auf die Einrichtung von zentralen Anlaufstellen, die denen, die sich einsam fühlen, Hilfe und Unterstützung anbieten.

Begründung

Grüne Politik hat das gute Leben der Menschen im Blick und schafft die Grundlage für ein gesundes Leben. Die psychische Gesundheit ist dafür ein der wichtigsten Grundlagen. Sie prägt unseren Alltag, unsere Beziehungen, unsere Chancen und unsere Gesellschaft. Deshalb müssen wir konkrete Verbesserungen für die psychische Gesundheit der Menschen in Baden-Württemberg voranbringen.

PRO-4-756

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 756 bis 757:
Egal ob jung oder alt, zugezogen oder hier geboren, Mensch mit ~~Inklusionsbedarf~~Behinderung oder ohne – alle gehören dazu.

Begründung

"Menschen mit Inklusionsbedarf" erscheint nur hier und etwas später noch einmal. Wir sollten durchgängig bei "Menschen mit Behinderungen" bleiben.

PRO-4-776

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 775 bis 776 einfügen:
unterstützt und versorgt wohnen“ erneuern, um ambulante Wohnformen weiter auszubauen. Menschen, die in besonderen Wohnformen leben, haben dasselbe Recht auf personenzentrierte Leistungen - auch bei hohem Assistenzbedarf.

Begründung

Das Maß an Unterstützung darf nicht von der Wohnform oder dem Wohnort abhängen. Personenzentrierte Leistungen stehen Menschen an jedem Ort und unabhänig vom Umfang des Bedarfs zu.

PRO-4-780

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 779 bis 781:
eigenen Zuhause ermöglichen – im Quartier, mitten in der Gesellschaft. Wir denken Pflege, Gesundheit und Wohnen ~~gemeinsam~~zusammen, weil ein gutes Leben im Alter und bei Unterstützungsbedarf mehr ist als Versorgung: Es ist das Recht auf Nähe,

Begründung

Wortbedeutung

PRO-4-783

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 783 bis 784 einfügen:
Kulturelle Orte im ganzen Land sollen dauerhaft zugänglich und erschwinglich bleiben, insbesondere dort, wo Kultur und Tourismus gemeinsam lebendige Ortsmitten und soziale Begegnungen ermöglichen. Wir stärken Kulturorte in Mittelzentren und ländlichen Räumen als zentralen Teil regionaler Wertschöpfung und sorgen für Sichtbarkeit und Vernetzung.

Begründung

Kulturorte sind wichtige Treffpunkte, die der institutionellen Förderung bedürfen, damit Ortskerne belebt bleiben und wirtschaftliche Impulse gesetzt werden.

PRO-4-784

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Kultur
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 784 bis 785 einfügen:
Kunst und Kultur sind frei. Und diese Freiheit gilt es immer wieder auf das Neue uneingeschränkt zu verteidigen. Kunst und Kultur verbinden Menschen, fördern den Zusammenhalt und ermöglichen Teilhabe. Baden-Württemberg ist ein vielfältiges und reiches Kulturland, an dem

Von Zeile 791 bis 794 einfügen:
des Aufbruchs. Wir wollen sie erhalten, weiterentwickeln und überall im Land zugänglich machen. Kultur sichern wir nicht nur durch Zugänge, sondern durch verlässliche Arbeitsbedingungen vor Ort. Insbesondere in Zeiten mit schwieriger Finanzlage bleiben wir als Land verlässlicher Partner unserer Einrichtungen und damit oft auch unserer Kommunen. Dafür schaffen wir einen Nothilfefonds für Kunst und Kultur.

PRO-4-792

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jannick Frank Roller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 791 bis 793 einfügen:
des Aufbruchs. Wir wollen sie erhalten, weiterentwickeln und überall im Land zugänglich machen. Wir intensivieren die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit mit Frankreich und der Schweiz und stärken Einrichtungen wie Art'Rhena. Durch gemeinsame Kulturprogramme, Förderlinien und Austauschprojekte schaffen wir neue europäische Kulturimpulse und erweitern kulturelle Teilhabemöglichkeiten im ganzen Grenzraum.
Insbesondere in Zeiten mit schwieriger Finanzlage bleiben wir als Land verlässlicher Partner unserer Einrichtungen und damit oft auch unserer

Unterstützer*innen

Jan Lutz (KV Freiburg); Peter Koderisch (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Eva-Maria Vochazer (KV Freiburg); Maren Walter (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Hans Manu Poeschl (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Anja Schulte-Roller (KV Freiburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Frauke Bünde (KV Freiburg); Sebastian Müller (KV Freiburg); Pia Maria Federer (KV Freiburg); Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis); Karl-Heinz Walker (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg); Emil Schneller (KV Freiburg); Pauline Valentin (KV Freiburg); Daniel Halfmann (KV Freiburg)

PRO-4-797

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Kultur
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 796 bis 798:
Alle Menschen im Land sollen das kulturelle Leben mitgestalten und sich darin wiederfinden können – ob Dorfkapelle, Chöre oder Musikvereine, ~~Clubbetreiberin~~Clubbetreiber*innen oder Karneval, Fasnet, Fastnacht oder Fasching.

PRO-4-798

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Kultur
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 798 bis 803:

Seit wir Grünen regieren, haben wir die Förderung für Kultur um 60 Prozent gesteigert. Mit gezielten Förderungen konnten wir Bühnen und Spielstätten im ländlichen Raum erhalten ~~werden~~. ~~Baden-Württemberg hat~~Wir sichern die angemessene und faire Entlohnung der Künstler*innen. Wir haben die Pauschale für Ehrenamtliche erhöht. Über das Zentrum für kulturelle Teilhabe ~~wurden~~haben wir Einrichtungen dabei unterstützt, neue Zielgruppen zu erreichen und mehr Teilhabe zu ermöglichen. Wir werden das Zentrum für kulturelle Teilhabe weiter stärken und kulturelle Bildung ressortübergreifend fördern. Gleichzeitig war das Land ein zuverlässiger Partner für große und kleine Kultureinrichtungen,

PRO-4-807

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jannick Frank Roller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 806 bis 807 einfügen:
Landesregierung unser komplett neues Programm „POPLÄND“ zur Förderung von Popmusiker*innen und Festivals auf die Beine gestellt und zukunftsfest gemacht. Wir erweitern die bestehende Pop- und Clubförderung um spezifische Programme für nicht-kommerzielle und teilkommerzielle subkulturelle Strukturen. Kollektive, freie Veranstalter*innen und Szeneinitiativen sollen unbürokratischen Zugang zu Räumen, Fördermitteln und Beratungsangeboten erhalten.

Unterstützer*innen

Jan Lutz (KV Freiburg); Peter Koderisch (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Eva-Maria Vochazer (KV Freiburg); Maren Walter (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Anja Schulte-Roller (KV Freiburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Sebastian Müller (KV Freiburg); Pia Maria Federer (KV Freiburg); Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis); Karl-Heinz Walker (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg); Emil Schneller (KV Freiburg); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Santino Petermann (KV Freiburg); Thomas Schorr (KV Freiburg); Paulina Knörlein (KV Freiburg)

PRO-4-807-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jannick Frank Roller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 806 bis 807 einfügen:
Landesregierung unser komplett neues Programm „POPLÄND“ zur Förderung von Popmusiker*innen und Festivals auf die Beine gestellt und zukunftsfest gemacht. Wir erkennen nicht-kommerzielle Subkultur, freie Künstler*innenkollektive, lokale Labels und DIY-Initiativen ausdrücklich als tragende Säulen unserer Kulturlandschaft an. Ihr Beitrag zu gesellschaftlicher Innovation, Nachtkultur und kultureller Vielfalt ist unverzichtbar.

Unterstützer*innen

Jan Lutz (KV Freiburg); Peter Koderisch (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Eva-Maria Vochazer (KV Freiburg); Maren Walter (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Anja Schulte-Roller (KV Freiburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Pia Maria Federer (KV Freiburg); Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis); Karl-Heinz Walker (KV Freiburg); Lisa Maria Daiber (KV Freiburg); Emil Schneller (KV Freiburg); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Santino Petermann (KV Freiburg); Paulina Knörlein (KV Freiburg); Pauline Valentin (KV Freiburg); Janek Aldus (KV Freiburg)

PRO-4-807-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jannick Frank Roller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 806 bis 807 einfügen:
Landesregierung unser komplett neues Programm „POPLÄND“ zur Förderung von Popmusiker*innen und Festivals auf die Beine gestellt und zukunftsfest gemacht.

Die Nacht- und Clubkultur ist ein relevanter kultureller und wirtschaftlicher Faktor. Wir setzen uns für verbesserte Rahmenbedingungen ein – etwa durch Entbürokratisierung, Planungssicherheit, Bestandschutz für Kulturorte und angemessene Unterstützung bei Awareness-, Sicherheits- und Nachhaltigkeitskonzepten.

Unterstützer*innen

Jan Lutz (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Eva-Maria Vochazer (KV Freiburg); Maren Walter (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Anja Schulte-Roller (KV Freiburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Pia Maria Federer (KV Freiburg); Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis); Karl-Heinz Walker (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg); Emil Schneller (KV Freiburg); Pauline Valentin (KV Freiburg); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Santino Petermann (KV Freiburg); Thomas Schorr (KV Freiburg); Gustav Schmid (KV Freiburg); Janek Aldus (KV Freiburg)

PRO-4-812

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Kultur
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 811 bis 818:
vor Ort verantwortlich. Gleichzeitig profitieren wir im Land alle von einer ~~Kulturlandschaft, in der große Institutionen mit internationaler Strahlkraft genauso wichtig sind, wie ehrenamtlich getragene Vereine, kleine Bühnen, Soziokulturelle Zentren, Tanz- und Literaturhäuser, Orchester und Clubs. Um diesen Reichtum zu erhalten, setzen wir uns für ein weiterhin enges Miteinander von Land und Kommunen ein und verändern, wo nötig, die aktuellen Finanzierungsschlüssel. Denn nur ein kulturell reiches Land ist ein attraktiver Standort für Familien, Fachkräfte, Jugendliche und Senior*innen.~~einzigartigen Kulturlandschaft, in der das Ehrenamt beispielsweise kleine Bühnen, Soziokulturelle Zentren, Bibliotheken, Archive, Tanz- und Literaturhäuser, Orchester und Clubs grundlegend trägt. Genauso wichtig ist es, Landeskultureinrichtungen mit internationaler Strahlkraft finanziell gut auszustatten, um den Beschäftigten faire Löhne und sichere Arbeitsplätze zu garantieren. Um diesen Reichtum zu erhalten, setzen wir uns für ein weiterhin enges Miteinander von Land und Kommunen ein und verändern, wo nötig, die aktuellen Finanzierungsschlüssel. Um unsere Kulturorte langfristig zu erhalten und diese als bedeutende Dritte Orte der Gesellschaft zu stärken, brauchen wir eine Sanierungsoffensive für Kunst- und Kulturbauten.

PRO-4-817

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 816 bis 818:
von Land und Kommunen ein und verändern, wo nötig, die aktuellen Finanzierungsschlüssel. ~~Denn nur ein kulturell reiches Land ist ein attraktiver Standort für Familien, Fachkräfte, Jugendliche und Senior*innen.~~Vielfältige Kulturangebote ziehen Fachkräfte an, hält junge Menschen in der Region und stärkt das Miteinander von Generationen im Alltag.

Begründung

Es geht nicht alleine um die Standort- sondern um die Kulturfrage.

PRO-4-818

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jannick Frank Roller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 817 bis 818 einfügen:
Finanzierungsschlüssel. Denn nur ein kulturell reiches Land ist ein attraktiver Standort für Familien, Fachkräfte, Jugendliche und Senior*innen.

Wir entwickeln Instrumente, die subkulturelle Orte vor Verdrängung durch Mietpreisdruck, Auflagen oder baurechtliche Restriktionen schützen. Dazu gehören flexible Nutzungsmodelle, Zwischennutzungen, standardisierte Genehmigungsprozesse und ein landesweites Monitoring zur Sicherung kultureller Freiflächen.

Unterstützer*innen

Jan Lutz (KV Freiburg); Peter Koderisch (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Eva-Maria Vochazer (KV Freiburg); Maren Walter (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Anja Schulte-Roller (KV Freiburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Frauke Bünde (KV Freiburg); Sebastian Müller (KV Freiburg); Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis); Karl-Heinz Walker (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg); Emil Schneller (KV Freiburg); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Santino Petermann (KV Freiburg); Thomas Schorr (KV Freiburg); Paulina Knörlein (KV Freiburg)

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Jens Metzger (KV Tuttlingen)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-4

Nach Zeile 818 einfügen:

Bibliotheken sind niederschwellige, frei zugängliche Räume für Bildung, Begegnung und digitale Teilhabe. Als „Dritte Orte“ neben Zuhause und Arbeitsplatz schaffen sie Gemeinschaft, fördern Lesekompetenz und ermöglichen kulturelle und demokratische Bildung für alle Generationen. Wir werden ihre Rolle als zentrale Kultureinrichtungen im ganzen Land stärken: durch ein erweitertes Landesförderprogramm insbesondere für den ländlichen Raum, durch Investitionen in digitale Infrastruktur, Barrierefreiheit und nachhaltige Gebäudestandards sowie durch neue Förderlinien für innovative Bibliothekskonzepte wie Lernlabore, Makerspaces oder Sprachcafés. Bibliotheken sind Orte, die unser Zusammenleben stärken – wir entwickeln sie zu modernen, lebendigen Kultur- und Lernzentren weiter.

Unterstützer*innen

Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Erwin Köhler (KV Heilbronn); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Linus Wöllner (KV Mannheim); Julia Uebele (KV Göppingen); Ursula Häffner (KV Karlsruhe-Land); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Richard Langer (KV Tübingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen)

PRO-4-828

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jannick Frank Roller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 827 bis 828 einfügen:
Ideen und zeigt: Lesen, Literatur und lokale Kulturorte gehören zur Identität unseres Landes.

Wir gewährleisten eine flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Bibliotheken im ganzen Land, stärken ihre Rolle als niedrigschwellige Kultur- und Begegnungsorte und bauen ihr Angebot um Film-, Games- und Veranstaltungsformate aus. Zudem entwickeln wir eine landesweite digitale Plattform, an die Kommunen, Kirchen und weitere Träger unkompliziert angebunden werden können, um kulturelle Bildung ortsunabhängig zugänglich zu machen.

Unterstützer*innen

Peter Koderisch (KV Freiburg); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Eva-Maria Vochazer (KV Freiburg); Maren Walter (KV Freiburg); Markus Eberhardt (KV Freiburg); Gerhard Tschöpe (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Anja Schulte-Roller (KV Freiburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Frauke Bünde (KV Freiburg); Sebastian Müller (KV Freiburg); Pia Maria Federer (KV Freiburg); Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis); Karl-Heinz Walker (KV Freiburg); Lisa Maria Daiber (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg); Emil Schneller (KV Freiburg)

PRO-4-840

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Kultur
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 839 bis 841:
Kultur lieben, wollen wir zukünftig Vereine noch gezielter und breiter bei der GEMA ~~entlasten. So machen wir Veranstaltungen und Feiern unkomplizierter und sichern gleichzeitig eine angemessene Entlohnung der Künstler*innen.~~und durch den Abbau von Bürokratie entlasten. So machen wir Veranstaltungen und Feiern unkomplizierter.

PRO-4-841

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jannick Frank Roller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 840 bis 841 einfügen:
GEMA entlasten. So machen wir Veranstaltungen und Feiern unkomplizierter und sichern gleichzeitig eine angemessene Entlohnung der Künstler*innen. Wir schaffen finanzielle Anreize und Förderinstrumente, die es Schüler*innen, Auszubildenden und jungen Menschen unabhängig vom Ausbildungsweg ermöglichen, unkompliziert Kulturangebote wie Theater, Kino, Museen oder Konzerte zu besuchen. Damit stärken wir kulturelle Bildung und Teilhabe über soziale und regionale Grenzen hinweg.

Unterstützer*innen

Jan Lutz (KV Freiburg); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Eva-Maria Vochazer (KV Freiburg); Maren Walter (KV Freiburg); Markus Eberhardt (KV Freiburg); Gerhard Tschöpe (KV Freiburg); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Anja Schulte-Roller (KV Freiburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Frauke Bünde (KV Freiburg); Sebastian Müller (KV Freiburg); Pia Maria Federer (KV Freiburg); Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis); Karl-Heinz Walker (KV Freiburg); Lisa Maria Daiber (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg)

PRO-4-843

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Kultur
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 843 bis 849:

~~Wir unterstützen bereits unsere Kultureinrichtungen auf dem Weg zu mehr Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Diversität. Als Pionierland haben wir unser Wissen hierzu den anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt und bundesweite Standards und Empfehlungen erarbeitet wie den CO2-Rechner für Kultureinrichtungen. Vorreiter sind wir auch für Provenienz und Restitution: Unrechtmäßig erworbenes Kulturgut restituieren wir, das heißt, wir geben es den rechtmäßigen Besitzer*innen bzw. Ländern zurück.~~

Wir unterstützen bereits unsere Kultureinrichtungen und Verbände auf dem Weg zu mehr Klimaschutz. Baden-Württemberg hat durch uns Grüne die Pionierrolle bei den Themen "Green-Shooting" und "Green Culture" inne. Durch bundeseinheitliche Standards sowie den ebenfalls von Baden-Württemberg entwickelten CO2-Rechner für Kultureinrichtungen können die Kultureinrichtungen und Verbände jetzt gezielt Maßnahmen umsetzen. So wollen wir eine Investitionsförderung anbieten, um beispielsweise die Beschaffung moderner Beleuchtungs- und Bühnentechnik für Vereine, Festivals und Institutionen ermöglichen.
Kleinere Spielstätten haben es aktuell besonders schwer. Wir machen uns stark für Initiativen wie den "Live Music Fund in Deutschland und werden uns beim Bund für das Prinzip des Fonds, der sich aus einem Euro pro Ticket einer Großveranstaltung speist, einsetzen. Weitere Maßnahmen zur Stärkung kleinerer Spielstätten wollen wir etwa mit Pilotprojekten prüfen.Baden-Württemberg stellt sich seiner kolonialen Vergangenheit. Als Vorreiter für Provenienz und Restitution unterstützen wir den Weg unserer Museen und Einrichtungen, weiterhin konsequent und transparent aufzuarbeiten, woher Objekte in unseren Museen sowie wissenschaftlichen Sammlungen kommen, um unrechtmäßig erworbene Kulturgüter zu identifizieren und diese zurückzugeben.

PRO-4-847

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jannick Frank Roller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 846 bis 848 einfügen:
Standards und Empfehlungen erarbeitet wie den CO2-Rechner für Kultureinrichtungen. Wir fördern eine flächendeckende Nachhaltigkeitsstrategie im Kulturbereich: Mehrfachverwendung von Bühnenbildern und Requisiten, ökologische Produktionsstandards, nachhaltige Tournee- und Veranstaltungslogistik sowie eine stärkere ästhetische Auseinandersetzung mit Natur- und Biodiversitätsthemen in kulturellen Formaten. Damit reduzieren wir Ressourcenverbrauch und stärken eine ökologische Kulturpraxis. Vorreiter sind wir auch für Provenienz und Restitution: Unrechtmäßig erworbenes Kulturgut restituieren wir, das heißt, wir geben es den

Unterstützer*innen

Jan Lutz (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Eva-Maria Vochazer (KV Freiburg); Maren Walter (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Anja Schulte-Roller (KV Freiburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Frauke Bünde (KV Freiburg); Pia Maria Federer (KV Freiburg); Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis); Karl-Heinz Walker (KV Freiburg); Lisa Maria Daiber (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg); Pauline Valentin (KV Freiburg); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Paulina Knörlein (KV Freiburg); Thomas Schorr (KV Freiburg); Janek Aldus (KV Freiburg)

PRO-4-849

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jannick Frank Roller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 848 bis 849 einfügen:
Unrechtmäßig erworbenes Kulturgut restituieren wir, das heißt, wir geben es den rechtmäßigen Besitzer*innen bzw. Ländern zurück. Das Land unterstützt nicht nur Landesmuseen, sondern auch kommunale Einrichtungen bei Provenienzforschung, Restitution und der systematischen Aufarbeitung unrechtmäßig erworbener Sammlungsbestände. Wir schaffen dafür verlässliche Beratungs- und Förderstrukturen.

Unterstützer*innen

Jan Lutz (KV Freiburg); Emil Schneller (KV Freiburg); Peter Koderisch (KV Freiburg); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Kornelia Müller (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Eva-Maria Vochazer (KV Freiburg); Maren Walter (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Anja Schulte-Roller (KV Freiburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Frauke Bünde (KV Freiburg); Sebastian Müller (KV Freiburg); Pia Maria Federer (KV Freiburg); Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis); Karl-Heinz Walker (KV Freiburg); Lisa Maria Daiber (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg)

PRO-4-849-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 848 bis 849 einfügen:
Unrechtmäßig erworbenes Kulturgut restituieren wir, das heißt, wir geben es den rechtmäßigen Besitzer*innen bzw. Ländern zurück.

Europäische Kulturdaten und kulturspezifische Sensibilität sind zentrale Faktoren für Gestaltung digitaler Zukunft. Digitale Kultur muss zukunftsorientiert, institutionenübergreifend und international gestaltet sein. Wir wollen dafür eine digitale Kulturinfrastruktur schaffen, die vergleichbar mit Medien- und Bibliotheken, Kulturdaten aus Museen besser vernetzt, nutzbar macht und Raum für kulturspezifische KI-Lösungen bieten. Bestehende Werkzeuge werden zur Nachnutzung Open Source zur Verfügung gestellt und ein Forschungs- und Entwicklungsraum angeboten, um knappe Ressourcen in Kultureinrichtungen zu bündeln und vorhandene Lösungen zur Sammlungserschließung, Datenanalyse und digitalen Vermittlung solidarisch und nachhaltig zur Verfügung zu stellen und über Projektlogiken hinaus weiterzuentwickeln. Experimentelle, projektbezogene Entwicklungen können so nachhaltig, strategisch und breitenwirksam umgesetzt werden.

Begründung

Digitalisierung und Kunst- und Kulturdaten stehen zunehmend im Fokus der Einrichtungen. Dort herrscht jedoch starke Projektlogik und zu oft profitieren letztlich US-Techkonzerne letztlich vom Datenabfluss, während eigene Ansätze im Archiv enden. Wir wollen deshalb eine gemeinsame Infrastruktur und Schnittstellen schaffen, damit Kulturdaten von europäischen Häusern und Künstler*innen genutzt werden können und ein gemeinsamer, demokratischer und souveräner Kulturdatenraum entstehen kann.

PRO-4-857

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 856 bis 857 einfügen:
Diesen Weg wollen wir fortführen und die Kreativwirtschaft als zukunftsfähigen Wirtschaftszweig weiter vorantreiben.
Digitale Zugänge stärken wir gezielt durch barrierefrei und niedrigschwellige Plattformen, hybride Angebote und digitale Vermittlung, damit Kultur überall erlebbar wird, unabhängig von Mobilität oder Haushaltslage.

Begründung

Es fehlt in dem Text der digitale Zugang, der Entfernungen überwindet, Zugangshürden senkt und Teilhabe für Menschen, die Orte nicht vor Ort besuchen können, ermöglicht.

PRO-4-857-2

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Erwin Köhler (KV Heilbronn)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 856 bis 857 einfügen:
Diesen Weg wollen wir fortführen und die Kreativwirtschaft als zukunftsfähigen Wirtschaftszweig weiter vorantreiben.
Baden-Württemberg ist Medien- und Filmstandort. Durch gezielte Ansätze aus Kultur- und Wirtschaftsförderung wie beispielsweise die Förderung von Gründerzentren halten wir die hier ausgebildeteten Profis im Bundesland. Insbesondere in den Bereichen VFX und Animation verfügen wir bereits über zahlreiche rennomierte Produktionsfirmen, die international vernetzt sind und hohes Wachstumspotenzial aufweisen.
Die über 1000 Mini-Produktionsfirmen sollen unterstützt werden, beim Mittelstand und Tourismusgewerbe ein Teil der regionalen Wertschöpfung zu werden. Wir wollen junge Produzierende mit erleichterten Bürgschaften helfen, in Baden-Württemberg Fuß zu fassen., um vor Ort kreativ zu sein und zu produzieren.

Begründung

Uns ist wichtig, nicht nur in die Ausbildung junger Medienschaffender zu investieren, sondern auch dafür zu sorgen, dass sie bleiben. Wir sind auf diese Köpfe angewiesen, wenn wir hier in Zukunft vorne mitspielen wollen.

Der Antrag betont, wie relevant Kreativwirtschaft durch uns Grüne in den letzten Jahren wurde.

Unterstützer*innen

Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Heike Ruck (KV Stuttgart); Marilena Geugjes (KV Heidelberg); Sarah Hagmann (KV Lörrach); Colin Christ (KV Heilbronn); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Peter Seimer (KV Böblingen); Hünkar Aras (KV Ravensburg); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Zora Brändle (KV Mannheim); Susanne Aschhoff (KV Mannheim); Ruth Rosenbauer (KV Rems/Murr); Michael Joukov (KV Ulm); Alexander Maier (KV Göppingen); Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Saskia Frank (KV Konstanz); Tobias Bacherle (KV Böblingen)

PRO-4-857-3

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jannick Frank Roller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 856 bis 857 einfügen:
Diesen Weg wollen wir fortführen und die Kreativwirtschaft als zukunftsfähigen Wirtschaftszweig weiter vorantreiben.

Wir fördern Projekte zur Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit nicht nur in großen Städten, sondern gezielt auch im ländlichen Raum. Erinnerungskultur soll landesweit sichtbar und durch lokale Initiativen, Museen und Bildungsstätten getragen werden.

Unterstützer*innen

Jan Lutz (KV Freiburg); Peter Koderisch (KV Freiburg); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Maren Walter (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Paula Schecker (KV Freiburg); Anja Schulte-Roller (KV Freiburg); Jonas Rösch (KV Freiburg); Pia Maria Federer (KV Freiburg); Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis); Karl-Heinz Walker (KV Freiburg); Lisa Maria Daiber (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg); Emil Schneller (KV Freiburg); Pauline Valentin (KV Freiburg); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Thomas Schorr (KV Freiburg); Janek Aldus (KV Freiburg)

PRO-4-857-4

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Kultur
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 856 bis 857 einfügen:
Diesen Weg wollen wir fortführen und die Kreativwirtschaft als zukunftsfähigen Wirtschaftszweig weiter vorantreiben.
Unsere Landesmuseen sind wichtige Orte der Forschung, der Bildung und der Wissenschaftskommunikation. Wir werden den freien Eintritt für Kinder und Jugendliche in die Sammlungsausstellungen der Landesmuseen fortsetzen. Es ist unsere Aufgabe, die Landesmuseen zukunftsfest aufzustellen.

Bibliotheken weiterentwickeln

Bibliotheken stehen vor der Herausforderung, ihr Angebot für ihre derzeitigen wie auch zukünftigen Nutzer*innen so interessant und abwechslungsreich wie möglich zu gestaltn. Wir wollen das Angebot einer strategischen Beratung für Bilbiotheken und ihre Mitarbeitenden zur Weiterentwicklung anbieten. Bibliotheken müssen als Magneten für die Dorf- und Stadtgemeinschaft gestärkt werden.

PRO-4-925

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Erwin Köhler (KV Heilbronn)

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 924 bis 926 einfügen:
bestehende Kulturangebot auch im ländlichen Raum stärken und fördern gerade kleine Bühnen und Spielstätten auf dem Land.
Dazu gehören auch herausragende landeseigene Schätze wie die über 40.000 Jahre alte, älteste vom Menschen geschaffene Kunst der Welt, gefunden auf der Schwäbischen Alb: Die Eiszeitkunst. Mit der eigenen Eiszeitkunst-Konzeption werden wir das Bewusstsein für die historische Bedeutung dieses großartige UNESCO Weltkulturerbe weiter voranbringen. Die Eiszeitkunst ist genauso Bestandteil unserer baden-württembergischen Kulturgüter im starken ländlichen Raum, wie die staatlichen Schlösser und Gärten, die jedes Jahr mehrere Millionen Besucher*innen anziehen.

Unterstützer*innen

Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Peter Seimer (KV Böblingen); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Daniel Christen (KV Ludwigsburg); Hünkar Aras (KV Ravensburg); Frieda Fiedler (KV Heidelberg); Anna-Maria Renner (KV Stuttgart); Ilja Gottwald (KV Stuttgart); Ruth Rosenbauer (KV Rems/Murr); Heike Ruck (KV Stuttgart); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Lukas Weber (KV Heidelberg); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Lena Marie Weithofer (KV Esslingen); Karen Tiede (KV Esslingen); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Noah Ries (KV Heidelberg)

PRO-5-001

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG QueerGrün
Beschlussdatum:	15.11.2025

Titel

Ändern in:
Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie, Vielfalt und Freiheit geben

Begründung

Gerade im Kapitel „Zusammen stark: Unsere Heimat – eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie, Vielfalt und Freiheit“ verdeutlicht das Wort „Vielfalt“, dass Sicherheit und Demokratie nicht durch Gleichförmigkeit, sondern durch Akzeptanz und Teilhabe entstehen.Vielfalt ist der Gegenpol zu Angst, Abschottung und Extremismus. Sie ist die Basis für ein friedliches, modernes und solidarisches Baden-Württemberg. Kurz gesagt: Ohne „Vielfalt“ bleibt der Satz unvollständig. Erst durch diesen Begriff wird deutlich, für wen unsere Demokratie da ist, für alle Menschen, die hier leben. Vielfalt ist kein Zusatz, sie ist ein Markenkern GRÜNER Politik.

PRO-5-001-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Tamara Beckh (KV Mannheim)

Titel

Ändern in:
Kapitel 5: Zusammen stark: Baden-Württemberg eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 1 bis 4:
~~Heimat~~Zuhause ist mehr als ein Ort auf der Landkarte – ~~Heimat~~Zuhause bedeutet Vertrautheit und Lebendigkeit. Heimat entsteht dort, wo Menschen Halt finden, frei und sicher leben können. ~~Heimat~~Zuhause ist etwas, das wir gemeinsam teilen. ~~Sie~~Es muss so gestaltet sein, dass sich alle, die in unserem Land leben, auf ~~sie~~darauf verlassen können.

Begründung

Der Begriff “Heimat” ist in Deutschland historisch vorbelastet und kann nicht losgelöst von unserer Geschichte betrachtet werden. Auch aktuell wird er immer wieder von rechter Seite missbraucht und stark mit Nationalismus verknüpft.
Auch wenn der Begriff selbst neutral erscheint, kann durch die missbräuchliche Verwendung in der Vergangenheit und von rechtsextremen Personen/Parteien nicht ausgeschlossen werden, dass auch heute noch viele Leserinnen und Leser des Programms entsprechende Assoziationen damit verbinden.
Der Begriff wurde im dritten Reich dazu verwendet, klar zwischen einem „wir“ und „die“ zu unterscheiden und so abzugrenzen, wer Teil dieser Heimat ist und wer nicht.
Der Begriff wird immer wieder von rechten Gruppen verwendet, um eine vermeintlich kulturelle Überlegenheit einer bestimmten Personengruppe und gleichzeitig eine Ausgrenzung von anderen Personengruppen zu propagieren.
Der Begriff kann also zu einer verzerrten, homogenen Vorstellung von Kultur führen.
Es ist anzunehmen, dass die Antragsteller in diesem Kontext vor allem den Aspekt von Zugehörigkeit und Verbundenheit betonen wollten.
Diese positiven Assoziationen lassen sich mit dem neutraleren Begriff „Zuhause“ in gleichem Maße hervorrufen, ohne die Gefahr historischer Fehlinterpretation, die der Heimatbegriff mit sich bringt.

Unterstützer*innen

Chris Rihm (KV Mannheim); Julian Maier (KV Mannheim); Daniel Jobke (KV Mannheim); Clara López García (KV Mannheim); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Nina Wellenreuther (KV Mannheim);

Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Linus Wöllner (KV Mannheim); Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Shiva Naziri (KV Mannheim); Pauline Valentin (KV Freiburg); Anna Knowles (KV Mannheim); Leni Reiland (KV Mannheim); Wanja Pasdzierny (KV Mannheim); Gerhard Fontagnier (KV Mannheim); Alexander Kohn (KV Mannheim); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Zora Brändle (KV Mannheim); Markus Freibott (KV Waldshut)

PRO-5-005

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Tamara Beckh (KV Mannheim)

Titel

Ändern in:
Kapitel 5: Zusammen stark: Baden-Württemberg eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 5 bis 6:
Auch unsere Demokratie ~~ist Heimat.~~bedeutet Zuhause Sie lebt von Bürger*innen, die sich einbringen und ihre gemeinsamen Belange gestalten können. Nur in der Demokratie

Begründung

Der Begriff “Heimat” ist in Deutschland historisch vorbelastet und kann nicht losgelöst von unserer Geschichte betrachtet werden. Auch aktuell wird er immer wieder von rechter Seite missbraucht und stark mit Nationalismus verknüpft.

Auch wenn der Begriff selbst neutral erscheint, kann durch die missbräuchliche Verwendung in der Vergangenheit und von rechtsextremen Personen/Parteien nicht ausgeschlossen werden, dass auch heute noch viele Leserinnen und Leser des Programms entsprechende Assoziationen damit verbinden.

Der Begriff wurde immer wieder dazu verwendet, klar zwischen einem „wir“ und „die“ zu unterscheiden und so abzugrenzen, wer Teil dieser Heimat ist und wer nicht.

Der Begriff kann also zu einer verzerrten, homogenen Vorstellung von Kultur führen.

Eine Neubesetzung ist wird durch einen Parteiprogrammtext *allein* nicht gelingen, da der Begriff in vielen Köpfen noch andere Assoziationen auslöst.
Daher es eine alternativer/zusötzlicher Begriff sinnvoll, der das Spektrum der Zugehörigkeit auf andere Art und Weise betont. Es ist anzunehmen, dass die Antragsteller in diesem Kontext vor allem den Aspekt von Zugehörigkeit und Verbundenheit betonen wollten.

Diese positiven Assoziationen lassen sich mit dem neutraleren Begriff “Zuhause” in gleichem Maße hervorrufen, ohne die Gefahr historischer Fehlinterpretation, die der Heimatbegriff mit sich bringt.

Unterstützer*innen

Chris Rihm (KV Mannheim); Julian Maier (KV Mannheim); Daniel Jobke (KV Mannheim); Clara López García (KV Mannheim); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Nina Wellenreuther (KV Mannheim); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Linus Wöllner (KV Mannheim); Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Shiva Naziri (KV Mannheim); Pauline Valentin (KV Freiburg); Anna Knowles (KV Mannheim); Leni Reiland (KV Mannheim); Wanja Pasdzierny (KV Mannheim); Gerhard Fontagnier (KV Mannheim); Alexander Kohn (KV Mannheim); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Zora Brändle (KV Mannheim); Markus Freibott (KV Waldshut)

PRO-5-011

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:
Dafür stehen wir ein, in einem „Neuen Wir“. Wir Baden-Württemberger*innen“ sind: alle Geschlechter, Jung und Alt, Stadt und Land, Selbstständige und Angestellte, mit und ohne Behinderung, eingesessen oder dazugestoßen. Ein Land, in dem alle nach ihren eigenen

Begründung

Auch Behinderung ist hier relevant.

PRO-5-017

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 17 bis 19:
Demokratie garantiert die Rechte der ~~Einzelnen, erfordert aber auch~~Einzelnenund braucht gemeinsame ~~Tugenden~~Werte und ~~wechselseitige Pflichten~~Ziele. Die stärkste Kraft sind unsere Bürger*innen unseres Landes selbst, die sich für andere und für das Gemeinwesen

Begründung

Demokratie lebt von Mitbestimmung und gegenseitiger Verantwortung. Ein erhobener Zeigefinger ist fehl am Platz, wo es um gemeinsame Werte und Ziele geht. Unsere Demokratie ist von Freiheit geprägt, diese dürfen wir nur da einschränken, wo wir mit unserer Freiheit andere gefährden. Der Gebrauch des Wortes Tugend ist nicht mehr zeitgemäß. Das Wort Tugend steht auch für soldatisch, ritterlich, Ehre, Keuschheit, Jungfräulichkeit und passt daher nicht im Ansatz in den Kontext der Demokratie.

PRO-5-028

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 28 bis 30:
~~Der Schutz unserer Freiheit erfordert einen neuen Anlauf beim Schutz unserer öffentlichen Räume vor Kriminalität und Gewalt – damit wir uns dort~~ Unsere Freiheit erfordert öffentliche Räume,in denen wir uns gerne begegnen, sich jede*r tags und nachts sicher fühlen kann. Nur an Orten, an denen

Begründung

Wir dürfen nicht die Angstmacherei und Verunsicherungskultur des rechten Randes übernehmen. Angst ist etwas Subjektives. Sie entsteht in unserer Vorstellungskraft, ist geprägt von dem, was wir an Informationen bekommen, was wir selbst erlebt haben und in unserer Phantasie gebildet wird. Wenn wir selbst die Sprache der Angst und Unsicherheit übernehmen, führt das dazu, dass Menschen sich unsicher fühlen.

PRO-5-033

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ines Link (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 32 bis 34:
Rechtsstaatlichkeit ist das Fundament unseres demokratischen Zusammenlebens. Sie schützt die Freiheit ~~des~~der Einzelnen, verhindert Willkür und sichert Gleichheit vor dem Gesetz. Nur ein starker Rechtsstaat garantiert Freiheit dauerhaft.

Begründung

Ersetze Singular duch Plural und meine damit wirklich alle (nicht nur die männliche Form).

Unterstützer*innen

Hartmut Schwendemann (KV Ortenau); Rüdiger Schilling (KV Pforzheim und Enzkreis); Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Julia Uebele (KV Göppingen); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jan Marczona (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Lea Elsemüller (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Laura-Luise Hammel (KV Esslingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Simone Fischer (KV Stuttgart); Sabine Zilligen (KV Schwäbisch Gmünd)

PRO-5-041

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Eileen Panteleit (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 40 bis 42 löschen:
Migrationsgeschichte. Unsere exportstarke Wirtschaft ist auf Fachkräfte aus dem In- und Ausland angewiesen~~, denn ohne Zuwanderung leidet unser Wohlstand~~. Doch Integration passiert nicht von selbst. Sie braucht klare Regeln und eine

Begründung

Ich bin sehr stark dafür den Halbsatz zu streichen. Durch die Aussage werden Menschen, die unserem Land Schutz suchen auf ihren ökonomischen Nutzen reduziert. Migrant*innen sind nicht Mittel und Zweck zur Verbesserung unseres Lebens. Wenn wir Menschen in unserem Land aufnehmen, dann sollten wir uns zu aller erst klar machen, dass diese Menschen aufgrund von "Krieg und (drohende[n]) Konflikte[n] sowie Gewalt und Verfolgung durch Regierungen" (vgl. https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20200624STO81906/was-sind-die-ursachen-von-migration) in unserem Land Schutz suchen und sich hier neue Perspektiven erhoffen. In dieser Hinsicht finde ich es den Menschen gegenüber respektlos Migration als Sicherung von Wohlstand zu framen.

Unterstützer*innen

Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Damian Kunkis (KV Reutlingen); Luca Secci (KV Stuttgart); Johanna Thym (KV Stuttgart); Ulrike Felger (KV Böblingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Katja Seiter (KV Karlsruhe-Land); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Nicola Frank (KV Tübingen); Lukas Gwinner (KV Tübingen); Hazar Colak (KV Tübingen); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Iris Sardarabady (KV Karlsruhe); Richard Langer (KV Tübingen); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen)

PRO-5-041-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Cornelius Klodt (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 40 bis 44:
Migrationsgeschichte. Unsere exportstarke Wirtschaft ist auf Fachkräfte aus dem In- und Ausland angewiesen, denn ohne Zuwanderung leidet unser Wohlstand. ~~Doch~~ Integration ~~passiert nicht von selbst~~ist keine Einbahnstraße. ~~Sie braucht klare Regeln und eine gemeinsame Haltung~~Die Politik muss Angebote schaffen, die gegenseitigen Austausch ermöglichen. . Vier Säulen sind entscheidend: Sprache, Arbeit, Teilhabe und die Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Unterstützer*innen

Finn Schwarz (KV Tübingen); Valerie Fischer (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Antonia Kind (KV Ulm); Jakob Feldner (KV Tübingen); Steffen Schnürer (KV Tübingen); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Clara López García (KV Mannheim); Jonny Wetsch (KV Böblingen); Flora Wagner (KV Ravensburg); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Eleanor Weber (KV Reutlingen); Klaus Kittler (KV Tübingen); Damian Haller (KV Stuttgart); Monika Fenzau (KV Neckar-Bergstraße)

PRO-5-044

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 43 bis 45 einfügen:
gemeinsame Haltung. Vier Säulen sind entscheidend: Sprache, Arbeit, Teilhabe und die Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir schaffen Bedingungen und Unterstützungsmöglichkeiten, um Menschen dabei zu unterstützen, in der Gesellschaft anzukommen und an ihr teilzuhaben.

Unsere Leitkultur ist das Grundgesetz. Es steht für Menschenwürde,

Begründung

Das Ankommen und die Integration in unsere Gesellschaft ist nicht für alle Menschen einfach. Darum brauchen wir auch ein klares Bekenntnis, sie dabei zu unterstützen.

PRO-5-045

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Cornelius Klodt (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 44 bis 46:
die Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.
~~Unsere Leitkultur ist das Grundgesetz. Es~~Unser Grundgesetz steht für Menschenwürde, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit. Wer bei uns lebt, soll sich sicher

Begründung

Leitkultur als Begriff ist Teil des Vokabulars der extremen Rechten. Die Verwendung in einem Wahlprogramm der Grünen trägt zur Normalisierung rechter Diskursnarrative bei und unterstützt deren migrationsfeindliche Haltung. Die politikwissenschaftliche Forschung hat klar gezeigt, dass strategisches Normalisieren solchen Vokabulars zum Wahlerfolg der extremen Rechten beiträgt. Der Begriff sollte daher aus dem Wahlprogramm gestrichen werden und stattdessen sollte einfach nur ein Bezug zum Grundgesetz hergestellt werden.

Unterstützer*innen

Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Valerie Fischer (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Antonia Kind (KV Ulm); Jakob Feldner (KV Tübingen); Steffen Schnürer (KV Tübingen); Tillmann Häbe (KV Böblingen); Clara López García (KV Mannheim); Jonny Wetsch (KV Böblingen); Flora Wagner (KV Ravensburg); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Eleanor Weber (KV Reutlingen); Klaus Kittler (KV Tübingen)

PRO-5-062

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Christinnen und Christen
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 61 bis 63:
erhöhten Landesförderung für das Freiwillige Soziale Jahr haben wir das Ehrenamt gestärkt. Wir wollen ~~Vereinen~~die Ehrenamtskarte fortführen, auf weitere Felder ausweiten und Vereinen sowie Initiativen künftig noch mehr Flexibilität und Freiräume geben und sie in ihrer Arbeit unterstützen.

Begründung

Die Ehrenamtskarte ist ein Erfolgsmodell auch für die Zukunft – nicht nur ein Relikt der Vergangenheit. Sie hat aber hohe Hürden, da sie nur für wenige Organisationen (Technisches Hilfswerk, Katastrophenschutz, Freiwillige Feuerwehr, Juleica und Freiwilligendienstleistende) eine garantierte Ausstellung bietet und auf Ehrenämter von mindestens 100-200 Stunden Aufwand beschränkt ist. In vielen weiteren Einrichtungen, wie etwa der Caritas und Diakonie, setzen sich Menschen für Alte, Geflüchtete, Obdachlose und Sterbende ein, aber erfüllen die hohen Hürden der Ehrenamtskarte nicht. Auch sie verdienen aber die mit der Ehrenamtskarte verbundene Anerkennung und die damit verbundenen Vergünstigungen. Die Fortführung und Ausweitung der Ehrenamtskarte wäre ein wichtiges Signal, dass wir als Grüne Ehrenamt tatsächlich, konkret und mit praktikablen (da schon erprobten) Mitteln fördern wollen.

PRO-5-063

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 62 bis 63 einfügen:
gestärkt. Wir wollen Vereinen und Initiativen künftig noch mehr Flexibilität und Freiräume geben und sie in ihrer Arbeit unterstützen. Dabei wollen wir ein besonderes Augenmerk auf das digitale Ehrenamt legen, denn der ehrenamtliche Betrieb von Software-Infrastruktur, Open-Source-Entwiclung oder die Beiträge zur Online-Enzyklopädie Wikipedia sind wichtige Beiträge zur digitalen Souveränität und gemeinnützig weit über die Landesgrenzen hinaus.

Begründung

Digitale Ehrenämter sind eine zentrale Säule in der digitalen Souveränität, werden bisher aber kaum gewürdigt. Gerade im Tüftlerland BW gibt es viele Ehrenamtliche, die sich in diesem Bereich engagieren. Wenn wir über Souveränität, Open-Source und Gemeinwohl reden, sind diese Organisationen essenzielle Verbündete. Vgl. (Seite 18): https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/dateien/publikationen/broschueren_und_flyer/f20-37_Engagement_Web.pdf

PRO-5-072

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 71 bis 72 einfügen:
kommunalpolitisch engagiert sein können, haben wir zudem die gesetzliche Grundlage für digitale Gemeinderatssitzungen geschaffen. Wir werden dieses Konzept weiterverfolgen und ausbauen: Wo Gemeinderatssitzungen als on-demand Videos oder Podcasts aufgezeichnet werden, soll die bereits existierende landeseigene Fediverse-Instanz eine souveräne Plattform bieten, auf denen die Aufzeichnungen für Journalist*innen und Bürger*innen zur Verfügung stehen. Durch moderne Datenverarbeitungsmethoden und KI können verknüpfte Protokolle und Beschlusstexte, Untertitel, Gebärdenübersetzung und Schlagwortsuche automatisiert ermöglicht werden, um einen niederschwelligeren und schnelleren Zugang zur Lokalpolitik zu schaffen. Hierfür wollen wir eine Datenbasis und entsprechende Experimentierinfrastruktur schaffen.

Begründung

Oft landen Streams und Aufzeichnung von Gemeinderatssitzungen aktuell auf Youtube. Dort sind sie aber nicht gut findbar, da Googles Algorithmen andere Inhalten priorisieren. Zusätzlich stellt sich durch die zunehmenden Eingriffe von Big Tech-Unternehmen auch die Frage nach Souveränität und Transparenz. Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg betreibt bereits die Fediverse-Instanz BaWü.social, damit lässt sich mit minimalem Aufwand ein entsprechendes Peertube-Angebot parallel zu youtube schaffen, was uns unabhängiger macht und viele Experimentiermöglichkeiten für Open-Data und Open-Government-Ansätze schafft, die einen besseren Zugang zur Kommunalpolitik für Bürger*innen und die politische Berichterstattung in Lokalmedien schaffen.

PRO-5-074

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 73 bis 75:
Mit der Gleichstellungsstrategie sind wir dabei, die umfassende Gleichstellung ~~der~~aller Geschlechter in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen Belangen voranzutreiben. Wir setzen die

Von Zeile 84 bis 85 einfügen:
konkrete Hilfe. Wir haben die Beauftragten für Chancengleichheit in den Kommunen und Landeseinrichtungen gestärkt. Weiter wollen wir konkrete Maßnahmen für den Schutz von queerem Leben ergreifen. Dafür sollen die Antidiskriminierungsstellen der Landkreise verpflichtend für die Themen von trans-, inter-, nicht-binären und agender Menschen zuständig sein und entsprechend personell, sowie fachlich ausgestattet werden. Weitergehend wollen wir explizite Schutzräume für TINA*-Personen (trans-, inter-, nicht-binär und agender) fördern und Präventionsarbeit stärken.

Begründung

Als Grüne ist die Gleichberechtigung aller Geschlechter ein gemeinsames, erklärtes Ziel.
Gerade TINA*-Personen (trans-, inter- und nicht-binär) sind aufgrund ihrer Geschlechtsidentität häufig Diskriminierung, Hass und Hetze ausgesetzt. Mit dem Erstarken rechter Narrative sind TINA*-Personen zunehmend noch viel mehr bedroht, Anfeindungen ausgesetzt, Ausgrenzung betroffen.
Als Grüne müssen wir statt bloßer Lippenbekenntnisse auch aktive Maßnahmen zum Schutz von queerem Leben hier bei uns in Baden- Württemberg ergreifen. Wir müssen uns kollektiv dafür einsetzen, dass Schutzräume für TINA*-Personen geschaffen werden und Präventionsarbeit gestärkt wird. Ein unerlässlicher Schritt dafür ist es, dass die Antidiskriminierungsstelle verpflichtet wird sich tiefergehend mit den Themen von TINA*-Personen zu befassen und Schutzräume zu entwickeln und Präventionsarbeit zu stärken.
Nur der solidarische Kampf für die Gleichberechtigung aller Geschlechter, ist ein ehrlicher Kampf für Gleichberechtigung.

PRO-5-085

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 84 bis 85 einfügen:
konkrete Hilfe. Wir haben die Beauftragten für Chancengleichheit in den Kommunen und Landeseinrichtungen gestärkt.
Um den Kommunen in dem Bereich Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit aller Geschlechter noch mehr Unterstützung und Personal an die Hand zu geben, werden wir eine Landeskoordinierungsstelle einrichten, die sich auch mit den Themen von trans-, inter-, nicht-binären und agender Personen befasst.

Begründung

Um den Beauftragten der Kommunen mit noch mehr Unterstützung, Fachkompetenz und Personal Rückenwind zu verleihen, braucht es eine Landeskoordinierungsstelle. Mit dieser Stelle können wir Beauftragte dabei unterstützen mit ihrer Arbeit noch effektiver auf die Gleichberechtigung aller Geschlechter hinzuwirken. Die Gleichstellungsstrategie hat sich bislang hauptsächlich auf die Gleichstellung von Cis-Männern und Cis-Frauen (Cis= die gelebte Geschlechtsidentität stimmt mit dem bei der Geburt zugewiesenes Geschlecht überein) bezogen. In unserem gemeinsamen, grünen Verständnis ist nur die Gleichstellung aller Geschlechter eine ernsthafte Gleichstellung und ehrliche Chancengerechtigkeit. Auf die bislang hauptsächlich für Cis-Frauen erzielten Erfolge muss mit dem Einsatz für die Gleichstellung von TINA*-Personen aufgebaut werden.

PRO-5-086

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 86 bis 92 löschen:

~~Wir planen Integration mit Weitblick: Wir haben das Integrationsmanagement in den Kommunen etabliert und verstetigt. Kernelement ist die Förderung von Integrationsmanager*innen, die die Integration von Geflüchteten im Alltag unterstützen. Mit der Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften, die Unternehmen bei der Einwanderung ausländischer Fachkräfte beispielsweise mit einer beschleunigten beruflichen Anerkennung für die ausländischen Fachkräfte unterstützt, haben wir eine zentrale Anlaufstelle geschaffen.~~

Begründung

Der Abschnitt zur Integrationspolitik passt thematisch nicht zum vorherigen Kapitel über Frauen- und Gleichstellungspolitik. Beide Bereiche sind eigene Politikfelder und dürfen nicht miteinander verknüpft werden. Durch die direkte Abfolge entsteht eine unbeabsichtigte inhaltliche Verbindung, die zu Fehlinterpretationen führen kann.

Unterstützer*innen

Andreas Ammer (KV Wangen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Malte Jonas Wörner (KV Aalen-Ellwangen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Antonia Kind (KV Ulm); Tabea Hirt (KV Stuttgart); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Selin Erdogan (KV Esslingen); Jérôme Vogler (KV Esslingen); Maximilian Kreft (KV Esslingen); Kathrin Bickele (KV Esslingen); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Julian Maier (KV Mannheim); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Leni Reiland (KV Mannheim); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar)

PRO-5-092

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Gönner (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 91 bis 92 einfügen:
einer beschleunigten beruflichen Anerkennung für die ausländischen Fachkräfte unterstützt, haben wir eine zentrale Anlaufstelle geschaffen.

Für mehr soziale Sicherheit: Teilhabe fördern, Zukunft ermöglichen!

Für diejenigen, die besonders vulnerabel sind und unsere Unterstützung brauchen, schaffen wir einen verlässlichen Schutzraum. Die Anzahl der Menschen, die in finanzielle Notlagen geraden, ob durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Scheidung, steigt an, Sie benötigen wirksame Unterstützung, um Wege aus der Schuldenfalle zu finden, ihre Zukunft finanziell neu auszurichten und langfristige Perspektiven zu erhalten Daher wollen wir die Schuldnerberatung stärken und Angebote gerade für junge Menschen schaffen, die vermehrt durch „buy now, pay later“ Verfahren des Onlinehandels Gefahr laufen, den Überblick über laufende Ausgaben zu verlieren. Wir wirken Wohnungslosigkeit entgegen, indem wir bestehende Housing-First-Modelle evaluieren und zielgerichtet erweitern. Gleichzeitig stärken wir präventive Ansätze bei drohendem Wohnungsverlust, insbesondere für Familien. Teilhabe und Selbstbestimmung trotz Armut sind für uns unverzichtbar: Deshalb erleichtern wir den Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem durch aufsuchende Beratung und Angebote. Wir fördern Eingliederungsmaßnahmen in sozialen Einrichtungen und begleiten Übergänge zum Arbeitsmarkt. Durch niedrigschwellige Treffpunkte sowie Mitmach- und Austauschangebote – etwa in Quartiertreffs und Tafeln – ermöglichen wir Teilhabe unabhängig vom Geldbeutel.

Kinder und Familien stehen im Zentrum unserer Präventionspolitik. Eltern von Anfang an in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken ist bereits ein erfolgreicher Ansatz der Familienpolitik des Landes. Um hier noch mehr Familien zu erreichen, setzen wir auf ehrenamtliche Lotsinnen und Lotsen, die von Fachpersonen geschult und begleitet werden. Vor allem Alleinerziehende wollen wir mit Maßnahmen wie Ausbildung in Teilzeit, Betreuungsangeboten und Familienfreizeiten gezielt unterstützen. Der erfolgreiche Masterplan Kinderschutz wird konsequent fortgeführt, um Kinder bestmöglich vor Gefährdungen zu schützen. Die Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut arbeiten bereits in knapp 30 Stadt- und Landkreisen erfolgreich daran, dass allen Kindern Teilhabe ermöglicht wird. Dieses Modell wollen wir auf die noch nicht erreichten Regionen ausweiten, denn jedes Kind hat ein Recht auf gesunde Lebensbedingungen und faire Chancen. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass Angebote zur Armutsbekämpfung und Prävention mehrsprachig verfügbar sind, damit niemand aufgrund sprachlicher Barrieren ausgeschlossen wird. Für einkommensschwache Haushalte bieten wir kostenlose Energieberatung an, um Energiekosten zu senken und nachhaltige Lösungen zu fördern. So entlasten wir Familien und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Die Sozialwirtschaft erbringt wichtige Leistungen für das Allgemeinwohl. Wir erkennen besonders

die Rolle der sozialen Träger für erfolgreichen Klimaschutz in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit an. Damit soziale Einrichtungen ihre wichtige Arbeit trotz hoher Energiekosten fortsetzen können, werden wir ein Förderprogramm zur energetischen Sanierung derer Gebäude aufsetzen, um die Einrichtungen dauerhaft von hohen Energiekosten zu entlasten.

Einsamkeit ist eine neue gesellschaftliche Herausforderung, die wir aktiv bekämpfen wollen. Sie betrifft alle Altersgruppen – junge Menschen ebenso wie ältere, besonders gefährdet sind Menschen mit geringem Einkommen, Zugewanderte, Alleinerziehende sowie kranke oder behinderte Menschen. Einsamkeit kann gravierende Folgen für die psychische und körperliche Gesundheit haben. Mit der Landesinitiative „Gemeinsam gegen Einsamkeit“ wollen wir das Thema stärker ins Bewusstsein rücken und durch innovative Projekte Begegnung und Teilhabe fördern. Wir schaffen Treffpunkte, stärken Nachbarschaften, regen die Willkommenskultur in Vereinen an und sensibilisieren Unternehmen sowie das Gesundheitswesen, Einsamkeit früh zu erkennen und anzusprechen. Denn die beste Prävention gegen Isolation ist ein gutes Miteinander im direkten Lebensumfeld.

Begründung

Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wird auch stark für soziale Gerechtigkeit bestimmt. Daher ist es wichtig unsere Unterstützung insbesondere für vulnerable Personengruppen hervorzuheben. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Ute Leidig (KV Karlsruhe); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Pauline Valentin (KV Freiburg); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Meike Günter (KV Ludwigsburg); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Nick Marx (KV Karlsruhe); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Maria Flendt (KV Stuttgart); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Lena Cannistra-Arzner (KV Ettlingen)

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Erwin Köhler (KV Heilbronn)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 91 bis 92 einfügen:
einer beschleunigten beruflichen Anerkennung für die ausländischen Fachkräfte unterstützt, haben wir eine zentrale Anlaufstelle geschaffen.

Junge Menschen ernst nehmen:

Jugend ist eine besondere Lebensphase, geprägt von eigenen Erfahrungen, Chancen und Herausforderungen. Junge Menschen brauchen Freiräume, um sich entwickeln zu können, ohne als Störfaktor wahrgenommen zu werden. Angesichts ihres historisch niedrigen Bevölkerungsanteils und der besonderen Belastungen der Pandemie braucht es starke politische Fürsprecher*innen. Wir wollen diese Rolle übernehmen – im Parlament und durch die Stärkung von Jugendverbänden und der außerschulischen Jugendarbeit als fachlich kompetente Anlaufstellen.

Wir bekennen uns zur außerschulischen Jugendarbeit als wichtigem Lebens-, Lern- und Sozialisationsort. Sie schafft freiwillige Räume, in denen demokratische Fähigkeiten durch kontinuierliche Aushandlungsprozesse erlernt werden. Jugendverbandsarbeit als Instrument der Selbstbefähigung junger Menschen werden wir ebenso stärken wie Mobile und Offene Kinder- und Jugendarbeit als niedrigschwellige Angebote im Alltag von Jugendlichen. Fachkräfte, die sich für Demokratie und gegen die extreme Rechte engagieren, dürfen nicht durch falsch verstandene Neutralitätsforderungen behindert werden. Wir unterstützen ausdrücklich den Beschluss der Jugend- und Familienkonferenz von Mai 2025 und stehen hinter diesen Fachkräften.

Die politische und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen wollen wir deutlich stärken und nachhaltig verankern. Dafür richten wir ein landesweites Jugendgremium ein, welches Jugendliche verbindlich in politische Entscheidungen einbezieht. Der Landesjugendbeirat im Kultusministerium soll weiterentwickelt werden, wobei sich die Landesregierung verpflichten soll, seine Ergebnisse zu prüfen und zu beantworten. Gesetzgebungsverfahren, die Kinder und Jugendliche betreffen, sollen diese künftig über Praxis-Checks und ergänzende Beteiligungsformate direkt berücksichtigen. Auch zu Gesetzgebungen mit Bürgerforen sollen Jugendliche gezielt eingebunden werden.

Wir unterstützen die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung und wollen ihre Arbeit fortführen und stärken. Die Konzeption eines landesweiten Jugendgremiums soll abgeschlossen und die Ergebnisse im kommenden Sommer zügig umgesetzt

werden, sodass ein nachhaltiges, die Gesellschaft abbildendes Jugendgremium mit einer stetigen Vertretung und einer verbindlichen Finanzierung arbeitsfähig wird.

Das Pilotprojekt zum Freiwilligen Pädagogischen Bildungsjahr soll ausgeweitet werden, um den Lehrberuf zu stärken und Jugendlichen eine vertiefte pädagogische Berufsorientierung zu ermöglichen. Im ländlichen Raum wollen wir Jugendpartizipation durch bessere Zugänge, passende Beteiligungsformate und verlässliche Unterstützungsstrukturen stärken. Das Pilotprojekt zu Jugendräten in den Landkreisen soll verstetigt und landesweit durch geeignete Rahmenbedingungen etabliert werden.

Wir bekennen uns zur Fortführung und ausreichenden Finanzierung des Masterplans Jugend und sichern den Bündnisschutz, damit seine langfristigen Ziele verlässlich umgesetzt werden können.

Begründung

Wir nehmen Jugenliche ernst. Das zeigen wir durch die schon stattfindende Einbindung in politische Prozesse. Da zu Beteiligung auch gehört, dass nicht nur gehört, sondern auch gemeinsam umgesetzt wird, fordern wir verbindlich ein landesweites Jugendgremium ein.

Außerschulische Jugendarbeit ist in Zeiten von Desinformation und einer gefährdeten Demokratie unabdingbar und wichtiger denn je. Wir verstehen die außerschulische Jugendarbeit nicht ergänzend zu dem, was innerhalb von Schule passiert, sondern rechnen der Rolle der Außerschulischen einen sehr hohen Stellenwert zu.

Unterstützer*innen

Julia Ines Link (KV Stuttgart); Thomas Gönner (KV Stuttgart); Ana Sauter (KV Reutlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Jaron Immer (KV Reutlingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Niklas Becker (KV Konstanz); Lea Elsemüller (KV Tübingen); Margrit Liedloff (KV Neckar-Bergstraße); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Colin Christ (KV Heilbronn); Zora Brändle (KV Mannheim); Nick Dreyzehner (KV Mannheim)

PRO-5-096

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 95 bis 97 einfügen:
Fußball- oder Musikverein, im Laientheater, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Bürgerinitiativen, Gemeinderäten, Religionsgemeinschaften, ob in Pflege und Betreuung oder Gewerkschaften – das ehrenamtliche Engagement stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

PRO-5-103

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 102 bis 105:
Berufs- und Familienleben bringen. Wir wollen die Ehrenamtsoffensive mit einem besonderen Fokus auf die ältere Generation ~~der Babyboomer*innen~~ fortführen. Diese Generation, die ~~aktuell in Rente geht~~von Jahr zu Jahr größer wird, ist besonders aktiv und bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren – dieses wertvolle Engagement wollen wir durch

Von Zeile 107 bis 109 einfügen:
attraktiver machen, wollen wir Fortbildungen und Schulungen für das kommunalpolitische Ehrenamt fördern. Wir wollen die Einrichtung und Förderung von Seniorenräten auf kommunaler Ebene voranbringen. Wir unterstützen Maßnahmen zur Gewaltprävention und zur Sensibilisierung für Gefahren im Ehrenamt in unseren

Begründung

„Babyboomer“ umfaßt nur einen Bruchteil der älteren Menschen und wird zudem von einigen als abwertend empfunden.

PRO-5-112

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Fynn Rubehn (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 111 bis 112 einfügen:

Zudem wollen wir die Ehrenamtskarte stärken und ausbauen. Sie ist ein wichtiges Signal der Wertschätzung der unzähligen Ehrenamtlichen im Land und ihres unschätzbaren Beitrags zum Zusammenhalt. Wir wollen die vielen vergünstigten oder kostenfreien kulturellen und freizeitlichen Angebote noch weiter ausbauen und prüfen, inwiefern Zuschüsse wie etwa für das Deutschland Ticket dazu beitragen könnten, dass die Ehrenamtskarte, insbesondere von jungen Menschen und Familien noch häufiger genutzt wird.

Ehrenamt kann ein Schlüssel der Integration und Inklusion sein. Daran wollen wir ansetzen indem wir für zugewanderte Menschen Zugänge zu ehrenamtlichen Strukturen vereinfachen und sie für ehrenamtliches Engagement begeistern.
Gemeinnützige Initiativen und genossenschaftlich organisiertes Engagement wollen wir stärken. Von der Bürgerenergie über Gemeinschaftsgärten bis zum Dorfladen – all diese Modelle sind Treiber für Daseinsvorsorge und Miteinander vor Ort. Wir erleichtern ihre Zugängen zu Fördertöpfen und Krediten, fördern Beratung und Best-Practice-Vernetzung und reduzieren Haftungsbedingungen und Bürokratie.

Sport als Bindeglied für Gesellschaft und Zusammenhalt

Begründung

Das Ehrenamt ist zentraler Baustein unserer Gesellschaft. Deswegen braucht es auch aktive Unterstützung, die die Ehrenamtlichen konkret spüren. Gerade mit der Ehrenamtskarte sind wir hier in der letzten Legislaturperiode einen guten Schritt gegangen. Diese wollen wir deshalb ausbauen und verbessern. Das ist gelebte Wertschätzung unseres Ehrenamts.

Ehrenamt kann und sollte zudem ein wichtiger Schlüssel für die Integration und Inklusion sein. Auch hier braucht es einfachere Strukturen und Verbesserungen, die das Mitwirken im Ehrenamt attraktiv machen.
Auch gemeinnützige und genossenschaftliche Initiativen wollen wir stärken. Diese leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft, auch wenn sie oft nicht mehr klassisch als Vereine agieren.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Pauline Valentin (KV Freiburg); Stefanie Seemann (KV Pforzheim und Enzkreis); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Holger Steinböhmer (KV Calw); Finn Schwarz (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Markus Weiß (KV Calw); Christoph Della Libera (KV Calw); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Valerie Fischer (KV Tübingen); Albrecht Martin (KV Calw); Ana Sauter (KV Reutlingen); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Sybilla Hemsing-Lutzeier (KV Pforzheim und Enzkreis); Florian Bieck (KV Freiburg)

PRO-5-113

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 113 bis 114 einfügen:
Sport verbindet: Alte und Junge, Menschen verschiedener Herkunft, mit und ohne Behinderungen und mit unterschiedlichen Erfahrungen.

Begründung

Sport verbindet Menschen - mit und ohne Behinderung.

PRO-5-155

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 154 bis 156 löschen:
sehen ihn als Erfolgsmodell für das ganze Land. Im Wald setzen wir uns für ein gutes Miteinander ~~ohne pauschale Verbote~~ ein.

Begründung

Aus dem vorangestellten Absatz geht bereits hervor, dass die runden Tische zwischen Sport, Naturschutz, Forst und Jagd bereits eine erfolgreiche Lösung für mögliche Konflikte darstellen. Die Formulierung „pauschale Verbote“ ist insofern missverständlich, da es bereits aktuell keine pauschalen Verbote gibt.

Unterstützer*innen

Trudis Fisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Tobias Riedmüller (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Claudia Mayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Rabe-Lockhorn (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Birgit Krückels (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Beatrix Steinsiepe (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Günther Kaiser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hanja Hoffmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Gaby Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sonja Rajsp-Lauer (KV Rottweil); Alexander Held (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Reinhold Pix (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jonathan Hanser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Stephan Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elfi Hartung (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sven Seitola (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Philipp Hetzler (KV Ettlingen)

PRO-5-198

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 197 bis 198 einfügen:
führend. Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land stärker an politischen Diskussionen und Entscheidungen beteiligt sind und sich einbringen können. Dazu müssen sie in erster Linie Informiert sein. Insbesondere müssen sie über das Handerln der Verwaltung informiert sein, denn **Verwaltungshandeln betrifft uns alle. Deshalb muss es auch für alle transparent nachvollziehbar sein. Jeder Bürger hat das Recht, zu erfahren, wie und mit welcher Begründung Entscheidungen in der öffentlichen Verwaltung zustande kommen. Die Auskunftsansprüche, die unter anderem im Informationsfreiheitsgesetz geregelt sind, sind kompliziert und für Bürger*innen und die Verwaltung zeitaufwendig gestaltet. Wir wollen ein Transparenzgesetz mit einem Transparentzportal umsetzen, in dem die Informationen der Verwaltung laufend digital gesammelt und Bürger*innen und dem öffentlichen Dienst kostenfrei, barrierefrei und unkompliziert zur Verfügung gestellt werden können, die nicht einem besonderen Geheimhaltungsbedürfnis unterliegen. Die Datensammlung kann auch in Anonymisierung Form zu Trainingszwecken für künstliche Intelligenzen genutzt werden.**

Begründung

Die Weiterentwicklung des IFG scheiterte in dieser Legislatur daran, dass sie im Innenministerium und aus den kommunalen Spitzenverbänden heraus verzögert wurde. Dabei kann gerade mehr Transparenz zu einer Beschleunigung des Verwaltungshandelns führen. Zum einen entlastet ein Transparenzportal die Verwaltung von der Beantwortung von Anfragen von Bürger*innen. Es bietet eine Sammlung praxisbezogener Anwendungsfälle, die Sachbearbeitenden in den Verwaltungen einen schnellen Überblick über vergleichbare Fallgestaltungen verschaffen. Und des stellt einen Fachbezogenen Verwaltungspool zum Training künstlicher Intelligenz zur Verfügung. Zu einem modernen digitalen Staatswesen gehört aber ein leichter Zugang zu den notwendigen Daten. Das muss -wie schon in PLP; HH; SWH und Sachsen endlich realisiert werden.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Stefan Hubertus (KV Rastatt/Baden-Baden); Tabea Hirt (KV Stuttgart); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Richard Langer (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Dieter Köhler (KV Rastatt/Baden-Baden); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV

Zollernalb); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Philip Singer (KV Stuttgart); Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden); Silvia Alles (KV Rastatt/Baden-Baden)

PRO-5-198-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2026

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 198 einfügen:
Gemäß dem Leitspruch "Nichts über uns ohne uns", beteiligen wir an unseren Entscheidungen diejenigen Gruppen, die als Expert*innen besonders von diesen Entscheidungen betroffen sind.

Begründung

Zur Politik des Gehörtwerdens gehört auch, dass betroffene Gruppen als Expert*innen gehört werden, wenn Entscheidungen getroffen werden, von denen sie in besonderem Maße in ihrer Lebenswelt betroffen sind. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um diese Gruppen aktiv in die Entscheidungsfindung einzubinden.

PRO-5-199

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Demokratie, Recht und Innere Sicherheit
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 199 bis 202:
Mit der neuen Servicestelle ~~„Dialogische Bürgerbeteiligung“~~Dialogische Bürgerbeteiligung haben wir für die Behörden im Land eine zentrale Anlaufstelle geschaffen. Sie berät und unterstützt Kommunen wie Landesbehörden bei der Durchführung von ~~Debatten, um~~Bürgerbeteiligung. Mit dieser erweitern wir die Entscheidungsgrundlage für Behörden und gewählte Gremien. Das hilft, tragfähige und gesellschaftlich akzeptierte Lösungen zu finden. Zusätzlich

Von Zeile 204 bis 212:
sich in ihrer Gemeinde, in ihrem Ortsteil oder in ihrem Quartier einzubringen – etwa mit ~~dem Beteiligungstaler~~den Nachbarschaftsgesprächen: Dieses Programm wurde aufgestellt, ~~um~~damit Initiativen selbst lokale Konflikte in ~~der Umsetzung lokaler Beteiligungsprojekte gezielt durch die Übernahme von Sachkosten zu unterstützen~~ihrem Lebensumfeld angehen und bearbeiten können. Damit leistet das Programm einen Betrag für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Baden-Württemberg haben wir deutlich gesenkt. Auch das Wahlrecht ~~hat die grün geführte Landesregierung an die Anforderungen einer aktiven Bürgergesellschaft~~haben wir angepasst. ~~Zum Beispiel dürfen nun bei~~Bei Landtags- und Kommunalwahlen dürfen Menschen bereits ab 16 Jahren wählen. Bundesweit ist Baden-Württemberg das erste Bundesland, bei dem 16-Jährige bei Kommunalwahlen auch

Begründung

Die Servicestelle heißt Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung. Verfahren der Bürgerbeteiligung sind keine „Debatten“. Es sind moderierte Verfahren und dialog-orientierte Veranstaltungen mit unterschiedlichen Zielrichtungen. Mal sollen die Bürger*innen tatsächlich Lösungen erarbeiten, mal fragt man lediglich ihre Bedürfnisse und Haltungen ab. So heißt es im Gesetz über die Dialogische Bürgerbeteiligung, dass diese dafür da ist, die „Bedürfnisse“ der Bevölkerung abzufragen. Bürgerbeteiligung produziert – anders als direkte Demokratie – vor allem Empfehlungen. Zudem: Wenn wir schreiben, dass Bürgerbeteiligung „tragfähige und gesellschaftlich akzeptierte Lösungen“ finden soll, bedeutet das im Umkehrschluss, dass die gewählten Gremien das nicht können? Diesen Vorwurf sollten wir uns nicht aussetzen. Deshalb benennen wir am besten den gemeinsamen Nenner jeder ernstgemeinten Bürgerbeteiligung: das Erweitern der Entscheidungsgrundlage für Behörden und gewählte Gremien. Das Förderprogramm Beteiligungstaler ist nicht falsch. Die Nachbarschaftsgespräche sind von ihrer Zielrichtung her aber ein besseres Beispiel. Daran können wir verdeutlichen, dass diese Programme den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Die Streichungen danach ist vor allem die Kürzung von unnötigen Längen und einer Floskel

(„Anforderungen einer aktiven Bürgergesellschaft“). Zudem hat nicht die Landesregierung das Wahlrecht geändert, sondern der Landtag.

PRO-5-208

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Demokratie, Recht und Innere Sicherheit
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 207 bis 209 einfügen:
Übernahme von Sachkosten zu unterstützen. Die Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Baden-Württemberg haben wir deutlich gesenkt. Weiterhin wollen wir uns für Bürgerentscheide auch auf Landkreisebene einsetzen. Auch das Wahlrecht hat die grün geführte Landesregierung an die Anforderungen einer

Begründung

In allen Bundesländern außer in Hessen und Baden-Württemberg werden die Landräte in direkter Wahl bestimmt. Die Landkreise haben eigene Zuständigkeiten und Gestaltungsspielräume, die viele Bürger*innen betreffen.

PRO-5-213

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2015

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 212 bis 213 einfügen:
Württemberg das erste Bundesland, bei dem 16-Jährige bei Kommunalwahlen auch selbst kandidieren dürfen!

Neben der Einbindung junger Menschen in unsere Demokratischen Prozesse, wollen wir auch die konkrete Jugendbeteiligung bei Entscheidungen der Politik vorantreiben. Wir brauchen eine wirksame, zielgruppensensible Jugenbeteiligung, deswegen wollen wir einen Landesjugendrat einführen. Mit einem Landesjugendrat schaffen wir ein Beteiligungsmodell für Junge Menschen mit Anhörungs- und Antragsrecht im Landtag. Der Landesjugendrat soll bei aktuellen Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und die Landesregierung auch bei Strategiedialogen mit der Perspektive Junger Menschen unterstützen. Neben der landesweiten Jugendbeteiligung setzen wir in Baden-Württemberg seit Jahren auf Jugendgemeinderäte und Jugendforen. Diese flächendäckende Jugendbeteiligung in der Kommunalpolitik wollen wir ausweiten. Wir haben viele Jugendgemeinderäte die sich in ihren Kommunen mit eigenen Intitativen einbringen und Jugendinteressen vertreten. Wir sind überzeugt, dass dieses Modell sowohl für Städte als auch für Landkreise mit Jugendkreistagen funktionieren kann. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, diese Jugendgemeinderäte gibt es vor allem dort, wo Jugendgemeinderäte von den Stadtverwaltungen entsprechend unterstützt werden. Daher fördern wir die EInstellung von Referenten*innen für Jugendgemeinderäte.

Begründung

Eine stärkere Jugendbeteiligung fordern wir Grüne im Land seit Jahren. Bereits 2021 haben wir im Landtagswahlprogramm eine Landesjugendrat gefordert. Mit diesem Konzept wollen wir auf dem Erfolgsmodell der Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg aufbauen. Darüberhinaus wollen wir die Jugengemeinderäte stärken und die Modelle im Land, die gut funktionieren, landesweit ausrollen.

PRO-5-213-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 212 bis 213 einfügen:
Württemberg das erste Bundesland, bei dem 16-Jährige bei Kommunalwahlen auch selbst kandidieren dürfen!

In der nächsten Legislaturperiode bauen wir die ‚Politik des Gehörtwerdens' weiter aus. Dazu fördern wir die Transparenz der Kommunal- und der Landesverwaltung und stärken so das Vertrauen der Bürger in den Staat. Wir reduzieren den Verwaltungsaufwand für die Kommunen durch die Entwicklung eines Transparenzportals des Landes, etablieren automatisierte Lösungen in ersten Pilotprojekten und bauen das Landesinformationsfreiheitsgesetz zu einem Transparenzgesetz aus.

Begründung

Das Landesinformationsfreiheitsgesetz stärkt seit seiner Einführung 2016 die politische Teilhabe durch Einsicht in amtliche Informationen und schafft so eine bürgernahe Kultur des Vertrauens und des Dialogs. Seine Weiterentwicklung zu einem echten Transparenzgesetz war bereits im Koalitionsvertrag 2021 vorgesehen, wurde jedoch nicht umgesetzt. Der Zugang zu validen, amtlichen Informationen ist jedoch unverzichtbar für den demokratischen Meinungsbildungsprozess. Mit der Einführung eines Transparenzportals lässt sich dieser außerdem bürokratiearm umsetzen: Der Paradigmenwechsel weg von aufwändiger Einzelfallbeantragung hin zu einer gebühren- und barrierefreien, proaktiven Bereitstellung in einem frei zugänglichen Portal senkt Verwaltungskosten und stärkt die Politik des Gehörtwerdens.

PRO-5-213-3

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Demokratie, Recht und Innere Sicherheit
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 213 einfügen:
Bundesweit sinkt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Mit der Politik des Gehörtwerdens haben wir diesem Trend nachweislich etwas entgegen gehalten. Deshalb wollen wir diese Politik fortsetzen. Wichtige Gesetze und Regierungsvorhaben werden wir weiterhin mit Bürgerforen und anderen Beteiligungs- und Anhörungsformen entwickeln. Wir werden Bürgerbegehren und Volksbegehren flexibler gestalten und verbessern. Dialogische Beteiligung und direkte Demokratie wollen wir verzahnen. Volksbegehren sollen rechtssicher elektronisch unterzeichnet werden können. Bei Bürgerentscheiden soll auch über Alternativen abgestimmt werden können. Wir wollen es den Kommunen erleichtern, Beteiligungssatzungen einzuführen. Mit diesen Satzungen können die Gemeinden selbst festlegen, welche Beteiligungsformate sie wie anwenden wollen. Kleine und mittlere Gemeinden sollen finanzielle Unterstützung über die Servicestelle erhalten, damit Konflikte – gerade in Zeiten der Veränderungen – bearbeitet werden können.

Begründung

In der Überschrift zu diesem Teil steht „Beteiligung leben, Mitsprache erweitern“. Doch danach folgt nur ein Rückblick auf Erreichtes. Insofern könnte man „Mitsprache erweitern“ auch streichen. Aber es gibt noch zu tun.

Laut dem Demokratie-Monitor 2025 der Universität Hohenheim ist die Zufriedenheit in Deutschland mit dem Funktionieren der Demokratie von 64 auf 44 (!) Prozent gesunken. Mit dem Funktionieren der Demokratie auf Ebene der Länder sind 53 Prozent der Befragten in Deutschland zufrieden. Dagegen sind mehr Menschen in Baden-Württemberg, nämlich 63 Prozent, mit dem Funktionieren der Demokratie im Land zufrieden. Dieser Unterschied zum Bund und zu den anderen Bundesländern liegt unter anderem an der Politik des Gehörtwerdens. Fast alle Menschen in unserem Land wünschen sich, dass die Idee hinter der Politik des Gehörtwerdens fortgesetzt wird.

Mit den Bürgerforen zur Dauer des allgemein bildenden Gymnasiums und zum Landes-Nichtraucherschutz-Gesetzes haben wir Debatten versachlicht. Und wir haben das Versprechen eingelöst, die Menschen an der Gesetzgebung stärker zu beteiligen. Solch ein Versprechen und dessen Umsetzung ist deutschlandweit einmalig. Auch bei der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ haben wir mit Jugendbeteiligung und einem Bürgerforum ein parlamentarisches Verfahren für Mitsprache geöffnet. Grün- wie CDU-geführte Ministerien haben in den letzten zehn Jahren erfolgreich Menschen an ihren Vorhaben beteiligt. Diese Erfolgsgeschichte soll Baden-Württemberg fortsetzen.

Auch Bürgerentscheide und Volksabstimmungen sollen von Formen der Bürgerbeteiligung profitieren. Dafür müssen wir die Verfahren flexibler gestalten. In vielen Bundesländern ist es möglich, dass man über Alternativen abstimmen kann. In Baden-Württemberg können wir das auf Landesebene. Warum nicht auch in der Kommune? Die Regierungsfraktionen hatten sich auf entsprechende Eckpunkte geeinigt. Eine Gesetzesinitiative kam dann aber nicht mehr zustande. Es scheiterte am Unwillen des Koalitionspartners in der Regierung.

Vielen Menschen erscheint es antiquiert, dass sie ein Volksbegehren nicht auch digital unterstützen können. In allen Lebensbereichen hält die Digitalisierung Einzug. Die Europäische Bürgerinitiative kann jetzt schon elektronisch gezeichnet werden. Diese Möglichkeit sollte es auch für Volksbegehren geben. Im Gegenzug könnte die Amtseintragung abgeschafft werden. Die freie Sammlung per händischer Unterschrift sollte weiterhin bestehen bleiben.

Mit kommunalen Beteiligungssatzungen können Kommunen bestimmen, wann Beteiligungsverfahren von den Bürger*innen initiiert werden können, oder wie diese in der Kommune ablaufen. Beteiligungssatzungen könnten auch Regeln für Bürger*innenhaushalte, Quartiersbudgets oder ähnliches enthalten. Wir sollten den Kommunen in der Gemeindeordnung mehr Spielraum für Beteiligung einräumen.

Der Umbau der Wirtschaft, eine veränderte Energiewirtschaft und die Konsequenzen des Klimawandels kommen überall im Land an. Auch in kleinen und mittleren Kommunen ist dieser Wandel spür- und erlebbar. Viele Menschen wenden sich gegen diese Veränderungen. Gerade kleine und mittlere Gemeinden haben oftmals nicht die personellen und finanziellen Ressourcen, um mit Beteiligungsformaten notwendige Veränderungen zu begleiten. Deshalb hat das Land das Forum Energiedialog und die Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung geschaffen. Letztere hat auch finanzielle Mittel für Kommunen unter 20.000 Einwohner*innen zur Verfügung gestellt. Diese unterstützende Leistungen wollen wir beibehalten.

PRO-5-213-4

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Matthias Seelmann-Eggebert (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 212 bis 213 einfügen:
Württemberg das erste Bundesland, bei dem 16-Jährige bei Kommunalwahlen auch selbst kandidieren dürfen! Zur Stärkung der Demokratie wollen wir, dass in Zukunft, wie in anderen Bundesländern, auch Landräte in direkter Wahl bestimmt werden. Die Kreisräte sehen wir als unmittelbare Vertretung der Bürgerschaft. Eine Mitgliedschaft von Bürgermeister*innen im Kreisrat in halten wir für nicht kompatibel mit ihrer Position als kommunale Verwaltungsleitung und wollen wir zukünftig ausschließen.

Begründung

Neben Schleswig-Holstein ist Baden-Württemberg das einzige Land, in dem die Landräte nicht durch direkte Wahl bestimmt werden. Unsere Kreisräte sind voller Bürgermeister, welche die Probleme und Beschlüsse sehr bevorzugt durch die Brille der Verwaltung ihrer Kommune sehen. Die Gemeindeordnung verbietet explizit die Kandidatur von Mitarbeiter*innen der kommunalen Verwaltung bei der Gemeinderatswahl.

Unterstützer*innen

Eduard Moser (KV Ludwigsburg); Sebastian Müller (KV Freiburg); Nicholas Eschenbruch (KV Freiburg); Jürgen Lieser (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Nico Bruns (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Per Christian Seidensticker (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Christoph Ueffing (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Evelyn Sindermann (KV Stuttgart); Gabriele Treutler-Walter (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Peter Gries (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Dirk Schmider (KV Schwarzwald-Baar); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Brigitte Ludewig (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Otto Heinrich (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hazar Colak (KV Tübingen); Andrea Budig (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

PRO-5-213-5

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Demokratie, Recht und Innere Sicherheit
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 212 bis 213 einfügen:
Württemberg das erste Bundesland, bei dem 16-Jährige bei Kommunalwahlen auch selbst kandidieren dürfen! Weiter wollen wir, dass in Zukunft wie in anderen Bundesländern, auch Landräte in direkter Wahl gewählt werden.

Begründung

In allen Bundesländern außer in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg werden die Landräte in direkter Wahl bestimmt. Die Landkreise haben eigene Zuständigkeiten und Gestaltungsspielräume, die viele Bürger*innen betreffen.

PRO-5-213-6

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Demokratie, Recht und Innere Sicherheit
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 213 einfügen:
Die Kreistage sehen wir als unmittelbare Vertretung der Bürgerschaft. Eine Mitgliedschaft von Bürgermeister*innen im Kreistag halten wir für schwer vereinbar mit ihrer Position als kommunale Verwaltungsleitung und wollen wir zukünftig ausschließen.

Begründung

Die Gemeindeordnung Baden-Württemberg schließt für Gemeinderatswahlen eine Kandidatur von Angestellten der Verwaltung oder sogar Erzieher*innen in städtischen Kindergärten aus. Das gleiche gilt für die Kreistagswahlen. Bürgermeister*innen können aber ohne Probleme für den Kreistag kandidieren, obwohl es hier Interessenskonflikte gibt. Der Kreis hat eine Kontrollfunktion gegenüber der Kommunen und entscheidet u.a. über die Kreisumlage.

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Norbert Hense (KV Ortenau)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 212 bis 213 einfügen:
Württemberg das erste Bundesland, bei dem 16-Jährige bei Kommunalwahlen auch selbst kandidieren dürfen! Bürger- und Oberbürgermeister*innen haben in Baden-Württemberg eine starke Stellung, die wir beibehalten wollen. Dennoch wollen wir künftig, nach Vorbild anderer Bundesländer, eine Abwahlmöglichkeit in der Gemeindeordnung verankern.

Begründung

Oberbürgermeister*innen und Bürgermeister*innen haben eine sehr starke Rechtsstellung in Baden-Württemberg. Diese herausragende Position ist auch eine Stärke unseres Bundeslandes. Bei Fehlverhalten und krassen Rissen zwischen Gemeinderat und Stadtspitze hängen Städte und Gemeinden jedoch in der Luft und finden dort, mit den bisherigen rechtlichen Möglichkeiten, nicht heraus. Mit der Abwahlmöglichkeit, wie es sie als klar definierten Prozess in anderen Bundesländern gibt, wollen wir den Menschen und Gemeinderäten in den entsprechenden Kommunen ein Werkzeug in die Hand geben.

Unterstützer*innen

Domenic Markus Preukschas (KV Ortenau); Hartmut Schwendemann (KV Ortenau); Stefanie Ziehms (KV Ortenau); Sven Täubert (KV Ortenau); Andreas Durban (KV Ortenau); Ann-Margret Amui-Vedel (KV Ortenau); Thomas Gönner (KV Stuttgart); Nina Goldmann (KV Göppingen); Bianca Schwendemann (KV Ortenau); Lara Jauch (KV Ortenau); Ludwig Kornmeier (KV Ortenau); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Katharina Mohrmann (KV Freiburg); Simon Sumbert (KV Freiburg); Cornelia Hummel (KV Ortenau); Joachim Georg Heck (KV Rastatt/Baden-Baden)

PRO-5-217

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 216 bis 218 einfügen:
Stärkung des regionalen Journalismus in Baden-Württemberg ein und wollen die bestehende TV-Förderung in eine Journalismusförderung überführen. Vorbild dabei ist der Local Democracy Reporting Service der BBC, der die politische Berichterstattung durch regionale Journalist*innen fördert. Ein starker Rundfunkdualismus, also das Nebeneinander von privaten und öffentlich-

Begründung

Lokale politische Berichterstattung ist deutschlandweit in einer zunehmenden Krise, dort wo diese aber durch Sparmaßnahmen und Monopole gefährdet wird, steigt der Vertrauensverlüst in die Demokratie und der Rechtsextremismus. Ein Ansatz analog zum britischen BBC-Modell, wo lokale Medien in Kooperation mit der BBC treten um Journalist*innen explizit für die Abdeckung von relevanten lokalen politischen Themen zu finanzieren und die Reportagen in einem gemeinsamen Content-Netzwerk zur Verfügung stellen, würde der Verbreitung der sogenannten "News Deserts" entgegenwirken und Qualität, Recherchetiefe und Unabhängigkeit der politischen Berichterstattung stärken.

PRO-5-221

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 220 bis 221 einfügen:
Kommunikation ist für uns ebenso zentral wie EU-weite Kulturplattformen wie ARTE sowie unabhängige und dezentrale soziale Netzwerke wie Mastodon und das Fediverse. Das Land wird daher entsprechende Fördermöglichkeiten prüfen.

Begründung

Mastodon ist der derzeit aussichtsreichste Kandidat für ein dezentrales, europäisches und digital souveränes Social-Media-System. Das Zentrum für Digitalrechte und Demokratie und Markus Beckedahl setzen sich bereits für eine Förderung auf Bundesebene ein (https://netzpolitik.org/2025/digitale-souveraenitaet-wie-die-bundesregierung-das-fediverse-foerdern-koennte/); Baden-Württemberg sollte hier entsprechend nachziehen.

PRO-5-223

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 222 bis 224 einfügen:
In einer digitalisierten Gesellschaft müssen Bürger*innen in der Lage sein, echte von manipulierten Inhalten zu unterscheiden sowie Digital- und Telephonbetrug (Enkeltrick) zu erkennen. Telephonbetrug und Internetabzocke nehmen weiterhin zu und wenden sich besonders an die Gutmütigkeit und Vertrauensseligkeit älterer Menschen.. Darum wollen wir die Medienbildung aller Menschen fördern – nicht nur in Schulen. Wir setzen uns für

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Dieter Saha (KV Freiburg)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 223 bis 225 einfügen:
echte von manipulierten Inhalten zu unterscheiden. Darum wollen wir die Medienbildung aller Menschen fördern – nicht nur in Schulen. Gerade ältere Mitmenschen dürfen in der Nutzung von Social Media nicht zurückgelassen werden, ihre Teilhabe muss gefördert werden. Verlässliche Informationen zu Funktionsweise, Nutzung, Vorteilen, Gefahren und Risiken von Social Media sollen altersgerecht verfügbar sein. Junge Menschen sollen auf die verantwortungsvolle Nutzung von Social Media vorbereitet werden.Wir setzen uns für technische Standards zur Kennzeichnung digitaler Inhalte ein: Bilder, Videos und

Begründung

Dieser Änderungsangrag wird vom AK Social Media im KV Freiburg unterstützt.
In unserer digitalisierten Gesellschaft spielen Social Media eine große Rolle! Sie betreffen junge und alte Menschen! Wir möchten hervorheben, dass Bildung auch ältere Menschen betrifft und diese nicht zurückgelassen werden dürfen! Über die Funktionseise muss dringend aufgeklärt werden! Wir verstehen diese vorsorgende Aufklärung als wichtigen Teil des staatlichen Bildungsauftrags! Damit können Missbrauch und Fehlinformationen effizient eingedämmt werden.

Unterstützer*innen

Berthold Noeske (KV Freiburg); Karsten Hoffmann (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Olaf Haas (KV Freiburg); Janine von Hodenberg (KV Freiburg); Christoph Herderich (KV Freiburg); Bernd Sterzenbach (KV Freiburg); Klaus Hartnegg (KV Emmendingen); Ria Hinken (KV Freiburg); Franz Himmelsbach (KV Freiburg); Eckhard Hiekisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sibylle Klos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Thomas Knoll (KV Freiburg); Nils Göth (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg); Peter Koderisch (KV Freiburg); Jonas Fertig (KV Freiburg)

PRO-5-229

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 228 bis 230:
Herkunft und Integrität sichtbar zu machen. Damit stärken wir das Vertrauen in digitale Inhalte und geben Orientierung in einer Zeit von ~~*Fake News*~~*Desinformation* und *Deep Fakes*.

Begründung

Der Begriff „Fake News“ wird in der medienwissenschaftlichen Forschung abgelehnt, da er v.a. von Donald Trump genutzt wird, um missliebige Journalisten zu diskreditieren. Präziser ist der Begriff „Desinformation“, verstanden als „Fehlinformation mit Täuschungsabsicht“.

PRO-5-230

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 230 einfügen:

Eine funktionierende Demokratie setzt mündige Bürger voraus, die sich vor Wahlen und Volksabstimmungen bestmöglich über die jeweiligen Angebote der Parteien informieren können. Der Zugang zu politischer Information wird jedoch aktuell dadurch eingeschränkt, dass Rechtsunsicherheit darüber besteht, ob der Aufkleber 'Bitte keine Werbung' auf Briefkästen auch Wahlkampfinformationen politischer Parteien und Informationen zu Bürgerentscheidungen umfasst. Die direkte Ansprache aller Wahlberechtigten ist jedoch wesentlich dafür, eine hohe Wahlbeteiligung und eine hohe Partizipation an demokratischen Prozessen zu erreichen. Eine neue Landesregierung unter grüner Beteiligung wird sich daher im Bundesrat dafür einsetzen, das Parteiengesetz entsprechend zu ändern.

Begründung

Nach derzeitiger Rechtslage ist es umstritten, ob ein Aufkleber „Bitte keine Werbung“ auch Wahlkampfwerbung politischer Parteien umfasst. Rechtsprechung gibt es dazu nur auf der Ebene eines Oberlandesgerichts. Laut wissenschaftlichem Dienst des Bundestags ist es auf Bundesebene möglich, durch Gesetzesänderung Rechtssicherheit zu schaffen (WD 3 - 3000 - 106/16). Derzeit verzichten die meisten grünen Kreisverbände darauf, in Briefkästen mit dieser Kennzeichnung Wahlkampfwerbematerial einzuwerfen, um rechtliche Risiken zu vermeiden. Dies wird jedoch vom politischen Wettbewerb teils sehr unterschiedlich gehandhabt, weswegen unseren Kreisverbänden ein politischer Wettbewerbsnachteil entsteht. Es liegt daher im Interesse eines jeden grünen Kreisverbands, aber auch anderer Parteien, eine Regelung herbeizuführen, die Rechtssicherheit schafft und unseren Ehrenamtlichen an der Basis einen möglichst effektiven grünen Wahlkampf ermöglicht.

PRO-5-232

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG QueerGrün
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 232 bis 244:

~~Wir stehen für ein Baden-Württemberg ein, in dem alle Menschen frei und sicher leben können – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität oder sexueller Orientierung. Wir stärken die Sichtbarkeit und den Schutz von queerem Leben im ganzen Land. Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ haben wir im Land bundesweit einen Meilenstein in Sachen Sichtbarkeit von Vielfalt erreicht. Damit verbunden war die Gründung des queeren Landesnetzwerkes. Die über 100 Mitgliedsorganisationen sind ein starker zivilgesellschaftlicher Ansprechpartner für die Politik. Diesen Weg wollen wir Grüne weitergehen und die queere Netzwerkarbeit weiter stärken. Wir bieten jungen queeren Personen mehr Unterstützung und verstärken unsere Ansätze zum Schutz von queeren Personen, insbesondere im ländlichen Raum. Wir kämpfen weiter dafür, dass geschlechtsbezogene Gewalt, Antifeminismus und strukturelle Benachteiligung für queere Menschen aus Baden-Württemberg verschwinden.~~

Im folgenden Kapitel unseres Wahlprogramms verwenden wir die Bezeichnung Queer für alle Personen, die unter den Begriff LSBATINQ+ fallen.
LSBATINQ+ steht für lesbisch, schwul, bisexuell, asexuell/aromantisch/agender, trans, intergeschlechtlich, nicht-binär und queer. Das Pluszeichen (+) verdeutlicht, dass diese Aufzählung unvollständig ist und wir die Vielfalt alle Menschen einbeziehen, die sich in ihrer Vielfalt wiederfinden.

„Queerpolitik mit Grün – weil jedes * und + für ein Leben steht.“

Schutz und rechtliche Absicherung für die Queere Community in Baden-Württemberg sind wichtig, um Diskriminierung und Ungleichbehandlung entgegenzuwirken und die gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern. Eine rechtliche Absicherung gewährleistet, dass die Rechte jeder Person geschützt werden, indem sie gleiche Chancen auf Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe erhalten. Darüber hinaus hilft dies, Hassverbrechen und Ausgrenzung zu reduzieren, die psychische Gesundheit zu fördern und ein sicheres, inklusives Umfeld zu schaffen, in dem alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität frei leben können.

Der Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte in Baden-Württemberg, dessen in Kraft treten Bündnis 90/Die Grünen schon mit der ersten Grün-Roten Regierung erreicht haben (2015), hat bewiesen, dass gezielte Maßnahmen für Vielfalt und Gleichberechtigung nicht nur die Lebensrealität der LSBATINQ+-Community verbessert, sondern die gesamte Gesellschaft voranbringt. Seine Fortschreibung und Verstetigung im Haushalt war essenziell, um bisherige

Erfolge zu sichern und weiter auszubauen. Das damit verbundene Queere Netzwerk BW und seine über 100 Mitgliedsorganisationen sind ein starker zivilgesellschaftlicher Ansprechpartner für die Politik.

Auf den vielen Christopher Street Days im Land demonstrieren jedes Jahr Hunderttausende Menschen für Akzeptanz und gleiche Rechte von queeren Menschen. Leider werden diese Veranstaltungen zunehmend von Rechtsextremen gestört. Die Polizei leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz dieser Demonstrationen. Wir wollen beim Landesamt für Verfassungsschutz eine Ansprechperson schaffen, um mehr Sensibilität zu erreichen.

Bildungsarbeit und Sensibilisierung sind für Queere Personen wichtig, um Vorurteile abzubauen, Verständnis zu fördern und ein respektvolles Miteinander zu stärken. Durch gezielte Bildungsmaßnahmen werden Menschen für die Herausforderungen und Diskriminierung sensibilisiert, mit denen die Community konfrontiert ist. Dies trägt dazu bei, eine Kultur der Akzeptanz und Inklusion zu schaffen, in der Vielfalt als Bereicherung gesehen wird. Zudem werden Vorbilder und Informationen bereitgestellt, die jungen Menschen helfen, ihre Identität zu verstehen und ein positives Selbstbild zu entwickeln. Bildungsarbeit schafft Wissen und baut Vorurteile ab. Indem wir bereits in Schulen, Universitäten und Weiterbildungen Themen wie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt altersgerecht ansprechen, fördern wir Offenheit und Verständnis.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung von Betroffenen, der Stärkung von Präventionsangeboten an Schulen und dem Schutz besonders gefährdeter Gruppen, wie der Queeren Community.
Mit gezielter Aufklärung, Beratung und Sensibilisierung schaffen wir Bewusstsein und setzen auf Bildung statt Ausgrenzung.
Baden-Württemberg hat mit dem Bildungsplan 2016, der Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ und zahlreichen Fortbildungs- und Beratungsangeboten bereits wichtige Fortschritte erzielt.
Mit dem Runden Tisch „Schule queer gedacht – Schule als sicherer Ort für Queere Menschen und Lernort für Queere Themen“ setzen wir diesen Weg konsequent fort. Er bündelt Expertise aus Bildung, Verwaltung und Zivilgesellschaft, schafft Raum für Austausch und entwickelt konkrete Maßnahmen weiter.
Die freiwilligen Angebote bezüglich der queeren Themen in der Lehrerausbildung und der Lehrerfortbildung konnten deutlich ausgeweitet werden. Wir streben eine größere Verbindlichkeit an, so dass sich beispielsweise künftig alle Lehramtsstudierende unabhängig vom studierten Unterrichtsfach mit diesem Themenkreis befassen.

Mit dem neuen Rundfunkstaatsvertrag wird die Queere Community (vertreten durch den LSVD) künftig im Rundfunkrat des SWR vertreten sein. Damit sind LSBATINQ+-Personen erstmals offiziell in der Programmaufsicht des Senders präsent.

In vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität verfolgt. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa, und einige finden diesen in Baden-Württemberg. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass mit Geflüchteten mit besonderem Schutzbedarf in Erstaufnahmestellen entsprechend sensibel umgegangen wird. Wir unterstützen die Arbeit von queeren Organisationen wie PLUS in Mannheim, der Rosa Hilfe in

Freiburg oder der Weissenburg in Stuttgart weiter, die mit Beratung und Vernetzung niedrigschwellige Unterstützung für queere Geflüchtete bieten.

Geschlechtergerechtigkeit ist mehr als geschlechtergerechte Sprache („Gendern“). Akzeptanz und gleiche Rechte funktionieren nur, wenn die Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen gewährleistet ist. Wir Grünen lehnen daher das Verbot von Weiterentwicklungen der deutschen Sprache generell ab. Insbesondere wird es mit grüner Regierungsbeteiligung kein sogenanntes Genderverbot geben. Sprache transportiert Informationen, daher ist auch hier Gerechtigkeit unabdingbar. Die Welt ist nicht binär. Es gibt mehr als zwei Geschlechter.

Wir setzen uns dafür ein, dass queersensible und gendersensible Medizin und Pflege bereits in der universitären Ausbildung von Mediziner*innen, Pflegefachkräften und Therapeut*innen umfassend gelehrt wird. Studierende sollen die gesundheitlichen Bedürfnisse von Queeren Personen sowie die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Prävention, Diagnostik und Therapie von Anfang an kennenlernen.
Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, diese Kompetenzen auch in der praktischen Ausbildung und Fortbildung zu verankern: in Kranken- und Altenpflegeschulen, in Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie in allen Weiterbildungsangeboten für Pflege- und Betreuungspersonal. Ziel ist eine Versorgung, die alle Menschen respektvoll, kompetent und gleichberechtigt unterstützt, Diskriminierung abbaut und auf die individuellen Bedürfnisse von Patient*innen eingeht.

Die Förderung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten in Baden-Württemberg ist für die Queere Community wichtig, um Menschen in schwierigen Lebenslagen kompetente Hilfe und sichere Anlaufstellen zu bieten. Diese Angebote unterstützen Betroffene bei der Bewältigung von Diskriminierungserfahrungen, Identitätsfindung und psychosozialen Herausforderungen. Wir Grüne setzen uns auf kommunaler und regionaler Ebene für eine verlässliche und angemessene Förderung ein.
Da hier für queere Jugendliche oft die Entfernung zur nächsten größeren Stadt einen barrierefreien Zugang zur Beratung erschwert, braucht es neben den persönlichen Angeboten in allen Landkreisen auch digitale Angebote, insbesondere im ländlichen Bereich.

Erinnerungskultur bewahrt die Geschichte und Erfahrungen der queeren Community. Sie ist ein wichtiger Baustein, um vergangene Ausgrenzungen und Verfolgungen sichtbar zu machen und daraus zu lernen. Gleichzeitig gibt es die berechtigte Sorge vor einem Rollback, dass erreichte Rechte und gesellschaftliche Anerkennung wieder infrage gestellt werden könnten. Wir setzen uns deshalb auch weiterhin auf Bundesebene dafür ein, dass sexuelle Identität ausdrücklich in Art. 3 Abs. 3 GG aufgenommen wird, da queere Menschen als einzige Gruppe, die im Nationalsozialismus verfolgt wurde, bislang keinen ausdrücklichen Schutz vor Diskriminierung im Grundgesetz genießen.
Außerdem möchten wir das Familien- und Abstammungsrecht auf Bundesebene modernisieren und an die heutigen Lebensrealitäten anpassen. Familie ist mehr als die klassische Kleinfamilie – sie ist vielfältig: Menschen, die zusammenleben und füreinander Verantwortung tragen, gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, Alleinerziehende, Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien, Großeltern, die Kinder betreuen, und Familien mit mehreren Generationen unter einem Dach. Unser Ziel ist ein Recht, das diese Vielfalt anerkennt, schützt und allen Familien gleiche Chancen und Sicherheit bietet.

Baden-Württemberg wird mit uns Grünen im Bundesrat eine verlässliche und kraftvolle Stimme für Vielfalt, Akzeptanz und gleiche Rechte sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Regenbogenfamilien endlich die Unterstützung bekommen, die sie verdienen. Wir stärken den Schutz vor Diskriminierung, klar, konsequent und wirksam. Und wir stehen für die Menschenrechte queerer Menschen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit.

Begründung

Der Text ist zu allgemein und beschreibt vor allem bereits erreichte Maßnahmen wie den Aktionsplan und das queere Landesnetzwerk, ohne konkrete politische Forderungen, Ziele oder Maßnahmen für die kommenden Jahre zu benennen.

Der Schutz und die Unterstützung der queeren Community sind heute wichtiger denn je. Viele Betroffene erleben zunehmende Anfeindungen von rechts und äußern berechtigte Sorgen vor einem gesellschaftlichen Rollback ihrer hart erkämpften Rechte. Eine klare, respektvolle Sprache, verlässliche rechtliche Absicherung und gut erreichbare Bildungs- und Unterstützungsangebote schaffen Orientierung, Sicherheit und Sichtbarkeit.

Das Wahlprogramm deckt nicht die Breite der Themen ab, die für die queere Community aktuell relevant sind , von Gesundheit, Bildung und Schutz besonders gefährdeter Gruppen bis zu rechtlicher Absicherung und Sichtbarkeit in Medien und Verwaltung.

Das ist problematisch, da die queere Personen ein erhebliches Wählerpotenzial darstellen, das zunehmend auf politische Positionierung, konkrete Maßnahmen und glaubwürdige Umsetzungspläne achtet. Bleiben diese unklar, steigt die Gefahr, dass diese Wählergruppe zur Links Partei abwandert.

Ohne konkrete Inhalte wirkt das Wahlprogramm daher unvollständig, signalisiert mangelnde Ambition und riskiert den Verlust einer wichtigen, gut informierten und mobilisierbaren Wählergruppe.

PRO-5-242

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 241 bis 243 einfügen:
jungen queeren Personen mehr Unterstützung und verstärken unsere Ansätze zum Schutz von queeren Personen, insbesondere im ländlichen Raum, wo die Angebote weniger gut ausgebaut sind als in den Städten. Wir kämpfen weiter dafür, dass geschlechtsbezogene Gewalt, Antifeminismus und strukturelle

Begründung

Es soll vermieden werden, herauszulesen, dass möglicherweise queere Menschen in ländlichen Räumen stärker angefeindet werden als in Städten. Deshalb wurde hervorgehoben, dass es dort vergleichsweise weniger Unterstützung gibt und sie deshalb gerade da verstärkt werden soll.

PRO-5-244

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 243 bis 244:
dafür, dass geschlechtsbezogene Gewalt, Antifeminismus und strukturelle Benachteiligung für queere Menschen ~~aus~~. Wir machen Baden-Württemberg ~~verschwinden~~zum Musterland für Gleichberechtigung. Wir setzen alles daran, dass Frauen nicht schlechter bezahlt werden für ihre Arbeit und Führungspositionen für sie offenstehen. Solange Frauen in unserer Gesellschaft für gleiche Arbeit weniger verdienen als Männer, Führungspositionen insbesondere mit Männern besetzt werden, Verhandlungen oft nur in Männerrunden allenfalls mit einer Alibifrau stattfinden, müssen wir dem eine klare Haltung entgegensetzen. Ein Signal dafür wird es sein, dass unsere Landtagsfraktion in der kommenden Legislatur eine Doppelspitze mit mindestens einer Frau erhält oder, wenn sich keine Doppelspitze bilden lässt, eine Frau Fraktionsvorsitzende wird.

Begründung

Unser Kampf gegen geschlechtsbezogene Gewalt, Antifeminismus und strukturelle Benachteiligung von queeren Menschen darf nicht auf Menschen aus Baden-Württemberg reduziert werden. Bei einer klaren einfach verständlichen Sprache und Ansage, bedarf es keine überflüssigen Füllwörter.

In Zeiten des Rollbacks hinsichtlich der Gleichberechtigung müssen die Grünen sich auf ihre Ur-DANN besinnen und deutliche Signale pro Gleichberechtigung setzen. Auch in unseren Reihen gibt es Männerrunden, meinen Männer oft wie selbstverständlich, sie hätten das erste Wort und werden insbesondere Frauen intern angegriffen. Dem müssen klare Signale entgegengesetzt werden. Doppelspitzen sind notwendig, Frauen dürfen dort aber nicht nur Alibipositionen erhalten. Wir stehen für ein Miteinander auf Augenhöhe. Dafür bedarf es dringend einer Fraktionsspitze im Landtag, an der eine Frau partizipiert.

PRO-5-244-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 244 bis 252:

Wir müssen Mädchen und Frauen besser vor Gewalt schützen. In Deutschland wird fast jeden Tag eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist. Wir sagen Femiziden den Kampf an – mit gezielter Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Wir fordern vom Bund die Einführung eines eigenständigen Straftatbestands für Femizide. Und wir setzen auf den konsequenten Einsatz elektronischer Fußfesseln, um gefährdete Frauen wirksamer zu schützen.

Menschen mit Behinderungen, insbesondere Frauen mit Behinderungen, sind nochmals häufiger Opfer von Gewalt als es . Dabei sind sie besonders häufig von Gewalt betroffen an Orten, die sie eigentlich schützen sollen. Wir setzen uns dort für klare Gewaltschutzregelungen ein. Ebenso achten wir darauf, dass Beratungsangebote, Schutzwohnungen und Frauenhäuser für Menchen mit Behinderungen niederschwellig und barrierefrei erreichbar und nutzbar sind.

~~Wir müssen Mädchen und Frauen besser vor Gewalt schützen. In Deutschland wird fast jeden Tag eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist. Wir sagen Femiziden den Kampf an – mit gezielter Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Wir fordern vom Bund die Einführung eines eigenständigen Straftatbestands für Femizide. Und wir setzen auf den konsequenten Einsatz elektronischer Fußfesseln, um gefährdete Frauen wirksamer zu schützen.~~

Außerdem werden wir das Gewalthilfegesetz des Bundes in Baden-Württemberg

Begründung

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Menschen mit Behinderungen sind häufiger Gewalt ausgesetz als Menschen ohne Behinderung. Besonders Frauen mit Behinderungen erleben deutlich mehr Gewalt als Frauen ohne Behinderungen. Diese Gewalt passiert meistens nicht auf der Straße, sondern in Räumen, die sie eigentlich schützen sollen (z.B. in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen). Darum muss hier auf eine gute Implementierung von Gewaltschutzmaßnahmen (zum Beispiel durch Vorgaben für die Umsetzung des § 37a SGB IX) gesorgt werden, die verbindliche Regelungen zu Gewaltschutzkonzepten und Prävention treffen.

Der barrierefreie und niederschwellige Zugang zuden Fachberatungsstellen muss für alle Menschen ermöglicht werden. Ebenso müssen die Beratungsangebote ausgeweitet werde, um die Zielgruppe besser zu erreichen. (z.B. aufsuchende Angebote (Hausbesuche), mehr Infos über Angebote zum Beispiel auch in Leichter Sprache).

PRO-5-244-3

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 244 bis 257:

Wir müssen Mädchen und Frauen besser vor Gewalt schützen. In Deutschland wird fast jeden Tag eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist. Wir sagen Femiziden den Kampf an – mit gezielter Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Wir fordern vom Bund die Einführung eines eigenständigen Straftatbestands für Femizide. Und wir setzen auf den konsequenten Einsatz elektronischer Fußfesseln, um gefährdete Frauen wirksamer zu schützen.

~~Wir müssen Mädchen und Frauen besser vor Gewalt schützen. In Deutschland wird fast jeden Tag eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist. Wir sagen Femiziden den Kampf an – mit gezielter Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Wir fordern vom Bund die Einführung eines eigenständigen Straftatbestands für Femizide. Und wir setzen auf den konsequenten Einsatz elektronischer Fußfesseln, um gefährdete Frauen wirksamer zu schützen.~~

~~Außerdem werden wir das Gewalthilfegesetz des Bundes in Baden-Württemberg konsequent umsetzen und den Ausbau der Frauen- und Kinderschutzhäuser und Beratungsstellen vorantreiben. Im Kampf gegen digitale Gewalt gegen Frauen wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen, daher setzen wir uns dafür ein, Diskriminierung und Hatespeech im Netz gezielt zu verfolgen und Angriffe~~
Außerdem werden wir das Gewalthilfegesetz des Bundes in Baden-Württemberg konsequent umsetzen und den Ausbau der Frauen- und Kinderschutzhäuser und Beratungsstellen vorantreiben. Im Kampf gegen digitale Gewalt, die sich insbesondere gegen Frauen richtet, wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen, daher setzen wir uns dafür ein, Diskriminierung und Hatespeech im Netz gezielt zu verfolgen und Angriffe

Begründung

Digitale Gewalt gegen alle bekämpfen

Der aktuelle Stand impliziert fälschlicherweise, dass digitale Gewalt nur gegen Frauen existiert oder wir nur digitale Gewalt gegen Frauen bekämpfen wollen. Während es faktisch richtig ist, dass Frauen übermäßig stark von digitaler Gewalt betroffen sind, erscheint eine absolute Verengung darauf hier aber nicht notwendig und schwächt eher unser Argument.

PRO-5-254

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 253 bis 255 einfügen:
konsequent umsetzen und den Ausbau der Frauen- und Kinderschutzhäuser und Beratungsstellen insbesondere in ländlichen Räumen vorantreiben. Im Kampf gegen digitale Gewalt gegen Frauen wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen, daher setzen wir uns dafür ein,

Begründung

In ländlichen Räumen sind die Anlaufstellen für von Gewalt betroffene Frauen rar gesäht. Wir sehen hier einen dringenden Nachholbedarf.

PRO-5-256

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 255 bis 257:
wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen, daher setzen wir uns dafür ein, Diskriminierung und ~~Hatespeech~~strafbare Inhalte im Netz gezielt zu verfolgen und Angriffe insbesondere auch auf Personen des öffentlichen Lebens konsequent aufzudecken.

Begründung

Der Begriff „Hate Speech“ ist unpräzise und öffnet einer potenziellen Zensurdebatte (vgl. die Trusted-Flagger-Debatte um potenzielle politische Einflussnahme bei der Umsetzung des Digital Service Acts durch die Bundesnetzagentur) Tür und Tor. Diese offene Flanke gegenüber unseren politischen Gegnern sollten wir schließen. Präziser ist die Rede von „strafrechtlich relevanten Inhalten“, da Inhalteregulierung immer das Dilemma zwischen Zensur und Meinungsfreiheit aushalten muss.

PRO-5-258

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG QueerGrün
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 257 bis 259:
insbesondere auch auf Personen des öffentlichen Lebens konsequent aufzudecken. ~~Wir stellen uns allen Formen von Antifeminismus entschieden entgegen und werden die Fachstelle für Antifeminismus und Queerfeindlichkeit ausbauen.~~Antifeminismus und Queerfeindlichkeit bedrohen unsere offene und vielfältige Gesellschaft. Die Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit ist dabei ein zentraler Baustein im Einsatz für Gleichberechtigung und gegen Hass, wir werden diese weiter ausbauen. Sie bietet individuelle Unterstützung, fachliche Beratung und Bildungsangebote und ist Anlaufstelle für Sicherheitsfragen, Gefährdungseinschätzungen und Informationen.
Darüber hinaus dokumentiert die Fachstelle antifeministische und queerfeindliche Vorfälle und engagiert sich auf politischer Ebene für den Schutz und die Stärkung der Rechte von Frauen und queeren Menschen.
Wir stellen uns entschieden gegen Hass, Hetze und Gewalt – online wie offline. Mit dem Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ haben wir ein starkes Signal gesetzt: Baden-Württemberg schützt die Menschen, die von Hasskriminalität betroffen sind, und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
Der Ausschuss arbeitet ressortübergreifend daran, Hasskriminalität konsequent zu bekämpfen, mit Prävention, Aufklärung und klarer Strafverfolgung.

Begründung

Antifeminismus und Queerfeindlichkeit bedrohen unsere offene Gesellschaft. Die Fachstelle und der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ sind zentrale Instrumente, um Betroffene zu schützen, Aufklärung zu leisten und Gleichberechtigung sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

PRO-5-259

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 258 bis 259:
Wir stellen uns allen Formen von Antifeminismus entschieden entgegen und werden die Fachstelle ~~für~~gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit ausbauen.

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Werner Korn (KV Ulm); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Oliver Hildenbrand (KV Stuttgart); Josef Frey (KV Lörrach); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Maria Flendt (KV Stuttgart); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen)

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Dieter Saha (KV Freiburg)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 265 bis 267 einfügen:
Wir stellen uns entschlossen gegen jede Form von Diskriminierung: Wir setzen uns für die Stärkung von Antidiskriminierungsprojekten im ganzen Land ein. Gewalt, insbesondere gegen Frauen, Drohungen und Mobbing, Hass und Hetze sind in Social Media leider weit verbreitet. Persönlichkeitsrechte und persönliche Daten sind durch vorbeugende Maßnahmen effektiv zu schützen. Täter sind zu verfolgen. Opfer sollen unterstützt werden. Wir bauen ein Präventionsnetzwerk gegen Hasskriminalität auf und sorgen für eine

Begründung

Dieser Änderungsangrag wird vom AK Social Media im KV Freiburg unterstützt.

Social Media dienen häufig als Plattform, um Gewalt, insbesondere gegen Frauen, Drohungen und Mobbing, Hass und Hetze zu verbreiten. Dagegen ist derzeit nur schwer anzugehen. Es wird dringend effektiver Schutz benötigt. Die Täterverfolgung und der Schutz von Opfern ist auszubauen.

Unterstützer*innen

Berthold Noeske (KV Freiburg); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Johann-Frédéric Freund (KV Freiburg); Olaf Haas (KV Freiburg); Janine von Hodenberg (KV Freiburg); Christoph Herderich (KV Freiburg); Bernd Sterzenbach (KV Freiburg); Franz Himmelsbach (KV Freiburg); Ria Hinken (KV Freiburg); Eva-Maria Vochazer (KV Freiburg); Eckhard Hiekisch (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Thomas Knoll (KV Freiburg); Nils Göth (KV Freiburg); Kornelia Müller (KV Freiburg); Jonas Fertig (KV Freiburg); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg); Susanne Maria Wolf (KV Freiburg)

PRO-5-268

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG QueerGrün
Beschlussdatum:	15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 267 bis 270:
ein Präventionsnetzwerk gegen Hasskriminalität auf und sorgen für eine verlässliche Finanzierung von Beratungsstellen und Projekten. ~~Weil wir allen Menschen Sicherheit im Umgang mit staatlichen Behörden geben wollen, setzen wir uns für ein wirksames Gleichbehandlungsgesetz ein.~~Mit einem starken und modernen Gleichbehandlungsgesetz schaffen wir klare Rechte, Schutz und Sicherheit im Umgang mit staatlichen Behörden.

Begründung

Ein wirksames Gleichbehandlungsgesetz stärkt das Vertrauen der Menschen in den Staat. Es sorgt dafür, dass niemand aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Religion, Alter oder sexueller Identität benachteiligt wird, insbesondere im Kontakt mit staatlichen Behörden.

Mit klaren Regeln, Beschwerdemöglichkeiten und unabhängigen Anlaufstellen schaffen wir Transparenz, Rechtssicherheit und echten Schutz vor Diskriminierung. So wird Gleichbehandlung zur gelebten Realität im öffentlichen Dienst.

PRO-5-270

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 270 einfügen:

Wir wissen, dass Menschen aufgrund von Überschneidungen mehrerer Identitätsmerkmale gleichzeitig oder auf spezifische Weise benachteiligt werden können. Darum richten wir Maßnahmen gegen Diskriminierungen immer auch daran aus, dass wir diese Überschneidungen und deren Auswirkungen besonders in den Blick nehmen.

Begründung

Diskriminierungen finden oft nicht nur entlang einer einzigen Dimension statt. Rassismus, Sexismus, Ableismus und Klassismus verstärken sich gegenseitig und nehmen besondere Formen an. Darum dürfen Diskriminierungen nicht nur entlang einer Achse bekämpft werden.

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Noah Ries (KV Heidelberg)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 287 bis 292:
traditionell eine starke Rolle in Baden-Württemberg.
~~[Zeilenumbruch]~~
Jüdinnen und Juden müssen in Baden-Württemberg angstfrei leben können, ihre Sicherheit und Selbstbestimmung sind nicht verhandelbar. Es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung, den Schutz für jüdisches Leben zu ~~schützen~~verbessern und das Verständnis für jüdische Geschichte und Tradition in unserem Land zu stärken. Dafür stehen wir mit den jüdischen Gemeinden im Land im Dialog. Wir bekämpfen entschieden jeden Antisemitismus. Rechtsextremist*innen spielen hierbei eine anhaltend große Rolle. Seit dem 07. Oktober 2023 hat die Zahl der antisemitischen Delikte vor allem aus den Bereichen Islamismus, Linksextremismus und ausländische Ideologie massiv zugenommen. Wir wollen die Aufklärung über Antisemitismus in den Schulen stärken und den Dialog und Austausch mit Israel fördern. Der Antisemitismusbeauftragte des Landes leistet hierbei wichtige Arbeit. Wir wollen die Mittel dafür ausweiten und verstetigen. Bei antisemitischen Hassverbrechen muss die Strafe auf dem Fuße folgen. Wer Mittel des Landes erhält, muss sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Das schließt für uns selbstverständlich ein, sich gegen Antisemitismus zu positionieren. Für uns ist klar: Kein Cent des Landes darf in Hass, Hetze und Extremismus gehen.[Zeilenumbruch]

Begründung

Der Schutz jüdischen Lebens muss in unserem Wahlprogramm unmissverständlich klar formuliert sein. Um unserer Verantwortung gegenüber der jüdischen Community gerecht zu werden, müssen wir die gegenwärtig sehr schwierige Lage anerkennen. Dazu gehört es, Verursacher*innen von Antisemitismus zu benennen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie die Lage tatsächlich verbessert werden kann. Dazu gehört es zu verhindern, dass antisemitische Akteur*innen öffentliche Gelder erhalten.

Unterstützer*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Colin Christ (KV Heilbronn); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Jannick Frank Roller (KV Freiburg); Laura Maria Däuber (KV

Ortenau); Jiska Rahel Annigje Dannenberger (KV Heidelberg); Etienne Eirainer (KV Heidelberg); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Mario Dietel (KV Hohenlohe)

PRO-5-291

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Michael Joukov (KV Ulm)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 290 bis 292 einfügen:
zu schützen und das Verständnis für jüdische Geschichte und Tradition in unserem Land zu stärken. Dafür stehen wir mit den jüdischen Gemeinden im Land im Dialog.

ersetzen durch: " Unser Ziel ist es, dass Jüdinnen und Juden in Baden-Württemberg ohne Angst leben. Der Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 hat viele von ihnen verunsichert und sie wurden oftmals Opfer unentschuldbarer Angriffe. Um den hohen Bedarf von Beratung bei antisemitischen Vorfällen und Übergriffen zu decken, braucht es langfristige und verlässliche Anlaufstellen. Auch benötigt es nachhaltige Strukturen von Beratungsprojekten gegen Antisemitismus. Diese Fachberatungen sollen darüber hinaus auch Angebote schaffen für verschiedene öffentliche Institutionen."

Begründung

versteht sich aus dem Text.

Unterstützer*innen

Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Marlena Kröhn (KV Odenwald-Kraichgau); Colin Christ (KV Heilbronn); Hannes Sturm (KV Freiburg); Daniel Klein (KV Ulm); Michael Gross (KV Biberach); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Thomas Johannes Poreski (KV Reutlingen); Thomas Hilsenbeck (KV Ulm); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Kai-Uwe Berroth (KV Alb-Donau); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Hünkar Aras (KV Ravensburg); Karen Tiede (KV Esslingen); Rose Lutz (KV Esslingen); Melanie Koch (KV Esslingen); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg)

PRO-5-297

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

In Zeile 297 löschen:
~~**Migration ordnen,**~~ **Integration gestalten und Chancen schaffen**

Begründung

Der Begriff ordnen suggeriert, dass aktuelle Rahmenbedingungen unzureichend sind und hier eine Nachschärfung
vorgenommen werden muss. Zum einen ist das aktuell nicht der Fall, da es primär an der Umsetzung mangelt, zum anderen beginnt der ganze Abschnitt somit mit einem negativen Framing, welches uns schon in der Vergangenheit massiv an Glaubwürdigkeit gekostet hat. Wenn wir uns wirklich als progressive Alternative zu Hagel präsentieren wollen, muss bei diesem Thema ein klarer und positiver Grundton gefunden werden.

PRO-5-297-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KMV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

In Zeile 297:
Migration ~~ordnen,~~ und Integration gestalten ~~und~~ - Chancen schaffen

Begründung

Migration ist urmenschlich. Wir müssen aufhören rechten Narrativen hinterherzulaufen und von Migration als sicherheitspolitischer Herausforderung zu sprechen, denn das ist sie primär nicht.

PRO-5-302

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 301 bis 304 löschen:
Ziel von Integration ist die vollständige gesellschaftliche Teilhabe zugewanderter Menschen. ~~Dazu müssen wir die Spielregeln in unserem Land klar kommunizieren:~~ Der Schlüssel dafür ist neben dem Erwerb von Sprache die Vermittlung in Arbeit und Ausbildung.

Begründung

Dieser Satz „Dazu müssen wir die Spielregeln in unserem Land klar kommunizieren“ ist problematisch, weil er Migrant*innen pauschal unterstellt, grundlegende Regeln nicht zu kennen. Er ist herablassend, weil „Spielregeln“ komplexe rechtliche und gesellschaftliche Normen verharmlost. Er ist widersprüchlich zum vorher formulierten Anspruch gleicher Chancen, weil er eine belehrende statt gleichwertige Haltung ausdrückt.

PRO-5-304

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 303 bis 304 einfügen:
kommunizieren: Der Schlüssel dafür ist neben dem Erwerb von Sprache die Vermittlung in Arbeit und Ausbildung sowie gleiche und faire chancen. Geflüchtete müssen so schnell wie möglich die Möglichkeit bekommen, einer Arbeit nachzugehen, ohne ihnen bürokratische Hürden aufzulegen. Außerdem lehnen wir die Bezahlkarte ab. Sie schränkt Geflüchtete in ihrer Selbstbestimmung ein und schafft ein Zwei-Klassen-System. Sie signalisiert Misstrauen statt Integration und erschwert den Alltag durch bürokratische Hürden und eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten.

Begründung

Dieser Satz „Dazu müssen wir die Spielregeln in unserem Land klar kommunizieren“ ist problematisch, weil er Migrant*innen pauschal unterstellt, grundlegende Regeln nicht zu kennen. Er wirkt herablassend, weil „Spielregeln“ komplexe rechtliche und gesellschaftliche Normen verharmlost. Er ist widersprüchlich zum vorher formulierten Anspruch gleicher Chancen, weil er eine belehrende statt gleichwertige Haltung ausdrückt.

PRO-5-305

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 305 bis 306 löschen:
Wir wollen, dass die Arbeitsmarktteilhabe von zugewanderten ~~Frauen~~ durch spezifische Angebote noch gezielter und umfassender gefördert wird. Gleichzeitig

Begründung

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für alle Geflüchteten schwierig, unabhängig vom Geschlecht. Eine Formulierung, die nur Frauen hervorhebt greift zu kurz.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Malte Jonas Wörner (KV Aalen-Ellwangen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Antonia Kind (KV Ulm); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Philip Singer (KV Stuttgart); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Selin Erdogan (KV Esslingen); Jérôme Vogler (KV Esslingen); Maximilian Kreft (KV Esslingen); Kathrin Bickele (KV Esslingen); Melanie Koch (KV Esslingen)

PRO-5-308

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 307 bis 309 löschen:
brauchen wir aber auch verlässliche Strukturen, um echte Chancen auf Teilhabe zu ermöglichen. Wir brauchen eine Willkommenskultur ~~für Fachkräfte~~, die Hürden abbaut und Zugänge erleichtert. Auch zugewanderten Kindern, älteren Menschen und

Begründung

Viele Geflüchtete hatten keine Chance, bereits im Herkunftsland zu einer Fachkraft zu werden. Nichtsdestotrotz sollen sie willkommen sein und die Möglichkeit erhalten, hier eine Ausbildung zu machen und als Fachkraft zu arbeiten.

PRO-5-318

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Knoll (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 317 bis 319 einfügen:
Bund. Menschen, die nach Baden-Württemberg kommen, brauchen von Anfang an Zugang zu Sprachkursen.
Dies gilt für alle Sprachkursniveaus von A1 bis C2 - nur so können Zugewanderte schnell und vor allem potentialadäquat in den Arbeitsmarkt integriert oder für die Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums qualifiziert werden. Deshalb setzen wir uns gegenüber dem Bund dafür ein, das zuletzt deutlich gekürzte Angebot an Sprach- und Integrationskursen wieder bedarfsgerecht auszubauen. Bestehende Unterdeckung von Sprachkursangeboten wollen wir mit eigenen Angeboten kompensieren.
Damit tragen wir nicht nur zur zügigen Arbeitsmarktintegration, sondern auch zur wirksamen Bekämpfung des Fachkräftemangels auf allen Ebenen und in allen betroffenen Arbeitsmarktsegmenten sowie zur Entlastung der Sozialsysteme bei.

Begründung

Der Bund hat die Mittel für Sprach- und Integrationskurse massiv gekürzt, auch durch die Einführung des Jobturbos finanzieren die Jobcenter meist nur noch bis B1, um Zugewanderte möglichst schnell in - meist geringqualifizierte - Beschäftigung zu bringen. So sinnvoll das Ziel als solches sein mag, wird diese Praxis weder dem Potential vieler Zugewanderter noch den komplexen Anforderungen des derzeitigen Arbeitsmarktes gerecht. Es bedarf differenzierter bedarfs- und potentialadäquater Lösungen. Die Kompensation von Versäumnissen auf Bundesebene durch Landesmittel ist gerechtfertigt, da es sich um Mitmenschen handelt, die in unserem Bundesland und in unseren Kommunen lernen und arbeiten und damit substanzielle soziale wie volkswirtschaftliche Beiträge leisten wollen. Baden-Wüttemberg profitiert dementsprechend vom Ausbaus des Engagements im Bereich Integration und Sprachförderung.

Unterstützer*innen

Sophia Kilian (KV Freiburg); Sebastian Müller (KV Freiburg); Karim Saleh (KV Freiburg); Ilse Ritz (KV Freiburg); Canan Balaban (KV Ludwigsburg); Kornelia Müller (KV Freiburg); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Martin Riedmann (KV Tübingen); Linda Hanselmann (KV Tübingen); Khalil Khalil (KV Mannheim); Paula Schecker (KV Freiburg); Emma Paul (KV Tübingen); Florian Bieck (KV Freiburg); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Hannes Wagner (KV Freiburg); Miriam Bürer (KV Freiburg); Artur Eichin (KV Rottweil); Simon Sumbert (KV Freiburg)

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 317 bis 319 einfügen:
Bund. Menschen, die nach Baden-Württemberg kommen, brauchen von Anfang an Zugang zu Sprachkursen bis zum B2 Niveau. Die finanzielle Unterstützung von Modellprojekten zum Spracherwerb im Job wollen wir deutlich ausbauen.

Begründung

B2 Niveau ist für die Integration und den Alltag völlig ausreichend. Weiterer Spracherwerb ist sinnvoll und im Rahmen eines längeren Aufenthalts auch eine natürliche Entwicklung, kann jedoch über Immersion im Alltag oder durch selbst bezahlte Sprachkurse erreicht werden.

PRO-5-319

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Daniel Andreas Lede Abal (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 319 bis 322 einfügen:

Wir wollen Arbeitsmigration ordnen und gestalten. Die Einrichtung der Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften ist ein großer Erfolg. D-Diesen Ansatz einer fairen und legalen Migration wollen wir weiter fortsetzen: Wir wollen Maßnahmen der Vorintegration unterstützen und setzen uns einen Ausbau staatlicher Steuerung im Bereich Matching ein. Projekte und Initiativen in diesem Feld sorgen dafür, dass der Bäckermeister auf der schwäbischen Alb mit dem potentiellen Lehrling aus Gambia in Kontakt kommt. Nur so kann es uns gelingen Menschen mit geringer Bleibeperspektive von Vornherein zur Arbeitsmigration und damit zur regulären Einreise zu ermutigen. Hiervon profitieren alle: Baden-Württemberg, das händeringend Arbeits- und Fachkräfte sucht, der einzelne Mensch der oder die auf der Suche nach einer besseren Perspektive für sich und seine bzw. ihre Familie ist sowie die Herkunftsstaaten, für die häufig die Diaspora ein wichtiger Motor der Entwicklung ist. Um Verfahren effektiv durchzuführen und zugewanderten Menschen beispielsweise schnell Beschäftigung zu ermöglichen, müssen nun alle

Unterstützer*innen

Germaine Knoll-Merritt (KV Stuttgart); Stefanie Christin Gumbinger (KV Tübingen); Hazar Colak (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Jörg Strübing (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Nicola Frank (KV Tübingen); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Peter Bering (KV Tübingen); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Lars Galley (KV Tübingen); Steffen Schnürer (KV Tübingen); Christian Zander (KV Tübingen); Marcel Kretschmann (KV Tübingen); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Ninoska Wassner (KV Tübingen); Bernward Causemann (KV Tübingen)

PRO-5-325

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 324 bis 326 einfügen:
werden und effiziente Strukturen in der Fläche gewährleistet sein, etwa über KI-gestützte Musterverfahren. Darüber hinaus setzen wir uns für verpflichtende Sensibilisierungsschulungen für Beschäftigte in Ausländerbehörden in den Bereichen interkultureller Kompetenz, Antidiskriminierung und traumasensiblem Verwaltungshandeln ein. Die Behörden sollen serviceorientiert, transparent und respektvoll arbeiten. Wir wollen dafür sorgen, dass wichtige Informationen in Behörden und sozialen Einrichtungen auch mehrsprachig zu Verfügung stehen und

Begründung

Beschäftigte in Ausländerbehörden haben täglich direkten Kontakt mit Geflüchteten und Asylsuchenden. Viele Geflüchtete haben traumatische Erfahrungen gemacht. Die Mitarbeiter*innen werden fachlich gut geschult, lernen aber wenig darüber wie sie sensibel und respektvoll mit traumatisierten oder besonders belasteten Menschen umgehen können.

Verpflichtende Sensibilisierungsschulungen helfen, Missverständnisse zu vermeiden, Stress zu reduzieren und Geflüchteten ein faires, menschliches und würdiges Verfahren zu ermöglichen. So schaffen wir mehr Vertrauen, bessere Kommunikation und einen professionellen Umgang mit schwierigen Situationen.

Unterstützer*innen

Klaus Häring-Becker (KV Wangen); Andreas Ammer (KV Wangen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Malte Jonas Wörner (KV Aalen-Ellwangen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Antonia Kind (KV Ulm); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Pauline Valentin (KV Freiburg); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Philip Singer (KV Stuttgart); Leni Reiland (KV Mannheim)

PRO-5-329

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Jakob Sauter (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 329 bis 332:
Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und bekennen uns zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Das Mittelmeer ist die tödlichste Fluchtroute der Welt. Wir setzen uns mit allen Möglichkeiten, finanziell und politisch, dafür ein, dass die zivile Seenotrettung ihre Arbeit auf dem Mittelmeer fortsetzen und Menschenleben retten kann. Wir setzen uns ein gegen Kriminalisierungsversuche der Humanitären Hilfe. Als Bundesland stellen wir uns hinter die Kommunen, die die zivile Seenotrettung finanziell unterstützen.

~~Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und bekennen uns zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention.~~ Menschen, die keine Straftaten begangen haben, die deutsche Sprache sprechen und sich in

Begründung

Wenn die Bundesregierung trotz Rekordhaushalt die Mittel für zivile Seenotrettungsorganisationen streicht, ist es an uns, den Einsatz für Menschenrechte zu unterstützen und solidarisch an der Seite der Organisationen zu stehen.
Einer Kriminalisierung der humanitären Hilfe müssen wir uns als Partei der Menschenrechte in den Weg stellen.

Unterstützer*innen

Jaron Immer (KV Reutlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); Katharina Mohrmann (KV Freiburg); Gwendolyn Hahn (KV Stuttgart); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Hannes Brand (KV Rems/Murr); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Estrella Rödel (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Pauline Valentin (KV Freiburg); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Francesco Blandini (KV Stuttgart); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Simone Schön (KV Aalen-Ellwangen); Asmaa Reuter (KV Karlsruhe); Tim Bühler (KV Stuttgart)

PRO-5-329-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 328 bis 329 einfügen:
technische Lösungen wie entsprechende Apps, suchen. Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen wollen wir weiter beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verlängerung von Fiktionsbescheinigungen kostenfrei ist, wenn die Verzögerung bei der Bearbeitung durch die Ausländerbehörden verursacht wurde. Die betroffenen dürfen nicht dafür zahlen müssen, dass die Arbeit länger dauert als geplant. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Gebühren für Aufenthaltstitel vereinheitlicht und sozial verträglich gestaltet werden. Unser Ziel ist eine Orientierung an den Gebühren öffentlicher Ausweisdokumente.

Begründung

Fiktionsbescheinigungen müssen oft verlängert werden, wenn sich das Verwaltungsverfahren verzögert. Diese Verzögerungen entstehen durch die Ausländerbehörden, häufig durch lange Bearbeitungszeiten oder Personalmangel. Die Kosten der Verlängerung trage die Geflüchteten selbst. Es ist unfair, die Geflüchteten zahlen zu lassen, obwohl sie nichts für die Verzögerungen können.

Auch die derzeit stark unterschiedlichen Kosten für Aufenthaltstitel, abhängig vom Herkunftsland, sind unverhältnismäßig und treffen oft Menschen, die finanziell besonders belastet sind.

Faire und einheitliche Gebühren und eine kostenfreie Verlängerung der Fiktion bei behördlicher Verzögerung entlasten die Betroffenen und stärken das Vertrauen in staatliche Prozesse.

Unterstützer*innen

Klaus Häring-Becker (KV Wangen); Andreas Ammer (KV Wangen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Malte Jonas Wörner (KV Aalen-Ellwangen); Lena Cannistra-Arzner (KV Ettlingen); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Antonia Kind (KV Ulm); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Tabea Hirt (KV Stuttgart); Richard Langer (KV Tübingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Philip Singer (KV Stuttgart); Gabriel Tessmer (KV Karlsruhe); Natalie Rapka (KV Ettlingen)

PRO-5-331

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 330 bis 334:
Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und bekennen uns zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention. ~~Menschen, die keine Straftaten begangen haben, die deutsche Sprache sprechen und sich in Ausbildung oder Arbeit befinden oder diese anstreben, brauchen eine Perspektive.~~Menschen fliehen, weil sie leben wollen – weil sie Hoffnung suchen, weil sie vor Krieg, Klimakatastrophen und Ungleichheit fliehen.
Wir stehen für eine gerechte Migrationspolitik, die diese Realität anerkennt und Menschlichkeit in den Mittelpunkt stellt.
Dafür braucht es sichere Fluchtwege, faire Asylverfahren und klare Strukturen.
Wir fordern ein Bleiberecht, das Menschen nicht in Angst, sondern in Würde leben lässt – durch das Ende der Abschiebehaft und das Recht auf unabhängige Rechtsberatung.
Nur so kann Integration gelingen – auf der Grundlage von Respekt, Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Wir haben deshalb in der letzten Legislaturperiode einen Bleiberechtserlass

Begründung

Die Streichung des ursprünglichen Satzes ist notwendig, weil er ein perspektivloses und konditioniertes Verständnis von Migration transportiert: Er suggeriert, dass Menschen nur dann eine Zukunft verdienen, wenn sie bestimmte Leistungs- und Anpassungskriterien erfüllen. Das ist nicht nur restriktiv, sondern widerspricht einem progressiven, menschenrechtsbasierten Ansatz, der Menschen nicht nach verwertbaren Eigenschaften sortiert. Der neue Text ist deutlich ‘grüner’, weil er Flucht als menschliche Realität anerkennt und nicht als Problem behandelt. Er stellt Menschlichkeit ins Zentrum und benennt klar die politischen Schritte, die eine gerechte Migrationspolitik braucht: sichere Fluchtwege, faire Verfahren, Schutz vor Unsicherheit durch längere Duldung, ein Bleiberecht ohne Angst, Abschaffung der Abschiebehaft und unabhängige Rechtsberatung. Dieses Verständnis ist inklusiv, solidarisch und zukunftsorientiert. Es betont Chancen, nicht Bedingungen; Rechte, nicht Pflichten; Würde, nicht Verwertbarkeit.

PRO-5-331-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Daniel Andreas Lede Abal (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 330 bis 348:
Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und bekennen uns zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention. ~~Menschen, die keine Straftaten begangen haben, die deutsche Sprache sprechen und sich in Ausbildung oder Arbeit befinden oder diese anstreben, brauchen eine Perspektive. Wir haben deshalb in der letzten Legislaturperiode einen Bleiberechtserlass beschlossen, mit dem gut-integrierte Menschen, die bisher nur geduldet sind, langfristige Bleiberechtsperspektiven erhalten. Leider sind diese Möglichkeiten sowohl für die Betroffenen als auch die Arbeitgeber*innen bisher wenig bekannt. Wir wollen deshalb die Informationen für die Beratungsstellen im Land verbessern, damit diese vor Ort aktiv auf diese Möglichkeit hinweisen. Dennoch werden viele Menschen, die zu uns kommen, nicht bleiben können. Wer kein Aufenthaltsrecht hat und bei wem keine Abschiebehindernisse bestehen, muss wieder ausreisen. Dabei hat die freiwillige Rückkehr für uns Vorrang. Dort, wo zwangsweise Rückführungen notwendig sind, legen wir einen besonderen Fokus auf diejenigen, die schwere Straftaten begangen haben und die innere Sicherheit unseres Landes gefährden. Die wichtige Arbeit der Härtefallkommission, die in Fällen, in denen dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit im Bundesgebiet rechtfertigen, aktiv wird, unterstützen wir weiterhin.~~Wir wollen nicht Geflüchtete, sondern die Ursachen von Flucht bekämpfen. Hierzu gehören ganz konkrete Maßnahmen, wie die Fortsetzung unseres Engagements für die Jesiden hier und im Nordirak. Hierzu gehören vor allem aber auch der Einsatz für eine nachhaltige Entwicklung, faire Handelsbeziehungen und Klimaschutz. Wir brauchen eine solidarische Asylpolitik in der EU, deshalb werden wir die GEAS-Reformen in Baden-Württemberg menschenrechtskonform umsetzen.

Nicht immer kann einem Schutzstatus aber entsprochen werden.

Für die diejenigen abgelehnten Asylsuchenden die sich hier gut integrieren und sich in Ausbildung und Arbeit befinden, wollen wir daher verbindliche Angebote und Perspektiven schaffen. Dazu bietet das Aufenthaltsgesetz inzwischen zahlreiche Möglichkeiten; mit dem Bleiberechtserlass aus der dieser Legislaturperiode stellen wir sicher, dass gesetzliche Spielräume des Aufenthaltsgesetzes landeseinheitlich zugunsten eines Bleiberechts gut integrierter Geduldete genutzt werden. Dazu brauchen wir aber mehr Beratungsmöglichkeiten für die Betroffenen und auch deren Arbeitgeber. Wir machen uns dafür stark, dass bereits das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in seinen ablehnenden Bescheiden konkret und verständlich darauf hinweist, dass insbesondere bei Menschen in Ausbildung und Arbeit Bleiberechte bestehen können und Beratungsstellen benennt. Im Land wollen wir über die VwV Deutsch weiterhin Menschen den Erwerb von Deutschkenntnissen ermöglichen, wenn sie sonst keinen Zugang zu den BAMF-Kursen haben. Und, wir wollen Möglichkeiten prüfen, wie einzelne Ehrenamtliche, die niederschwellig bei dem Spracherwerb helfen, dabei unterstützt werden

können. Dennoch werden viele Menschen, die zu uns kommen, nicht bleiben können. Dabei hat die freiwillige Rückkehr für uns Vorrang. Dort, wo zwangsweise Rückführungen notwendig sind, priorisieren wir diejenigen, die schwere Straftaten begangen haben oder die innere Sicherheit unseres Landes gefährden. Die Situation von Menschen in Abschiebehaft werden wir weiter genau im Blick behalten und wollen die wichtige Arbeit des Runden Tisches Abschiebehaft mit Kirchen, Sozialverbänden, ehrenamtlichen Gruppen und Behörden fortführen.

Die engagierte Arbeit der Härtefallkommission unterstützen wir. Ihre Empfehlungen müssen weiterhin umgesetzt werden, außer es liegen beispielsweise Gefahren für die Innere Sicherheit vor.

Unterstützer*innen

Germaine Knoll-Merritt (KV Stuttgart); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Stefanie Christin Gumbinger (KV Tübingen); Franziska Wekel (KV Stuttgart); Florian Große (KV Freiburg); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Hazar Colak (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Nicola Frank (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Jörg Strübing (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Peter Bering (KV Tübingen); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Lars Galley (KV Tübingen); Steffen Schnürer (KV Tübingen); Christian Zander (KV Tübingen)

PRO-5-332

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 331 bis 333:
Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Menschen, die ~~keine Straftaten begangen haben~~sozial integriert sind, die deutsche Sprache sprechen und sich in Ausbildung oder Arbeit befinden oder diese anstreben, brauchen eine Perspektive.

Von Zeile 338 bis 345:
Wir wollen deshalb die Informationen für die Beratungsstellen im Land verbessern, damit diese vor Ort aktiv auf diese Möglichkeit hinweisen~~. Dennoch werden viele Menschen, die zu uns kommen, nicht bleiben können. Wer kein Aufenthaltsrecht hat und bei wem keine Abschiebehindernisse bestehen, muss wieder ausreisen. Dabei hat die freiwillige Rückkehr für uns Vorrang~~. ~~Dort, wo zwangsweise~~Zwangsweise Rückführungen ~~notwendig sind, legen wir einen besonderen Fokus~~sind auf diejenigen zu beschränken, die schwere Straftaten begangen haben und die innere Sicherheit unseres Landes gefährden. Die wichtige Arbeit der Härtefallkommission, die in

Begründung

Auch hier geht es darum, den Menschen Perspektiven zu geben. Artikel 1 GG gilt für alle Menschen die sich in unserem Land aufhalten. Wir dürfen die rechten Narrative nicht übernehmen. Eine Rückführung von Menschen ist allenfalls da akzeptabel, wo Schwerstkriminalität verübt wird und unsere freiheitlich demokratische Grundordnung angegriffen wird. Wir GRÜNE dürfen nicht aufhören für Humanität zu stehen.

PRO-5-338

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 337 bis 340:
sowohl für die Betroffenen als auch die Arbeitgeber*innen bisher wenig bekannt. ~~Wir wollen deshalb die Informationen für die Beratungsstellen im Land verbessern, damit diese vor Ort aktiv auf diese Möglichkeit hinweisen.~~Deshalb wollen wir
die Informationswege verbessern und bekannter machen. Betroffene und Arbeitgeber*innen müssen zuverlässige Anlauf- und Beratungsstellen haben, die pro-aktiv über konkret bestehende Bleiberechtsoptionen und deren Voraussetzungen informieren. Dennoch werden viele Menschen, die zu uns kommen, nicht bleiben können. Wer kein

Begründung

Aus Unkenntnis der notwendigen Schritte kommt es zu vermeidbaren Abschiebungen, die auf großes Unverständnis und Empörung bei allen Beteiligten stoßen. Dies fördert die häufig zu hörende Meinung "es werden genau die Falschen abgeschoben" und ist menschlich, aber auch ökonomisch (Arbeits- und Fachkräftemangel) gesellschaftlich nicht vermittelbar.

PRO-5-339

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 338 bis 348:
Wir wollen deshalb die Informationen für die Beratungsstellen im Land verbessern, damit diese vor Ort aktiv auf diese Möglichkeit hinweisen. ~~Dennoch werden viele Menschen, die zu uns kommen, nicht bleiben können. Wer kein Aufenthaltsrecht hat und bei wem keine Abschiebehindernisse bestehen, muss wieder ausreisen. Dabei hat die freiwillige Rückkehr für uns Vorrang. Dort, wo zwangsweise Rückführungen notwendig sind, legen wir einen besonderen Fokus auf diejenigen, die schwere Straftaten begangen haben und die innere Sicherheit unseres Landes gefährden. Die wichtige Arbeit der Härtefallkommission, die in Fällen, in denen dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit im Bundesgebiet rechtfertigen, aktiv wird, unterstützen wir weiterhin.~~Entscheidend ist, dass niemand in Unsicherheit oder Perspektivlosigkeit lebt. Faire Verfahren und frühzeitige Unterstützung verhindern, dass Menschen durchs System fallen oder in schwierige Situationen geraten. Wir setzen auf Prävention durch schnellen Zugang zu Arbeit, Ausbildung, Schule, Sprachförderung sowie psychosoziale Beratung und Traumabegleitung, um stabile Lebensperspektiven zu schaffen. Die Härtefallkommission sorgt dafür, dass humanitäre Gründe und persönliche Notlagen anerkannt werden. Zur Beschleunigung von Verfahren vereinfachen wir die Identitätsklärung, indem auch Geburtsurkunden oder andere Dokumente anerkannt werden. So können Menschen, die bereits hier sind, schnell Klarheit und Sicherheit erhalten und vollständig am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Begründung

Der vorherige Text betonte Abschiebungen für straffällige Personen und Rückführungen als Standardmaßnahme. Das reduziert Integration auf reaktive Kontrolle und behandelt Menschen nur dann als schutzwürdig, wenn sie keine Probleme verursachen. Eine solche Haltung erzeugt Unsicherheit, blockiert Teilhabe und kann Menschen in prekäre oder kriminogene Situationen drängen. Die neue Formulierung setzt auf Prävention, schnellen Zugang zu Arbeit, Bildung, Sprache sowie psychosoziale Unterstützung und ermöglicht so Sicherheit durch Teilhabe statt durch Ausschluss. Sie rückt Menschenwürde und Humanität in den Mittelpunkt, vereinfacht und beschleunigt Verfahren, um Unsicherheit zu verringern, und versteht Integration als Folge guter Rahmenbedingungen, nicht als Belohnung für angepasstes Verhalten. Damit macht die Änderung die Politik progressiv, inklusiv und zukunftsorientiert statt repressiv und bedingungsabhängig.

PRO-5-339-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 338 bis 346 löschen:
Wir wollen deshalb die Informationen für die Beratungsstellen im Land verbessern, damit diese vor Ort aktiv auf diese Möglichkeit hinweisen. ~~Dennoch werden viele Menschen, die zu uns kommen, nicht bleiben können. Wer kein Aufenthaltsrecht hat und bei wem keine Abschiebehindernisse bestehen, muss wieder ausreisen. Dabei hat die freiwillige Rückkehr für uns Vorrang. Dort, wo zwangsweise Rückführungen notwendig sind, legen wir einen besonderen Fokus auf diejenigen, die schwere Straftaten begangen haben und die innere Sicherheit unseres Landes gefährden.~~ Die wichtige Arbeit der Härtefallkommission, die in Fällen, in denen dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere

Begründung

Dieser Absatz fordert die Durchsetzung breits geltenden Rechts und suggeriert damit, dass unseren Behörden diese Durchsetzung momentan nicht gelingt. Die Betonung von straffälligen Geflüchteten suggeriert zudem, dass diese Gruppe in erhöhtem Maße zu schweren Straftaten neigen, was statistisch nicht belegbar ist und somit die momentan ohnehin negative Stimmung gegenüber Geflüchteten weiter befeuert und Vorurteile bedient.

PRO-5-345

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	23.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 344 bis 348:
diejenigen, die schwere Straftaten begangen haben und die innere Sicherheit unseres Landes gefährden. Die wichtige Arbeit der Härtefallkommission, die in[Zeilenumbruch]
Fällen, in denen dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere[Zeilenumbruch]
Anwesenheit im Bundesgebiet ~~rechtfertigen~~gebietet, aktiv wird, ~~unterstützen~~stärken wir ~~weiterhin~~personell und strukturell . Die Empfehlungen der
Kommission sollen verbindlicher umgesetzt werden.

Begründung

Die Übernahmen der Empfehlung der Härtefallkommission durch das Justizministerium sind von ca. 79 Prozent auf 49 Prozent stark zurückgegangen. Daher müssen wir die Härtfallkommission strukturell und personell stärken, damit die Ablehnungen der Empfehlungen die Ausnahme bleiben.

PRO-5-349

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 349 bis 355 löschen:

~~Als Baustein zu einer geordneten Migration vereinfachen wir die Identitätsklärung. Ein Grund, warum Rückführungen von Straftäter*innen und Gefährder*innen nicht funktionieren, ist oftmals die ungeklärte Identität. Für eine Identitätsklärung muss in Zukunft nicht mehr zwangsläufig ein Pass vorhanden sein, sondern können auch andere Papiere wie Geburtsurkunden herangezogen werden. Für die Menschen, die bereits hier sind, müssen wir die Verfahren deutlich beschleunigen.~~

Begründung

siehe vorheriger ÄA: hier noch weitere streichung damit der zusammenhang passt.

PRO-5-349-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Daniel Andreas Lede Abal (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 349 bis 355:

~~Als Baustein zu einer geordneten Migration vereinfachen wir die Identitätsklärung. Ein Grund, warum Rückführungen von Straftäter*innen und Gefährder*innen nicht funktionieren, ist oftmals die ungeklärte Identität. Für eine Identitätsklärung muss in Zukunft nicht mehr zwangsläufig ein Pass vorhanden sein, sondern können auch andere Papiere wie Geburtsurkunden herangezogen werden. Für die Menschen, die bereits hier sind, müssen wir die Verfahren deutlich beschleunigen.~~

Die Herausforderungen bei der Identitätsklärung insbesondere im Zusammenhang mit der Rückführung von Straftäter*innen und Gefährder*innnen werden wir weiter anzugehen, auch in Zusammenarbeit mit wichtigen Herkunftsländern.
Die Identitätsklärung ist von grösster Bedeutung sowohl für unsere Innere Sicherheit als auch für den Schutz unseres Urkundswesens. In vielen Fällen ist die Passbeschaffung aber trotz ansonsten unzweifelhafter Identität nicht oder nur unter sehr unzumutbaren Bedingungen möglich. Wir wollen in einem Erlass den Ausländerbehörden mehr Orientierung bieten, wann und unter welchen Umständen dies der Fall ist, damit im Ergebnis entsprechende Aufenthaltserlaubnisse schneller und rechtssicher erteilt werden können.

Unterstützer*innen

Stefanie Christin Gumbinger (KV Tübingen); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Hazar Colak (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Marc Mausch (KV Tübingen); Jörg Strübing (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Peter Bering (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Lars Galley (KV Tübingen); Steffen Schnürer (KV Tübingen); Christian Zander (KV Tübingen); Marcel Kretschmann (KV Tübingen); Ninoska Wassner (KV Tübingen); Bernward Causemann (KV Tübingen); Linda Hanselmann (KV Tübingen); David Marx-Stölting (KV Tübingen)

PRO-5-355

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Ryyan Alshebl (KV Calw)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 354 bis 355 einfügen:
herangezogen werden. Für die Menschen, die bereits hier sind, müssen wir die Verfahren deutlich beschleunigen. Wer unsere Sicherheit gefährdet, muss gehen – dafür ziehen wir künftig alle geeigneten Dokumente heran. Das schulden wir der gesamten Bevölkerung, aber gerade auch jenen Geflüchteten, die hier bei uns eine neue Heimat gefunden haben und sich integrieren. Nur durch konsequentes Handeln befreien wir sie von dem Generalverdacht, unter dem sie zu Unrecht leiden

Begründung

Wird mündlich nachgereicht..

Unterstützer*innen

Meinolf Block (KV Heidelberg); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Tobias Marcel Hocke-Beck (KV Göppingen); Colin Christ (KV Heilbronn); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Aaron Ludwig (KV Böblingen); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Peter Seimer (KV Böblingen); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Tim Schwab (KV Böblingen); Daniel Burgstaller (KV Ludwigsburg); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); David Bieg (KV Ulm); Ilja Gottwald (KV Stuttgart)

PRO-5-359

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Daniel Andreas Lede Abal (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 358 bis 360 einfügen:
in Landeserstaufnahmestellen: Die von uns eingeführte Traumarehabilitation für Geflüchtete und die Refugio-Zentren werden wir weiter stärken. Mit dem Projekt “Baden-Württemberg schützt” haben wir erste wichtige Schritte unternommen, damit psychische Belastungen bei

Begründung

Notwendige Ergänzung

Unterstützer*innen

Germaine Knoll-Merritt (KV Stuttgart); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Stefanie Christin Gumbinger (KV Tübingen); Franziska Wekel (KV Stuttgart); Florian Große (KV Freiburg); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Hazar Colak (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Nicola Frank (KV Tübingen); Jörg Strübing (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Marc Mausch (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Peter Bering (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Lars Galley (KV Tübingen); Steffen Schnürer (KV Tübingen); Christian Zander (KV Tübingen)

PRO-5-362

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 361 bis 363 einfügen:
Geflüchteten frühzeitig identifiziert und niedrigschwellige Hilfe geleistet werden kann. Das Projekt wollen wir nun noch weiter in die Fläche bringen. Viele geflüchtete Menschen sind vor, während oder nach ihrer Flucht schweren Belastungen, Gewalt und traumatischen Erfahrungen ausgesetzt. Um gesundheitliche Folgeschäden zu verhindern und Teilhabe zu ermöglichen, möchten wir verlässlichen, frühzeitigen und diskriminierungsfreien Zugang zu psychologischer Unterstützung schaffen – unabhängig von Aufenthaltsstatus, Herkunft, Wohnort oder Versicherungssituation.
Dolmetschende sowie kultursensible Fachkräfte sollen stärker einbezogen und bürokratische Hürden beim Zugang zu Behandlung konsequent abgebaut werden. Nur durch ein bedarfsgerechtes, niedrigschwelliges und langfristiges Unterstützungsangebot können wir traumatisierten Menschen mit Fluchtgeschichte einen sicheren Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Begründung

Geflüchtete Menschen sind häufig schweren Belastungen und traumatischen Erfahrungen ausgesetzt. Dies kann die Gesundheit und Teilhabe langfristig massiv beeinträchtigen. Ein verlässlicher, frühzeitiger und diskriminierungsfreier Zugang zu psychologischer Unterstützung ist daher unerlässlich. Nur durch niedrigschwellige, langfristige Angebote kann traumatisierten Menschen ein stabiler Weg in ein selbstbestimmtes und sicheres Leben eröffnet werden.

PRO-5-362-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Daniel Andreas Lede Abal (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 361 bis 366:
Geflüchteten frühzeitig identifiziert und niedrigschwellige Hilfe geleistet werden kann. Das Projekt wollen wir nun noch weiter in die Fläche bringen. ~~Damit Integration gelingt und zugewanderte Menschen schnellstmöglich ihr Leben selbstständig organisieren können, wollen wir eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Integrationsmanager*innen und Behörden wie Ausländerbehörde, Jobcenter und Sozialamt durch ein Kooperationsgebot regeln.~~

Wir wollen Geflüchteten eine schnellstmögliche Integration und eine breite gesellschaftlichtliche Teilhabe ermöglichen. Dazu gehören eine umfassende Sozial- und Verfahrensberatung, der Spracherwerb, die Verbesserung der Wohnsituation, leichte Wege in Schule, Ausbildung oder Arbeit. Eine Wohnsitzauflage darf den Integrationsfortschritt nicht hemmen. Das Integrationsmanagement ist dafür ein zentraler Baustein. Die Kooperation zwischen Integrationsmanagement, JobCenter, Ausländerbbehörde, Sozialamt und anderen Behörden wollen wir sicherstellen. Zur effizienteren Gesundheitsversorgung befürworten wir eine Gesundheitskarte ab dem Zeitpunkt der Erstregistrierung. Für die Ausgestaltung der elektronischen Bezahlkarte und den Bargeldanteil brauchen die Kommunen mehr Gestaltungsspielräume zur Sicherstellung der Versorgung der Geflüchteten.
Mit dem anonymen Krankenschein wollen wir die Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Aufenthaltsstatus sicherstellen.

Unterstützer*innen

Germaine Knoll-Merritt (KV Stuttgart); Stefanie Christin Gumbinger (KV Tübingen); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Hazar Colak (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Jörg Strübing (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Finn Schwarz (KV Tübingen); Nicola Frank (KV Tübingen); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Peter Bering (KV Tübingen); Lars Galley (KV Tübingen); Steffen Schnürer (KV Tübingen); Christian Zander (KV Tübingen); Marcel Kretschmann (KV Tübingen); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Ninoska Wassner (KV Tübingen); Bernward Causemann (KV Tübingen)

PRO-5-362-3

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 361 bis 363 einfügen:
Geflüchteten frühzeitig identifiziert und niedrigschwellige Hilfe geleistet werden kann. Das Projekt wollen wir nun noch weiter in die Fläche bringen. Wir wollen Integration mit echten Lösungen vereinfachen und Ausländerbehörden entlasten. Deswegen wollen wir den Ermessensspielraums bei Ausländerbehörden für bessere Integration nutzen. Konkret sollen Duldungen statt für 3 Monaten, für ein ganzes Jahr ausgestellt werden. Darüberhinaus beenden wir die Abschiebung von Auszubildenden und unterhaltsfähig Beschäftigten.

Begründung

Die Verlängerung der Duldungszeiträume auf ein Jahr reduziert den administrativen Aufwand und entlastet damit spürbar die Ausländerbehörden. Längere Gültigkeitszeiträume für Duldungsscheine schaffen zudem mehr Planungssicherheit für Betroffene und erleichtern die Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt. Ein stabiler Aufenthaltsstatus ermöglicht es den Behörden, Ressourcen auf komplexere Fälle zu konzentrieren. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass Schluss ist mit den zahlreichen Berichten, der topausgebildeten Fachkräfte, die aus Baden-Württemberg abeschoben werden. Es kann nicht sein, dass wir immernoch Menschen abschieben, die hier einen enormen Integrations und Qualifizierungsaufwand auf sich nehmen und voll im Arbeits- oder Ausbildungsleben stehen. Gleichzeitig stärken wir damit Unternehmen, die auf verlässliche Arbeits- und Ausbildungskräfte angewiesen sind.

PRO-5-366

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Christen bei den Grünen
Beschlussdatum:	22.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 365 bis 366 einfügen:
zwischen Integrationsmanager*innen und Behörden wie Ausländerbehörde, Jobcenter und Sozialamt durch ein Kooperationsgebot regeln.

Zur Weiterentwicklung eines zeitgemäßen Bestattungswesens soll ein strukturierter Dialogprozess in Form eines Bürgerforums initiiert werden.
An diesem Prozess sollen Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und der Bürgerschaft ebenso beteiligt sein, wie relevante Institutionen und Fachakteure.
Ziel ist es, gemeinsam moderne, bedarfsgerechte und gesellschaftlich tragfähige Lösungen für ein zeitgemäßes Bestattungswesen zu entwickeln.

Begründung

Das heutige Bestattungswesen entspricht nicht mehr den Bedarfen und Bedürfnissen unserer modernen Gesellschaft.

PRO-5-379

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Demokratie, Recht und innere Sicherheit
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 378 bis 382:
können, müssen wir seine Ursachen und seine Geschichte kennen, sowie seine Strategien in der Ansprache junger Menschen verstehen. ~~Dazu~~Dafür haben wir ~~haben~~mit dem Institut für Rechtsextremismusforschung die bundesweit erste Forschungsstelle ~~für Rechtsextremismusforschung~~zum Thema und mit der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus eines der größten Archive ~~zu Rechtsextremismus~~ geschaffen. Wir bekämpfen den politischen Arm des Rechtsextremismus mit der Härte des Rechtsstaats. Deshalb setzen wir uns

Begründung

Das sind die korrekten Bezeichnungen der beiden Einrichtungen.

PRO-5-379-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ines Link (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 378 bis 380 löschen:
können, müssen wir seine Ursachen und seine Geschichte kennen, sowie seine Strategien ~~in der Ansprache junger Menschen~~ verstehen. Dazu haben wir haben die bundesweit erste Forschungsstelle für Rechtsextremismusforschung und eines der

Begründung

Die Strategien der Rechtsextremen umfassen nicht nur “Ansprachen”, sondern auch andere Formen. Zudem richten sich ihre Strategien nicht nur an junge Menschen, sondern an alle Altersgruppen, Der Satz vermittelt den Eindruck, dass vor allem Jugendliche empfänglich für diese Strategien seien.

Unterstützer*innen

Rüdiger Schilling (KV Pforzheim und Enzkreis); Thomas Gönner (KV Stuttgart); Raoul Genick (KV Rastatt/Baden-Baden); Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Sebastian Kreiner (KV Karlsruhe); Hartmut Schwendemann (KV Ortenau); Julia Uebele (KV Göppingen); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Niklas Becker (KV Konstanz); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Lisa Kreitmeier (KV Konstanz); Jan Marczona (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb)

PRO-5-379-3

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 378 bis 382:
können, müssen wir seine Ursachen und seine Geschichte kennen, sowie seine Strategien in der Ansprache junger Menschen verstehen. Dazu haben wir ~~haben die~~an der Universität Tübingen das bundesweit erste ~~Forschungsstelle~~Institut für Rechtsextremismusforschung und ~~eines der größten Archive zu~~die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus beim Landesarchiv Baden-Württemberg geschaffen. Wir bekämpfen den politischen Arm des Rechtsextremismus mit der Härte des Rechtsstaats. Deshalb setzen wir uns

Begründung

redaktionell, fachliche Klarstellung/korrekte Bezeichnung der Einrichtungen

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Werner Korn (KV Ulm); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Oliver Hildenbrand (KV Stuttgart); Josef Frey (KV Lörrach); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Maria Flendt (KV Stuttgart); Thomas Pittalis (KV Bodenseekreis); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Sabine Zilligen (KV Schwäbisch Gmünd)

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 378 bis 384:
können, müssen wir seine Ursachen und seine Geschichte kennen, sowie seine Strategien in der Ansprache junger Menschen verstehen. Dazu haben wir ~~haben~~ die bundesweit erste Forschungsstelle für Rechtsextremismusforschung und eines der größten Archive zu Rechtsextremismus geschaffen. Wir bekämpfen den politischen Arm des Rechtsextremismus mit der vollen Härte des Rechtsstaats. Deshalb ~~setzen~~stellen wir ~~uns auch für~~im Bundesrat den Antrag beim Bundesverfassungsgericht, die ~~Prüfung der Verfassungswidrigkeit~~Verfassungsmäßigkeit der AfD ~~durch das Bundesverfassungsgericht ein~~juristisch zu prüfen.

Begründung

Die Formulierung macht klar, dass wir den Antrag zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der AfD im Bundesrat stellen möchten. Daraus ergeben sich meiner Wahrnehmung nach gleich mehrere Vorteile: Zuerst wird klar, dass wir uns nicht nur abstrakt dafür einsetzen wollen, sondern dass wir tatsächlich den Antrag stellen wollen. Dabei handelt es sich jedoch ausschließlich um den Antrag der Prüfung, nicht um ein Verbot, über das nach unserem Grundgesetz aus gutem Grund lediglich das Bundesverfassungsgericht entscheiden darf. Durch das Hinzufügen des Wortes „juristisch“ wird betont, dass es sich hierbei keineswegs um eine parteipolitische Entscheidung handelt, sondern um eine juristische Entscheidung. Daher muss diese von Jurist*innen getroffen werden, das kann allerdings erst dann erfolgen, wenn der Antrag gestellt wurde. Die Änderung von „Verfassungswidrigkeit“ auf „Verfassungsmäßigkeit“ ist eine positivere Formulierung.

Zuletzt wird außerdem klar genannt, dass wir den Antrag im Bundesrat stellen wollen. Grundsätzlich sind Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung antragsberechtigt, allerdings ist aktuell ein Antrag durch den Bundestag oder die Bundesregierung nicht in Sicht, daher muss der Bundesrat tätig werden. Bei der Landtagswahl im Jahr 2026 entscheiden die Wähler*innen in Baden-Württemberg über die Zusammensetzung des neuen Landtags. Durch diese Formulierung können uns die Wähler*innen ein Mandat mit dem Auftrag, diesen Antrag zu stellen, geben.

Bei den weiteren Änderungen handelt es sich um eine grammatikalische Verbesserung sowie eine stärkere Formulierung: „volle[n] Härte“ statt nur „Härte“.

Unterstützer*innen

Asmaa Reuter (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); J. Sophie Forreiter (KV Karlsruhe); Reimar Chladek (KV Karlsruhe); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe); Petra Sander (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Benjamin Reif (KV Karlsruhe); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Björn Herrmann (KV Karlsruhe); Christopher Leonhard Gohla (KV Karlsruhe); Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Johannes Methfessel (KV Karlsruhe); Tobias Riedel (KV Karlsruhe)

PRO-5-383

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 382 bis 384:
Arm des Rechtsextremismus mit der Härte des Rechtsstaats. Deshalb setzen wir uns auch für ~~die Prüfung der Verfassungswidrigkeit der AfD durch das~~ein AfD-Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ein.

Begründung

redaktionell/Präzisierung

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Oliver Hildenbrand (KV Stuttgart); Maria Flendt (KV Stuttgart); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Sabine Zilligen (KV Schwäbisch Gmünd); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis)

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 403 bis 404 einfügen:
Desinformation, Datenmissbrauch und digitalen Angriffen. Vertrauen in die Demokratie braucht Vertrauen in staatliche Institutionen. Wir lehnen die Verwendung chinesischer Komponenten in unserer kritischen Infrastruktur ab, da diese ein Sicherheitsrisiko darstellen und wollen wo möglich baden-württembergische Alternativen fördern, um so europaweit die Resilienz der kritischen Infrastruktur zu stärken.

Begründung

Chinesische Komponenten - u.a. von Huawei - stellen ein Sicherheitsrisiko dar, weil unklar ist, inwiefern diese als Einfallstor für Spionage genutzt werden können.

Unterstützer*innen

Richard Langer (KV Tübingen); Patrick Vexler (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Maximilian Blatt (KV Mannheim); Jakob Feldner (KV Tübingen); Gregor Steiner (KV Tübingen); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Ninoska Wassner (KV Tübingen); Cornelius Klodt (KV Tübingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Emma Paul (KV Tübingen); Manoah Kunze (KV Tübingen); Noah Ries (KV Heidelberg); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Katharina Rödle (KV Hohenlohe); Michaela Nina Hammes (KV Hohenlohe); Colin Christ (KV Heilbronn)

PRO-5-408

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 407 bis 409 einfügen:
Unabhängigkeit der Justiz müssen deshalb schon im Ansatz entschieden entgegengetreten werden. Gleichzeitig muss die politische Unabhängigkeit der Ermittlungsbehörden gewährleistet werden. Wir werden daher das Weisungsrecht des Justizministeriums gegenüber den Staatsanwaltschaften abschaffen. Unsere Politik hat die Sicherheitsstrukturen in den letzten Jahren gezielt gestärkt. Wir haben massiv in Polizei, Justiz und

Begründung

Der EuGH kritisiert seit Jahren die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften in Deutschland als potenzielles Einfallstor für politische Einflussnahme (vgl. bspw. https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/eugh-urteilt-deutsche-staatsanwaltschaft-nicht-unabhaengig). Diese Konstruktion stellt insbesondere dann eine erhebliche Gefahr u. A. für Medienschaffende da, sobald antidemokratische Kräfte in einem Bundesland den Justizminister stellen, wie es ab den kommenden Landtagswahlen in Ostdeutschland der Fall sein könnte. Dies könnte bspw. zu Ermittlungen gegen unliebsame Journalisten führen. Hierfür gab es mit den Durchsuchungen bei Radio Dreyeckland in Baden-Württemberg bereits einen Präzedenzfall (siehe https://freiheitsrechte.org/themen/demokratie/radio_dreyeckland). Unser Land sollte daher mit gutem Beispiel vorangehen und das Weisungsrecht der Justizministerien endlich abschaffen, so wie vom EuGH gefordert.

PRO-5-416

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Demokratie, Recht und innere Sicherheit
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 416 bis 418 löschen:
~~Wir werden neue Kriminalitätsformen entschlossen bekämpfen und sorgen für sichere öffentliche Räume für jede*n. Dabei ist ein besserer Schutz von Frauen vor Gewalt für uns besonders wichtig.~~

Begründung

Es ist nicht klar, was „neue Formen der Kriminalität“ sein sollen. Im folgenden Satz geht es um Gewalt gegen Frauen – das ist jedoch keine neue Kriminalitätsform sondern eher eine der ältesten Formen der Gewaltausübung überhaupt. Zudem ist der unsicherste Ort für Frauen nachweislich nicht der öffentliche sondern der soziale Nahraum – also innerhalb der eigenen Familie bzw. (Ex-)Partnerschaft (vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte (2024): Monitor Gewalt gegen Frauen. Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland. Erster Periodischer Bericht. S 86). Weiterhin erschließt sich kein sachlicher Zusammenhang der beiden Sätze mit den darauf folgenden Absätzen. Es geht dort nicht um Gewalt gegen Frauen – dazu gibt es an anderer Stelle einen Absatz. Insofern können diese Sätze gestrichen werden, ohne dass dem Wahlprogramm wichtig Inhalte verloren gehen.

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Weitere_Publikationen/Monitor_Gewalt_gegen_Frauen.pdf

PRO-5-417

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 416 bis 418 einfügen:
Wir werden neue Kriminalitätsformen entschlossen bekämpfen und sorgen für sichere öffentliche Räume für jede*n. Dabei ist ein besserer Schutz von Frauen, Kindern, Jugendliche und queeren Menschen vor Gewalt für uns besonders wichtig.

Begründung

Auch Kinder und queere Menschen sind verstärkt Gewaltopfer und bedürfen eines besonderen Schutzes.

PRO-5-423

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 422 bis 424 einfügen:
organisierte Kriminalität besser bekämpfen zu können. Wir wollen die Finanzermittlungen im Zusammenhang mit Drogenkriminalität, schwerer Steuerbetrug wie z.B. Cum Ex und Cum Cum sowie Geldwäsche verstärken. Um das volle Potenzial im Kampf gegen komplexe

Begründung

Die Steuergelder, die durch Cum-Ex- oder Cum-Cum-Geschäfte verloren gehen sind exorbitant und bedürfen ebenso verstärkter Ermittlungen.

PRO-5-438

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2015

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 437 bis 439 einfügen:
Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen setzen und die mobile Jugendarbeit noch weiter in die Fläche bringen. Neben der Mobilen Jugendarbeit sehen wir eine ausreichende Offene Jugendarbeit, gute ausgestattete Jugendhäusre als zentrales Mittel um Jugendliche aufzufangen und sie mit nachhaltig starken sozialen Strukturen in ihrem Leben zu stärken. Dafür unterstützen wir die Kommunen bei der Finanzierung einer bedarfsgerechten offenen Jugendarbeit. Mit Jugendhäusern, die auch in den Abendstunden offen bleiben, eine ausreichende Personalausstattung haben und eine echte Anlaufstelle für Junge Menschen bleiben. Die Häuser des Jugendrechts werden weiter ausgebaut. Ziel muss weiter sein, in jedem Landgerichtsbezirk ein Haus des

Begründung

Jugendkriminalität bekämpft man mit Beschäftigung und einem starken sozialen Umfeld für Junge Menschen. Dabei ist die Mobile Jugendarbeit und Streetworker*innen sehr zentral. Ein weiteres wichtiges Feld ist die klassische offen Jugendarbeit, Jugendhäuser und Anlauftsellen für junge Menschen. Wenn ein Jugendhaus aus finanziellen Gründen oder wegen Personalmangel geschlossen wird, lässt sich nicht selten eine erhöhte Jugewndkriminalität feststellen. Andersrum lassen sich viele Straftaten gerade in den Abendstunden vermeiden, wenn Jugendliche auch in Abendstunden in ausreichend finanzierten Jugendhäusern bleiben können.

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 443 bis 447:
~~Orte der Jugendkriminalität brauchen eine gezieltere Polizeipräsenz und Sichtbarkeit des Staates. Jugendstrafen müssen auf den Fuß folgen. Die Standorte der Jugendarrestanstalten in Rastatt und Göppingen werden wir erhalten, die erzieherischen Ressourcen in der Jugendvollzugsanstalt in Adelsheim erheblich besser ausstatten.~~

Freiheitsstrafen sind kein effektives Mittel für die Bekämpfung von Jugendkriminalität. Es braucht stattdessen mehr Jugendhilfe, um der Kriminalität von Jugendlichen effektiv und präventiv zu begegnen. Wir werden zudem die Versorgung mit Kinder- und Jugendpsychiater*innen sowie -psycholog*innen, mit Kinder- und Jugendpsychiatrieplätzen sowie geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen ausbauen, da diese weitaus effektiver sind als der Jugendstrafvollzug. Dort, wo eine Freiheitsstraße unumgänglich ist, wollen wir bevozugt alternative Formen des Vollzugs wie den offenen Vollzug oder den Wohngruppenvollzug prüfen.

Begründung

Wissenschaft, Justiz, Polizei und Jugendhilfe sind sich einig, dass die Reaktion mit Freiheitsstrafen deutlich weniger effektiv ist als ein präventiverer Ansatz durch Jugendhilfe, psychologische und psychiatrische Betreuung. Insbesondere die Rückfallquote nach der Inhaftierung ist bei Jugendlichen (wie auch bei Erwachsenen) konstant hoch - Jugendkriminalität endet somit nur in den seltensten Fällen mit einer Freiheitsstrafe. Hinzu kommt eine starke Stigmatisierung von Menschen, die eine Freiheitsstraße verbüßt haben und die Resozialisierung von Jugendlichen zusätzlich erschwert. Nicht zuletzt sind Freiheitsstrafen eine hohe finanzielle Belastung für den Landeshaushalt. Wir erkennen die Erkenntnisse dieser Expert*innen an und richten unsere Politik danach aus. In der Arbeit mit kriminellen Jugendlichen steht für uns der Erziehungsgedanke und die Resozialisierung im Fokus und nicht der der Strafe.

Unterstützer*innen

Julia Ines Link (KV Stuttgart)

PRO-5-444

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Marilena Geugjes (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 443 bis 447 einfügen:
Orte der Jugendkriminalität brauchen eine gezieltere Polizeipräsenz und Sichtbarkeit des Staates. Jugendstrafen müssen auf den Fuß folgen. Dafür setzen wir auf die Häuser des Jugendrechts. Die Standorte der Jugendarrestanstalten in Rastatt und Göppingen werden wir erhalten, die erzieherischen Ressourcen in der Jugendvollzugsanstalt in Adelsheim erheblich besser ausstatten. Denn die Wiederinhaftierungsquote bei straffällig gewordenen Jugendlichen, die eine Gefängnisstrafe absitzen mussten, beträgt z.B. in der JVA Adelsheim knapp 64 Prozent. Teilweise werden auch Jugendliche inhaftiert, die eigentlich in einer geschlossenen psychiatrischen Einrichtung untergebracht werden sollten. Von solchen Plätzen in der Jugendforensik gibt es aktuell in Baden-Württemberg noch viel zu wenige, obwohl die Erfolgsquote für Jugendliche, nach ihrem Aufenthalt in ein geregeltes Leben zurückzukehren, hier deutlich besser ist als in einer JVA. In diesem Punkt sind sich Justiz, Polizei, Jugendhilfe und Wissenschaft einig.

Begründung

Gefängnisstrafen sind kein effektives Mittel für die Kriminalitätsbekämpfung bei Jugendlichen. Nur zehn Prozent der jugendlichen Strafgefangenen in der JVA Adelsheim werden nach ihrer abgesessenen Gefängnisstrafe NICHT noch einmal verurteilt, 64% werden sogar ein weiteres Mal inhaftiert. Zudem kann der Jugendstrafvollzug schon heute - in der aktuellen Ausgestaltung - nicht den Wohngruppenvollzug bieten, der eigentlich als Regelform vorgesehen ist.
Nicht erst seit Corona mangelt es dramatisch an Kinder- und Jugendpsychiater*innen, -psycholog*innen, Kinder- und Jugendpsychiatrieplätzen sowie geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen. Hier sind sich Wissenschaft, Justiz, Polizei und Jugendhilfe einig: Ein Ausbau an diesen Stellen, die eine weitaus höhere Effektivität aufweisen als der Jugendstrafvollzug, wäre der zentrale Schlüssel bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität. Hierauf sollte das Land Baden-Württemberg auch in Hinblick auf den nächsten Haushalt einen klaren Fokus legen. Teilweise werden Jugendliche in einer JVA inhaftiert, weil es keinen anderen Ort gibt, wo sie untergebracht werden können.

Unterstützer*innen

Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Thomas Hentschel (KV Rastatt/ Baden-Baden); Colin Christ (KV Heilbronn); Hartmut Schwendemann (KV Ortenau); Sarah Hagmann (KV Lörrach); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg); Finn Schwarz (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann

(KV Tübingen); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Armin Bohnert (KV Freiburg); Saskia Frank (KV Konstanz); Raoul Genick (KV Rastatt/Baden-Baden); Richard Langer (KV Tübingen); Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Julian Sanwald (KV Heidelberg); Felix Grädler (KV Heidelberg); Maximilian Himberger (KV Kurpfalz-Hardt); Viktoria Lindl (KV Stuttgart)

PRO-5-447

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 447 einfügen:
Initiativen zur Prüfung einer Senkung der Strafmündigkeit für Minderjährigen lehnen wir ab.

Begründung

Die CDU-Justizministerin Gentges will eine Senkung der Strafmündigkeit. Damit ist sie in der Justizminister*innen-Konferenz der Länder gescheitert. Diesen Monat wurde seitens der Landtagsfraktion der CDU eine Anhörung dazu angesetzt:

https://www.instagram.com/p/DQuJjrQDSDd/?img_index=3

Das Thema ist also noch nicht durch, und sollte von uns proaktiv angegangen werden. Wir geben mit unserem Wahlprogramm eine bessere Antwort wie wir mit Jugendlichen die mit dem Gesetz in Konflikt geraten umgehen wollen: Helfen und unterstützen, statt reines bestrafen.

PRO-5-461

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Armin Bohnert (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 460 bis 466:

Wir setzen auf eine Polizei, die ~~noch stärker präsent ist, wo sie gebraucht wird: im Alltag der Menschen, auf den Straßen, in den Stadtteilen. Dafür stärken wir gezielt die Polizeipräsenz vor Ort. Wir entlasten Beamt*innen bei der Büroarbeit, damit mehr Zeit bleibt für den Einsatz an den Orten, wo Sicherheit konkret spürbar wird.~~dann präsent ist, wenn die Menschen sie braucht. Dafür stärken wir gezielt die Verfügbarkeit der Polizei indem wir die Beamt*innen bei der Büroarbeit entlasten. Dadurch erreichen wir kürzere Reaktionszeiten und mehr Zeit für den Einsatz vor Ort, damit mehr Sicherheit auch spürbar wird. An Kriminalitätsschwerpunkten setzen wir auf ein starkes Quartiersmanagement – sowohl vor Ort als auch digital, etwa in sozialen

Begründung

Wie schon andere Antragssteller*innen ausführlich begründet haben, ist es nicht die Präsenz der Polizei, sondern schnelle Reaktions/Interventionszeiten vergleichbar mit dem Rettungsdienst. Darauf sollte der Schwerpunkt gelegt werden. Dies erreicht man, neben ausreichend Personal mit einer Verschlankung der Prozesse, vulgo weniger Büroarbeit.

Unterstützer*innen

Hartmut Schwendemann (KV Ortenau); Rüdiger Schilling (KV Pforzheim und Enzkreis); Finn Schwarz (KV Tübingen); Colin Christ (KV Heilbronn); Wolfgang Mössinger (KV Ortenau); Domenic Markus Preukschas (KV Ortenau); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Florian Große (KV Freiburg); Lea Elsemüller (KV Tübingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Sebastian André Grässer (KV Ettlingen); Theresa Fidusek (KV Heidelberg); Tim Bühler (KV Stuttgart); Julia Uebele (KV Göppingen); Patrick Bäzner (KV Pforzheim und Enzkreis); Jan Marczona (KV Stuttgart); Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Nick Marx (KV Karlsruhe)

PRO-5-462

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Demokratie, Recht und innere Sicherheit
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 461 bis 464:
Wir setzen auf eine Polizei, die noch stärker präsent ist, wo sie gebraucht wird: im Alltag der Menschen~~, auf den Straßen, in den Stadtteilen~~. Dafür stärken wir ~~gezielt~~ die ~~Polizeipräsenz vor Ort~~Verfügbarkeit der Polizei, sodass sie schnell da ist. Wir entlasten Beamt*innen bei der Büroarbeit, damit mehr Zeit bleibt für den Einsatz an den Orten, wo Sicherheit

Begründung

Mehr Polizeipräsenz auf den Straßen führt nachweislich nicht automatisch zu mehr Sicherheit und erhöht auch nicht das Sicherheitsgefühl. Das hat eine aufwendige, experimentelle Studie der Universität Gießen ergeben. Ein Ergebnis der Studie war ebenfalls, dass dies nicht an mangelndem Vertrauen in die Polizei liegt.

Studienautor Tim Pfeiffer sagte dazu beispielsweise dem Behördenspiegel: „[M]it Blick auf das von uns konkret verwendete Untersuchungsdesign lässt sich die Aussage, dass mehr Polizeipräsenz automatisch für ein besseres Sicherheitsgefühl sorgt, nicht bestätigen. Im Gegenteil. Wir mussten feststellen, dass eine Erhöhung der polizeilichen Präsenz im öffentlichen Raum, d.h. auf Straßen und öffentlichen Plätzen, in Wohngebieten, an Angstorten und Kriminalitätsschwerpunkten, zu einer Verringerung des Sicherheitsgefühls bzw. zu einer Steigerung des Unsicherheitsgefühls führen kann. Und das obwohl sich in der Regel zwei Drittel der Menschen mehr sichtbare Polizeipräsenz wünschen. Erscheint die Polizei jedoch an einem Ort, wird schnell angenommen, dass etwas passiert ist oder dass der Ort, an dem man sich befindet, so unsicher ist, dass die Polizei regelmäßig kommen muss. Gleichwohl heißt das nicht, dass Polizeipräsenz generell unwirksam ist. Vielmehr zeigt unsere Studie, dass Polizeipräsenz nicht das Universalmittel ist, für das sie so lange gehalten wurde und mit dem man nur allzu oft reflexartig auf Problemlagen reagiert, von denen man gar nicht weiß, ob eine erhöhte Polizeipräsenz überhaupt das Mittel der Wahl ist. Unsere Untersuchung belegt, dass Polizeipräsenz eine wertvolle Ressource ist, die dort eingesetzt werden sollte, wo sie den gewünschten Effekt erzielt.“ (https://www.behoerden-spiegel.de/2024/05/28/sicherheitsgefuehl-schaffen-aber-wie/; etwas kompakter auch hier: https://www.deutschlandfunkkultur.de/mehr-polizeipraesenz-weniger-sicherheit-dlf-kultur-d8e37a47-100.html)

Wir halten es daher für relevanter, dass die Polizei verlässlich erreichbar ist, wenn man sie braucht, als dass sie besonders sichtbar im öffentlichen Raum ist. Auch dafür muss sie natürlich die entsprechenden Zeit- und Personalressourcen haben, die in der Folge gefordert werden.

PRO-5-466

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ines Link (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 465 bis 469:
konkret spürbar wird. An Kriminalitätsschwerpunkten setzen wir auf ein starkes Quartiersmanagement ~~– sowohl vor Ort als auch digital, etwa in sozialen Netzwerken, um beispielsweise der Radikalisierung von Jugendlichen frühzeitig entgegenzuwirken.~~ Wir schaffen die Finanzierungsgrundlage für Einsatz- und Ermittlungsassistenzen für die Schutz- und Kriminalpolizei. Mit einem

Begründung

An beinahe allen Stellen des Wahlprogramms, wo es um Formen von Kriminalität oder sonstiger Delinquenz geht, müssen stets Jugendliche als Beispiel für das Problem her halte. Dieser einseitig negative Blick auf Jugend ist weder sachgerecht noch fair – gerade gegenüber einer Generation von Jugendlichen, der ohnehin viel zugemutet wird. Zudem ist nicht klar, was digitales Quartiersmanagement sein soll.

Unterstützer*innen

Rüdiger Schilling (KV Pforzheim und Enzkreis); Colin Christ (KV Heilbronn); Thomas Gönner (KV Stuttgart); Hartmut Schwendemann (KV Ortenau); Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Julia Uebele (KV Göppingen); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jan Marczona (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Laura-Luise Hammel (KV Esslingen)

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Hartmut Schwendemann (KV Ortenau)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 480 bis 482 einfügen:
Leistung, Erfahrung und Kompetenz orientieren – nicht an formalen Zugangsvoraussetzungen. Deshalb soll der Zugang zum Polizeiberuf auch weiterhin mit einem mittleren Bildungsabschluss möglich sein. Wer Tag und Nacht für die Sicherheit im Land sorgt, verdient echte Wertschätzung, auch in der Besoldung. Mit einer zweigeteilten

Begründung

Gerade in Zeiten, in denen die Bildungsungerechtigkeit zunehmen kann, dürfen wir nicht diejenigen ausgrenzen, die vielleicht keinen höheren Schulabschluss haben, aber dafür umso mehr Einsatz für unsere Gesellschaft zeigen. Es gibt viele engagierte Menschen mit einem mittleren Bildungsabschluss, die bereit sind, für Recht, Gerechtigkeit und unsere Demokratie einzustehen. Der Polizeiberuf ist ein Erfahrungsberuf, und demokratische Werte lernt man nicht allein durchs Abitur, sondern durch Haltung und Engagement. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch Menschen mit einem mittleren Bildungsabschluss den Zugang offenhalten und sie nicht zusätzlich ausschließen. So schaffen wir eine vielfältige und motivierte Polizei, die unsere Gesellschaft widerspiegelt.

Unterstützer*innen

Sylvia Schmieder (KV Ortenau); Colin Christ (KV Heilbronn); Armin Bohnert (KV Freiburg); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Bianca Schwendemann (KV Ortenau); Domenic Markus Preukschas (KV Ortenau); Birgit Kasper (KV Ortenau); Stefanie Ziehms (KV Ortenau); Wolfgang Mössinger (KV Ortenau); Verena Mellert (KV Ortenau); Monika Luxem-Fritsch (KV Ortenau); Andreas Durban (KV Ortenau); Ann-Margret Amui-Vedel (KV Ortenau); Daniel Biallas (KV Ortenau)

PRO-5-493

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 492 bis 494:
Gewaltmonopol auszuüben. Damit geht eine sehr große Verantwortung einher. Nicht jeder~~r~~*r kann diesen Beruf ausüben. Nicht jeder~~r~~*r sollte diesen Beruf ausüben. Es ist unsere Pflicht, hohe Anforderungen an diejenigen zu stellen, die im Auftrag des

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Werner Korn (KV Ulm); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Oliver Hildenbrand (KV Stuttgart); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Thomas Pittalis (KV Bodenseekreis); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Sabine Zilligen (KV Schwäbisch Gmünd); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen)

PRO-5-497

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 496 bis 499:
Jede*r muss sich ohne Angst an die Polizei wenden können. Polizeiliches Fehlverhalten muss lückenlos aufgeklärt und konsequent aufgearbeitet werden. ~~Das Amt der*s Polizeibeauftragten werden~~Hierfür setzten wir ~~stärken und seine Rechte erweitern~~uns für die Schaffung einer unabhängigen, polizeiexternen Beschwerdestelle mit Ermittlungskompetenzen ein. Da sich Menschen mit geringer Beschwerdemacht nur seltener an Beschwerdestellen wenden muss es zusätzlich eine möglichst niedrigschwellige Öffentlichkeitsarbeit geben, die Hürden gezielt abbaut.

Begründung

In Baden-Württemberg gibt es seit 2016 die Stelle der Bürgerbeauftragten mit einer Zuständigkeit der Polizei. Allgemein soll der/die Bürgerbeauftragte eine Mediation zwischen Verwaltung und Bürger*innen ermöglichen, im Fall von Missverständnissen zwischen diesen Parteien. Bei dieser Stelle können also auch Beschwerden über Diskriminierung durch die Polizei eingereicht werden, jedoch dient der/die Bürgerbeauftragte nicht, um diese Fälle effektiv zu verfolgen und aufzuarbeiten, das bisherige Prinzip der bloßen Mediation reicht nicht aus. Zusätzlich darf die Beschwerdestelle in Baden-Württemberg nicht tätig werden, wenn Polizei und Staatsanwaltschaft bereits ermitteln und auch laufende Untersuchen müssen vorläufig beenden, sobald ein Straf- oder Disziplinarverfahren angestoßen wird. Die Beschwerdestelle muss parallel tätig werden dürfen.

Zudem werden häufiger Formen von Armutskriminalität erfasst, als Formen der Kriminalität durch höhere Schichten und Klassen, diesem Ungleichgewicht muss entgegengewirkt werden. Hinzu kommt, dass sich Menschen mit geringer Beschwerdemacht, wie beispielsweise Obdachlose oder Menschen mit Kommunikationsschwierigkeiten nur selten an die Beschwerdestellen werden. Bildung, Schichtzugehörigkeit, ökonomische Ressourcen und individuelle Disposition haben einen erheblichen Einfluss auf eine Einleitung oder eben keine Einleitung eines Beschwerdeverfahrens. Die Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerbeauftragten bzw. einer Polizeibeschwerdestelle in Baden-Württemberg muss möglichst niedrigschwellig sein und auch Menschen mit geringer Entscheidungsmacht erreichen.

Unterstützer*innen

Cornelius Klodt (KV Tübingen); Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Lena Cannistra-Arzner (KV Ettlingen); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Birgit Gerhard-

Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Antonia Kind (KV Ulm); Finn Schwarz (KV Tübingen); Jaron Immer (KV Reutlingen); Malte Jonas Wörner (KV Aalen-Ellwangen); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Sven Koopmann (KV Karlsruhe); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Florian Bieck (KV Freiburg); Richard Langer (KV Tübingen); Dorothea Biersack (KV Tübingen)

PRO-5-498

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 497 bis 499 einfügen:
Fehlverhalten muss lückenlos aufgeklärt und konsequent aufgearbeitet werden. Das Amt der*s Polizeibeauftragten werden wir stärken und seine Rechte erweitern. Darüber hinaus braucht es eine standardisierte Erfassung rassistischer Verdachtsfälle durch und innerhalb des polizeilichen Systems, um diskriminierende Strukturen sichtbar zu machen und gezielte Gegenmaßnahmen, von denen insbesondere auch von Diskriminierung betroffene Polizist*innen profitieren, entwickeln zu können. Unser Ziel ist, dass die Polizei die Vielfalt unseres Landes widerspiegelt –

Begründung

Aktuell gibt es nur wenige zahlen zu struktureller Diskriminierung in und durch die Polizei in Baden-Württemberg. Um institutionalisierte Diskriminierung effektiv zu bekämpfen, muss eine standardisierte Erfassung von rassistischen Verdachtsfällen unter Polizeibeschäftigten in Baden-Württemberg eingeführt werden.

Unterstützer*innen

Hosea Ndaula (KV Stuttgart); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Lena Cannistra-Arzner (KV Ettlingen); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Antonia Kind (KV Ulm); Finn Schwarz (KV Tübingen); Jaron Immer (KV Reutlingen); Malte Jonas Wörner (KV Aalen-Ellwangen); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Florian Bieck (KV Freiburg); Richard Langer (KV Tübingen); Dorothea Biersack (KV Tübingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Fabian Buck (KV Tübingen)

PRO-5-500

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	OV Vorstand Waiblingen-Korb
Beschlussdatum:	13.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 499 bis 507:
Unser Ziel ist, dass die Polizei die Vielfalt unseres Landes widerspiegelt – insbesondere auch in Führungspositionen.

~~Gerade im Bereich der Sicherheitsbehörden erfordert die geopolitische Gesamtlage eine zunehmende europäische Eigenständigkeit. Wir Grüne streben auch für IT-Produkte im Sicherheitsbereich digitale Souveränität an. Dieses Ziel wollen wir mit Know-how aus Baden-Württemberg erreichen. Spätestens bis zum Jahr 2030 muss eine verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform von europäischen Unternehmen bereit stehen, auf die unsere Sicherheitsbehörden umsteigen können.~~

Wir treten auch bundesweit für digitale Souveränität, Transparenz und Grundrechtschutz bei der Nutzung staatlicher IT-Systeme ein. Deshalb stellen wir uns gegen den Einsatz von Produkten des US-Unternehmens Palantir in der öffentlichen Verwaltung. Gerade im Bereich der Sicherheitsbehörden erfordert die geopolitische Gesamtlage eine zunehmende europäische Eigenständigkeit. Datenschutzkonforme verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattformen für die Polizei müssen von europäischen Unternehmen bezogen werden. Bereits bestehende Verträge mit dem US-Unternehmen Palantir sind zu beenden.

Begründung

Der Investor und Miteigentümer Peter Thiel, ein öffentlich bekennender Anti-Demokrat und enger Berater von Donald Trump, ist mitverantwortlich für die Zerstörung der regelbasierten Weltordnung und des Rechtsstaates in den USA. Er hält Demokratien für ungeeignet, um technische Innovationen voranzubringen. Software von Palantir Technologies Inc. einzusetzen heißt, sich voneinem privaten Unternehmen abhängig zu machen, dass gezielt auf Intransparenz, Machtkonzentration und politische Einflussnahme setzt.

Die Software Gotham wurde von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanziert und wird z.Z. wesentlich wesentlich für die Ausweisungspolitik der Administration Trump eingesetzt. Viele kommunale Polizeibehörden in den USA haben sich von Gotham wg. zu hoher Kosten und „racial profiling“ wieder verabschiedet. Mit den Optionen, die diese Software nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes und vieler Expert:innen bietet, ist nicht nur eine grundgesetzwidrige unverhältnismäßige Überwachung der Bürgerinnen und Bürger möglich, sondern auch ein, den europäischen Datenschutz verletzender, unkontrollierbarerDatenabfluss in die USA. Ein mit der Europäischen Datenschutzgrundverordnung konformer Einsatz dieser Software ist angesichts des

US Cloud Acts nicht möglich. Palantir Technologies Inc ist nicht dem „Privacy Shield“ – einer Datenschutzvereinbarung zwischen der EU und den USA zur Datenübermittlung von Europa in die USA - beigetreten. Der Cloud Act verpflichtet alle amerikanischen Unternehmen weltweit, auch personenbezogene Daten von Nicht-Amerikaner:innen, die außerhalb der USA gespeichert sind, den US-Geheimdiensten zur Verfügung zu stellen.

Auch praktisch ist der Einsatz von Gotham hochproblematisch. Der Quellcode ist nicht offen, der Betrieb kann nur unter Mitwirkung von Palantir-Mitarbeitenden erfolgen – eine dauerhafte Abhängigkeit von einem US-Konzern wäre die Folge. Lizenzentzug, fehlende Sicherheitsupdates oder technische Manipulationen könnten die Funktionsfähigkeit der Polizei jederzeit gefährden.Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 16. Februar 2023 unmissverständlich dargelegt, dass der Einsatz von Software zur automatisierten Datenanalyse eine besonders eingriffsintensive Maßnahme darstellt, die strengen rechtlichen Voraussetzungen unterliegt. Zudem ist es nach Art. 5 Abs.1 der europäischen KI-Verordnung verboten, das zukünftige kriminelle Verhalten einer Person oder Personengruppe vorherzusagen. Genau das möchte erklärterweise Palantir mit der Software Gotham erreichen.

Die Anschaffung einer Software zur automatischen Datenanalyse für die Polizei muss öffentlich ausgeschrieben werden, mit dem Ziel, eine geeignete europäische Lösung zu fördern und zu finden. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, das Vertragsverhältnis zu beenden und Gotham nicht einzusetzen. Wir erwarten, dass auch jede Übergangslösung mit Palantir Technologies Inc. abgelehnt wird. Wir wollen diesem amerikanischen Unternehmen keine weiteren Wettbewerbsvorteile gegenüber europäischen Unternehmen verschaffen – schon gar nicht 5 Jahre lang. Stattdessen erwarten wir eine Sicherheitsarchitektur, die, wie im Juni 2025 von der Innenministerkonferenz formuliert, auf europäischer Technologie, rechtsstaatlichen Prinzipien und echter digitaler Souveränität basiert. Diese fordert, dass „die Fähigkeit der automatisierten Datenanalyse als ein

Schlüsselelement der künftigen digitalen Sicherheitsinfrastruktur hinsichtlich Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Integrität und ihrer Rechtskonformität keiner strukturellen Einflussmöglichkeit durch außereuropäische Staaten ausgesetzt sein darf.“1

Leistungsfähige Anbieter sind vorhanden und europäische Unternehmen oder Unternehmenskonsortien – auch aus Baden-Württemberg - haben bereits öffentlich ihr Interesse bekundet.

1 https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/2025-06-13_DOK/beschl%C3%BCsse.pdf?__blob=publicationFile&v=1&utm.

PRO-5-501

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Oliver Hildenbrand (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 500 bis 502 einfügen:
insbesondere auch in Führungspositionen.

Wir machen uns stark für eine wertegeleitete Polizeikultur. Die Handlungsempfehlungen des Untersuchungsausschusses „Inspekteur der Polizei und Beförderungspraxis“ und der Stabsstelle für moderne Führungs- und Wertekultur werden wir konsequent umsetzen. Der Schutz vor sexualisierter Gewalt steht dabei für uns weiterhin besonders im Fokus. Wir werden eine unabhängige Forschungseinrichtung damit beauftragen, das Ausmaß sexualisierter Gewalt in den Landesbehörden wissenschaftlich zu untersuchen und bestehende Dunkelfelder zu beleuchten.

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Florian Bieck (KV Freiburg); Thomas Gönner (KV Stuttgart); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Tim Bühler (KV Stuttgart); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Rosa Valerie Buss (KV Konstanz); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Katharina Mohrmann (KV Freiburg); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Jonathan Ebert (KV Heilbronn); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Maximilian Liesegang (KV Karlsruhe); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen)

PRO-5-504

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales & Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 503 bis 507:
eine zunehmende europäische Eigenständigkeit. Wir Grüne streben auch für IT-Produkte im Sicherheitsbereich digitale Souveränität an. ~~Dieses Ziel wollen wir mit Know-how aus Baden-Württemberg erreichen. Spätestens bis zum Jahr 2030 muss eine verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform von europäischen Unternehmen bereit stehen, auf die unsere Sicherheitsbehörden umsteigen können.~~Erweiterte Überwachungsbefugnisse zugunsten der Sicherheit sollten immer mit vollster Transparenz für Bürger*innen einhergehen – andernfalls sinkt das Vertrauen in den Staat. Diese Transparenz gilt es nun bei der Beschaffung einer europäischen Alternative zu Gotham zu erreichen. Das Ziel ist klar: Bis spätestens 2030 muss eine Alternative bereitstehen, da der Vertrag mit Palantir nicht verlängert wird. Jetzt übernehmen wir Verantwortung und gestalten den Weg dorthin. Ein notwendiger Schritt hierfür ist die Veröffentlichung eines Anforderungskatalogs, welcher es allen Interessierten ermöglicht, die Alternativen zu Gotham zu vergleichen. Die Polizei kann ihren Bedarf klar kommunizieren, während Unternehmen ihre Lösungen anfertigen und Landesregierung, Zivilbevölkerung, Journalist*innen sowie NGOs den Prozess begleiten können. Wir fordern anschließend die Ausschreibung für eine europäische, verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform. Nur dadurch können wir gewährleisten, dass die preisgünstigste Variante beschafft wird und Unternehmen – auch die mit vergleichbarer Software aus Baden-Württemberg – eine transparente Möglichkeit bekommen, ihre Lösung der Polizei anzubieten. Wir erkennen dabei an, dass die Transparenz und digitale Souveränität am höchsten sind, wenn das neue System möglichst viele Komponenten als Open Source Software nutzt oder als Open Source Projekt entwickelt wird, und machen uns deshalb dafür stark, das als Kriterium in der Ausschreibung aufzunehmen.

Begründung

Im Entschließungsantrag mit der Drucksache 17/9806 hat sich die Landesregierung darauf verständigt, Maßnahmen zu ergreifen, um bis spätestens 2030 eine Alternative zur Software Gotham des US-Konzerns Palantir für die Polizei bereitzustellen. Das Ziel ist damit klar formuliert, der Weg dorthin bedarf jedoch noch der Klärung. Bei der Beschaffung von Gotham seitens des Innenministeriums mangelte es an Transparenz. Diese ist jedoch von größter Bedeutung bei kritischer Infrastruktur, welche mit hochsensiblen Daten arbeitet und bei der ein stark umstrittenes Unternehmen die Lösung anbietet. Ein intransparentes Vorgehen schürt dabei Misstrauen der Bürger*innen gegenüber dem Staat – aber auch bei anderen Unternehmen, die vergleichbare Systeme anbieten, sorgte das Vorgehen für Unverständnis. Als Partei, die sich seit jeher für die

Wahrung von Freiheitsrechten der Bürger*innen im digitalen Raum und für den Datenschutz stark macht, müssen wir dem Entschließungsantrag nun Taten und Transparenz folgen lassen.

PRO-5-507

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Sebastian Rössler (KV Odenwald-Kraichgau)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 506 bis 507 einfügen:
eine verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform von europäischen Unternehmen bereit stehen, die grundgesetzkonform und mit bestehenden Datenschutzregeln vereinbar ist, auf die unsere Sicherheitsbehörden umsteigen können. Eine Verlängerung der Nutzung der Software Palantir Gotham über das Jahr 2030 hinaus wird es mit uns nicht geben. Im Bund werden wir uns entschieden dafür einsetzen, dass bei der Auswahl einer verfahrensübergreifenden Recherche- und Analysepalttform ausschließlich europäische Software in Betracht gezogen wird.

Begründung

Eine möglichst klare und eindeutige Positionierung ist inbesondere aufgrund der komplexen Ausgangslage unbedingt nötig. Dieser Änderungsantrag soll sicherstellen, dass wir in unserem Wahlprogramm eine solche klare Position gegenüber unseren Wähler:innen kommunizieren.

Unterstützer*innen

Stephan Orzada (KV Odenwald-Kraichgau); Karlheinz Agsteiner (KV Odenwald-Kraichgau); Rainer Orzada (KV Odenwald-Kraichgau); Lucas Tietz (KV Odenwald-Kraichgau); Markus Palme (KV Odenwald-Kraichgau); Eva Blum (KV Pforzheim und Enzkreis); Patrick Bäzner (KV Pforzheim und Enzkreis); Ralf Gerst (KV Pforzheim und Enzkreis); Aidan Zimmer (KV Odenwald-Kraichgau); Anna Saar (KV Odenwald-Kraichgau); Tobias Blum (KV Pforzheim und Enzkreis); Anna Haraldsson (KV Odenwald-Kraichgau); Tanja Geuder (KV Odenwald-Kraichgau); Nick Marx (KV Karlsruhe); Andreas Karch (KV Karlsruhe); Peter Neubauer (KV Odenwald-Kraichgau); Thomas Dräbing (KV Odenwald-Kraichgau); Hermino Katzenstein (KV Odenwald-Kraichgau); Torsten Kamenz (KV Odenwald-Kraichgau)

PRO-5-518

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 518 bis 532:

~~Eine unabhängige und leistungsfähige Justiz ist das Rückgrat und der Grundpfeiler unseres Rechtsstaats, unserer Demokratie und Garant für das Vertrauen der Bürger*innen in staatliches Handeln. Daher wollen wir die Gerichte und Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg personell, technisch und organisatorisch besser ausstatten. Damit sie ihre Aufgaben zügig, effizient und bürgernah erfüllen können. Dazu muss auch die hohe Arbeitsbelastung vieler Justizangehöriger verringert werden. Daher wollen wir die Digitalisierung der Justiz im Land weiter vorantreiben, die Nachwuchsgewinnung und Fortbildung an der Justizakademie Baden-Württemberg stärken und moderne Arbeitsstrukturen fördern. Wir wollen die Justiz daher mit klugen KI-Lösungen zur Arbeitserleichterung unterstützen. Berufseinsteiger*innen wollen wir durch attraktive Rahmenbedingungen gewinnen, beispielsweise durch die Erhöhung der Einstiegsbesoldung. Wir stehen für eine Justiz, die unabhängig urteilt, zügig handelt und allen Menschen im Land den gleichberechtigten Zugang zum Recht sichert.~~

Eine unabhängige und leistungsfähige Justiz ist das Rückgrat und der Grundpfeiler unseres Rechtsstaats und unserer Demokratie sowie Garant für das Vertrauen der Bürger*innen in staatliches Handeln. Daher werden wir die Gerichte und Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg personell, technisch und organisatorisch besser ausstatten, damit sie ihre Aufgaben zügig, effizient und bürgernah erfüllen können.

In diesem Zuge werden wir die Digitalisierung der Justiz im Land weiter vorantreiben. Dazu gehören State-of-the-art-KI-Lösungen zur Unterstützung der Entscheidenden und eine Ausstattung mit WLAN in allen Dienstgebäuden. Die Performance der bestehenden IT-Systeme ist weiter zu verbessern.

Mit den Mitteln des Rechtsstaatspakts werden wir zusätzliche Stellen schaffen, um der hohen Arbeitsbelastung vieler Justizangehöriger entgegenzuwirken und Verfahren zu beschleunigen. Wir wollen prüfen, ob ein eigenständiges, von der Beamtenbesoldung abgekoppeltes Vergütungssystem eingeführt wird, um die Justiz im Wettbewerb um die besten Köpfe nicht weiter zu benachteiligen.

Berufseinsteiger*innen wollen wir durch attraktive Rahmenbedingungen gewinnen, beispielsweise durch die Erhöhung

(insbesondere, aber nicht nur)

der Einstiegsbesoldung

und durch die Berücksichtigung einer Assessoren-Entlastung bei der Personalbedarfsbemessung Pebb§y.

Wir stehen für eine Justiz, die unabhängig urteilt, zügig handelt und allen Menschen im Land den gleichberechtigten Zugang zum Recht sichert.

Wir möchten daher, dass für die Justiz nur verfassungstreue Menschen arbeiten – das beginnt schon im Referendariat.

Begründung

An dieser Stelle des Programms geht es um die Justiz als Institution. Die Justiz ist der wesentliche Pfeiler des Rechtsstaats. Als *die* Rechtsstaatspartei meinen wir GRÜNE es ernst mit einem *resilienten Rechtsstaat*. Wenn wir den Rechtsstaat gegen Anfeindungen stärken wollen, brauchen wir eine unabhängige und arbeitsfähige Justiz.

Die Justiz hat keine Lobby, und die Medien interessieren sich allenfalls für Strafprozesse. Dabei kommen die meisten Menschen nicht mit der Strafjustiz in Kontakt, sondern als Mieter, Nachbarn, Betreute, Arbeitnehmer, Unternehmer, Verbraucher, Wettbewerber, Bauantragsteller usw. – also mit allen Gerichtsbarkeiten. Aus diesen Kontakten erhalten sie ihren Eindruck davon, wie der Rechtsstaat tatsächlich arbeitet. *Nur wenn die Justiz funktional ist, können wir erwarten, dass die Zivilgesellschaft hinter ihr – und damit hinter dem Rechtsstaat – steht.*

Der bisherige Entwurf enthält bereits wesentliche Gedanken, bedarf aber der Konkretisierung. Die scheinbar eher technischen Details in der neuen Formulierung dieses Abschnittes sind unvermeidlich, wenn es nicht bei unkonkreten Allgemeinplätzen bleiben soll.

Einzelbegründung zu den vorgeschlagenen Maßnahmen:

1. Die *Digitalisierung*, die aus den Bundesmitteln des Rechtsstaatspakts gefördert wird, muss weiter vorangetrieben werden; dies dient auch dem Zugang zum Recht. Dabei geht es nicht nur um die eAkte, deren Performance weiter verbessert werden muss und deren Einführung im strafrechtlichen Bereich noch nicht beendet ist, sondern auch um KI-Lösungen als Entscheidungsassistenz für die Richterschaft. Auch wenn die Entscheidung selbst von Menschen zu treffen ist, bedarf es – auch angesichts der hohen Arbeitsbelastung der Justizangehörigen sowie der Verbreitung von KI in der Anwaltschaft – einer sinnvollen Arbeitsunterstützung im Vorfeld der eigentlichen Entscheidungsfindung. Das Land soll hier in Entwicklungspartnerschaft mit aussichtsreichen Unternehmen und/oder unter Rückgriff auf bewährte Softwarelösungen die nach derzeitigem Stand besten Anwendungen unter Wahrung der Anforderungen der Datensicherheit bereitstellen.

WLAN in allen Dienstgebäuden ist ein Gebot der Zeit, in der längst alle Verfahrensbeteiligten auf Internetquellen zugreifen und dies auch bei Ausübung ihrer Tätigkeit in den Dienstgebäuden tun.

2. Die *Stellensituation* bei der Justiz ist seit längerem prekär. Neben der seit Jahrzehnten andauernden, neoliberal begründeten Einsparungswelle bei der gesamten öffentlichen Hand wird das Problem der zu dünnen Personaldecke inzwischen verschärft durch die schwierige Suche nach Bewerber*innen. Nicht nur, aber insbesondere die Justiz befindet sich insoweit im Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Arbeitgebern, die ebenfalls die besten Absolventen anwerben. Größere Anwaltskanzleien und Unternehmen, die Inhouse-Juristen suchen, bieten dabei ein um ein Vielfaches höheres Gehalt. Schon das Einstiegsgehalt ist meist um den Faktor 3 höher als bei der Justiz; in späteren Jahren geht die Schere noch weiter auseinander. Gepaart mit der gleichwohl hohen Arbeitsbelastung in der Justiz entscheiden sich viele gute Bewerber*innen für das höhere Einkommen. Dadurch sinken tendenziell Qualität und Geschwindigkeit der Arbeit von Gerichten und

Staatsanwaltschaften. Zudem bleiben Stellen aufgrund magerer Bewerberlage unbesetzt. Auch wenn hier aktuell aufgrund der zurückhaltenderen Einstellungspraxis der Privatwirtschaft und Anwaltschaft eine gewisse Entspannung zu beobachten ist, bedarf das Problem einer grundlegenden Lösung.

Zu beachten ist dabei, dass die *EU-Kommission* in ihrem Rechtsstaatsbericht die Bundesrepublik schon mehrfach wegen zu geringer Richtereinkommen gerügt hat. Diese liegen im Vergleich mit den jeweiligen Durchschnittseinkommen in den EU-Mitgliedsstaaten in Deutschland auf dem *letzten* Platz. Darin spiegelt sich eine für die Beschäftigten der Justiz deutlich spürbare Geringschätzung ihrer Tätigkeit.

Schließlich sei an die Vielzahl von Verfahren vor dem *Bundesverfassungsgericht* erinnert, in denen die Höhe der Besoldung in verschiedenen Bundesländern für *verfassungswidrig* erklärt wurde, weil sie das Alimentationsprinzip und/oder das Abstandsgebot verletzt. Als GRÜNE und Rechtsstaatspartei möchten wir nicht, dass auch Baden-Württemberg insofern erneut vom BVerfG verurteilt wird.

3. Der Prüfauftrag, ob ein eigenständiges, von der Beamtenbesoldung *abgekoppeltes Vergütungssystem* eingeführt wird, ist in diesem Kontext zu verstehen. Bislang werden Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst – meist zeitverzögert und auch nicht 1:1, sondern teilweise abgeschmolzen – auf die Justiz übertragen. Solange die R-Besoldung in diesem Sinne an die Beamtenbesoldung gekoppelt ist, sind die Spielräume für eine amtsangemessene und wettbewerbsfähige Bezahlung der Richter*innen und Staatsanwält*innen äußerst gering. Dabei geht es im Hinblick auf die Justiz um eine recht kleine Zahl von Betroffenen (rund 2.500 Richter*innen und 800 Staatsanwält*innen), verglichen mit der großen Zahl von Beamtinnen und Beamten im Landesdienst (rund 469.000). Eine Abkoppelung dürfte aufgrund der eben beschriebenen „wettbewerblichen“ Sondersituation der Justiz als Dritter Gewalt gerechtfertigt und geboten sein.

4. Gerade hochqualifizierte Berufseinsteiger*innen möchten wir – neben der erforderlichen Erhöhung der Dienstbezüge – auch durch attraktive *Rahmenbedingungen* für die Justiz gewinnen. Die hierbei zu ergreifenden Maßnahmen sind vielfältig und werden vom Justizministerium teilweise bereits erwogen oder umgesetzt. Es handelt sich um einen ganzen Komplex, der die Justiz als Arbeitgeber wieder attraktiver machen kann und ständiger Fortschreibung bedarf. Die im Antragstext genannten Maßnahmen sind daher nur beispielhaft zu verstehen. Soweit hier auf das Personalbedarfsbemessungssystem Pebb§y angesprochen wird, handelt es sich um ein zentrales Steuerungsinstrument für das Justizpersonal, das insbesondere einen Vergleich zwischen dem Soll- und dem Istzustand der Personaldecke zulässt.

5. Als Dritte Gewalt hat die Justiz einen Sonderstatus. Sie gehört zu den ersten Angriffszielen autokratisch orientierter Parteien, die versuchen, sich der unabhängigen Kontrolle zu entziehen. Eine solche Entwicklung beobachten wir weltweit mit Sorge. Im Kontext der Resilienz des Rechtsstaats steht daher auch die Forderung, die *Verfassungstreue* der Mitarbeitenden der Justiz, beginnend mit dem Eintritt ins Referendariat, sicherzustellen. Diese Änderung am Programm kann allerdings ggf. deswegen entfallen, weil im Entwurf drei Absätze weiter Entsprechendes steht.

PRO-5-523

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 522 bis 524 einfügen:
organisatorisch besser ausstatten. Damit sie ihre Aufgaben zügig, effizient und bürgernah erfüllen können. Dazu wollen wir darauf hinwirken, dass zunehmend mehr - und perspektivisch alle - Entscheidungen baden-württembergischer Gerichte anonymisiert in der zentralen Datenbank "Landesrecht BW" veröffentlicht werden. Andere Länder gehen hier bereits mit gutem Beispiel voran. Öffentliche Entscheidungen stärken die Transparenz gerichtlicher Arbeit gegenüber der Bürger*innen, erleichtern wissenschaftliche Arbeit, sorgen für eine einheitlichere Rechtsauslegung und -anwendung und entlasten Richter*innen durch die Möglichkeit, zu sehen, wie Kolleg*innen in vergleichbaren Fällen entschieden haben. Zudem muss auch die hohe Arbeitsbelastung vieler Justizangehöriger verringert werden. Daher wollen wir die Digitalisierung der

Unterstützer*innen

Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Sophia Kilian (KV Freiburg); Florian Große (KV Freiburg); Lea Elsemüller (KV Tübingen); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Colin Christ (KV Heilbronn); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Armin Bohnert (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Anna Knowles (KV Mannheim); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Niklas Becker (KV Konstanz); Richard Langer (KV Tübingen)

PRO-5-528

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 527 bis 529 einfügen:
fördern. Wir wollen die Justiz daher mit klugen KI-Lösungen zur Arbeitserleichterung unterstützen, ohne die richterliche Unabhängigkeit zu gefährden. Berufseinsteiger*innen wollen wir durch attraktive Rahmenbedingungen gewinnen, beispielsweise durch die Erhöhung der

Begründung

Autonom handelnde KI-Systeme bergen die Gefahr einer Verlagerung von Handlungs- und Entscheidungsautonomie vom Menschen auf die Maschine. Bei der Einführung von KI-Systemen in einem derart grundrechtssensiblen Bereich wie der Justiz muss daher gewährleistet sein, dass die richterliche Unabhängigkeit und Autonomie nicht eingeschränkt wird.

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Jonas Heinrich (KV Karlsruhe)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 543 einfügen:
Rechtsstaatlichkeit bedeutet auch, dass staatliche Macht kontrollierbar und nachvollziehbar ausgeübt wird. Das Begnadigungsrecht als hoheitliche Befugnis der Exekutive bedarf daher dringend einer Reform. Wir setzen uns ein für die Einführung gesetzlich festgelegter Mindestkriterien, die definieren, unter welchen besonderen Umständen Begnadigungen in Betracht kommen. Begnadigungsentscheidungen müssen künftig öffentlich gemacht, transparent begründet und durch unabhängige Gremien oder parlamentarische Ausschüsse geprüft werden. Die alleinige Entscheidungsbefugnis der Exekutive wollen wir durch die verpflichtende Mitwirkung von Expert*innenräten oder parlamentarischen Verfahren ergänzen. Zudem braucht es rechtsstaatliche Überprüfungsmechanismen, die nachträglich kontrollieren, ob Begnadigungen willkürlich erfolgten. Die Delegation von Begnadigungskompetenzen innerhalb der Exekutive muss klar begrenzt und parlamentarisch kontrolliert werden. Nur so gewährleisten wir, dass dieses sensible Instrument nicht missbraucht wird und das Vertrauen in unseren Rechtsstaat gestärkt bleibt.

Begründung

Das Begnadigungsrecht in Deutschland weist erhebliche rechtsstaatliche Defizite auf: Entscheidungen erfolgen intransparent, ohne klare gesetzliche Kriterien und unterliegen faktisch keiner wirksamen Kontrolle durch Parlamente oder Gerichte. Landesregierungen können Begnadigungskompetenzen weitgehend unkontrolliert auf nachgeordnete Behörden delegieren, wodurch ein erhebliches Missbrauchspotenzial entsteht. Sollte eine populistische oder autoritäre Kraft eine Landesregierung übernehmen, könnten politische Gefolgsleute oder Straftäter aus dem eigenen Milieu begnadigt werden, ohne dass Öffentlichkeit oder Opposition dies verhindern oder auch nur transparent nachvollziehen könnten. Als wehrhafte Demokratie müssen wir solche strukturellen Schwachstellen präventiv beseitigen, bevor sie ausgenutzt werden. Die geforderte Reform mit gesetzlichen Mindestkriterien, Transparenzpflichten, unabhängigen Kontrollgremien und nachträglichen Überprüfungsmechanismen schützt die Integrität der Justiz, verhindert Willkür und stärkt das Vertrauen in die Gleichheit vor dem Gesetz. Baden-Württemberg sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen und bundesweit Standards für ein rechtsstaatliches, demokratisch kontrolliertes Begnadigungsrecht setzen.

Unterstützer*innen

Jonathan Sieberg (KV Karlsruhe); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Christian Klinkhardt (KV Karlsruhe); Moritz Hohwieler (KV Karlsruhe); Karin Fendler (KV Karlsruhe)

PRO-5-555

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Demokratie, Recht und innere Sicherheit
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 555 bis 560:

Die wehrhafte Demokratie muss mit allen Mitteln unseres Rechtsstaats für den Erhalt unseres friedlichen und demokratischen Zusammenlebens kämpfen. Das gilt für alle Formen von Demokratie-, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und politischem Extremismus.

~~Die wehrhafte Demokratie muss mit allen Mitteln unseres Rechtsstaats für den Erhalt unseres friedlichen und demokratischen Zusammenlebens kämpfen. Das gilt für alle Formen von Demokratie-, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und politischem Extremismus.~~Die größte Gefahr für unsere wertebasierte Demokratie und ein friedliches und sicheres Zusammenleben geht dabei von der extremen Rechten aus.

Personen mit verfassungsfeindlicher Gesinnung dürfen keinen Platz in

Begründung

Das ist faktisch so und wiederholt lediglich die Kapiteleinleitung

PRO-5-571

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Demokratie Recht und innere Sicherheit
Beschlussdatum:	20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 570 bis 577:
demokratische Grundordnung stärken wir gezielt das Landesamt für Verfassungsschutz. ~~Die Ausstiegsberatung für Betroffene und deren Umfeld sowie die Extremismusdistanzierung bauen wir mithilfe des Kompetenzzentrums gegen Extremismus (Konex) sowie von zivilgesellschaftlicher Seite mit der Fachstelle für Extremismusdistanzierung (FEX) aus. Für eine phänomenübergreifende Extremismusprävention stärken wir die Fachkräfte in Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereine und alle Orte an denen jungen Menschen unterwegs sind in ihrer Handlungsfähigkeit.~~Zudem setzen wir uns für die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens ein. Zusätzlich zum juristischen Schutz staatlicher, demokratischer Institutionen kommt es auch auf gesellschaftliche und individuelle Extremismusprävention an. Daher setzen wir uns dafür ein, zivilgesellschaftliches Engagement für unsere freiheitliche Demokratie zu fördern sowie dauerhaft & auskömmlich zu finanzieren mit möglichst unkomplizierter Abwicklung.

Die Ausstiegsberatung für Betroffene und deren Umfeld sowie die Extremismusdistanzierung bauen wir mithilfe des Kompetenzzentrums gegen Extremismus (Konex) sowie von zivilgesellschaftlicher Seite mit der Fachstelle für Extremismusdistanzierung (FEX) aus. Für eine phänomenübergreifende Extremismusprävention stärken wir die Fachkräfte in Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereine und alle Orte an denen jungen Menschen unterwegs sind in ihrer Handlungsfähigkeit.

Begründung

„Wehrhafte Demokratie“ sollte sich auf strukturellen und jursitischen Umgang beziehen und auf Instrumente des demokratischen Staates, sich selbst und seine Institutionen vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu schützen. Dazu gehören zum Beispiel Parteiverbotsverfahren.

Prävention auf Ebene des Individuums und mittels zivilgesellschaftlicher Akteure sind davon zu unterscheiden. Letztere können dann wirksam sein, wenn sie kontinuierlich arbeiten können und ausreichende Personalressourcen haben. Das funktioniert allerdings nicht in Projekförderungen, die teilweise jährliche Antragstellungsprozesse erfordern, die sehr viel Arbeitszeit bindet. Zudem führen Projektförderungen zu hoher Personalfluktuation und damit zu einem beständigen Wissensverlust.

PRO-5-575

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ines Link (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 574 bis 577:
für Extremismusdistanzierung (FEX) aus. Für eine phänomenübergreifende Extremismusprävention stärken wir ~~die Fachkräfte in Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereine und alle Orte an denen jungen Menschen unterwegs sind in ihrer Handlungsfähigkeit.~~alle Fachkräfte, die in Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereinen und an anderen Orten gegen Radikalisierung tätig sind.

Begründung

Extremismus muss in allen Altersgruppen bekämpft werden, nicht nur bei jungen Menschen. Der Satz suggeriert, dass nur Jugendliche der Gefahr der Radikalisierung ausgesetzt seien. Wir dürfen nicht blind gegenüber Radikalisierungstendenzen gerade auch der mittelalten Altersgruppen sein. Zudem müssen auch hier, wie an vielen Stellen des Wahlprogramms, wo es um Formen von abweichendem oder problematischem Verhalten geht, Jugendliche als Beispiel für das Problem her halten. Dieser einseitig negative Blick auf Jugend wird weder der Realität gerecht, noch ist er fair – gerade gegenüber einer Generation von Jugendlichen, der ohnehin viel zugemutet wird. Dass wir die Fachkräfte “in ihrer Handlungsfähigkeit” stärken ist sprachlich wie inhaltlich überflüssig.

Unterstützer*innen

Rüdiger Schilling (KV Pforzheim und Enzkreis); Colin Christ (KV Heilbronn); Thomas Gönner (KV Stuttgart); Raoul Genick (KV Rastatt/Baden-Baden); Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Sebastian Kreiner (KV Karlsruhe); Hartmut Schwendemann (KV Ortenau); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Julia Uebele (KV Göppingen); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Niklas Becker (KV Konstanz); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jan Marczona (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb)

PRO-5-577

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Julia Ines Link (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 576 bis 577 einfügen:
Jugendeinrichtungen, Sportvereine und alle Orte an denen jungen Menschen unterwegs sind in ihrer Handlungsfähigkeit. Das bedeutet auch Schutz und Rückendeckung für Fachkräfte, die sich für Demokratie und gegen die extreme Rechte engagieren. Denn sie sind für ihr Engagement oft Angriffen ausgesetzt. Auch Forderungen nach politischer „Neutralität“ an nicht-staatliche Akteure dürfen nicht zum Verhinderungsinstrument für politische Bildungsarbeit werden.
Wir haben mit dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg bereits eine Struktur geschaffen, die mit ihren Fachstellen – FEX, Leuchtlinie, mobirex, RIAS – unterschiedliche Perspektiven der Demokratiestärkung und Rechtsextremismusprävention abdeckt. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Landesdemokratiefördergesetz ein.
Mit der Landeszentrale für politische Bildung (lpb) haben wir eine bundesweit anerkannte Einrichtung, die mit ihren Partnern in die Zivilgesellschaft hinein wirkt und Zugänge zu politischer Bildung schafft. Hinter der lpb stehen wir uneingeschränkt und wollen ihre Arbeit unterstützen und fördern.
Zudem unterstützen wir natürlich die Arbeit des Instituts für Rechtsextremismusforschung und der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus. Das heißt auch, dass uns die Sicherheit der dort tätigen Personen ein Anliegen ist. Daher wollen wir prüfen, ob die Zentrale Ansprechstelle für Amts- und Mandatsträger*innen ausgeweitet werden kann auf Personen, die im Dienste des Landes für unsere freiheitliche Demokratie gegen die extreme Rechte tätig sind. Zudem sollten auch im direkten Umfeld der beiden Institutionen Maßnahmen getroffen werden, um die Sicherheit der dort tätigen Personen zu gewährleisten.

Begründung

Bislang haben die Absätze zu Rechtsextremismus und allgemeiner Extremismusprävention einen starken Fokus auf Problembeschreibung und spät ansetzende Gegenmaßnahmen, wie Ausstiegsberatung. Der Änderungsantrag legt den Fokus auf präventive Aspekt sowie zivilgesellschaftliche Arbeit. Er stellt auch bereits erfolgreich arbeitende Akteure im Land heraus, deren Arbeit wir unterstützen.

Forderungen nach „politischer Neutralität“ bedrohen diese Arbeit, da sie in der Regel einseitig von rechts gestellt werden und eigentlich zum Ziel haben, die Aufklärung über extreme Rechte zu verhindern. Eigentlich soll politische Bildungsarbeit aber im Gegenteil gerade nicht neutral sondern parteiisch für die plurale, freiheitliche Demokratie sein. Das hat beispielsweise auch die Jugend- und Familienministerkonferenz im Mai 2025 nochmals verdeutlicht: „Neutralität im Sinne der Verfassung bedeutet Unparteilichkeit, nicht aber Wertefreiheit oder gar Positionslosigkeit. Positionen und Äußerungen außerhalb demokratischer Werte müssen durch Träger und Fachkräfte der Jugendarbeit als solche aufgezeigt und entsprechend behandelt werden. Das kann auch den Ausschluss von

Vertreterinnen und Vertretern solcher Haltungen beinhalten – auch zum Schutz von jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die ggf. von entsprechenden Äußerungen und Handlungen negativ betroffen sind.“ (Protokoll der JFMK, TOP 7.1; https://jfmk.de/wp-content/uploads/2025/06/Externes-Ergebnisprotokoll-der-JFMK-2025.pdf)

Die Einrichtung des Instituts für Rechtsextremismusforschung und der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus sind große grün Erfolge – wir sollten uns nun auch dafür einsetzen, dass sie auch gut arbeiten können und die dort beschäftigten Personen geschützt sind.

Unterstützer*innen

Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Rüdiger Schilling (KV Pforzheim und Enzkreis); Colin Christ (KV Heilbronn); Raoul Genick (KV Rastatt/Baden-Baden); Hartmut Schwendemann (KV Ortenau); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Julia Uebele (KV Göppingen); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Niklas Becker (KV Konstanz); Leni Reiland (KV Mannheim); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Jan Marczona (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Lea Elsemüller (KV Tübingen)

PRO-5-580

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 579 bis 581:
Extremist*innen werden wir entschlossen fortführen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine ~~Änderung~~Verschärfung des Waffengesetzes ein, damit ~~unzuverlässige Personen~~Verfassungsfeinde erst gar keine waffenrechtliche Erlaubnis erhalten. Im Rahmen des

Begründung

Präzisierung

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Werner Korn (KV Ulm); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Oliver Hildenbrand (KV Stuttgart); Maria Flendt (KV Stuttgart); Josef Frey (KV Lörrach); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Sabine Zilligen (KV Schwäbisch Gmünd); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen)

PRO-5-582

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 581 bis 583 einfügen:
gar keine waffenrechtliche Erlaubnis erhalten. Im Rahmen des verfassungsrechtlich Möglichen streben wir einen verbesserten Informationsaustausch zwischen Landeskriminalamt und Verfassungsschutz an. Die unabhängige Kontrolle des

Begründung

Fachliche Präzisierung

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Werner Korn (KV Ulm); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Oliver Hildenbrand (KV Stuttgart); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Jakob Sauter (KV Stuttgart); Finn Schwarz (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Sabine Zilligen (KV Schwäbisch Gmünd); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Richard Langer (KV Tübingen); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis)

PRO-5-586

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Malte Eiff (KV Ettlingen)

Titel

Ändern in:
Verlässlich in der Not - Bevölkerungsschutz stärken

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 586 bis 592:
Ersetze die Zeilen 586 – 609 vollständig durch:

Wir stärken den Katastrophenschutz sowie das Rettungswesen als zentrale Säule einer resilienten Gesellschaft. Dazu wollen wir die zuständigen Stellen für die Bewältigung von bereichsübergreifenden Großschadenslagen und Katastrophenfällen entsprechend der Handlungs-empfehlung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zu einem Bevölkerungsschutz-Präsidium zusammenziehen, ~~sodass~~damit sowohl die Planung als auch die operative Krisenbewältigung aus einer Hand erfolgen können.
Katastrophenschutz beginnt nicht erst im Ernstfall – er beginnt mit Vorbereitung.Deshalb setzen wir auf Aufklärung und frühzeitige Sensibilisierung. Bereits jetzt müssen Schulen für die Klassenstufe 6 verbindlich einen Aktionstag zum Katastrophenschutz durchführen. Daran wollen wir anknüpfen, damit junge Menschen früh lernen, wie man sich im Ernstfall richtig verhält und sie an die aktive Mitarbeit im Bevölkerungsschutz herangeführt werden können.

Denn der weitaus größte Teil des Bevölkerungsschutzes inBaden-Württemberg wird ehrenamtlich getragen. Ehrenamtliche sind unverzichtbar und leisten einen unschätzbaren Beitrag für unser aller Sicherheit. Aktive, die nicht bei der Feuerwehr oder dem Technischen Hilfswerk tätig sind, stehen aktuell allerdings vor dem Problem, dass sie den Verdienstausfall für Einsätze während der Arbeitszeit nicht erstattet bekommen, weil dafür die gesetzliche Grundlage fehlt. Das werden wir ändern und das Ehrenamt auch mit anderen Mitteln attraktiver gestalten. Hierzu ist nicht nur die konsequente Beschaffung und Förderung moderner Ausstattung notwendig, sondern auch die materielle Wertschätzung der Arbeit etwa durch das Land finanzierte Vergünstigungen, etwa beim ÖPNV.

Die Tätigkeit in einer Integrierten Leitstelle ist hochanspruchsvoll. Esist wichtig, auch die Leitstellen zukunftsfähig aufzustellen – sowohl strukturell als auch personell. Deswegen werden wir neue Wege eröffnen, um Fachpersonal zu gewinnen. Dass Leitstellen auch durch Fachpersonal geführt werden, ist für uns selbstverständlich. In anderen Bundesländern gibt es bereits verschiedene Modelle

zur Personalgewinnung, die sich als sehr erfolgreich etabliert haben – sei es die dreijährige Ausbildung zum staatlich geprüften Leitstellendisponenten in Bayern oder die hessische Möglichkeit für Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehr, nach erfolgreichem Ablegen der Rettungssanitäterprüfung und entsprechender Einsatzerfahrung die Leitstellenlehrgänge absolvieren zu können. Wir werden die Überarbeitung der Anlage 3 zu den Gemeinsamen Hinweisen zur Leitstellenstruktur der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, in denen die Zugangswege geregelt sind, zeitnah abschließen und damit neue Zugangswege in die Leitstellenarbeit schaffen. Um die Zusammenarbeit der Integrierten Leitstellen mit der Polizei und anderen Akteuren zu stärken, schaffen wir Schnittstellen zwischen den verschiedenen Einsatzleitsystemen.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Mareike Inhoff (KV Ettlingen); Hartmut Schwäbl (KV Lörrach); Hans Rösch (KV Esslingen); Andreas Wendt (KV Ettlingen); Anette Dirschnabel (KV Ettlingen); Kai Kristof Keune (KV Ettlingen); Elke Münch (KV Ettlingen); Tilman Günther (KV Ettlingen); Imke Brodersen (KV Ettlingen); Simone Rausch (KV Ettlingen); Karola Keitel (KV Ettlingen); Axel Schilling (KV Ettlingen); Lena Cannistra-Arzner (KV Ettlingen); Ellen Hackstein (KV Ettlingen); Patrick Kaserer (KV Ettlingen); Arne Kotzerke (KV Göppingen); Fabian Reidinger (KV Stuttgart); Markus Freibott (KV Waldshut); Finn Schwarz (KV Tübingen)

PRO-5-592

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Fynn Rubehn (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 592 einfügen:

Der Katastopenschutz in Baden-Württemberg basiert nahezu vollständig auf starkem Ehrenamt. Ohne diese Arbeit der Ehrenamtlichen würde unser Katastrophenschutz schlichtweg nicht funktionieren. Die rechtlichen Grunlagen dieser Ehrenamtlichen variieren jedoch je nach Hilfsorganisation weiterhin. Im neuen Katastropenschutzgesetz konnten hier weitere Verbesserungen erzielt werden. Wir setzen uns weiter dafür ein gesetzliche Regelungen zur Freistellung und Lohnerstattung zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Unser Ziel ist dabei eine Gleichstellung aller Hilfskräfte, unabhängig der Organisation, zu gewährleisten. Unterhalb der außergewöhnlichen Einsatzlage und dem Katastrophenfall braucht es hier eine klare Regelung. Außerdem müssen die Auszahlungsprozesse in diesem Bereich deutlich schneller ablaufen, sodass weder Ehrenamtliche, noch ihre Arbeitgeber durch einen Einsatz Nachteile erfahren.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Tillmann Häbe (KV Böblingen); Albrecht Martin (KV Calw); Moritz Halbeisen (LV Grüne Jugend Baden-Württemberg); Lina Della Libera (KV Calw); Clemens Rathfelder (KV Calw); Manuela Schulzke (KV Calw); Anke Much (KV Calw); Hans Sütterlin (KV Calw); Christoph Della Libera (KV Calw); Veronika Steinböhmer (KV Calw); Richard Langer (KV Tübingen); Holger Steinböhmer (KV Calw); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Markus Weiß (KV Calw); Tobias Laufer (KV Calw); Ana Sauter (KV Reutlingen); Reinhard August Josef Köcher (KV Calw); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Lena Abdi (KV Calw)

PRO-5-593

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Fynn Rubehn (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 593 bis 595:
Die Integrierten Leitstellen müssen effizient aufgestellt werden und ~~durch Fachpersonal geführt werden~~technisch auf dem neuesten Stand sein. Mit einer einheitlichen Softwareplattform und digitalen Schnittstellen zwischen Polizei, Rettungsdiensten und weiteren Akteuren sorgen

Begründung

Der Teil "und durch Fachkräfte geführt werden" suggeriert, dass Mitarbeitende in den integrierten Leitstellen derzeit keine fachliche Kompetenz besäßen. Die Formulierung sollte daher geändert werden

Unterstützer*innen

Tillmann Häbe (KV Böblingen); Moritz Halbeisen (LV Grüne Jugend Baden-Württemberg); Albrecht Martin (KV Calw); Lina Della Libera (KV Calw); Clemens Rathfelder (KV Calw); Anke Much (KV Calw); Hans Sütterlin (KV Calw); Christoph Della Libera (KV Calw); Veronika Steinböhmer (KV Calw); Holger Steinböhmer (KV Calw); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Markus Weiß (KV Calw); Tobias Laufer (KV Calw); Ana Sauter (KV Reutlingen); Reinhard August Josef Köcher (KV Calw); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Lena Abdi (KV Calw); Cornelia An (KV Calw); Petra Höger (KV Calw)

PRO-5-594

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	KV Rastatt/Baden-Baden
Beschlussdatum:	14.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 593 bis 595 einfügen:
Die Integrierten Leitstellen müssen effizient aufgestellt und durch Fachpersonal geführt werden. Mit einer einheitlichen europäischen Softwareplattform und digitalen Schnittstellen zwischen Polizei, Rettungsdiensten und weiteren Akteuren sorgen

Begründung

Die Integrierten Leitstellen sind eine besonderes angreifbare Infrastruktur, die bestmöglich vor Angriffen insbesondere auch von außen zu schützen sind. Wir brauchen verlässliche Softwareprogramme, die die europäischen Datenschutzstandards gewährleisten. In einer Welt, die zunehmend durch Populisten und Oligarchen regiert wird, brauchen wir einen starken europäischen Schulterschluss mit eigenen Lösungen und dürfen uns nicht dubiosen Drittstaaten ausliefern.

PRO-5-594-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Richard Langer (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 593 bis 599 einfügen:
Die Integrierten Leitstellen müssen effizient aufgestellt und durch Fachpersonal geführt werden. Rettungsmittel sollten nicht unnötig bei unkritischen Lagen gebunden werden, damit sie für schwere Notfälle schnell verfügbar sind. Hierfür braucht das Personal in den Leitstellen mehr Handlungsoptionen zur Differenzierung entsprechend der Schwere von Notfällen. Wir setzen uns daher für das Konzept der Gemeinde-Notfallsanitäter*innen ein, das in anderen Ländern und in Modellprojekten auch in anderen deutschen Bundesländern bereits erfolgreich ist. Neben der zeitnahen und hinsichtlich eingesetzter Ressourcen adäquaten Versorgung für Patient*innen bietet es Notfallsanitäter*innen auch mehr Möglichkeiten in der Gestaltung ihrer beruflichen Laufbahn, insbesondere was körperliche Fähigkeiten im fortschreitenden Alter angeht. Mit einer einheitlichen Softwareplattform und digitalen Schnittstellen zwischen Polizei, Rettungsdiensten und weiteren Akteuren sorgen wir für schnelle Kommunikation und Koordination – auch bei komplexen Schadenslagen. Dabei priorisieren wir auch die Standardisierung und Kompatibilität von First-Responder-Systemen. Die Selbstverwaltung im Rettungsdienst werden wir an ihren Erfolgen und der Umsetzung der Vorgaben im Rettungsdienstgesetz messen und gegebenenfalls auf den Prüfstand stellen. Wir setzen uns hierbei insbesondere dafür ein, dass die Verkürzung der Hilfsfrist durch die Novelle des Rettungsdienstgesetzes in der letzten Legislaturperiode nicht auf die Beschäftigten abgewälzt wird, sondern stattdessen ausreichend personelle und materielle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Patrick Schulz (KV Tübingen); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Clara López García (KV Mannheim); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Jakob Feldner (KV Tübingen); Martin Riedmann (KV Tübingen); Tim Wichmann (KV Mannheim); Finn Schwarz (KV Tübingen); Peter Bering (KV Tübingen); Antonia Kind (KV Ulm); Hendrik Jansen (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Gesine Ihnen (KV Freiburg); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Volker Weinfurter (KV Göppingen); Emma Paul (KV Tübingen)

PRO-5-594-3

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Sebastian Müller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 593 bis 595 einfügen:
Die Integrierten Leitstellen müssen effizient aufgestellt und durch Fachpersonal geführt werden. Mit einer einheitlichen open source Softwareplattform und digitalen Schnittstellen zwischen Polizei, Rettungsdiensten und weiteren Akteuren sorgen

Begründung

Die Software für Einrichtungn der kritischen Infrastruktur, wie Rettungsleitstellen, Einsatzleitsysteme, etc... sollte wie die gesammte Softare im KRITIS Bereich open source sein, auch um teuren Vendor Lock In zu verhindern. Auch diese ist eine Forderung aus der Anti-Palantir Petition.

Unterstützer*innen

Jonathan Schneider (KV Esslingen); Nicholas Eschenbruch (KV Freiburg); Damian Haller (KV Stuttgart); Thomas Schorr (KV Freiburg); Georg Bindemann (KV Emmendingen); Nicolas Tribukait (KV Emmendingen); Paul Rögler (KV Freiburg); Siegfried Schüle (KV Pforzheim und Enzkreis); Kornelia Müller (KV Freiburg); Sophia Kilian (KV Freiburg); Colin Christ (KV Heilbronn); Nick Marx (KV Karlsruhe); Iris Förster (KV Rems/Murr); Florian Bieck (KV Freiburg); Niklas Meinzer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Klaus Dieter Horlacher (KV Neckar-Bergstraße); Philip Weiß (KV Kurpfalz-Hardt); Karsten Hoffmann (KV Freiburg); Jasmin Kindt (KV Ulm)

PRO-5-602

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 601 bis 603 einfügen:
und Aufnahme des Rettungsdienstes als eigenständiger Leistungsbereich im Sozialgesetzbuch ein. In Baden-Württemberg wollen wir insbesondere die ehrenamtlichen Helfer*innen im Bevölkerungsschutz stärken. Dafür braucht es eine Gleichstellung der Helfer*innen mit anderen Helfer*innen wie den Feuerwehren. So haben auch freiwillige Helfer*innen im Rettungsdienst die Sicherheit, dass sie im Einsatzfall, ihre Arbeitsstelle verlassen können ohne mit Problemen rechnen zu müssen. Katastrophenschutz beginnt nicht erst im Ernstfall – er beginnt mit Vorbereitung. Deshalb setzen wir auf Aufklärung und frühzeitige

Begründung

Helfer*innen der DLRG, des DRK und anderer Bevölkerungsschutzorganisation, sind bis heute im Einsatzfall nicht automatisch vom Arbeitgeber freigestellt und bekommen in vielen Fällen keine Erstattung der Einsatzkosten. Für einen soliden Katastrophen- und Bevölkerungsschutz muss die Einsatzsituation der Helfer*innen geklärt sein. Nebenbei betonen wir so die Wichtigkeit des Rettungsdienst in Baden-Württmbnerg und bestärken die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit.

PRO-5-605

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Fynn Rubehn (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 604 bis 607:
Sensibilisierung. Bereits jetzt müssen Schulen für die Klassenstufe 6 verbindlich einen Aktionstag zum Katastrophenschutz durchführen. ~~Daran~~Dieses Format wollen wir ~~anknüpfen~~verbessern und daran anknüpfen. Ehrenamtliche müssen für Bildungsarbeit wie diese klare Rechtsgrundlagen in Form von Freistellung und Lohnerstattung bekommen. Perspektivisch streben wir zudem ein frühes Heranführen der Kinder an Themen wie Erste Hilfe und Wiederbelebung im Rahmen der Schule an, damit junge Menschen früh lernen, wie man sich im Ernstfall richtig verhält. Gleichzeitig prüfen wir das Feuerwehrgesetz auf seine

Begründung

Das Konzept der katastrophenschutztage ist sinnvoll und kommt langsam in den Alltag der Schulen. Dabei fehlen jedoch immernoch rechtliche Bedingungen für die Ehrenamtlichen. Diese müssen sich oft Urlaub nehmen um an diesen Tagen teilzunehmen. Zudem gewinnt das Thema Selbsthilfe immer mehr an Relevanz. Deshalb sollen Kinder schon sehr früh an Themen wie Erste Hilfe und Wiederbelebung herangeführt werden. Denn gerade im Bereich Wiederbelebung zählt jede Sekunde.

Unterstützer*innen

Tillmann Häbe (KV Böblingen); Albrecht Martin (KV Calw); Moritz Halbeisen (LV Grüne Jugend Baden-Württemberg); Lina Della Libera (KV Calw); Clemens Rathfelder (KV Calw); Manuela Schulzke (KV Calw); Anke Much (KV Calw); Hans Sütterlin (KV Calw); Christoph Della Libera (KV Calw); Veronika Steinböhmer (KV Calw); Richard Langer (KV Tübingen); Holger Steinböhmer (KV Calw); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Markus Weiß (KV Calw); Tobias Laufer (KV Calw); Ana Sauter (KV Reutlingen); Reinhard August Josef Köcher (KV Calw); Anna Jasmin Auert (KV Tübingen); Lena Abdi (KV Calw)

PRO-5-609

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Sebastian Müller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 608 bis 609 einfügen:
Alltagstauglichkeit und Reformbedarfe – als dritte tragende Säule neben dem Rettungsdienstgesetz und dem Katastrophenschutzgesetz.

Wir werden deshalb den Sanierungs- und Neubaustau bei regulären und Sonder-Rettungswachen in der kommenden Legislaturperiode auflösen und earbeiten zusammen mit den Hilfsorganisationen und deren Mitarbeitendenvertretungen ein Konzept für modulare Standardrettungswachen in Vollholzbauweise. Dafür verwenden wir unter anderem Mittel aus dem Sondervermögen.

Begründung

In Baden-Württember gibt es zahlreiche Rettungswachen, die nur provisorisch als solche hergerichtet wurden, Gebäude die für diese Nutzungen nur bedingt geignet sind, an Stellen liegen an denen heute keine Rettungswachen mehr gebaut würden (Wohngebiete, Sackgassen, ...). Daneben ist der Topf für die Förderung von Neubauten regelmäßig überzeichnet, so dass Hilfsorganisationen Baukosten oft viele Jahre vorfinanzieren müssen oder eben nicht bauen.

Die Anforderungen an Rettungswachen sind immer ähnlich, durch DIN 13049 | 2023-03 vorgegeben. Kosten können gut durch Standardisierung und Modularisierung gesenkt werden.

Auch dies ist eine Konsequenz aus der Zeitenwende und für einen attraktiven Arbeitsplatz Rettungsdienst dringlich notwendig.

Unterstützer*innen

Sophia Kilian (KV Freiburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Nicolas Tribukait (KV Emmendingen); Stefan Hanke (KV Rems/Murr); Konstantin Schwarzmüller (KV Freiburg); Andreas Karch (KV Karlsruhe); Niklas Meinzer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Vanessa Hüber (KV Karlsruhe); Sebastian Grozinger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); Tobias Kraft (KV Rems/Murr); Dieter Saha (KV Freiburg); Anna Wilmer (KV Freiburg); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Christoph Herderich (KV Freiburg); Bernd Sterzenbach (KV Freiburg); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Olaf Haas (KV Freiburg); Paul Rögler (KV Freiburg)

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Mario Dietel (KV Hohenlohe)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 608 bis 609 einfügen:
Alltagstauglichkeit und Reformbedarfe – als dritte tragende Säule neben dem Rettungsdienstgesetz und dem Katastrophenschutzgesetz.

Angesichts einer veränderten Sicherheitslage stärken wir den Schutz der Zivilbevölkerung und machen unser Land resilienter. Dazu bringen wir bestehende Schutzräume und kritische Infrastruktur auf einen modernen Stand und schaffen dort, wo es notwendig ist, zusätzliche Kapazitäten. Unser Ziel ist ein zeitgemäßer Bevölkerungsschutz, der auf Prävention, robuste Versorgungssysteme und klare Notfallmechanismen setzt.
Die Weiterentwicklung der Schutzinfrastruktur gelingt nur gemeinsam mit dem Bund – deshalb setzen wir uns für eine enge Abstimmung zwischen den Ebenen und eine verlässliche sowie langfristige Finanzierung ein.

Begründung

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Daher muss der Schutz der Zivilbevölkerung eine stärkere Priorität erhalten. Viele der bestehenden Schutzräume und Infrastrukturen sind in die Jahre gekommen und entsprechen weder den heutigen technischen Anforderungen noch der aktuellen Risikoanalysen.

Ein zeitgemäßer Bevölkerungsschutz bedeutet daher, vorhandene Anlagen zu überprüfen, instand zu setzen und dort zu modernisieren, wo Lücken bestehen. Ergänzende Entwicklungen – etwa zusätzliche Schutzkapazitäten oder verbesserte Notfallmechanismen – erhöhen die Sicherheit und Handlungsfähigkeit unseres Landes im Ernstfall. Dabei setzen wir auf Prävention und Vorsorge und nicht nur auf reaktive Maßnahmen.

Da der Bund im Zivilschutz eine zentrale Rolle einnimmt, braucht es eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern, Kommunen und Bundesebene. Nur durch abgestimmte Strategien und verlässliche Finanzierungsstrukturen lässt sich die Schutzinfrastruktur nachhaltig weiterentwickeln. Mit diesem Antrag setzen wir ein klares Zeichen, dass Baden-Württemberg seinen Beitrag leisten und gemeinsam mit dem Bund für einen modernen, krisenfesten Bevölkerungsschutz sorgen will.

Unterstützer*innen

Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Michaela Nina Hammes (KV Hohenlohe); Tobias Bacherle (KV Böblingen); Michael Joukov (KV Ulm); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Katharina Rödle (KV

Hohenlohe); Simon Giesel (KV Hohenlohe); Colin Christ (KV Heilbronn); Patrick Vexler (KV Stuttgart); Gudula Achterberg (KV Heilbronn); Silvan Zinßer (KV Hohenlohe); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Muhammed Berat Gürbüz (KV Biberach); Raphael Putz (KV Esslingen); Matthias Gastel (KV Esslingen)

PRO-5-611

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 611 bis 612 einfügen:
In einer Welt, die aus den Fugen zu geraten scheint, ist die Europäische Union **und die Europäische Zusammenarbeit** ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Als Land im Herzen Europas

Begründung

Die Zusammenarbeit der 27 Mitgliedsstaaten der EU trägt zweifelsohne einen großen Teil zum Ziel von Frieden, Freiheit und Wohlstand bei. Auf unserem Kontinent gibt es aber auch weitere Länder, die nicht Teil der EU sind, mit denen wir aber ebenfalls für Frieden, Freiheit und Wohlstand zusammenarbeiten (z.B. Schweiz, Norwegen, UK, Westbalkan,...).

PRO-5-616

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 616 bis 626:

~~Unsere Partnerschaften stärken das "Europa der Regionen" – am Oberrhein, am Bodensee, entlang der Donau und mit unseren Partnerregionen der "Vier Motoren für Europa". In diesem interregionalen Netzwerk gestalten wir zusammen mit den drei wirtschaftsstarken Regionen in Frankreich, Spanien und Italien die notwendigen Transformationsprozesse im Bereich Wirtschaft. Darüber hinaus arbeiten wir beispielsweise an einer zukunftsfesten Aufstellung der Kreativ- und Kulturwirtschaft sowie zu den Themen Landwirtschaft und Forschung und Entwicklung. Ein großer Erfolg ist der neu geschaffene gemeinsame „Business Passport". Dieser erleichtert baden-württembergischen Firmen durch gezielte Unterstützung und direkte Kontakte eine Ansiedelung in einer der Vier-Motoren-Partnerregionen.~~

In Baden-Württemberg leben wir das „Europa der Regionen" und arbeiten aktiv mit unseren direkten Nachbarn zusammen, zum Beispiel am Oberrhein und Hochrhein und rund um den Bodensee. Als Quellenland der Donau bringen wir uns in der Donauraumstrategie aktiv ein und sind aktives Mitglied im Zusammenschluss der „Vier Motoren für Europa". Zusammen mit der Lombardei (Italien), Auvergne-Rhone-Alpes (Frankreich) und Katalonien (Spanien) packen wir die Transformation der Wirtschaft an und nehmen viele weitere Bereiche wie Forschung und Entwicklung, Bildung und Kultur und die Landwirtschaft in den Blick. Unter unserer Präsidentschaft haben wir in den Vier-Motoren-Regionen den gemeinsamen „Business Passport" etabliert. Dieses Erfolgsmodell wollen wir weiter ausbauen, damit noch mehr Start-Ups und Mittelständler in den Vier-Motoren-Regionen erfolgreich sein können.

Begründung

In der ursprünglichen Variante des Entwurfs des Wahlprogramms wird zwischen den einzelnen Partnerschaften teilweise hin und her gesprungen. Die Reihenfolge direkter Nachbarländer, Donauraum, Vier Motoren ist im ÄA aus unserer Sicht deutlicher herausgearbeitet.

Im Bereich der "Vier Motoren für Europa" werden die Regionen selbst auch genannt, in der ursprünglichen Variante war hier nur von "den wirtschaftsstarken Regionen" die Rede, was in Frankreich, Italien und Spanien weitere wirtschaftsstarke Regionen ausgeschlossen hätte. Der "Business Passport", der unter unserer Präsidentschaft erarbeitet wurde, sollte auch als Erfolg unserer Präsidentschaft gekennzeichnet werden!

PRO-5-634

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 634 einfügen:
Das System der dualen Ausbildung ist in Baden-Württemberg und Deutschland ein Erfolgsmodell. Wir setzen uns dafür ein, Hürden und Hemmnisse abzubauen, damit auch Schüler*innen und Jugendliche aus Frankreich eine Ausbildung bei uns absolvieren wollen und können.

Begründung

Die Systeme der Ausbildung in Deutschland und Frankreich sind leicht unterschiedlich. Das hindert viele Auszubildende daran, ihre Ausbildung bei uns zu beginnen. Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wäre aber genau das ein wichtiges Signal.

PRO-5-637

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 636 bis 638:
Metropolregion am Oberrhein ist zusammengewachsen, gerade in unseren Grenzregionen zu Frankreich und der Schweiz ist ~~Europa~~es gelebter Alltag**, am Morgen in Baden-Württemberg aufzuwachen, in der Schweiz zur Arbeit zu gehen und am Abend Freund*innen in Frankreich zu treffen.“**

Begründung

Klarere und plastischere Umschreibung, was mit “Europa [ist] gelebter Alltag” gemeint ist.

PRO-5-643

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 643 einfügen:

Dafür bauen wir EUCOR weiter aus und wir etablieren diesen grenzübergreifenden Wissenschaftsraum zum internationalen Leuchtturm in der europäischen Zusammenarbeit. Die gezielte Unterstützung unserer Hochschulen durch Landesmittel, für den Auf- und Ausbau der Teilnahme an Europäischen Hochschulallianzen werden wir weiter verstärken. Bereits heute sind zehn Hochschulen aus Baden-Württemberg an neun Allianzen beteiligt. Wir setzen uns dafür ein, die Europäisierung der Hochschulbildung voranzutreiben, indem wir die Hochschulen befähigen, European Degrees innerhalb der Europäischen Netzwerke zu etablieren. Weiter vorantreiben wollen wir auch den Austausch und die Vernetzung von Studierenden und Lehrenden – innerhalb und außerhalb Europas. Denn wir wissen: Globale Allianzen können nicht früh genug starten.

PRO-5-656

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 656 einfügen:

Die Zusammenarbeit im Blaulichtbereich muss durch Harmonisierung von gesetzlichen Regelungen und grenzüberschreitenden Weiterbildungen verbessert werden. Beispielhaft sind hier schon die Weiterbildungen im Polizei- und Justizbereich am Oberrhein, die wir verstärkt fortsetzen wollen.

Begründung

Projekte wie der deutsch-französische Wasserschutzpolizeiposten sind wichtige Beispiele. Um diese und weitere zu fördern, sollten wir Weiterbildungen und Regelungen grenzüberschreitend harmonisieren.

PRO-5-667

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 667 einfügen:
Die Schweiz-Strategie thematisiert auch das geplante Schweizer Endlager für radioaktiven Abfall und die grenznahen Atomkraftwerke in Leibstadt, Beznau und Gösgen. Wir setzen uns dafür ein, dass die deutsche Seite bei den Verhandlungen über die Abgeltungen und den weiteren Verlauf der Planungen des Endlagers direkt und eng eingebunden wird. Bei den Schweizer Atomkraftwerken, die allesamt in unmittelbarer Nähe der Grenze stehen und teilweise zu den ältesten der Welt gehören, setzen wir uns für eine möglichst rasche Abschaltung ein, damit der Einsatz dieser Hochrisikotechnologie auch bei unseren Nachbar*innen ein Ende findet.

Begründung

Das Endlager für atomaren Abfall der Schweiz wird im Gebiet „Nördlich Lägern“ geplant, in unmittelbarer Nähe zur Grenze und zur deutschen Gemeinde Hohentengen. Die Planungen betreffen uns deshalb direkt und sollten auch Thema sein. Die Atomkraftwerke liegen ebenfalls direkt hinter der Grenze. Der Meiler Beznau I gilt als ältestes in Betrieb befindliches Atomkraftwerk der Welt und auch der „neuste“ Meiler in Leibstadt befindet sich jenseits des 40. Betriebsjahres. Hier gilt es, sich mit Nachdruck für die Abschaltung der Kraftwerke einzusetzen.

PRO-5-700

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 699 bis 701 einfügen:
besonders wichtig. Dazu gehört beispielsweise die aktive Mitarbeit in der „Under2Coalition“ mit Kalifornien **und vielen weiteren Regionen** sowie unsere Förderung von Wasserstofftechnologien zusammen mit Katalonien, Andalusien und Schottland.

Begründung

Inzwischen haben sich in der Under2Coalition über 150 Regionen zusammengefunden. Eine Beschränkung auf Kalifornien und Baden-Württemberg würde hier zu kurz greifen.

PRO-5-715

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 714 bis 717:
migrantische Perspektiven stärker eingebunden. Die Zusammenarbeit mit dem Rat für ~~Entwicklungshilfe~~Entwicklungszusammenarbeit haben wir ausgebaut, in Kooperation mit der Stiftung Entwicklungs~~z~~-Zusammenarbeit haben wir zivilgesellschaftliche Graswurzelprojekte gestärkt.

Begründung

redaktionelle Änderungen

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Werner Korn (KV Ulm); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Josef Frey (KV Lörrach); Finn Schwarz (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Richard Langer (KV Tübingen); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis); Kalliopi Giannadaki (KV Tübingen)

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 721 bis 723 löschen:
l’Amitié haben wir zudem den persönlichen Austausch zwischen Bürger*innen und Organisationen aus Burundi und Baden-Württemberg sowie die ~~die~~ Entwicklung gemeinsamer Ideen gefördert.

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Werner Korn (KV Ulm); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Josef Frey (KV Lörrach); Finn Schwarz (KV Tübingen); Thomas Pittalis (KV Bodenseekreis); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Richard Langer (KV Tübingen); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis); Kalliopi Giannadaki (KV Tübingen)

PRO-5-763

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 763 bis 764 einfügen:
Europa wächst zusammen, wenn die Bürger*innen einfach, verlässlich und klimaneutral über Grenzen hinweg mobil sein können. Wir arbeiten weiter unermüdlich an der Wiedererrichtung der Bahnstrecken

Von Zeile 766 bis 768 einfügen:
gemeinsam mit uns und unseren französischen Freund*innen pragmatische Lösungen zu suchen.
Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der trinationalen Regio-S-Bahn-Basel ein, z.B. durch die Reaktivierung der Kandertalbahn. Entlang des Hochrheins nehmen wir den Schwung aus der Elektrifizierung der Hochrheinbahn mit und wollen den ÖPNV zwischen der Schweiz und Deutschland weiter stärken. Im Hegau und am Bodensee machen wir uns stark dafür, das Projekt BODANRAIL 2045 weiter voranzutreiben, als grenzüberschreitendes Mobilitätsprojekt rund um den Bodensee. Wir wollen einen integrierten öffentlichen Nahverkehr und die Ausweitung des BW- und Deutschlandtickets auf die Grenzregionen zu unseren

Begründung

Neben den dringend benötigten Brückenschlägen in Breisach und Wintersdorf laufen bereits viele Projekte zur grenzüberschreitenden Mobilität sehr erfolgreich, weil gerade wir Grüne uns dafür eingesetzt haben. Nun gilt es, angestoßenes weiterzuführen und neue Ideen umzusetzen.

PRO-5-763-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 763 einfügen:
Die Grüngeführte Landesregierung hat das trinationale Kompetenzzentrum für Gesundheit TRISAN auf zukunftsfähige Beine gestellt und damit Lehren aus der Pandemie gezogen. Wir wollen die langfristige Finanzierung dieses Erfolgsprojekts sichern.

Begründung

Das trinationale Gesundheitskompetenzzentrum TRISAN bietet großes Potential für die Zukunft. Die Corona-Pandemie hat uns eindrücklich vor Augen geführt, welchen Stellenwert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich haben sollte. Deshalb ist es angebracht, Initiativen wie TRISAN weiter zu stärken.

PRO-5-800

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 799 bis 801 einfügen:
sich greifende Desinformation unter Druck. Wir Grüne wollen deshalb, dass die Rechtsstaatsinstrumente der EU konsequenter genutzt, europäische Demokratie weiterentwickelt wird und demokratische und zivilgesellschaftliche

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Werner Korn (KV Ulm); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Josef Frey (KV Lörrach); Finn Schwarz (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Philip Singer (KV Stuttgart); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Richard Langer (KV Tübingen); Leonie Möhrle (KV Bodenseekreis)

PRO-5-819

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 819 einfügen:
Die Jugendämter und Familiengerichte müssen kontinuierlich weitergebildet werden, um schnell und effizient mit den zuständigen Behörden jenseits der Grenze zusammenarbeiten zu können, wenn es um Kindesschutzmaßnahmen geht. Hierfür wollen wir entsprechende Fortbildungen für die Verwaltungen verstärken.

Begründung

Grenzüberschreitender Kindesschutz ist seit langem ein Thema, das in der Region sehr wichtig ist und von uns auch immer wieder betont wird. Zur Sicherung des Kindeswohls sollten wir deshalb dieses Thema auch angemessen in unserem Wahlprogramm repräsentieren.

PRO-5-828

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 827 bis 829 einfügen:
Europa beginnt vor Ort. Als bisher einziges Bundesland ermöglichen wir Beamt*innen sowie Verwaltungsangestellten **über den sogenannten “dynamischen Europapool”** in der Landesverwaltung und in baden-württembergischen Kommunen eine zeitlich begrenzte Mitarbeit in der

Nach Zeile 834 einfügen:
Wir wollen die Kommunen an den Grenzen proaktiv beraten, wie sie vor Ort mit der Experimentierklausel des Aachener Vertrags die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Bürgerinnen und Bürger verbessern können.

Begründung

Das beschriebene System trägt den Namen “dynamischer Europapool”. Da dieser Begriff insbesondere bei den Teilnehmer*innen selbst und den Verbänden bekannt ist, sollte der Name auch erwähnt werden. Außerdem wurde mit dem Aachener Vertrag und seiner Experimentierklausel ein Vehikel geschaffen, mit dem innovativ an bestehenden Problemen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gearbeitet werden kann. Das sollte nun auch erfolgen.

PRO-5-834

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 834 einfügen:
Das Europa der Regionen erhalten und stärken

Die Europäische Kommission hat vor der Sommerpause den Entwurf des neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) vorgestellt. Der Entwurf sieht eine grundlegende Änderung der Struktur vor, weg von den Regionen und der lokalen Ebene hin zu den Nationalstaaten. Wir machen uns dafür stark, dass die Regionen im Zentrum der Entscheidungen bleiben, denn wir wissen vor Ort am Besten, wo EU-Gelder zielführend eingesetzt werden können. Mit EU-Fonds wie EFRE, ESF und Interreg wurden bei uns viele wichtige Projekte gefördert. Diese Förderung bringt Europa nach vorne und darf deshalb nicht in sogenannten „Nationalen Partnerschaftsplänen“ auf Ebene der Mitgliedstaaten verschnitten werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der Entwurf nachgearbeitet wird.

Begründung

Der Entwurf des MFR ist eine Klatsche ins Gesicht der Regionen Europas, denn viele Entscheidungen sollen auf die nationale Ebene verlagert werden. Das ist für uns nicht hinnehmbar und sollte deutlich adressiert werden. Da der Entwurf des Wahlprogramms in einer Zeit entstand, in der der MFR noch nicht vorlag, sollte unsere Einstellung dazu ergänzt werden.

PRO-5-834-2

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 834 einfügen:
Bei Gesetzen mit grenzüberschreitender Relevanz streben wir eine frühzeitige Einbindung der betroffenen Nachbarstaaten und der EU-Kommission an. Die Ministerien werden angehalten, ihre Gesetzesentwürfe einer Folgenabschätzung auf die direkten Nachbarn zu unterziehen, um Vorhaben schneller, effizienter und transparenter umzusetzen.

Begründung

Unter anderem während der Corona-Pandemie wurde die grenzüberschreitende Perspektive bei Gesetzesänderungen nicht angemessen berücksichtigt. Dadurch kam es oft zu Herausforderungen und Problemen an der Grenze. Deshalb sollte frühzeitig bei Gesetzesvorhaben die Perspektive des Nachbarlandes eingenommen werden, um ähnliche Probleme bereits im Vorfeld lösen zu können.

PRO-5-840

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Nach Zeile 840 einfügen:

Wir wollen nicht nur KI-Technologien marktbeherrschender IT-Konzerne nutzen, sondern Baden-Württemberg muss selbst zu einem führenden Entwicklungsstandort für innovative KI-Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle werden. Wir stärken gezielt die heimische KI-Entwicklung und die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern.

Begründung

Die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs hängt entscheidend davon ab, ob das Land nicht nur Anwender, sondern auch Entwickler innovativer KI-Lösungen bleibt. Wenn Unternehmen im Land lediglich auf Technologien marktbeherrschender IT-Konzerne zurückgreifen, droht eine Abhängigkeit, die langfristig Wertschöpfung, Innovationskraft und Arbeitsplätze gefährdet. Nur durch die gezielte Förderung der eigenständigen Entwicklung von KI-Produkten, Dienstleistungen und neuen Geschäftsmodellen können wir die gesamte Wertschöpfungskette im Land halten und ausbauen. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, sichert die technologische Souveränität und ermöglicht es Baden-Württemberg, eine aktive Gestaltungsrolle im europäischen Innovationsraum einzunehmen. Gleichzeitig fördert dies die Entstehung regionaler Innovationsökosysteme und erhöht die Attraktivität des Standorts für Talente, Unternehmen und Investoren aus dem In- und Ausland.

PRO-5-847

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 846 bis 847 einfügen:
sicherheitspolitische Herausforderungen nötig machen - auf die europäische Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung.

Für wirtschaftliche Souveränität braucht es digitale Souveränität. Deshalb setzen wir auf europäische Cloud-Anbieter und Datenverarbeitung unter europäischer Gesetzgebung, um sensible Daten zu schützen und unabhängiger von außereuropäischen Technologiekonzernen zu werden.

Begründung

Digitale Souveränität ist eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Unabhängigkeit, Innovationskraft und demokratische Kontrolle im digitalen Zeitalter. Die Abhängigkeit von außereuropäischen Cloud-Anbietern birgt erhebliche Risiken für Datenschutz, Datensicherheit und die Handlungsfähigkeit unserer Unternehmen und öffentlichen Institutionen. Nur durch den gezielten Ausbau und die Nutzung europäischer Cloud-Infrastrukturen, die unter europäischer Gesetzgebung stehen, können wir sicherstellen, dass sensible Unternehmens- und Bürgerdaten geschützt bleiben und unsere Wirtschaft nicht erpressbar oder ausspähbar wird. Dies ist nicht nur ein Gebot des Datenschutzes, sondern auch ein strategischer Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Baden-Württemberg kann so als Vorreiter für digitale Souveränität in Europa auftreten, die Innovationskraft der eigenen Wirtschaft stärken und die Resilienz gegenüber geopolitischen Risiken erhöhen.

PRO-5-849

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 848 bis 849 einfügen:
Die hohe Innovationskraft des Landes wollen wir weiter stärken - zum Beispiel in einem neuen europäischen Projekt zum autonomen Fahren. **Baden-Württemberg ist aktuell noch weltweit führend bei photonischen Chips – einer Schlüsseltechnologie für KI und Hochleistungsrechnern. Wir investieren gezielt in Forschung und Fertigung, um diese Position zu sichern, Europas Technologiesouveränität zu stärken und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.**

Begründung

Photonische Chips sind eine Schlüsseltechnologie für die nächste Generation der Informationsverarbeitung, insbesondere im Bereich Künstliche Intelligenz, Hochleistungsrechnen und Kommunikationstechnologien. Baden-Württemberg nimmt hier aktuell eine internationale Vorreiterrolle ein. Diese Spitzenposition bietet die strategische Chance, ein europäisches Gegengewicht zu den dominanten außereuropäischen Anbietern aufzubauen und die technologische Unabhängigkeit Europas zu stärken. Investitionen in Forschung, Entwicklung und industrielle Fertigung photonischer Chips sichern nicht nur hochwertige Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung, sondern ermöglichen es auch, Innovationen aus Europa heraus aktiv mitzugestalten. Damit trägt Baden-Württemberg zur Technologiesouveränität der EU bei, fördert nachhaltiges Wachstum und positioniert sich als unverzichtbarer Akteur im globalen Wettbewerb um die Technologien der Zukunft.

PRO-5-858

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG Europa
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 858 bis 863:
Fairer Welthandel beginnt vor Ort – auch in den Rathäusern und Landeseinrichtungen. Öffentliche Verwaltungen stellen über ihre Beschaffungen einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar und können zu globaler Gerechtigkeit beitragen.

Die Landesverwaltung muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Die kommunalen Verwaltungen werden wir bei ihren

~~Fairer Welthandel beginnt vor Ort – auch in den Rathäusern und Landeseinrichtungen. Öffentliche Verwaltungen stellen über ihre Beschaffungen einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar und können zu globaler Gerechtigkeit beitragen. Deswegen wollen wir insbesondere kommunale Verwaltungen bei ihren~~ Beschaffungen entlang ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Standards

Begründung

Die Landeseinrichtungen werden in der Einführung des Absatzes zwar erwähnt, jedoch im weiteren Verlauf in der Version des Entwurfs nicht weiter erwähnt. Aus unserer Sicht sollte das Land jedoch sein eigenes Gewicht und die eigene Reichweite dazu nutzen, mit gutem Beispiel voranzugehen, da sich hiermit eine große Hebelwirkung ergibt.

PRO-5-862

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG LLE
Beschlussdatum:	24.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 861 bis 866:
einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar und können zu globaler Gerechtigkeit beitragen. ~~Deswegen wollen wir insbesondere kommunale Verwaltungen bei ihren Beschaffungen entlang ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Standards unterstützen. Wir wollen Kommunen ermöglichen, ihre Beschaffungen nachhaltig und fair zu tätigen.~~Die Landesverwaltung geht bei der nachhaltigen Beschaffung mit gutem Beispiel voran und eröffnet neue Wege in der Beschaffungsverordnung. die beschaffung von Lebensmitteln regeln wir künftig für die gesamte Landesverwaltung über die VWV Kantine. Wir werden insbesondere kommunale Verwaltungen bei ihren Beschaffungen entlang ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Standards unterstützen. Dazu gehören eine praxistaugliche Beratung und bessere Zugänge zu entsprechenden Produkten und Anbietern.

Begründung

Die VwV Kantine regelt die Lebensmittelbeschaffung bereits jetzt unbürokratisch für die Lebensmittelbeschaffung der Landeskantinen. Zur weiteren Vereinfachung wollen wir alle Lebensmittel, die von der Landesregierung beschafft werden, über die VwV regeln und aus der Beschaffungsverordnung rausnehmen.

PRO-5-871

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 870 bis 872:
Bewusstsein für globale Ungleichheiten zu schaffen. Die zentrale Rolle der zivilgesellschaftlichen ~~Akteure~~Akteur*innen ist ein Alleinstellungsmerkmal der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg. Auch in Zukunft wollen wir die Rolle

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Werner Korn (KV Ulm); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Josef Frey (KV Lörrach); Finn Schwarz (KV Tübingen); Thomas Pittalis (KV Bodenseekreis); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Nick Dreyzehner (KV Mannheim); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Richard Langer (KV Tübingen)

PRO-5-889

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 888 bis 890 einfügen:
Baden-Württemberg stellt sich seiner kolonialen Vergangenheit. Deswegen unterstützen wir den Weg unserer Museen und Einrichtungen weiterhin konsequent und transparent aufzuarbeiten, woher Objekte in unseren Museen sowie

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Valerie Schmuck (KV Stuttgart); Werner Korn (KV Ulm); Vera Weigelt (KV Stuttgart); Carina Häussler (KV Stuttgart); Thorsten Arzbach (KV Stuttgart); Jan Marczona (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Andrea Baumgartner (KV Stuttgart); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Josef Frey (KV Lörrach); Finn Schwarz (KV Tübingen); Thomas Pittalis (KV Bodenseekreis); Philip Singer (KV Stuttgart); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Julia Ines Link (KV Stuttgart); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Richard Langer (KV Tübingen); Annika Franz (KV Tübingen)

PRO-5-892

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	GJBW
Beschlussdatum:	19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 891 bis 892 einfügen:
wissenschaftliche Sammlungen kommen, um unrechtmäßig erworbene koloniale Kulturgüter zu identifizieren und diese zurückzugeben. Dafür werden wir die auf koloniale Aufarbeitung ausgerichtete Namibia-Initiative stärken und nach ihrem Vorbild auch die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte unseres Landespartners Burundi fördern.

Begründung

Als Grüne haben wir uns schon immer für eine aktive Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Geschichte auseinandergesetzt. So haben wir mit der Namibia-Initiative ein Programm ins Leben gerufen, dass Aufklärung und Forschung über die koloniale Geschichte fördert und auch einen geeigneten Rahmen für den Umgang mit kolonialen Sammlungsgegenständen schafft. Zur Nambia-Initiative haben wir uns vielfach bekannt. Um eine effektive Aufarbeitung auch weiterhin zu gewährleisten, soll die Namibia-Initiative gestärkt werden und weitere Programme nach ihrem Vorbild eingerichtet werden. Als Teil der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Ostafrika“ und aufgrund der engen Landespartnerschaft sollte zunächst Burundi dabei Beachtung finden.

PRO-5-900

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	LAG FrauenPolitik
Beschlussdatum:	11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 899 bis 900 einfügen:
Akteur*innen gezielt stärken – als Beitrag zu einer gerechten und friedlichen Zukunft in der Region. **Das Sonderprogramm für Jesid*innen legen wir neu auf, um auch den Familien jesidischer Frauen ein Leben in Deutschland zu ermöglichen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Jesid*innen, die vom Völkermord betroffen waren, in Deutschland eine langfristige Bleibeperspektive zu ermöglichen. Damit ihnen keine Abschiebung mehr in das Land ihrer Peiniger droht und damit sie in Frieden, Freiheit und Würde leben können.**

Begründung

Das baden-württembergische Sonderprogramm für Jesid*innen war bisher recht erfolgreich. Allerdings mussten viele jesidische Frauen ihre Familien im Irak zurücklassen. Ihnen soll durch eine Neuauflage des Programms der Familiennachzug ermöglicht werden. Viele Jesid*innen haben Angst vor Abschiebungen, teilweise wurden Abschiebestopps verhängt. Darauf möchten wir reagieren und Jesid*innen eine langfristige Bleibeperspektive ermöglichen.

SO-005 Kein Einsatz von Palantir Software

Antragsteller*in: Barbara König (KV Odenwald-Kraichgau)

Änderungsantrag zu SO

Von Zeile 4 bis 5 einfügen:
Landesregierung auf, diese Software weder im Bereich der Polizei noch an anderer Stelle der öffentlichen Verwaltung einzusetzen.
Darüber hinaus soll die Landesregierung auch bundesweit für digitale Souveränität, Transparenz und Grundrechtsschutz bei der Nutzung staatlicher IT-Systeme eintreten, wie sie zuletzt von der Innenministerkonferenz beschlossenen wurde.

Begründung

Der Investor und Miteigentümer Peter Thiel, ein öffentlich bekennender Anti-Demokrat und enger Berater von Donald Trump, ist mitverantwortlich für die Zerstörung der regelbasierten Weltordnung und des Rechtsstaates in den USA. Er hält Demokratien für ungeeignet, um technische Innovationen voranzubringen. Software von Palantir Technologies Inc. einzusetzen heißt, sich von einem privaten Unternehmen abhängig zu machen, das gezielt auf Intransparenz, Machtkonzentration und politische Einflussnahme setzt.

Die Software Gotham wurde von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanziert. Mit den Optionen, die diese Software nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes und vieler Expert:innen bietet, ist nicht nur eine grundgesetzwidrige unverhältnismäßige Überwachung der Bürgerinnen und Bürger möglich, sondern auch ein, den europäischen Datenschutz verletzender, unkontrollierbarer Datenabfluss in die USA. Ein mit der Europäischen Datenschutzgrundverordnung konformer Einsatz dieser Software ist angesichts des US Cloud Acts nicht möglich. Palantir Technologies Inc ist nicht dem „Privacy Shield“ – einer Datenschutzvereinbarung zwischen der EU und den USA zur Datenübermittlung von Europa in die USA - beigetreten. Der Cloud Act verpflichtet alle amerikanischen Unternehmen weltweit, auch personenbezogene Daten von Nicht-Amerikaner:innnen, die außerhalb der USA gespeichert sind, den US-Geheimdiensten zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus widerspricht der Einsatz der neuen EU-KI-Verordnung, die Systeme des sogenannten „Predictive Policing“ untersagt, da sie fehleranfällig sind und zu Diskriminierungen führen können.

Mit größtem Erstaunen stellen wir fest, dass in Baden-Württemberg ein Auftrag an die Firma Palantir Technologies Inc in Höhe von 25 Mio € - ohne Ausschreibung und hinreichende gesetzliche Grundlage - durch ein Polizeipräsidium abgeschlossen werden kann, ohne dass die Landesregierung und der zuständige Innenminister informiert zu sein scheinen.

Auch praktisch ist der Einsatz von Gotham hochproblematisch. Der Quellcode ist nicht offen, der Betrieb kann nur unter Mitwirkung von Palantir-Mitarbeitenden erfolgen – eine dauerhafte Abhängigkeit von einem US-Konzern wäre die Folge. Lizenzentzug, fehlende Sicherheitsupdates oder technische Manipulationen könnten die Funktionsfähigkeit der Polizei jederzeit gefährden.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 16. Februar 2023 unmissverständlich dargelegt, dass der Einsatz von Software zur automatisierten Datenanalyse eine besonders eingriffsintensive Maßnahme darstellt, die strengen rechtlichen Voraussetzungen unterliegt, welche die Softwarekomponente Gotham von Palantir Technologies Inc. nicht erfüllt.

Wir sind dafür, dass gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die der Polizei eine übergreifende datenschutzkonforme Datenanalyse mit entsprechenden technischen Mitteln erlaubt. Diese dürfen aber

nicht in aller Eile - nur auf eine Software zugeschnitten - nachgeliefert werden. Die Anschaffung einer solchen Software muss öffentlich ausgeschrieben werden, mit dem Ziel, eine geeignete europäische Lösung zu fördern und zu finden.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, das Vertragsverhältnis zu beenden und Gotham nicht einzusetzen. Wir erwarten, dass auch jede Übergangslösung mit Palantir Technologies Inc abgelehnt wird. Wir wollen diesem amerikanischen Unternehmen keine weiteren Wettbewerbsvorteile gegenüber europäischen Unternehmen verschaffen – schon gar nicht 5 Jahre lang. Stattdessen erwarten wir eine Sicherheitsarchitektur, die, wie im Juni 2025 von der Innenministerkonferenz formuliert, auf europäischer Technologie, rechtsstaatlichen Prinzipien und echter digitaler Souveränität basiert. Diese fordert, dass „die Fähigkeit der automatisierten Datenanalyse als ein Schlüsselelement der künftigen digitalen Sicherheitsinfrastruktur hinsichtlich Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Integrität und ihrer Rechtskonformität keiner strukturellen Einflussmöglichkeit durch außereuropäische Staaten ausgesetzt sein darf."[1]

Leistungsfähige Anbieter sind vorhanden und europäische Unternehmen oder Unternehmenskonsortien – auch aus Baden-Württemberg - haben bereits öffentlich ihr Interesse bekundet.

[1] https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/2025-06-13_DOK/beschl%C3%BCsse.pdf?__blob=publicationFile&v=1&utm TOP 37.

Unterstützer*innen

Tobias Kraft (KV Rems/Murr); Patrick Berberich (KV Odenwald-Kraichgau); Beate Mengesdorf (KV Odenwald-Kraichgau); Alexander Eberspächer (KV Aalen-Ellwangen); Thomas Dräbing (KV Odenwald-Kraichgau); Herbert Zimmermann (KV Esslingen); Joachim Saling (KV Rems/Murr); Torsten Kamenz (KV Odenwald-Kraichgau); Alexandra Charlotte Kern (KV Esslingen); Kai Jacob (KV Odenwald-Kraichgau); Jasmin Kindt (KV Ulm); Clara Maria König (KV Odenwald-Kraichgau); Julian Haarer (KV Stuttgart); Sebastian Rössler (KV Odenwald-Kraichgau); Tanja Geuder (KV Odenwald-Kraichgau); Gerhard Gebhard (KV Odenwald-Kraichgau); Klaus Dieter Horlacher (KV Neckar-Bergstraße); Jonathan Schneider (KV Esslingen); Beate Noll (KV Mannheim); Peter Neubauer (KV Odenwald-Kraichgau); Lucas Tietz (KV Odenwald-Kraichgau); Monika Fenzau (KV Neckar-Bergstraße)

SO-2-014 Keine Nutzung der Datenanalysesoftware Gotham von Palantir

Antragsteller*in: Monika Fenzau (KV Neckar-Bergstraße)

Titel

Ändern in:
Kein Einsatz von Palantir Gotham – Zukunft gemeinsam gestalten

Änderungsantrag zu SO-2

Von Zeile 13 bis 14 einfügen:
ein, bundesweit für digitale Souveränität, Grundrechtsschutz und Transparenz bei der Nutzung staatlicher IT-Systeme einzutreten.

Um darüber hinaus unseren Grundwerten - ökologisch, basisdemokratisch und sozial - ein stärkeres Gewicht zu verleihen, wird der Landesvorstand zufällig ausgewählte Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg – analog der Dialogischen Bürgerbeteiligung - zur Mitarbeit in einem moderierten Prozess aufrufen, der zusätzliche basisdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten für unsere Partei erarbeitet. Dieser Prozess soll bis spätestens Ende Q2 2026 gestartet sein und dessen Ergebnisse sollen Gegenstand eines Satzungsänderungsantrags werden.

Begründung

Wir verstehen uns als basisdemokratische Partei, was bedeutet, dass sich jedes Mitglied an der politischen Willensbildung unserer Partei beteiligen kann. Damit unsere gewachsene Partei dem gerecht werden kann, muss sie noch partizipativer und basisdemokratischer werden. Es braucht mehr Mitmachen und mehr Beteiligung. Aktives Mitmachen führt zu mehr Zufriedenheit und Begeisterung für unsere Partei, unsere Werte und unsere Ziele. Es war und ist unsere Stärke verschiedene Perspektiven auszudiskutieren und erst dann gemeinsam getragene Entscheidungen zu treffen. Mehr und zusätzliche Mitgliederbeteiligung ist in diesem Zusammenhang eine sinnvolle und wichtige Ergänzung.

Eine moderne Mitgliederpartei muss vielfältige Möglichkeiten für Engagement, Beteiligung und basisdemokratische Mitbestimmung bieten. Ihre Verfahren müssen demokratisch und das heißt nicht zuletzt fair, transparent, zeitnah und niedrigschwellig zugänglich sein. Auch das gehört zur Verantwortung unserer Partei angesichts antidemokratischer Tendenzen: Dass sie für alle Mitglieder präsent, ansprechbar und nachhaltig wirkungsvoll ist.

Unterstützer*innen

Tobias Kraft (KV Rems/Murr); Klaus Dieter Horlacher (KV Neckar-Bergstraße); Stefan Hubertus (KV Rastatt/Baden-Baden); Steffen Schnürer (KV Tübingen); Julian Haarer (KV Stuttgart); Damian Haller (KV Stuttgart); Beate Noll (KV Mannheim); Angelika Sauer (KV Esslingen); Jasmin Kindt (KV Ulm); Dries Ballerstedt (KV Stuttgart); Barbara König (KV Odenwald-Kraichgau); Iris Förster (KV Rems/Murr); Tobias Schmid (KV Rems/Murr); Frank Bergler (KV Rems/Murr); Stefan Prakesch (KV Esslingen); Jonathan Schneider (KV Esslingen); Ulrike Rosina (KV Rems/Murr); Joachim Saling (KV Rems/Murr); Cornelia Sophia Hipp (KV Ulm)

SO-3-025 Demokratie am Arbeitsplatz stärken – Betriebs- und Personalratswahlen 2026 aktiv unterstützen

Antragsteller*in: Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar)

Änderungsantrag zu SO-3

Von Zeile 24 bis 26 einfügen:
Wir bekennen uns ausdrücklich zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Ihren Jugendorganisationen und setzen uns für eine wirkungsvolle Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung ein.

Begründung

Die Junge Perspektive muss mit Bedacht werden, explizit einholen, so stärken wir das Engagement junger Menschen.

Unterstützer*innen

Finn Schwarz (KV Tübingen); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Siegfried Heim (KV Ulm); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Philip Singer (KV Stuttgart); Richard Langer (KV Tübingen); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe)

SO-3-030 Demokratie am Arbeitsplatz stärken – Betriebs- und Personalratswahlen 2026 aktiv unterstützen

Antragsteller*in: Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar)

Änderungsantrag zu SO-3

Von Zeile 29 bis 30 einfügen:

- Gewerkschaftsstrukturen zu verstärken und öffentlich für die Betriebs- und Personalratswahlen, sowie besonders die JAV-Wahlen 2026 zu werben.

Begründung

Jugend und Auszubildendenvertretung werden 2026 ebenfalls gewählt, sie sind oftmals der erste Schritt für Auszubildende und Junge Beschäftigte sich im Bereich der Betrieblichen Mitbestimmung zu beteiligen.

Unterstützer*innen

Finn Schwarz (KV Tübingen); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Siegfried Heim (KV Ulm); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Christoph Herderich (KV Freiburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Philip Singer (KV Stuttgart); Richard Langer (KV Tübingen); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Irmela Franjkovic (KV Tübingen)

SO-3-031 Demokratie am Arbeitsplatz stärken – Betriebs- und Personalratswahlen 2026 aktiv unterstützen

Antragsteller*in: Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar)

Änderungsantrag zu SO-3

Von Zeile 31 bis 32 einfügen:

- Parteimitglieder, die bereits als JAV-Vertreter*innen, Betriebs- bzw. Personalrät*innen aktiv sind oder eine erstmalige Kandidatur anstreben, sollen gezielt

Begründung

Die Jugend und Auszubildenden Vertreter*innen rausstellen, da sie oftmals übersehen werden.

Unterstützer*innen

Finn Schwarz (KV Tübingen); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Siegfried Heim (KV Ulm); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Christoph Herderich (KV Freiburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Philip Singer (KV Stuttgart); Richard Langer (KV Tübingen); Natalie Rapka (KV Ettlingen); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Irmela Franjkovic (KV Tübingen)

SO-3-036 Demokratie am Arbeitsplatz stärken – Betriebs- und Personalratswahlen 2026 aktiv unterstützen

Antragsteller*in: Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar)

Änderungsantrag zu SO-3

Nach Zeile 36 einfügen:

- Insbesondere der jährliche Austausch der Landtagsfraktion mit dem DGB Landesverband soll um seine Jugendvertretung erweitert werden.

Begründung

Um die position Junger Beschäftigter und Auszubildender zu stärlen, ist es wichtig auch mit diesen in den Austausch zu gehen.

Unterstützer*innen

Finn Schwarz (KV Tübingen); Amelie Hornig (KV Schwarzwald-Baar); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Siegfried Heim (KV Ulm); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Klaus van Hoffs (KV Karlsruhe); Christoph Herderich (KV Freiburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Nils Aaron Arnold (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Philip Singer (KV Stuttgart); Richard Langer (KV Tübingen); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Julian Haarer (KV Stuttgart)

SO-4-006 Für europäische Unabhängigkeit und digitale Souveränität: Wir brauchen eine Alternative zu Palantir!

Antragsteller*in:	Kreismitgliederversammlung Tübingen
Beschlussdatum:	25.11.2025

Änderungsantrag zu SO-4

Von Zeile 5 bis 6:
Der Vertrag mit Palantir wurde ohne grüne Zustimmung abgeschlossen und bleibt ein politischer Fehler, den das ~~Innenministerium~~CDU-geführteInnenministerium zu verantworten hat.

Begründung

Die Verantwortung muss klar benannt werden, inklusive dessen, dass es sich um ein CDU-Ministerium handelt.

SO-4-014 Für europäische Unabhängigkeit und digitale Souveränität: Wir brauchen eine Alternative zu Palantir!

Antragsteller*in: Sebastian Müller (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu SO-4

Von Zeile 14 bis 15 einfügen:

- Eine europäische verfassungs- und datenschutzkonforme Alternative zu entwickeln. Baden-Württemberg soll sich gemeinsam mit Partner*innen aus Forschung und Wirtschaft dafür einsetzen,

Unterstützer*innen

Damian Haller (KV Stuttgart); Dries Ballerstedt (KV Stuttgart); Alexander Eberspächer (KV Aalen-Ellwangen); Sophia Kilian (KV Freiburg); Iris Förster (KV Rems/Murr); Andreas Karch (KV Karlsruhe); Angelika Sauer (KV Esslingen); Jasmin Kindt (KV Ulm); Felix Kullmann (KV Karlsruhe); Steffen Schnürer (KV Tübingen); Frank Bergler (KV Rems/Murr); Jonathan Schneider (KV Esslingen); Thomas Weiß (KV Tübingen); Mark Pröhl (KV Tübingen); Nicholas Eschenbruch (KV Freiburg); Florian Brenner (KV Freiburg); Daniel Halfmann (KV Freiburg); Kornelia Müller (KV Freiburg); Beate Noll (KV Mannheim)

SO-4-027 Für europäische Unabhängigkeit und digitale Souveränität: Wir brauchen eine Alternative zu Palantir!

Antragsteller*in: Steffen Schnürer (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu SO-4

Nach Zeile 27 einfügen:

- Als Partei werden wir unsere Verantwortung für die Ermöglichung der Nutzung der Palantir-Software in einem parteiinternen Verfahren aufarbeiten. Wir wollen Vertrauen in demokratische Prozesse stärken und selbst einen transparenten Umgang mit Macht pflegen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Julian Haarer (KV Stuttgart); Ulrike Rosina (KV Rems/Murr); Tobias Schmid (KV Rems/Murr); Jasmin Kindt (KV Ulm); Damian Haller (KV Stuttgart); Herbert Zimmermann (KV Esslingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV Zollernalb); Alexandra Charlotte Kern (KV Esslingen); Andreas Karch (KV Karlsruhe); Iris Förster (KV Rems/Murr); Dries Ballerstedt (KV Stuttgart); Klaus Dieter Horlacher (KV Neckar-Bergstraße); Benjamin Krauss (KV Ulm); Jonathan Schneider (KV Esslingen); Marcus Brenken (KV Esslingen); Alexander Eberspächer (KV Aalen-Ellwangen); Nick Marx (KV Karlsruhe); Lisa Obergföll (KV Rems/Murr); Angelika Sauer (KV Esslingen)